

**Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte**

**1979 · Teil IV**

# Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

## *Unter beratender Mitarbeit von*

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen),  
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR)

## *Auslandskorrespondenten*

Emil Niederhauser (UVR), S. Sak (UdSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), Jerzy Tomaszewski (VR Polen)

## *Redaktionskollegium*

Jan Peters (Chefredakteur), Ingrid Parpart (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,  
Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar, Hans-Heinrich Müller, Helga  
Nussbaum, Hans Radandt, Hans Müller, Waldtraut Schmidt, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

## *Arbeitsgruppe Literaturkritik*

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Siegfried Epperlein, Hermann Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum,  
Jörg Roesler

*Redaktionssekretär:* Ingrid Thümmeler



Redaktionsschluß: 15. 3. 1979

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Zimmerstr. 94

Erschienen im Akademie-Verlag, DDR-108 Berlin, Leipziger Str. 3—4

© Akademie-Verlag Berlin 1979

Lizenznummer: 202 · 100/115/80

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza

Bestellnummer: 753 694 5 (2103/79/4) · LSV 0305

Printed in GDR

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

## ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Jörg Roesler	Grundlagen und Methoden für einen Vergleich der Volkswirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern	A ✓ 9
Hans-Jürgen Arendt	Die Frauenorganisation der DDR und der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande	B 35
Giorgio Benelli	Die Wirtschaftstätigkeit des Staates und der staatliche Sektor der Wirtschaft in kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern	A 55
Wilhelm Strube	Naturwissenschaftliche Gesellschaften in Deutschland von 1800 bis 1870. Zu ihrer Vorgeschichte, Entwicklung und Bedeutung	B 73
Gert Audring	Überlegungen zur sozialökonomischen Theorie und Empirie des Aristoteles	97

## DISKUSSIONEN

Renate Scholze	Jahrbuch-Forum: "Zur Rolle der Energieanwendung im Arbeitsprozeß"	A 109
Ingrid Mittenzwei	Kameralismus und bürgerliche Gegner des Kameralismus. Zu Peter Thals "Bemerkungen zu einigen Thesen des Buches Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland"	B 115

## LITERATURKRITIK

Alfred Bönisch	Wirtschaftstheorien im Kapitalismus und Sozialismus (Adam Smith gestern und heute; Fritz Behrens, Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie, Bd. 2; Bürgerliche und kleinbürgerliche ökonomische Theorien über den Sozialismus /1917 - 1945//)	121
Thomas Kuczynski	Überproduktion und Innovation (Stanislaw Gomulka, Inventive Activity, Diffusion, and the Stages of Economic Growth; Gerhard Mensch, Das technologische Patt; János Kornai, Anti-Äquilibrium)	139
Manfred Braun	Zur Entwicklung der Theorie der Warenproduktion und der planmäßigen Preisbildung in der sowjetischen ökonomischen Literatur der letzten sechzig Jahre (G. G. Bogomazov, Marksizm-Leninizm i problemy tovarno-denezhnych otnosenij v period stroitel'stva socializma v SSSR; A. N. Malafeev, Prošloe i nastojaščee teorii tovarnogo proizvodstva pri socializme; V. E. Manevič, Razvitie teorii planovogo cenobrazovanija v sovetskoj ékonomičeskoj literature)	147

Lotte Zumpe	Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des deutschen Faschismus (Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft)	165
Enn Tarvel	Über die Geschichte der Städte Estlands (Raimo Pullat, Gorodskoe naselenie Estonii s konca XVIII veka do 1940 goda)	177
Jürgen Kuczynski	Eine neue Schriftenreihe zur Wirtschafts- geschichte (Wilhelm Abel, Handwerksge- schichte in neuer Sicht; Karl Heinrich Kauf- hold, Das Gewerbe in Preußen um 1800; + Jörg Jeschke, Gewerberecht und Handwerks- wirtschaft des Königreichs Hannover im Übergang 1815 - 1866)	181
Helga Schultz	"Protoindustrialisierung" in der Manufaktur- periode. Der Gegensatz von Theorie und Empirie (Peter Kriedte, Hans Medick, Jürgen Schlumbohm, Industrialisierung vor der Industrialisierung; Agrarisches Neben- gewerbe und Formen der Reagrarisierung im + Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert)	187
Siegfried Epperlein	Weistumsforschung. Probleme ländlicher Rechtsquellen im späten Mittelalter (Peter Blickle, Deutsche ländliche Rechts- + quellen)	197
Eike Gringmuth-Dallmer	Forschungen zu den Anfängen produzierender Wirtschaft in Mitteleuropa (Wolfgang Linke, Frühestes Bauerntum und geographische Umwelt)	211
Matthias Springer	Norwegen als Beispiel: Zur Vorgeschichte des Feudalismus nach Gurevič	215

#### FORSCHUNGSBERICHTE

T. I. Slavko 402	Einige neuere Ergebnisse und Perspektiven der Anwendung mathematischer Methoden in Untersuchungen sowjetischer Historiker	225
---------------------	---	-----

#### BETRIEBSGESCHICHTE

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (14. Fortsetzung) (Renate Günther)		239
--	--	-----

## QUELLEN UND MATERIALIEN

- Rainer Eckert Die Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, ihrer Haupt- und Wirtschaftsgruppen (I). Dokumentation über ihre Stellung in Monopolen, monopolistischen Verbänden und bei der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung 243

## TAGUNGEN UND KONFERENZEN

- Sigrid Jacobeit Probleme der Entwicklung der Landwirtschaft und ihre Darstellung im Agrarmuseum (11. bis 15. September 1978 in Neubrandenburg) 279

- Hagen Fischer/  
Reinhard Schumacher Die Entwicklung der Produktivkräfte und die gesetzmäßige Abfolge der Gesellschaftsformationen (14. bis 16. November 1978 in Berlin) 283

## BIBLIOGRAPHIE

- Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 15. Lieferung 293

- Autorenverzeichnis 310

- Содержание, Contents, Contenu, Sumario 312

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Grundlagen und Methoden für einen Vergleich  
der Volkswirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern

von Jörg Roesler

0. Einleitung

1. Quellengrundlagen für den historischen Vergleich der Volkswirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern
2. Zur Forschungsmethode
3. Stadien der Entwicklung der Volkswirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern
4. Stadien (Typen) der Leitung und Planung der Volkswirtschaft
5. Methoden des Vergleichs bei der historischen Betrachtung der Volkswirtschaftsplanung
6. Zur Kritik der dem Vergleich der Wirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern zugrunde liegenden Konzeption in der BRD-Publizistik
7. Schlußbemerkungen

0. Einleitung

Die Analyse der Entwicklung von Leitung und Planung der Volkswirtschaft in den sozialistischen Ländern auf der Grundlage der vergleichenden Methode ist, wie die komparative Wirtschaftsgeschichtsschreibung überhaupt, kein selbständiger Zweig dieses Wissenschaftsgebietes.<sup>1</sup> Vielmehr untersucht sie die aus konkret-historischen Forschungen gewonnenen Fakten und Zusammenhänge über die Entwicklung in den einzelnen sozialistischen Ländern hinsichtlich ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Methodischer Ausgangspunkt ist die marxistische Erkenntnis über die dialektische Einheit und Wechselwirkung von Allgemeinem und Besonderem, von Internationalem und Nationalem in ihrer Bewegung und Entfaltung, in der Abfolge der Formen, Phasen und Stadien. Die Anwendung der vergleichenden Methode setzt sich das Ziel, die objektiv bedingten, allgemeingültigen Grundzüge (Gesetzmäßigkeiten) bei der Herausbildung und Weiterentwicklung der Planung in den sozialistischen Ländern sowie deren nationale (auf das einzelne Land bezogene) und regionale (Ländergruppen betreffende) Erscheinungsformen zu erforschen, wobei die ersteren das Allgemeine, die letzteren das Besondere und Einzelne sind. Eben darauf bezog sich Lenin, als er im Frühjahr 1920 feststellte: "Jetzt liegt uns bereits eine recht beträchtliche internationale Erfahrung vor, die mit voller Bestimmtheit erkennen läßt, daß einige Grundzüge unserer Revolution nicht örtliche, nicht spezifisch nationale, nicht ausschließlich russische, sondern internationale Bedeutung haben."<sup>2</sup>

1 Vgl. Nussbaum, Helga, Was heißt und zu welchem Ende betreibt man vergleichende Wirtschaftsgeschichte?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 2, S. 143 ff.

2 Lenin, W. I., Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 5.



Während einerseits ein historischer Vergleich der Entwicklung der Planung nicht ohne die vorausgegangene Untersuchung der Planung der nationalen Volkswirtschaften denkbar ist, bereichert die vergleichende Betrachtung andererseits wesentlich unser Wissen über die Geschichte der Planung jedes einzelnen Landes. Erst durch sie ist erkennbar, welche aus der Vielzahl konkret-historischer Erscheinungsformen innerhalb der Entwicklung von Leitung und Planung solche von lokaler (nur dieses Land betreffende), regionaler (eine ganze Gruppe von Ländern betreffende) bzw. allgemeiner (das gesamte sozialistische Lager betreffende) Bedeutung sind, welche im welthistorischen Sinne "gesetzmäßige" (im Sinne ihrer grundsätzlichen Wiederholbarkeit) und welche "zufällige" (einmalige) Erscheinungsformen darstellen. Die vergleichende Methode bewirkt ein tieferes Verständnis, eine schärfere Sicht der Entwicklung von Leitung und Planung jedes einzelnen sozialistischen Landes. So können und sollten die Erforschung der nationalen Planungsgeschichte und der internationale Vergleich der Entwicklung in verschiedenen Ländern befruchtend aufeinander einwirken.<sup>3</sup>

#### 1. Quellengrundlagen für den historischen Vergleich der Volkswirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern<sup>4</sup>

Wie bereits festgestellt, hängen Möglichkeit und Niveau einer vergleichenden Betrachtung grundsätzlich vom Stand der Forschungsarbeiten über die Planungsgeschichte in den einzelnen sozialistischen Ländern ab. Angesichts der immer noch als schüchtern zu bezeichnenden Versuche der marxistischen Geschichtsschreibung auf diesem Gebiet muß man die Frage stellen: Läßt das Vorhandene überhaupt den Versuch einer komparativen Betrachtung zu?

Historische Forschungen, die über die reine Detailbeschreibung einzelner Planungsmaßnahmen hinausgingen, führten in der Sowjetunion nach dem zweiten Weltkrieg,<sup>5</sup> in den übrigen europäischen RGW-Ländern Ende der fünfziger bzw. in der ersten Hälfte der sechziger Jahre zu ersten Ergebnissen. Die letzteren Untersuchungen reflektierten in erster Linie das gesellschaftliche Bedürfnis, an der Schwelle eines neuen Abschnitts der Entwicklung von Methoden zur Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung Bilanz zu ziehen über das Erreichte, festzustellen, welche Elemente des bisherigen Planungssystems entwicklungs- und ausbaufähig waren und welche durch neue, geeignetere ersetzt werden mußten.<sup>6</sup> Obwohl die

3 Vgl. dazu auch Ránki, György, Probleme der komparativen Geschichtsschreibung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 2, S. 131 ff.

4 Der Verfasser bezieht sich in folgendem auf die ihm zur Kenntnis gelangten Monographien zur Geschichte der Leitung und Planung der Volkswirtschaft einzelner bzw. mehrerer sozialistischer Länder in deutscher, russischer und englischer Sprache.

5 Vgl. Kurski, A., Die Planung der Volkswirtschaft in der UdSSR, Moskau 1949.

6 Erste publizierte kritische Rückblicke auf die Entwicklung der Planung in der DDR vom Ende der vierziger bis zum Beginn der sechziger Jahre enthielten einige Werke zur Verbreitung des Gedankengutes des neuen ökonomischen Systems. Vgl. Richtlinie für das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Anlage 1: Kritische Einschätzung der bisherigen Praxis der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1965, S. 96 ff.; Apel, Erich/Mittag, Günter, Ökonomische Gesetze des Sozialismus und neues

Planungsgeschichtsschreibung seit Beginn der Wirtschaftsreformen einen Aufschwung nahm, gibt es bis heute noch keine Gesamtdarstellungen zur Entwicklung von Leitung und Planung der Volkswirtschaft in Form von Spezialmonographien - wiederum mit Ausnahme in der Sowjetunion.<sup>7</sup> Für einzelne sozialistische Länder liegen Studien zur nationalen Entwicklung von Leitung, Planung und ökonomischer Stimulierung über bestimmte Entwicklungsabschnitte vor, so zum Beispiel über die Übergangsperiode<sup>8</sup> oder die Wirtschaftsreform.<sup>9</sup> Dennoch wäre das für eine vergleichende Betrachtung der Planungsgeschichte notwendige Ausgangsmaterial zu dürftig, wenn nicht seit Ende der fünfziger Jahre in regelmäßigen Abständen Monographien zur Entwicklung des Leitungs- und Planungssystems in mehreren bzw. allen sozialistischen Ländern publiziert worden wären. Besondere Verdienste erwarb hierbei das Institut für sozialistische Weltwirtschaft in Moskau,<sup>10</sup> das seit Beginn der sechziger Jahre eine Reihe von Arbeiten zur Entwicklung des Wirtschaftsmechanismus in den RGW-Ländern bzw. im gesamten sozialistischen Lager herausgebracht hat. Verfaßt wurden sie entweder von sowjetischen Wissenschaftlern oder von internationalen Autorenkollektiven. Im letzteren Fall analysierten Wissenschaftler der betreffenden Länder die Entwicklung des Leitungs- und Planungssystems ihrer Länder nach einheitlichen, für alle Autoren gleichermaßen gültigen Gesichtspunkten. Daneben haben auch andere, nicht zu diesem Institut gehörende sowjetische Autoren Monographien veröffentlicht und damit einen wesentlichen Beitrag zur Aufhellung der Entwicklung bestimmter Seiten des Wirtschaftsmechanismus der sozialistischen Länder geleistet.<sup>11</sup>

Weitere nicht unwesentliche Informationen über die Geschichte der Leitung und Planung enthalten wirtschaftsgeschichtliche Gesamtdarstellungen über einzelne Länder<sup>12</sup> bzw. Vergleiche der Entwicklung verschiedener sozialistischer Staa-

ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1964, S. 7-49; Berger, Wolfgang/Reinhold, Otto, Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, Berlin 1966, S. 7-32. - Für die ČSSR vergleiche u. a. Some problems of the development of the Czechoslovak National Economy after the Second World War, Prag 1965.

7 Vgl. Šagi pjatiletok, Razvitie ekonomiku SSSR, Moskau 1968; Po edinomu planu, Moskau 1971; Kurskij, A. D., Naučnye osnovy sovetskich pjatiletok, Moskau 1974.

8 Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1978.

9 Timár, Mátyás, Reflections on the Economic Development of Hungary 1967-1973, Budapest 1975.

10 Vgl. Soveršenstvovanie form upravlenija promyšlennost'ju v stranach narodnoj demokratii, Moskau 1961; Planirovanie i upravlenie narodnym chozjajstvom v socialističeskich stranach, Moskau 1969; Soveršenstvovanie upravlenija ekonomikoj stran SEV, Moskau 1974; Struktura urpavlenija promyšlennost'ju v stranach SEV, Moskau 1973; Die planmäßige Leitung der Wirtschaft in sozialistischen Ländern, Berlin 1978.

11 Atlas, M. S., Razvitie bankovyh sistem stran socialisma, Moskau 1967; Butakov, D. D., Kredit i intensivizacija proizvodstva v stranach SEV, Moskau 1976.

12 Vgl. z. B. für die DDR: Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR.

ten,<sup>13</sup> Schließlich haben Wirtschaftshistoriker der Sowjetunion, der VR Polen, der Ungarischen VR, der VR Bulgarien und der ČSSR im Rahmen der "Studien zur Wirtschaftsgeschichte sozialistischer Länder" auch zu Problemen der Geschichte der Leitung und Planung ihrer Heimatländer Stellung genommen.<sup>14</sup> Ein umfassender Vergleich des gesamten sozialistischen Lagers muß zunächst noch unvollständig bleiben, weil sich die überwiegende Zahl der Monographien zur Entwicklung des Wirtschaftsmechanismus in sozialistischen Ländern auf die europäischen RGW-Länder beschränkt und die sozialistischen Länder Asiens ebenso wie Albanien, Jugoslawien und Kuba nur bruchstückhaft in die vergleichende Analyse einbezogen werden können.

## 2. Zur Forschungsmethode

Eine vergleichende Betrachtung der Planungsgeschichte kann methodologisch auf zweierlei Wegen erfolgen - auf induktivem oder auf deduktivem. Im ersteren Falle werden die Ergebnisse von Forschungen zur Planungsgeschichte der einzelnen Länder empirisch auf ihre (tendenziellen) Analogien und Differenzen überprüft. Das allen Ländern gemeinsame, sich (in seinem wesentlichen Gehalt) Wiederholende kristallisiert sich dabei *s u k z e s s i v* heraus und ermöglicht eine Einordnung der nationalen Planungsmethoden und ihrer Entwicklung in die (sich in ihren großen Zügen nunmehr deutlich abhebende) Gesamtentwicklung des Leitungs- und Planungssystems im Sozialismus.

Im zweiten Falle werden charakteristische Grundzüge (Vergleichskriterien) in Form einer mehr oder minder geschlossenen Theorie vorgegeben, um die Ergebnisse der konkret-historischen Forschung dann entsprechend einzuordnen.

Jede dieser Methoden offenbart - ausschließlich angewandt -, wie bei allen Untersuchungen auch auf die Geschichte der Planung bezogen, ihre bekannten Vor- und Nachteile. Bei alleiniger Anwendung der *I n d u k t i o n* bleibt es - insbesondere wenn der Vergleich wegen lückenhafter Quellen oder aus sonstigen Gründen zeitlich und räumlich nicht das gesamte Untersuchungsgebiet abdecken kann - fraglich, ob die gefundenen Gemeinsamkeiten tatsächlich bereits das Allgemeine darstellen. Es besteht die Gefahr, daß das Besondere (gegenüber dem Einzelnen) fälschlicherweise zum Allgemeinen erhoben wird.

Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968; Falk, Waltraud/Richter, Gerhard/Schmidt, Wilhelm, Wirtschaft - Wissenschaft - Welthöchststand, Vom Werden und Wachsen der sozialistischen Wirtschaftsmacht DDR, Berlin 1969; Wissenschaftliche Entscheidungen - historische Veränderungen - Fundamente der Zukunft, Berlin 1971.

- 13 Sozialistisches Weltwirtschaftssystem in 4 Bänden, Bd. 1: Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, Berlin 1967, Průcha, Václav, /und Kollektiv/, *Hospodarske dějiny evropských socialistických zemi*, Prag 1977.
- 14 Studien zur Wirtschaftsgeschichte sozialistischer Länder, hg. v. Lothar Baar, H. 1: Čuntulov, V. T., Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion nach dem Großen Vaterländischen Krieg bis zu Beginn der siebziger Jahre, Berlin 1978; H. 2: Tomaszewski, Jerzy, Die wirtschaftliche Entwicklung Volkspolens, Berlin 1975; H. 3: Průcha, Václav, Die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Berlin 1974; H. 4: Szakács, Sándor, Die wirtschaftliche Entwicklung der Ungarischen Volksrepublik, Berlin 1975; H. 5: Berov, L., Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik Bulgarien, Berlin 1975.

Die Stärke und zugleich Schwäche der Deduktion ist ihr theoretischer Ausgangspunkt. Die sich bei der Deduktion als Ausgangsbasis anbietenden politökonomischen bzw. wirtschaftswissenschaftlichen Kategorien sind vielfach zu abstrakt, zu wenig mit konkretem Inhalt erfüllt, um als Grundlage für einen wirtschaftshistorischen Vergleich der Planung dienen zu können. Im Extremfall würde die vergleichende Analyse dann nur eine Auskunft liefern: ob es sich bei der Planung des betreffenden Landes um sozialistische Planung handelt oder nicht. Sinnvoll ist eine derartige Fragestellung nur in hier nicht zur Debatte stehenden Sonderfällen von Vergleichen zwischen Wirtschaftsplänen von Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen.

Aber auch bei differenzierteren Vergleichskriterien besteht stets die Gefahr, daß die konkreten Ergebnisse durch den (wenn auch vielleicht unbewußt) voreingenommenen Wissenschaftler allzugern in ein aus der vorgegebenen theoretischen Konzeption abgeleitetes Schema gezwängt werden, dessen Starrheit nur ungenügend reale Aussagen zuläßt.

Die bisherigen Erfahrungen lassen es geraten erscheinen, für die Forschungsarbeit zur vergleichenden Betrachtung der Planungsgeschichte sowohl die deduktive als auch die induktive Methode anzuwenden und die Vorzüge beider Methoden zu nutzen, ohne daß ihre Nachteile allzu großen Einfluß auf das Forschungsergebnis erlangen können. Dabei sind die empirisch gewonnenen Vergleichsmaßstäbe hinsichtlich ihrer Bedeutung an den von den Politökonomien in der Regel bereits fixierten Kategorien und Vergleichskriterien zu messen und letztere wiederum durch die Ergebnisse der historisch-konkreten Analyse anzureichern, so daß sich allmählich durch die Wechselwirkung von Induktion und Deduktion - in einem iterativen Prozeß - historisch faßbare, wirtschaftshistorische Kategorien, Stadien bzw. Typen der Entwicklung des Leitungs- und Planungssystems im Sozialismus herauschälen, die sowohl den Ansprüchen der ökonomischen Theorie als auch der historischen Praxis entsprechen.

Die auf diese Weise im Prozeß der Forschung gewonnenen Stadien und Typen von Planungsmethoden sind Ausgangspunkt für die nunmehr möglich gewordene umfassende vergleichende Analyse und Darstellung der Entwicklung von Planungssystemen der sozialistischen Länder.

Die im einzelnen angewandten bzw. anzuwendenden Methoden des historischen Vergleichs basieren auf diesen inhaltlich charakterisierten Stadien. Ihre gekonnte oder weniger gekonnte Handhabung kann die Gesamtschau - ausreichende Daten für die Entwicklung der einzelnen nationalen Planungen einmal vorausgesetzt - qualifizierter oder weniger qualifiziert machen. Letztlich bestimmend für das Niveau des Vergleichs ist jedoch nicht die gewählte Vergleichsmethode, sondern die Wirklichkeitsnähe der Kategorien, die ihm zugrunde liegen. Deshalb sei im folgenden - bevor einzelne Vergleichsmethoden analysiert werden - näher auf die in der historischen Praxis bisher zu beobachtenden Stadien der Wirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern eingegangen.

### 3. Stadien der Entwicklung der Volkswirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern

Unter den marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern ist allgemein anerkannt, daß die Wirtschaftsplanung nicht Selbstzweck ist, sondern Mittel zum Zweck, Methode zur Verwirklichung der von der marxistisch-leninistischen Partei und der sozialistischen Regierung formulierten Zielstellungen, die aus den objektiven Er-

dermessen der Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse abgeleitet worden sind. Die Planung als Institution ist Bestandteil des Überbaus. Wie dieser durch den Reifegrad der Basis bestimmt ist und aktiv auf sie zurückwirkt, so auch die Planung. Die Effektivität ihrer Einflußnahme hängt wesentlich davon ab, inwieweit die Planung als spezifische Art und Weise der Organisierung des Wirtschaftens im Sozialismus ihrer Funktion gerecht wird, Methode der bewußten Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu sein.

Aus dem Grundsatz, daß die Veränderungen im Überbau von den in der Basis vor sich gehenden Prozessen abhängig sind, ergibt sich die methodologische Schlußfolgerung, daß sich die Stadien der Planung nicht in erster Linie aus der "inneren" Entwicklung des Planungssystems selbst ergeben, sondern vor allem - keineswegs jedoch ausschließlich - aus dem erreichten Reifegrad der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse.<sup>15</sup>

Die Entwicklungsstadien der Planung lassen sich in erster Linie aus dem Entwicklungsstand der **P r o d u k t i v k r ä f t e** ableiten, da in der bisherigen Geschichte des realen Sozialismus in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern

- die entscheidenden Veränderungen in den Produktionsverhältnissen (Eroberung der Kommandohöhen der Wirtschaft) als objektive Voraussetzung der sozialistischen Volkswirtschaftsplanung vor bzw. ganz am Anfang der Entwicklung einer Wirtschaftsplanung standen, die also im weiteren Verlauf - besonders was die Industrie betrifft - bei einmal gegebener Eigentumsstruktur verlief;
- die (außer in der Sowjetunion) bis in die siebziger Jahre in allen sozialistischen Ländern dominierende Jahresplanung (im Unterschied zur mittel- und langfristigen Planung) in sehr starkem Maße von den Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung bestimmt wurde bzw. ihrer Vervollkommnung diene, die Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse dagegen in den Jahresplänen vergleichsweise wenig Berücksichtigung fand.

Als eindeutig zu charakterisierende und zeitlich einigermaßen exakt voneinander zu trennende historisch nachweisbare Stadien der Entwicklung der Produktivkräfte können wir - vom Standpunkt der Entwicklung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses aus - in Übereinstimmung mit den meisten marxistischen Wissenschaftlern in den RGW-Ländern<sup>16</sup> folgende bezeichnen:

1. die Periode der Wiederherstellung der Volkswirtschaft,
2. die Periode der sozialistischen Industrialisierung,
3. die Periode der sozialistischen Intensivierung unter den Bedingungen der

15 Der hier dargelegte Standpunkt ist durchaus umstritten. Die Auffassungen über die relative Selbständigkeit der Leitung und Planung als Bestandteil des Überbaus gehen unter den marxistischen Ökonomen zum Teil beträchtlich auseinander. Am deutlichsten spricht sich wohl der polnische Ökonom Kleer gegen die Existenz einer engeren Bindung des Leitungs- und Planungssystems an den jeweiligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse aus: "Man kann ... die Hypothese von der verhältnismäßigen Freiheit des Staates bei der Wahl des Charakters oder des Typs der ökonomischen Organisation aufstellen." (Kleer, J., *Reformy gospodarcze w krajach socialistycznych w latach szescdsiestnych*, in: *Ekonomista*, Nr. 1/1973, S. 70.)

16 Vgl. u. a. *Ekonomičeskaja istorija socialističeskich stran*, Moskau 1971; *Sozialistisches Weltwirtschaftssystem*, Bd. 1, a. a. O.

Die Periode der Wiederherstellung der Volkswirtschaft beinhaltet als Hauptziel auf dem Gebiet der Produktivkräfte die Beseitigung des Schadens, der in der Volkswirtschaft durch Krieg und Bürgerkrieg bzw. durch Abzug von Spezialisten oder die Unterbrechung von Handels- und Kooperationsbeziehungen von seiten kapitalistischer Staaten im Rahmen konterrevolutionärer Aktionen während der Anfangsphase der sozialistischen Revolution entstanden ist. Dieses Hauptziel fand bisher in der Mehrzahl der sozialistischen Länder seinen konkret-historischen Ausdruck in dem Bemühen, den Vorkriegsstand baldmöglichst wieder zu erreichen. Aus dieser Hauptaufgabe waren die Anforderungen an Tempo und Dynamik, Struktur und Faktoren des Wachstums im Rahmen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses abgeleitet. Was (in seinen Grundproportionen, keinesfalls im einzelnen) wieder hergestellt wird, ist der unter den Bedingungen des Kapitalismus erreichte Zustand der materiell-technischen Basis. Es überwiegen, gemessen an der Reihenfolge, in der das Vorkriegsniveau der Beschäftigten, der Arbeitsproduktivität und der Produktionsmittelauslastung wieder erreicht wird, extensive Wachstumsfaktoren.

Eine Periode der Wiederherstellung der Volkswirtschaft im skizzierten Sinne haben bisher alle sozialistischen Länder, von der Sowjetunion bis Kuba, durchlaufen müssen. Auf dem Gebiet der Produktionsverhältnisse ist dieser Zeitraum selbstverständlich alles andere als eine "Restaurationsperiode". Er ist die Periode der entscheidenden revolutionären Umwälzungen der Eigentumsverhältnisse in der Industrie.

Der sozialistische Sektor wird in dem folgenden Entwicklungsstadium - der sozialistischen Industrialisierung - weiter ausgebaut, und sozialistische Produktionsverhältnisse setzen sich auch in der Landwirtschaft durch. Das Stadium der sozialistischen Industrialisierung ist durch außerordentlich bedeutsame strukturelle Veränderungen charakterisiert, die sich in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum vollziehen, ob nun neue Industrien geschaffen oder die Proportionen einer schon bestehenden Industrie grundlegend verändert werden. Die Veränderungen erfolgen in erster Linie über Neuinvestitionen in ausgewählten Zweigen (zum Beispiel der Schwerindustrie) auf überwiegend extensivem Wege. In diesem skizzierten Sinne haben wohl bisher alle sozialistischen Länder eine Phase der sozialistischen Industrialisierung durchlaufen, von dem Agrarland Bulgarien bis zur hochindustrialisierten Tschechoslowakei.

Nach Beendigung der sozialistischen Industrialisierung ist bisher die Mehrzahl der sozialistischen Länder (in erster Linie die europäischen Länder des RGW) in eine neue Wirtschaftsphase getreten. Unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der Produktivkräfte besteht ihr Hauptinhalt darin, die Vorzüge des Sozialismus mit den Möglichkeiten zu vereinigen, die die wissenschaftlich-technische Revolution bietet. Die notwendigen Umgestaltungen erfolgen komplex, stärker durch Modernisierung der vorhandenen technischen Basis als durch Neuinvestitionen,

17 Ausgeklammert werden im folgenden sowohl hinsichtlich der Produktivkraftentwicklung als auch der Leitung und Planung die Perioden einer sozialistischen Kriegswirtschaft, die einzelne sozialistische Länder unter den Bedingungen der unmittelbaren militärischen Aggression des Imperialismus zu entwickeln hatten, wie z. B. die Sowjetunion während der Interventions- und Bürgerkriege 1918-1920 (Periode des "Kriegskommunismus") sowie während des Großen Vaterländischen Krieges (1941-1945), ferner die KDVR und die DRV.

ausgeprägt in der Mikro- als in der Makrostruktur, in der Gesamtvolkswirtschaft auf überwiegend intensivem Wege. Tempo, Dynamik, Struktur und Grad der Nutzung einzelner Faktoren des Wirtschaftswachstums leiten sich aus der ökonomischen Hauptaufgabe und den zu ihrer Realisierung durchgeführten Intensivierungsmaßnahmen ab.

In der gesamtgesellschaftlichen Periodisierung des Sozialismus-Kommunismus werden die Wiederherstellungsperiode und die sozialistische Industrialisierung in der Regel zur "Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus" gezählt, während das Stadium der Intensivierung zur Periode der (Herausbildung der) entwickelten sozialistischen Gesellschaft gerechnet wird.<sup>18</sup>

Die hier vorgenommene Einteilung der Wirtschaftsentwicklung in den sozialistischen Ländern in drei Stadien macht einige ergänzende Bemerkungen notwendig, um Mißverständnissen vorzubeugen:

E r s t e n s: Die drei Stadien sind bis heute in erster Linie durch den nationalen Reifegrad der sozialistischen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse bestimmt. Jedoch spielten internationale Hilfe und Zusammenarbeit (Warenaustausch, Kooperation, Integration) der sozialistischen Länder als Ausdruck des sozialistischen Internationalismus bei der Frägung der ökonomischen Entwicklung des einzelnen Landes von jeher eine Rolle und gewinnen seit den siebziger Jahren in zunehmendem Maße an Bedeutung.

Z w e i t e n s: In der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, des Klassenkampfes zwischen den Weltssystemen, beeinflussen die konkreten Formen dieses Klassenkampfes (wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz, Wirtschaftskrieg unter den Bedingungen des kalten Krieges) die Entwicklung einzelner sozialistischer Länder. Diese Beeinflussung war besonders charakteristisch für die Übergangsperiode; sie ist aber unter den Bedingungen des entwickelten Sozialismus, wie die Auswirkungen der Preissteigerungen und der Überproduktionskrise in der kapitalistischen Welt auf den Ost-West-Handel seit der Mitte der siebziger Jahre beweisen, bei der Analyse der ökonomischen Entwicklung einzelner sozialistischer Länder auch weiterhin ins Kalkül zu ziehen.

D r i t t e n s: Es gibt keine "reinen" Stadien der Wirtschaftsentwicklung. Elemente der vorangegangenen bzw. der folgenden Etappe des sozialistischen Aufbaus stehen neben den für die jeweilige Etappe charakteristischen, Tempo, Struktur und Typ des Wirtschaftswachstums bestimmenden Grundzügen der Wirtschaftsentwicklung. So traten in den RGW-Ländern Mittel- und Südosteuropas einerseits bereits in der Wiederherstellungsperiode Elemente der sozialistischen Industrialisierung auf,<sup>19</sup> und für das Stadium der sozialistischen Industrialisierung charakteristische Prozesse wirkten teilweise noch in den sechziger Jahren nach. Andererseits war die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder in den fünfziger Jahren nicht allein durch die sozialistische Industrialisierung charakterisiert. Bei einzelnen Erzeugnissen und in einigen Wirtschaftszweigen war auch Anfang der fünfziger Jahre das Vorkriegsniveau noch nicht in allen Ländern erreicht. Die Erschöpfung der extensiven Wachstumsfaktoren

<sup>18</sup> Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, Berlin 1978, S. 559 f.

<sup>19</sup> Roesler, Jörg, Wiederherstellungsperiode und Wirtschaftspläne (1945-1949/50), in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 21/1, Berlin 1977, S. 111 ff.

kündigt sich in einzelnen RGW-Ländern bereits in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre an.

**V i e r t e n s:** Es wird in der Regel nicht möglich sein, beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus den Übergang von einer Etappe zur anderen exakt mit einem bestimmten Kalenderjahr anzugeben. Wo es trotzdem notwendig und angebracht erscheint, eine Jahreszahl zu nennen, ist diese dann nicht als **E i n s c h n i t t** (Zäsur), sondern als **W e n d e p u n k t** zu verstehen, an dem quantitative Entwicklungen, die bereits vorher erkennbar waren, für den gesamten Wirtschaftsprozeß bestimmend werden und ihm eine neue Qualität verleihen. Mit den beiden letzten Bemerkungen ist bereits angedeutet, daß die Einordnung derartiger Übergangs- bzw. Umschlagszeiträume von einem Entwicklungsstadium zum nächsten objektiv Quelle unterschiedlicher Interpretationen sein kann. Hier liegen offenbar die Wurzeln dafür, daß unter den marxistischen Wissenschaftlern unterschiedliche Periodisierungen gebräuchlich sind.

#### 4. Stadien (Typen) der Leitung und Planung der Volkswirtschaft

Jedes der drei bisher beim sozialistischen Aufbau zu beobachtenden Stadien der Wirtschaftsentwicklung erforderte ein spezifisches Herangehen an die planmäßige Gestaltung der ökonomischen Proportionalität in der jeweiligen Etappe. Zu diesem Zweck waren spezifische, untereinander verflochtene, einander ergänzende Methoden der Planung, der Organisationsstruktur, der wirtschaftlichen Rechnungsführung, der Wettbewerbsbewegung, der Staatsfinanzen usw. zu entwickeln, so daß es wohl auch richtig sein dürfte, von drei historisch aufeinanderfolgenden Planungssystemen des realen Sozialismus zu sprechen. Das entscheidende Verdienst bei ihrer Entwicklung, Vervollkommnung bzw. Modernisierung gebührt den marxistisch-leninistischen Parteien in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Es wäre jedoch eine unzulässige Vereinfachung des komplizierten Wechselspiels zwischen Basis und Überbau, aber auch der Verdienste, die sich die marxistisch-leninistischen Parteien bei der Entwicklung effektiver Leitungs- und Planungsmethoden erworben haben, wollte man die Bewegung der Leitung und Planung allein aus ihren (wechselseitigen) Beziehungen zum Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse erklären. Diese Beziehungen wurden weiter oben bereits als **p r i m ä r e** Ursachen der Veränderung und Entwicklung des Wirtschaftsmechanismus bezeichnet, gleichzeitig wurde jedoch darauf hingewiesen, daß sie nicht die einzigen sind, Neben ihnen existieren noch eine Reihe weiterer Momente und Beziehungen, die auf die Gestaltung des Wirtschaftsmechanismus Einfluß nehmen:

1. wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen bei der Verwirklichung der Planung in jedem sozialistischen Land für die Gestaltung des Wirtschaftsmechanismus bzw. für die Methoden seiner Veränderung;
2. die schöpferische Übernahme von Erkenntnissen anderer sozialistischer Länder über die Entwicklung der Leitung und Planung, insbesondere von Erfahrungen der Sowjetunion;
3. die Nutzung von Erkenntnissen politökonomischer Zweigdisziplinen über die Leitung und Planung der Volkswirtschaft, die sie aus den Grundsätzen der politischen Ökonomie des Sozialismus und den verallgemeinerten nationalen und internationalen Erfahrungen der Wirtschaftspraxis abgeleitet haben;
4. die Wechselwirkung der einzelnen Elemente des Wirtschaftsmechanismus aufeinander aufgrund seines Systemcharakters, was sich in der Praxis vor allem



darin äußert, daß Reorganisationen bestimmter Teile des Wirtschaftsmechanismus Veränderungen im Leitungs- und Planungssystem nach sich ziehen müssen, soll der mit der Reorganisation beabsichtigte Effekt (überhaupt bzw. vollständig) erreicht werden. So ermöglicht zum Beispiel der Übergang zur mittelfristigen Planung als Hauptsteuerungselement die Anwendung neuer Methoden in der Wettbewerbsbewegung,<sup>20</sup> die Orientierung der Planung auf die Endprodukte erfordert in der wirtschaftlichen Rechnungsführung die engere Verknüpfung der materiellen Stimuli mit den Ergebnissen der Produktionstätigkeit der Kollektive.<sup>21</sup>

5. Eine nicht unmittelbar durch die ökonomische Basis des jeweiligen Landes vermittelte Beeinflussung der Länderplanung vollzieht sich auch durch die vom RGW zielbewußt angestrebte (bilaterale oder multilaterale) methodische Vereinheitlichung der verschiedenen nationalen Planungssysteme, mit dem Ziel, die Effektivität der Leitung und Planung der sozialistischen ökonomischen Integration, insbesondere seit den siebziger Jahren, zu erhöhen.<sup>22</sup> Voraussetzung für Erfolge in der gemeinsamen Planung ist selbstverständlich eine Annäherung des Entwicklungsniveaus der betreffenden Staaten.

Man kann für die vergleichende Betrachtung der Planungsgeschichte die fünf genannten Faktoren, die auf die Entwicklung des Wirtschaftsmechanismus einwirken, grob auch noch in "innere" (1, 3 und 4) sowie "äußere" (2, 3 und 5) unterteilen.<sup>23</sup>

Innere und äußere Faktoren können aber auch in dem Sinne unterschieden werden, daß man unter inneren Faktoren die dem Planungs- und Leitungssystem innewohnenden Kräfte zu seiner Vervollkommnung zu verstehen hat - seien sie nun im Ergebnis empirisch vollzogener Anpassung oder im Ergebnis planungs-theoretischer Verallgemeinerungen zustande gekommen - und unter äußeren Faktoren solche, die das Resultat der Einwirkungen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen auf das Leitungs- und Planungssystem sind. Diese Art der Einteilung in "innere" und "äußere" Faktoren ist für die vergleichende Betrachtung der Planungsgeschichte von nicht zu unterschätzender methodologischer Bedeutung,

Hier seien zunächst die inneren Faktoren betrachtet. Charakterisiert sind sie durch eine aufsteigende Entwicklung, die von geringen Erfahrungen und unvermeidlichen Unsicherheiten bei der Ausarbeitung bzw. Übernahme und Anwendung einzelner Leitungs- und Planungsmethoden zur immer besseren Beherrschung des Planungsprozesses verläuft. Die Planer nutzen den wachsenden nationalen und internationalen Erfahrungsschatz der sozialistischen Länder und die Fortschritte der politischen Ökonomie des Sozialismus sowie ihrer sich mit der Leitung und Planung befassenden Zweigdisziplinen. Mit zunehmender Beherrschung des Leitungs- und Planungsprozesses erhöht sich die Wirksamkeit der Leitung.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß sich die Vervollkommnung der Leitungs- und Planungsmethoden unter ständiger Konfrontation des jeweils Erreichten mit den äußeren Faktoren, mit den Anforderungen der Wirtschaftspraxis, vollzieht. Und die Adäquatheit des Leitungs- und Planungssystems mit diesen Bedingungen ist es, die primär über seine Effektivität entscheidet.

20 Derselbe, Die Herausbildung und Entwicklung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft der DDR, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 6/1978, S. 713.

21 Vgl. Beluosow, R. A., Hauptetappen der Schaffung des Systems der Leitung und Planung der Wirtschaft in der UdSSR, in: ebenda, S. 679.

22 Vgl. Faude, Eugen, Sozialistische ökonomische Integration, Berlin 1977, S. 44 ff.; RGW - DDR, 25 Jahre Zusammenarbeit, Berlin 1974, S. 164 ff.

23 Die dritte Gruppe von Faktoren wäre dann auf beide Seiten aufzuteilen.

Historisch hat sich die Wirtschaftsplanung zum Beispiel im Stadium der sozialistischen Industrialisierung in den europäischen volksdemokratischen Staaten auf der Grundlage eines stürmischen Wachstums der Industrieproduktion sehr rasch vollzogen. Mitte der fünfziger Jahre, als die Verbesserung, Verfeinerung usw. des in den Jahren zuvor entwickelten Leitungs- und Planungssystems aufgrund der gesammelten Erfahrungen erstmals in großem Maßstab möglich wurde, entstanden bereits - da gerade eben der größte Mangel an Produktionsmitteln überwunden war und die wissenschaftlich-technische Revolution einsetzte - erste neue, anders geartete Anforderungen an die Planung. Sie machten auch neue Planungsmethoden notwendig. Dadurch wurde eine Reihe von aus den Anfangsjahren der sozialistischen Industrialisierung datierende Erfahrungen - nicht die grundlegenden, sondern historisch-konkrete - bereits entwertet, bevor sie noch im großen Maßstab Anwendung finden konnten.

In den meisten sozialistischen Ländern setzte noch im Verlauf der Wiederherstellungsperiode, das heißt, **b e v o r** die einzelnen Elemente des Wirtschaftsmechanismus zu einem die ganze Volkswirtschaft beeinflussenden System zusammengefaßt werden konnten, die sozialistische Industrialisierung ein, die in vieler Hinsicht neue Anforderungen an die Methoden der Leitung und Planung stellte. Die Vervollkommnung des vorhandenen Systems der Leitung und Planung genügte nicht mehr, die Entwicklung neuer, den Erfordernissen der sozialistischen Industrialisierung angepaßter Leitungs- und Planungsmethoden wurde notwendig. Der Wirtschaftsmechanismus der Wiederherstellungsperiode erfuhr bisher, wenn überhaupt, lediglich in der Sowjetunion der zwanziger Jahre (NÖP-Zeit) volle historische Ausprägung.

Das unterschiedliche Gewicht der "inneren" und "äußeren" Einflußfaktoren führt zu der Schlußfolgerung, daß es unzweckmäßig, sogar falsch ist, eine primäre Periodisierung des sozialistischen Leitungs- und Planungssystems vorzunehmen, die es nach seinem "inneren Reifegrad" (Grad der Erfassung einzelner Bereiche des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, des reibungslosen bzw. reibungsarmen Ineinandergreifens der einzelnen Bereiche des Wirtschaftsmechanismus) etwa in ein "frühes, "entwickeltes" und "reifes" Stadium gliedert, weil dabei die entscheidenden Anstöße für seine Entwicklung außer acht blieben. Das soll allerdings nicht heißen, daß derartige "Reifestufen" in der Analyse unberücksichtigt bleiben dürfen. Im ersten Stadium der sozialistischen Planwirtschaft (Planung der Wiederherstellungsperiode) zum Beispiel überwiegen die Fortschritte bei der Beherrschung des Planungsprozesses an sich, das heißt bei der Überwindung des spontanen Wirkens der objektiven ökonomischen Gesetze ganz offensichtlich. Die Anpassung der Leitungs- und Planungsmethoden an die Bedingungen der Wiederherstellungsperiode hat allerdings bisher im Vergleich zur Darstellung der Herausbildung eines sozialistischen Planungssystems "überhaupt" in der Wirtschaftsgeschichtsschreibung noch zu wenig Beachtung gefunden.

Das gilt vor allem für die europäischen volksdemokratischen Länder, in denen die Wiederherstellungsperiode innerhalb eines Jahrfünfts im wesentlichen abgeschlossen war, und hier besonders für Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn. Diese Periode, in der sich die sozialistische Planwirtschaft herausbildet, als "Übergangsplanung" zu bezeichnen, wie es zum Beispiel Hetenyi<sup>24</sup> und faktisch auch

<sup>24</sup> Hetenyi, J., Salient features in the development of national economic planning in Hungary, in: Acta oeconomica, Bd. 15, Budapest 1975, S. 2.

Berend und Ránki<sup>25</sup> tun, und diese Anfänge dementsprechend bei der Periodisierung der sozialistischen Volkswirtschaftsplanung ganz auszuklammern, dürfte weder für Ungarn noch generell zweckmäßig sein. Selbst in der Tschechoslowakei, wo bei der Ausarbeitung des Zweijahrplanes 1947/48 neben den sowjetischen (und polnischen) Erfahrungen die Auswertung von Planungsmethoden kapitalistischer Länder, so auch die Verfahren der französischen Planification anfangs eine gewisse Rolle spielten<sup>26</sup>, überwogen von vornherein die Elemente einer sozialistischen Wirtschaftsplanung.<sup>27</sup>

Von wesentlicher Bedeutung für die Durchsetzung sozialistischer Planungsprinzipien war die Existenz sowjetischen bzw. gemischten Eigentums an Industriebetrieben und Transportunternehmen in der DDR, in Bulgarien, Rumänien und Ungarn. Die sowjetischen Spezialisten gaben bereitwillig die Erfahrungen weiter, die sie in mehr als 25 Jahren auf dem Gebiet der Planung gesammelt hatten. In der DDR spielte dieses Moment eine besonders große Rolle: Einerseits hatten die SAG-Betriebe in den Jahren 1948 bis 1950 mit zirka 22 Prozent einen bedeutenden Anteil an der industriellen Bruttoproduktion, andererseits erwies die Planökonomische Abteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) den deutschen Wirtschaftsplanern in den Jahren 1945 bis 1949 unmittelbar großzügige Hilfe. Im Zusammenhang mit der 1947, 1950, 1952 und 1954 sukzessive erfolgten Übergabe der SAG-Betriebe an die DDR wurden weitere in den sowjetischen Betrieben erprobte Planungs- und Bilanzierungserfahrungen sowie Leitungsmethoden auf die gesamte Industrie übertragen.<sup>28</sup>

Bedingt durch die wechselseitige Abhängigkeit der einzelnen Elemente des Leitungs- und Planungssystems,<sup>29</sup> lassen sich bei planungsgeschichtlichen Vergleichen aus der Analyse einzelner bzw. einiger Bereiche des Wirtschaftsmechanismus Rückschlüsse ziehen, die mit großer Wahrscheinlichkeit für das gesamte Leitungs- und Planungssystem zutreffen. Dieses angesichts der Quellsituation hinsichtlich bestimmter Teilbereiche. (Es gibt zum Beispiel bis heute keine Monographie über die Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs in den RGW-Ländern.) sicher zulässige, ja notwendige Verfahren erscheint insbesondere dann als gerechtfertigt, wenn eine solche Verallgemeinerung auf einervergleichenden Analyse der Planung, dem Herzstück der Wirtschaftsleitung<sup>30</sup> beruht.

Im folgenden werden für die einzelnen Entwicklungsstadien der sozialistischen Volkswirtschaft charakteristische Merkmale der Planung zusammengestellt

25 Berend, Iván T. / Ránki, György, Zur Geschichte der Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft in Ungarn, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 2, S. 126 ff.

26 Sommer, Stanislav, Srovnání organizační struktury vrcholné plánovací služby ve Francii a v CSR, in: Statistický obzor, Nr. 2/1947, S. 256

27 Průcha, Václav, Basic Features of Economic Development in Czechoslovakia in 1945-1970, in: Czechoslovak Economic Papers, Bd. 13, Prag 1972, S. 41 f.

28 Vgl. ausführlich dazu: Roesler, Jörg, Der Beitrag der Betriebe sowjetischen bzw. gemischten Eigentums bei der Herausbildung und Festigung der sozialistischen Planwirtschaft in der volksdemokratischen Revolution, in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozeß, Berlin 1978, S. 522 ff.

29 Vgl. Upravenie socialističeskim proizvodstvom, Voprosy teorii i praktiki, Moskau 1975, S. 129 ff.; Beluosow, R.A., a. a. O., S. 670 ff.

30 Upravenie socialističeskim proizvodstvom, a. a. O., S. 209 ff.

und der Versuch unternehmen, sie stellvertretend für den gesamten Wirtschaftsmechanismus als Einteilungskriterien bei der Gliederung des Leitungs- und Planungssystems in mehrere Etappen bzw. Typen zu verwenden.

Die Planung der Wiederherstellungsperiode war durch folgende Merkmale charakterisiert:

1. Sie war zunächst überwiegend kurzfristig und nur in geringem Maße verbindlich. Die verbindliche Planung und die Jahres- bzw. Mehrjahresplanung setzten sich erst allmählich und in dem Maße durch, wie es gelang, Schwarzmarkt und Kompensationsgeschäfte zurückzudrängen.
2. Die Betriebe aller Eigentumsgruppen (staatliche Betriebe, die privatkapitalistische und teilweise auch die Kleinproduktion) wurden in gleicher oder ähnlicher Weise geplant.
3. Die Planung umfaßte (auch als gesamtstaatliche Planung) noch nicht alle wesentlichen Bereiche des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses; im Mittelpunkt stand die Verteilungsplanung, der wichtigste Teil der Bewirtschaftung, das heißt der Rationierung der Konsumgüter und der Kontingentierung der Produktionsmittel. Bei der Aufstellung des Verteilungsplanes wurden erstmals Aufkommen und Verwendung der wichtigsten Erzeugnisse gegenübergestellt und so Anfänge einer volkswirtschaftlichen Bilanzierung geschaffen. Von den übrigen Plänen hatte in der Regel der Produktionsplan die größte, der Finanzplan die geringste Bedeutung.
4. Die einzelnen Planungsorgane erarbeiteten nur locker miteinander verbundene Teilpläne. Der Volkswirtschaftsplan konnte unter diesen Umständen nicht viel mehr als eine Zusammenstellung dieser Teilpläne, noch kein komplexer Plan sein. Beziehungen zwischen der Planung und anderen Bereichen des Wirtschaftsmechanismus waren entweder noch nicht vorhanden (zum Beispiel zur wirtschaftlichen Rechnungsführung), noch schwach entwickelt (zum Beispiel zur Wettbewerbsbewegung) oder durch das Vorherrschen traditioneller (bürgerlicher) Leitungsformen (zum Beispiel auf dem Gebiet der Finanzen und der Organisationsstruktur) beeinträchtigt.
5. Die Planung von Akkumulation und Investitionen war vergleichsweise wenig zentralisiert und noch nicht mit aller Konsequenz auf bestimmte Wirtschaftszweige ausgerichtet, weil
  - sich die Wiederaufbauschwerpunkte unmittelbar aus dem Zerstörungsgrad eines Zweiges, seiner Funktion bei der Wiederherstellung der Volkswirtschaft bzw. aus der unmittelbaren materiellen Notlage der Bevölkerung ergaben und entsprechend der Wiedererreichung des Vorkriegsstandes in relativ kurzer Zeit wechseln konnten;
  - die für die Akkumulation bzw. Investition zur Verfügung stehenden Summen relativ gering und die Instrumentarien für eine effektive Planung (und Zentralisierung) der Akkumulationsmittel noch wenig entwickelt waren.

Folgende Merkmale charakterisieren die Planung unter den Bedingungen der sozialistischen Industrialisierung:

1. Die von der zentralen Planung festgelegten Aufgaben waren durchweg verbindlich.
2. Die Planung in dieser Form war auf den sozialistischen (staatlichen) Sektor beschränkt. Für den privatkapitalistischen Sektor, der in einigen sozialistischen Ländern noch in größerem Umfang vorhanden war (zum Beispiel in der DDR), wurde ein gesondertes Lenkungssystem entwickelt, über das die indirekte

Einbeziehung der privaten bzw. gemischten Betriebe in die sozialistische Volkswirtschaftsplanung erfolgte.

3. Die Planung umfaßte alle für eine erfolgreiche sozialistische Industrialisierung wesentlichen Bereiche der Volkswirtschaft. Größte Bedeutung hatten der Produktions-, Arbeitskräfte- und Investitionsplan.
4. Es bestand eine hochgradige Konzentration der Planungsentscheidungen bei den zentralen wirtschaftsleitenden Organen, die über die Vorgabe einer Vielzahl von Kennziffern (Produktionsplanung) bzw. mit einem engmaschigen Netz von Regelungen (Akkumulationsplanung) realisiert wurde, wobei den Industriezweigeleitungen und -betrieben im wesentlichen nur die Planaufschlüsselung und -durchführung überlassen blieb.
5. Für alle Planungsbereiche spielten quantitative (Natural- und Wert-)Kennziffern, wie zum Beispiel die Bruttoproduktion, eine entscheidende Rolle.
6. Die Jahresplanung dominierte.
7. Die Planung erfolgte vorzugsweise nach dem Branchenprinzip.
8. Die Bilanzierung machte beträchtliche Fortschritte. Die Qualität der Material-, Arbeitskräfte- und Vorratsnormen entsprach jedoch noch nicht den Anforderungen, und die Einzelbilanzen waren untereinander nur unzureichend verknüpft.
9. Vorrangig wurden diejenigen Formen und Methoden einer Einbeziehung der Werkstätten in die Leitung und Planung entwickelt, die halfen, den betrieblichen Bruttoproduktionsplan zu erfüllen und zu überbieten.

Für die Planung unter den Bedingungen des beschleunigten wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der allseitigen Intensivierung der Volkswirtschaft wurden bzw. werden folgende Merkmale charakteristisch:

1. Im gesamten Planungsprozeß wird konsequent von den Bedürfnissen und vom Bedarf ausgegangen.
2. Die Rolle der Perspektivplanung und der Prognose wächst.
3. Der Fünfjahrplan wird zum wichtigsten Steuerungsinstrument der gesamten sozialistischen Wirtschaft.
4. Die Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wird zum Kern der Volkswirtschaftsplanung.
5. Neben der Zweigplanung gewinnen Programmplanung (für volkswirtschaftlich komplexe Aufgaben) und Territorialplanung zunehmend an Bedeutung.
6. Die Bedeutung qualitativer Kennziffern (Rentabilität, Arbeitsproduktivität, effektive Ausnutzung der Grund- und Umlaufmittel) nimmt gegenüber den quantitativen Kennziffern (zum Beispiel Bruttoproduktion), die bis dahin die größte Rolle spielten, zu. Mengenkennziffern werden immer häufiger für Finalerzeugnisse statt wie früher für Zwischenprodukte festgelegt.
7. Die Zahl der zentral vorgegebenen Kennziffern verringert sich und die Verantwortung der Wirtschaftseinheiten (Betriebe, Kombinate, Vereinigungen) im Prozeß der Aufstellung und eigenverantwortlichen Realisierung der Pläne auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus wächst.
8. Die exakte Bilanzierung von Aufkommen und Verwendung der volkswirtschaftlichen Ressourcen, für die durch die Einführung der Verflechtungsbilanzierung und die Nutzung der modernen Rechentechnik bei der Planausarbeitung eine neue methodische und materielle Basis geschaffen wurde, erhält entscheidende Bedeutung für die Durchsetzung der volkswirtschaftlichen Proportionalität.

Da die geschilderten Planungsstadien ebensowenig "rein" existieren wie die ihnen zugrunde liegenden Entwicklungsstadien der Produktivkräfte und in ihrer zeitli-

chen Abfolge kaum scharf voneinander getrennt werden können, spielen "Überlagerungszeiträume", die durch Teilreformen, durch eine schrittweise Ablösung bestehender und teilweise Einführung neuer (bereits dem nächstfolgenden Typ zuzuordnender) Methoden gekennzeichnet sind, in der Geschichte keine unbedeutende Rolle. Die Unterschiede bei ihrer Einordnung bzw. die Verselbständigung solcher "Überlagerungszeiträume" als gesonderte Etappe in der Entwicklung der Planung sind wesentliche Ursachen für die unterschiedlichen Periodisierungen, zu denen die Wirtschaftshistoriker bei ihren Untersuchungen über die Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft gelangen. Die relativ lange Dauer der Übergangszeit von dem für die sozialistische Industrialisierung charakteristischen Leitungs- und Planungssystem zu einem auf die Anforderungen an die sozialistische Intensivierung orientierten Wirtschaftsmechanismus führte zum Beispiel die ungarischen Wirtschaftshistoriker bzw. Wirtschaftswissenschaftler Berend und Hetenyi zu der Schlußfolgerung, die Leitungs- und Planungsmethoden der zweiten Hälfte der fünfziger und der ersten Hälfte der sechziger Jahre seien einer eigenständigen Entwicklungsphase der sozialistischen Planwirtschaft zuzuordnen.<sup>31</sup> Ein derartiges Herangehen dürfte jedoch nicht gerechtfertigt sein. Wie vom Verfasser der vorliegenden Arbeit an anderer Stelle anhand der Analyse von Formen und Methoden der Wirtschaftsplanung in der DDR im Verlauf der zweiten Hälfte der fünfziger und den frühen sechziger Jahren nachgewiesen wurde,<sup>32</sup> entstand durch die Teilreformen kein eigenständiges, von den vorangegangenen und den nachfolgenden Entwicklungsabschnitten abgrenzbares Planungssystem, sondern bestenfalls eine "Mischform" aus Bestandteilen zweier verschiedener Planungssysteme. Als Resultante der zum Teil einander widerstrebenden Elemente setzte sich bis zum Anfang der sechziger Jahre immer das "alte" Planungssystem der sozialistischen Industrialisierung durch, in dem das Bruttoproduktionsprinzip dominierte.

Augenscheinlich waren die Erfahrungen in anderen sozialistischen Staaten nicht wesentlich anders. Für die marxistisch-leninistischen Parteien der europäischen RGW-Länder ergab sich jedenfalls die Notwendigkeit, von der vielfach bereits seit Mitte der fünfziger Jahre betriebenen Politik der Teilreformen des Wirtschaftsmechanismus Mitte bzw. Ende der sechziger Jahre zu einer umfassenden (komplexen) Wirtschaftsreform überzugehen.<sup>33</sup>

## 5. Methoden des Vergleichs bei der historischen Betrachtung der Volkswirtschaftsplanung

Voraussetzung für einen fruchtbaren Vergleich ist eine klare theoretische Aus-

<sup>31</sup> Berend unterscheidet 3 Stufen: 1. vom Ende der vierziger bis zur Mitte der fünfziger Jahre; 2. von der zweiten Hälfte der fünfziger bis zur Mitte oder bis zum Ende der sechziger Jahre; 3. von der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bis zu unserer Zeit. (Berend, Istvan T., 30 years of Hungarian socialist economic policy, in: Acta oeconomica, Bd. 14, 2/3, Budapest 1975, S. 164.) Hetenyi unterteilt die ungarische Volkswirtschaftsplanung in etwa die gleichen Perioden (1947/48-1956, 1957-1967 und 1968 bis zur Gegenwart). (Hetenyi, J., a. a. O., S. 1.)

<sup>32</sup> Vgl. Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft ..., a. a. O., S. 277 ff.

<sup>33</sup> Vgl. derselbe, Lösungswege bei der Inangriffnahme der Wirtschaftsreformen in den sechziger Jahren, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 3, S. 107 ff.

gangsposition, sind deutlich herausgearbeitete Planungstypen und Vergleichskriterien - das sei an dieser Stelle noch einmal betont. Erst nach der Erarbeitung dieser Voraussetzungen sind aus der Vielzahl der möglichen, in der Literatur bereits häufig beschriebenen und in der historischen Forschung angewandten Vergleichsmethoden<sup>34</sup> diejenigen herauszufinden, die auf das Objekt des Vergleiches - im vorliegenden Falle die Volkswirtschaftsplanung in den einzelnen sozialistischen Ländern - überhaupt anwendbar sind, und schließlich ist den Methoden oder auch nur einer einzigen Methode ungeteilte Aufmerksamkeit zuzuwenden, die den spezifischen, mit dem Vergleich jeweils verfolgten Zielen am besten entspricht.

Für den Vergleich der Planungssysteme in den sozialistischen Ländern erscheinen folgende drei Verfahren geeignet:

1. Vergleich des Entwicklungsniveaus des Planungsprozesses (zeitlich-horizontale Vergleiche),
2. Vergleiche des Entwicklungstempors, mit dem die einzelnen Länder die aufeinanderfolgenden Planungsstadien durchlaufen (zeitlich-vertikale Vergleiche),
3. Vergleiche innerhalb eines bestimmten Entwicklungsstadiums der Planung (stadiale Vergleiche),

Im folgenden sollen diese Methoden und die Vor- und Nachteile ihrer Anwendung näher erläutert werden:

In theoretischer Hinsicht am unproblematischsten erscheint der Niveauvergleich. Er ist am zweckmäßigsten dann anzuwenden, wenn die Planung sozialistischer Staaten über einen bestimmten, für alle Vergleichsländer identischen, relativ kurzen Zeitabschnitt (zum Beispiel ein Jahr, ein Jahrünft) untersucht werden soll.

Als Beispiel sei das Jahr 1950 angeführt. In der Sowjetunion findet zu diesem Zeitpunkt eine leicht modifizierte Form des während der dreißiger Jahre unter den Bedingungen der sozialistischen Industrialisierung entwickelten Planungssystems Anwendung. In Albanien, Bulgarien, der ČSSR, Jugoslawien, Polen und Ungarn ist es bereits oder wird es gerade bestimmend. In anderen Ländern, wie der DDR und Rumänien, dominieren noch die für die Wiederherstellungsperiode charakteristischen Leitungs- und Planungsmethoden, während sie sich in China gerade erst herausbilden. Komplizierter ist für das Jahr 1950 die Einordnung

<sup>34</sup> Der Verfasser empfand in dieser Hinsicht als besonders anregend die diesbezüglichen Diskussionen auf dem IV. Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der Ungarischen VR. Vgl. Baudis, Dieter/Sonntag, Siegfried, Methodologische Probleme der Wirtschaftsgeschichtsschreibung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 2, S. 115 ff. - Zur vergleichenden Geschichtsmethodologie haben weiterhin folgende Aufsätze wesentliche Aussagen gemacht: Makarjan, E. S., Ob osnovnych principach sravnitel' nogo izučenija istorii, in: Voprosy istorii, H. 7/1966, S. 18 ff.; Čistožvonov, A. N., Über die stadial-regionale Methode bei der vergleichenden historischen Forschung der bürgerlichen Revolution des 16.-18. Jahrhunderts in Europa, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 1/1973, S. 31 ff.; Küttler, Wolfgang, Oktoberrevolution und Revolutionsgeschichte, Zu den Kriterien einer historischen Typologie der Revolutionen der Neuzeit, in: ZfG, Nr. 12/1977, S. 1405 ff.; Kossok, Manfred, Vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit, Forschungsprobleme und Kontroversen, in: ZfG, Nr. 1/1978, S. 5 ff.

von Vietnam, der Mongolischen Volksrepublik (MVR) sowie der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR). Zu diesem Zeitpunkt befand sich Vietnam im Abwehrkampf gegen die ehemalige Kolonialmacht Frankreich, während die KDVR und die MVR das Stadium der Wiederherstellung bereits überwunden haben, die sozialistische Industrialisierung aber in beiden Ländern noch nicht begonnen hat.

Ähnliche Querschnittsvergleiche könnte man für die Jahre 1960 oder 1970 anstellen. Sie decken den unterschiedlichen Entwicklungsstand der Planung in den sozialistischen Ländern auf. Die Einordnung erfolgt nach den für die drei Stadien der Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft erarbeiteten Kriterien. Der Vergleich bringt eine reale Differenziertheit zum Ausdruck. Er ist besonders für Untersuchungen über die Bedingungen zu empfehlen, unter denen zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern ein Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Planung stattfinden kann. Die Möglichkeiten, neugewonnene Erkenntnisse eines Landes auf dem Gebiet der Leitung und Planung in die Praxis eines anderen umzusetzen, sind natürlich größer zwischen Ländern, die sich im gleichen Planungsstadium befinden, als zwischen solchen, deren unterschiedlicher Entwicklungsstand von Produktivkräften und sozialistischen Produktionsverhältnissen die Anwendung unterschiedlicher Planungstypen erfordert. Dennoch ist der Erfahrungsaustausch auch für die letzteren von Nutzen, weil es erstens grundsätzliche Planungsprinzipien gibt (die Leninschen Planungsprinzipien), die in allen Stadien der Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft Anwendung finden, und weil zweitens neben der Übertragung aktueller Erkenntnisse die Übernahme historischer Erfahrungen eine wesentliche Rolle spielt. So beschäftigte sich in der DDR die Partei der Arbeiterklasse Mitte der fünfziger Jahre bei der Ausarbeitung einer Konzeption für die Lenkung des privatkapitalistischen Sektors mittels der Organisationsform der halbstaatlichen Betriebe beispielsweise mit den historischen Erfahrungen der Sowjetunion aus den zwanziger Jahren.<sup>35</sup>

Ebenso nützlich ist ein Niveauevergleich, wenn das Funktionieren und die Weiterentwicklung der planmäßigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern, die Möglichkeiten des Warenaustausches, der Kooperation und der Integration untersucht werden.<sup>36</sup> Zwischen sozialistischen Ländern, deren Planung sich auf unterschiedlichem historischem Entwicklungsniveau befindet, ist eine Koordinierung (abgesehen von allen sonstigen Abstimmungsproblemen) komplizierter als zwischen Ländern mit gleichem Entwicklungsniveau. Welche Rolle stadiale Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten bei der Entwicklung des RGW gespielt haben und noch heute spielen, verdient größere Beachtung in Untersuchungen zur Geschichte der internationalen Zusammenarbeit der RGW-Länder. Durch den Eintritt der MVR, Kubas und in jüngster Zeit Vietnams in den RGW hat dieses Problem weiter an Gewicht gewonnen.

35 Vgl. Mußler, Werner, Der kapitalistische Sektor der Industrie als Problem der Übergangsperiode zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1959, S. 16 ff., 26 ff.

36 Der historische Ablauf der Entstehung und Entwicklung der Plankoordinierung ist weitgehend erforscht. Vgl. dazu im einzelnen: RGW - DDR, 25 Jahre Zusammenarbeit, Berlin 1974; Neumann, Gerd, Zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder (1945-1958), Diss. B Berlin 1977; Hegemann, Margot, Kurze Geschichte des RGW, Berlin 1979; Buchta, Bruno, Auf dem Wege zum RGW, Berlin 1979.



Der Nachteil eines zeitlich-horizentalen Vergleichs liegt darin, daß er zwar Entwicklungsunterschiede fixiert, aber keine Aussagen über die Entwicklungsdynamik zuläßt. Der Nachteil läßt sich kompensieren durch einen zeitlich - vertikalen Vergleich. Er erfaßt auch die Dynamik der Entwicklung, weil hier im wesentlichen das Tempo des Durchlaufs durch die einzelnen Planungsstadien untersucht wird. Als Meßkriterien für die Wirkungsdauer einer Etappe der Wirtschaftsplanung dienen wiederum die bereits vorgestellten Merkmale für die bisher zu beobachtenden drei Entwicklungsstadien der sozialistischen Planwirtschaft. Bevor man zu vergleichen beginnt, sollte man sich jedoch über zwei Fragen schlüssig werden:

- a) Müssen alle sozialistischen Länder die drei aufgeführten Planungstypen (bzw. die Entwicklungsstadien der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, aus denen diese sich primär ableiten) durchlaufen?
- b) Folgen die drei genannten Entwicklungsstadien der Wirtschaftsplanung in jedem Land kontinuierlich aufeinander, oder ist die (zeitweilige) Rückkehr zu einem früheren Stadium möglich?

Die erste Frage beantwortet die historische Praxis dahingehend, daß sich bisher kein sozialistisches Land sofort Produktionsziele stellen konnte, die über das im Kapitalismus erlangte Niveau hinausreichten. Bevor in den Wirtschaftsplänen die Aufgabe gestellt werden konnte, das im Kapitalismus entwickelte Produktionsniveau zu überbieten, mußten zunächst die im Kapitalismus bereits einmal erreichten und im Verlaufe von Kampfhandlungen, Embargomaßnahmen usw. verlorengegangenen Positionen wieder erreicht werden. In diesem Sinne hat bisher jedes sozialistische Land mit einer Wiederherstellungsperiode begonnen und entsprechende Planungsmethoden entwickeln müssen, unabhängig davon, ob die sozialistische Revolution von außerordentlich großen (Sowjetunion) oder relativ geringen (Kuba) Zerstörungen in der Volkswirtschaft begleitet war oder nicht.

Das gleiche gilt für die sozialistische Industrialisierung, die - sofern man sie nicht zu eng mit ganz konkreten, historisch nicht wiederholbaren Veränderungen auf dem Gebiet der Technik und entsprechenden strukturellen Konsequenzen identifiziert - als Umwälzung der traditionellen materiell-technischen Basis sowohl von industrialisierten (DDR, ČSSR), Agrar-Industrieländer (Polen, Ungarn, Nordkorea) als auch von Agrarländern (Bulgarien, Albanien, Kuba, Vietnam) in Angriff genommen wurde oder wird. Die Annahme eines ähnlich umfassenden Stadiums der sozialistischen Intensivierung ist politökonomisch bereits zu vertreten, aber zur Zeit noch nicht historisch belegbar.

Diese für die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse getroffenen Aussagen gelten sinngemäß auch für die mit ihnen korrespondierenden Planungssysteme.

Was die zweite Frage betrifft, so zeigt die Geschichte der Wirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern, daß imperialistische Aggressionen in einzelnen sozialistischen Ländern die Entwicklung der Produktivkräfte wiederholt zurückgeworfen und auch eine neuerliche Umgestaltung des Planungssystems erfordert haben. Hier sei nur an den Bürgerkrieg und die Interventionskriege in der Sowjetunion (1918 bis 1920) erinnert, durch die es zunächst unmöglich wurde, die Leninsche Konzeption zur wirtschaftlichen Rechnungsführung in vollem Maße durchzusetzen<sup>37</sup>, und an den Großen Vaterländischen Krieg (1941 bis 1945), durch den

<sup>37</sup> Sibirev, A. I., Chozrasčet i ego razvitie v sovremennykh uslovijach, Leningrad 1974, S. 107 f.

der Sowjetunion eine zweite Wiederherstellungsperiode aufgezungen war. Gleiche Folgen hatte der Koreakrieg (1950 bis 1963) für die KDVR. Die Abwehr dreier militärischer Angriffe des Imperialismus (1945 bis 1954, 1965 bis 1968 und 1972) zwang Vietnam mehrmals dazu, den vorgesehenen oder bereits eingeleiteten Übergang zur sozialistischen Industrialisierung (bei entsprechender Umgestaltung des Planungssystems) zu unterbrechen.

Ein andersgeartetes Problem, das mit dem eben behandelten manchmal wechselt wird, ist die teil- oder zeitweise Rücknahme einzelner Formen und Methoden der Leitung und Planung, wie sie zum Beispiel Ende der sechziger Jahre in einer Reihe von RGW-Ländern im Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform zu beobachten war. Hier handelte es sich - ungeachtet aller bürgerlicher Deutungsversuche, auf die noch näher einzugehen sein wird - nicht um eine Rückkehr zu dem für die vorhergehende sozialistische Industrialisierung charakteristischen Stadium<sup>38</sup> der Wirtschaftsplanung, sondern um eine Korrektur des Tempos und der Methoden der Wirtschaftsreform unter Beibehaltung ihres Zieles.

Wenn man all das beachtet, dann läßt sich durch einen zeitlich-vertikalen Vergleich beispielsweise feststellen, daß das für die Wiederherstellungsperiode charakteristische Planungssystem in einigen sozialistischen Ländern relativ lange überwog: in Kuba zirka 15 Jahre (1962 bis 1977), in der Sowjetunion zirka 10 Jahre (1921 bis 1931), in Vietnam insgesamt ebenfalls zirka 10 Jahre (1955 bis 1957, 1968 bis 1971 und 1973 bis 1975). In anderen sozialistischen Ländern war der Zeitraum seiner Wirksamkeit beträchtlich kürzer, so zum Beispiel in Rumänien, in Korea und der DDR wo die für die Wiederherstellungsperiode charakteristischen Planungsmethoden 5 bis 6 Jahre dominierten (DDR 1945 bis 1950, KDVR 1945 bis 1947 und 1954 bis 1957, Rumänien 1944 bis 1950). Für eine noch geringere Zeitspanne (3 bis 4 Jahre) waren diese Planungsmethoden in Polen, der ČSSR, China und Ungarn von ausschlaggebender Bedeutung. In einigen anderen sozialistischen Staaten sind derartige Wirkungszeiträume nur schwer zu fassen, weil zum Beispiel in der Volkswirtschaft Jugoslawiens und Bulgariens die Planungsmethoden der sozialistischen Industrialisierung von Anfang an eine gewichtige Rolle spielten.

Ein zeitlich-vertikaler Vergleich gibt einen guten Überblick über das Tempo der Annäherung, des Aufschließens der Planungssysteme der sozialistischen Länder. Das ist der große Vorteil dieser Methode gegenüber dem zeitlich-horizontalen, dem Niveauvergleich. Sie erfaßt aber - und das ist wiederum ein nicht zu unterschätzender Nachteil - kaum die vielfältigen Ursachen der unterschiedlichen Dynamik.

Erkennbar werden solche Gründe für die zeitweilige Unterbrechung des Aufbaus des Planungssystems in der Wiederherstellungsperiode, wie Phasen der Kriegswirtschaft (zum Beispiel in der Sowjetunion, in der KDVR und Vietnam) bzw. die besonders komplizierten Probleme, die vor der Sowjetunion als erstem Land, das zur sozialistischen Planwirtschaft überging, standen. Erkennbar wird auch, daß Länder, die später zur sozialistischen Planwirtschaft kommen und demzufolge von den Erkenntnissen derjenigen sozialistischen Staaten profitieren könnten, die ihre Wirtschaft bereits über längere Zeit planen, nicht immer und unbedingt die einzelnen Planungsstadien schneller durchlaufen müssen (Kuba).<sup>39</sup> Weitere

38 Vgl. dazu Soveršenstvovanie form upravljenija promyšlennost'ju ..., a. a. O., S. 13 ff.

39 Auf dem 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas machte Fidel Castro

Ursachen für ein verschiedenartiges Herangehen an die Wirtschaftsplanung und für ihre unterschiedlichen Ergebnisse in den einzelnen sozialistischen Ländern, kann der zeitlich-vertikale Vergleich dagegen nicht aufdecken. Die gleiche Dauer eines Planungsstadiums kann ganz unterschiedliche Ursachen haben, was bereits in der "bunten" Zusammenstellung der einzelnen vom Zeitraum her zueinander passenden Ländergruppen deutlich wird.

Erst die dritte der genannten Vergleichsmethoden, der stadiale Vergleich, gestattet ein tieferes Eindringen in die Ursachen, aus denen eine gleiche, ähnliche oder unterschiedliche Entwicklung der Planungsmethoden in den einzelnen sozialistischen Ländern resultiert. Dabei werden die Planungssysteme von Ländern in dem Zeitraum verglichen, zu dem sie sich im gleichen Planungs- (und damit Wirtschaftsentwicklungs-) Stadium befanden, unabhängig davon, ob sie dieses Stadium zeitlich (zum selben Zeitpunkt bzw. mit der gleichen Zeitdauer) durchliefen. Wird zum Beispiel das Planungssystem der sozialistischen Industrialisierung verglichen, so kann die sowjetische Entwicklung der dreißiger Jahre derjenigen der verschiedenen europäischen RGW-Länder in der ersten Hälfte der fünfziger bzw. der der koreanischen in den sechziger Jahren gegenübergestellt werden. Innerhalb der Wiederherstellungsperiode kann das Planungssystem der UdSSR in den zwanziger Jahren mit dem der DDR in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre, dem kubanischen der sechziger und dem vietnamesischen der siebziger Jahre verglichen werden.

Da sich in einem solchen Falle alle zu untersuchenden Länder im gleichen Entwicklungsstadium der Planwirtschaft befinden, erfolgt bei Anwendung der stadialen Methode die Gruppenbildung nicht wie in den beiden eingangs vorgestellten Vergleichsverfahren durch die Zuordnung der einzelnen Länder zu bestimmten Planungsstadien bzw. -typen, sondern entsprechend der unterschiedlichen Ausprägung der charakteristischen Merkmale ein und desselben Planungstyps.

Der stadiale Vergleich ist allerdings nicht nur die differenzierteste und vielversprechendste, sondern zugleich auch die problemreichste der drei genannten Vergleichsmethoden. Von einer Reihe von Wissenschaftlern wird seine Berechtigung, das heißt seine Anwendbarkeit auf den hier behandelten Gegenstand, die vergleichende Betrachtung der Planungsgeschichte in den sozialistischen Ländern, überhaupt bestritten. Aber auch bei denjenigen, die den stadialen Vergleich als Untersuchungsmethode befürworten, gibt es unterschiedliche Auffassungen zu einer Reihe von Fragen, die mit der praktischen Anwendung dieser Methode in der Forschung verbunden sind, die zum Beispiel den Umfang der Faktoren betreffen, die bei der Untersuchung der nationalen Ausprägung des Planungssystems berücksichtigt werden müssen.

Die früher unter marxistischen Historikern weit verbreitete Auffassung, daß

dazu unter anderem folgende Bemerkung: "Die kubanische Revolution vermochte es jedoch nicht, von Anfang an die reichen Erfahrungen anderer Völker auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus zu nutzen, die diesen Weg schon lange vor uns beschritten hatten. Wenn wir unsere Möglichkeiten nicht überschätzt hätten, so hätten wir mit der den Revolutionären eigenen Bescheidenheit sorgfältig all das gesucht, was man aus diesem Quell lernen und was man unter den konkreten Bedingungen unseres Landes anwenden kann". (Castro, Fidel, Zum baldigen und vollen Sieg beim Aufbau des Sozialismus. Aus dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas, in: Neues Deutschland (B), 20./21.12.1975, S. 3.)

typologische Unterschiede zwischen sozialistischen Ländern allein darauf zurückzuführen seien, daß sich die betreffenden Länder zum gleichen Zeitpunkt in unterschiedlichen Entwicklungsstadien befunden hätten und stadiale Vergleiche demzufolge keinerlei echte Resultate bringen würden, kann in ihrer Ausschließlichkeit heute als überwunden gelten.<sup>40</sup> Es wird allgemein anerkannt, "daß einige konkrete Fragen des sozialistischen Aufbaus in den einzelnen Ländern tatsächlich unterschiedlich gelöst werden."<sup>41</sup> Diese unterschiedlichen Lösungen überschreiten zwar nicht einen bestimmten Rahmen (in unserem Falle die für das Planungssystem des jeweiligen Stadiums charakteristischen Merkmale), führen also nicht zu mehreren Planungssystemen innerhalb eines Stadiums. Wohl aber können sie zu durchaus bemerkenswerten, für die Ausprägung der Planung wesentlichen Unterschieden bei der Gestaltung des grundlegenden, für das untersuchte Entwicklungsstadium charakteristischen Planungssystems führen. Ursachen für derartige spezifische (regionale oder nationale Varianten der für die Wiederherstellungsperiode, die sozialistische Industrialisierung bzw. die wissenschaftlich-technische Revolution charakteristischen Planungsmethodik können sein:

1. Unterschiede in der Bevölkerungsgröße und -struktur der einzelnen Länder und damit der Größe ihrer Arbeitskräfteresourcen sowie ihres Binnenmarktes;
2. Unterschiede im geographischen Milieu (Größe des Landes, Bodenbeschaffenheit sowie Umfang und Art der Bodenschätze; dabei handelt es sich um einen für die Beurteilung der materiellen Ressourcen des jeweiligen Staates ganz wesentlichen Faktor);
3. unterschiedlicher Grad der Beteiligung an der internationalen Arbeitsteilung (Bedeutung der Außenwirtschaft für die nationalen Volkswirtschaften);
4. unterschiedlicher Stand des Kulturniveaus (zum Beispiel des Bildungsgrades, der Konsumtionsgewohnheiten) der Bevölkerung;
5. unterschiedliche eigene Erfahrungen (Erfolge bzw. Mißerfolge) bei der Entwicklung des Leitungs- und Planungssystems der Volkswirtschaft und demzufolge unterschiedliche Auffassungen über die Art und Weise vorzunehmender Veränderungen am Planungssystem.

Bezieht man diese Erkenntnisse auf die Planung, so heißt das: Innerhalb eines jeden Stadiums der sozialistischen Planung existieren charakteristische Merkmale, die das Allgemeine, Gesetzmäßige der sozialistischen Planung repräsentieren. Es gibt aber auch - mehr oder weniger stark ausgeprägt für eine Gruppe von Ländern bzw. für ein einzelnes Land - charakteristische Planungsformen und -methoden, die das Besondere und Einzelne (innerhalb der jeweiligen Entwicklungs- etappe) verkörpern.

So hatten Polen und Ungarn in der ersten Hälfte der siebziger Jahre grundlegende Züge ihrer Planziele und ihrer Planungsmethoden mit anderen RGW-Ländern gemeinsam (zum Beispiel wuchs mit der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Rolle der entsprechenden Pläne im Planungssystem). Gleichzeitig wirkten in beiden Ländern eine Reihe von Besonderheiten, wie zum Beispiel das demographische Hoch, die Größe und die Aufnahmefähigkeit (Nachholebedarf) des Binnenmarktes für eine Bevölkerung von 35 Millionen Menschen in Polen, die relative Kleinheit (Zwang zur Spezialisierung!) und Außenhandels- (vor allem Rohstoff-) Abhängigkeit der Wirtschaft in Ungarn.

40 Bromlej, N. Ja. / Žukov, E. M. / Lisicyna, L. N., Mirovaja socialističeskaja sistema. Nekotorye problemy teorii i istorii stanovlenija socializma, Moskau 1973, S. 308 ff.

41 Ebenda, S. 310.

Erst unter Berücksichtigung der allgemeinen und spezifischen Merkmale der Wirtschaft in beiden Ländern lassen sich die konkreten unterschiedlichen Entwicklungsziele und auch die konkreten, voneinander abweichenden Planungsmethoden bei der Realisierung des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975 einschätzen. Sie müssen den Ausgangspunkt für eine Gruppierung innerhalb eines bestimmten Planungsstadiums bilden. Um das Beispiel weiterzuführen: Ungarn und Polen sind für die erste Hälfte der siebziger Jahre sicherlich unterschiedlichen Varianten des Planungstyps der sozialistischen Intensivierung zuzuordnen.

6. Zur Kritik der dem Vergleich der Wirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern zugrunde liegenden Konzeption in der BRD-Publizistik<sup>42</sup>

Soweit die BRD-"Ostforschung" auf die Planung in den sozialistischen Ländern eingeht, bemühen sich die bürgerlichen Autoren, zwei politisch-ideologische Funktionen zu erfüllen. Die Untersuchungsergebnisse dienen einerseits der geistigen Manipulierung der Volksmassen. Der Entwicklungsweg der sozialistischen Länder wird so dargestellt, daß er der Bevölkerung als abstoßend und nicht gangbar erscheint.

Eine zweite Funktion der wissenschaftlichen Publizistik zu Wirtschaftsfragen ist die Unterrichtung der "Elite" in Staat und Wirtschaft der BRD über die ökonomische Entwicklung in den sozialistischen Ländern. Aus beiden Aufgaben, aus ihrer unterschiedlichen Gewichtung entsprechend den jeweiligen Anforderungen des Monopolkapitals ergeben sich Differenzierungen im Grad der Bereitschaft bürgerlicher Autoren, der realen Entwicklung in der Planung der sozialistischen Länder Rechnung zu tragen. Ungeachtet einer dadurch hervorgerufenen scheinbaren Vielfalt und Wandlungsfähigkeit in den Aussagen verschiedener Autoren und in unterschiedlichen Zeiträumen der Entwicklung der "Ostforschung" haben sich die konzeptionellen Grundlinien der Rezeption über die sozialistische Planwirtschaft in der BRD-Publizistik als recht beständig erwiesen.

Direkter oder indirekter Ausgangspunkt war in fast allen vergleichenden BRD-Untersuchungen über die Planungssysteme, die in den fünfziger und sechziger Jahren erschienen, sowie in der Mehrzahl der entsprechenden Publikationen in den siebziger Jahren das Modell der Zentralverwaltungswirtschaft, das mit dem Modell der freien Marktwirtschaft (Verkehrswirtschaft) konfrontiert wurde. Das von dem Verfechter des Neoliberalismus, Eucken<sup>43</sup>, in den dreißiger Jahren entwickelte und von ihm nach 1945 stark propagierte "alternative Modell" wurde von dem in Freiburg im Breisgau lehrenden Hensel weiter ausgebaut,<sup>44</sup> Thalheim "bereicherte" dann das Modell der Zentralverwaltungswirtschaft weiter durch die "Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs (Sowjetmodell)"<sup>45</sup>. Die "Väter" der Zentralverwaltungswirtschaft leugneten die Existenz objektiver Gesetzmäßigkeiten.

42 Angesichts des zur Verfügung stehenden Platzes kann es hier nur um einige grundsätzliche Bemerkungen gehen.

43 Vgl. Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1952.

44 Vgl. Hensel, K.-Paul, Zentralverwaltungswirtschaft, Wirtschaftsordnungen staatlicher Planung, Hannover 1966.

45 Vgl. Thalheim Karl C., Die Rezeption des Sowjetmodells in Mitteldeutschland, in: Wirtschaftssysteme Osteuropas und der Volksrepublik China, (West-)Berlin 1961, S. 267 ff.

Sie gingen davon aus, daß die einzelnen Staaten - Entscheidungsfreiheit vorausgesetzt - für die Anwendung des einen oder anderen Modells optieren könnten. Die Sowjetunion hätte sich für das angeblich von vornherein uneffektivere zentralverwaltungswirtschaftliche Modell entschieden, weil nur dieses die ökonomische (und politische) Herrschaft ihrer "kommunistischen Machthaber" im Lande sichern könne.<sup>46</sup> Die Ereignisse des zweiten Weltkrieges ausnützend, habe die Sowjetunion dann einer Anzahl von Ländern Mittel- und Südosteuropas (sowie Asiens) ihr Modell aufgezwungen, um ihre Herrschaft über diese Länder (ihre Satelliten) zu festigen.<sup>47</sup>

Dementsprechend fixierte die BRD-Geschichtsschreibung Entwicklungsstadien der Planung in den Volksdemokratien: Die erste Phase betrifft den Zeitraum, in dem es der Sowjetunion angeblich gelungen sei, ihr Modell durchzusetzen ("Sowjetisierungsphase"), die zweite die Periode, in der es den "Satellitenstaaten" gelungen sei, sich von der "sowjetischen Bevormundung" (teilweise) zu befreien und sich dem marktwirtschaftlichen Modell ("der sozialistischen Marktwirtschaft"<sup>48</sup> anzunähern. Hierbei bezog man sich in erster Linie auf die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre<sup>49</sup>, für deren zweite Hälfte selbst in der Sowjetunion eine gewisse Annäherung an Elemente des "Marktsozialismus" stattgefunden habe.<sup>50</sup>

Dem lediglich deduktiv abgeleiteten, niemals ernsthaft anhand der tatsächlichen Entwicklung der Planung in den sozialistischen Ländern überprüften und revidierten Modell wurden dann die Ergebnisse von Einzeluntersuchungen zur Entwicklung der Planwirtschaft in den sozialistischen Ländern gegenübergestellt. Allzugern und allzusehr wurden scheinbar passende Details als Bestätigung für die Theorie von der Zentralverwaltungswirtschaft genommen bzw. in dieses Modell hineingepreßt.<sup>51</sup> Man unterschied bzw. unterscheidet (für die sozialistischen Länder Mittel- und Südosteuropas, ohne Jugoslawien) folgende Entwicklungsstadien der Planwirtschaft:

1. das Stadium der schrittweisen Zentralisierung (Sowjetisierungsphase = zweite Hälfte der vierziger Jahre);
2. das Stadium der vollen Ausprägung der Zentralisierung (Phase der fast vollständigen Annäherung an das Sowjetmodell = fünfziger Jahre);
3. das Stadium der Dezentralisierung (zunehmender Abweichungen vom Sowjetmodell = sechziger Jahre);
4. das Stadium der Rezentralisierung (Wiederannäherung an die Situation der fünfziger Jahre und das Sowjetmodell = siebziger Jahre),<sup>52</sup>

46 Vgl. Hensel, K.-Paul, a. a. O., S. 25.

47 Thalheim, Karl C., a. a. O., S. 267 ff.

48 Hensel, K.-Paul, Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei, Stuttgart 1968.

49 Zaubermann, Alfred, Grundlagen und Reformprobleme des sowjetischen Planungsmodells, in: Thalheim, Karl-C./Hömann, Hermann, Wirtschaftsreformen in Osteuropa, (West-)Berlin 1967, S. 9 ff.

50 Buck, Hans-Jörg, Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten, Coburg 1970, S. 843 f.

51 Vgl. Hamel, Hannelore, Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands, (West-)Berlin 1966.

52 Vgl. Buck, Hans-Jörg, Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft als Folge nicht behobener Steuerungsdefekte der Wirtschaftsreformkonzeption,

Ganz folgerichtig wurde eine Gruppierung einzelner Länder in Entwicklungsstadien allein nach den Kriterien der größeren oder geringeren Zentralisation bzw. der größeren oder geringeren Abweichung vom Sowjetmodell vorgenommen.<sup>53</sup> Dies abstrakte, ahistorische Modelldenken geriet und gerät immer wieder in Widerspruch zu den in der Detailforschung auch von bürgerlichen Wissenschaftlern gewonnenen Erkenntnissen über den Planungsprozeß in den sozialistischen Ländern. Bereits Hensel und andere "frühe Zentralverwaltungswirtschaftler" versuchten sich - zwischen antikommunistischer Zweckpropaganda für die breite Masse der Intellektuellen und der Lieferung verwertbarer Informationen für das Monopolkapital schwankend - dadurch aus der Affäre zu ziehen, daß sie der jeweils untersuchten Planwirtschaft "gemischtwirtschaftliche", das heißt praktisch mit dem einen oder anderen konstruierten Modell nicht mehr zu vereinbarende Züge zugestanden.<sup>54</sup>

Der seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre (im Zuge der Entspannung, des zunehmenden Ost-West-Handels und des wachsenden ökonomischen Gewichts der sozialistischen Länder im Weltmaßstab) gestiegene Bedarf der Bourgeoisie an konkreten Informationen über das sozialistische Planungssystem hat viele "Ostforscher" veranlaßt, sich vom "Zentralverwaltungswirtschaftsdenken" (vorübergehend?) zu lösen. Das bedeutete jedoch in der Regel nicht die Abkehr vom Denken in Modellen überhaupt, sondern die Hinwendung zur Theorie von der Industriegesellschaft. Das Modell der Industriegesellschaft läßt dem bürgerlichen Wissenschaftler für die Behandlung der sozialistischen Planwirtschaft größere Freiheit hinsichtlich der Tatsachenforschung und -deutung. Grundsätzlich gestattet es allerdings die Theorie von der Industriegesellschaft genausowenig, das Wesen der Planung im realen Sozialismus zu erkennen, wie es die Zentralverwaltungswirtschaftslehre tat.

Die wenigsten bürgerlichen Wissenschaftler der BRD, Österreichs und der Schweiz haben sich, auch wenn sie die Ansichten der Zentralverwaltungswirtschaftler nicht teilten, zu einer expliziten kritischen Stellungnahme aufgefaßt. Einer der wenigen und einer der ersten von ihnen war Hirsch,<sup>55</sup> der sich eingehend mit dem Leitungs- und Planungssystem in der Sowjetunion von den dreißiger bis in die fünfziger Jahre beschäftigt hat.<sup>56</sup>

in; Das ökonomische System der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Anfang der siebziger Jahre, Berlin 1971, S. 77 ff.

53 Buck unterschied z. B. 1970 zwischen der DDR und der Sowjetunion einerseits, die lediglich "die größten Mängel des alten Systems" beseitigen wollten, sowie der Tschechoslowakei und Ungarn andererseits, die "die Transformation der Zentralplanwirtschaft sowjetischen Typs ... in eine ... sozialistische Marktwirtschaft" in Angriff genommen hatten. (Buck, Hans-Jörg, Technik der Wirtschaftslenkung ..., a. a. O., S. 913 f.)

54 Hensel, K. -Paul, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1954, S. 186; derselbe, Zentralverwaltungswirtschaft, a. a. O., S. 514 ff. - Der Hensel-Schüler Pfeifer spricht in seiner Untersuchung der Arbeitsweise der Staatlichen Plankommission der DDR Mitte der fünfziger Jahre von einer "Mischung zentraler und dezentraler Bewertung im System des sowjetischen Sozialismus." (Pfeifer, Eberhard, Die naturale Planung des Wirtschaftsprozesses in der DDR, Diss. Freiburg 1956, S. 138.)

55 Hirsch, Hans, Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, Basel 1957, S. 25 f.

56 Vgl. Die Besprechung von Hirschs Buch durch Engert, Manfred, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 3/1958, S. 459 ff.

Eine Abhandlung über vergleichende Betrachtungen zur Planungsgeschichte wie die hier vorliegende kann zum gegebenen Zeitpunkt noch nicht mehr als eine Darstellung der Grundsätze und der Methodik ihres Vergleichs aus der Sicht des Autors, die Herausarbeitung einiger der vergleichenden Planungsgeschichte innewohnenden Möglichkeiten sein. Ihr eigentlicher Gegenstand ist aber die Durchführung der historischen Vergleiche und die Diskussion und Publikation der dabei gewonnenen Erkenntnisse. Eine derartige Entwicklung, zu der dieser Artikel anregen soll, wäre wünschenswert und ein wichtiger Beitrag dazu, in der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus den Vergleich zum durchgängigen Prinzip der Forschung zu machen und auf diese Weise noch stärker als bisher zur Aufdeckung der Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen Entwicklung und ihrer planmäßigen Beherrschung durch die Partei der Arbeiterklasse und den sozialistischen Staat beizutragen.<sup>57</sup>

Die erste Phase der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR ist die Umwandlung der Landwirtschaft in eine sozialistische Landwirtschaft. Dies geschah durch die Kollektivierung der Landwirtschaft im Jahre 1960. Die zweite Phase ist die Entwicklung der Landwirtschaft zu einer sozialistischen Landwirtschaft. Dies geschah durch die Kollektivierung der Landwirtschaft im Jahre 1960. Die dritte Phase ist die Entwicklung der Landwirtschaft zu einer sozialistischen Landwirtschaft. Dies geschah durch die Kollektivierung der Landwirtschaft im Jahre 1960.

Die erfolgreiche Bewältigung dieses komplizierten Prozesses, der im Rahmen des Gesamtprozesses der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR von wirtschaftshistorischer Bedeutung war, trug auch für das Leben der Frauen im Lande, vor allem für die Durchführung der Gleichberechtigung, die der wirtschaftlichen Gleichstellung, rechtlichen Gleichberechtigung, Gleichberechtigung bei der Erhaltung des Lebens von Leben, insbesondere Hinweis auf die Rolle der Frauen in der sozialistischen Umwälzung geben kann, einen großen Teil der wertvollen Frauenkraft des Landes an. (Vgl. hierzu die Arbeit von Helga Nussbaum).

Die Frauenorganisation der DDR, der Demokratische Frauenbund Deutschlands, leistete die Einbindung der Frauen und Mädchen in die Gesamtgesellschaft. Von Anfang an große Aufmerksamkeit, die Frauen in den DDR waren im vorliegenden Beitrag für die Jahre 1960 bis 1960/61 nachgewiesen, auch mit einem am Ende der sozialistischen Umwälzung der Landwirtschaft beizutragen.

<sup>57</sup> Vgl. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abt. 1, 1960, S. 170.

<sup>58</sup> Vgl. dazu die Ausführungen von Helga Nussbaum über Möglichkeiten und Nutzen der vergleichenden Wirtschaftsgeschichte (Nussbaum, Helga, a. a. O., S. 145, 147).

<sup>59</sup> Vgl. dazu Arant, Hans-Jürgen/Fischer, Jürgen, a. a. O., Thesen zur Gleichberechtigung der Frauen in der DDR, S. 170.



## Die Frauenorganisation der DDR und der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande

von Hans-Jürgen Arendt

Nach der Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse und der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Industrie und anderen Bereichen der Wirtschaft war die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft eines der wichtigsten Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus in der DDR.<sup>1</sup> 1957/58 trat in dem Prozeß der Bildung und Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, der 1952 eingesetzt hatte, ein qualitativer Umschwung ein. Die Genossenschaftsbewegung griff auf die Masse der Bauernschaft über und erfaßte immer mehr auch die wirtschaftlich starken Mittel- und Großbauern. 1958 entstanden die ersten vollgenossenschaftlichen Dörfer. Die Zeit reifte heran, alle Bauern für die LPG zu gewinnen und die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft zum Siege zu führen.

Die erfolgreiche Bewältigung dieses komplizierten Prozesses, der im Rahmen des Gesamtprozesses der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR von wahrhaft historischer Tragweite war, hatte auch für das Leben der Frauen auf dem Lande, vor allem für die Durchsetzung der Gleichberechtigung der werktätigen Bäuerinnen, revolutionierende Bedeutung. Zugleich ging die SED bei der Umgestaltung des Dorfes von Lenins prinzipiellem Hinweis aus, daß es nur dann eine sozialistische Umwälzung geben kann, wenn "ein großer Teil der werktätigen Frauen daran bedeutenden Anteil nimmt".<sup>2</sup>

Die Frauenorganisation der DDR, der Demokratische Frauenbund Deutschlands, widmete der Einbeziehung der Frauen und Mädchen in die Genossenschaftsbewegung von Anfang an große Aufmerksamkeit. Ihre Gruppen in den Dörfern waren - wie im vorliegenden Beitrag für die Jahre 1958 bis 1960/61 nachgewiesen werden soll - aktiv am Prozeß der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft beteiligt.<sup>3</sup>

1 Vgl. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, Berlin 1978, S. 403.

2 Lenin, W. I., Rede auf dem I. Gesamtrussischen Arbeiterinnenkongreß, 19. November 1918, in: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 175.

3 Vgl. dazu Arendt, Hans-Jürgen/Kirchner, Jürgen, u. a., Thesen zur Geschichte des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, hg. v. Bundesvorstand des DFD, o. O. 1975, S. 17 ff.; Arendt, Hans-Jürgen, Zur Rolle und Funktion des DFD beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik 1956 bis 1961. Ein Beitrag zur Geschichte der sozialistischen Frauenorganisation der DDR, Diss. B Potsdam 1977, Bl. 209 ff.

# 1. Die Einbeziehung der Bäuerinnen in die Genossenschaftsbewegung bis 1958 und die Erfurter Bäuerinnenkonferenz im Januar 1959

Die Mitarbeit der Frauen war von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Stärkung und die gesamte Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Erst als LPG-Mitglied besaß die Bäuerin die grundlegende Voraussetzung, um von der ihr gesetzlich garantierten Gleichberechtigung in vollem Umfange Gebrauch machen und ihre Fähigkeiten in Beruf und gesellschaftlichem Leben entfalten zu können. Die Bäuerinnen traten aber nicht einfach gleichzeitig mit ihren Männern in die LPG ein. Zwar hatte sich die Anzahl der weiblichen LPG-Mitglieder von 1954 bis 1958 mehr als verdoppelt - von 75 974 war sie auf 156 502 gewachsen, davon traten mehr als 50 000 Frauen allein im Jahre 1958 den LPG bei -, aber ihr prozentualer Anteil war von 47,9 auf 44,3 Prozent zurückgegangen.<sup>4</sup>

Die Statistik widerspiegelt die Tatsache, daß die Gewinnung der Bäuerinnen in vielen LPG vernachlässigt worden war. In manchen Dörfern und MTS-Bereichen waren die Frauen zu den zur Werbung für die LPG einberufenen Bauernversammlungen sowie zu den LPG-Gründungsversammlungen gar nicht eingeladen worden. Das Bedürfnis, den Beitritt zu einer Genossenschaft mit den Familienangehörigen zu vollziehen, war in einzelnen bäuerlichen Schichten auch unterschiedlich entwickelt. Während zum Beispiel mit den 40 238 Alt-Mittelbauern (Betriebsgröße bis 20 Hektar), die 1958 einer LPG beitraten, 28 160 Familienangehörige (70 Prozent) eintraten, brachten die 6 393 Großbauern (Betriebsgröße über 20 Hektar) 6398 Familienangehörige (101 Prozent) mit.<sup>5</sup>

Viele Großbauern hofften durch den Beitritt ihrer nicht selten großen Familien stärkeren Einfluß in der Genossenschaft gewinnen zu können.<sup>6</sup>

Die Mittel- und Kleinbäuerinnen stärker in die Genossenschaftsbewegung einzubeziehen war eine Aufgabe, deren Lösung vereinter Bemühungen aller im Dorfe tätigen gesellschaftlichen Kräfte bedurfte. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (1959) organisierte daher das ZK der SED gemeinsam mit dem Bundesvorstand des DFD, dem Zentralvorstand der VdgB und dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft eine zentrale Bäuerinnenkonferenz, deren Anliegen darin bestand, die Aufmerksamkeit der Genossenschaftsbauern, der Parteiorganisationen in den Dörfern und MTS-Bereichen, der staatlichen Organe sowie aller auf dem Lande tätigen gesellschaftlichen Kräfte auf die Probleme der Bäuerinnen zu lenken und sowohl Fragen der Gewinnung der Bäuerinnen für die Genossenschaften als auch Fragen der Frauenförderung in den LPG zu beraten.

Die Bäuerinnenkonferenz, an deren Vorbereitung das Bundessekretariat des DFD aktiv mitwirkte, tagte am 28. und 29. Januar 1959 in Erfurt. An ihr nahmen 427

4 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1964, Berlin 1964, S. 245.

5 Vgl. Schmidt, Walter, Die Grundzüge der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR von 1945 bis zur Gegenwart, Bd. 2: 1953 - 1960, Berlin 1961, S. 352.

6 Zur Einbeziehung der Großbauern in die genossenschaftliche Entwicklung und deren Auswirkungen auf den Klassenkampf im Dorfe vgl. Griebenow, Helmut/Meyer, Kurt, Die Einbeziehung der Großbauern in die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 6,

Delegierte aus allen Bezirken der Republik teil, darunter 196 LPG- und 99 Einzelbäuerinnen, ferner Landarbeiterinnen aus volkseigenen Gütern, LPG-Funktionäre und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens - unter ihnen auch die Vorsitzende des DFD, Ilse Thiele.<sup>7</sup>

Die Leiterin der Abteilung Frauen beim ZK der SED, Edith Baumann, hielt das Referat, in dessen Mittelpunkt sie vor allem Fragen der Durchsetzung der Gleichberechtigung der Genossenschaftsbäuerinnen rückte, die sich ungeachtet aller positiven Ansätze in den LPG außerordentlich widerspruchsvoll entwickelte. Auf die Arbeit der Frauenorganisation in den Dörfern eingehend, stellte sie fest, daß die Gruppen gerade in den vorangegangenen Monaten die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft aktiv unterstützt hatten, "indem sie geduldig und beharrlich in vielen persönlichen Gesprächen, Beratungen und Zusammenkünften die sozialistische Perspektive unserer Landwirtschaft erläuterten und dadurch viele Einzelbäuerinnen für den Eintritt in die LPG gewannen".

Daneben hatten die DFD-Gruppen in großem Umfange praktische Hilfe geleistet. Allein von den zu dieser Zeit bestehenden über 1 000 Hausfrauenbrigaden arbeiteten zwei Drittel in LPG und volkseigenen Gütern. Edith Baumann appellierte an die ländlichen Gruppen der Frauenorganisation, noch mehr als bisher mobilisierende Wirkung auf die Entfaltung eines für die Bäuerinnen interessanten Lebens in den Dörfern auszuüben.<sup>8</sup> Die Diskussion auf der Erfurter Bäuerinnenkonferenz machte - vor allem im Vergleich zu der Tagung der Frauenausschüsse der Landwirtschaft in Neubrandenburg, - die drei Jahre zuvor stattgefunden hatte - den großen Fortschritt sichtbar, der sich im Denken der Genossenschaftsbäuerinnen vollzogen hatte. Breiten Raum nahmen die Fragen der Qualifizierung ein, die in Anbetracht der Tatsache, daß nur ganz wenige Bäuerinnen über eine abgeschlossene Ausbildung verfügten, von außerordentlich großer Bedeutung für die Durchsetzung ihrer Gleichberechtigung in den Genossenschaften war. Unter anderem daraus ergab sich die Notwendigkeit, in allen LPG Frauenausschüsse zu bilden, sie anzuleiten und in ihrer Arbeit wirksam zu unterstützen. Von der Erfurter Bäuerinnenkonferenz gingen wichtige Impulse sowohl für die Beratungen und Beschlüsse der wenige Wochen danach in Leipzig tagenden VI. LPG-Konferenz<sup>9</sup> als auch für die breitere Diskussion über Probleme der Bäuerinnen in den Dörfern aus. Sie aktivierte die Genossenschaftsbäuerinnen im Kampf um höhere Produktionsleistungen und für die Verwirklichung ihrer Gleichberechtigung. In der Arbeit des DFD auf dem Lande leitete sie eine neue, entscheidende Etappe ein, die in vielfältigen Aktivitäten vor allem im Frühjahr und Sommer 1959 ihren Ausdruck fand.

Berlin 1972.

7 Das vollständige stenographische Protokoll der Konferenz befindet sich im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv (im folgenden: IML, ZPA), IV 2/17/75. Auszüge enthält die Broschüre: Zentrale Bäuerinnenkonferenz, Erfurt, 28. und 29. Januar 1959, hg. v. Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Sektor Agrarpropaganda, Berlin 1959.

8 Vgl. IML, ZPA, IV 2/17/75.

9 Zahlreiche Vorschläge für die Überarbeitung der in Vorbereitung dieser Konferenz bereits veröffentlichten Thesen der VI. LPG-Konferenz wurden unterbreitet. (Vgl. VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 20. bis 22. Februar 1959 in Leipzig, Überarbeitetes Protokoll, Berlin 1959, S. 525 ff.)

## 2 Die Arbeit der ländlichen Gruppen des DFD bei der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes 1959

Zu dieser Zeit verfügte die Frauenorganisation auf dem Lande über 9 898 Gruppen (in insgesamt 9 437 Gemeinden). In den ländlichen Gruppen waren unter anderem 57 758 Genossenschafts- und 18 181 Einzelbäuerinnen organisiert, das heißt, etwa 15 Prozent aller Bäuerinnen gehörten dem DFD an.<sup>10</sup>

Schon diese Zahlen machen deutlich, daß die DFD-Gruppen auf dem Lande nur dann eine aktive politisch-ideologische Arbeit unter den Bäuerinnen, vor allem zur Gewinnung werktätiger Einzelbäuerinnen für die Genossenschaften, leisten konnten, wenn sie über die eigenen Reihen hinaus wirksam wurden. Die Auswertung der Erfurter Bäuerinnenkonferenz trug dazu bei, die ländlichen Gruppen noch mehr als bisher auf diese Aufgabe zu orientieren und die teilweise in ihrer Arbeit vorhandenen Elemente sektiererischer Enge<sup>11</sup> zurückzudrängen.

Um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu verbessern und breite Kreise der werktätigen Einzelbauern von den Vorzügen der genossenschaftlichen Produktionsweise zu überzeugen, mußte die genossenschaftliche Arbeit eine beispielgebende Entwicklung erfahren und sich in ökonomischen Erfolgen der LPG niederschlagen. Nicht wenige Kreisvorstände orientierten daher die ländlichen Gruppen und vor allem die im DFD organisierten Bäuerinnen auf die Steigerung der Produktion, besonders auf die Erfüllung und Übererfüllung des Marktaufkommens.

So führte beispielsweise die Frauenorganisation im Landkreis Weimar nach der Kreisdelegiertenkonferenz im Mai/Juni 1959 in den zum Einzugsgebiet der Molke- und Käsefabrik Berlstedt gehörenden Gemeinden Aussprachen mit Bäuerinnen durch, um möglichst viele von ihnen für die Anwendung einer neuen Methode, der vollmilchsparenden Kälberaufzucht, zu gewinnen, mit der 1958 die junge Viehzüchterin Lucie Wolter von der LPG Waltersdorf (Kreis Jüterbog) ausgezeichnete Ergebnisse erzielt hatte und die seitdem im Wettbewerb der Landjugend für die Steigerung der tierischen Produktion eine große Rolle spielte. Im Landkreis Weimar gelang es

<sup>10</sup> Vgl. Hauptmann, Erika, Die aktive Teilnahme der Frauen und die Rolle des DFD bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in den Jahren 1959/60, Diplomarbeit, Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin 1969, Bl. 18. - Daß die Anzahl der DFD-Gruppen größer war als die der Gemeinden, resultiert daraus, daß nach dem Erlass des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 17. 1. 1957 eine Reihe vordem selbständiger Gemeinden vereinigt wurden. In den einzelnen Ortsteilen der neu gebildeten Gemeinden blieben die DFD-Gruppen aber größtenteils als selbständige Grundeinheiten bestehen. In etwa 10 % aller Gemeinden (1961 = 9 %) bestanden keine DFD-Gruppen. (Vgl. IML, ZPA, 2/17/89.)

<sup>11</sup> Es gab in einzelnen Dörfern DFD-Gruppen, die sich überwiegend aus Frauen von Arbeitern und Angestellten zusammensetzten und die nur geringen Kontakt zu den Bäuerinnen besaßen. Funktionärinnen solcher Gruppen begründeten diese Situation häufig so, mit den Bäuerinnen könne man "sowieso nicht" arbeiten, sie hätten kein Interesse an politischen Fragen usw. Mit dieser Haltung setzte sich die Bundessekretärin Inge Meyer in ihrem Referat auf der 9. Bundesvorstandssitzung im Januar 1960 auseinander; (Vgl. Bundesvorstand des DFD, Archiv, 9. Bundesvorstandssitzung, 28./29. 1. 1960, Referat: I. Meyer, (Bl. 50.))

dem DFD, eine breite Bewegung unter den Bäuerinnen ins Leben zu rufen, durch die bisher ungenutzte Reserven für die landwirtschaftliche Produktion erschlossen wurden. Viele LPG- und Einzelbäuerinnen folgten dem in Vorbereitung des 10. Jahrestages der Gründung der DDR vom DFD-Kreisvorstand initiierten Aufruf der Bäuerinnen der LPG "8. März" in Kleinobringen, für die Kälberaufzucht nur noch 2,5 prozentige Milch zu verwenden.

Der Bezirksvorstand des DFD und der Bezirksausschuß der Nationalen Front trugen dazu bei, daß diese Initiative auch in anderen Kreisen des Bezirkes Erfurt Resonanz fand.<sup>12</sup> Allein in dem 18 Gemeinden umfassenden Einzugsgebiet der Molkerei Berlstedt gelang es dadurch, den Abschöpfungsgrad bei Milch von 82 auf 90 Prozent zu erhöhen und so der Bevölkerung zusätzlich Butter zur Verfügung zu stellen. Die Frauen in den Dörfern und ihre Organisation hatten maßgeblich Anteil daran, daß der Landkreis Weimar im Wettbewerb mehrfach mit der Wanderfahne der SED-Bezirksleitung Erfurt ausgezeichnet wurde und aus Anlaß des 10. Jahrestages der Gründung der DDR eine Ehrenfahne des Nationalrates der Nationalen Front erhielt.<sup>13</sup>

In anderen Bezirken der Republik entfaltete die Frauenorganisation ähnliche Initiativen, trugen DFD-Freundinnen, Genossenschaftsbäuerinnen und Landarbeiterinnen aus volkseigenen Gütern wirkungsvoll zur ökonomischen Stärkung der sozialistischen Landwirtschaft und zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch- und Molkereiprodukten bei. Gleichzeitig wirkten sie so mit der Überzeugungskraft des lebendigen Beispiels der in vielen Genossenschaften vorherrschenden Tendenz entgegen, die Bäuerinnen überwiegend in der Feldwirtschaft einzusetzen und die Viehzucht, die körperlich weniger schwer und weniger monoton war, zudem auch besser bezahlt wurde, den Männern vorzubehalten.<sup>14</sup> Mit dieser Tendenz und dem Argument, daß "Viehzucht Männersache" sei, hatte sich die Erfurter Bäuerinnenkonferenz kritisch auseinandergesetzt und sie als einen Ausdruck der Diskriminierung der Frauen gekennzeichnet. Diese Tendenz ignorierte die gerade im Bereich der Viehzucht großen Erfahrungen der Bäuerinnen, stand der Durchsetzung ihrer Gleichberechtigung in der LPG hindernd im Wege und erschwerte auch die Werbung von werktätigen Einzelbäuerinnen für die Mitgliedschaft in den LPG.

Im Zusammenhang mit der Auswertung der Erfurter Bäuerinnenkonferenz intensivierte die Frauenorganisation ihre politisch-ideologische Arbeit unter den Frauen der Einzel- und Genossenschaftsbauern, um sie für den Beitritt zu einer LPG zu gewinnen und sie mehr als bisher mit der sozialistischen Perspektive des Dorfes vertraut zu machen. In Anbetracht der Tatsache, daß gerade 1959/60

12 Vgl. Lernen und Handeln, Nr. 15/1959, S. 11.

13 Vgl. ebenda, Nr. 7/1960, S. 18 ff.

14 Während 1952/53 in einzelbäuerlichen Betrieben durchgeführte Untersuchungen deutlich machten, daß dort die Frauen - abgesehen von der Haushaltsführung - in erster Linie in der Viehwirtschaft tätig waren, auf die 28,5 % ihrer Tagesarbeit entfielen (Haushalt = 47,8 %), ergaben z. B. die von Gabriele Nacke in 31 LPG des Typs III im Kreis Grimma (Bez. Leipzig) 1960 durchgeführten Untersuchungen, daß nur 21 % der weiblichen Genossenschaftsmitglieder in der Viehwirtschaft, dagegen 68 % in der Feldwirtschaft tätig waren und dort zudem vorwiegend im Bereich nichtmechanisierter Arbeiten. (Vgl. Nacke, Gabriele, Zur Problematik der gegenwärtigen gesellschaftlichen Stellung der Genossenschaftsbäuerinnen in der Deutschen Demokratischen Republik, landwirtschaftswiss. Diss. Leipzig 1964, Bl. 84 f.)

die imperialistischen Massenmedien ihre antikommunistische, gegen die sozialistische Umgestaltung des Dorfes in der DDR gerichtete Propaganda verstärkten, um diesen Prozeß aufzuhalten und Bauern zur Republikflucht zu bewegen, in Anbetracht der zum Teil scharfen Auseinandersetzungen, die mit konservativen Elementen in den Dörfern in diesem Zusammenhang zu führen waren, erfüllte der DFD damit eine komplizierte Aufgabe von großer politischer Bedeutung.

Der Bundesvorstand erkannte, daß es notwendig war, die Funktionärinnen gründlicher mit den Problemen der Agrarpolitik der Partei der Arbeiterklasse vertraut zu machen. Spezielle Schulungen für die Funktionärinnen ländlicher Gruppen und Vorstände hatten das Ziel, Klarheit über die Grundfragen der Agrarpolitik der SED zu schaffen, wie sie vor allem vom V. Parteitag der SED 1958 sowie von der VI. LPG-Konferenz 1959 dargelegt worden waren, die Beschlüsse der Erfurter Bäuerinnenkonferenz gründlich zu erläutern und die Aufgaben zu erörtern, die unter den konkreten Bedingungen des Kreises, MTS-Bereiches bzw. der einzelnen Gemeinde zu lösen waren. Breiten Raum nahm dabei der Erfahrungsaustausch und die Auseinandersetzung mit Argumenten ein, die den Funktionärinnen und Mitgliedern der Organisation im Gespräch mit den Bäuerinnen begegneten.

Die Funktionärinnen bemühten sich vor allem darum, jene Freundinnen für den genossenschaftlichen Weg zu gewinnen, die selbst noch Einzelbäuerinnen waren. Von ihrem Beispiel, das lehrten die Erfahrungen, war oft der Erfolg in der Überzeugungsarbeit unter den nicht im DFD organisierten Bäuerinnen abhängig.<sup>15</sup> Auch Einzelbäuerinnen, die nicht Mitglieder der Organisation waren, wurden vereinzelt in Kurzlehrgänge einbezogen. Es gab Beispiele, wo während solcher Lehrgänge, in denen vielfach auch Themen aus dem Bereich der fachlichen Qualifizierung (zum Beispiel Methoden der Geflügelaufzucht) behandelt wurden, Bauern erschienen, um mit der gewohnten patriarchalischen Autorität des Hofbesitzers und Familienoberhauptes ihre Frauen nach Hause zu holen, weil es dort ihrer Meinung nach Wichtigeres zu tun gab. In nicht wenigen Lehrgängen kam es zu heftigen politischen Streitgesprächen.

Vielfältig - wenn auch in den einzelnen Bezirken unterschiedlich entwickelt - waren Umfang und Formenreichtum der Aktivität der Frauenorganisation in der massenpolitischen Arbeit bei der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes. Wie schon in den Jahren zuvor bewährten sich auch 1959 die in Zusammenarbeit mit den VdgB-Bäuerinnenkommissionen durchgeführten Bäuerinnenkonferenzen, von denen insgesamt 3 042 (mit 139 000 Teilnehmerinnen) durchgeführt wurden,<sup>16</sup> großenteils auf der Ebene von Kreisen bzw. MTS-Bereichen. In den Dörfern wurden vor allem Bäuerinnen-Nachmittage veranstaltet, mit denen die Gruppen hauptsächlich das Ziel verfolgten, zwischen Genossenschafts- und Einzelbäuerinnen einen engen Kontakt herzustellen und den Erfahrungsaustausch zwischen ihnen zu organisieren. Im Bezirk Frankfurt (Oder), vereinzelt auch in anderen Bezirken, bildete die Frauenorganisation Agitationsgruppen, die das Gespräch mit den Einzelbäuerinnen suchten und zugleich unter den Hausfrauen für die Unterstützung der LPG bei den Pflege- und Erntearbeiten warben.<sup>17</sup> Im Bezirk Magdeburg organisierte der DFD nach den Kreisdelegiertenkonferenzen vom Mai und Juni 1959 öffentliche Frauenversammlungen in den Dörfern, auf denen konkrete Maßnahmen

<sup>15</sup> Vgl. dazu z. B. Lernen und Handeln, Nr. 2/1960, S. 12.

<sup>16</sup> Vgl. Für dich, Bäuerin, hg. v. Zentralvorstand der VdgB, Halle(Saale) 1960, S. 5.

<sup>17</sup> Vgl. den Bericht der Frankfurter DFD-Bezirksvorsitzenden Elli Borchert, in: Lernen und Handeln, Nr. 1/1959, S. 9 ff.

zur Hilfe für die Genossenschaften beraten und zahlreiche Bäuerinnen für den Eintritt in die LPG gewonnen wurden.<sup>18</sup>

Gute Erfolge wurden besonders in den Bezirken erzielt, wo die Bezirksvorstände die Probleme der Entwicklung in der Landwirtschaft regelmäßig berieten, auf Schwerpunkte orientierten und durch operative Einsätze (Brigadeeinsätze) unmittelbar auf die Arbeit der Gruppen in den Dörfern Einfluß nahmen. Das waren 1959 vor allem die Bezirksvorstände Cottbus, Neubrandenburg, Schwerin, Halle, Gera und Potsdam. Gerade solchen Aktivitäten der Frauenorganisation und der VdgB-Bäuerinnenkommissionen war es zu verdanken, daß manches vollgenossenschaftliche Dorf entstand, in dem auch alle Bäuerinnen Mitglieder der Genossenschaft wurden - wie zum Beispiel in Silberfeld (Kreis Zeulenroda, Bezirk Gera).<sup>19</sup>

In einzelnen Fällen war die DFD-Gruppe sogar Initiator der LPG-Gründung, indem sie die Bäuerinnen des Ortes dafür gewann, das Gründungskomitee zu bilden.<sup>20</sup>

Auch der erste vollgenossenschaftliche Kreis der Republik - Eilenburg im Bezirk Leipzig - entstand im Spätherbst 1959 unter aktiver Mitwirkung der Frauenorganisation. Systematisch leitete das Kreissekretariat die Gruppenfunktionärinnen in den Dörfern an, führte mit ihnen Seminare zu Problemen der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft durch und organisierte den Erfahrungsaustausch zwischen ihnen. In enger Zusammenarbeit mit anderen Kräften organisierte der Kreisvorstand die Überzeugungsarbeit unter den Bäuerinnen. Hunderte von persönlichen Gesprächen mit den Bäuerinnen führten die DFD-Funktionärinnen als Mitglieder der Einsatzbrigaden der SED-Kreisleitung. Zugleich trug der Kreisvorstand des DFD Sorge dafür, daß in allen neugegründeten LPG Frauen in die Vorstände aufgenommen wurden. Die Frauenorganisation stellte nahezu die Hälfte der Mitglieder in den Räten der 16 Dorfakademien des Kreises, womit sie aktiven Einfluß auf die Qualifizierung der Genossenschaftsbäuerinnen nahm, zu deren Unterstützung in jeder Gemeinde des Kreises ein Kindergarten geschaffen wurde. Dennoch gelang es auch in diesem ersten vollgenossenschaftlichen Kreis der DDR nicht sofort, alle Bäuerinnen für die Mitgliedschaft in den Genossenschaften zu gewinnen.<sup>21</sup>

### 3. Die 9. DFD-Bundesvorstandssitzung im Januar 1960 und der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande

Im Jahre 1959 waren die ländlichen Gruppen der Frauenorganisation wie nie zuvor aktiv tätig, um die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft zu unterstützen und dem Neuen in den Dörfern zum Durchbruch zu verhelfen. Die über 3 000 Konferenzen und kollektiven Beratungen mit Einzelbäuerinnen, die der DFD und die VdgB-Bäuerinnenkommission durchführten, die zahllosen persönlichen Gespräche von Funktionärinnen und Mitgliedern der Frauenorganisation mit den Frauen in den Dörfern trugen zweifellos wesentlich mit dazu bei, daß sich 1959

18 Vgl. ebenda, Nr. 19/1959, S. 8 f.

19 Vgl. ebenda, Nr. 21/1958, S. 12.

20 Das war u. a. in Grimmelshausen (Kr. Hildburghausen, Bez. Suhl) der Fall. (Vgl. Für dich, Bäuerin, a. a. O., S. 58.)

21 Vgl. Bundesvorstand des DFD, Archiv, 9. Bundesvorstandssitzung, a. a. O., S. 16 f., und Diskussion, Bl. 104 ff.

die Zahl der weiblichen LPG-Mitglieder um 35 364 erhöhte.<sup>22</sup> In vielen Dörfern half der DFD das kulturelle Leben unter den Frauen zu entwickeln, rief "Treffpunkte für die Frau" ins Leben und unterstützte die Arbeit der Dorfkubs und Dorfakademien. Hausfrauenbrigaden arbeiteten auf den Feldern der Genossenschaften, und in nicht wenigen Dörfern entstanden auf Initiative und mit tatkräftiger Unterstützung der DFD-Gruppen Dienstleistungseinrichtungen bzw. entsprechende Annahmestellen - allein 144 im Landkreis Brandenburg (Bezirk Potsdam).<sup>23</sup>

Dennoch zeigten Untersuchungen von Brigaden des Bundesvorstandes in den Bezirken Schwerin, Neubrandenburg und Potsdam sowie die Berichte aus anderen Bezirken, daß - gemessen an den objektiven Anforderungen - die Aktivitäten der Organisation bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft noch zu sporadisch und im einzelnen sehr unterschiedlich entwickelt waren. Die Arbeit auf dem Lande wurde von den meisten Bezirks- und Kreisvorständen noch nicht zielstrebig genug geleitet. Auch der Bundesvorstand besaß dafür noch keine in jeder Hinsicht ausgereifte Konzeption.

Ungeachtet aller Aktivitäten des DFD und anderer gesellschaftlicher Kräfte zögerten auch 1959 noch viele Frauen, den LPG beizutreten. Prozentual sank der Frauenanteil in den LPG gegenüber 1958 sogar um weitere 0,3 Prozent. Das war der niedrigste Prozentsatz seit 1953.<sup>24</sup>

Ausgehend von den bisher erreichten Erfolgen, aber auch von der kritischen Analyse der vorhandenen Probleme und Schwächen in der Führung der Genossenschaftsbewegung und der Steigerung der Agrarproduktion, forderte die 7. Tagung des ZK der SED (10. bis 13. Dezember 1959), den Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande zu verstärken. Ein Kernproblem bestand hierbei darin, veraltete Methoden und Schwächen in der staatlichen Leitungstätigkeit zu überwinden und die Arbeit aller auf dem Dorfe tätigen gesellschaftlichen Kräfte auf die sozialistische Umgestaltung zu konzentrieren. Am 15. Januar 1960 wies das ZK der SED alle Grundorganisationen der Partei in den LPG, VEG, MTS und in den Dörfern darauf hin, daß eine wesentliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die Anwendung neuester Erkenntnisse in der Feld- und Viehwirtschaft nur durch die Gewinnung aller noch individuell wirtschaftenden Bauern für die LPG möglich seien. Damit trat der Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande in seine entscheidende Etappe ein. Der Nationalrat der Nationalen Front unterstützte auf seiner 7. Tagung am 22./23. Januar 1960 diese von der Partei der Arbeiterklasse gegebene Orientierung und forderte alle in der Nationalen Front vereinten Kräfte auf, im Kampf um das schöne sozialistische Dorf eng zusammenzuwirken. Zur Führung des Gesprächs mit den Einzelbauern wurden Brigaden der Nationalen Front gebildet, deren Kern Betriebsarbeiter waren und in denen Mitglieder aller Parteien, des FDGB, des VdGB und Parteilose mitarbeiteten, auch Vertreterinnen der Frauenorganisation.

In dieser Situation, als sich die Kräfte für den Sieg der Genossenschaftsbewegung auf dem Lande formierten, trat der Bundesvorstand des DFD zu seiner 9. Sitzung

<sup>22</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1964, a. a. O., S. 245.

<sup>23</sup> Vgl. Bundesvorstand des DFD, Archiv, 9. Bundesvorstandssitzung, a. a. O., Referat: I. Meyer, Bl. 34.

<sup>24</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1964, a. a. O., S. 245.



am 28. und 29. Januar 1960 zusammen, der ersten, die sich ausschließlich mit Fragen der Frauenorganisation auf dem Lande beschäftigte und diese in ihrer ganzen Komplexität behandelte. Zur Vorbereitung war auf Initiative des Sekretariats des Bundesvorstandes eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die die Hauptaufgaben des DFD im Prozeß der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes herausarbeiten, in einem Kreis - dem Kreis Jüterbog (Bezirk Potsdam) - die Probleme dieser Arbeit analysieren und das Referat der 9. Bundesvorstandssitzung vorbereiten sollte.<sup>25</sup> Mitglieder des Sekretariats des Bundesvorstandes führten außerdem Aussprachen mit den Bezirkssekretariaten sowie mit Bäuerinnen und Arbeiterinnen aus volkseigenen Gütern der Bezirke Schwerin und Neubrandenburg. Auch die Mitglieder der Bezirksvorstände des DFD Halle, Rostock und Cottbus führten Aussprachen mit Bäuerinnen, und alle Bezirksvorstände analysierten ihre Arbeit unter den Bäuerinnen. An der Sitzung des Bundesvorstandes nahmen neben seinen Mitgliedern weitere Funktionärinnen sowie Vertreterinnen der Arbeitsgruppe Frauen des ZK der SED, eine Reihe von hervorragenden Genossenschaftsbäuerinnen und Arbeiterinnen aus VEG, ferner Vertreter des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft teil. Die Bundessekretärin Inge Meyer zog in ihrem Referat Bilanz über die seit der zentralen Bäuerinnenkonferenz 1959 in der Arbeit der Organisation auf dem Lande erzielten Ergebnisse.<sup>26</sup> Viele konkrete, aus vielfältigen Erfahrungen erwachsene Vorschläge erbrachte die Diskussion, die sich vor allem um vier Fragenkomplexe grupperte:

1. Wie kann die Überzeugungsarbeit unter den Einzelbäuerinnen wirkungsvoller gestaltet werden?
2. Was muß getan werden, um den Dorfwirtschaftsplan zur Grundlage des Arbeitsplanes jeder ländlichen Gruppe der Frauenorganisation zu machen?
3. Welche Möglichkeiten besitzen die Gruppen, um die Gleichberechtigung der Genossenschaftsbäuerinnen zielstrebig durchsetzen zu helfen und ihre Qualifizierung zu fördern?
4. Wie kann das Leben der Bäuerinnen mit Hilfe des DFD erleichtert werden?

Diese Fragen waren Gegenstand einer umfassenden Aussprache. Besonderes Interesse widmeten die Teilnehmer dem Diskussionsbeitrag der Eilenburger Kreisvorsitzenden Edith Merkel über die Erfahrungen der Kreisorganisation des DFD bei der Schaffung des ersten vollgenossenschaftlichen Kreises der DDR.<sup>27</sup>

Ungeachtet der intensiven Arbeit, die in Vorbereitung der Bundesvorstandssitzung geleistet worden war, der vielen anregenden Gedanken, die namentlich in der Diskussion vorgetragen wurden, und des dabei sichtbar gewordenen großen Erfahrungsschatzes, über den die Organisation in ihrer Arbeit auf dem Lande verfügte, gelang es auf der Sitzung selbst nicht, eine geschlossene Konzeption für die weitere Tätigkeit zu erarbeiten, weshalb das Präsidium des Bundesvorstandes den Auftrag erhielt, einen entsprechenden Beschlusentwurf bis zur nächsten Bundesvorstandssitzung auszuarbeiten.<sup>28</sup>

In den folgenden Wochen eilte die Entwicklung stürmisch voran. Die von der 9. Bundesvorstandssitzung analysierte Situation hatte sich in den meisten Bezirken schon im Februar und März 1960 grundlegend verändert. Ausgehend von den im Kreis Eilenburg gesammelten Erfahrungen, wurden unter Führung der Partei

<sup>25</sup> Vgl. Bundesvorstand des DFD, Archiv, 9. Bundesvorstandssitzung, a. a. O., Konzeption, Bl. 1 ff.

<sup>26</sup> Vgl. ebenda, Referat: I. Meyer.

<sup>27</sup> Vgl. ebenda, Diskussion, Bl. 104 ff.

<sup>28</sup> Vgl. ebenda, Bl. 167.

der Arbeiterklasse die sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande binnen weniger Wochen endgültig zum Siege geführt. Am 8. März 1960 - als zum fünfzigsten Male der Internationale Frauentag begangen wurde - war die Gewinnung aller Bauern für die LPG im ersten Bezirk der DDR, im Bezirk Rostock, abgeschlossen, und bis zum 15. April waren nahezu alle Bauern der DDR den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beigetreten. Allein seit Dezember 1959 waren 9 213 LPG neu gebildet worden und mehr als 250 000 Bauern in die bestehenden bzw. neugebildeten Genossenschaften eingetreten.<sup>29</sup> An der Seite der SED und unter ihrer Führung hatten auch die anderen Parteien der Nationalen Front - vor allem die Demokratische Bauernpartei - sowie die Massenorganisationen - unter ihnen auch der DFD - die große revolutionäre Aktion unterstützt, die als "sozialistischer Frühling auf dem Lande" in die Geschichte der DDR einging.

Mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauern, einem Prozeß, dessen Verwirklichung seit der Entstehung des wissenschaftlichen Kommunismus zu den programmatischen Zielen der Arbeiterbewegung gehörte, waren die Grundlagen des Sozialismus in allen Dörfern geschaffen und damit die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Rückständigkeit des Dorfes und der für die Vergangenheit charakteristische Gegensatz zwischen Stadt und Land überwunden werden kann. Der Beweis war erbracht, daß der Leninsche Genossenschaftsplan auch für entwickelte Industrieländer Gültigkeit besitzt, daß auch dort die werktätige Bauernschaft im festen Bündnis und mit aktiver Unterstützung der Arbeiterklasse den Übergang zur genossenschaftlichen sozialistischen Großproduktion vollziehen kann. Durch die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft wurde das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, die Klassengrundlage des Staates in der DDR, auf eine qualitativ höhere Stufe gehoben. Es bestand fortan die sozialistische einheitliche Klasse der Genossenschaftsbauern. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und damit die tiefste bis dahin in der DDR noch bestehende ökonomische Wurzel des Kapitalismus war jetzt auf dem Dorfe beseitigt und der Weg für die Entfaltung einer modernen, industriemäßig produzierenden sozialistischen Landwirtschaft geebnet.

Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse war auch für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen auf dem Lande von entscheidender Bedeutung. Seit der Beseitigung der Herrschaft des Großgrundbesitzes und der Herstellung der juristischen Gleichberechtigung in den Gesetzen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung stellte der Sieg der Genossenschaftsbewegung den bis dahin tiefsten Einschnitt im Prozeß der Emanzipation der Frau auf dem Lande dar, weil sich damit ihre Arbeits- und Lebensbedingungen grundlegend zu verändern begannen. Erneut bestätigte sich die Richtigkeit der schon 1918 von Lenin ausgesprochenen Erkenntnis, daß die volle Befreiung der Frauen auf dem Lande nur dann zur Tatsache wird, "wenn wir von den Kleinwirtschaften zur Gemeinwirtschaft und zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung übergehen ..."<sup>30</sup>

Die neuen ökonomischen Bedingungen und sozialen Beziehungen, die sich auf der

<sup>29</sup> Vgl. DDR - Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974, S. 356.

<sup>30</sup> Lenin, W.I., a. a. O., S. 176.

Grundlage der genossenschaftlichen Produktionsweise herausbildeten, ließen für die Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten gerade der Frauen ganz neue Möglichkeiten entstehen. Die Genossenschaftsbäuerinnen waren jetzt gleichberechtigte Miteigentümer der Produktionsmittel, wodurch sich auch ihre Stellung im Produktionsprozeß und schließlich in einem historisch längerfristigen Prozeß auch in der Familie grundlegend veränderte. Die durch die genossenschaftliche Produktionsweise veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen, vor allem die schrittweise erfolgende Reduzierung des Arbeitstages und dessen allmähliche Angleichung an den der Arbeiterinnen, schufen reale Möglichkeiten für eine berufliche Qualifizierung sowie eine stärkere Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Viele soziale Errungenschaften, wie sie die Arbeiterinnen seit langem besaßen, erlangten nunmehr auch für die Bäuerinnen praktische Geltung. In den Dörfern wuchs ein neuer Frauentyp heran, befreit von der Enge des früheren Wirkungskreises und der Bürde, die die Frauen in der einzelbäuerlichen Wirtschaft zu tragen hatten.<sup>31</sup>

Auf seiner 10. Sitzung am 26. April 1960 beglückwünschte der Bundesvorstand des DFD "von ganzem Herzen alle Bäuerinnen, die in den letzten Wochen durch ihren Beitritt zur Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft in der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft den Schritt vom Ich zum Wir getan haben." Zugleich appellierte er an die Gruppen und Mitglieder der Organisation, sich gemeinsam mit allen Kräften der Nationalen Front am Wettbewerb um das schöne sozialistische Dorf zu beteiligen, den Genossenschaftsbäuerinnen zu helfen, auf neue sozialistische Art zu arbeiten, sie bei der Bildung von Frauenausschüssen in den LPG zu unterstützen und die volle Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen in den Genossenschaften zu fördern.<sup>32</sup>

31 Zur Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Genossenschaftsbäuerinnen bis Mitte der sechziger Jahre vgl. Sternberg, Frieda, Was hat die sozialistische Landwirtschaft den Bäuerinnen gebracht?, hg. v. der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin 1965, sowie verschiedene soziologische Untersuchungen. (Vgl. den Nachweis dieser Arbeiten bei Arendt, Hans-Jürgen, Zur Rolle und Funktion des DFD ..., a. a. O., Anmerkungen: Bl. 86, Anm. 225/2.

32 Vgl. Lernen und Handeln, Nr. 10/1960, S. 6 ff.

33 Einen genauen Überblick dazu vermitteln die statistischen Materialien nicht. Die Feststellung, daß im Frühjahr 1960 "mehr als 250 000 Bauern mit Familienangehörigen in landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaften" eingetreten seien (vgl. Reißig, Karl, Die historische Bedeutung des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 4/1971, S. 473), ist sicher mißverständlich. Umgekehrt stellt die Feststellung bei Sommer, J., Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften von 1952 bis 1960, agrarwiss. Habil.-Schr. Berlin 1962, S. 89, daß man "sich bei der Gewinnung der Bauern für die LPG im Winter 1959/60 nur auf die Männer konzentriert und es nicht verstanden hat, die Bäuerinnen als Mitglieder zu gewinnen", eine Vereinfachung dar. Aus Bemerkungen des Verfassers ergibt sich, daß etwa 75 000 Bäuerinnen (d. h. Frauen von ehemaligen werktätigen Einzelbauern) Mitte 1960 noch nicht Mitglied der LPG waren. (Vgl. Arendt, Hans-Jürgen, Zur Rolle und Funktion des DFD ..., a. a. O., Anmerkung: Bl. 86 f., Anm. 226/2.

4. Der Beitrag des DFD zur Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande 1960/61

Eine der vordringlichsten Aufgaben bestand auch weiterhin darin, alle Bäuerinnen für die Mitgliedschaft in den LPG zu gewinnen. Die vollgenossenschaftlichen Dörfer des Jahres 1960 umfaßten zwar nahezu alle Bauern, in sehr unterschiedlichem Maße aber ihre Familienangehörigen. Ein großer Teil der Bäuerinnen - schätzungsweise 75 000 - blieb vorerst, manche noch jahrelang, an die individuelle Hofwirtschaft gebunden,<sup>33</sup> die in den Genossenschaften vom Typ I vielfach in beträchtlichem Umfange bestand und jetzt zumeist "Domäne" der Frauen wurde.<sup>34</sup> Nicht wenige Bauern hielten ihre Frauen und Töchter aus kurzfristigen wirtschaftlichen Erwägungen sowie überlebten, nichtsdestoweniger noch wirksamen patriarchalischen Vorstellungen heraus von der Mitgliedschaft in den Genossenschaften zurück. Bei vielen war es ein Zeichen dafür, daß sie den Schritt von der einzelbäuerlichen zur genossenschaftlichen Produktionsweise noch nicht mit ganzer Konsequenz tun wollten. Es waren aus dem einzelbäuerlichen Milieu erwachsene Vorbehalte, die jene Bauern und häufig auch ihre Frauen selbst veranlaßten, der individuellen Hofwirtschaft ein Übermaß an Kraft zuzuwenden, und nicht Gründe im Sinne der von den Gegnern des Sozialismus wider besseres Wissen aufgestellten Behauptung, daß viele Bäuerinnen der DDR deshalb nicht LPG-Mitglied geworden seien, weil sie ihre Arbeitskraft für die persönliche Hauswirtschaft benötigen, nachdem sich herausgestellt habe, daß die "Zwangsgenossenschaften" nicht in der Lage seien, "das Existenzminimum einer Bauernfamilie zu sichern".<sup>35</sup> Mehr als anderthalb Jahrzehnte erfolgreicher Entwicklung in den vollgenossenschaftlichen Dörfern, die ihren sichtbaren Ausdruck in einem ständig wachsenden Wohlstand der Genossenschaftsbauern und ihrer Familien fand, haben dieses "Argument" imperialistischer Propaganda ad absurdum geführt.

Ungeachtet dessen war die Festigung der aus vielen, zum Teil sehr unterschiedlich entwickelten einzelbäuerlichen Betrieben hervorgegangenen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ein langer und schwieriger Prozeß. Mit der Umwälzung der alten Produktionsweise war keineswegs schon die Ideologie des Kleineigentümers beseitigt; Das Denken der Bäuerinnen aber war jahrhundertlang unter den Verhältnissen der kleinen Warenproduktion, in Abgeschiedenheit vom öffentlichen Leben geformt worden. Unterordnung unter den Mann war den meisten von ihnen eine anerzogene, durch die Einheit von Produktions- und Familiensphäre weithin vertraute Gewohnheit. Nicht wenige Bäuerinnen, darunter auch viele, die Mitglied der Genossenschaft geworden waren, betrachteten es daher auch zunächst als Selbstverständlichkeit, daß ihnen weiterhin die Führung der

<sup>34</sup> Der Typ I der LPG war zu dieser Zeit am weitesten verbreitet und stellte die am besten geeignete Form des Übergangs von der einzelbäuerlichen Produktion zur genossenschaftlichen dar. Es ist dabei jedoch zu berücksichtigen, daß sich in diesem LPG-Typ noch erhebliche Überreste des Privateigentums erhielten und er die Isolierung der Bäuerinnen in der individuellen Viehwirtschaft relativ begünstigte. (Vgl. Wachowitz, Heinz, Die Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der DDR, Berlin 1962, S. 89.)

<sup>35</sup> Thümmler, Ernst, Die Lage der Landwirtschaft in Mitteldeutschland, in: Sozialer Fortschritt, Unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Berlin (West), Nr. 10/1961, S. 66.

Hofwirtschaft oblag und daß sie in der Genossenschaftlichen Arbeit nur die vermindertem Einsatz in Erscheinung traten, Dazu trug in starkem Maße bei, daß in vielen der neugegründeten Genossenschaften die innergenossenschaftliche Demokratie noch wenig entwickelt war und auch dem Prinzip der Frauenförderung, einem in den volkseigenen Betrieben weithin anerkannten und längst auch schon mit großem Erfolg praktizierten Grundsatz, hier zumeist erst Geltung verschafft werden mußte.

Die 8. Tagung des ZK der SED (30. März bis 2. April 1960) beschäftigte sich mit diesem Problem und zog wesentliche Schlußfolgerungen. Dabei lenkte sie die Aufmerksamkeit auch darauf, die Bäuerinnen stärker in den Prozeß der Festigung und weiteren Entwicklung der Genossenschaften einzubeziehen. Sie forderte, die politisch-ideologische Arbeit zur Gewinnung aller Bäuerinnen für die LPG zu intensivieren; in allen LPG und VEG Frauenausschüsse zu bilden, Frauen in leitende Funktionen einzusetzen; vor allem auf dem Gebiet der tierischen Produktion die Qualifizierung von Frauen und Mädchen zu fördern sowie in stärkerem Maße Mittel und Wege zu suchen, um die Bäuerinnen zu entlasten, hauptsächlich durch die Verbesserung der Tätigkeit des Handels auf dem Lande und den Ausbau des Systems der Kinder- und Dienstleistungseinrichtungen.<sup>36</sup> Damit war auch für die Arbeit der Frauenorganisation auf dem Lande eine prinzipielle Orientierung gegeben.

Das Bundessekretariat reagierte nur langsam auf die neuen Probleme, die sich durch die Entstehung der vollgenossenschaftlichen Dörfer für die weitere Arbeit der ländlichen Gruppen ergaben. Darauf wurde auf dem VII. Bundeskongreß des DFD im November 1960 kritisch hingewiesen.<sup>37</sup> Viele Orts- und Kreisvorstände suchten dagegen, wie die Kreisdelegiertenkonferenzen zeigten, konkrete und schöpferische Antworten für "ihre" Dörfer auf die Fragen, die die 9. Bundesvorstandssitzung im Januar 1960 und der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande im Frühjahr 1960 aufgeworfen hatten.

Bei der Lösung der Aufgabe, alle früheren Einzelbäuerinnen, von denen nicht wenige jetzt in die Rolle "mithelfender Familienangehöriger" auf den individuellen Hofwirtschaften abgedrängt waren, als Mitglieder für die LPG zu gewinnen, gingen die Dorfgruppen des DFD von dem Grundsatz aus: "Es gab in der Vergangenheit keinen Bauernhof ohne Bäuerin, und es darf jetzt keine Genossenschaft geben, in der nicht alle Bäuerinnen als vollwertige Mitglieder eingereicht sind."<sup>38</sup>

Vor allem im Zusammenhang mit der Diskussion der Dorfwirtschaftspläne und der von der 8. Tagung des ZK der SED gestellten Aufgabe, die landwirtschaftliche Marktproduktion zu erhöhen, führten die DFD-Gruppen die Auseinandersetzung mit solchen Argumenten wie: "Es genügt, wenn der Mann Mitglied der Genossenschaft ist." Oder: "Wenn alles maschinell bearbeitet wird, braucht man uns ja nicht mehr".<sup>39</sup> Die DFD-Gruppen sowie die Ortsausschüsse der Nationalen Front in den Dörfern wandten sich gegen vereinfachende, die Schwierigkeiten der jungen Genossenschaften ignorierende Vorstellungen von einer schon bald zu erwartenden Vollmechanisierung der Feldarbeiten und hoben die Bedeutung der

<sup>36</sup> Vgl. dazu Ulbricht, Walter, Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 2: Juli 1958 - Dezember 1960, Berlin 1962, S. 1075 f., 1117, 1124 f.

<sup>37</sup> Vgl. Materialien des VII. Bundeskongresses. Demokratischer Frauenbund Deutschlands, Berlin vom 23. bis 25. November 1960, Berlin o. J. S. 69.

<sup>38</sup> Vgl. Lernen und Handeln, Nr. 11/1960, S. 13.

<sup>39</sup> Vgl. dazu ebenda, Nr. 22/1960, S. 5.

Frauen im Rahmen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens der Landwirtschaft hervor. Sie wiesen darauf hin, daß die in der landwirtschaftlichen Produktion erzielten Erfolge um so größer sein würden, je mehr auch die Bäuerinnen an der genossenschaftlichen Arbeit und durch Wahrnehmung ihres Mitspracherechtes auch an der Entfaltung der innergenossenschaftlichen Demokratie teilnahmen. Zudem gab es nicht wenige Beispiele, daß Frauen in den MTS, LPG und VEG bei der Leitung und Organisation von bereits durch die moderne Landtechnik mechanisierten Arbeitsprozessen, im Umgang mit Maschinen und Geräten sehr wohl "ihren Mann" zu stehen vermochten.<sup>40</sup>

Infolge der zunächst in starkem Maße wirksamen Tendenz zur Aufblähung der individuellen Hofwirtschaften war es überaus schwierig, die Bauernfamilien davon zu überzeugen, daß die Mitgliedschaft der Bäuerinnen in den LPG ihre Arbeits- und Lebensbedingungen spürbar verbessern würde. In geduldiger Überzeugungsarbeit galt es, vor allem das Vertrauen in die sozialistische Perspektive weiter zu festigen sowie die Überzeugung zu vermitteln, daß nicht der individuellen Wirtschaft, sondern der genossenschaftlichen Großproduktion die Zukunft gehörte und daß letztere die eigentliche Quelle des künftigen bäuerlichen Wohlstandes sein würde. Es gab in vielen Dörfern Gruppenvorstände des DFD, die sich systematisch, vor allem durch persönliche Gespräche, darum bemühten, alle noch außerhalb der Genossenschaft stehenden Einzelbäuerinnen für die LPG-Mitgliedschaft zu gewinnen.

Insgesamt gewann der DFD im Sommer und Herbst 1960 (das heißt im Rahmen der Vorbereitung seines VII. Bundeskongresses, der im November 1960 stattfand) 8 914 Bäuerinnen für die LPG.<sup>41</sup> Er trug bedeutend dazu bei, daß sich der Frauenanteil in den LPG nach dem vollgenossenschaftlichen Zusammenschluß von 43,0 Prozent (29. Februar 1960) auf 45,6 Prozent (31. Dezember 1960) erhöhte,<sup>42</sup> was um so beachtenswerter ist, als er bisher jahrelang prozentual zurückgegangen war.

Nicht minder wichtig war die politisch-ideologische Arbeit unter den Genossenschaftsbäuerinnen. Neben der Fortsetzung der Überzeugungsarbeit unter den früheren Einzelbäuerinnen mußten die DFD-Gruppen auf dem Lande in den ersten Jahren nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, dazu beizutragen, daß sich in den LPG eine gute genossenschaftliche Arbeit entwickelte. Letztlich war davon abhängig, wie sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der LPG-Bäuerinnen entwickelten. Das Hauptproblem bestand dabei darin, den Genossenschaftsbäuerinnen die größere Bedeutung der genossenschaftlichen Belange gegenüber denen der individuellen Hofwirtschaften bewußt zu machen und unter den Frauen der LPG die Bewegung zur Steigerung des landwirtschaftlichen Marktaufkommens zu fördern. Zugleich erwies es sich als notwendig, die Genossenschaftsbäuerinnen - nach dem Beispiel der Arbeiterinnen in der sozialistischen Industrie - für die Durchsetzung ihrer Gleichberechtigung zu mobilisieren.

<sup>40</sup> Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß zu dieser Zeit eine Reihe von Landmaschinen den physiologischen Besonderheiten der Frauen noch wenig Rechnung trug. Es bedurfte vieler kritischer Hinweise der Bäuerinnen, um z. B. die VVB Landmaschinen- und Traktorenbau zur Konstruktion des Mähdeschers E 512 zu veranlassen, der diese Bedingungen erfüllte und Mitte der sechziger Jahre in die Serienproduktion ging.

<sup>41</sup> Vgl. Materialien des VII. Bundeskongresses, a. a. O., S. 11.

<sup>42</sup> Vgl. IML, ZPA, IV 2/17/18; IV 2/17/77.

Schon die Bäuerinnenkonferenz in Erfurt 1959 hatte die Notwendigkeit hervorgehoben, in allen LPG Frauenausschüsse zu bilden. Ihre Funktion mußte vor allem darin bestehen, dem Prinzip der Gleichberechtigung und Förderung der Bäuerinnen Geltung zu verschaffen. Primär ging es um ihre gleichberechtigte Einbeziehung in das innergenossenschaftliche Leben sowie die Schaffung von Möglichkeiten für ihre Qualifizierung. Die 8. Tagung des ZK der SED im April 1960 erhob die Aufgabenstellung, in allen LPG Frauenausschüsse zu schaffen, zum verbindlichen Beschluß für alle Parteiorganisationen in den LPG. Verwirklicht wurde er jedoch im allgemeinen nur zögernd. Sowohl in den DFD-Gruppen als auch in den SED-Grundeinheiten bestanden mannigfaltige Unklarheiten über Wesen und Inhalt dieser Aufgabenstellung, sowohl über organisatorische Fragen, zum Beispiel wer für die Anleitung der LPG-Frauenausschüsse zuständig sei, als auch über das grundlegende Problem, ob die Bildung von Frauenausschüssen angesichts der Existenz von DFD-Gruppen in den Dörfern überhaupt notwendig sei und andere. Zwar wurde letztlich eine Fülle anderer Probleme und Aufgaben auf dem agrarpolitischen Sektor gelöst, aber die Durchführung des Beschlusses seitens der zuständigen Kreis- bzw. MTS-Bereichsleitungen der Partei nur unzureichend kontrolliert.

Der Bundesvorstand des DFD stellte auf seiner 10. Sitzung im April 1960 den ländlichen Gruppen die Aufgabe, die Bildung von LPG-Frauenausschüssen zu unterstützen. In zahlreichen Fällen ging die Initiative zur Bildung solcher Frauenausschüsse von aktiven DFD-Gruppen aus, vor allem von solchen, denen in größerem Umfange Genossenschaftsbäuerinnen angehörten oder die seit langem engen Kontakt zu ihnen besaßen. In vielen Fällen leisteten die DFD-Gruppen den Ausschüssen auch praktische Hilfe. Als charakteristisches Beispiel sei hier die DFD-Gruppe in Treffurt (Kreis Eisenach, Bezirk Erfurt) angeführt, die mit dem Frauenausschuß der LPG der Gemeinde einen gemeinsamen Arbeitsplan aufstellte, gemeinsame Sitzungen durchführte und den Erfahrungsaustausch mit anderen LPG-Frauenausschüssen organisierte.<sup>43</sup>

Es gab aber auch Beispiele, wo aktive DFD-Gruppenvorstände in den vollgenossenschaftlichen Dörfern den Versuch unternahmen, den LPG-Frauenausschuß zu ersetzen bzw. die Frauenausschüsse eines Ortes, in dem mehrere LPG bestanden, zusammenzufassen. Diese Vorstände verkannten die unterschiedliche Aufgabenstellung. Sie übersahen, daß dem DFD die Aufgabe oblag, mit allen Frauen im Dorf zu arbeiten und in diesem Zusammenhang ein reges geistig-kulturelles Leben zu entwickeln, während der LPG-Frauenausschuß ein von den Genossenschaftsbäuerinnen gewähltes demokratisches Organ war, das spezifische, in jedem Falle innergenossenschaftliche Aufgaben hatte. Seine Autorität gegenüber dem LPG-Vorstand konnte der Frauenausschuß nur auf das Mandat der weiblichen Mitglieder der LPG gründen, nicht aber auf Forderungen der in ihrem überwiegenden Teil außerhalb der Genossenschaft stehenden Mitglieder einer Massenorganisation. Ein im Sommer 1960 auf Veranlassung der Abteilung Frauen des ZK der SED veröffentlichter Aufsatz Lotte Ulbrichts trug wesentlich zur Klärung dieser Fragen bei.<sup>44</sup>

43 Vgl. Lernen und Handeln, Nr. 17/1960, S. 20 f.

44 Vgl. Ulbricht, Lotte, Die Bäuerinnen schneller in das gesellschaftliche Leben einbeziehen, in: Einheit, Nr. 8/1960, S. 1183 ff.

Die Bildung und Entwicklung der LPG-Frauenausschüsse vollzog sich naturgemäß nur langsam und war mit mannigfaltigen Auseinandersetzungen um die Gesamtproblematik der Frauenförderung in den jungen LPG verbunden. Unter den Genossenschaftsbäuerinnen, von denen die meisten bis zu ihrem Eintritt in die LPG dem öffentlichen Leben weitgehend ferngestanden hatten, mußte der Gedanke, selbst aktiv an der Durchsetzung ihrer Gleichberechtigung durch Wahrnehmung ihres Mitbestimmungsrechtes mitzuwirken, erst geweckt werden. Ende 1960 bestanden in 17,1 Prozent aller LPG Frauenausschüsse, in den LPG Typ I und II hingegen nur 6,2 Prozent.<sup>45</sup> Die 25 021 Frauen, die in diesen demokratischen Organen mitarbeiteten und von denen viele gleichzeitig zu den aktiven Mitgliedern der DFD-Gruppen in den Dörfern zählten, verkörperten jene Vorhut, die als Schrittmacher der Gleichberechtigung der Genossenschaftsbäuerinnen im Prozeß der Auseinandersetzung mit überlebten Auffassungen beispielhaft voranging. Von ihnen vor allem ging die Initiative für die Qualifizierung der Genossenschaftsbäuerinnen und ihre stärkere Einbeziehung in die Leitungstätigkeit der LPG aus.<sup>46</sup>

Auch die Gruppen des DFD in den Dörfern halfen, die Genossenschaftsbäuerinnen für die berufliche Weiterbildung zu gewinnen. Im Rahmen ihrer politisch-ideologischen Arbeit nahmen sie an der Auseinandersetzung mit jenen Kräften teil, die den Standpunkt vertraten, die Bäuerin gehöre auf den Hof und nicht auf die Schulbank. In diesem Zusammenhang war es vor allem notwendig, das Selbstbewußtsein der Genossenschaftsbäuerinnen zu wecken und bei ihnen selbst die Überzeugung zu entwickeln, daß ihre Qualifizierung für die ökonomische Entwicklung der LPG und für ihre eigene Entwicklung von entscheidender Bedeutung war. Im Jahre 1960 verfügten nur 0,5 Prozent (!) der Genossenschaftsbäuerinnen über eine abgeschlossene berufliche Ausbildung,<sup>47</sup> die jedoch eine wichtige Voraussetzung dafür war, daß sich die gleichberechtigte Stellung der Frauen im genossenschaftlichen Produktionsprozeß und im gesamten Leben der LPG und des Dorfes entwickeln und festigen konnte.

Dazu war es aber nicht nur erforderlich, die subjektive Bereitschaft der Genossenschaftsbäuerinnen zu wecken und in den Dörfern eine Atmosphäre des Lernens zu entwickeln, sondern auch die vielen objektiven Schwierigkeiten zu bewältigen, die sich vor allem aus dem Rhythmus des Arbeitstages der Bäuerin und dem Umfang der Hofwirtschaft sowie den Familienpflichten ergaben. Durch den Beitritt zu einer LPG hatte sich ja der Umfang des bäuerlichen Gesamtarbeitstages nicht schlagartig verändert, am wenigsten dort, wo größere individuelle

45 Vgl. IML, ZPA, IV 2/17/18. - Am 15. 12. 1960 bestanden in 3 292 LPG Frauenausschüsse, davon in 795 LPG vom Typ I und II. Von den LPG des Typs III besaßen 39,3 % Frauenausschüsse. (Vgl. ebenda, IV 2/17/43.)

46 Auf die Problematik der Einbeziehung der weiblichen LPG-Mitglieder in Leitungsfunktionen der Genossenschaften sei hier nicht weiter eingegangen. Erwähnt sei nur, daß sich unter den 98 190 Vorstandsmitgliedern der LPG, die es Ende September 1960 gab, 16 190 Frauen befanden, das waren 16,3 %. Bis zum 20. 11. 1961 erhöhte sich ihr Anteil auf 23,9 %. (Vgl. IML, ZPA, IV 2/17/77.)

47 Im Oktober 1960 verfügten 1 394 weibliche LPG-Mitglieder über eine Facharbeiterausbildung (0,3 %), 268 besaßen einen Meisterbrief (0,06 %), 564 besaßen ein Fachschul- und 71 ein Hochschuldiplom (0,1 bzw. 0,02 %). (Vgl. IML, ZPA IV 2/17/77.)



Wirtschaften bestehen bleiben. Aktive DFD-Gruppen halfen durch Nachbarschaftshilfe, durch Initiativen zur Schaffung von Dienstleistungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie durch den Einsatz von Hausfrauenbrigaden bei der Feldarbeit die Genossenschaftsbäuerinnen zu entlasten.

Ausgehend von den Beschlüssen der 8. Sitzung des Bundesvorstandes vom Oktober 1959, auf der die Bedeutung der Bildungsarbeit hervorgehoben worden war, unternahmen viele ländliche Gruppen des DFD vor allem Anstrengungen, um Genossenschaftsbäuerinnen für Kurzlehrgänge zu den seit 1958 im Aufbau befindlichen Dorfakademien zu gewinnen, die den Kern eines einheitlichen Qualifizierungssystems auf dem Lande darstellten und der Masse der Landbevölkerung das Lernen im Dorfe selbst ermöglichten.<sup>48</sup> Für die Bäuerinnenqualifizierung besaßen die Dorfakademien besondere Bedeutung, weil ihre Lehrgänge nur relativ geringen zeitlichen Aufwand erforderten und die Form des praxisverbundenen, fachspezifischen Kurzlehrgangs am besten geeignet war, den Bäuerinnen den Zugang zum Lernen zu erleichtern. In nicht wenigen Dörfern bildeten die Frauen den überwiegenden Teil der Lehrgangsteilnehmer, wobei von den DFD-Gruppen mannigfaltige werbende Initiativen ausgingen und zahlreiche Funktionärinnen der ländlichen Gruppen auch in den Räten der Dorfakademien mitarbeiteten. Der DFD besaß keinen geringen Anteil daran, daß die Zahl der weiblichen Lehrgangsteilnehmer an den Kursen der Dorfakademien beständig wuchs. 1961 waren es 10 247 Frauen,<sup>49</sup> Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Genossenschaftsbäuerinnen, die einen landwirtschaftlichen Facharbeiterbrief erworben hatten von 1 394 (0,3 Prozent) im Oktober 1960 auf 11 637 (16,1 Prozent) im November 1961.<sup>50</sup> Unter den komplizierten Bedingungen der noch immer in starkem Maße wirksamen kulturellen Abgeschiedenheit der meisten Dörfer, die auf dem historisch bedingten Gegensatz von Stadt und Land beruhte, wurde der überaus große Bildungsrückstand der Bäuerinnen schrittweise überwunden und damit eine grundlegende Voraussetzung ihrer gleichberechtigten Mitwirkung in den Genossenschaften mehr und mehr durchgesetzt.

Ausgehend von den Erfolgen, die 1959 im Rahmen der Wettbewerbs- und Verpflichtungsbewegung zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR erzielt worden waren, und entsprechend der Orientierung der 8. Tagung des ZK der SED, die die Notwendigkeit hervorgehoben hatte, vor allem die tierische Produktion zu steigern, förderten die ländlichen Gruppen der Frauenorganisation Initiativen der Genossenschaftsbäuerinnen zur Erhöhung des Marktaufkommens an Fleisch- und Molkeerzeugnissen. In Vorbereitung des VII. Bundeskongresses der Frauenorganisation entwickelten die ländlichen Gruppen erneut eine breite Verpflichtungsbewegung, in deren Ergebnis von den Bäuerinnen über den Plan der Marktproduktion hinaus unter anderem 2 911 551 Liter Milch, 10 513 422 Eier, 468 917 Kilogramm Fleisch und 48271 Stück Geflügel zur Verfügung gestellt sowie 12 080 Küken, 3 499 Schweine und 199 Rinder zusätzlich aufgezogen wurden.<sup>51</sup> Es war die bis dahin ökonomisch wirksamste Bewegung, die die Frauenorganisation unter den Bäuerinnen ausgelöst hatte, eine Bewegung, die zugleich dazu beitrug, das ökonomi-

48 Zur Entwicklung der Dorfakademien vgl. Freyer, Friedrich Karl, Gegenwärtige Probleme der sozialistischen Kulturarbeit in den vollgenossenschaftlichen Dörfern der DDR, phil. Diss. Berlin 1961, Bl. 45 ff.

49 Vgl. 20 Jahre DFD, Berlin o. J., S. 25.

50 Vgl. IML, ZPA, IV 2/17/77.

51 Vgl. Materialien des VII. Bundeskongresses, a. a. O., S. 11.

sche Denken der Genossenschaftsbäuerinnen zu entwickeln und sie mit der Grundidee des sozialistischen Wettbewerbs vertraut zu machen.

Im Jahr des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande nahm auch die Bewegung der Hausfrauenbrigaden<sup>52</sup> in den Dörfern einen breiten Aufschwung. Sie hatte bedeutenden Anteil an der Einbringung der ersten Ernte im vollgenossenschaftlichen Dorf.

Schon auf der Erfurter Bäuerinnenkonferenz und auch auf der 9. Bundesvorstandssitzung des DFD war die Bedeutung des Beitrages der Frauenorganisation zur Entwicklung des kulturellen Lebens in den Dörfern hervorgehoben worden. Nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande verdiente diese Aufgabe um so größere Beachtung. Von seiner 10. Sitzung aus appellierte der Bundesvorstand an die ländlichen Gruppen, mitzuhelfen, "damit das schöne kulturvolle Leben seinen Einzug in das Dorf hält und der Unterschied zwischen Stadt und Land schnell überwunden wird."<sup>53</sup> Die erhöhte Bedeutung, die die Entwicklung des kulturellen Lebens nach dem Sieg der Genossenschaftsbewegung erlangte, ergab sich vor allem aus dem Zusammenhang mit der Lernbewegung, die jetzt auch das Dorf immer mehr zu erfassen begann und in die die Bäuerinnen einbezogen werden mußten. Die Kulturarbeit half das sozialistische Gemeinschaftsleben im vollgenossenschaftlichen Dorf und das gesellschaftliche Bewußtsein der Landbevölkerung rascher zu entwickeln. Von ihrer Ausstrahlungskraft war in nicht unwesentlichem Maße abhängig, inwieweit vor allem die junge Generation ihre berufliche und familiäre Zukunft mit der des Heimatdorfes verband.<sup>54</sup>

Auf den Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen des DFD 1960 nahmen - besonders in den Nordbezirken - Fragen des kulturellen Lebens breiten Raum ein. Das Neue in vielen Dörfern bestand darin, daß die Massenorganisationen insgesamt, vor allem durch gemeinsame Bemühungen um die Schaffung von Dorfkлубs, enger zusammenzuarbeiten begannen.

1960 wurde die Bewegung der Hausfrauenbrigaden in den Dörfern immer mehr zu einer Bewegung der Hausfrauen, die sich um die kulturelle Entwicklung des Dorfes bemühten.

52 Vgl. dazu Arendt, Hans-Jürgen, Zur Entwicklung der Bewegung der Hausfrauenbrigaden in der DDR 1958 bis 1961/62. Eine besondere Form der Einbeziehung nichtberufstätiger Frauen in die Lösung volkswirtschaftlicher Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus. in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979, T. 1, S. 53 - 70.

53 Lernen und Handeln, Nr. 10/1960, S. 8.

54 Die Jugend dafür zu gewinnen, im Dorf zu bleiben und landwirtschaftliche Berufe zu ergreifen war eine Aufgabe von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Von ihrer Lösung hing die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, deren Mitgliederbestand allgemein stark überaltert war, in hohem Maße ab. Von den weiblichen LPG-Mitgliedern waren z. B. im Mai 1960 nur 9,8 % jünger als 25 Jahre, 62,2 % hingegen älter als 40 Jahre. (Vgl. IML, ZPA, IV 2/17/18.) Der DFD suchte vor allem im Rahmen seiner pädagogischen Propaganda auf die Mütter dahingehend einzuwirken, daß sie ihre Töchter für landwirtschaftliche Berufe interessierten. In gleicher Richtung wirkte der sozialistische Jugendverband. 1960 folgten 16 000 Jugendliche dem Ruf der FDJ, ihre Arbeitskraft landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zur Verfügung zu stellen. (Vgl. Lernen und Handeln, Nr. 10/1961, S. 9.)

Mit all ihren Aktivitäten auf politisch-ideologischem, ökonomischem und kulturel-  
lem Gebiet leistete die Frauenorganisation einen vielseitigen, spezifischen Bei-  
trag zur Festigung der neu herausgebildeten sozialistischen Produktionsverhält-  
nisse auf dem Lande und zur sozialistischen Entwicklung der Dörfer insgesamt.  
Die neuen sozialen Beziehungen, die sich im Ergebnis des Sieges der sozialisti-  
schen Produktionsverhältnisse und der Herausbildung der einheitlichen sozialisti-  
schen Klasse der Genossenschaftsbauern in den Dörfern entwickelten, schufen  
Bedingungen für die Arbeit der Frauenorganisation auf dem Lande, die sich  
grundlegend von denen der Vergangenheit unterschieden.

in Giorgio Benelli

## 1. Einleitung

### 2. Staatliche Wirtschaftstätigkeit und staatlicher Sektor in den Entwicklungsländern

### 3. Die theoretische Widerspiegelung

### 4. Der methodologische Ansatz

### 5. Ursachen der Entwicklung

### 6. Staatskapital als entwicklungs- Kapital in den Übergangsländern und in den Entwicklungsländern

### 7. Wirtschaftlicher Rückstand und Abhängigkeit

### 8. Haltung der Klassen zum staatskapitalistischen Sektor

## 2. Einleitung

Die Entwicklungsländer sind von außerordentlichem Interesse für sozialkonomen-  
tisch entwickelte Länder, die durch folgende allgemeine Hauptmerkmale charak-  
terisiert sind im Vergleich zu den imperialistischen und sozialistischen  
Entwicklungsländern: niedriges Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, das Nebenein-  
anderbestehen mehrerer Wirtschaftsformen in einem Land und einer dritten,  
die Erfordernisse der imperialistischen - heutzutage oder imperialistischen - Klas-  
sen angepaßten Reproduktionskapital.

Die Notwendigkeit, vorzuziehen auf eine ganz Anzahl von Merkmalen. Die  
entscheidende Differenzierung ist diejenige nach der politischen und ökonomischen  
Lage der Entwicklungslander gegenüber dem imperialistischen und dem sozi-  
alistischen Lager. Diese Differenzierung ist historisch, im Verlaufe der all-  
gemeinen Krise des Kapitalismus und insbesondere während ihrer dritten Phase,  
wachsen sie mit den Stufen der nationalen Befreiungsbewegung die großen  
politischen Auseinandersetzungen wie recht unterschiedliche neue soziale Ge-  
staltung.

Die Hauptursachen führen der Klassencharakter der Klassen und -  
oder eines längeren Zeitraums betrachtet - der dominierenden Wirtschaftskräfte  
in derselben Hinsicht, und zwar zunächst als die kapitalistisch orientierten  
sozialistischen Produktions- Entwicklungsformen, in der marxistischen Lit-

Die Wirtschaftstätigkeit des Staates und der staatliche Sektor der Wirtschaft in kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern

von Giorgio Benelli

1. Einleitung
2. Staatliche Wirtschaftstätigkeit und staatlicher Sektor in den Entwicklungsländern
3. Die theoretische Widerspiegelung
4. Der methodologische Ansatz
5. Ursachen der Entwicklung
6. Staatskapital als entwertetes Kapital in den imperialistischen und in den Entwicklungsländern
7. Wirtschaftlicher Rückstand und Abhängigkeit
8. Haltung der Klassen zum staatskapitalistischen Sektor

## 1. Einleitung

Die Entwicklungsländer sind eine äußerst inhomogene Gruppe von sozialökonomisch unterentwickelten Ländern, die durch folgende allgemeine Hauptmerkmale charakterisiert sind: einen im Vergleich zu den imperialistischen und sozialistischen Industrieländern niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, das Nebeneinanderbestehen mehrerer Wirtschaftsformen in einem Land und einen defekten, den Erfordernissen der imperialistischen - heutigen oder ehemaligen - Metropolen angepaßten Reproduktionsprozeß.

Ihre Heterogenität erstreckt sich auf eine ganze Anzahl von Merkmalen. Die wichtigste Differenzierung ist diejenige nach der politischen und ökonomischen Stellung der Entwicklungsländer gegenüber dem imperialistischen und dem sozialistischen Lager. Diese Differenzierung ist historisch, im Verlaufe der allgemeinen Krise des Kapitalismus und insbesondere während ihrer dritten Phase, gewachsen, als mit den Siegen der nationalen Befreiungsbewegung die großen Kolonialreiche auseinanderfielen und recht unterschiedliche neue staatliche Gebilde entstanden.

Als Gruppierungskriterien führen der Klassencharakter der Staatsmacht und - über einen längeren Zeitraum betrachtet - der dominierende Wirtschaftssektor zu derselben Einteilung, und zwar zunächst zwischen kapitalistisch orientierten und sozialistisch orientierten Entwicklungsländern. In der marxistischen Lite-

ratur werden als kapitalistisch orientiert all die Entwicklungsländer bezeichnet, die noch vollständig oder nahezu vollständig in der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung mit untergeordneter Stellung einbezogen sind und die sich entsprechend den ihnen in diesem Rahmen gebotenen Möglichkeiten ökonomisch entwickeln. Dieser Begriff erfaßt daher eine breite Palette von Ländern, die durch die unterschiedlichsten dominierenden Produktionsverhältnisse, von den ersten Ansätzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zum auf Auslandskapital gestützten Feudalismus, charakterisiert sind.

Bei allen Entwicklungsländern, die einen kapitalistischen Entwicklungsweg beschreiten, ist der im wesentlichen kapitalistische Charakter der Staatsmacht mit dem allgemein verbreiteten Einwirken des Staates auf die Wirtschaftstätigkeit für die Konsolidierung, Ausbreitung und Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse verbunden. Die kapitalistische Entwicklung dieser Länder steht in unmittelbarem, wesentlichem Zusammenhang mit besonders ausgeprägten Erscheinungen des Staatskapitalismus.

Die hauptsächlichsten Formen der staatskapitalistischen Wirtschaftstätigkeit sind: allgemeine Reglementierung, Programmierung, Staatshaushalt, Staatsschuld, Kreditpolitik und direkte Unternehmertätigkeit. Einige dieser Formen, wie zum Beispiel das Steuerwesen als Mittel zur Umverteilung unter und innerhalb der Klassen und zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben sowie die Staatsschuld, sind ständige Begleiterscheinungen des Kapitalismus. Andere Formen, wie Zollsystem, Teilfinanzierung der Produktion und direkte Unternehmertätigkeit, ändern ihr Gewicht im Verlaufe der kapitalistischen Entwicklung. Weitere Formen, wie zum Beispiel die Programmierung, entstehen nur am Ende des Kapitalismus, als Gesamtsystem betrachtet, infolge der Konfrontation mit der neuen überlegenen sozialistischen Gesellschaftsordnung.

## 2. Staatliche Wirtschaftstätigkeit und staatlicher Sektor in den Entwicklungsländern

Die wachsende Tendenz der staatlichen Wirtschaftstätigkeit in den Entwicklungsländern ist eine unbestreitbare und unbestrittene Tatsache. Der sowjetische Ökonom M. S. Dragilew hat hinsichtlich der ökonomischen Rolle des Staates folgende Überlegungen angestellt.

Dem Stand der ökonomischen Entwicklung und der sozialökonomischen Struktur nach erinnern die heutigen Entwicklungsländer mit kapitalistischer Orientierung an frühere Etappen der Entwicklung der imperialistischen Länder. Nach dem Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates können sie in eine Reihe mit vielen industriell entwickelten Ländern gestellt werden. Nach den Möglichkeiten des Staates, auf die Wirtschaft einzuwirken, befinden sie sich meistens irgendwo vor einigen industriell entwickelten Ländern. Dabei ist zu bemerken, daß die Länder des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges - deren Entstehung selbst ein Zeugnis für wachsende staatliche Wirtschaftstätigkeit ablegt - aus diesem Vergleich ausgeschlossen sind. Dragilew weist der Tatsache, daß diese Wirtschaftstätigkeit im Rahmen des Kapitalismus zunimmt, eine grundlegende Bedeutung zu.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Dragilew, M. S., Die Eigentümlichkeit der ökonomischen Rolle des Staates,

Leider stößt dieser Prozeß in der kapitalistischen Welt nicht auf die Bereitschaft, staatskapitalistische Vorgänge genauer zu erfassen. Die meisten statistischen Ämter begnügen sich damit, unvollständige statistische Erhebungen in diesem Zusammenhang zu betreiben. Die verschiedenen Bestandteile der Wirtschaftspolitik erfahren unterschiedliche Behandlungen: Während für die Währungspolitik lückenlose und für die Haushaltspolitik gute Statistiken geführt werden, bleibt die unternehmerische Betätigung des Staates am Rande des wissenschaftlich Unbekannten. Hier sei nur das Beispiel Brasiliens angeführt, eines Landes, das unter den Entwicklungsländern einen der besten statistischen Apparate besitzt: "Wie viele staatliche Unternehmen existieren heute in Brasilien? Es scheint, daß niemand die exakte Zahl kennt. Wenn jemand sie kennt, dann sagt er es nicht. Nach erfolglosen Rückfragen bei den verschiedensten offiziellen Organen führte 'Visão' eine eigene Untersuchung durch. Sie zählte 520 Unternehmen des Bundes und der Staaten und schätzte auf 269 die der Gemeinden. Die tatsächliche Anzahl der Staatsunternehmen kann jedoch viel größer als 789 sein. Die Unkenntnis ist allgemein."<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt, Getulio-Vargas-Stiftung, Justizministerium, Planungssekretariat bei der Präsidentschaft der Republik, Industrieministerium und Bundesrechnungshof gaben auf die Anfrage von "Visão" unterschiedliche Antworten.

In einer Studie der Economic Commission for Latin America der UNO über öffentliche Unternehmen wird das mangelhafte statistische Interesse für den staatskapitalistischen Sektor treffend begründet: "Das kann durchaus sein, weil sie (die öffentlichen Unternehmen - G. B.) in der Regel als das Rückgrat der Infrastruktur oder als Lieferanten, als Stützen für die Produktion anderer Unternehmen angesehen werden; die Fälle, wo sie tatsächlich Profite erzeugen, werden als Ausnahmen oder Anomalien angesehen."<sup>3</sup>

Dieser Trend ist keine lateinamerikanische Angelegenheit. Aus asiatischen Entwicklungsländern liegen ebenfalls Angaben vor, die den wachsenden Anteil staatlicher Investitionen an den Gesamtinvestitionen über zwei bis drei Jahrzehnte erkennen lassen. Beispielsweise wiesen die Plandaten in Indien für die erste Hälfte der fünfziger Jahre 46 Prozent staatlicher Investitionen aus, die auf über 60 Prozent in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre anwuchsen. Auch in Pakistan ist eine wachsende Tendenz erkennbar.

Zum relativen Gewicht des staatlichen Sektors in der jeweiligen nationalen Wirtschaft ist zu bemerken, daß seine Größe die tatsächliche Macht des staatlichen Sektors nicht widerspiegeln kann. Der staatliche Sektor wächst im Meer der landwirtschaftlichen und handwerklichen Unterentwicklung. Der Anteil des Umsatzes am Gesamtprodukt besagt wenig. Aufschlußreicher ist es zu wissen, daß in Indien praktisch die gesamte Basisindustrie und wesentliche Teile des Maschinenbaus in staatlichen Händen liegen. Im Jahre 1969 entfielen in Argentinien 43

in: Die ökonomische Rolle des Staates in den Entwicklungsländern. Thesen für eine internationale wissenschaftliche Konferenz, Moskauer Staatliche Universität, Ökonomische Fakultät 1971 (Arbeitsübersetzung der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin).

<sup>2</sup> Visão, Sao Paulo, 26. 5. 1975, S. 59 f.

<sup>3</sup> Public Enterprises: their present significance and their potential in development, in: Economic Bulletin for Latin America, hg. v. Economic Commission for Latin America, New York 1971, Nr. 1/1971, S. 1.

Prozent des Umsatzes der 30 größten Industrieunternehmen auf die öffentlichen Unternehmen, während 42 Prozent von ausländischen Gesellschaften und 15 Prozent von einheimischen Privatunternehmen verbucht wurden. In Brasilien gehörten 65 Prozent des "liquiden Nettowertes" der 30 größten Aktiengesellschaften den öffentlichen Unternehmen, 28 Prozent den ausländischen Gesellschaften und 7 Prozent den einheimischen Privatunternehmen.<sup>4</sup>

### 3. Die theoretische Widerspiegelung

Die große und wachsende Bedeutung der Wirtschaftstätigkeit des Staates in den Entwicklungsländern zog und zieht die Aufmerksamkeit vieler marxistischer Ökonomen auf sich, die durch ihre Studien entscheidende Beiträge zur wissenschaftlichen Durchdringung dieser Problematik geliefert haben.<sup>5</sup> Dasselbe kann man nicht von den bürgerlichen Autoren behaupten, obwohl einzelne Aspekte des Staatskapitalismus, wie Währungs- und Steuerpolitik, von ihnen recht ausführlich behandelt werden. Etwa seit Ende der sechziger Jahre beschäftigen sich dagegen die marxistischen Autoren zunehmend mit dem staatlichen Sektor der Wirtschaft. Dieser wird von den bürgerlichen Autoren keineswegs totgeschwiegen, aber vernachlässigt, nebenbei behandelt. Bemerkenswert ist es, daß in fast keiner Monographie über ein Entwicklungsland eine, wenn auch oberflächliche, Behandlung des staatlichen Sektors fehlt.

Die Bedeutung der staatlichen Wirtschaftstätigkeit und des staatlichen Sektors in den kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern ist auch von den bürgerlichen Autoren recht gut verstanden worden. In einem Sammelband über Investitions- und Industrialisierungsprobleme in Entwicklungsländern machte H. -G. Voigt folgenden Vorschlag hinsichtlich der Typologisierung der Entwicklungsländer: "Ferner soll ... die Unterscheidung von marktautonomer und staatsinduzierter Wirtschaftsentwicklung ausgewechselt werden, und zwar gegen die Unterscheidung von revolutionärer und evolutionärer Wachstumsstrategie."<sup>6</sup> Damit will der Autor der Tatsache Rechnung tragen, daß in keinem kapitalistischen Land die ökonomische Entwicklung unbeeinflusst von staatlichen Entscheidungen vor sich geht, daß umgekehrt die wesentlichen Wachstumsimpulse nicht vom Markt ausgelöst werden. Dieser Vorschlag ist für die Bewertung der staatlichen Wirtschaftstätigkeit in Entwicklungsländern auf dem kapitalistischen Weg jedoch unbrauchbar, weil hier gerade die Wahl zwischen Staats-, Privat- und Auslandskapital als Haupttriebkraft des wirtschaftlichen Wachstums kennzeichnend ist. Dieser Satz zeigt immerhin, wie weit zurück die Zeit liegt, in der Ludwig Erhard die westdeutsche "Marktwirtschaft" als Modell für die indische Wirtschaft vorschlagen konnte. Nicht einmal in der bürgerlichen Wirtschaftstheorie geht es mehr um Marktwirtschaft oder Planung. Es geht aber - bei allgemein als selbstverständlich hingenommener staatlicher Wirtschaftstätigkeit - um Prioritäten, um die Rolle des Staates in der wirtschaftlichen Entwicklung.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 6.

<sup>5</sup> Darunter siehe z. B.: Tjulpanow, S. I., Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern, Berlin 1972, Kap. 6, 7, 9, 10; Problemy industrializacii razvivajuščiesja stran, Moskau 1971, Kap. 3; Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern, Bd. 2, Berlin 1970, Kap. 2.

<sup>6</sup> Voigt, Hans-Gerhard, Die Rolle der Stahlindustrie im Industrialisierungsprozeß der Entwicklungsländer, in: Investitions- und Industrialisierungsprobleme in Entwicklungsländern, Berlin (West) 1971, S. 57.

In Einklang mit der allgemeinen Tendenz, die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft der Realität besser anzupassen und die Wirtschaftstätigkeit des Staates endlich anzuerkennen, bemüht sich auch die bürgerliche Entwicklungsländerforschung, mit einigen marktwirtschaftlichen Dogmen aufzuräumen. So zum Beispiel Voigt: "Die Wachstumshemmnisse der Entwicklungsländer haben ja gerade die Eigenschaft, daß sie marktwirtschaftlich nicht überwunden werden können, daß die Alternative des marktautonom und staatsinduzierten Wirtschaftswachstums für die meisten Entwicklungsländer überhaupt nicht aktuell ist,"<sup>7</sup>

Die Ursachen dieser großen und wachsenden Bedeutung der staatlichen Wirtschaftstätigkeit in den kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern sind schon an sich vielfältig. Außerdem bestehen Wechselwirkungen zwischen binnen- und außenwirtschaftlichen sowie politischen Ursachen. Ihre Widerspiegelung in den verschiedenen Theorien bildet ein wahres Kaleidoskop.

Dem sowjetischen Ökonomen S. I. Tjulpanow gebührt das Verdienst, entscheidende Beiträge zur Theorie des Staatssektors in den Entwicklungsländern geleistet zu haben. Bezüglich der ökonomischen Funktion des Staates ist er der Überzeugung, daß sie "in den Entwicklungsländern vor allem durch deren innere Bedingungen bestimmt"<sup>8</sup> wird, die den Staat zwingen, seine Wirtschaftstätigkeit im Rahmen von Landreformen und Nationalisierungen für die Überwindung der Überreste des Kolonialismus zu erweitern. Die inneren sind eng mit den äußeren Bedingungen verknüpft. Dadurch werden die ökonomischen Funktionen des Staates verstärkt, denn das ohnehin schwierige Problem des Platzes in der internationalen imperialistischen Arbeitsteilung wird durch die Tatsache verschärft, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus die Macht des imperialistischen Staates auch bei der Gestaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen mit den Entwicklungsländern einsetzt.

Weiter zwingen die sozialökonomischen und kulturpolitischen Aufgaben, vor denen die an die Macht gelangten Klassen und sozialen Gruppen stehen, die ökonomische Funktion des Staates in bezug auf Umfang und Intensität dem Stand der imperialistischen Länder anzunähern. "Trotz der Schwäche ihrer ökonomischen Basis und des relativ niedrigen Grades der Vergesellschaftung des Eigentums muß sich der Staat also an der erweiterten Reproduktion der nationalen Industrie beteiligen,"<sup>9</sup>

Schließlich führt Tjulpanow die Ausweitung und Vertiefung der ökonomischen Funktionen des Staates auf den Entwicklungsstand der Produktivkräfte in der Welt und auf die wissenschaftlich-technische Revolution zurück. "Wenn es sogar für die größten imperialistischen Staaten notwendig ist, Anstrengungen, Mittel, Spezialisten und Wissenschaftler zu konzentrieren, um die Produktion auf modernster technischer Basis zu organisieren, so würde für die jungen Staaten, mit ihren bescheidenen Ressourcen, eine Zersplitterung der Mittel die ohnehin beschränkten Möglichkeiten einer technischen Modernisierung einzelner Produktionszweige erheblich verringern, die die wirtschaftliche Tätigkeit dieser Staaten bietet ... Deshalb würde es eine Kapitulation vor dem ausländischen staatsmonopolistischen Kapital bedeuten, wenn der junge Nationalstaat seine wirtschaftliche

7 Ebenda, S. 57.

8 Tjulpanow, S. I., a. a. O., S. 198.

9 Ebenda, S. 200.



Tätigkeit auf die klassischen Formen früherer ökonomischer Entwicklungsperioden der Gesellschaft beschränken würde, beispielsweise auf Maßnahmen, die der Staat in der Periode der freien Konkurrenz ausgeübt hat."<sup>10</sup>

V. M. Kollontaj beschreitet einen ähnlichen Weg. Er bemerkt, daß die Notwendigkeit der Ausweitung der ökonomischen Funktionen des Staates in den Entwicklungsländern nicht durch das hohe Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte oder den dort erreichten Grad der Produktion bestimmt wird, wie das in den imperialistischen Ländern der Fall sei. Die Ursachen der staatlichen Wirtschaftstätigkeit müssen woanders gesucht werden. "Die Erweiterung der ökonomischen Funktionen des Staates und die volkswirtschaftliche Planung sind in den Entwicklungsländern in erster Linie für die Lösung solcher Aufgaben erforderlich, die im Verlauf der Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit, im Verlauf der allmählichen Einführung moderner Produktionsmethoden und der Fixierung neuer Produktionsverhältnisse in der ökonomisch rückständigen Gesellschaft sowie im Verlauf der Erringung der ökonomischen Unabhängigkeit durch die ehemaligen Kolonien und Halbkolonien entstehen. In erster Linie ist das ein Kampf gegen den verderblichen Einfluß des kapitalistischen Weltmarktes und für die Erringung einer gleichberechtigten Position in der internationalen Arbeitsteilung. Letzten Endes kann diese Aufgabe ... nur auf der Grundlage einer tiefgreifenden Umwandlung der gesamten sozialökonomischen Struktur gelöst werden."<sup>11</sup>

Kollontaj führt dann eine Reihe von Aufgaben auf, die vor den Entwicklungsländern stehen, deren Lösung tatsächlich die Möglichkeit einer eigenständigen ökonomischen Entwicklung eröffnen würde.

Zunächst ist zu bemerken, daß sowohl Tjulpanow als auch Kollontaj ihre Überlegungen auf alle Entwicklungsländer beziehen. Dieses Herangehen führt aber nicht zur Untersuchung der objektiven Triebkräfte, die dem Aufbau des Staatssektors bei einer kapitalistischen Entwicklung zugrunde liegen. Beide Autoren gehen von der Frage aus: Was könnte ein - einsichtiger - Nationalstaat tun, um aus der sozialökonomischen Unterentwicklung auszubrechen?

Diese Betrachtungsweise - zu verändernde Erscheinung, staatliche Tätigkeit, deren gewünschter Effekt - mag für sozialistisch orientierte Entwicklungsländer die geeignete sein. In den kapitalistisch orientierten Ländern wird aber - abgesehen von Indien, wo die staatskapitalistischen Maßnahmen als sozialistisch erklärt werden - die Treue zum Privateigentum selbst bei der Gründung von Staatsunternehmen unablässig beteuert. Die Aufgaben des Staates - und nur insoweit sie als solche vom Staat angesehen werden - können daher nur eine Widerspiegelung der tatsächlichen Ursachen der staatskapitalistischen Wirtschaftstätigkeit sein.

Beide Autoren unterstreichen die Tatsache, daß die Entwicklungsländer im Gegensatz zu den imperialistischen Ländern den Staatssektor auf einem niedrigen Stand der Produktivkräfte entwickeln. Es ist aber ein Scheinunterschied. In beiden Ländergruppen wird der Staatssektor nicht wegen des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte, sondern wegen des Widerspruchs zwischen dem Stand der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und dem Stand der neu zu verwendenden Produktivkräfte ausgebaut. Außerdem ist die Unternehmertätigkeit des Staates -

<sup>10</sup> Ebenda, S. 201.

<sup>11</sup> Kollontaj, V. M., Gosudarstvennaja politika i promyšlennoe razvitie, in: Problemy industrializacii razvivajuščiesja stran, a. a. O.

historisch gesehen - eine allgemeine Begleiterscheinung kapitalistischer Entwicklung.

Beide Autoren stellen in den Mittelpunkt den Antagonismus zwischen staatlichem Sektor als Mittel zur ökonomischen Eigenständigkeit einerseits und Neokolonialismus in Form von Überbleibseln des Kolonialismus, ausländischem Kapital sowie imperialistischer Wirtschaftspolitik gegenüber den Entwicklungsländern andererseits. Und in der Tat geht die selbständige kapitalistische Entwicklung mit dem Ausbau des staatskapitalistischen Sektors einher. Bei der Betrachtung des staatlichen Sektors aller kapitalistisch orientierten Entwicklungsländer kann man eine deutliche Übereinstimmung zwischen dem Grad der Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse oder - im Überbau - dem Grad der nationalen Bewußtheit der Bourgeoisie mit dem Entwicklungsniveau und der Struktur des staatskapitalistischen Sektors feststellen. Trotz aller spezifischen Züge ist es möglich, eine annähernde Rangfolge der Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors aufzustellen lediglich anhand des Merkmals "Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse" und umgekehrt anhand des Merkmals "Abhängigkeit vom Imperialismus". Die Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors ist der Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse direkt proportional, während sie dem Grad der Verstrickung in imperialistischen Abhängigkeitsverhältnissen umgekehrt proportional ist. Die Rangfolge lautet demnach: Indien, Mexiko, Argentinien, Brasilien, ... Venezuela, ... Nigeria, ... Sambia, ... Elfenbeinküste ... Gleichzeitig muß man feststellen, daß der staatskapitalistische Sektor nicht immer, überall und ausschließlich den Interessen der einheimischen Bourgeoisie dient. Oft nimmt auch das Auslandskapital seine Dienste in Anspruch. Manchmal dient der staatskapitalistische Sektor hauptsächlich dem Auslandskapital. So kann der zumindest in letzter Instanz antiimperialistische Charakter des staatskapitalistischen Sektors nicht alle wesentlichen Ursachen seiner Entwicklung umfassen.

Kollontaj - wie auch andere - führt die staatskapitalistische Wirtschaftstätigkeit auf die Notwendigkeit der ökonomischen Entwicklung zur Überwindung der Rückständigkeit zurück. Es handelt sich um einen voluntaristischen Ansatz, der davon ausgeht, daß in den Entwicklungsländern ein entwickeltes Wachstumsbewußtsein existiert, wofür Aufgaben und Lösungswege gezeigt werden sollen.

Eine weitere innere Bedingung der staatskapitalistischen Wirtschaftstätigkeit ist die Herausbildung von eigenständigen ökonomischen Interessen der einheimischen Bourgeoisie. Sie sind der eigentliche Vermittler der staatlichen Einsicht in die Notwendigkeit der staatskapitalistischen Wirtschaftstätigkeit.

Viele marxistische Ökonomen führen dagegen die Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors - und im allgemeinen des staatlichen Sektors in den Entwicklungsländern - auf den Umstand zurück, daß die dortige einheimische Bourgeoisie schwach ist, so daß die Privatinitiative nicht in der Lage ist, den an die Wirtschaftsentwicklung gestellten Anforderungen zu genügen.

So zum Beispiel T.Szentes: "Beziehung und Verhältnis der spontanen Konkurrenzkräfte (Marktkonkurrenz in der Wirtschaft, die Konkurrenz der politischen Parteien und Organisationen in der Politik) zu der direkten ökonomischen Rolle des Staates, das heißt zur wirtschaftlichen und politischen Zentralisation, hängen meistens davon ab, ob die spontanen Konkurrenzkräfte des Systems in die erforderliche Richtung und mit der notwendigen Intensität handeln."<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Szentes, Tamas, Economic Policy and Implementation Problems in Tanzania, Budapest 1970, S. 3.

Diese Meinung wird auch von A. A. Iskenderow vertreten. "Eine der wichtigsten Besonderheiten besteht darin, daß sich fast überall die staatliche Form der Entwicklung des nationalen Kapitals erweiterte und festigte. Das hat seine Ursache in der wirtschaftlichen Schwäche der an die Macht gekommenen nationalen Bourgeoisie und in den auf das äußerste begrenzten Möglichkeiten der Akkumulation."<sup>13</sup> Oder in einem anderen Zusammenhang: "Dies um so mehr, als die Einmischung des Staates in die Wirtschaft häufig hervorgerufen wurde durch die Schwäche des nationalen Kapitals und nicht durch das Bestreben der Regierung, die Entwicklung des Landes auf den nichtkapitalistischen Weg zu führen."<sup>14</sup>

Diese und ähnliche Feststellungen sind zweifellos richtig. Sie erklären aber nicht die Ursachen der staatlichen Wirtschaftstätigkeit. Die einheimische Bourgeoisie ist zu schwach und kann manche Aufgaben nicht lösen. Woher kommen dann diese Aufgaben? Läßt sich die herrschende Klasse Aufgaben auftragen, die sie nicht lösen kann?

I. Sachs sieht sowohl subjektive als auch objektive Faktoren als Ursachen der staatlichen Wirtschaftstätigkeit an. In bezug auf den staatlichen Sektor versucht er, die Gründe für die allgemein akzeptierte Notwendigkeit seiner Ausweitung - zumindest in der Infrastruktur und während der sogenannten "take off"-Periode - trotz der unterschiedlichen Ziele und der unterschiedlichen ideologischen Begründung festzustellen. Er kommt zu dem Schluß: "Diese breite Uniformität der Ansichten entsteht aus politischen, sozialen und ökonomischen Zwängen, die ... hier zusammengefaßt werden:

1. die dringende Notwendigkeit den big push zu vollbringen unter Bedingungen schweren Mangels an sozialen Infrastrukturen und unzureichender privater Kapitalakkumulation, die außerdem vom gesellschaftlichen Standpunkt oft mißbraucht wird;
2. der allgemeine Trend der technischen und ökonomischen Fortschritte, die zu einer höheren gesellschaftlichen Konzentration der Produktion zwingen;
3. die politische Notwendigkeit, das ökonomische Wachstum gleichzeitig mit bestimmten sozialen Reformen zu erreichen."<sup>15</sup>

Beim ersten Punkt sieht der Staat die Notwendigkeit einer ökonomischen Entwicklung ein, welche die einheimische Bourgeoisie nicht sichern kann. So will - und gleichzeitig muß - der Staat seine Wirtschaftstätigkeit erweitern. Auch der dritte Punkt verrät einen etwas voluntaristischen Ansatz: Es ist fraglich, ob die Bestrebung des Staates nach sozialen Reformen Allgemeingültigkeit besitzt. Der zweite Punkt legt die zweite Seite dar, des tatsächlich existierenden und als Ursache der Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors fungierenden Widerspruchs zwischen a) in- und ausländischen Profitinteressen, welche mit Dringlichkeit den Ausbau der Infrastruktur und einiger Grundlagenindustrien verlangen, und b) dem technisch-organisatorischen Fortschritt, der die Arbeitsproduktivität zusammen mit der organischen Zusammensetzung des Kapitals steigen läßt, so daß der Ausbau kaum im Rahmen privatkapitalistischer Produktionsverhältnisse erfolgen kann.

<sup>13</sup> Iskenderow, A. A., Die nationale Befreiungsbewegung, Berlin 1972, S. 205.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 266.

<sup>15</sup> Sachs, Ignacy, Patterns of public sector in underdeveloped economies, Bombay 1964, S. 87.

#### 4. Der methodologische Ansatz

Als methodologische Anleitung kann eine Feststellung Dragilews in seinem oben genannten Beitrag "Die Eigentümlichkeit der ökonomischen Rolle des Staates" dienen. "Die Frage nach der ökonomischen Rolle des Staates in den Ländern mit sozialistischer Orientierung wird immer häufiger im Vergleich mit den Gesetzmäßigkeiten für den Aufbau des Sozialismus analysiert. Für die Länder mit kapitalistischer Orientierung muß diese Frage in vollem Maße im Vergleich mit der ökonomischen Rolle des Staates im Kapitalismus untersucht werden."<sup>16</sup>

Eine solche These und eine solche Wahl sind unter den marxistischen Ökonomen sicherlich nicht unbestritten. Damit sind zumindest all diejenigen nicht einverstanden, die sich in der Bestrebung, die eigenständigen Eigenschaften der Entwicklungsländer als mit den beiden Weltssystemen verbundene, aber doch unterschiedliche Staatengruppe hervorzuheben, zu Verallgemeinerungen mehr oder weniger vermeintlicher Gemeinsamkeiten berechtigt fühlen. Eine dazu gegensätzliche Position nimmt Tjulpanow ein. Er schreibt: "Das erste und meines Erachtens wesentlichste Merkmal, durch das sich sämtliche Entwicklungsländer auszeichnen, ist ihre Stellung in der Weltwirtschaft und Weltpolitik."<sup>17</sup>

Trotz dieser eigenen Stellung sind für Tjulpanow "Die Entwicklungsländer ... jedoch Bestandteil der kapitalistischen Weltwirtschaft geblieben. Deshalb vertieft sich auch die Tendenz ihrer ökonomischen und politischen Abhängigkeit vom Kapitalismus."<sup>18</sup> Tjulpanow macht aber Ausnahmen: "In einer bestimmten Etappe können einzelne Entwicklungsländer, die an der internationalen Arbeitsteilung beteiligt sind, eine Art Zwischenstellung zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System beziehen und einen besonderen Sektor der Weltwirtschaft bilden, der noch nicht sozialistisch, aber auch nicht mehr kapitalistisch ist."<sup>19</sup> Damit sind wohl die Länder des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges gemeint. Die anderen Entwicklungsländer, "die Mehrheit der vor kurzem noch kolonialen und abhängigen Länder bleiben mit dem kapitalistischen Weltssystem engstens verknüpft, obwohl sie nicht zum System der imperialistischen Staaten gehören."<sup>20</sup>

Diese Feststellung steht jedoch im Widerspruch zu den übrigen Ausführungen Tjulpanows. Sie findet auch in den realen Verhältnissen keine Bestätigung. Das System des Imperialismus muß nämlich - ohne sich notwendigerweise glasklar in ausbeutende und ausgebeutete Staaten zu teilen - auch Staaten erfassen, die als ausgebeutete bis vorwiegend ausgebeutete definiert werden können. Ohne die Einbeziehung solcher Länder sind zwei der Leninschen Kriterien des Imperialismusbegriffes hinfällig, und es gibt keinen Imperialismus mehr. Die Zugehörigkeit der meisten kapitalistisch orientierten Entwicklungsländer zum imperialistischen Weltssystem ist eine objektive Realität in ökonomischer, politischer, militärischer und kultureller Hinsicht. Selbstverständlich ist ihre Stellung innerhalb des

16 Dragilew, M.S., a. a. O. (Hervorhebungen - G. B.).

17 Tjulpanow, S. I., a. a. O., S. 22.

18 Ebenda, S. 24.

19 Ebenda.

20 Ebenda, S. 23.

imperialistischen Weltsystems eine besondere, eben weil eine nichtgleichberechtigte, untergeordnete Stellung.

Es gibt noch einen wesentlichen Grund, um den Weg des Vergleichs mit den staatsmonopolistischen Ländern zu wählen. In den letzten Jahren sind mehrere Arbeiten marxistischer Autoren über den staatsmonopolistischen Kapitalismus erschienen, die viele politökonomische Ansatzpunkte für die Untersuchung des staatlichen Sektors in den Entwicklungsländern liefern.<sup>21</sup> Ihr Studium erleichtert den Weg zum Wesen des staatskapitalistischen Sektors, weil es Arbeitshypothesen liefert, die aus der Untersuchung der vielfältigen Erscheinungsformen des Staatssektors der kapitalistisch orientierten Entwicklungsländer allein kaum zu gewinnen sind.

Die Mehrheit dieser Länder hat erst infolge des Zusammenbruchs der großen Imperien die politische Unabhängigkeit erreicht. Die darauffolgende Welle der Verstaatlichung ausländischer Unternehmen polarisiert die Aufmerksamkeit der Wissenschaftler und verleitet sie zu unzulässigen Verabsolutierungen hinsichtlich der politischen Ursachen, des antiimperialistischen Charakters und des Stellenwertes der Verstaatlichungen bei der Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors. Dieser kann aber nicht auf ideologischer und politischer Ebene erklärt werden. Ebenfalls unzulänglich sind die Versuche, aus Darstellungen ökonomischer Gegebenheiten Schlüsse zu ziehen. Nur auf der Grundlage einer politökonomischen Untersuchung, die bis zu seinem Wesen durchdringt, ist es möglich, die verschiedenen Einflußfaktoren zu gewichten.

Es ist daher notwendig, zunächst die für das ganze kapitalistische Weltsystem charakteristischen allgemeinen Züge des staatlichen Sektors festzustellen. Zu diesem Zweck wird hier zuerst von den außenwirtschaftlichen und von den politischen Gründen der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates abstrahiert. Die kapitalistisch orientierten Entwicklungsländer werden zunächst als geschlossene Wirtschaften angesehen, um zu überprüfen, ob die auf höchstem Abstraktionsniveau gewonnenen Erkenntnisse über den staatlichen Sektor im staatsmonopolistischen Kapitalismus auch für die bzw. für einige dieser Entwicklungsländer gelten. Daraufhin ist es möglich, die Überprüfung auf die außenwirtschaftlichen Aspekte und endlich auf die politischen Gründe auszudehnen.

## 5. Ursachen der Entwicklung

Die Gründe für die Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors sind sehr vielfältig und reichen von der Ökonomie über die Politik bis zur Geschichte und Religion. Sie können allgemeiner, aber auch spezifischer traditionsgebundener Natur sein. Außerdem wirken sie meistens in enger Wechselwirkung zusammen, so daß es kaum möglich ist, die Entstehung eines staatlichen Betriebes oder die Verstaatlichung eines Betriebes in einem Lande einer bestimmten Ursache zuzuordnen. Im allgemeinen existieren dafür verschiedene innen- und/oder außenwirtschaftliche Gründe, deren Durchsetzung in landesspezifischer Weise erfolgt. Sie

<sup>21</sup> Boccaro, Paul, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, die Akkumulation des Kapitals und die öffentliche Finanzierung der Produktion, in: Sozialistische Politik, Berlin (West), Nr. 11/1971; Le capitalisme monopoliste d'etat, Paris 1971; Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin 1972.

kommen zur Geltung durch eine politische Entscheidung, wie auf der Grundlage spezifischer politischer Machtverhältnisse und unter dem Druck bestimmter politischer Erfordernisse getroffen wird.

Die allgemeinste Ursache für die Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors ist - wie in den imperialistischen Ländern - die tendenzielle Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals bewirkt bekanntlich einen tendenziellen Fall der Profitrate, soweit der realisierte Mehrwert nicht gleichzeitig steigt. Die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals betrifft - gewiß mit einigen zeitlichen Unterschieden - die ganze kapitalistische Welt. Sobald in einem Entwicklungsland die Notwendigkeit vorliegt, eine bestimmte Produktion durchzuführen, wirkt eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals in dem betreffenden Zweig der imperialistischen Länder auch auf das ökonomische Resultat der bestimmten Produktion des Entwicklungslandes ein. Sozusagen wirkt sie auch auf die "Ungeborenen". Wenn ein Entwicklungsland entscheidet, einen bestimmten Zweig auszubauen, findet es eine in dieser Branche vorherrschende bzw. bestimmende fremde organische Zusammensetzung des Kapitals vor, die ein wesentliches Kriterium für die Konkurrenzfähigkeit der neuen Anlagen darstellt. Damit entsteht das Problem, eine fremde hohe organische Zusammensetzung des Kapitals einem ökonomischen Milieu mit niedriger durchschnittlicher Zusammensetzung anzupassen, was kaum ohne staatliche Hilfe zu realisieren ist. Als Steigerungsfaktor für die Unternehmertätigkeit des Staates wirken maßgebend auch außenwirtschaftliche Erfordernisse mit. Der staatskapitalistische Sektor beeinflusst dabei sowohl direkt als auch indirekt die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft des Landes gegenüber dem Ausland. Durch billige Transport- und Energieleistungen trägt er zum Beispiel zur Reduzierung der Selbstkosten der Exportwaren bei, während er durch seinen Verzicht auf Profit im staatskapitalistischen Sektor das allgemeine Preisniveau im Inland niedrig halten kann, was einer staatlichen Regelung der Anpassung des nationalen an den internationalen Wert entspricht. Die Notwendigkeit dieser außenwirtschaftlichen Funktion des staatskapitalistischen Sektors hängt von der Stellung des jeweiligen Landes in der imperialistischen Arbeitsteilung ab. Sie nimmt mit dem Grad der Rückständigkeit zu und mit dem Grad der ökonomischen Abhängigkeit ab. Während die erste das Bedürfnis der Wirtschaft nach staatlichem Schutz und staatlicher Unterstützung verstärkt, liefert die zweite kaum Gründe für die staatliche außenwirtschaftliche Wirksamkeit, weil die wesentlichen wirtschaftlichen Tätigkeiten in ausländischen Händen liegen und der internationalen Konkurrenz weitgehend gewachsen sind.

Als hauptsächlich politische Gründe der staatlichen Unternehmertätigkeit gelten:

1. Die Organisiertheit und der Bewußtseinsgrad der Werktätigen, die sich in einem sozialen Druck darstellen, für dessen Begrenzung der Staat die Industrialisierung forciert, Arbeitsplätze im produktiven und im nichtproduktiven Bereich schafft sowie mäßige Tarife und Preise für einige lebensnotwendige Waren durchsetzt.
2. Der gemeinsame antiimperialistische Kampf der Werktätigen zusammen mit den nationalgesinnten Teilen der Bourgeoisie, der sich insbesondere in der Verstaatlichung ausländischer Unternehmen ausdrückt.
3. Militärpolitische Erfordernisse, die es verbieten, Rüstungsbetriebe in den Händen ausländischer Monopole oder ihnen höriger einheimischer Kapitalisten zu lassen.

Mit all dem vorhergehenden durchsetzt, existieren auch ideologische und religiöse Gründe für den Ausbau des staatskapitalistischen Sektors. Erwähnenswert sind

der allgemeine Anspruch der Massen auf ein menschenwürdigeres Leben, die Beispielwirkung der ökonomischen und sozialen Entwicklung in den sozialistischen Ländern, das unter der Intelligenz herrschende Entwicklungsbewußtsein sowie die weitverbreitete Ablehnung des Kapitalismus als Erzeuger von Abhängigkeit und Sklaverei.

## 6. Staatskapital als entwertetes Kapital in den imperialistischen und in den Entwicklungsländern

Im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus nimmt die staatliche Finanzierung der Produktion in Form von zinsbegünstigten Krediten, Zuschüssen und direkter Unternehmertätigkeit eine zentrale Stellung ein. Sie erscheint als direkte oder indirekte staatliche Kapitalakkumulation. Im wesentlichen ist sie jedoch eine staatlich gelenkte Entwertung eines Teils des Gesamtkapitals, die aus dem tendenziellen Fall der Profitrate herrührt.

Marx hat gezeigt, daß die Profitrate, die treibende Macht der kapitalistischen Produktion, gesetzmäßig einem tendenziellen Fall unterworfen ist, weil das individuelle Bestreben nach maximalem Profit durch ein relativ schnelleres Wachstum des konstanten gegenüber dem variablen Kapital realisiert wird.

Als entgegenwirkende Faktoren, die den tendenziellen Fall der Profitrate einerseits aufhalten und andererseits beschleunigen, führt Marx auf: die Erhöhung des Exploitationsgrades der Arbeit, das Herunterdrücken des Arbeitslohnes unter seinen Wert, die Verwohlfelerung der Elemente des konstanten Kapitals, die relative Überbevölkerung, den auswärtigen Handel und die Zunahme des Aktienkapitals. Als weitere Faktoren kann man heute die wissenschaftlich-technische Revolution, den Kapitalexport, das Zerfallen der Profitrate in monopolistische und nichtmonopolistische und die Praktiken des Finanzkapitals zur Spaltung der Profitrate nennen.

Sie alle können jedoch das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate und seine konkreten Erscheinungsformen - die Überproduktion und die Überakkumulation von Kapital - nicht aufheben. P. Boccara definiert die Überakkumulation von Kapital als überschüssige Kapitalakkumulation im Verhältnis zu den Grenzen der Gesamtsumme des Mehrwerts oder des Profits, den man erzielen kann, um dieses Kapital zu verwerten. Überakkumulation heißt demnach Kapitalentwertung, weil der Kapitalwert eine Funktion der Verwertungsfähigkeit des Kapitals ist.

Im staatsmonopolistischen Kapitalismus übernimmt der Staat die Realisierung der massiv und chronisch gewordenen Kapitalentwertung in Form der öffentlichen Finanzierung der Produktion: "Durch die direkte oder indirekte Übernahme eines Teils des Wertes der Produktionsmittel durch den Staat wird das Kapital, das diese Produktionsmittel repräsentiert, damit entwertet. Wenn Produktionsmittel öffentlich finanziert werden, können sie für sich nicht mehr den gleichen Profit wie die privat angewandten in Anspruch nehmen. Diese relative Entkapitalisierung, die sich im Rahmen des Kapitalismus ergibt, hat nicht desto weniger das Anwachsen des Profits der übrigen Fraktionen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals als Resultat. Sie bedeutet auch nicht, daß das entwertete Kapital nicht mehr an der Produktion des gesamten Mehrwerts teilhat."<sup>22</sup> Die Kapitalentwertung im staatsmonopolisti-

<sup>22</sup> Boccara, Paul, a. a. O., S. 31.

sehen Sektor der imperialistischen Länder ist durch die Verluste oder unterdurchschnittlichen Profitraten der staatsmonopolistischen Betriebe eindeutig belegt.

Auch in den kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern erzielt der staatskapitalistische Sektor in seiner Gesamtheit bestenfalls unterdurchschnittliche Profitraten. Auch hier wird dem Staatskapital seitens der bürgerlichen Ökonomen die staatsmonopolistische Devise "keine Profite, keine Verluste" empfohlen. Liegt aber auch hier das Wesen des staatlichen Sektors in der Kapitalentwertung?

Die meisten Autoren verneinen es implizit, indem sie die ökonomische Notwendigkeit der mangelhaften Rentabilität der Staatsbetriebe unberücksichtigt lassen und darin eine Frage politischer Entscheidungen sowie unzulänglicher und korrupter Leitungsmethoden sehen. Die Hypothese der ökonomischen Notwendigkeit der Kapitalentwertung beim staatskapitalistischen Sektor von Ländern mit unzureichender Kapitalakkumulation, relativ niedriger organischer Zusammensetzung des Kapitals und relativ hoher durchschnittlicher Profitrate kann tatsächlich als abwegig erscheinen.

Die Kapitalentwertung durch den staatlichen Sektor ist aber begründet: a) im Wachstum der organischen Zusammensetzung des Kapitals und nicht in deren absoluter Höhe, b) im tendenziellen Fall der Profitrate und nicht in ihrer absoluten Höhe, c) im Verhältnis der Kapitalakkumulation zu den bestehenden Produktionsverhältnissen und -bedingungen und nicht zu den Entwicklungszielen.

Auch in den kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern besteht der staatliche Sektor vorwiegend aus Zweigen mit überdurchschnittlicher organischer Zusammensetzung des Kapitals, wie Wasserwirtschaft, Transport und Energie. Die unternehmerische Tätigkeit des Staates beschränkt sich jedoch nicht auf den Ausbau der Infrastruktur. Sie umfaßt in den meisten Entwicklungsländern wesentliche Teile der Abteilung I der Industrie, wie zum Beispiel Eisen- und Stahl-, Chemie- und Baustoffindustrie. Im engeren Sinne existiert die Notwendigkeit der staatskapitalistischen Unternehmertätigkeit im Hinblick auf das Verhältnis zwischen dem bestehenden Kapital, seinem Entwicklungsniveau, seiner Struktur und seinen Organisationsformen einerseits und den bestehenden Verwertungsbedingungen andererseits. Sie bestimmen die Grenze, hinter der die Verwertung aufhört, reibungslos zu erfolgen, und die Notwendigkeit der Veränderung - gegebenenfalls des staatlichen Eingreifens - anfängt. Desto schlechter die Verwertungsbedingungen und desto primitiver das Kapital, um so notwendiger wird die staatskapitalistische Unternehmertätigkeit.

Im weiteren Sinne erwächst die staatskapitalistische Unternehmertätigkeit aus dem Widerspruch zwischen dem begrenzten Verwertungsziel des Kapitals und den objektiv zu lösenden systemerhaltenden Aufgaben auf dem Gebiet der Beschäftigungs- und Einkommenspolitik. Die daraus abgeleiteten Ziele der Industrialisierungs- und Außenwirtschaftspolitik übersteigen die Verwertungsforderungen des Kapitals, was jedoch kein Hindernis für ihre privatkapitalistische Realisierung wäre, wenn diese nicht den Zwang zur Kapitalintensität und zur Übernahme moderner Technik beinhalten würde.

Die Entwicklungsländer sind auf eine forcierte Entwicklung der eigenen Abteilung I angewiesen, wenn sie perspektivisch das wissenschaftlich-technische Monopol der imperialistischen Länder brechen und die eigene Stellung in der internationalen Arbeitsteilung verbessern wollen.



Ihre Industrialisierungspolitik muß auf die Entwicklung einer eigenen Abteilung I gerichtet sein, weil diese die Dynamik der gesamten Industrieproduktion und deren autonomes, gleichgewichtiges Wachstum bestimmt.

Die besten Möglichkeiten für eine relativ rasche Verwirklichung dieser Aufgabe bietet die Übernahme der Errungenschaften der Wissenschaft und Technik in den industriell fortgeschrittenen Ländern. Die moderne Technik hat sich im Laufe vieler Jahrzehnte unter besonderen gesellschaftlichen und örtlichen Bedingungen entwickelt: Sie entspricht bestimmten Standards der wirtschaftlichen Entwicklung, der wissenschaftlichen Forschung und der menschlichen Bildung, die in den Entwicklungsländern noch nicht existieren. Diese müssen einen kombinierten Weg einschlagen, der hohe und niedrige organische Zusammensetzung des Kapitals, Klein- und Großindustrie, arbeitsintensive und kapitalintensive Technik sinnvoll integrieren kann. Auch bei diesem Weg bleiben jedoch konzentrierte Investitionen großen Ausmaßes in kapitalintensiven Zweigen der Grundstoffindustrie, der Schwerindustrie, des allgemeinen Maschinenbaus, des Energiesektors und des Transportsektors unerlässlich. Dabei muß der überwiegende Teil der modernen Produktionsmittel importiert werden. Die Einfuhr und Anwendung solcher Produktionsmittel erhöht die Kapitalmasse, die auf die durchschnittliche Profitrate Anspruch hat. Da das zusätzliche Kapital eine fremde, überdurchschnittliche organische Zusammensetzung besitzt, kann die von ihm selbst einverleibte Mehrarbeit nur unterdurchschnittlich sein. Bei uneingeschränkter freier Konkurrenz würde die durchschnittliche Profitrate notwendigerweise sinken. In der Praxis setzt aber der Kampf um die Profitverteilung andere Lösungen durch, je nachdem, ob die kapitalintensiven Investitionen vom Staat oder vom Auslandskapital vorgenommen werden.

Der Staat verzichtet auf die Konkurrenzvorteile des der modernen Technik inwohnenden technischen Monopols, begnügt sich mit einer bestenfalls unterdurchschnittlichen Profitrate und läßt damit die durchschnittliche Profitrate des Privatkapitals unverändert. Das Auslandskapital nutzt dagegen die moderne Technik als Mittel zur Monopolbildung aus und realisiert eine überdurchschnittliche monopolistische Profitrate. Damit verstärkt das Auslandskapital den tendenziellen Fall der Profitrate der nichtmonopolisierten Wirtschaftszweige, was wiederum das staatskapitalistische Eingreifen unvermeidlich macht.

In den kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern besteht somit der Hauptgrund für die Anwendung von Staatskapital statt Privatkapital in den mangelhaften Profitaussichten des aufzubauenden Betriebes: Staatskapital ist von Anfang an entwertetes Kapital. Dies gilt betriebsökonomisch sowie für den ganzen staatskapitalistischen Sektor vom engen Standpunkt des kapitalistischen Verwertungszieles. Volkswirtschaftlich gesehen kann der bewußte Verzicht auf die durchschnittliche Profitrate, die Sprengung der inneren Logik des Kapitals, für einen bestimmten Kapitalteil zu einer besseren volkswirtschaftlichen Effektivität führen. Dieses kaum meßbare Gesamtergebnis der staatskapitalistischen Unternehmertätigkeit besteht in ihrem Beitrag zur Beschleunigung der volkswirtschaftlichen Entwicklung, zur Erfüllung strategischer Wirtschaftsaufgaben, zur Beseitigung von Engpässen, zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, zum Wachstum der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, des Nationaleinkommens und des Beschäftigungsgrades, zur Veränderung der Stellung der verschiedenen Klassen und Gruppen in der gesellschaftlichen Produktion, zu den Verschiebungen innerhalb der Beschäftigungsstruktur und zur Verflachung der Einkommensunterschiede.<sup>23</sup>

<sup>23</sup> Vgl. Ul'rich, O. D., Razvivajuščiesja strany: éffektivnost' gosudarstvennogo sektora, in: Mirovaja ékonomika i meždunarodnye otnošenija, Nr. 12/1969.

Auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt bleibt jedoch die Verwertungsfähigkeit ein wichtiges Effektivitätskriterium der Wirtschaftsführung im staatskapitalistischen Sektor. Die Verwertungsfähigkeit bleibt ein anzustrebendes Ziel, weil sie Voraussetzung sowohl für die Zuführung des betrieblichen Überschusses an den Staatshaushalt als auch für die Selbstfinanzierung der erweiterten Reproduktion des staatskapitalistischen Sektors ist.

## 7. Wirtschaftlicher Rückstand und Abhängigkeit

Der wirtschaftliche Rückstand gegenüber anderen Ländern sowie die wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Ländern beeinflussen maßgeblich die Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors, indem sie die Impulse zu dessen Ausbau verstärken oder abschwächen, die von der inneren Dynamik des privaten Teils der Volkswirtschaft ausgehen.

Mit wachsendem wirtschaftlichem Rückstand werden diese Impulse verstärkt, weil der Rückstand die Anforderungen an die Wirtschaftsentwicklung steigert und gleichzeitig deren privatkapitalistische Realisierungsbedingungen schlechter gestaltet. Es erweitert sich daher die Palette der wünschenswerten nationalen Produktionen, die beim bestehenden technischen Niveau keine kapitalistische Wirtschaftlichkeit zulassen und nur durch den Einsatz von staatlichem entwertetem Kapital aufgenommen werden können.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Ländern wirkt abschwächend auf die Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors, weil dabei a) der Imperialismus große Möglichkeiten der Begrenzung der staatskapitalistischen Wirtschaftstätigkeit besitzt und b) die wirtschaftlichen einheimischen Interessen, die im staatskapitalistischen Sektor eine Stütze suchen könnten, kaum die Möglichkeit der Formierung haben.

Der Einfluß des staatskapitalistischen Sektors auf die gesamte Wirtschaft wächst mit der Zunahme des wirtschaftlichen Rückstandes, soweit die wirtschaftliche Abhängigkeit keine ausgesprochene politische Abhängigkeit bewirkt. Da, wo dieser Punkt erreicht ist, wird die fördernde Wirkung des Rückstandes von der hemmenden Wirkung der Abhängigkeit übertroffen, so daß sich der Trend umkehrt.

Der wirtschaftliche Rückstand wirkt fördernd auf die Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors

- a) binnenwirtschaftlich über den Widerspruch zwischen der Anwendung moderner Produktionsmittel und deren eben rückständigen Anwendungsbedingungen
- b) außenwirtschaftlich dadurch, daß der staatskapitalistische Sektor Mehrwert produziert, diesen aber nicht oder nur unterdurchschnittlich realisiert.

Die nachgelagerten privatkapitalistischen Zweige können erstens diesen Mehrwert im In- oder Ausland realisieren oder zweitens im Falle der Nicht- oder Teilrealisierung konkrete Vorteile bei der erweiterten Reproduktion sowie bei Import und Export genießen. Beim Export handelt es sich im wesentlichen um vom Staat getätigte unrentable Importsubstitutionen, welche die durch mangelnde Importkapazität gesetzten Verwertungsgrenzen aufheben. Beim Export bewirkt der staatskapitalistische Sektor mehr oder minder indirekte Subventionen, welche die Exportmöglichkeiten erweitern.

Der defekte Reproduktionsprozeß der Entwicklungsländer bedingt eine hohe außen-

wirtschaftliche Abhängigkeit für die Reproduktion des fixen Kapitals. Die imperialistischen Länder nehmen zu den in einigen Entwicklungsländern unternommenen Anstrengungen, durch den Ausbau des staatskapitalistischen Sektors eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur zu erreichen, eine im wesentlichen hemmende Haltung ein. Diese hemmende Haltung des Imperialismus ist in der immer unwillkommenen Konkurrenz auf dem Gebiet der Verarbeitungsindustrie begründet. Außerdem schafft die Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors keine sichere soziale Basis für die Entwicklung des Kapitalismus in den Entwicklungsländern. Das ökonomische Erstarken der sozialistischen Länder verringert jedoch zunehmend die imperialistische Waffe der Verweigerung von moderner Technik und ihrer Finanzierung.

## 8. Haltung der Klassen zum staatskapitalistischen Sektor

Der staatskapitalistische Sektor ist widersprüchlich. Er stellt entwertetes Kapital dar, das die Entwicklung des Kapitalismus durch die Aufhebung von Engpässen und Wachstumsgrenzen fördert und gleichzeitig den Profit sowie seine regulierende Funktion und daher das Kapital selbst negiert. In einigen der wirtschaftlich am weitesten fortgeschrittenen Entwicklungsländer wird diese Negation des Kapitalismus dadurch verstärkt, daß der staatskapitalistische Sektor sowohl als Förderer der kapitalistischen Entwicklung als auch als Stütze des bestehenden Kapitals, als Konkursverwalter von Unternehmen, die privatkapitalistisch nicht mehr existenzfähig sind, deren Existenz jedoch für den Reproduktionsprozeß noch unabdingbar ist, fungiert.

Die verschiedenen Klassen nehmen zum staatskapitalistischen Sektor positive, negative oder schwankende Haltungen ein, je nachdem, welche Funktionen des Staatskapitalismus von der jeweiligen Klasse besonders unterstrichen werden. Die Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors vollzieht sich unter der Einwirkung der verschiedenen Klassen, so daß er das Resultat von Interessen und entsprechenden Kräften ist, die sich teilweise aufheben und teilweise verstärken. Dies bedingt eine innere Widersprüchlichkeit der Haltung der Klassen zum staatskapitalistischen Sektor. Die Beziehungen der Klassen zum Staatssektor sind somit untereinander und innerlich widersprüchlich. In den kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern steht die Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors in enger Wechselwirkung mit dem Entwicklungsniveau der kapitalistischen Produktionsweise. Die relative Größe des Staatssektors und dessen wirtschaftliche Bedeutung sind in diesen Ländern sowohl eine Folge als auch eine Ursache der Breite und der Tiefe der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und des Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte.

In den auf dem kapitalistischen Weg fortgeschrittenen Entwicklungsländern ist die Formierung der beiden Klassen - nationale Bourgeoisie und Arbeiterklasse - am weitesten gediehen. Ihre unterschiedlichen Interessen bedingen zum Teil entgegengesetzte und zum Teil übereinstimmende Impulse für den Aufbau des staatskapitalistischen Sektors.

Das politische Interesse der nationalen Bourgeoisie zugunsten des Staatssektors zielt im wesentlichen auf die Erhaltung und Verbesserung der Bedingungen für die Ausübung ihrer politischen Macht. Nach innen widerspiegelt diese Haltung das Bestreben, soziale Spannungen einzudämmen. Die viel kritisierte übermäßige Anzahl der Beschäftigten in den meisten staatskapitalistischen Betrieben ent-

spricht zum Beispiel dem Bestreben, die Arbeitslosigkeit unter Kontrolle zu halten, Niedrige Tarife für öffentliche Dienstleistungen dienen der Vermeidung sozialer Spannungen. Arbeitsplätze, Standorte und Tarife des staatskapitalistischen Sektors werden auch für die Bindung an die herrschende Klasse an bestimmte Personen und Gruppen verteilt bzw. für sie festgelegt.

In politischer Hinsicht rührt die Widersprüchlichkeit der Stellung der Bourgeoisie zum Staatssektor aus dem Umstand her, daß die Leitung der Staatsbetriebe an Angehörige der Mittelschichten delegiert werden muß, die - mit dem wachsenden Gewicht des Staatssektors - ein wachsendes politisches Gewicht erlangen und wichtige Positionen in den herrschenden Parteien kontrollieren.

Nach außen bedient sich die nationale Bourgeoisie des staatskapitalistischen Sektors, um ihren politischen Spielraum zu festigen und zu erweitern. Dieses Interesse der Bourgeoisie stimmt im wesentlichen mit dem antiimperialistischen Kampf der Arbeiterklasse überein: "Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird die Entwicklung des Staatskapitalismus in den ökonomisch schwach entwickelten Ländern, die den kapitalistischen Weg gehen, durch tiefere Ursachen hervorgerufen als allein durch die Interessen der herrschenden Klassen. Sie wird durch das natürliche Bestreben der befreiten Nationen bestimmt, ihre ökonomische Unabhängigkeit zu sichern, die die entscheidende Bedingung für die Festigung der staatlichen Souveränität und der politischen Selbständigkeit des Landes darstellt. . . .

Das allgemeine nationale Interesse an der Durchführung einer solchen ökonomischen Politik kollidiert nicht selten mit den Interessen der Oberschichten der Gesellschaft, in einem Land wie Indien beispielsweise mit den Interessen der bereits herausgebildeten Groß- und Monopolbourgeoisie. Die Volksmassen, die die Festigung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit entschlossen anstreben, sind an der konsequenten Entwicklung des Staatskapitalismus interessiert."<sup>24</sup>

Nach Uljanowski sind die Volksmassen die entschlossensten Verfechter der staatlichen Unabhängigkeit. Dies mag für einige Entwicklungsländer zutreffen, wo ein langer und blutiger Befreiungskampf auch die Bauernschaft erfaßt und politisiert hat. Im Falle der heutigen kapitalistisch orientierten Entwicklungsländer ist es jedoch angebrachter, für die Arbeiterklasse allein diese Bezeichnung zu verwenden.

Der Kampf für die Entwicklung des staatskapitalistischen Sektors besitzt für die Arbeiterklasse auch innenpolitisch die größte Relevanz. Abgesehen davon, daß der antiimperialistische Kampf in den meisten Entwicklungsländern gegen das im Inland ansässige Auslandskapital stattfindet, bedingt die Ausweitung des Staatssektors die Möglichkeit des zahlenmäßigen und organisatorischen Wachstums der Arbeiterklasse, während gleichzeitig die Positionen der Großbourgeoisie (falls vorhanden) sowie der vorkapitalistischen Klassen und Schichten relativ geschwächt werden.

Das Verhältnis zwischen ökonomischen und politischen Interessen zum Ausbau des Staatssektors fällt für die Arbeiterklasse - im Gegensatz zur nationalen Bourgeoisie - zugunsten der politischen Motivationen aus.

Das ökonomische Interesse an mehr und sichereren Arbeitsplätzen sowie an besser durchsetzbaren Lohn- und sozialen Forderungen wird durch die politischen Interessen am Kampf gegen das Auslandskapital, gegen den Einfluß der imperialistischen Länder auf die Landespolitik, gegen feudale und halbfeudale Produk-

<sup>24</sup> Uljanowski, P. A., Der Sozialismus und die befreiten Länder, Berlin 1973.

hältnissen, gegen die Kompradoren-, Halbkompradoren- und Großbourgeoisie bei weitem übertrumpft.

Der staatskapitalistische Sektor ist jedoch nur ein Mittel und ein günstiger Kampfplatz für die Durchsetzung der Politik der Arbeiterklasse; erst ihr bewußtes Handeln kann ihm die Fähigkeit verleihen, zugunsten ihrer politischen Interessen zu arbeiten: "Die progressive, antiimperialistische Rolle des staatlichen Sektors besteht nicht darin, daß er automatisch gegen das Eindringen der ausländischen Monopole, für die Stärkung der ökonomischen und politischen Unabhängigkeit der Entwicklungsländer wirkt, sondern darin, daß er von den fortschrittlichen Kräften in ihrem ständigen Kampf für die Vollendung der nationalen Befreiung in zunehmendem Maße zu einer Bastion der Entwicklung der nationalen Wirtschaft gemacht werden kann, zur Grundlage der Entstehung ganzer einheimischer Industriezweige, die fähig sind, dem enormen Druck der ausländischen Monopole zu widerstehen. Aus diesem Grunde kann man und muß man den staatlichen Sektor in den Entwicklungsländern als einen in allen Fällen potentiell progressiven Faktor ansehen."<sup>25</sup>

Dieselbe Bedeutung kommt dem Kampf der Arbeiterklasse bei der Verteidigung des staatskapitalistischen Sektors zu. J. L. Schmidt hebt zu Recht in diesem Zusammenhang die Bedeutung des einheitlichen Auftretens der fortschrittlichen Kräfte hervor: "Solange sich ein Entwicklungsland auf dem kapitalistischen Weg befindet, werden die staatlichen Betriebe von den privatkapitalistischen Unternehmen zur Erhöhung ihrer Profite ausgenutzt und sind der Gefahr der Privatisierung oder Reprivatisierung ausgesetzt. Doch selbst unter reaktionären Regimen können die fortschrittlichen, die patriotischen Kräfte, wenn sie stark genug sind und vereint auftreten, erzwingen, daß die Staatsbetriebe bestehen bleiben und daß sie, je nach dem Stand der Kräfteverhältnisse in unterschiedlichem Maße, ihre nationale, antiimperialistische Funktion ausüben."<sup>26</sup>

Nur in äußerst seltenen Fällen tritt die Arbeiterklasse gegen die Ausweitung des Staatssektors ein. Als Musterbeispiel kann man den erfolgreichen Kampf der brasilianischen Arbeiterklasse und Intelligenz gegen die Verstaatlichung - nach dem Rechtsputsch von 1964 - der nordamerikanischen Light Company nennen, weil sie wegen der Kaufbedingungen ein hervorragendes Geschäft für den Verstaatlichten dargestellt hätte.

<sup>25</sup> Schmidt, Johann Lorenz, Die Entwicklungsländer. Ursprung, Lage, Perspektive, Berlin 1974, S. 111.

<sup>26</sup> Ebenda.

## Naturwissenschaftliche Gesellschaften in Deutschland von 1800 bis 1870

### Zu ihrer Vorgeschichte, Entwicklung und Bedeutung

von Wilhelm Strube

1. Entstehung und Rolle wissenschaftlicher Gesellschaften von der Renaissance bis ins 18. Jahrhundert
2. Die Herausbildung naturwissenschaftlicher Vereine im Zeitalter der Industriellen Revolution - Ursachen, Charakter und Ziele dieser Vereine
3. Die historischen Möglichkeiten der naturwissenschaftlichen Vereine

Eine Untersuchung über naturwissenschaftliche Gesellschaften in Deutschland vor der Reichsgründung ist aus verschiedenen Gründen problematisch. Erstens ist die Quellenlage außerordentlich ungünstig; denn diese Gesellschaften waren privater Natur, hatten private Büros und Geschäftsführer. Nur ausnahmsweise haben sie Akten angelegt und diese Archiven übergeben. Zweitens waren diese Gesellschaften im Gegensatz zum Beispiel zu Akademie- oder Universitätsinstituten keine Forschungsstätten mit festem Mitarbeiterstab, sondern Vereinigungen von Naturwissenschaftlern im weitesten Sinn (einschließlich forschender Lehrer sowie auch bloßer Förderer und Interessenten). Drittens gab es eine so große Anzahl von naturwissenschaftlichen Gesellschaften in diesem Zeitraum, daß eine Gesamtdarstellung außerhalb der Möglichkeiten eines einzelnen liegt. Dennoch dürfte sich der Versuch eines Überblicks schon deshalb lohnen, weil er sich mit einem gesellschaftlichen Phänomen befaßt, das nicht erst in dem Untersuchungszeitraum, sondern schon in weitaus früheren Zeiten auftrat und im Verlauf der Geschichte unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen und Positionen erlangte. Des weiteren könnte ein solcher Versuch dazu anregen, dieses Gebiet durch eingehendere Untersuchungen weiter zu erschließen. Der Verfasser hält es jedenfalls für durchaus interessant, auch jenen menschlichen Bestrebungen Aufmerksamkeit zu zollen, die in Tausenden von Vereinen Gleichgesinnte zusammenführte, um über die Fortschritte und Anwendungsmöglichkeiten der Wissenschaft und eigener Untersuchungen zu diskutieren, um sich für neue Forschungsvorhaben anregen und ermuntern zu lassen, um sich in der Freizeit sinnvoll zu betätigen und schließlich auch und nicht zuletzt die Geselligkeit zu genießen.

Nicht zufällig haben sich gerade im 19. Jahrhundert in Deutschland, das zu jener Zeit sowohl auf ökonomischem als auch politischem Gebiet wichtige Wandlungen vom Feudalismus zum Kapitalismus durchlief, besonders viele naturwissenschaftliche Vereine gebildet. Um aber diese spezifische Entwicklung richtig zu erfassen

sen, soll zunächst die Frage gestellt werden, wie es denn mit den Kooperationen naturwissenschaftlich Interessierter in der Zeit davor bestellt war.

## 1. Entstehung und Rolle wissenschaftlicher Gesellschaften von der Renaissance bis ins 18. Jahrhundert

Die moderne Entwicklung naturwissenschaftlicher Gesellschaften begann in der Renaissance, und zwar als ein Zeichen des Protestes gegen die geistige Herrschaft des Klerus, als Symptom einer neuen Auffassung von der Wissenschaft gegenüber der dogmatischen Erstarrung der Scholastik, als geistiges Aufbegehren der jungen bürgerlichen Kräfte gegen den christlich umfunktionierten Aristoteles, dessen Weltbild als unantastbar und für alle Zeiten verbindlich galt. Kein Wunder daher, daß die Kirche den außerhalb des offiziellen Bildungsbetriebes entstehenden wissenschaftlichen Gesellschaften mit äußerster Skepsis und Feindschaft entgegentrat und anfänglich auch Verbote durchsetzte. Allerdings vermochte sie die Entwicklung nur zu behindern, nicht aber aufzuhalten. Mit Nikolaus Kopernikus, Erasmus von Rotterdam, Ulrich von Hutten, Kolumbus, Magelhaes, Georg Agricola, Parazelsus, Giordano Bruno, Johannes Kepler, Galileo Galilei, Francis Bacon - um einige der profiliertesten Persönlichkeiten zu nennen - befreite sich das neue naturwissenschaftliche Denken und Forschen von den Fesseln der Scholastik, und dabei spielten die wissenschaftlichen Gesellschaften eine fördernde Rolle; einmal durch den Halt, den sie den aufbegehrenden Naturwissenschaftlern boten, zum anderen durch die Unterstützung, die die Forscher seitens der Kooperationen erhielten.

Es ist gewiß nicht zufällig, daß die ersten Gesellschaften dieser Art dort entstanden, wo die bürgerliche Klasse am weitesten entwickelt war. Im Jahre 1560 gründeten gelehrte Bürger in Neapel eine Gesellschaft, deren Mitglieder sich besonders das Studium der Natur zur Aufgabe stellten. Diese Gesellschaft mit dem Namen "Academia secretorum naturae" (Akademie der Naturgeheimnisse) wurde zwar nach kurzer Zeit von der Kirche verboten, aber das Bedürfnis nach Kooperation der naturwissenschaftlich Forschenden ließ sich ebensowenig verbieten wie die Existenz der neuen Klasse.

Im Jahr 1603 riefen fortschrittliche Gelehrte und Bürger in Rom - unterstützt von dem Fürsten Cesi - eine neue Gesellschaft ins Leben, die Accademia dei Lincei (Akademie der Luchsäugigen), die fast dreißig Jahre bestand. 32 Mitglieder zählte die Gesellschaft, und der berühmteste von ihnen war Galileo Galilei. Die Gesellschaft stellte sich zwei grundlegende revolutionäre Aufgaben: einmal die scholastischen Lehren zu widerlegen und zum anderen durch Beobachtung und Experimente die Naturscheinungen zu erforschen, die Wahrheit zu finden und zu verbreiten. Zu diesem Zweck unterhielt die Gesellschaft ein Museum, eine Bücherei, ein Laboratorium und Observatorium. Es ist charakteristisch für die weltliche Ausrichtung der Accademia dei Lincei, daß Priester nicht aufgenommen wurden.

Auch in Deutschland entstanden neue Organisationsformen der Wissenschaft, deren Mitglieder sich für die Experimentalphilosophie (Naturwissenschaft) einsetzten. Der Pädagoge und Pharmazeut Joachim Jungius, der in Padua und Pisa studiert und die Bestrebungen der Accademia dei Lincei kennengelernt hatte, gründete 1622 in Rostock die Gesellschaft Ereunetica (Gesellschaft der Forschenden) mit dem Ziel, durch gemeinsame naturwissenschaftliche Untersuchungen alle Künste und Wissenschaften von den Irrlehren der Scholastik zu befreien, die Na-

turrscheinungen nicht aus biblischen Sätzen, sondern aus sich selbst heraus durch Ermittlung der Zusammenhänge von Ursache und Wirkung zu erklären.

Die Ereunetica bestand nur zwei Jahre; in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges gingen diese Bestrebungen mit dem Niedergang der Wirtschaft, der Zerstörung vieler Städte und der Dezimierung der Bevölkerung unter. Erst dreißig Jahre später, vier Jahre nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges, entstand eine neue Gesellschaft. Der Schweinfurter Arzt Lorenz Bausch gründete das zunächst nur aus vier Mitgliedern bestehende Collegium Naturae Curiosum (Wißbegieriges Kollegium der Natur), das 1687 von Kaiser Leopold I. das Druck- und Urheberrecht erhielt und seit dieser Zeit den Namen Academia Caesarea Leopoldina trägt. Die Gesellschaft besteht noch heute und hat seit 1878 ihren Sitz in Halle, wo sich im 18. Jahrhundert (1745 bis 1769) schon einmal ihr Domizil befunden hatte

Die Leopoldina betrachtet es als ihre Hauptaufgabe, wissenschaftliche Untersuchungen anzuregen und neue Forschungsergebnisse zu veröffentlichen.

Wenn die Leopoldina auch nicht die Konzentration und staatliche Fundierung später gegründeter Akademien erlangte, so war sie gerade für die deutschen Verhältnisse von besonderer Bedeutung, da sie es den Wissenschaftlern ermöglichte, trotz der Zersplitterung des Landes Erfahrungen auszutauschen und Verbindungen untereinander sowie mit ausländischen Gelehrten anzuknüpfen.

In den fünfziger Jahren des 17. Jahrhunderts wurden fast gleichzeitig in Italien und erstmalig auch in England und Frankreich neue wissenschaftliche Akademien gegründet, die sich zu den einflußreichsten Pflegestätten der neuen Experimentalwissenschaft entwickelten.

Der Name der 1657 zu Florenz gegründeten Akademie - 25 Jahre nach dem Untergang der Accademia dei Lincei und dem Verbot der Werke Galileis - verkündet bereits das Programm: Accademia del Cimento - Akademie des Experiments.

Diese Akademie, die zu ihren bedeutendsten Mitgliedern Galileis Schüler Viviani und Toricelli zählte, wandte sich gegen die Scholastik und forderte, die Naturerscheinungen durch Experimente zu erforschen. Nicht die Offenbarung, sondern das Experiment führe den Menschen zur Erkenntnis der Wahrheit. Eines ihrer Mitglieder, der Gelehrte Renaldini, war zum Beispiel beauftragt, die Anschauungen kirchlicher Autoritäten und die des Aristoteles zu widerlegen.

Die Accademia del Cimento begeisterte die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland, den Niederlanden, in Frankreich und England durch ihren mutigen Kampf gegen die feudal-klerikale Reaktion. Sie zeigte, daß die neue Experimentalwissenschaft dem scholastischen Bücherwissen himmelhoch überlegen war. Sie regte die fortschrittlichen Wissenschaftler an, ihre vereinzelt Bestrebungen zu vereinigen, und förderte die Bildung weiterer gelehrter Gesellschaften. In England und Frankreich, wo das Bürgertum wirtschaftlich erstarkt war, wurden wenige Jahre später die beiden größten und einflußreichsten Akademien des 17. Jahrhunderts gegründet.

In beiden Ländern waren die gesellschaftlichen Voraussetzungen bereits seit Jahren gegeben. In Paris, in London und später auch in Oxford hatten sich seit 1645 Ärzte, Kaufleute, Handwerker, Manufakturisten und oppositionelle Geistliche versammelt, um die Werke der neuen Experimentalwissenschaft, die Bücher und Versuche eines Galilei oder Toricelli zu studieren.



In den Jahren von 1660 bis 1663 verwandelte sich die englische Gesellschaft in die vom König legitimierte Royal Society mit dem Sitz in London. Die Legitimation der Royal Society durch den König erfolgte nach der siegreichen bürgerlichen Revolution und zeigte den wachsenden gesellschaftlichen Einfluß der Bourgeoisie. Diese hohe Anerkennung sowie die beträchtliche Zahl von 96 Mitgliedern dokumentieren, wie fest die Experimentalwissenschaft hier bereits im gesellschaftlichen Leben Fuß gefaßt hatte.

Im Statut aus dem Jahr 1663 stellte sich die Royal Society die Aufgabe, sich mit Naturwissenschaften, Mechanik, Technik und Manufakturwesen, nicht aber mit den traditionellen Wissenschaften, wie Philosophie, Moral, Grammatik oder Rhetorik, zu befassen. Viele Mitglieder beschäftigten sich mit praktisch-gewerblichen Fragen. Mit Experimenten suchten sie nach besseren Verfahren für die Herstellung von Ziegeln, Wein oder Bier. Sie konstruierten eine leistungsfähigere Fruchtpresse, eine Lampe zum Ausbrüten von Eiern; sie begutachteten mehrere Maschinen aufgrund des der Royal Society erteilten Patentprüfungsrechts. Zu ihrer Aufgabe erklärte die Royal Society das Studium anderer Länder und die Verbreitung der neuen Erkenntnisse unter allen interessierten Bürgern durch öffentliche Lektionen. Das Studium fremder Länder wurde besonders durch die kolonialen Eroberungen und durch Reiseberichte angeregt.

Die Gesellschaft behielt trotz staatlicher Sanktionierung ihren privaten Charakter. Daraus erklärt sich auch ihre Arbeitsweise. Die Forschung blieb im wesentlichen den eigenen Interessen, der eigenen Initiative der Mitglieder überlassen und wurde von ihnen in ihren privat eingerichteten und finanzierten Laboratorien durchgeführt. Neue Forschungsergebnisse wurden dann auf den einzelnen Fachsitzungen bekanntgegeben und durch Experimente untermauert. Hier wurden auch neue Veröffentlichungen des In- und Auslandes diskutiert.

1664 gab die Royal Society die erste periodische wissenschaftliche Zeitschrift mit dem Namen "The Philosophical Transactions" heraus, in der später auch viele Arbeiten ausländischer Wissenschaftler erschienen, zum Beispiel die Ergebnisse der mikroskopischen Entdeckungen des Holländers Leeuwenhoek. Die "Transactions" erlangten bald internationales Interesse und wurden 1671 in Frankfurt (Main) und Amsterdam sowie 1674 in Leipzig nachgedruckt.

Mittelpunkt der Treffen französischer Gelehrter war in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts das Haus des Wissenschaftlers Moris Mersenne, der einen umfangreichen Briefwechsel mit italienischen, englischen, deutschen und französischen Wissenschaftlern führte und sie untereinander bekannt machte. Er stellte zum Beispiel Verbindung her mit Galilei, Descartes, Gassendi, Hobbes und Huygens. Auch durch Übersetzungen naturwissenschaftlicher Schriften, zum Beispiel der Bücher Galileis "Dialogos" und "Discor", trug er zur Verbreitung des neuen Wissens bei.

Im Jahr 1666 forderte der führende französische Wirtschafts- und Finanzpolitiker Colbert König Ludwig XIV. auf, die privaten wissenschaftlichen Bestrebungen zu fördern und dem Staat nutzbar zu machen, dem italienischen und englischen Vorbild entsprechend eine wissenschaftliche Gesellschaft zu "stiften". Ludwig XIV. griff den Vorschlag auf. Er sah, daß die Naturwissenschaften in allen Ländern beachtet wurden und Nutzen brachten. Ein Teil des Ruhms zukünftiger Entdeckungen der wissenschaftlichen Gesellschaft würde seinen Hof zieren, neue Erfindungen würden den Manufakturen und der Staatskasse zugute kommen. So rief er die Académie des Sciences (Akademie der Wissenschaften) als staatliches Institut ins Leben und stattete sie mit reichlichen Mitteln aus. Die Mitglieder der Akademie erhielten ein Laboratorium. Die königliche Bibliothek und das Observatorium

standen zu ihrer Verfügung. Colbert bemühte sich, vielseitig interessierte Wissenschaftler, die ein Spezialgebiet beherrschten, als Mitglieder der Akademie zu gewinnen: Astronomen, Physiker, Mechaniker, Mathematiker, Chemiker, Botaniker, Anatomen.

Charakteristisch für die französische Akademie war, daß die Gelehrten ihre Untersuchungen nicht privat - wie in England -, sondern gemeinsam vorbereiteten und durchführten, so daß die Ergebnisse gewöhnlich von mehreren Mitgliedern der Akademie gewonnen wurden. Durch die planvolle und kollektive Arbeit gelang es der Académie des Sciences, umfangreiche Werke, wie die "Geschichte der Tiere und Pflanzen", zu schaffen. Das Buch war in einzelne Aufgabengebiete unterteilt und von mehreren Wissenschaftlern bearbeitet und herausgegeben worden.

Im Jahr 1699 gab die Akademie ein Sammelwerk über die ersten dreißig Jahre ihrer Arbeit heraus. Es berichtet von vielen gemeinsamen Untersuchungen und Experimenten der Wissenschaftler Huygens, Picard, Auzout, Papin, Mariotte und anderer mit dem Teleskop, dem Schießpulver, dem freien Fall, dem Luftdruck, Pendel usw. Aber nicht nur von rein wissenschaftlichen, sondern auch von praktisch bedeutenden Arbeiten wird berichtet, besonders von chemischen Untersuchungen über Farben und Färbeverfahren für die Textilmanufakturen, weiterhin von Untersuchungen über die Wirkungsweise der Maschinen zwecks Berechnung der mechanischen Vorgänge. Ende des 17. Jahrhunderts erregte der Chemiker Lémery großes Aufsehen durch seine öffentlich an der Akademie vorgeführten Experimente. Diese und seine lebendigen Vorträge über die Chemie begeisterten viele Menschen für die neue Experimentalwissenschaft und vermittelten breiteren Kreisen naturwissenschaftliche Kenntnisse.

Abgesehen von einigen Rückschlägen, entwickelte sich die Académie des Sciences erfolgreich, und im 18. Jahrhundert wurde sie eines der bedeutendsten wissenschaftlichen und kulturellen Zentren Europas.

In Deutschland fand die neue Experimentalwissenschaft keine derartigen einflußreichen Wirkungsstätten wie in England oder Frankreich. Infolge der territorialen Zersplitterung Deutschlands fehlte dem Bürgertum ein wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt von der Größe und Bedeutung, wie ihn das englische in London und das französische in Paris besaß. Dennoch wurden die naturwissenschaftlichen Bestrebungen fortgesetzt. So gründete der Physik- und Mathematikprofessor Sturm, der die Accademia del Cimento kennengelernt hatte, 1672 das Collegium Curiosum sive Experimentale (Das wißbegierige oder experimentierende Kollegium) an der fortschrittlichen Universität Altdorf bei Nürnberg. Sturms Leitspruch war: Nicht hören, sondern sehen, nicht Lehrsätze nachplappern, sondern die Erscheinungen durch Experimente untersuchen.

Zum Collegium gehörten vor allem Studenten, die unter Sturms Leitung die Grundsätze der neuen Naturwissenschaften und die Kunst der exakten Forschung erlernten. Bis 1785 veröffentlichte Sturm zwei Bände über die Arbeit des Collegiums. Er beschrieb seine zahlreichen, auf dem höchsten Niveau der Zeit stehenden Experimentaluntersuchungen, die er gemeinsam mit seinen Studenten mit dem Barometer, der Luftpumpe, dem Pendel, Thermometer und Hygrometer durchgeführt hatte. Dieses Buch, das die gesamten Versuchsanordnungen übersichtlich darstellte, war eine der besten Anleitungen zum Experimentieren.

Unter den deutschen Wissenschaftlern, die sich bemühten, der neuen Wissenschaft weitere Wirkungsstätten zu schaffen, ragt Leibniz' unermüdete Pionierarbeit hervor.

Leibniz' Bestrebungen fußten auf den Bedürfnissen der sich entwickelnden bürgerlichen Klasse. Er schätzte die Erkenntnisse und Fertigkeiten der Handwerker höher ein als die lateinischen Abhandlungen, die rein theoretische Fragen erörterten und keinerlei praktische Bedeutung besaßen. Die Wissenschaft müsse dem praktischen Leben dienen und auf den Erfahrungen des Praxis aufbauen. Er forderte die Gelehrten auf, die großen naturwissenschaftlichen Entdeckungen für den Bergbau, die Manufakturen, für Schiffahrt und Landwirtschaft auszuwerten und die Werke in deutscher Sprache zu schreiben, damit sie breiten bürgerlichen Kreisen zugänglich würden. Er erkannte, daß es für Deutschland besonders wichtig war, die Grundsätze der Experimentalphilosophie mit Hilfe starker wissenschaftlicher Organisationen durchzusetzen; denn an den meisten Universitäten herrschte noch der Autoritätenglaube, die reine Buchgelehrsamkeit der Scholastik, die Mystik und Spekulation.

Angeregt von den Bestrebungen Sturms in Altdorf und vertraut mit den Einrichtungen und Arbeiten der Royal Society und der Académie des Sciences (er war selbst Mitglied beider Akademien), entwarf er großartige Pläne für den Aufbau einer deutschen Akademie der Wissenschaften. Er fand jedoch in Deutschland weder einen König von der Bedeutung und Macht eines Ludwig XIV. noch ein kapitalkräftiges und politisch gereiftes Bürgertum. Viele Jahre reiste er von Fürstenhof zu Fürstenhof. Im Jahr 1700 gelang es ihm endlich, den Preußenkönig Friedrich I. zur Stiftung einer wissenschaftlichen Gesellschaft zu bewegen, aber die Akademie erhielt zunächst weder geeignete Räume noch Geld. 1711 wurde sie als "Societät der Wissenschaften" mit den drei Klassen für Physik, Mathematik, deutsche Sprache und Literatur eröffnet. Das Übergewicht der feudalen Kräfte im gesellschaftlichen Leben hemmte ihre Entwicklung, und es dauerte noch Jahrzehnte, ehe die Akademie der Wissenschaften zu Berlin mit der in London oder Paris zu vergleichen war.

Auch für andere deutsche Länder, wie Sachsen, sowie für Österreich und Rußland entwarf Leibniz Pläne zur Gründung wissenschaftlicher Akademien - in Greifswald trug er zum Beispiel Peter I. seine Idee vor -, die aber erst nach seinem Tod (in Petersburg 1724, in Wien und Leipzig 1846) verwirklicht wurden.

Die Gründung der Akademien zur Pflege der an den offiziellen Bildungseinrichtungen des Feudalismus meist verbotenen neuen Experimentalwissenschaft war also eng mit dem wirtschaftlichen und politischen Erstarken des Bürgertums verflochten und spiegelt deutlich seine Interessen wider. Es schuf sich damit starke Organisationen, die seinen Kampf gegen die herrschenden feudalen Anschauungen wirkungsvoll unterstützten und der Experimentalphilosophie (Naturwissenschaft) einflußreiche Wirkungsstätten sicherten.

Die Akademien, die untereinander in Verbindung standen und ihre Erfahrungen und Werke austauschten, verkörperten den Fortschritt der Wissenschaft. Im Laufe eines Jahrhunderts hatten sie sich zu den führenden Institutionen entwickelt. Nach ihrem Vorbild mußten die anderen Bildungsstätten reorganisiert werden, und die neue Experimentalwissenschaft wurde unter der Bezeichnung Naturphilosophie, später Naturwissenschaft, in das Lehrgebäude der Universitäten und Schulen übernommen.

Betrachtet man die dargelegte Entwicklung der ersten bürgerlichen wissenschaftlichen Gesellschaften, dann lassen sich, unter Abzug der nationalen Besonderheiten, einige allgemeine Aspekte herausarbeiten. Zunächst trat eine Epoche der Entwicklung auf, in der die Bestrebungen der fortschrittlichen Naturwissenschaftler auf den Widerstand der feudalen und zugleich herrschenden Gelehrtenwelt stie-

ßen und von dieser mit allen Mitteln bekämpft wurden. Diese prangerte deren Auffassungen und Arbeiten als ketzerisch und mit den Lehren der Kirche als unvereinbar an. Sie forderte und erzwang die Widerrufung der neuen Ideen und Erkenntnisse, und sie verfolgte die Naturwissenschaftler, kerkerte sie ein und verbrannte sie auf dem Scheiterhaufen. Ihre ersten wissenschaftlichen Vereinigungen verboten sie. Die Staatsmacht identifizierte sich mit dem herrschenden Dogma und setzte ihre Mittel dafür ein. Diese Epoche fiel zeitlich zusammen mit dem Beginn der "Gegenreformation". Die Reaktion war noch stark genug, um die entstandenen wissenschaftlichen Gesellschaften zu beseitigen.

Mit der Gründung der Accademia del Cimento in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts (1657) begann eine zweite Epoche, in der sich die wissenschaftlichen Gesellschaften der antiklerikalen und antifeudalen Gelehrten behaupteten. Die Naturwissenschaft war bereits so weit gefestigt, daß ihre Vertreter die Unterstützung einflußreicher Kräfte erhielten. Zugleich war das Bürgertum besonders in England und den Niederlanden so weit erstarkt, daß es zur führenden politischen Kraft wurde. In dieser Epoche fanden naturwissenschaftliche Arbeiten und Organisationen Anerkennung, Unterstützung und Förderung. Hierbei kam ihnen die Entwicklung des Absolutismus zugute, in deren Verlauf die Macht der feudalen Territorialherren eingeschränkt wurde, wobei sich die Zentralgewalt teilweise auf bürgerliche Kräfte stützte. Einige neue Probleme, die mit dem absolutistischen System in der Wirtschaft, Politik und in der Ideologie entstanden, förderten die Entwicklung der naturwissenschaftlichen und medizinischen Bestrebungen; der absolutistische Staat brauchte in zunehmendem Maße die wissenschaftliche Forschung. Räumlichkeiten und Gebäude wurden dafür zur Verfügung gestellt, Mittel für moderne Geräte gewährt, Publikationen unterstützt.

Allerdings haben die im 17. und 18. Jahrhundert entstandenen Akademien nicht immer dem Fortschritt dienen können. Denn sie wurden von dem Absolutismus nicht nur unterstützt, sondern auch gebunden. Natürlich war diese Bindung in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich, in England viel geringer als zum Beispiel in Frankreich oder in Preußen. Hinzu kam, daß gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Universitäten als Bildungs- und Forschungseinrichtungen wieder stärkeres Gewicht erhielten. Dennoch waren die Akademien wie auch die Universitäten zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland nicht auf der Höhe der Zeit, denn sie waren durch ihre Bindungen nicht in der Lage, den Emanzipationskampf des Bürgertums wirkungsvoll genug zu unterstützen.

Unter diesen Bedingungen erscheint es nicht mehr verwunderlich, daß in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts so viele naturwissenschaftliche Vereine entstanden. Das Bürgertum sah sich nicht in ausreichendem Maße von den bestehenden Bildungseinrichtungen vertreten; es war mit dem herrschenden Wissenschaftsbetrieb, der seine wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Interessen vernachlässigte, nicht einverstanden, so daß es eigene private Vereine gründete, um auch auf diese Weise seine Absichten im gesellschaftlichen Leben durchzusetzen. Hier lebten also unter den Voraussetzungen einer weiterentwickelten Gesellschaft jene Bestrebungen wieder auf, die im 16. und 17. Jahrhundert den Beginn der modernen Naturwissenschaft signalisierten. Die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse führten jedoch zu neuen Formen; es entstand das wissenschaftliche Vereinswesen, das sehr breite Kreise umfaßte, zunächst als Protestbewegung gegen den herrschenden Bildungsbetrieb erschien, dann aber bald wieder Anschluß an staatliche Instanzen suchte und in einer unwahrscheinlich großen Zahl von Vereinen, die lokalen, regionalen und nationalen Charakter hatten, seinen Ausdruck fand. Größere Bedeutung für die Wissenschaft erlangten indessen nur

wenige, obgleich nicht übersehen werden darf, daß für den allgemeinen Aufschwung der Naturwissenschaft im 19. Jahrhundert auch die Anzahl der Vereine eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte.

Als die Naturwissenschaft dann seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auch an den Universitäten und Akademien stärkere Unterstützung fand und große Fortschritte erzielte, ging das wissenschaftliche Vereinswesen, wie es sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte, zurück. Dafür entstanden jetzt neue wissenschaftliche Vereine oder Gesellschaften, bei denen es sich mehr um Fachorganisationen naturwissenschaftlicher und technischer Disziplinen handelte. Die steigenden Ansprüche von Wirtschaft und Gesellschaft an die Produktion führten nicht nur zu einer erheblichen Zunahme der Zahl der Naturwissenschaftler und Techniker, sondern auch zu einer immer stärkeren Arbeitsteilung und Spezialisierung in ihren Reihen.

Es soll nun versucht werden, an einigen bedeutenden wissenschaftlichen Vereinen konkret zu zeigen, unter welchen Verhältnissen und mit welchen Zielstellungen solche Gesellschaften in Deutschland in der Zeit um 1800 entstanden, wie sie sich entwickelten, welche Rolle sie spielten und inwiefern sie Einfluß auf die Entwicklung der Produktion ausübten.

## 2. Die Herausbildung naturwissenschaftlicher Vereine im Zeitalter der Industriellen Revolution - Ursachen, Charakter und Ziele dieser Vereine

Bei der Darstellung der Vorgeschichte wurde keine scharfe Trennung zwischen wissenschaftlicher Gesellschaft, Akademie und wissenschaftlichem Verein vorgenommen. Dort kam es darauf an, die Entstehung, Bedeutung und Rolle wissenschaftlicher Gesellschaften allgemein zu verfolgen. Nun aber begann sich die von da weiterführende Entwicklungslinie zu verästeln, Wesentliche Fortsetzungen bildeten die naturwissenschaftlichen Disziplinen der Akademien und Universitäten, ebenfalls die neuauftkommenden technischen Hoch- und Fachschulen. Aber sie setzte sich auch in zahlreichen naturwissenschaftlichen Vereinen fort, die für den Untersuchungszeitraum als ein Novum erscheinen und bisher mehr am Rande der Aufmerksamkeit standen. Diesen naturwissenschaftlichen Vereinen sollen die folgenden Ausführungen gelten.

Schon bei der Darstellung der Vorgeschichte wurde deutlich, daß wissenschaftliche Gesellschaften unter staatlicher Obhut auftraten. Historisch verlief dieser Prozeß gewöhnlich so, daß die aus persönlicher Initiative fortschrittlicher Kräfte ins Leben gerufenen wissenschaftlichen Gesellschaften entweder vom Staat verboten oder von ihm okkupiert wurden, letzteres durch Erteilung von Privilegien, durch Schutzgarantien, durch Finanzhilfe, durch staatliche Aufsicht. Im Ergebnis hatte der Staat dann ein mehr oder weniger starkes Mitbestimmungsrecht in den von ihm sanktionierten wissenschaftlichen Gesellschaften.<sup>1</sup> Die Zahl dieser Gesellschaften war nicht groß; gewöhnlich waren sie an ein Fürstentum oder Königreich gekettet.

<sup>1</sup> Vgl. Siefert, Helmut, Das naturwissenschaftliche und medizinische Vereinswesen im deutschen Sprachgebiet. 1750 bis 1850, med. Diss. Marburg 1967, S. 44 f.

Die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstehenden wissenschaftlichen Gesellschaften waren sehr zahlreich und behaupteten zu einem großen Teil ihren bürgerlich-demokratischen Charakter als private, vom Staat zumindest formalrechtlich unabhängige Vereinigungen von Naturwissenschaftlern. Unter dem Oberbegriff "Wissenschaftliche Gesellschaft" dürfte damit eine neue Art von Kooperation Bestand erhalten haben, die als "Wissenschaftlicher Verein" bezeichnet werden soll.

Wilhelm von Humboldt unterschied Akademien, Universitäten, "Hilfsinstitute" und "Privatgesellschaften", die er unter den Begriff "Höhere wissenschaftliche Anstalten" stellte.<sup>2</sup> Friedrich Schleiermacher prägte dafür den Begriff "Wissenschaftliche Vereine".<sup>3</sup> Johannes Müller definierte den Begriff "Wissenschaftlicher Verein" dagegen in einem engeren Sinn als "jede Gesellschaft, die sich auf Grund selbst entworfener Statuten zu gemeinsamen wissenschaftlichen Zwecken verbunden hat und eigenwillig Gleichgesinnte aufnimmt. Es sind daher staatliche Akademien und ähnliche gelehrte Corporationen ausgeschlossen".<sup>4</sup>

Dieser Definition wird hier gefolgt, so daß die wissenschaftlichen Gesellschaften dadurch unterschieden werden, ob sie eine staatliche oder eine privatrechtliche Korporation bilden. Die staatlichen Korporationen, im wesentlichen die Akademien, werden hier nicht weiter untersucht, sondern nur die naturwissenschaftlichen Vereine. Absolut scharfe Trennungen sind allerdings nicht immer möglich, da jede Vereinsgründung der obrigkeitlichen Genehmigung bedurfte, die Regierungen aber meist bestrebt waren, das Vereinsleben zu überwachen. Oft waren jedoch auch die Vereine an eine engere Bindung zur Obrigkeit interessiert, um ihren Status und ihre Finanzen zu verbessern und ihren Aktionsradius zu erweitern. So lange ein Verein aber nicht in ein staatliches Unternehmen verwandelt wurde, soll er als ein Verein im Sinn der oben angeführten Definition angesehen werden.

Betrachtet man die Zahl der von 1775 bis 1870 in den deutschen Ländern neugegründeten naturwissenschaftlichen Vereine, so fallen zwei Etappen unterschiedlicher Gründungsaktivität auf.<sup>5</sup> Von 1775 bis 1830 liegt die Zahl der Neugründungen, die in einem Jahrzehnt erfolgten, zwischen 5 und 10; in der Zeit von 1835 bis 1870 dagegen gab es zwischen 20 und 30 Neugründungen innerhalb eines Jahrzehnts.<sup>6</sup>

Die Ursachen dafür dürften sein: die im ersten Zeitabschnitt in Deutschland noch schwach entwickelte bürgerliche Klasse, ihre Abhängigkeit von den Obrigkeiten und deren Widerstand gegen demokratische Vereinigungen; die Unterschätzung

2 Humboldt, Wilhelm v., Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, Berlin 1810, in: Anrich, Ernst, Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten, Darmstadt 1956.

3 Schleiermacher, Friedrich, Gelegentliche Gedanken über Universitäten im deutschen Sinn nebst einem Anhang über eine neu zu errichtende, Berlin 1808, in: Anrich, Ernst, a. a. O.

4 Müller, Johannes, Die wissenschaftlichen Vereine und Gesellschaften Deutschlands im 19. Jahrhundert. Bibliographie ihrer Veröffentlichungen seit ihrer Begründung bis auf die Gegenwart, Bd. 1, Berlin 1883, Vorwort.

5 Es werden hier die Vereine berücksichtigt, die Müller, Johannes, a. a. O., anführte, d. h. alle die Vereine, die "selbständige Publikationen herausgegeben" haben (vgl. ebenda, S. IV).

6 Siefert, Helmut, a. a. O., S. 187.

der Naturwissenschaft, ihre Mißachtung an vielen Universitäten, die wirtschaftliche Zersplitterung und die sich nur sehr langsam entwickelnde Industrielle Revolution, die Napoleonischen Kriege und die Fremdherrschaft, die Restaurationspolitik Metternichs. <sup>7</sup>

Im zweiten Zeitraum hatte sich das Bürgertum von den Rückschlägen so weit erholt, daß es erneut und mit Nachdruck seine Interessen, wenn auch vorwiegend nur die wirtschafts- und handelspolitischen, zur Geltung bringen konnte, was mit der Bildung des Deutschen Zollvereins 1834 seinen Ausdruck fand. <sup>8</sup> Damit wurde der Weg frei für den nationalen Markt; die Industrielle Revolution begann sich zu entfalten; die Naturwissenschaft, die sich von der Naturphilosophie erholt hatte, machte große Fortschritte, besonders die Chemie; die Erkenntnis von der Bedeutung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse für die Produktion verbreitete sich, so daß auch das Bestreben, durch wissenschaftliche Vereinigungen die Entwicklung zu fördern, neuen Auftrieb erhielt. Das zeigt sich nicht nur an den Neugründungen naturwissenschaftlicher Vereine, sondern auch an den Neugründungen anderer wissenschaftlicher Vereine, besonders der Geschichts- und Altertumsvereine und der medizinischen Vereine. <sup>9</sup>

Interessant ist ebenfalls, daß sich die ersten wissenschaftlichen Vereine im nationalen Maßstab ab Mitte der zwanziger Jahre bildeten, zu der Zeit also, zu der die deutsche Bourgeoisie den nationalen Markt anstrebte. Der Zeitpunkt für die Entstehung naturwissenschaftlicher Vereine im lokalen (Stadt) und regionalen (Land) Bereich lag dagegen fünfzig bzw. vierzig Jahre früher. <sup>10</sup>

Während die Zahl der Neugründungen lokaler naturwissenschaftlicher und medizinischer Vereine von 1775 an fast kontinuierlich zunahm, der Sprung um 1835 dadurch nicht so groß war, stieg die Zahl der Neugründungen bei den regionalen Vereinen ab 1835 auf das Dreifache an.

Unter den naturwissenschaftlichen Vereinen war die Zahl derjenigen naturgemäß am größten, die im lokalen Bereich angesiedelt waren. <sup>11</sup> Die Mehrzahl dieser Vereine blieb auf eine Stadt konzentriert; einige dehnten jedoch auch ihren Aktionsraum aus. Die Gesellschaft für die gesamte Naturkunde in Altenburg wandelte sich zum Beispiel ein Jahr nach ihrer Gründung 1817 um in eine Naturforschende Gesellschaft des Osterlandes. <sup>12</sup>

Fast in jeder Stadt entstanden in dem untersuchten Zeitraum Vereine, die sich mit naturwissenschaftlichen, vielfach aber auch mit medizinischen, pharmazeutischen oder auch mit ökonomischen Fragen befaßten. Sehr oft waren die Vereine

7 Vgl. Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2, Berlin 1972, S. 73 ff. - Motteks These, daß die Industrielle Revolution in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre in Deutschland begann, findet in der verstärkten Bildung naturwissenschaftlicher Vereine von diesem Zeitraum an ihre Entsprechung.

8 Vgl. ebenda, S. 56 ff.

9 Vgl. Siefert, Helmut, a. a. O., S. 186 f.

10 Vgl. ebenda, S. 189.

11 Vgl. ebenda, S. 73.

12 Vgl. Braun, Ernst v., Nachrichten und Lebensbilder aus dem Wirken der Naturforschenden Gesellschaft des Osterlandes während 40 Jahrgängen ihres Bestehens. Vom 1. Juli 1817 bis 1. Juli 1857, Altenburg 1860.

von vornherein so konzipiert, daß sie zumindest naturwissenschaftliche und medizinisch-pharmazeutische Belange in ihren Programmen vereinten.

Das betraf auch die meisten regional angesiedelten Vereine, die in einer Landschaft oder auch einem staatlichen Gebilde entstanden. Da gab es zum Beispiel eine "Vaterländische Gesellschaft der Aerzte und Naturforscher Schwabens" (gegründet 1801), einen "Naturwissenschaftlichen Verein des Harzes" (gegründet 1831) oder eine "Kurfürstliche physikalisch-ökonomische Gesellschaft" (gegründet 1784).

Auch die als nationaler Verein konzipierte "Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte" (gegründet 1822) gab sowohl ihrem Namen als auch ihren Aktivitäten nach allen Bereichen der Naturwissenschaft und Medizin Raum.<sup>13</sup>

Spezieller ausgerichtet waren von den national angelegten Vereinen, deren Zahl in diesem Zeitraum ohnehin sehr klein blieb (unter fünf, wenn man die in den sechziger Jahren erfolgten Gründungen, die erst nach dem hier untersuchten Zeitabschnitt wirksam werden, nicht mitrechnet), der "Verein zur Beförderung und Ausbildung der homöopathischen Heilkunst" (gegründet 1829), der "Deutsche Ornithologen-Verein" (gegründet 1845) und die "Deutsche Geologische Gesellschaft" (gegründet 1848!).<sup>14</sup>

Es entsprach der Tendenz zur nationalen Einigung und dem fortgeschrittenen Stand der Wissenschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, daß gegen Ende des hier untersuchten Zeitraums neue, national konzipierte und auf spezielle Gebiete der Naturwissenschaft (Technik oder Medizin) orientierte Vereine entstanden, so 1856 der Verein Deutscher Ingenieure, 1867 die Deutsche Chemische Gesellschaft, 1882 die Deutsche Botanische Gesellschaft, 1872 die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie, 1886 die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und andere.

Der Charakter der naturwissenschaftlichen Vereine wurde also zunächst von dem Umfang seines "Territoriums" bestimmt, in dem er sich ansiedelte und seine Aktivitäten konzentrierte.

Des weiteren läßt sich der Charakter eines naturwissenschaftlichen Vereins von seinem Verhältnis zur Obrigkeit ableiten. Wie schon erwähnt, waren die Vereine zwar privatrechtlicher Natur, dennoch aber mehr oder weniger stark von den lokalen oder regionalen Behörden und später von der Zentralregierung abhängig. In der "Rheinischen naturforschenden Gesellschaft" (gegründet 1834) hatte sich zum Beispiel der Großherzog das "Recht" zuerkannt, neugewählte Vorstandsmitglieder zu bestätigen oder nicht zu bestätigen.<sup>15</sup>

13 Pfannenstiel, Max, Kleines Quellenbuch zur Geschichte der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1958; Mothes, Kurt, Ansprache auf der 103. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, Weimar 1964, in: Verhandlungen der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte, Berlin/Heidelberg/New York 1965.

14 Haehl, Erich, Geschichte des Deutschen Zentralvereins Homöopathischer Ärzte, Leipzig 1929. - Der Name dieses Vereins wurde mehrfach geändert; Koken, Ernst v., Die Deutsche Geologische Gesellschaft in den Jahren 1848 bis 1898 = Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft, Nr. 51, 1899, Beilage.

15 Jungk, Ernst, Hundert Jahre Rheinische naturforschende Gesellschaft in



Die Naturhistorische Gesellschaft Nürnbergs (gegründet 1801) lehnte es bis 1815 ab, ihren Verein der Obrigkeit anzumelden; auch in der Braunschweiger Societas physico-medica hielten es einige Mitglieder für nicht erforderlich, aber die Mehrzahl der Vereine ersuchte um Genehmigung.<sup>16</sup>

Otto von Gierke wies in seiner "Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft" darauf hin, daß der Absolutismus und selbst längere Zeit noch der Verfassungsstaat (besonders in Deutschland wegen seines feudal-bürgerlichen Charakters - W. S.) den Verein beargwöhnten und polizeilich zu bevormunden trachteten. Erst nach 1850 wurde das Vereinswesen einer mehr "gesetzlich geregelten Staatsaufsicht" unterstellt.<sup>17</sup>

Die Ursachen dafür dürften darin liegen, daß der Verein seinem Wesen und seiner Struktur nach als eine demokratische Organisation entstand, die allein schon durch ihre Existenz, mehr noch durch ihre Eigenbetätigung, im Gegensatz zum Absolutismus, zum feudalen Obrigkeitsstaat stand und für diesen eine ständige Herausforderung und auch Gefahr - besonders in seiner Wirkung als Vorbild für freie Assoziationen - war.

Gerade dieser Gesichtspunkt ist, wenn man die Wirkung dieser Vereine ins Auge faßt, von besonderer Wichtigkeit, denn in der Freiwilligkeit der Bildung, des Bei- oder Austritts durch Vorschlag und geheime Abstimmung, der Wahl eines Vorstandes auf Zeit, wurden demokratische Traditionen herangebildet, die auch später für die Arbeiterbewegung (Arbeiterbildungsvereine) entwicklungsfähig waren.<sup>18</sup>

Die naturwissenschaftlichen Vereine bildeten somit auch ein wichtiges Element für die politische Bewegung des Bürgertums wie auch später die Arbeiterbildungsvereine ein solches für die politische Bewegung der Arbeiterklasse.

Bemerkenswert ist, daß viele Vereine diesen demokratischen Charakter immer wieder betonten, ihre Unabhängigkeit zu bewahren suchten und nur widerstrebend staatliche Einflußnahme über sich ergehen ließen. In den Statuten der Gesellschaft Naturforschender Freunde in Berlin hieß es zum Beispiel, daß sie eine freundschaftliche Privatverbindung zur Beförderung der Naturwissenschaft wäre und "niemals als solche irgendeiner Staatsbehörde besonders unterstellt sein" könnte.<sup>19</sup>

Mainz. 1834 bis 1934, o. O. o. J., S. 9; Schleiermacher, Friedrich, a. a. O., S. 225.

16 Vgl. Siefert, Helmut, a. a. O., S. 46 ff.

17 Vgl. Gierke, Otto v., Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, Berlin 1868, S. 973 ff.; Siefert, Helmut, a. a. O., S. 46 ff.

18 Vgl. Ude, Hermann, Die Geschichte der Naturhistorischen Gesellschaft zu Hannover von 1797 bis 1897, in: Festschrift zur Feier des 100jährigen Bestehens der Naturhistorischen Gesellschaft zu Hannover, Hannover 1897, S. 33; Aschenborn, Die Gesellschaft für Natur- und Heilkunde in Berlin. 1810 bis 1910, Berlin 1910, S. 13 f.

19 Vgl. Gesetze der Gesellschaft Naturforschender Freunde, Berlin 1810. - Gegründet wurde diese Gesellschaft 1773; Martini, Fr. H. W., Entstehungsgeschichte der Gesellschaft Naturforschender Freunde in Berlin, in: Beschäftigungen der Berlinischen Gesellschaft Naturforschender Freunde, Nr. 1, Berlin 1775.

Der bürgerlich-demokratische Charakter naturwissenschaftlicher Vereine spiegelt sich weiterhin in der personellen Zusammensetzung wider. Die Akademien waren zwar anfänglich, als sie sich noch nicht unter den Fittichen der Obrigkeit befanden, allen Gebildeten mit fortschrittlicher Gesinnung (teilweise wurden zum Beispiel keine Priester aufgenommen) offen; sie wurden danach jedoch mehr und mehr zu einer Vereinigung von Professionellen, Wissenschaftlern und solchen Personen, die der Staat als seine Gelehrten betrachtete. Indem sie offizielle Einrichtungen eines Staates wurden, unterlagen die Akademien häufig der Verbürokratisierung: Oft wurden privilegierte Staatsbeamte auch ohne wissenschaftliche Leistungen zu Mitgliedern; ein Gelehrter, der wegen außergewöhnlicher Verdienste Mitglied einer Akademie wurde, übernahm damit gleichzeitig die Rechte und Pflichten des privilegierten Staatsdieners.<sup>20</sup>

Der Verein durchbrach bewußt diese "akademische" Schranke, er lehnte den hofakademischen Status kategorisch ab und setzte an dessen Stelle eben den bürgerlich-demokratischen, in dem er jedem gebildeten Bürger die Mitgliedschaft ermöglichte, dem Fachmann ebenso wie dem interessierten Laien, so daß immer breitere Kreise in diese Vereinsbewegung einbezogen wurden. Diese Bewegung wurde durch die Aufklärung gefördert; sie bildete ein Instrument besonders jener "Aufklärer", die die naturwissenschaftliche Erkenntnis, ihre Propagierung und Anwendung sowie die Erkundung der Produktionspraxis in den Gewerben und in der Landwirtschaft für besonders wichtig und wirkungsvoll hielten.<sup>21</sup>

Als typisch für viele Vereine können in diesem Zusammenhang die Ausführungen Hermann Meiers anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Naturforschenden Gesellschaft von Emden (gegründet 1814) angesehen werden, daß diese Gesellschaft nicht durch "Fachmänner", sondern "durch einen über das Bedürfnis des Alltagslebens hinausgehenden Drang der Bürgerschaft nach Erkenntnis" hervorgerufen worden sei.<sup>22</sup>

Die naturwissenschaftlichen Vereine wollten auch keine Akademie im kleinen darstellen; es war für sie ein Lebensbedürfnis, in Verbindung mit dem Publikum zu bleiben, Geschäfts- und Gewerbetreibende ebenso willkommen zu heißen wie Gelehrte, Ärzte oder Gymnasiallehrer.<sup>23</sup>

Diese Tendenzen sind zu beachten, wenn die Möglichkeiten dieser Vereine beurteilt werden sollen. Sehr klar hat darüber Hans Caspar Hirzel in den Abhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft zu Zürich (gegründet 1746) geschrieben, die eine der ersten war und die Vereinsbewegung maßgeblich beeinflusste. Hirzel zeigte zugleich den Unterschied, der zwischen einem Mitglied einer Akademie und dem eines Vereins bestand. Der Wissenschaftler in einer Akademie habe sei-

20 In England lagen diese Dinge z. T. anders; dort behauptete das private bzw. das bürgerlich-demokratische Interesse lange den Vorrang. In Frankreich spielten bis zur Großen Französischen Revolution von 1789 Privilegien und Protektion eine große Rolle; danach setzten sich die bürgerlich-demokratischen Kräfte durch; das Zentralisationsprinzip behielten sie bei.

21 Vgl. Strube, Wilhelm, Die Auswirkung der neuen Auffassung von der Chemie in der Zeit von 1745 bis 1785 in Deutschland, phil. Diss. Leipzig 1961.

22 Vgl. Meier, Hermann, Festschrift der Naturforschenden Gesellschaft zu Emden, Emden o. J. - Auf den aufklärerischen Aspekt der wissenschaftlichen Vereine machten Gierke, Otto v., a. a. O., S. 887, und Hempel-Michel, Elisabeth, Die Aufklärung, Langensalza 1928, S. 73 ff., aufmerksam.

23 Siefert, Helmut, a. a. O., S. 51.

ne ganzen Kräfte auf die Forschung zu konzentrieren, das Mitglied eines Vereins dagegen betrachte sein Wirken als eine Nebenbeschäftigung.

Hirzel hielt auch aus einem zweiten Grunde den wissenschaftlichen Verein nicht für geeignet, wissenschaftliche Fortschritte größeren Formats zu ermöglichen, weil dort mehr die Mittelmäßigkeit angesiedelt wäre, die er keineswegs der höheren Wissenschaft gegenüberstellen wollte. Das eine hielt er für ebenso wichtig wie das andere, aber jedes an seinem Platz,<sup>24</sup> wobei der naturwissenschaftliche Verein viel stärker der Information über neue wissenschaftliche Gegenstände sowie der Popularisierung verpflichtet war.

Andere Vereine bestätigten diese Charakteristik. Die Statuten des Naturwissenschaftlichen Vereins zu Hamburg (gegründet 1837) definierten, daß der Verein aus "Kennern und Freunden der Naturwissenschaften" bestehe und jeder Mitglied werden könne, der sich für "Naturkunde überhaupt oder für irgendeinen Zweig derselben" interessiere.<sup>25</sup>

Ähnlichen Grundsätzen folgten der Naturwissenschaftliche Verein des Harzes (gegründet 1831) oder der Naturwissenschaftliche Verein Thüringens (gegründet 1842).<sup>26</sup> Letzterer nannte einige Berufe, aus denen hervorgeht, welche Personengruppen in der Regel angesprochen wurden: Ärzte, Apotheker, Bergleute, Landwirte, Botaniker, Physiker, Chemiker.<sup>27</sup> Die Naturforschende Gesellschaft Emdens wurde fast ausschließlich von Gewerbetreibenden gegründet.<sup>28</sup>

In Städten mit Universitäten oder Hochschulen waren nicht selten Professoren, Dozenten, Assistenten oder auch Studenten maßgeblich an der Gründung von Vereinen beteiligt.<sup>29</sup> Ihr Einfluß konnte, wie das Beispiel der Naturforschenden Gesellschaft zu Halle (gegründet 1779) zeigt, auch hemmend wirken und die Gründung eines zweiten naturwissenschaftlichen Vereins provozieren.<sup>30</sup>

Um Aussagen über die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Vereine zu gewinnen, ist nicht nur die Frage nach dem Charakter, sondern auch die nach den Zielen der

<sup>24</sup> Vgl. Hirzel, Hans Caspar, Rede von dem Einfluß der gesellschaftlichen Verbindungen auf die Beförderung der Vorteile, welche die Naturlehre dem menschlichen Geschlecht anbietet, und dem Nutzen, den unser Vaterland von der Naturforschenden Gesellschaft erwarten kann, in: Abhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft Zürich, Nr. 1, Zürich 1761.

<sup>25</sup> Vgl. Statuten des Naturwissenschaftlichen Vereines in Hamburg, Hamburg 1831, S. 3 f.

<sup>26</sup> Vgl. Statuten des Naturwissenschaftlichen Vereines des Harzes, 4. Aufl. Blankenburg 1858, S. 3; Horn, Wilhelm, Bericht über die erste Versammlung des Naturwissenschaftlichen Vereins für Thüringen, Erfurt 1842, S. 1 f.

<sup>27</sup> Vgl. ebenda.

<sup>28</sup> Vgl. Meier, Hermann, a. a. O., S. 2.

<sup>29</sup> Vgl. Batsch, August Johann Georg Karl, Nachricht von der Gründung einer naturwissenschaftlichen Gesellschaft zu Jena 1793, Jena o. J., S. 9; Erdmann, B. A., Die Gesellschaft für Natur- und Heilkunde in Dresden, in: Denkschrift der Gesellschaft für Natur- und Heilkunde in Dresden zur Feier ihres 50jährigen Bestehens 1868; Dresden o. J., S. 3.

<sup>30</sup> Vgl. Marchand, Felix, Geschichte der Naturforschenden Gesellschaft zu Halle, in: Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Naturforschenden Gesellschaft in Halle, Halle 1879, S. IV ff.; Kohlmann, J. H. L., Auszug aus den Sitzungsprotokollen des Naturwissenschaftlichen Vereines in Halle, Nr. 1, Halle 1848/49, S. 3 ff.; Siefert, Helmut, a. a. O., S. 87 ff.

Vereine von Bedeutung. Darüber erfährt man etwas aus den Statuten, Sitzungsberichten und Publikationen.

Nun muß nicht immer die Gründung eines Vereins mit der Verabschiedung von Statuten verbunden gewesen sein; es kam häufiger vor, daß am Anfang mehr oder weniger lockere Zusammenkünfte stattfanden, in deren Verlauf dann die Gründung des Vereins und später dessen Sanktionierung durch die Annahme einer Satzung erfolgte.<sup>31</sup> In dieser dürfte dann aber das gemeinsame Ziel der sich zum Verein zusammenschließenden Personen fixiert worden sein, so daß die Satzung Auskunft über die Bestrebungen zu geben vermag.

Die Statuten spiegeln zunächst wider, was für einen Aufgabenkreis sich der Verein vorstellte, nämlich ein Spezialgebiet der Naturwissenschaft, wie Physik, Zoologie, Botanik, Geologie, oder ein Teilgebiet, das mehrere Spezialgebiete umfaßte, oder ein Komplexgebiet, das Spezialgebiete der Naturwissenschaft und angrenzender Wissenschaften, wie Pharmazie oder Medizin, einschloß. Einige Vereine bezogen sich auf das gesamte Gebiet der Naturkunde (Naturhistorie, Naturwissenschaft), wozu häufig auch alle medizinischen Disziplinen gerechnet wurden; andere wiederum suchten ein Spezialgebiet oder auch ein Teil- oder Komplexgebiet mit der Produktion oder Ökonomie allgemein in Verbindung zu bringen.

Auf diese Weise bildeten sich Vereine, die sich in folgende Gruppen unterteilen lassen: allgemeinwissenschaftliche Vereine (unter Einschluß der Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften), allgemein naturwissenschaftliche Vereine (unter Einschluß medizinischer Disziplinen), naturwissenschaftliche Vereine (die das Gesamtgebiet der Naturwissenschaft umfaßten), Komplex-Vereine, Teilgebiets-Vereine und Spezial-Vereine. Eine besondere Gruppe bildeten diejenigen Vereine, die auch Probleme der Produktion und Ökonomie mit behandeln wollten.<sup>32</sup>

Aus der Geschichte der Vereine geht hervor, daß sich diese nicht unbedingt immer dem einmal eingeschlagenen Weg verpflichtet fühlten, sondern verschiedentlich Nebenwege einschlugen oder neue Gegenstände zu ihrem Anliegen machten oder ihren Zuständigkeitsbereich verkleinerten. Aus Spezial-Vereinen konnten somit Teilgebiets- oder Komplex- oder auch naturwissenschaftliche Vereine werden; der umgekehrte Weg war ebenfalls möglich. Als hervortretende Tendenz

31 Ude, Hermann, a. a. O., S. 3 ff.; Martini, Fr. H. W., Entstehungsgeschichte der Gesellschaft Naturforschender Freunde in Berlin, a. a. O.; Siefert, Helmut, a. a. O., S. 91 ff.

32 Vgl. zu dieser Klassifizierung Siefert, Helmut, a. a. O., S. 43 ff., sowie als Beispiele einige Schriften, die nur eine kleine Auswahl sein können: Statuten der Gesellschaft zur Beförderung der gesamten Naturwissenschaften zu Marburg 1867, o. O. o. J.; Jungk, Ernst, a. a. O.; Noether, Max, Geschichte der Physikalisch-Medizinischen Sozietät zu Erlangen. 1808 bis 1908, in: Festschrift der Physikalisch-Medizinischen Sozietät zu Erlangen, Erlangen 1908; Hach, Adolph, Die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit in Lübeck während der ersten hundert Jahre ihres Bestehens. 1789 bis 1888, Lübeck 1889 = Festschrift zur Säkularfeier; Schumann, Eduard, Geschichte der Naturforschenden Gesellschaft in Danzig, 1743 - 1892, in: Schriften der Naturforschenden Gesellschaft zu Danzig, Danzig 1893; Gesetze der Gesellschaft Naturforschender Freunde, a. a. O.; Müller, Johannes, a. a. O.; Rabenau, H. v., Die naturforschende Gesellschaft zu Görlitz, in: Abhandlungen der naturforschenden Gesellschaft zu Görlitz, Görlitz 1884.

zeigt sich die zunehmende Spezialisierung im Vereinswesen, die sowohl in der Bildung von Spezial-Vereinen als auch in der Bildung von Sektionen innerhalb eines umfassender angelegten Vereins zum Ausdruck kam.

Das Vereinswesen folgte auf diese Weise dem Entwicklungsgang der Wissenschaft, wobei es aber auch eigenständige Impulse gab, indem es Gegentendenzen hervorbrachte, dem Zug der Spezialisierung zum Beispiel durch Zusammenfassung auseinanderklaffender Spezialgebiete entgegenstrebte. Insofern wirkte das Vereinswesen als Korrelat, denn in den Vereinen, wenn sie nicht gar zu sehr nur einem Spezialgebiet verpflichtet waren, trafen gewöhnlich Menschen zusammen, die verschiedenartige Interessen hatten, so daß es im Unterschied zum Wissenschaftsbetrieb nahelag, Fachspezielles mit allgemeineren Gesichtspunkten zu verbinden.

In den Formulierungen über die Ziele fällt auf, daß sich die meisten Vereine in einer weisen Selbstbeschränkung genügten. Sie wollten keine großen wissenschaftlichen Untersuchungen durchführen, nicht mit den Akademien und Universitätsinstituten in Wettstreit treten, sondern jene Lebensbereiche ausfüllen, die von den offiziellen Institutionen nicht erfaßt werden konnten. Diese allgemeine Aussage trifft für alle oben klassifizierten Vereinstypen zu, wobei natürlich entsprechend der spezifischen Aufgabenstellung unterschiedlich große Bereiche erfaßt wurden.

Die Gesellschaft zur Beförderung der gesamten Naturwissenschaften (gegründet 1816) in Marburg zum Beispiel wollte "alle Zweige der Naturkunde in ihrem ganzen Umfange" bearbeiten. <sup>33</sup>

Die Naturforschende Gesellschaft zu Emden (gegründet 1814) "begnügt sich mit der Durcharbeitung dessen, was die Koryphäen der Wissenschaft ihr und der Welt darbieten; mit der Pflege wissenschaftlichen Strebens, der Veredlung menschlichen Daseins durch die Naturerkenntnis". <sup>34</sup>

Die Naturforschende Privatgesellschaft zu Leipzig (Linnéische Societät) ist ein Beispiel für solche Vereine, die sich auf einige Gebiete der Naturwissenschaft konzentrierten; sie wollte vornehmlich die "naturhistorisch-geographischen" Kenntnisse Sachsens und die "Methodologie der Naturgeschichte" (auf dem Gebiet der Biologie) bereichern helfen. <sup>35</sup>

Die Märkische Ökonomische Gesellschaft (gegründet 1791) besaß acht Sektionen, darunter eine für Theorie, eine für Physik, eine andere für Erziehung, eine weitere für Zoologie und Phytologie. Dieser Verein wollte neben der Beschäftigung mit allgemeinen naturwissenschaftlichen Fragen vorwiegend "... Die Summe nützlicher ökonomischer Kenntnisse" vermehren, "die zur Aufnahme und Beförderung der einheimisch-ländlichen und städtischen Nahrungsgeschäfte dienen". <sup>36</sup>

Viele der in diesem Zeitraum - besonders vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1848 - entstandenen naturwissenschaftlichen Vereine suchten wie die Märkische Ökonomische Gesellschaft die Verbindung zur Produktionspraxis. Dazu gehören

<sup>33</sup> Vgl. Statuten der Gesellschaft zur Beförderung der gesamten Naturwissenschaften zu Marburg 1867, a. a. O., S. 5.

<sup>34</sup> Meier, Hermann, a. a. O., S. 17.

<sup>35</sup> Vgl. Statuten der Linnéischen Privatgesellschaft zu Leipzig, in: Nachricht von der am 31. Januar 1789 gestifteten Naturforschenden Privatgesellschaft zu Leipzig, Leipzig 1799, S. 30.

<sup>36</sup> Vgl. Statuten der Märkischen Ökonomischen Gesellschaft zu Potsdam, Neuer Abdruck Potsdam 1823, S. 6.

unter anderem die Physikalisch-Ökonomische Gesellschaft zu Königsberg (gegründet 1789), die Naturhistorische Gesellschaft zu Hannover (gegründet 1797), die Naturforschende Gesellschaft des Osterlandes (gegründet Altenburg 1817), die Naturhistorische Gesellschaft zu Nürnberg (gegründet 1801), der Verein für Naturkunde im Herzogthum Nassau (gegründet Wiesbaden 1829), der Naturwissenschaftliche Verein des Harzes (gegründet 1841).

In den Statuten des letzteren heißt es: "Besonders aber muß das Streben des Vereins dahin gehen, die gewonnenen wissenschaftlichen Resultate ins Leben überzutragen und so fördernd auf die Gewerbe und Künste durch die Wissenschaft zurück zu wirken ..."<sup>37</sup>

Die Polytechnische Gesellschaft zu Stettin war gegründet worden von einem kleinen Kreis akademisch gebildeter Techniker. Sie hatte sich zum Ziel gesetzt, den Austausch von Erfahrungen und Beobachtungen zu fördern, gemeinnützige Kenntnisse zu verbreiten und führend auf das heimische Gewerbe und die gesamte Industrie zu wirken. Zugleich wollte sie den Sinn für die tief in das praktische Leben eingreifenden Naturwissenschaften schärfen und neue Entdeckungen und Verbesserungen schnell zur allgemeinen Kenntnis bringen. Sie wollte dem Handwerk etwas bieten, aber auch von der handwerklichen Technik lernen.<sup>38</sup>

Der Polytechnische Verein zu Stralsund, der etwas später gegründet wurde (1864), suchte in der gleichen Weise zu wirken. Er sah in der anzustrebenden engeren Verbindung von Wissenschaft und Praxis ein Bedürfnis. Auch er wollte aus Erfahrungen und Beobachtungen gewonnene Kenntnisse von allgemeinem Interesse für das heimische Gewerbe und die gesamte Industrie nutzbar machen. Hier findet sich auch ein Hinweis, wie er eine solche Aufgabe zu lösen gedachte, nämlich durch Prüfung neuer Erfindungen und Vorschriften (Verfahren). Es sind auch drei Angaben darüber vorhanden, wo Anregungen des Polytechnischen Vereins zu Stralsund wirksam wurden: bei der Einrichtung eines Warmbades 1866, bei der Durchführung einer Gewerbeausstellung 1879 und bei praktischen Maßnahmen auf dem Gebiet der elektrischen Beleuchtung. Außerdem soll der Verein eine ausgezeichnete Bibliothek mit hervorragenden technischen Werken unterhalten haben. Betrachtet man die Statistik der Mitgliederzahl dieses Vereins, dann wird gleichzeitig deutlich, in welchem Zeitraum er den größten Zuspruch fand. 1864 zählte er 106, 1888 mehr als das Doppelte, nämlich 236, 1889 aber nur noch 97 Mitglieder.<sup>39</sup>

Außer den aufgeführten Zielen - Beschäftigung mit allgemeinen theoretischen und praktischen Fragen der Naturwissenschaft, Bearbeitung spezieller Gebiete, Austausch von Erfahrungen, gegenseitige Belehrung, wechselseitige Information über Fortschritte der Wissenschaft, Technik, praktische Nutzenanwendung, Beförderung der Gewerbe, Landwirtschaft durch wissenschaftliche Kenntnisse sowie Verbreitung praktischer Erfahrungen der Produktion - wurden noch andere Ziele verfolgt, in denen sich allgemeine zeitgenössische Bestrebungen und solche, die für ein Vereinsleben allgemein charakteristisch sind, widerspiegeln.

<sup>37</sup> Vgl. Statuten des Naturwissenschaftlichen Vereines des Harzes, a. a. O., S. 3 f.

<sup>38</sup> Vgl. Jahresbericht der Polytechnischen Gesellschaft zu Stettin für das 50ste Vereinsjahr 1911, Stettin 1912, S. XXI.

<sup>39</sup> Vgl. Stralsundische Zeitung, 10. 11. 1889.

Siefert untergliederte sie nach "Stadt, Land, Vaterland, Nation", nach "ethischen und religiösen", nach "personellen" Zielen und solchen, die "Freundschaft, Geselligkeit und Kollegialität" oder "Berufs- und Standesinteressen" beinhalten. 40

Die wichtigsten Gesichtspunkte dabei dürften folgende gewesen sein: der Heimat (im engeren und weiteren Sinn) zu dienen, die Wahrheit zu verbreiten, wie sie durch naturwissenschaftliche Erkenntnisse gefunden wurde, den Mitgliedern des Vereins ein Gefühl der Gleichberechtigung (entgegen den im Berufsleben bestehenden Rangunterschieden), der Geborgenheit, Anerkennung und Eintracht zu geben, sie zu gemeinsamen Unternehmungen anzuregen, sich zur gegenseitigen Belehrung und Fortbildung aufzumuntern, sich persönlich besser kennen und schätzen zu lernen, die Interessen des Vereins und auch einzelner gegenüber Behörden mit zu vertreten.

Zu den Programmpunkten der Vereine gehörte oft auch die Wissenschaftspropaganda und Popularisierung naturwissenschaftlicher Kenntnisse außerhalb des Vereins. 41 Das konnte durch Vorträge außerhalb des Vereins oder durch Einladung von Nichtmitgliedern erfolgen.

Struck schrieb in der "Geschichte des wissenschaftlichen Vereins zu Stralsund" (1867 bis 1927), daß Gäste erwünscht waren, "Damen" allerdings nicht, was er mit den Worten ergänzte, daß Versuche, letzteres zu ändern, "glücklich abgeschlagen" worden wären. 42

Ansonsten sah das Programm dieses Vereins so aus, daß in jedem Winter (Oktober bis April) zehn bis zwölf Vorträge über wissenschaftliche Gegenstände gehalten wurden, denen anschließend Diskussionen folgten, die in geselliges Beisammensein übergingen. 43 Vorträge zu halten, war jedes Mitglied verpflichtet. Die Zahl der Mitglieder war anfangs auf zwölf begrenzt, die Teilnahme an den Zusammenkünften war wie die Übernahme von Vorträgen Pflicht. 44 Zu den Mitgliedern zählten Professoren (wahrscheinlich Gymnasialprofessoren), Stadtbaumeister, Sanitätsräte, Kaufleute, Apotheker, Juristen, Offiziere, Pastoren, Philologen, Ingenieure. 45 Ein Protokoll über die Sitzungen wurde jahrzehntelang nicht geführt; erst 1922 begann man damit. Der Verein trat wie der Polytechnische Verein zu Stralsund auch für öffentliche Belange auf, so veranstaltete er zum Beispiel Vorträge zwecks Sammlung von Geld für die Milderung der durch eine Sturmflut verursachten Not. 46

Zwischen dem Wissenschaftlichen Verein zu Stralsund und dem Polytechnischen Verein zu Stralsund scheinen gute Beziehungen bestanden zu haben, denn ersterer unterstützte den zweitgenannten mit Vorträgen. 47 Aus der Vortragstätigkeit all-

40 Vgl. Siefert, Helmut, a. a. O., S. 123 ff.

41 Vgl. z. B. Meier, R., Geschichtliches Vorwort, in: Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Jubiläums der naturforschenden Gesellschaft zu Freiburg i. Br., Freiburg 1871, S. VI.

42 Vgl. Struck, Ferdinand, Geschichte des wissenschaftlichen Vereins zu Stralsund. 1867 bis 1927, Stralsund 1927.

43 Vgl. ebenda.

44 Vgl. ebenda.

45 Vgl. ebenda.

46 Vgl. ebenda.

47 Vgl. ebenda.

gemein sind nicht viele Themen überliefert, doch aus den bekannten läßt sich schlußfolgern, daß man ein breites Spektrum zu erreichen suchte.

So wurden zum Beispiel Vorträge gehalten über "Das Gesetzmäßige in der Natur" oder "Über die menschliche Willenskraft" oder über "Die Farben" oder über "Das organische Leben in der Natur" oder über "Die Grundlagen der persönlichen und öffentlichen Gesundheitspflege" 48

Zu den Zielen einiger Vereine gehörten auch gezielte politische Bestrebungen; so mehrten sich insbesondere gegen Ende des hier behandelten Zeitraums die Versuche, die Schulpolitik der Regierungen zu beeinflussen, um besonders eine Verbesserung des naturwissenschaftlichen Unterrichts durchzusetzen. 49

Natürlich hatten die lokal begrenzten Vereine meist nur in bezug auf das sogenannte Stadtreghiment eine Chance der Einwirkung. Die regionalen Vereine, soweit sie eine entsprechende Mitgliederzahl aufzuweisen hatten, konnten dagegen schon ihr Gewicht in den Landesregierungen zur Geltung bringen. Die überregionalen Vereine, von denen für den hier behandelten Zeitraum vorwiegend die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte interessant erscheint, dürften dagegen weiterreichende politische Zielsetzungen verfolgt haben. Für die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte jedenfalls ist dies evident. Sie war von Anfang an als ein Verein konzipiert, der allen deutschen Naturforschern offenstehen sollte und der bewußt auf eine Zusammenfassung der im gesamten deutschen Sprachgebiet tätigen Naturwissenschaftler und Ärzte abzielte. 50

Diese Gesellschaft wurde zu einem Politikum in Deutschland. Das wurde nicht nur dadurch unterstrichen, daß die Gesellschaft jedes Jahr in einer anderen deutschen Stadt unter der Leitung anderer Geschäftsführer tagte, sondern auch durch das öffentliche Interesse, das sie dabei erweckte.

Die fünfte Versammlung dieser Gesellschaft, die 1826 in Dresden stattfand, zählte 115 eigentliche Mitglieder, mit Freunden und Gästen insgesamt 250 Teilnehmer. 51 Vergleicht man damit die 36. Versammlung, die 1861 in Speyer stattfand, dann erkennt man den Fortschritt, den diese Gesellschaft im Verein mit dem Aufschwung der Einigkeitsbestrebungen des erstarkten Bürgertums - trotz der partiellen Niederlage in der Revolution von 1848 - erzielt hatte; denn in Speyer rechnete man bereits mit 1000 Teilnehmern. 52

Aus der 1850 in Greifswald durchgeführten 27. Versammlung geht bereits hervor, daß die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte gesamtdeutsche Aufmerk-

48 Vgl. ebenda.

49 Vgl. z. B. Doermer, Ludwig, Hundert Jahre Naturwissenschaftlicher Verein in Hamburg, in: Festschrift zur Hundertjahrfeier, hg. v. Max Egon Thiel, Hamburg 1937, S. 32 f.

50 Vgl. Statuten der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte, in: Pfannenstiel, Max, a. a. O., S. 39; Eine rückwärts und vorwärts gerichtete Betrachtung als Ergebnis der ersten Tagung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte, in: Journal für Chemie und Physik, Bd. 37, Nürnberg 1823, S. 455 ff.; Littrow, Josef Johann, Bericht über die Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte in Wien 1832, Wien 1832.

51 Vgl. Pfannenstiel, Max, a. a. O., S. 45 f.

52 Vgl. Archiv der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Acta Bestand Rektorat, Nr. 836, Schreiben über die 36. Versammlung der deutschen Naturforscher und Ärzte in Speyer.



samkeit erregt hatte. In einem Schreiben wurden die Universität und die Stadt darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlung dieser Gesellschaft in allen Städten immer eine glänzende Aufnahme gefunden habe. Daraus wurde die Verpflichtung für Greifswald abgeleitet, nicht zurückzustehen und die Kosten nicht zu scheuen. 500 Taler wurden aus dem Vermögen der Universität aufgebracht. Selbst der preußische König fühlte sich verpflichtet, diese Tagung der Gesellschaft zu unterstützen, und stellte 1000 Taler aus der Staatskasse zur Verfügung. 53

### 3. Die historischen Möglichkeiten der naturwissenschaftlichen Vereine

Es ist sehr kompliziert, die Möglichkeiten der naturwissenschaftlichen Vereine, auf den Lauf der Geschichte einzuwirken, zu beurteilen. Noch komplizierter wird dieses Problem, wenn man speziell nach den Einwirkungen dieser Vereine auf die Entwicklung der Produktivkräfte sucht. Die Schwierigkeiten bestehen zu einem wesentlichen Teil darin, daß die Vereine privater Natur waren und keine Unterlagen über ihre Aktivitäten an städtische oder staatliche Archive gegeben haben. Der Schriftwechsel wurde von dem jeweiligen Geschäftsführer geführt und verwaltet, an den folgenden weitergegeben und wahrscheinlich in den meisten Fällen nach einiger Zeit nicht mehr für aufhebenswert befunden. Um überhaupt einiges zu dem Problem sagen zu können, muß man sich auf die Statuten, Mitteilungen, Festschriften, historischen Darstellungen über einen Verein, Publikationen und zeitgenössischen Reflektionen stützen. Dieses Material ist ebenso vielfältig wie zahlreich, aber wenig informativ.

Siefert führte folgende "Mittel zur Verwirklichung der Ziele" naturwissenschaftlicher und medizinischer Vereine auf: "Zusammenkünfte der Mitglieder und öffentliche Vorlesungen", "Veröffentlichungen", "Lesezirkel und Bibliotheken", "Naturkundliche Sammlungen". 54 Hieraus geht schon hervor, daß die Vereine keine allzu großen Aktivitäten auf die Entwicklung der Produktivkräfte ausüben konnten. Sie verfügten weder über politische Macht noch über große finanzielle Mittel, um etwa naturwissenschaftliche Experimente durchzuführen oder gar Forschungslaboratorien und wissenschaftlich-technische Versuchsanstalten unterhalten zu können, die Erfindungen und Entdeckungen zu machen und auf industrielle Maßstäbe zu übertragen in der Lage gewesen wären. Legt man solche Maßstäbe an, dann war die Wirkung der Vereine auf die Entwicklung der Produktion und selbst auch auf die Entwicklung der Wissenschaft gering.

Es gab selbst in den Zeiten, wo das wissenschaftliche Vereinswesen in Blüte stand, nicht wenige und nicht unbedeutende Stimmen, die das Vereinswesen sogar als ein Hemmnis für den wissenschaftlichen Fortschritt betrachteten, weil die "Vereinsmeierei" die Mittelmäßigkeit deklarierte und niemals selbst wissenschaftliche Ergebnisse hervorbringen könnte; denn der wissenschaftliche Fortschritt habe sich stets aus der Leistung des einzelnen Wissenschaftlers ergeben.

Justus von Liebig bezeichnete die Vereine sogar als "krebsartige Geschwüre", die das "Lebendige in der Wissenschaft" untergrüben. 55 Diese Bemerkung wiegt

53 Vgl. ebenda, Nr. 539.

54 Siefert, Helmut, a. a. O., S. 166 - 183

55 Vgl. Liebig, Justus v., Über das Studium der Naturwissenschaften und über

um so schwerer, als Liebig selbst größtes Interesse daran hatte, den Wert der naturwissenschaftlichen Forschung für die Erkenntnis und Produktion möglichst vielen Bürgern bewußt zu machen. Es wäre indessen auch nicht richtig, in dem Urteil Liebigs nur eine Ablehnung des Vereinswesens zu sehen. Es war eher eine Warnung vor zu großen Erwartungen, daß sich durch ein Vereinsleben wesentliche Fortschritte der Wissenschaft und ihrer Anwendung in der Produktion erzielen lassen. In der Beurteilung kommt es wohl darauf an, von den Möglichkeiten des Vereinswesens auszugehen, Möglichkeiten, die nicht immer mit den Zielstellungen und Absichten eines Vereins übereinstimmen müssen.

Betrachtet man die Möglichkeiten der naturwissenschaftlichen Vereine auf politischem Gebiet, so geht man sicher nicht fehl, wenn man ihnen nur eine geringe politische Macht zuerkennt. Fügt man noch hinzu, daß die Vereine oft schon bei ihrer Gründung, andere bald danach in Abhängigkeit von einer Stadt oder Landesregierung oder wenigstens unter deren Kontrolle gerieten, dann könnte es scheinen, daß sie so gut wie gar keine Rolle im politischen Leben gespielt haben. Dennoch wäre eine solche Schlußfolgerung nicht richtig.

Allein schon die große Zahl der Vereine war ein politischer Faktor, der durch seine bürgerlich-demokratische Gestalt noch ein größeres Gewicht bekam. Zugleich wirkten in den Vereinen eben Bürger, die sich zu den demokratischen Spielregeln bekannnten, die durch ihre Intelligenz und ihre Stellung in der Gesellschaft eine wichtige Rolle spielten. Es war eine progressive bürgerliche Schicht, die zunächst der Aufklärung und dann der ökonomischen und politischen Einigkeitsbestrebungen verbunden war und die auch dadurch politischen Einfluß ausübte.

Allerdings war dieser Einfluß nicht so bemessen, daß die Vereine selbst als eine politische Gruppierung auftraten, und wenn, dann erschöpfte sich ihr aktiver Einsatz für den Emanzipationskampf des Bürgertums in Erklärungen über die Einheit der deutschen Wissenschaft und Nation. Aber innerhalb dieser Vereine war man eben bürgerlich und sprach über die Probleme, die das Bürgertum ängigen, wobei die wissenschaftlichen und technischen und ökonomischen eine erstrangige Bedeutung hatten; denn die Bourgeoisie mußte in diesem Zeitraum die Produktivkräfte entwickeln, um den Feudalismus endgültig schlagen zu können. Jede Information über eine naturwissenschaftliche Entdeckung, Erkenntnis oder den technischen Fortschritt war eine Waffe mehr in diesem Kampf, ebenso wie die Übung der demokratischen Spielregeln, die Selbständigkeit und Sicherheit, die aus der Gemeinsamkeit und Interessenverbundenheit erwachsen.

In diese Richtung wirkten auch die Absichten, sich persönlich kennenzulernen und das gesellige Leben zu pflegen. Durch das Bekanntwerden mit den persönlichen Problemen entwickelte sich der Sinn für die Gemeinsamkeit der bürgerlichen Interessen, damit auch der Sinn für den Zusammenschluß und für gemeinsame Unternehmungen. 56

In der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte, die als eine bürgerlich-nationale konzipiert und organisiert war, wurden besonders die Bestrebungen

den Zustand der Chemie in Preußen, in: derselbe, Reden und Abhandlungen, hg. v. Moritz Carrière, Leipzig/Heidelberg 1874.

56 Vgl. Statuten der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte, § 2, in: Pfannenstiel, Max, a. a. O., S. 39 f.: "Der Hauptzweck der Gesellschaft ist, den Naturforschern und Ärzten Deutschlands Gelegenheit zu verschaffen, sich persönlich kennenzulernen."

sichtbar, die auf eine Überwindung des Duodez-Absolutismus und damit eine Zusammenfassung der zersplitterten Kräfte abzielten. Wurde letzteres offiziell auch auf den wissenschaftlichen Sektor beschränkt, so war es dennoch zugleich und zumindest eine politische Demonstration. Für den Wissenschaftsbetrieb selbst war es auf alle Fälle durch den alljährlichen Erfahrungs- und Gedankenaustausch eine Sammlung der Kräfte, ein Kulminationszentrum, das in alle Länder ausstrahlte, das Ansehen des jungen naturwissenschaftlichen Berufes erhöhte, den Rang und die Bedeutung der naturwissenschaftlichen Forschung unterstrich. 57

Die großen wissenschaftlichen Vereine, die sich gegen Ende des hier untersuchten Zeitraumes und in dem nächstfolgenden bildeten, besaßen allerdings einen wesentlich größeren politischen Einfluß, doch war dieser von dem im Verlauf von hundert Jahren entwickelten Vereinswesen vorbereitet worden.

Betrachtet man als zweiten Komplex die Wirksamkeit der naturwissenschaftlichen Vereine auf wissenschaftlichem Gebiet, so könnte man bei einer nur oberflächlichen Einsicht zu dem Ergebnis kommen, daß sie keinen Anteil an den großen Entwicklungen, ja nicht einmal einen beachtlichen Anteil an der Masse der mittleren und kleineren Entwicklungen hatten. Nun darf man aber den wissenschaftlichen Fortschritt nicht allein auf große Entdeckungen und Erkenntnisse zurückführen wollen, denn diese bedurften einer breiten Basis gerade auch hinsichtlich des Publikums, das sie als sein Anliegen verstand, begünstigte und erwartete und aus dem schließlich auch nur jene immer größer werdende Zahl derjenigen hervorgehen konnte, die als Wissenschaftler und Lehrer zu den Pionieren des Fortschritts wurden.

Hier aber haben die naturwissenschaftlichen und auch ärztlichen Vereine eine hervorragende Rolle gespielt, denn sie waren Zentren, von den persönlichen Interessen getragene Körperschaften, in denen Geist und Methode der Naturwissenschaft geachtet, diskutiert und gepflegt wurden.

Diese Seite wird derjenige nicht unterschätzen, der die Situation der Wissenschaft im 19. Jahrhundert, vor allem in dessen erster Hälfte, kennt. Denn es war keineswegs so, daß die Mehrzahl der Wissenschaftler den Fortschritt immer gleich erkannte und anerkannte. Man denke nur an die Kämpfe, die Justus von Liebig oder Louis Pasteur auszufechten hatten, um ihre Erkenntnisse von ihren Berufsgenossen anerkannt und angewandt zu sehen.

Bernal machte darauf aufmerksam, daß in England im Jahre 1831 die British Association for the Advancement of Science gegründet wurde, weil "die Regierung und ihre Vertreterin in wissenschaftlichen Fragen, die Royal Society ..., den neuen Bedürfnissen gegenüber versagt hatten."<sup>58</sup> Die Royal Society hatte sich nach den Worten von Charles Babbage "zu einer exklusiven Körperschaft von Beamten entwickelt", die Association bildete eine "Ersatzorganisation", von "der man erwarten konnte, daß sie im Namen der Wissenschaft handeln und sprechen würde".<sup>59</sup>

Dieses im Namen der Wissenschaft Handeln und Sprechen war also eine sehr wichtige Aufgabe, um die wissenschaftliche Arbeit zu verbessern und ihre Anwendung

57 Ebenda, S. 61 ff.

58 Vgl. Bernal, John Desmond, Die Wissenschaft in der Geschichte, Berlin 1961, S. 392, 467 ff.

59 Ebenda, S. 392.

im Leben schneller durchzusetzen. Bemerkenswert ist, daß die Association "nach dem Vorbild der im Jahre 1822 von Lorenz Oken gegründeten Deutschen Naturforscherversammlung geschaffen" wurde.<sup>60</sup>

Die Aufklärung besaß mit den Vereinen wirkungsvolle Stützpunkte; in den dreißiger und vierziger Jahren fand die emporschnellende Naturwissenschaft in den Vereinen ein aufnahmebereites Publikum, das zugleich auf breitere Kreise einzuwirken bestrebt war. Wenn die Naturwissenschaften trotz des sprunghaft steigenden Bedarfs keine Nachwuchsprobleme hatten, so lag das zu einem wichtigen Teil mit an dem durch die Vereine geweckten Interesse breiter Schichten. Auf diese Weise haben die Vereine also durchaus einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die Entwicklung der Produktivkräfte geleistet. Gegen Ende des hier untersuchten Zeitraumes mehrten sich dann auch solche Bestrebungen, durch Einflußnahme auf die Schulpolitik eine Erweiterung und Verbesserung des Unterrichts in den Naturwissenschaften zu erreichen.<sup>61</sup> Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich eine breite pädagogische Reformbewegung zugunsten des naturwissenschaftlichen Unterrichts an allgemeinbildenden Schulen.

Betrachtet man als dritten Komplex die Frage, welchen Einfluß die Vereine auf die Entwicklung der Produktion auszuüben vermochten, dann ergeben sich folgende Überlegungen. Aus der personellen Zusammensetzung vieler Vereine geht hervor, daß auch Gewerbetreibende, Kaufleute und Landwirte Mitglieder waren, die hier Informationen über naturwissenschaftliche Entdeckungen und Theorien erhielten und diskutierten. Im einzelnen wird sich kaum nachweisen lassen, wann und wo und wer in seinem Betrieb diese oder jene Anregung umgesetzt hat; mit großer Wahrscheinlichkeit darf aber trotzdem geschlossen werden, daß solche Möglichkeiten durch das Vereinswesen bestanden haben und auf vielfältige Weise realisiert wurden.

Mit der gleichen Berechtigung darf angenommen werden, daß umgekehrt auch der Naturwissenschaftler durch die Mitteilungen der Praktiker in den Vereinen auf Probleme aufmerksam gemacht wurde, auf die er in seiner Studierstube und auch in seinem Laboratorium allein nicht gekommen wäre. So ist es durchaus denkbar, daß Wissenschaftler angeregt wurden, Probleme der Produktion zum Gegenstand von Untersuchungen zu machen. Schließlich hatten einige Vereine sich direkt auch die Aufgabe gestellt, die Produktion durch Vermittlung naturwissenschaftlicher Kenntnisse zu unterstützen und zu vervollkommen.<sup>62</sup>

Man darf auch nicht übersehen, daß die Popularisierung naturwissenschaftlicher Kenntnisse seitens der Vereine sich an breite Kreise der bürgerlichen Gewerbetreibenden und Landwirte richtete, die keine Gelegenheit für den Besuch einer Gewerbeschule oder gar höheren Ausbildungsstätte hatten. Auf diese Weise dürften die Vereine manch einem Gewerbetreibenden Anregungen und Impulse gegeben haben, seine Produktion nach modernen Erkenntnissen einzurichten.

Zusammenfassend läßt sich über die Bedeutung der naturwissenschaftlichen Vereine folgendes sagen: Sie bestand erstens in der Unterstützung der Emanzipationsbewegung des Bürgertums durch Vereinigung der Kräfte und Entwicklung demokratischer Organisationsformen sowie des gemeinsamen, gleichberechtigten

60 Ebenda.

61 Vgl. z. B. Doermer, Ludwig, a. a. O., S. 32 f.

62 Vgl. z. B. Statuten der Märkischen Ökonomischen Gesellschaft zu Potsdam, a. a. O., S. 6 ff.

Beisammenseins; zweitens in dem Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern des Vereins über neue Ergebnisse der Naturwissenschaften und über eigene wissenschaftliche Untersuchungen; drittens in der Übertragung naturwissenschaftlicher Kenntnisse auf die Produktionspraxis und Untersuchungen ihrer Probleme; viertens in der Popularisierung naturwissenschaftlicher Kenntnis unter einem breiten Publikum.

Die Wirkungsmöglichkeit der überwiegenden Zahl der naturwissenschaftlichen Vereine war lokal oder regional begrenzt und im einzelnen nicht hoch bemessen; summiert jedoch bildete das wissenschaftliche Vereinswesen einen wichtigen Faktor der Entwicklung. Der wissenschaftliche Fortschritt wurde zwar nicht von ihnen, sondern von den aufstrebenden naturwissenschaftlichen Disziplinen der Universitäten und technischen Hochschulen getragen, die Vereine unterstützten jedoch diesen Prozeß, indem sie für eine breite Basis sorgten. Auf diese Weise haben sie zu einem wichtigen Teil dazu beigetragen, den gegen Ende der hier untersuchten Periode auf naturwissenschaftlicher Grundlage einsetzenden Aufschwung der Produktivkräfte vorbereiten zu helfen.

In dem folgenden Zeitabschnitt (ab 1870/71) gewannen besonders die neu entstehenden großen naturwissenschaftlichen Vereine unter den neuen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Voraussetzungen und einer dementsprechend konzentrierteren Zielsetzung stärkeren Einfluß im gesellschaftlichen Leben.

Überlegungen zur  
sozialökonomischen Theorie und Empirie des Aristoteles<sup>+</sup>

von Gert Audring

Wer sich für die wirtschaftliche und politische Entwicklung der altgriechischen Staatswesen interessiert, gerät über kurz oder lang an Aristoteles' Schriften zur Gesellschaft und wird vor allem der "Politik" Aufmerksamkeit und Geduld widmen. In diesem Werk stößt man auf eine Fülle von theoretischen Überlegungen und empirisch gewonnenen Materialien, die Aristoteles dem Leser offen unterbreitet oder anhand historisch-politischen Stoffes eingängig machen will. In der Erschließung der aristotelischen Hinterlassenschaft für unsere Gesellschaft stehen wir - trotz der Pionierarbeiten von E. Ch. Welskopf - noch ganz am Anfang. Das verrät sich gewiß auch in der Auswahl der beiden Probleme, zu denen hier kurze Diskussionsbemerkungen vorgetragen werden sollen:

1. Nach welchen Kriterien unterscheidet Aristoteles die tragenden Kräfte der Polisgesellschaft?
2. Welchen Wert besitzen bestimmte Einzeläußerungen des Aristoteles über sozialökonomische Verhältnisse für den Althistoriker?

1. Zu den "Teilen des Staates" (μέρη τῆς πόλεως)<sup>1</sup>

Für Aristoteles ist der Staat (πόλις) seiner Natur nach eine Vielheit (πλῆθος - 1261 a 18) von Menschen.<sup>2</sup> Jedoch macht nicht diese Menschenmenge schlechthin den Staat aus, sondern die Vielheit muß zugleich auch aus Menschen von verschiedener Art (εἶδος - 1261 a 22-24) bestehen. Diese Ansicht wiederholt Ari-

<sup>+</sup> Der erste Abschnitt dieses Beitrags wurde auf dem wissenschaftlichen Kolloquium des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR "Aristoteles als Wissenschaftstheoretiker" (3. bis 6. Januar 1979 in Berlin) vorgetragen, einer Veranstaltung, die dem 2300. Todestag des großen antiken Philosophen gewidmet war.

- 1 Eine knappe, lesenswerte Übersicht zu Aristoteles' Lehre von den "Teilen des Staates" gibt Kahlenberg, Kaethe, Beitrag zur Interpretation des III. Buches der aristotelischen Politik, Diss. Berlin 1934, wieder abgedr. in: Schriften zu den Politika des Aristoteles, hg. v. Peter Steinmetz, Hildesheim/New York 1973, S. 169 ff. - Leider ist der Verfasserin bei ihrem akademischen Referat die Leidenschaft des Aristoteles für seinen brisanten Stoff entgangen.
- 2 Ich folge dem Text der "Politik" von W. David Ross (Oxford 1967) und benutze für Paraphrasen und auszugsweise Wiedergabe die Übersetzung Franz Susemihls in der Bearbeitung von Nelly Tsouyopoulos und Ernesto Grassi (Hamburg 1965). Gelegentliche eigene Änderungen im deutschen Text wurden nicht gesondert ausgewiesen. Hervorhebungen stammen jeweils von mir. Da durchweg nur aus der "Politik" zitiert wird, darf hier die bloße Seiten- und Zeilenangabe genügen.

stoteles an anderer Stelle; er spricht davon, daß sich der Staat aus Ungleichheiten ( $\xi\xi$  ἀνομοίων 1277 a 5) zusammensetzt, aus ungleichartigen Formen oder Gattungen ( $\xi\xi \dots \text{ἀνομοίων} \dots \text{εἶδων}$  1277 a 9 f.). Jeder Staat besteht nach Aristoteles zugleich aus einer größeren Anzahl von Teilen ( $\muέρη$  1289 b 27 f.); zunächst aus Haushalten ( $\xi\xi$  οἰκιῶν); die große Zahl der Haushalte wiederum gliedert sich notwendig in die der Reichen, der Armen und der Leute mit mittlerem Vermögen. Die Reichen und die Armen lassen sich in Bewaffnete und Unbewaffnete scheiden. Weiter teilt Aristoteles das Volk in den bauerlichen Demos, den Demos der Händler und den Demos der Handwerker. Auch bei den Vornehmen gibt es Unterschiede ( $\deltaιαφοραί$ ), so nach Reichtum und Umfang des Vermögens, beispielsweise können sich Pferdezucht nur Reiche leisten. Zu den Unterschieden im Reichtum kommen noch die nach Herkunft und nach Tüchtigkeit ( $\ἀρετῇ$ ) usw. (1289 b 28 ff.). Mehrere Arten ( $\epsilonἶδη$ ) des Demos und der Vornehmen konstatiert Aristoteles auch andernorts; zu ersteren rechnet er Bauern, Handwerker, Händler, Seeleute verschiedener Profession, Tagelöhner und andere mehr (1291 b 17-28).

Weil die "Teile des Staates" selbst von unterschiedlicher Art sind, gibt es - je nach dem Grad, in dem diese "Teile" eine Verfassung tragen - verschiedene Arten von Staatsverfassungen ( $\text{πολιτεῖαι}$  - 1290 a 5-7).

Diese etwas längere Paraphrase aus dem vierten Buch der "Politik" macht deutlich, daß Aristoteles unter den "Teilen des Staates" einerseits alle diejenigen sozialen Gruppierungen versteht, die in irgendeiner Form Anteil an der Ausübung der Regierungsgewalt in den Poleis besitzen. Zugleich gibt er andererseits zu verstehen, daß ihm diese "Teile" nicht einfache Quantitäten des Staatsganzen darstellen, sondern nach ihrer Qualität geschieden sind. In der Forschung ist längst anerkannt, daß Aristoteles die Gliederung der  $\muέρη$  in der real existierenden Polis nach der wirtschaftlichen Lage der Bürger vornimmt.<sup>3</sup> Für die Arbeit auf historischem und wirtschaftsgeschichtlichem Gebiet wird Aristoteles' Auffassung über die unterschiedlichen Qualitäten seiner "Teile der Polis" stets von großem Interesse sein; einige ihrer Aspekte, die wegen ihrer Dynamik auffallen, sollen daher im folgenden vorgestellt werden.

Im fünften Buch der "Politik" untersucht Aristoteles unter anderem die Ursachen für Verfassungsänderungen in den griechischen Poleis. Dabei bemerkt er: "So wie im Krieg die Überschreitung auch der kleinsten Gräben die Truppen aus Reih und Glied bringt, so erzeugt offenbar (auch im Staat<sup>4</sup>) jeder Unterschied ( $\deltaιαφορά$ ) ein Auseinandergehen ( $\deltaιαστάσεις$ ). Das stärkste Auseinandergehen nun findet zwischen Tugend ( $\ἀρετῇ$ ) und Schlechtigkeit ( $\text{μοχθηρία}$ ) statt, dann folgt das zwischen Reichtum ( $\text{πλοῦτος}$ ) und Armut ( $\text{πενία}$ ), und so ist denn immer noch wieder eins stärker als das andere ..." (1303 b 12-14). Ohne das Urteil des Philosophen über die erstrangige Bedeutung des ethisch bestimmten Gegensatzpaares  $\text{aretē} - \text{mochtheria}$  herabspielen zu wollen - Übermut ( $\text{ὕβρις}$ ) und Schurkerei ( $\text{ἠσυχουργία}$  - z. B. 1295 b 11) der Menschen besitzen für ihn großes Gewicht in den öffentlichen Angelegenheiten -, muß doch betont werden, daß Aristoteles bei der Anwendung dieser Theorie der Unterschiede auf die "Teile" der real

<sup>3</sup> Vgl. z. B. Kahlenberg, Kaethe, a. a. O., S. 174, 177 f.; Moraux, Paul,

Quelques apories de la Politique et leur arrière-plan historique, in: La Politique d'Aristote. Entretiens sur l'antiquité classique XI, Vandoeuvres-Genève 1965, S. 145, 157. - Den Aspekt der sozialen Schichtung übersieht Bien, Günther, Die Grundlegung der politischen Philosophie bei Aristoteles, Freiburg/München 1973, S. 200.

<sup>4</sup> Vom Übersetzer zum besseren Verständnis eingefügt,

existierenden Poleis ausdrücklich die sozialen Gegensätze als grundrechtlich hervorhebt. Er zitiert prinzipiell zustimmend die "Meinung vieler", Fähigkeiten wie die Produktion von Lebensmitteln, die Verteidigung der eigenen Polis und das Mitwirken an der Staatsleitung könnten durchaus ein und dieselben Menschen auf sich vereinigen, "so daß also dieselben Leute zugleich Krieger, Landwirte und Handwerker sind und dazu auch Ratsherren und Richter, und selbst auf die Tugend (aretē) machen alle Anspruch, und die meisten glauben, Regierungsämter verwalten zu können. Daß dagegen dieselben Leute zugleich arm und reich seien, ist unmöglich. Deswegen scheinen dies die wesentlichsten Teile des Staates zu sein (μέρη μάλιστα εἶναι δοκεῖ πόλεως), nämlich die Armen und die Reichen, und da überdies noch gewöhnlich die Reichen die Minder- und die Armen die Mehrzahl bilden, scheinen nur diese beiden Teile des Staates wirklich entgegengesetzte Teile (ἐναντία μέρη) desselben zu sein, so daß sie (die oben genannten vielen - G. A.) denn auch die Verfassungen nur, je nachdem einer dieser beiden Teile das Übergewicht hat, unterscheiden und zwei Verfassungen zu bestehen scheinen, Demokratie und Oligarchie" (1291 b 2-13).

Schon 1289 b 29 f. hat Aristoteles ausgeführt, die Menge des Staatsvolkes unterscheide sich notwendig in Reiche und Arme<sup>5</sup>. Weitere Belege für diese Auffassung sind 1296 a 12: in den kleinen Poleis sind fast alle Menschen entweder arm oder wohlhabend; 1315 a 31-33: die Staaten bestehen aus zwei Teilen (ἐν δύο ... μορίων), aus den armen Leuten und den Reichen; ein Tyrann muß darauf bedacht sein, beide an der Erhaltung seiner Herrschaft zu interessieren; 1316 b 6 f. wird die Behauptung Platons zurückgewiesen, (nur) ein oligarchisch regierter Staat bestehe aus zwei Poleis, einer der Reichen und einer der Armen. Dies sei vielmehr der Fall in jedem Staat, in dem nicht alle gleich viel besitzen oder nicht alle gleich gut (agathós) sind.

Von "augenscheinlich entgegengesetzten Teilen des Staates" (ἐναντία ... μέρη τῆς πόλεως), das heißt den Reichen und dem Demos, spricht Aristoteles auch 1304 a 39. Um eine Polisverfassung zu bewahren, müsse man immer die entgegengesetzten Teile (ἀντικείμενα μόρια) (des Staates zugleich) an den Staatshandlungen und -ämtern teilnehmen lassen, schreibt der Philosoph, und erläutert dazu: "als Gegensätze (ἀντικείμενα) meine ich die Vornehmen und die Volksmasse, die Armen und die Reichen" (1308 b 25-28). Weitere Belege dieser Art lassen sich beibringen.

Vereinzelt geht Aristoteles etwas näher auf Erscheinungsformen der Gegensätzlichkeit beider großen gesellschaftlichen Gruppen ein. Von den Armen heißt es, sie begehren nach fremdem Eigentum, dem der Reichen (1295 b 30-32). Die Armen werden den Reichen niemals dienen (δουλεύειν) wollen - und umgekehrt

5 Der ebenfalls erwähnte Mittelstand darf hier übergangen werden; er gerät an dieser Stelle sogleich wieder aus Aristoteles' Blickfeld und bleibt überhaupt in der "Politik" auffallend farblos. Darüber kann auch die Wärme, mit der Aristoteles dieses Abstraktum behandelt, nicht hinwegtäuschen. Das Problem der goldenen Mittl ist in der bürgerlichen Literatur unter philosophischen Aspekten ausgiebig behandelt, eine Konfrontation mit dem gesellschaftlichen Wirken dieses wie auch immer gearteten Mittelstandes im 5. und 4. Jh. v. u. Z. jedoch noch nicht versucht worden. Hat er überhaupt existiert? Empirisch gewonnene Beobachtungen zum Verhalten der Angehörigen des Mittelstandes (μέσοι) teilt Aristoteles bezeichnenderweise nicht mit; dies steht in einem gewissen Gegensatz zu dem, was er über andere Gesellschaftsschichten weiß und sagt.



die Reichen nicht den Armen, Abwechselnde Herrschaft dieser beiden Kontrahenten ist nicht denkbar "wegen des Mißtrauens gegeneinander" (διὰ τὴν ἀπιστίαν τὴν πρὸς ἀλλήλους - 1297 a 1-5).

Viele Passagen in der "Politik" sprechen dafür, daß der Weg vom sozialen "Unterschied" (διαφορά) über das "Auseinandergehen" (διάστασις) der Interessen zur στάσις (Parteienbildung, auch Aufstand, Bürgerkrieg) in zahlreichen griechischen Poleis nicht lang war (vgl. etwa 1296 a 7 ff.). Bei der Besprechung der Ursachen für Aufstände in den Poleis und Umwälzungen der Staatsverfassung (στάσεις und μεταβολαί 1303 a 13 f.) dringt Aristoteles bis zu einer regelrechten Typologie der stáseis vor, die sich nach unseren Begriffen grundsätzlich an den sozialen Hauptwidersprüchen orientiert. So heißt es 1303 b 3-7: "In den Oligarchien aber ist es die Menge der kleinen Leute (οἱ πολλοί), die sich erhebt, indem sie sich beeinträchtigt fühlt... in den Demokratien aber die Vornehmen, weil sie mit denen gleiche Rechte haben, welchen sie doch ungleich sind."

Einige Beobachtungen zur Haltung der Masse des Volkes in den Poleis, die Aristoteles mitteilt, verdienen es einmal, mit historischem Material anderer Provenienz verglichen zu werden. Dazu gehört die Feststellung, die Demokratie sei deshalb haltbarer und weniger von inneren Unruhen bedroht als die Oligarchie, weil in ihr nur eine Form der stásis - die Erhebung gegen die oligarchische Partei - möglich sei, während ein nennenswerter Aufruhr des Volkes in sich selbst nicht vorkomme (1302 a 8-13). 1297 a 11-13 äußert Aristoteles, es seien mehr die Übergriffe der Reichen, die die Verfassung zugrunde richteten, als die des Volkes.

Dies leitet über zu dem Gedanken, die Armen neigten dazu - auch wenn sie von den Staatsämtern ausgeschlossen seien -, sich ruhig zu verhalten, solange man sie nur nicht übermütig behandle<sup>6</sup> und ihnen nichts von ihrer Habe wegnehme<sup>7</sup>. Wer arm ist und keine Nahrung (τροφή) bekommt, ist im Krieg säumig, zumal unter einer Regierung, die die Psyche der Armen nicht berücksichtigt, meint Aristoteles. Verschafft man ihnen jedoch zu essen, dann sind sie auch willig zum Kriegsdienst (1297 b 10-12).

Für heutige Ansprüche sind die bisher angedeuteten Aussagen des Aristoteles über die sozialen Gegensätze in den Poleis und die ihnen zugrunde liegende Verschiedenheit der "Teile des Staates" zwar weitreichend<sup>8</sup>, aber trotz der oft

6 Vgl. 1305 a 38 f.: wenn man die Volksmasse ungerecht behandelt, ist ihr jeder Führer recht, um unter dessen Leitung die Oligarchie zu stürzen; 1307 a 23 - 25: Umwandlung der Aristokratie in Demokratie, weil die Ärmeren ungerecht behandelt werden.

7 Übermäßiger Reichtum auf der einen Seite und übergroße Armut auf der anderen tritt vor allem in Kriegszeiten ein und kann zum Umsturz von Aristokratien führen. Er wird mitunter eingeleitet durch die in Notzeiten des Krieges erhobene Forderung nach einer Neuverteilung des Bodens - 1306 b 36 ff. Manche Aristokratien und Oligarchien erhalten sich u. a. dadurch, daß sie der Volksmasse in ihrem Erwerb nicht Unrecht antun - 1308 a 9 f. Die Volksmenge ist nicht unwillig, von der Staatsleitung ferngehalten zu werden, sondern ganz froh darüber, wenn man sie nur ruhig bei ihren Privatgeschäften läßt - 1308 b 34 - 36. - Die Zahl solcher Belegstellen aus der "Politik" läßt sich sowohl für diese als auch für die vorangehende Anmerkung leicht vermehren.

8 Geoffrey E. M. de Ste. Croix betont, "how close (Aristotle) comes at times

mitgelieferten Beispiele aus der Geschichte der griechischen Gemeinwesen für uns immer noch viel zu sparsam mit historischem Material unterbaut. Sie beschränken sich im wesentlichen auf die Feststellung eines Hauptwiderspruchs von arm und reich, auf Hinweise zur sozialen Psyche dieser beiden großen Gruppen und auf die grundsätzliche Beobachtung, daß die staatliche Organisation einer Polis vom jeweiligen Kräfteverhältnis zwischen den "Teilen des Staates" abhängt.

Dabei berührt Aristoteles jedoch ein Problem, das die Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung besonders interessiert: die Stellung der verschiedenen Menschengruppen in der gesellschaftlichen Produktion. Eingangs des vierten Buches der "Politik" teilt Aristoteles den Demos im Rahmen seines μέρη-Schemas in Bauern, Händler und Handwerker ein. Grundlage der Einteilung ist der unterschiedliche "Charakter" (εἶδος) dieser "Teile des Staates". Im siebenten Buch der "Politik", bei der Konstruktion des besten Staates, spricht Aristoteles jedoch nicht mehr vom spezifischen εἶδος eines jeden "Teils des Staates", sondern führt den Begriff der ἐργασίαι (1328 b 19) ein, also der unterschiedlichen "Tätigkeiten", welche die "Teile des Staates" im arbeitsteiligen Produktions- und Reproduktionsprozeß des Polislebens ausüben.<sup>9</sup> Aristoteles ermittelt dabei die Zahl der "Aufgaben" (τῶν ἔργων τὸν ἀριθμὸν 1328 b 5), die jeder Staat lösen muß, um autark zu sein (nur dies ist für Aristoteles ein Staat). Dazu gehören Beschaffung von Nahrung, Werkzeugen, Waffen, Geld, überdies Besorgung des Götterkults und Regelung des für die Bürger Passenden und Gerechten (1328 b 5 ff.). Der Staat muß ihm nach diesen ergasíai gegliedert sein.

Ich möchte die Einführung des ergasía-Begriffs zur Kennzeichnung der spezifischen Rolle eines jeden "Teils der Gesellschaft" als bemerkenswerte Präzisierung gegenüber der eingangs genannten, gewiß zeitlich vorangehenden Gliederung werten. Sie läßt sich vielleicht damit erklären, daß Aristoteles die erste Einteilung in Vornehme, Bauern, Handwerker und Händler als hinreichend für seine Besprechung von Polisverfassungen und ihrer Schicksale ansah. Sie entsprach der gesellschaftlichen und historischen Realität, mit der er sich zunächst befaßte. Beim Entwurf seines Idealstaates aber war er gezwungen, die "Funktionen" (ἐργασίαι) des Handwerkers, des Händlers, des Lohnarbeiters und des Bauern von den sie ausübenden sozialen Klassen zu trennen. Denn deren Leistungen sind zwar nicht nur für die reale Polis, sondern auch für den Idealstaat lebensnotwendig, diejenigen Bürger aber, die bisher in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Handel und als Lohnarbeiter tätig waren, sind nun für höhere Aufgaben vorgesehen; sie müssen ihre spezifischen ergasíai aufgeben, um Muße für die Mitwirkung am besten Staat zu gewinnen. Ihre Arbeiten sollen Sklaven oder Barbaren zufallen.

to Marx in his analysis of the political community; he begins his classification of the constituent parts (μέρη) of a citizen body by distinguishing the citizens according to the functions they perform in the productive process; he ends up with a basic dichotomy between propertied and propertyless; and he always takes a man's economic position to be the main determinant of his behaviour." De Ste. Croix, Geoffrey, (Karl Marx and the History of Classical Antiquity, in: Arethusa, 8, 1975, S. 25.)

<sup>9</sup> Schon im ersten Buch der "Politik" taucht der Begriff der "Tätigkeit" (ἐργασία - 1256 a 41) im Zusammenhang mit der Unterscheidung verschiedener Lebensweisen (βίαι) der Menschen auf. Nach den Maßstäben Oxforder klassischer Philologen gehört das Wort übrigens nicht in den Index der verba potiora.

In der Einführung des ergasia-Begriffs sehe ich eine Präzisierung, in der Präzisierung einen Fortschritt gegenüber der vermutlich älteren Einteilung nach dem eidos. Denn während der Begriff des eidos, der "Art" - bezogen auf soziale Gruppierungen -, etwas Statisches, Unveränderliches enthält (und Aristoteles wendet diesen Begriff zum Beispiel auch auf die Tierarten an: 1290 b 36), scheint der Philosoph in dem knappen Schlagwort von den ergasíai<sup>10</sup> etwas über die menschen- und klassenformende Wirkung der realen Produktions-, Distributions- und Leitungstätigkeit eines jeden "Teils des Staates" zu erfassen und auszusagen. Dies geht besonders deutlich aus der Verbindung mit dem Mußproblem hervor.

Was die Methode betrifft, so ist bemerkenswert und interessant, daß diese Präzisierung ausgerechnet im Nachdenken über den besten Staat erzielt wurde, das heißt im Bereich der Utopie, wenn sie auch in gewisser Weise vorbereitet war durch das Schema der "Teile des (real existierenden) Staates".

Jedoch führt die Anerkennung der objektiven Notwendigkeit der verschiedenen ergasíai für die Polis den großen antiken Philosophen nicht auch zu einer Präzisierung seines Begriffs von den "Teilen des Staates" auf der Basis ihres ökonomischen, politischen, militärischen und kulturellen Beitrags zum Lebensprozeß der Polis. Die "Teile des Staates" bleiben bei aller Anerkennung ihres sozialen Hintergrundes durchweg eine Art von Verfassungsbausteinen, und Aristoteles nimmt einige von ihnen ohne viele Worte aus dem Polisbau heraus - allerdings nur, um seine Idealpolis zu errichten.

## 2. Zu Aristoteles' Darstellung und Beurteilung der Bauern in der Polis

Nach Aristoteles' Auffassung gibt es viele Arten von Nahrung und folglich auch viele (verschiedene) Lebensweisen (βίοι πολλοί) der Tiere wie der Menschen. Denn da es unmöglich ist, ohne Nahrung zu leben, so sind es eben die Unterschiede der Nahrung, die die unterschiedlichen Lebensweisen der Lebewesen erzeugt haben (1256 a 19-22).

Wie man sieht, sucht Aristoteles die letzte Gemeinsamkeit, die alle Lebewesen verbindet - essen müssen alle -, und läßt die Differenzierung in menschliche und tierische Lebensweise dort einsetzen. Ein ähnliches Verfahren wendet Aristoteles auch zur Ermittlung der sozialen Hauptgruppen an; wir hatten schon erwähnt, daß Aristoteles in den Armen und Reichen die wesentlichsten "Teile des Staates" sieht, weil niemand arm und reich zugleich sein kann, dies also die letzte Differenzierung sein muß.

Die Tiere verschaffen sich in Herden oder einzeln ihre Nahrung; selbst innerhalb der beiden großen Gruppen der Fleisch- und Pflanzenfresser gibt es Differenzierungen je nach Art der Fleisch- oder Pflanzennahrung. Ähnlich geht es für Aristoteles bei den Menschen zu, denn auch deren Lebensweisen sind sehr unterschiedlich. Neben den Nomaden gibt es die Jäger, deren Lebensweise wiederum so vieltalig ist wie ihr Hauptgeschäft. Es umfaßt Raub, verschiedene Arten von Fischfang, Jagd auf Vögel und wilde Tiere. Die meisten Menschen leben jedoch vom Ackerbau und von veredelten Früchten. In der Viehzucht der Nomaden, in der Jagd und in der Landwirtschaft sieht Aristoteles unmittelbar-natürliche Tä-

<sup>10</sup> Von untergeordneter Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, ob Aristoteles den Begriff selbst geprägt oder aber von anderen übernommen hat.

tigkeiten der Menschen; sie unterscheiden sich von der Nahrungsbeschaffung durch Tausch und Handelsverkehr. Unter dem Zwang der Bedürfnisse kombinieren die Menschen mehrere der genannten Lebensweisen miteinander, um nicht Mangel zu leiden und sich möglichst aus eigenem Aufkommen zu ernähren (1256 a 23 - 1256 b 7).

In der Polisgesellschaft, die sich nach Aristoteles' Auffassung aus verschiedenen "Teilen" zusammensetzt, fällt der bäuerlichen Volksmasse die Aufgabe zu, die Nahrung zu produzieren (τὸ περὶ τὴν τροφὴν πλῆθος, οἱ καλούμενοι γεωργοὶ - 1290 b 40). Denkbar knapp formuliert Aristoteles an dieser Stelle zwei wesentliche Merkmale der Bauernschaft: zum einen ist die Zahl der ihr angehörenden Menschen so groß, daß es sich für den Philosophen empfahl, den Begriff der Masse, der Menge (πλῆθος) zu verwenden. Große Menschenzahl zeichnet übrigens auch andere Teile des Staatsvolks aus: 1296 b 29 f. ist die Rede vom plethos der Handwerker und der Lohnarbeiter. Die Quantität bildet für Aristoteles überhaupt einen wesentlichen Vorzug der niedriggeborenen Armen (1296 b 18 f. 22 f.); Qualität nach seinen Maßstäben, das heißt Freiheit, Reichtum, Bildung und Adel, sind ihm dagegen die starken Seiten einer vornehmen Minderheit (1296 b 18).<sup>11</sup> Jedoch - damit kommen wir zum zweiten wichtigen Merkmal - ist die Quantität keine formlose Masse, sie besitzt eine klar ausgeprägte Struktur. Diese wird von der unterschiedlichen Art und Weise (εἶδος) bestimmt, in der die Angehörigen der armen Polisbürgerschaft ihren Unterhalt gewinnen und die Lebensfähigkeit der Polis gewährleisten. Zur Erfüllung der spezifischen, lebensnotwendigen Aufgabe, die Nahrung für die Polis zu produzieren, existiert eine besondere Art von Volksmasse, die bäuerliche. Neben ihr stehen die Handwerker, weiterhin diejenigen, die sich mit Verkauf und Einkauf, Fern- und Kleinhandel beschäftigen, und die Lohnarbeiter (1291 a 1-6)<sup>12</sup>.

Sowohl die relativ große Menschenzahl der bäuerlichen Polisbevölkerung als auch die landwirtschaftliche Tätigkeit mit ihren begrenzten, überschaubaren Einkünften garantieren Aristoteles, daß die Bauern in der Regel keine große Habe besitzen (1318 b 11 f.). Daher fehlt ihnen die Muße, häufig die Volksversammlung zu besuchen (1318 b 12). Andererseits bringt die Landarbeit das Lebensnotwendige hervor, so daß sich die Bauern mit ihren Arbeiten beschäftigen und nicht fremdes Eigentum begehren (1318 b 13 f.).

Auch an anderer Stelle sagt Aristoteles von den Bauern und denjenigen, die ein mäßiges Vermögen besitzen, sie hätten zu leben, wenn sie arbeiteten, könnten aber nicht Muße haben (1292 b 25 ff.), denn dazu sind größere Einkünfte nötig (vgl. 1292 b 32 f.). Das Kriterium mangelnder Muße führt den Philosophen schließlich dazu, die unmittelbaren Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse von der Mitwirkung am besten Staat aristotelischer Konstruktion auszuschließen.

Sogar die Eigenart der ländlichen Siedlungsweise streift Aristoteles, um die Bauern auf ihre staatsbürgerliche Eignung für die real existierenden, gewöhnlich verbesserungsbedürftigen Polisverfassungen und für den Idealstaat zu prüfen. Nach seiner Darstellung wohnen sie auf dem Lande zerstreut, begegnen einander nur selten und haben kein gleiches Bedürfnis wie die Handwerker, Händ-

11 Meist bilden die Reichen die Minder- und die Armen die Mehrheit: 1291 b 8 - 10.

12 Die gesonderte Gruppe der Militärs soll hier nicht behandelt werden. Mit ihr verläßt Aristoteles nach eigenen Worten die Sphäre der dringlichen Lebensbedürfnisse: 1291 a 25 ff.

ler und Lohnarbeiter nach rasch und leicht einberufenen Volksversammlungen (1319 a 30-32).

Das politische Verhalten der bäuerlichen Polisbevölkerung sieht Aristoteles geprägt durch ihr gewöhnlich recht geringes Besitztum. Da die Bauern ihr Auskommen nur finden, wenn sie fleißig arbeiten, fehlt es ihnen an freier Zeit zu politischer Betätigung. Sie sind daher nach Aristoteles' Meinung an der Herrschaft des Gesetzes interessiert, nicht aber daran, die öffentlichen Angelegenheiten von Fall zu Fall durch Volksbeschlüsse zu regeln, zu dessen Herbeiführung jedesmal eine Volksversammlung nötig ist. Regiert das Gesetz die Polis, bedarf es nur einer kleinen Zahl notwendiger Volksversammlungen. Dafür reichen Freizeit sowie Nahrungs- und Geldreserven der Bauern aus (1292 b 25-33).

Für Aristoteles steht es fest, daß die Bauern in ihren zwar recht begrenzten, aber bei beharrlichem Fleiß durchaus gesicherten Vermögensverhältnissen lieber arbeiten als sich am öffentlichen Leben zu beteiligen und Regierungsfunktionen zu bekleiden. Das ändert sich nur, wenn die Staatsämter großen Gewinn bringen. Denn nach Aristoteles strebt die große Masse mehr nach Gewinn als nach Ehre (1318 b 14-17). Diese bäuerliche Verhaltensweise hat nach Aristoteles' Ansicht (man wird sie nicht unbedingt teilen, wohl aber die Konsequenz anerkennen, mit der der Philosoph seinen Maximen treu bleibt) praktische Anwendung in einer der Methoden gefunden, die man benutzte, um Tyrannenherrschaften stabil zu halten: Man hat die Untertanen arm gemacht; damit einerseits die Leibwache des Tyrannen bezahlt werden konnte, andererseits die Bürger so stark mit der Sorge um ihren täglichen Unterhalt beschäftigt waren, daß ihnen die Muße fehlte, Verschwörungen gegen den Tyrannen anzustiften (1313 b 18-21).

Auch zur Erhaltung der Demokratie empfiehlt es sich, die genannten bäuerlichen Tugenden zu nutzen, ja sie bewußt bei verarmten Bevölkerungskreisen zu erzeugen. Aristoteles schlägt vor, überschüssige Staatsgelder an die Armen zu verteilen, und zwar möglichst in solcher Höhe, daß jeder von ihnen damit ein kleines Landstück erwerben kann oder wenigstens über das Startkapital für einen Laden oder einen Bauernhof verfügt (1320 a 36-40).

Einen gewissen politischen Ehrgeiz schreibt der Philosoph den Bauern dennoch zu, doch wird er bereits befriedigt, wenn sie sich im Besitz des Rechtes der Beamtenwahl und -kontrolle wissen (1318 b 21 ff.). Ob sie es auch wahrnehmen, steht auf einem anderen Blatt.

Daß sich die Bauern weitgehend vom politischen Leben fernhalten, wenn sie ihr Auskommen haben, ist für Aristoteles eine interessante und wichtige Erscheinung. Er trägt als Beleg ( $\sigma\eta\mu\epsilon\lambda\omicron\nu$ ) für die Richtigkeit dieses Urteils vor, daß sich die Bauern sogar die alten Tyrannenherrschaften gefallenließen und zu seiner Zeit noch die Oligarchien ertragen, wenn man sie nur in ihrer Arbeit nicht stört und ihnen nichts wegnimmt. Denn bei ungehinderter Arbeit wird ein Teil der Bauernschaft schnell reich, und der andere Teil wird wenigstens nicht unbemittelt (1318 b 17-21).

Sieht man von angreifbaren Punkten dieser Darstellung - etwa der nur angedeuteten negativen Einschätzung der frühen Tyrannis durch Aristoteles - ab, so ist doch das Beharrungsvermögen der Bauernklasse unter den verschiedensten Formen politischer und ökonomischer Herrschaft in der Geschichte der griechischen Antike ein Phänomen, das auch vom modernen Historiker beachtet werden muß. Wahrscheinlich läßt es sich damit erklären, daß der agrarische Bereich von allen Zweigen der Produktion in den alten Klassengesellschaften derjenige ist, der im

allgemeinen am stärksten zur Stagnation neigt, nachdem er frühzeitig einen bestimmten Entwicklungsstand erreicht hatte. Der relativ niedrige Stand der Produktivkräfte und die nur schwach ausgebildete Differenzierung des gesamten landwirtschaftlichen Sektors bringen letztlich auch den darin tätigen Menschen stets die Gefahr, zu Außenseitern der Gesellschaft zu werden. Überdies ist die Landwirtschaft ein Bereich, der dem Zugriff der damals möglichen Herrschaftsformen besonders weit offensteht; daß dieser Umstand im Laufe der Jahrhunderte ebenfalls von Bedeutung für das gesellschaftliche Verhalten der Bauern ist, läßt sich kaum bezweifeln.

Sieht Aristoteles in einem gesicherten, wenn auch gewöhnlich bescheidenen Auskommen den Grund für bäuerliches Beharrungsvermögen und erkennt in der Notwendigkeit ausdauernder Arbeit die Ursache sowohl für die im großen und ganzen solide Existenz wie für sehr begrenzte politische Bedürfnisse der Bauern, so hat er sich in seinen Ansichten über die Rolle der Bauernschaft in der Polis durchaus von politökonomischen Gesichtspunkten einfachster, jedoch sehr komplexer Form leiten lassen. Dabei spielt es keine Rolle, ob Aristoteles sich auf eigene Beobachtungen und Erfahrungen oder auf die Kenntnisse von Sophisten, Politikern, und Rhetoren stützt. Es ist ihm ernst mit dieser aus den wirtschaftlichen Realitäten gewonnenen Einschätzung der Bauern. Er wiederholt sie, wie wir sahen, an mehreren Stellen der "Politik", nutzt sie zur Hochschätzung der ersten, ältesten und besten Form der demokratischen Verfassung, vertraut auf sie bei seinen Empfehlungen zur Bewahrung der Tyrannis und der Demokratie und wendet sie konsequent beim Ausschluß der Bauern aus seinem Idealstaat an. Aristoteles läßt sich von dieser Beurteilung der Bauernschaft schließlich auch leiten, als er die Materialien zu seiner Schrift über die Verfassung der Athener zusammenstellt und in die Form eines historischen Abrisses der älteren athenischen Verfassungsgeschichte bringt.<sup>13</sup>

Nicht nur die hauptsächlichen ökonomischen Bedingungen, unter denen die Bauernschaft in den griechischen Poleis existiert, stellt Aristoteles in Rechnung. Er hat das Leben des Demos offensichtlich bis in charakteristische Einzelheiten selbst beobachtet oder solche feinen Wahrnehmungen den staats-theoretischen Diskussionen seiner Vorgänger und Zeitgenossen entnommen, jedenfalls aber der Erwähnung in seiner "Politik" für wert befunden. Notizen diesen Ursprungs benutzt Aristoteles häufig, um seine Gedankenreihen durch eine polemische Behauptung einzuleiten<sup>14</sup> oder um Feststellungen durch ein Beispiel aus dem gesellschaftlichen Leben verständlich zu machen. Sie sind gewöhnlich äußerst knapp gehalten und daher nur schwer verwertbar für sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Fragestellungen.

Dafür ein Beispiel, das zunächst etwas von den Bauern wegführt. Im 15. Kapitel des vierten Buches ist die Rede von den Regierungsämtern unter den einzelnen Verfassungen. Das Amt der Knaben- und Frauenaufseher wird dabei als einer aristokratischen Staatsordnung eigentümlich bezeichnet. "Es ist nicht demokratisch - denn wie könnte man verhindern, daß die Frauen der Armen aus dem Haus gehen -"

13 Vgl. zum Verhältnis von Tatsachen-Material und philosophischer Konstruktion in Aristoteles' Schrift über die Verfassung der Athener die Überlegungen von Day, James/Chambers, Mortimer, *Aristotle's History of Athenian Democracy*, Berkeley/Los Angeles 1962, Einleitung (betrifft das generelle Problem) und S. 61 f., 93 f. (knapp zur Bauernklasse).

14 Finley, M. I., Aristoteles und ökonomische Analyse, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1971, T. 2, S. 92.

und auch in einer Oligarchie undenkbar, in der die Frauen der oligarchischen Machthaber ausschweifend leben (1300 a 6 - 8).

Man wird die knappe Mitteilung über das Ausgehen der Frauen von Unbemittelten gewiß richtig deuten, wenn man es auf Arbeiten bezieht, die zum Unterhalt der Familie beitragen sollen, etwa auf Dienstleistungen, kleine Geschäfte und den möglichst vorteilhaften Einkauf von Lebensmitteln usw. Dafür spricht wenigstens eine zweite Erwähnung des Amtes der Frauen- und Knabenaufseher am Ende des sechsten Buches der "Politik" (1323 a 6 f.). Nochmals betont Aristoteles hier, daß diese Behörde keinen demokratischen Charakter besitze, "denn die Armen sind gezwungen, Frauen und Kinder wie Diener zu gebrauchen, weil sie sich keine Sklaven halten können". Die Information wird erst vollständig, wenn man die wiederholten Hinweise des Aristoteles auf den inneren Zusammenhang zwischen einer wachsenden Zahl von geringbemittelten Freien und dem Entstehen demokratischer Verfassungen heranzieht. Die Frau des mittellosen Bürgers, die außer Haus zur Aufbesserung des kärglichen Familienbudgets tätig ist, gehört damit zu den häufigen Erscheinungen in den antiken Demokratien. Ein Aufsichtsamt der genannten Art erscheint folgerichtig unvereinbar mit der realen Lage zahlreicher freier Familien; es paßt nicht in eine demokratische Polis. Aristoteles berührt hier das Verhältnis zwischen den wirtschaftlichen Gegebenheiten und der gesellschaftlichen Stellung der Frau; er läßt keinen Zweifel daran, welche Seite dieses Verhältnisses dominiert.<sup>15</sup>

Im Zusammenhang mit dem soeben Besprochenen bietet sich Gelegenheit, auf eine Äußerung des Aristoteles zurückzukommen<sup>16</sup>, die sowohl wegen ihrer übergroßen Kürze als auch wegen fast völlig fehlender Kontrollmöglichkeiten durch andere Quellen nur schwer verifizierbar ist. Im zweiten Kapitel des ersten Buches der "Politik" entwickelt Aristoteles den Gedanken, der oikos entstehe aus der Gemeinschaft von Mann und Frau, von Herr und Sklave. Der Philosoph zitiert dazu zustimmend und seine These bekräftigend die Verse aus Hesiods "Werken und Tagen": "Besorge zuerst Haus, Frau und Pflugstier" (v. 405 Rzach) und

15 Ich bin mir bewußt, daß der inneren Stimmigkeit von Äußerungen des Aristoteles, seien sie auch noch so sehr in seinem Werk verstreut und scheinbar ohne direkten Bezug aufeinander aufgezeichnet, allein keine Beweiskraft für die Richtigkeit seiner Mitteilungen zugebilligt werden darf. Aristoteles ist ein Denker, der seine Einsichten mit bewundernswerter Konsequenz nach allen Richtungen hin entwickelt oder diese Richtungen wenigstens andeutet. Seine Denkansätze entscheiden über das gesamte nachfolgend ausgeführte System. Dennoch ist Aristoteles bestrebt, seine Äußerungen möglichst an der gesellschaftlichen Praxis zu kontrollieren. Das dürfte bei dem soeben genannten Amt der Knaben- und Frauenaufseher wie bei der erwähnten Verhaltensweise von Frauen armer Freier nicht schwer gewesen sein. Jeder antike Leser der "Politik" war überdies in der Lage, den Wahrheitsgehalt dieser Notizen aus eigener Kenntnis einzuschätzen. Man darf also den hier gegebenen Informationen trauen. Das große Verantwortungsbewußtsein, das Aristoteles bei seiner Verknüpfung von Empirie und Theorie erfüllt, wird zuletzt mit Recht hervorgehoben von Huxley, George, On Aristotle's Historical Methods, in: Greek, Roman and Byzantine Studies, 13, 1972, S. 157-169.

16 Vgl. Audring, Gert, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der attischen Bauern im ausgehenden 5. und im 4. Jahrhundert v. u. Z., in: Studien zur athenischen Sozialstruktur und römischen Wirtschaftspolitik in Kleinasien, S. 25 = Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Sonderband 1977.

erklärt - da Hesiod an dieser Stelle nicht von Sklaven spricht, das Paar Herr - Sklave aber gewahrt bleiben muß -, der Ochse vertrete bei den Armen die Stelle des Sklaven (ὁ γὰρ βοῦς ἀντ' οὐκίετου τοῖς πένεσίῳ ἐστίν - 1252 b 10-12). Man fragt sich, ob diese Äußerung benutzt werden darf, um nachzuweisen, daß die meist in dürftigen Verhältnissen lebenden griechischen Bauern im allgemeinen nicht über Sklavenarbeitskräfte verfügten. Denn mit den Armen, die den Ochsen anstelle des Sklaven nutzen, müssen wohl in erster Linie Bauern gemeint sein, während Aristoteles - wie oben bereits erwähnt - von den armen Städtern sagt, sie verwendeten ihre Frauen und Kinder wie Sklaven. Aristoteles zitiert seinen Hesiod völlig unbefangen. Er gibt sich keine Rechenschaft über den Abstand von mehr als dreieinhalb Jahrhunderten, die zwischen ihm selbst und dem böotischen Bauerdichter liegen. Er schränkt Hesiods Aussage jedoch in überaus bezeichnender Weise ein. Dessen Verse sollen - vermittelt über die wirkliche oder fiktive Person des Perses - jeden belehren, der eine gesicherte bäuerliche Existenz zu begründen sucht. Aristoteles aber bezieht das Dichterverwort sofort und unmittelbar auf die kleinen Bauern seiner Zeit. Im 4. Jahrhundert v. u. Z. sind Sklavenarbeitskräfte im agrarischen Bereich als wirtschaftlich bedeutsame Erscheinung nur für die größeren landwirtschaftlichen Betriebe mit Sicherheit literarisch bezeugt. Doch Aristoteles geht es hier ja nicht um die ökonomische Bedeutung oder Bedeutungslosigkeit der Sklaverei, sondern um das strukturbestimmende Verhältnis von Herren und Sklaven im oikos, der Zelle sozialer Gesellschaft. Wo er es in reiner Form - offenbar der Realität entsprechend - nicht finden kann, ersetzt er für bestimmte Oiken den Sklaven durch das Tier. Dies bedeutet für ihn keinen großen Schritt, ist doch nach seinen eigenen Worten "der Nutzen der Sklaven von dem der Haustiere nur wenig verschieden, denn beide gewähren ... mit ihrem Leib die erforderliche Hilfeleistung zur Herbeischaffung des zum Leben Notwendigen" (1254 b 24-26). Das ungleiche Paar von Herrschendem und Dienendem bleibt so erhalten. Gerade daß aber Aristoteles trotz des von ihm behaupteten geringen Unterschiedes zwischen sklavischer und tierischer Arbeitsleistung genauer Beobachter von charakteristischen Einzelheiten bleibt und ausdrücklich bemerkt, der Arme verwende den Ochsen anstelle eines Sklaven, sollte uns dazu berechtigen, die fragliche Passage der "Politik" als Indiz für die geringe wirtschaftliche Rolle der Sklavenarbeitskräfte im bäuerlichen Betrieb zu werten. Den möglichen Einwand, Aristoteles mache sich mit seiner einschränkenden Erläuterung das Hesiod-Wort nur passend für seine Theorie, kann man nicht gelten lassen, denn nichts zwang ihn, das Zitat zu bringen - es sei denn, es besaß den soeben angedeuteten Bezug auf die realen wirtschaftlichen Verhältnisse des 4. Jahrhunderts v. u. Z.

Kommen wir aus diesen Einzelproblemen zurück auf das Gesamtanliegen von Aristoteles' "Politik", so stehen wir vor der immer wieder zu beobachtenden, wissenschaftsgeschichtlich hochinteressanten Erscheinung, daß eine doppelt eingeschränkte, das heißt zeitbedingte Fragestellung - die nach dem Idealstaat und die nach den "Teilen des Staates", welche vor allem in Bezug auf den Staat, noch nicht aber absolut, als soziale Klassen, existieren - zur Sammlung und Mitteilung wertvoller Nachrichten über die tatsächlichen sozialökonomischen Verhältnisse der griechischen Antike Anlaß gibt und zugleich Vorformen der wissenschaftlichen Gesellschaftsanalyse an den Tag bringt, die auch heute noch Denkipulse ausstrahlen.



## DISKUSSIONEN

Jahrbuch-Forum:

"Zur Rolle der Energieanwendung im Arbeitsprozeß"

Die Redaktion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte veranstaltete am 29. März 1979 unter der Leitung ihres Chefredakteurs **Jan Peters** ein Forum mit Politökonomern und Wirtschaftshistorikern, in dem Fragen der Rolle der Energieanwendung im Arbeitsprozeß erörtert wurden. Zur Diskussion stand die im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979, Teil 1, veröffentlichte Studie von **Christian Czogalla** (Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR).<sup>1</sup> Das Anliegen des Autors bestand darin, wesentliche Beziehungen zwischen Energieanwendung, Maschinerie und Mensch im Arbeitsprozeß herauszuarbeiten. Die Diskussion konzentrierte sich auf methodologisch-inhaltliche Probleme der Einordnung der Energie in die innere Dialektik der Produktivkräfte sowie auf Fragen der Qualität und Quantität der Anwendung einzelner Antriebsarten in den verschiedenen Zeitabschnitten. Czogalla hob in einleitenden Bemerkungen die hohe Abstraktionsebene der Studie und den damit verbundenen Verzicht auf die Berücksichtigung wirtschaftshistorischer Details hervor. Ausgehend davon legte er die Problematik des Einflusses der Entwicklung von Arbeitsmitteln und Energieträgern auf die Stellung des Menschen im Arbeitsprozeß dar. Die Vertiefung des Zusammenhangs zwischen Arbeitsmitteln und Energieträgern beeinflusse unmittelbar die Rolle des Menschen im Arbeitsprozeß. Entsprechend seinen Fortschritten bei der Naturbeherrschung ersetze der Mensch in wachsendem Maße Funktionen seiner körperlichen Organe durch künstlich geschaffene Mittel, scheidet er als unmittelbarer Führer und Halter des Werkzeuges und als Antriebskraft aus. Während er aus seiner Rolle "als Hauptspender von mechanischer Antriebsenergie"<sup>2</sup> verdrängt wurde, verblieben die Steuer- und Regelfunktionen ausschließlich beim Menschen. Erst mit der umfassenden Anwendung der Elektroenergie werde die Ablösung der menschlichen Steuerfunktion durch technische Mittel im Energieträger ermöglicht. Dem Menschen verbleiben zukünftig damit nur noch die Funktionen des Konstrukteurs, Arrangeurs und Kontrolleurs.

Aus der Übertragung der Funktionen des Menschen auf Arbeitsmittel und Energieträger ergebe sich somit perspektivisch, abhängig von den Produktionsverhältnissen, die Möglichkeit der vollen Ausprägung der schöpferischen Fähigkeiten des Menschen, die Aufhebung der Arbeitsteilung und des Unterschiedes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit.

1 Czogalla, Christian, Zur Entwicklung der Rolle der Energieanwendung im Arbeitsprozeß, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979, T. 1, S. 33-52.

2 Ebenda, S. 50.

In einem zweiten Problemkreis ging Czogalla auf methodologische Fragen der Initiierung des Produktivkraftfortschritts bei besonderer Berücksichtigung der Industriellen Revolution ein. Ausgehend von der Analyse des methodologischen Vorgehens von Marx<sup>3</sup>, verwies er auf die besondere Rolle der Werkzeugmaschine im Prozeß der Industriellen Revolution. Nur von ihr gingen die entscheidenden Impulse für die Entwicklung der Produktivkräfte aus. Dieses methodologische Vorgehen sei auch konsequent bei der Betrachtung der Rolle der Elektroenergie anzuwenden. Dabei erwog Czogalla, daß die Vervollkommnung der Arbeitsmittel einerseits qualitative und quantitative Veränderungen der Energiebasis nach sich ziehen könne und andererseits ein solcher Wechsel in der Energiebasis auf Veränderungen der Arbeitsmittel zurückwirke.

J ü r g e n W i l k e (Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR) setzte sich mit den von Czogalla verwendeten Energiebegriffen auseinander. Die Verwendung der Begriffe "mechanische Antriebsenergie" und "Prozeßenergie" (Wärmeenergie und stoffwandelnde Energie), mit denen Czogalla von der herkömmlichen technologischen und physikalischen Begriffswelt abrückte, hielt Wilke nicht für praktikabel, da zum Beispiel Wärmeenergie sowohl stoffwandelnd als auch stoffformend verwendbar sei. Ebenso sei die Einteilung in künstliche und natürliche Energie abzulehnen, da Energie ihrem Ursprung nach immer natürlich ist.

Eingehend auf den von Czogalla benutzten Begriff der Kontrollenergie, wandte Wilke ein, daß deren Anwendung rein vom energetischen Standpunkt nicht überschätzt werden sollte, hier vielmehr die Information und ihre Verarbeitung entscheidend wären. Diese Prozesse seien weniger energieintensiv und würden auch in Zukunft in der Energiestatistik weit weniger in Erscheinung treten als zum Beispiel die Energieaufwendungen für die chemische Industrie.

Die These Czogallas, daß der Mensch im Arbeitsprozeß zunehmend durch die Energie ersetzt werde, ist nach Auffassung von Wilke so explizit ausgedrückt gewagt. Dieser Ansatz zöge weitreichende Konsequenzen nach sich. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht würde der Hilfsstoff Energie die Arbeitskraft ersetzen, und im Rahmen eines volkswirtschaftlichen Modells in Form einer Produktionsfraktion müßte man Energie als Produktionsfaktor berücksichtigen, der beliebig substituierbar wäre (Arbeitskraft-Energie). Wilke sei ein solcher Ansatz in dieser Konsequenz aus der Literatur nicht bekannt. Er räumte jedoch ein, daß die Anwendung der Energie, insbesondere der Elektroenergie, neue und breitere Gebiete erschließe und eine Bedingung für die Realisierung des technischen Fortschritts darstelle und somit eine wesentliche Erweiterung des gesamten Arbeitsvermögens, in Verbindung mit der Maschine gesehen, bedeute.

Sich der historischen Betrachtung zuwendend, wies Wilke darauf hin, daß man sich nicht nur auf die handwerkliche Produktion, die Manufaktur und die Industrie beschränken dürfe, sondern ebenso die Landwirtschaft und das Transport- und Verkehrswesen (Post), in denen bis zum 20. Jahrhundert die tierische Antriebskraft eine bedeutende und zum Teil dominierende Rolle spielte, einbeziehen müsse.

K a r l L ä r m e r (Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR) ging auf die Rolle der verschiedenen Antriebsarten in der Industriellen Revolution ein. Es sei nicht als wirtschaftshistorisches Detail zu

3 Marx, Karl, Brief an Engels vom 28. Januar 1863, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 30, Berlin 1974, S. 320 f.

werten, daß die Anwendung menschlicher und tierischer Kraft während der Industriellen Revolution zunächst zunahm und im Transportwesen eindeutig dominierte. Wäre Czogallas Unterschätzung hinsichtlich der Anwendung der tierischen Muskelkraft noch erklärbar, da die Quellen sehr lückenhaft sind, so gelte das für die Nutzung der Wasserkraft nicht. An einer Reihe von Zahlen über die Nutzung von Wasserkraft während der Industriellen Revolution wies Lärmer nach, daß die Wasserkraft in zahlreichen Ländern neben der Dampfkraft die bedeutendste Antriebskraft blieb. Bereits Marx habe die Wasserkraft gegenüber den anderen aus dem Feudalismus überkommenen Antriebsarten hervorgehoben. Es sei an der Zeit, von der weit verbreiteten Vorstellung Abstand zu nehmen, daß die industrielle Revolution, die zwar mit der neuen Antriebskraft, der Dampfmaschine, eng verbunden ist, ausschließlich auf ihr beruhe.

Czogalla erklärte in seiner Erwiderung, daß die Modifizierung der Energiebegriffe von Klaus<sup>4</sup> dazu dienen sollte, qualitative Veränderungen, die sich aus dem Wechselspiel Maschine - Energieträger - Mensch hinsichtlich der Stellung des Menschen im Arbeitsprozeß ergeben, zu verdeutlichen. Das wäre mit den bekanntesten Nutzenergieformen nicht möglich gewesen.

Bei der historischen Betrachtung habe die Aufdeckung qualitativer Einflüsse dominiert, um zu zeigen, von welcher Kombination die entscheidenden Impulse für die Veränderung der Stellung des Menschen im Arbeitsprozeß ausgehen. Insofern bedeute das keine Negierung der Existenz und Anwendung von Energieträgern, die in der vorangegangenen Produktionsweise die qualitativen Veränderungen auf energetischem Gebiet initiierten.

Ge'rd Henniger (Museum für Deutsche Geschichte) widmete sich dem methodologischen Vorgehen bei der Klärung der Rolle der Energie im System der Produktivkräfte. So stimmte er mit Czogalla überein, daß die entscheidenden Veränderungen im System der Produktivkräfte ihren Ausgang bei den Arbeitsmitteln nehmen. Das sei für die Industrielle Revolution hinreichend durch die Forschungen von Wolfgang Jonas bewiesen. Werde dieses methodologische Vorgehen hinsichtlich der Industriellen Revolution akzeptiert, so müsse man es ebenfalls auf die Ablösung des zentralen Dampfmaschinenantriebs durch den Elektromotor anwenden. Die sich nur zögernde Durchsetzung der Elektroenergie, die parallele Nutzung der Dampfkraft und Elektroenergie sowie der qualitative Umschlag zugunsten des elektromotorischen Antriebs erforderten insbesondere eine solche methodologische Betrachtungsweise.

Henniger erachtete es in diesem Zusammenhang als notwendig, die Entwicklung der Elektroenergieerzeugung und -nutzung differenzierter zu sehen und zeitlich zu periodisieren.

Ebenso sei zu beachten, daß es bei der Ablösung des zentralen Dampfmaschinenantriebs nicht nur die Alternative des Elektromotors gab, sondern ein breites Spektrum an Antriebsmaschinen existierte, aus dem sich der Elektromotor für die Industrie - wenn auch zögernd - als die effektivste Lösung herauskristallisierte.

Eingehend auf die These Czogallas, das klassische Maschinensystem habe in seiner Dreiteilung durch den Einsatz von Steuer- und Regelmechanismen eine Ergänzung erfahren, machte Henniger darauf aufmerksam, daß bereits beim dreiteiligen Maschinensystem im Marxschen Sinne der Mensch die Steuer- und Regelfunktion übernommen hatte und somit in das System der kombinierten Arbeitsmaschine einzuordnen sei. Überhaupt müsse der Begriff Arbeitsmaschine weiter

4 Klaus, Georg, Kybernetik aus philosophischer Sicht, Berlin 1961.

erfaßt werden, seien doch in ihn neue Ergebnisse der Produktivkraftforschung eingeflossen.

Klaus Mueller-Bülow (Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin) behandelte die Konzeption des Artikels und betonte, daß Czogalla das wichtige Problem der inneren Dialektik der Produktivkräfte aufwerfe. Dabei sei der Autor aber entgegen seiner Absicht nicht politökonomisch herangegangen. Ausgehend vom Gegenstand der politischen Ökonomie, habe er eine Reihe grundlegender Anforderungen der politökonomischen Analyse nicht bzw. nicht ausreichend beachtet, so die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Sinne des konzeptionellen Vorgehens, die Widerspruchsdialektik im Verständnis der Klassiker, insbesondere von Marx; das Setzen von Zäsuren innerhalb der widerspruchsvollen Entfaltung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Form, der Produktionsverhältnisse. In dieser Hinsicht stimme er den Ausführungen von Lärmer über die Wertigkeit wirtschaftshistorischer Details zu. Erst das Setzen solcher Zäsuren ermögliche es, die Energieentwicklung politökonomisch nutzbar zu machen (Kapitalismus der freien Konkurrenz, Imperialismus, staatsmonopolistischer Kapitalismus). In einer politökonomischen Analyse hätte konzeptionell auch die Kategorie Eigentum berücksichtigt werden müssen, ohne die als Bezugspunkt nach Marx politökonomisch die Dynamik der Entwicklung der Produktivkräfte und des Arbeitsprozesses nicht richtig verstanden werden könne.

Mueller-Bülow wertete den Artikel als Studie konkreter Entwicklungsrichtungen eines Teils der Produktivkraftentwicklung. Er begrüßte die durch das Forum gegebene Möglichkeit der Diskussion zwischen Politökonomien und Wirtschaftshistorikern, die in noch größerem Maße genutzt werden sollte.

Holle-Birgit Grüner (Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin) befaßte sich aus politökonomischer Sicht mit der Betrachtung der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der gegebenen Thematik. Sie vertrat die Auffassung, daß eine Untersuchung des Stoffwechsels Mensch - Natur, wenn sie sich nicht nur auf die einfachen Momente des Arbeitsprozesses erstreckt, immer in konkreter Totalität ihrer historischen Entwicklung und Veränderung und somit in ihrem sozialökonomischen Bezug zu betrachten sei. Die Dialektik zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen setze sich auf jeder historischen Stufe in einer inneren Dialektik sowohl der Produktivkräfte als auch der Produktionsverhältnisse um. Das Hauptproblem, das von der politischen Ökonomie und von anderen Disziplinen noch mehr erforscht werden müsse, bestehe in der Auffindung und Erforschung der entscheidenden Bindeglieder zwischen beiden - konkret für die jeweilige Entwicklungsstufe. Hinsichtlich des Kapitalismus bedeute das, die Stellung des Menschen im Produktionsprozeß, die Organisation der Arbeit, die arbeitsteiligen Beziehungen der Menschen im Produktionsprozeß zu analysieren, deren Rahmen die eigentumsmäßige Organisierung bildet. Davon ausgehend sollte geklärt werden, welche Konsequenzen sich unmittelbar aus der Beziehung Arbeitsmittel - Energie, aus dem Prinzip der Zerlegung der Arbeitsoperationen oder aus der gegenläufigen Tendenz ihrer erneuten Zusammenführung für die Einschätzung des Kapitalverhältnisses ergeben, ob es sich um ein historisch-progressives oder historisch-überlebtes System handle.

Der Widerspruch zwischen Arbeitsmittel und Energieanwendung, wie er sich im Kapitalismus zunächst darstellt, zeige sich darin, daß die Arbeitsmittel zunehmend spezialisierter werden, während die Energie die gegenläufige Tendenz der Konzentration durch die Möglichkeit der Bewegung größerer Komplexe unterstütze. Die ökonomische Rolle des Kapitals bestehe hier darin, das Zusammenwirken der der

Maschine unterworfenen Teilarbeiter herzustellen und zu vermitteln. Bei der Anwendung der Dialektik Arbeitsmittel - Energie für die Niedergangsphase des Kapitalismus ergebe sich ein Aspekt der historischen Überlebtheit des Kapitalverhältnisses daraus, daß die weitgehende Spezialisierung in ihr Gegenteil, in eine erneute Zusammenführung der Arbeitsoperationen umschlage und somit Erfordernisse der allseitig entwickelten Persönlichkeit hervorbringe. Bezugnehmend auf die Niedergangsphase des Kapitalismus, meinte Grünert, daß in Zukunft gerade die Bedeutung der nicht mechanischen Prozesse wachsen werde, wie zum Beispiel die chemischer und metallurgischer Prozesse, die von vornherein ganzheitlich verliefen. Es handele sich dabei um solche Prozesse, die der Zerlegung der Arbeitsoperationen eine Grenze setzen und somit auch der Herrschaft des Kapitals über Teilarbeiter. Grünert schlußfolgerte, die Notwendigkeit der Ablösung des Kapitalismus ergebe sich unter anderem auch daraus, daß sich entgegen der weitgehenden Zerlegung der Arbeitsoperationen die Tendenz ihrer Zusammenfassung und ebenso die steigende Bedeutung der von vornherein ganzheitlich ablaufenden Prozesse durchsetze, die sich a priori der Zerlegung der Arbeitsoperationen entzögen und somit die ökonomische Rolle des Kapitals als Organisator des Zusammenwirkens der Teilarbeiter überflüssig machten.

M i c h a e l L a s c h k e (Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin) stimmte zwar den kritischen Bemerkungen von Mueller-Bülow zu, aber hob gleichzeitig hervor, daß es sich bei dem Artikel um einen zu begrüßenden Versuch der Betrachtung der Dialektik innerhalb des Systems der Produktivkräfte handele, die es wert sei, aus politökonomischer Sicht untersucht zu werden. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die von sowjetischen Ökonomen diskutierte Problematik der Einbeziehung der technisch-ökonomischen Verhältnisse in die Kategorie Produktionsverhältnisse.

Sich einem zweiten Problemkreis, der Dialektik Arbeitsmittel-Energie in der Periode der weitgehenden Nutzung der Elektroenergie zuwendend, warf Laschke die Frage auf, inwieweit die Elektroenergie als universell anwendbare Energieart sowohl auf die Arbeitsmittel als auch auf die Veränderung der Bedürfnisse in ihrer Gesamtheit einwirke. Er betonte, daß in diesem Zusammenhang der Relation Entwicklung der Primärenergieträger und Wachstumsraten der Industrie von theoretischer Seite mehr Aufmerksamkeit zu schenken sei, da es hier in der Vergangenheit verschiedentlich zu Fehleinschätzungen gekommen sei.

G e r d S c h i r m e r (Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR) betonte die Notwendigkeit der historischen Betrachtung für die Abschätzung der zukünftigen Entwicklung. Das gelte in vollem Umfange für die Gestaltung der materielltechnischen Basis der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und dabei der Energiebasis als einem ihrer wichtigsten Elemente. Er wies darauf hin, daß bisher der Begriff Energiebasis ungenügend von dem der Energie als solcher abgegrenzt worden sei. So hob er hervor, daß der Energie eine Basisfunktion im Produktionsprozeß nicht nur hinsichtlich des Aufkommens und der Struktur der Energieträger zuzusprechen sei, sondern vor allem ihrer gesellschaftlichen Wirksamkeit. Die gesellschaftliche Wirksamkeit der Energie und ihre Nutzung im Produktionsprozeß im Hinblick auf die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit im Sozialismus sei für die politökonomische Betrachtung entscheidend.

Im weiteren ging Schirmer auf die Rolle der Energie im Arbeitsprozeß ein und machte darauf aufmerksam - der Formulierung Czogallas zustimmend -, daß die bisherigen Bilanzbegriffe der Energie nicht mehr ausreichen würden, um die

Entstehung neuer Arbeitsinhalte, die Ausprägung des sozialistischen Charakters der Arbeit, die durch die wissenschaftlich-technische Revolution - insbesondere die Anwendung der EDV und die damit ermöglichte Übertragung formal-geistiger Prozesse auf die Maschine - veränderte Stellung des Menschen im Arbeitsprozeß in ihrer qualitativen Bestimmtheit richtig darzustellen. So trete der Mensch durch die zunehmende Kombination Arbeitsmittel-Energie, durch weitere Produktionsübertragung auf diese Elemente aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß aus, werde aber mittels der zunehmenden Rolle der Wissenschaft als Produktivkraft auf neue Weise darin integriert.

Schirmer betonte, daß die Betrachtung der Rolle der Energie im Arbeitsprozeß nicht auf das System Mensch - Energie - Maschine reduziert werden dürfe. Die Frage der Energie als Rohstoff und somit die produktive und reproduktive Nutzung der Naturreichtümer, das heißt sowohl die intensive komplexe stoffliche und energetische Nutzung der Energierohstoffe als auch der Schutz und die Erhaltung der Natur, sei ebenfalls einzubeziehen. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, daß die Elektroenergie in modernen Technologien, wie zum Beispiel in elektrophysikalischen und elektrochemischen Verfahren, aber auch für stoffwandelnde Prozesse bedeutsamer werde. Sie übernehme damit die direkte Bearbeitung des Arbeitsgegenstandes und somit die Funktion des Produktionsinstrumentes. Dabei stimmte er der in der Diskussion vertretenen Auffassung zu, daß auch für die Einschätzung der wissenschaftlich-technischen Revolution der Ausgangspunkt bei der Veränderung der Arbeitsmittel und Arbeitsinstrumente liege, wobei die Energie immer mehr an Bedeutung gewinne.

Zum Abschluß des Forums dankte Peters allen Teilnehmern für ihre Mitwirkung und hob den Wert dieser Begegnung zwischen Wirtschaftshistorikern und Politikökonomen hervor. Das Forum, in dem diesmal einem jungen Wissenschaftler Gelegenheit gegeben wurde, seine Meinung darzulegen und zum Meinungsstreit herauszufordern, habe - wie schon zur Tradition geworden - viele neue Gedanken aufgeworfen.

Renate Scholze

## Kameralismus und bürgerliche Gegner des Kameralismus

Zu Peter Thals "Bemerkungen zu einigen Thesen des Buches Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland"

von Ingrid Mittenzwei

Thals gründliche und anregende Besprechung der "Grundlinien"<sup>1</sup> habe ich mit großem Interesse gelesen. Viele seiner Einwände gegen einige Thesen dieses Buches teile ich. Andere hingegen reizen zum Widerspruch, weshalb ich ihre Diskussion sehr begrüßen würde.

Meine Zustimmung findet vor allem Thals Skepsis, mit der er die These vom Vorhandensein "bürgerlicher Gegner des Kameralismus", "deutscher Theoretiker der Manufakturbourgeoisie" im 17. Jahrhundert bzw. einer "bürgerlichen Kritik des Kameralismus" aufnimmt. Hier vermögen die Autoren der "Grundlinien" in der Tat nicht recht zu überzeugen, und das hauptsächlich, weil die von ihnen analysierten Werke Johann Joachim Bechers, Wilhelm von Schroeders und Wilhelm Hoernigks solche Schlußfolgerungen nicht zulassen. Ihre "Überinterpretation" hängt unter anderem damit zusammen, daß der Begriffsapparat jener Zeit in einigen Fällen mit unserer heutigen Begrifflichkeit identifiziert wird. Das kann man am Beispiel des Begriffs "Manufaktur" erhärten, der im 17. und 18. Jahrhundert häufig für "gewerbliche Produktion" steht<sup>2</sup>, von den Autoren aber bei der Beschäftigung mit Wilhelm von Schroeder ausschließlich als "kapitalistische Manufaktur" verstanden wird.

Bei aller Kritik an diesen Passagen aber darf man meines Erachtens nicht die wichtigen Ansätze für neue Fragestellungen übersehen. Thal tut das in gewisser Weise, wenn er gegen die These vom Vorhandensein einer manufakturbürgerlichen Gegenströmung zum Kameralismus wieder auf die Zurückgebliebenheit der ökonomischen Verhältnisse in Deutschland und die Nichtexistenz einer Manufakturbourgeoisie im 17. Jahrhundert verweist. An beidem ist sicher nicht zu zweifeln, und von einer "Manufakturbourgeoisie" sollte man aus den von ihm genannten Gründen für diese Zeit besser nicht sprechen. Abgesehen davon aber scheint das Bild, das er vom Entwicklungsstand der deutschen Territorialstaaten am Ende des 17. Jahrhunderts zeichnet, in q u a n t i t a t i v e r Hinsicht korrekturbedürftig. Ganz so "düster" sah es nicht aus. Obwohl unsere Kenntnisse noch

1 Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1977.

2 In dem von Hildegard Hoffmann herausgegebenen Taschenbuch des Freiherrn von Knyphausen sind unter dem Titel "Fabriquen und Manufacturen" sämtliche Gewerbe, gleich ob zünftige oder unzünftige kleine Warenproduzenten oder Manufakturen erfaßt (Hoffmann, Hildegard, Handwerk und Manufaktur in Preußen 1769, Berlin 1969). Ähnliches ist über die zahlreichen "Fabriken- und Manufakturtabellen" des 18. Jh. zu sagen.

begrenzt sind, läßt sich aufgrund des jetzigen Forschungsstands seit den achtziger Jahren des 17. Jahrhunderts von einer zögernden Entwicklung kapitalistischer Manufakturen sprechen. Von diesem Zeitpunkt an bis zum Jahre 1715 entstanden in Sachsen 22 meist zerstreute Manufakturen<sup>3</sup>, in Brandenburg-Preußen 6, in Hessen-Kassel 3, in Ansbach-Bayreuth 8.<sup>4</sup> Notwendige Forschungen über andere Territorien sowie über die qualitativen Merkmale der Manufakturentwicklung werden dieses Bild sicher noch ergänzen. Die absolute Behauptung Thals, daß sich von kapitalistischen Manufakturen bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts eigentlich nirgends sprechen lasse, ist also anfechtbar. Natürlich fiel die Manufakturproduktion im Rahmen der gesamten Wirtschaft noch nicht ins Gewicht. Das muß gesagt werden, sollte aber nicht dazu führen, die zaghaften Keime des Neuen auch in den deutschen Territorien zu übersehen.

Wichtiger als dies scheint mir aber, daß die Autoren der "Grundlinien" von einer solchen lediglich auf die ökonomischen Voraussetzungen verweisenden Betrachtungsweise abgehen. Unter Bezugnahme auf Brechts großartige Feststellung "Umwälzungen finden in Sackgassen statt" konstatieren sie, daß die objektiven Bedingungen für theoriegeschichtliche Sachverhalte komplex erfaßt werden müssen. "In der Regel sind es Stärke und Schwäche gleicherweise, die in ganz konkreten Situationen nachgerade dazu zwingen, die alten Auffassungen zu überwinden und neue Schlußfolgerungen vorzulegen."<sup>5</sup> Thal ignoriert diese These zwar nicht, aber sie spielt in seinen Überlegungen keine Rolle, so daß seine Argumente lediglich als Wiederholung von Auffassungen erscheinen, gegen die die Verfasser der "Grundlinien" polemisieren.

Bei aller Anerkennung für die meines Erachtens richtige Fragestellung muß freilich gesagt werden, daß die in den "Grundlinien" gegebenen Antworten unbefriedigend bleiben. Hier scheint vieles nicht der Wirklichkeit zu entsprechen; hier mangelt es offenbar an der konkreten Kenntnis historischer Prozesse. Schon die dort bezeichneten vier Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Monetarismus außerhalb Englands<sup>6</sup> muten konstruiert an, erst recht ihre Anwendung auf deutsche Verhältnisse. Die "Grundlinien" nennen beispielsweise als dritte Voraussetzung die relative Schwäche der Handelskapitalisten gegenüber der Manufakturbourgeoisie. Für den europäischen Kontinent konstatieren sie eine "gewisse Stärke der kleinen Manufakturgruppe gegenüber der kleinen kaufmännischen Gruppe, die innerhalb der sich herausbildenden Bourgeoisieklasse nicht absolut vorherrscht".<sup>7</sup>

Dagegen ist einiges zu sagen: Trotz relativer Schwäche des Handelskapitals in

3 Vgl. Forberger, Rudolf, Die Manufaktur in Sachsen, Vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, Berlin 1958, Tabellarium der Manufakturen in Sachsen, S. 305 ff.

4 Für Brandenburg-Preußen vgl. Hoffmann, Hildegard, a. a. O., S. 97 ff.: Listen derer in sämtlichen königlichen Provinzen befindlichen Fabriken und Manufakturen nach Ordnung derer Provinzen pro anno 1769; für Hessen-Kassel siehe Dascher, Ottfried, Das Textilgewerbe in Hessen-Kassel, Marburg 1968, S. 46 ff.; für Ansbach-Bayreuth vgl. Reuter, Ortulf, Die Manufaktur im fränkischen Raum, Stuttgart 1961, S. 159 ff.: Tabellarium der Ansbach-Bayreuther Manufakturen.

5 Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland, a. a. O., S. 148.

6 Ebenda, S. 166.

7 Ebenda, S. 167.



viele Länder des europäischen Kontinents (nicht in den Niederlanden!) besaß dieses während der ganzen Manufakturperiode das Übergewicht gegenüber dem produktiven Kapital.<sup>8</sup> Hiermit und mit dem besonderen Entwicklungsweg der deutschen Bourgeoisieklasse hängt es zusammen, daß für die behandelte Zeit zwar Handels- und produktives Kapital logisch voneinander zu unterscheiden sind, in der gesellschaftlichen Wirklichkeit aber eine reine Trennung selten vorhanden war.<sup>9</sup> Soviel ist nach dem jetzigen Forschungsstand auch für die deutschen Staaten klar: An der Entstehung der Schicht von Manufakturkapitalisten im 17. und 18. Jahrhundert waren die Handelskapitalisten führend beteiligt. Sie stellten das Gros der Manufakturunternehmer. Und sie blieben auch als "Manufakturisten" Großkaufleute. Meist - und vor allem bei den bedeutenden Manufakturkapitalisten - sind Produktions- und Handelstätigkeit gekoppelt, so daß in der Forschung völlig zu Recht vom Typ des Kaufmann-Unternehmers gesprochen wird. Von einer relativen Stärke der kleinen Manufakturgruppe gegenüber der kleinen Kaufmannsgruppe kann nicht die Rede sein. Beide waren - was sicher auch von der Rückständigkeit deutscher Verhältnisse im 17. und 18. Jahrhundert zeugt - engstens miteinander verquickt. Damit soll nichts gegen die von den Autoren der "Grundlinien" gestellten Fragen gesagt werden. Nur über die Antworten werden wir wohl noch gründlicher nachdenken müssen.

Thal negiert die in den "Grundlinien" getroffene Einteilung in Kameralisten und "bürgerliche Gegner des Kameralismus". Für ihn war die kameralistische Doktrin voll auf den partikularistischen Zwergabsolutismus ausgerichtet und verfolgte das Ziel, die fürstlichen Kammern zu füllen. Er sieht sie folglich als einheitliche Strömung feudalen Charakters, in der lediglich nicht alle "bornierte Fürstene knechte" waren. Im Gegensatz dazu scheint mir eine Differenzierung der Kameralwissenschaft dringend nötig zu sein.<sup>10</sup> Sie war eine so breit angelegte, uneinheitliche Strömung und von ihrem Gegenstand her im Selbstverständnis der Zeit so wenig ausgeprägt, daß man ihre Repräsentanten nicht einfach mit den Ökonomen anderer Länder gleichsetzen kann und schwerlich ohne eine genaue Beschäftigung mit ihren einzelnen Vertretern auszukommen sein wird. Diese Breite des Gegenstandes war häufig auch die Ursache für die Kritik von Zeitgenossen, darunter von Männern wie Justi, die von den "Grundlinien" als Gegner des Kameralismus bezeichnet werden. Leopold Krug schrieb beispielsweise: "Es ist wirklich auf Universitäten zum Sprichwort geworden, von einem Menschen, der nichts lernt und nichts lernen will, zu sagen, er studiere Kameralwissenschaften. An diesem Mißbrauche des Wortes Kameralwissenschaft ... sind unsre gewöhnlichen System- und Lehrbücher der Kameralwissenschaft selbst schuld; sie lehren den Anschlag einer Branntweinbrennerei, einer Teerhütte und einer Grützmühle machen; sie lehren, wie viele Fäden die Leinwand und der Taft im Aufzug und Einschlage machen müsse, aber - was Zirkulation und Nationalreichtum sei, das ist bei ihnen nicht zu finden; sie lehren, wie Käse gemacht und wie Eisen geschmolzen wird;

8 Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 782; ebenda, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 342.

9 Hoffmann, Hildegard/Mittenzwei, Ingrid, Die Stellung des Bürgertums in der deutschen Feudalgesellschaft von der Mitte des 17. Jh. bis 1789, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 2/1974, S. 195.

10 Vgl. ausführlicher Mittenzwei, Ingrid, Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg. Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und Staat um die Wirtschaftspolitik, Berlin 1979, S. 170 ff.

aber sie lehren nicht, wie der Ackerbau, der Handel und alle Gewerbe Einfluß auf den Wohlstand des Staats und seiner Bewohner haben; sie lehren durch welche Mittel man die Maikäfer vertreiben kann, aber sie lehren nicht das für den Zweck der Staatswirtschaft wohlthätigste Verhältnis aller einzelnen Klassen im Staate."<sup>11</sup>

Vor der Entstehung der Technologie als selbständige Wissenschaftsdisziplin befaßten sich die Kameralisten neben der politischen Ökonomie - und oft sogar in viel bedeutenderem Maße - mit der sogenannten "Haushaltungskunst" und "Landwirtschaftswissenschaft". Darauf beziehen sich die kritischen Worte Krugs. Gegenstand des Kameralismus waren aber außerdem noch der Staat, seine Finanzen und seine Verwaltung. Diese Breite des Gegenstandes zwingt dazu, bei der weiteren Beschäftigung mit dem Kameralismus zwei Gesichtspunkte zu berücksichtigen: die relative Einheit der Gesamterscheinung und die Differenzierungen unter ihren einzelnen Vertretern.

Die Autoren der "Grundlinien" machen es sich in gewisser Weise leicht, wenn sie Becher, Schroeder, Hoernigk und Justi als Gegner des Kameralismus bezeichnen und dabei auf die Auseinandersetzungen mit Kameralisten verweisen. Als wenn es innerhalb einer Strömung nicht auch Richtungskämpfe geben könnte! Die Polemik der Schroeder und Justi jedenfalls meinte in der Regel nur den "Kammerbeamten" oder "Plusmacher", wie Justi sich ausdrückte, der die staatlichen Kassen ohne Rücksicht auf die Interessen der Wirtschaft und des Volkes füllen wollte. Justi beispielsweise hielt kameralistische Vorlesungen. Er lehnte auch die "gegnerischen Auffassungen" Gassers und Dithmars nicht ab, wie die "Grundlinien" feststellen<sup>12</sup> und wie aus dem nur bruchstückhaft wiedergegebenen Zitat hervorzugehen scheint. Er stellte nämlich - auf die Gründung des kameralistischen Lehrstuhls in Halle eingehend - fest: "... und hier war der König bei der ersten Besetzung zu glücklich, an den geheimen Rath Gasser einen Mann zu finden, der in diesen Wissenschaften in der Tat viele Fähigkeiten hatte, ob er gleich nicht ordentlich und systematisch genug dachte, um diese Wissenschaften vollkommen bearbeiten zu können."<sup>13</sup> Justi wollte es besser machen, nicht anders! Ihm ging es nach seinen eigenen Worten um den Zusammenhang zwischen ökonomischen und Kameralwissenschaften.

Im Gegensatz zu den "Grundlinien"<sup>14</sup> und in Übereinstimmung mit der bisherigen marxistischen Forschung sehe ich viele Gründe, die für die Annahme sprechen, daß der Kameralismus in der Geschichte des ökonomischen Denkens wenn auch nicht zwei Jahrhunderte, so doch mehr als ein Jahrhundert "unumschränkt geherrscht" hat. Die Breite des Gegenstandes, der den Kameralismus von anderen Richtungen ökonomischen Denkens unterschied, die relativ einheitliche theoretische Grundlage, die - so apodiktisch das hier klingen mag - nach meiner Kenntnis nirgendwo die Grenzen monetaristischen und merkantilistischen Denkens überschritt, das Überwiegen wirtschaftspolitischer Fragestellungen und die immer vorhandene, wenn auch nicht immer apogetische Bezogenheit auf den Staat und seine

<sup>11</sup> Krug, Leopold, Betrachtungen über den Nationalreichtum der preußischen Staaten und den Wohlstand seiner Bewohner, Bd. 2, Berlin 1805, S. V f.

<sup>12</sup> Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland, a. a. O., S. 189.

<sup>13</sup> Justi, Johann Heinrich Gottlob von, Staatswirtschaft oder systematische Abhandlung aller oekonomischen und Kameralwissenschaften, die zur Regierung eines Landes erfordert werden, T. 1, 2. Aufl. Leipzig 1758, S. XII.

<sup>14</sup> Vgl. Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland, a. a. O., S. 172.

"Kammer", die für Becher wie Justi ebenso zutrifft wie für die zu Recht kritisierten Gasser und Dithmar - all diese Erscheinungen zwingen uns zu allergrößter Vorsicht beim Auffinden von "Gegnern des Kameralismus". Sie sind zugleich jedoch die Voraussetzung dafür, daß sich in der relativ einheitlichen Strömung unterschiedliche Interessen artikulieren konnten. Der Übergangscharakter der Zeit, das Nebeneinander von Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung, die Schwäche der ökonomischen Entwicklung in den deutschen Staaten auf der einen und die Entstehung erster Keime des Manufakturkapitalismus auf der anderen Seite, der Anpassungszwang, das Streben, ökonomische Rückstände aufzuholen, die Vorbildwirkung weiter fortgeschrittener europäischer Staaten, auch die Theorieentwicklung dort - diese und viele anderen Faktoren, unter denen nicht zuletzt die konkreten Bedürfnisse der Klassenausinandersetzung zu nennen sind, führten nach meiner Überzeugung dazu, daß sich im Kameralismus eine bürgerliche Unterströmung entwickelte. Sie war breiter und uneinheitlicher als man aus der Zahl der in den "Grundlinien" genannten "bürgerlichen Gegner" schließen könnte. Zu ihr gehörten neben den genannten "Gegnern" Johann Daniel Crafft, Christian Julius Schierl von Schierendorff, Ernst Ludwig Carl, Theodor Ludwig Lau, Paul Jacob Marperger und meines Erachtens auch der in den "Grundlinien" so streng bewertete Joseph von Sonnenfels. Wenn hier von einer "bürgerlichen", nicht aber einer "bourgeoisen" Unterströmung die Rede ist, so hat das seine Ursache in dem schon erwähnten Übergangscharakter der Zeit. Thal vermerkt zu Recht, daß es eine Manufakturbourgeoisie noch nicht gab. Darüber hinaus aber drückten die oben bezeichneten Männer ganz unterschiedliche bürgerliche Interessen aus: Des Handelsbürgertums (Marperger, Crafft), des "Mittelmannes", das heißt des Handwerkers oder kleinen Unternehmers (Becher, Carl, Justi), sicher auch des entstehenden Manufakturbürgertums, wengleich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts der Ruf nach Manufakturen und einer ihnen entsprechenden Politik kaum Ausdruck vorhandener Klasseninteressen war, sondern mehr vom Streben zeugt, Entwicklungsrückstände aufzuholen. Gegen Thal möchte ich folglich die Autoren der "Grundlinien" da verteidigen, wo ihr Bemühen um eine Differenzierung spürbar wird, mit Thal jedoch ihren Versuch zurückweisen, eine manufakturkapitalistische Gegnerschaft zum Kameralismus zu konstatieren.

## LITERATURKRITIK

### Wirtschaftstheorien im Kapitalismus und Sozialismus

Adam Smith gestern und heute. 200 Jahre "Reichtum der Nationen",  
hg. v. Peter Thal (im folgenden: I)

Akademie-Verlag, Berlin 1976, 232 Seiten, Preis: 25,- M

Fritz Behrens, Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie,  
Bd. 2 (im folgenden: II)

Akademie-Verlag, Berlin 1976, 295 Seiten, Preis: 19,- M

Bürgerliche und kleinbürgerliche ökonomische Theorien über den  
Sozialismus (1917 - 1945), hg. v. Werner Krause = Akademie der  
Wissenschaften der DDR, Schriften des Zentralinstituts für Wirt-  
schaftswissenschaften, Nr. 16 (im folgenden: III)

Akademie-Verlag, Berlin 1978, 329 Seiten, Preis: 24,- M

von Alfred Bönisch

Die drei Publikationen behandeln wichtige Entwicklungstendenzen, Richtungen  
und Vertreter des bürgerlichen ökonomischen Denkens. Obwohl die Theorien-  
kritik im Vordergrund steht, werden in sehr differenzierter Weise durchgängig  
die Wechselbeziehungen zwischen ökonomischer Basis, Wirtschaftstheorie und  
politischer Entwicklung in die Betrachtung einbezogen.

In "Adam Smith gestern und heute" werden in einprägsamer Weise Leben, Werk,  
wissenschaftliche und politische Ausstrahlungskraft des "zusammenfassenden  
Ökonomen der Manufakturperiode" vorgestellt. Erarbeitet von zehn Wissen-  
schaftlern aus der Sowjetunion, der DDR und aus Belgien, ist diese Publikation  
im Unterschied zu anderen, die aus ähnlichem Anlaß ediert wurden, kein Sammel-  
band, sondern ein systematisch aufgebautes, inhaltlich gut koordiniertes Werk  
mit durchgängig hohem theoretischen Niveau. Sicherlich ist das vornehmlich  
ein Verdienst des Herausgebers Peter Thal, der auch wichtige Teile der Arbeit  
verfaßt hat.

Im ersten Kapitel wird der Leser mit der Persönlichkeit von Smith, der  
sozialökonomischen Struktur Englands und Schottlands in der zweiten Hälfte  
des 18. Jahrhunderts und den grundlegenden Elementen von Smith' ökonomischer  
Theorie vertraut gemacht. Man erfährt, welche bereits bekannten ökonomischen  
Auffassungen Smith in sein System integriert hat, welche er erweiterte und  
welche er verwarf. In diesem Zusammenhang wird das Verhältnis zu den Physio-  
kraten und zum Merkantilismus kurz charakterisiert. Weitere Teile dieses  
Kapitels behandeln die Aufnahme des Werkes von Smith in Deutschland, die  
deutsche Smith-Rezeption und den Einfluß von Smith auf das ökonomische Denken

in Rußland. Dabei werden Zusammenhänge dargelegt und Details in die Betrachtung einbezogen, die vielfach über das aus der ökonomischen Literatur Bekannte hinausgehen und insgesamt außerordentlich ansprechend sind.

Besonders wichtig ist natürlich die Darstellung des Verhältnisses von Marx zu Smith (I, S. 109 f.)<sup>1</sup>. Dieser Teil ist sehr informativ und entspricht ebenso wie die ihm folgenden den Anforderungen, die heute an die marxistische Theorienkritik gestellt werden.

Hier sollen aus dieser insgesamt gut gelungenen Arbeit, die in keiner Passage eine bloße ideengeschichtliche Darstellung ist, sondern durchgängig den Bezug zur Basis, zu den Klassenkämpfen und sozialen Widersprüchen formuliert, drei Problemkomplexe herausgegriffen werden, die dem Rezensenten von besonderem Interesse scheinen und den Gegenwartsbezug besonders nachdrücklich offerieren. Dazu gehören:

1. die wissenschaftliche Einschätzung des Gesamtwerkes von Adam Smith;
2. die Beziehungen heutiger bürgerlicher Ökonomie zu Smith, das heißt seine Ausnutzung für apologetische Zwecke;
3. die Bedeutung der Arbeitsteilungs- und Außenhandelstheorie und ihre Rolle in der Gegenwart

Am Beginn der Publikation wird betont, daß die bürgerliche Smith-Literatur es bis heute nicht vermocht habe, "ein wissenschaftlich gültiges Urteil über die Stellung von Adam Smith in der Geschichte der politischen Ökonomie zu erarbeiten ... Man scheut davor zurück, sein Werk in den gesetzmäßigen Ablauf der ökonomischen, sozialen, politischen und Wissenschaftsgeschichte einzuordnen" (I, S. 11). In der Tat: In der heutigen bürgerlichen Wirtschaftstheorie wird kaum in vertretbarer Weise der Tatsache entsprochen, daß bei Smith die politische Ökonomie endgültig zu einer eigenständigen Wissenschaft wird, und zwar unter den Bedingungen des entschiedenen Kampfes der Bourgeoisie gegen den Feudalismus, des Aufschwungs der kapitalistischen Produktionsweise in Schottland und England.

Zur Zeit von Smith hatten die bürgerliche politische Ökonomie wie auch die kapitalistische Basis einen Reifegrad erreicht, der einen wesentlichen qualitativen Fortschritt in der ökonomischen Theorie gestattete. Diesen Fortschritt zeigt ein Vergleich mit den Merkantilisten und den Physiokraten. Immerhin hat Smith als erster den kapitalistischen Reproduktionsprozeß in seiner Totalität begriffen (I, S. 22). Indem er bei Beantwortung der Frage nach dem Wesen des Reichtums von der Produktion ausgeht und nicht vom Handel, gelangt er zu einer weitgehend richtigen Einschätzung der Rolle der Arbeit und ihrer Produktivität in der Wirtschaft.

Das Werk von Smith ist nicht frei von Irrtümern und Widersprüchen, aber wie Peter Thal richtig bemerkt, machen nicht einzelne Theorien Smith zum überraschenden Denker, "sondern seine ökonomische Theorie als Ganzes, seine geniale Konzeption, das innere Wesen der kapitalistischen Gesellschaft in seiner Totalität ... zu enthüllen" (I, S. 23).

Von besonderem Interesse sind die Ausführungen über das "doppelte Geschäft" von Smith, über die Freiheits- und Fortschrittskonzeption, aber auch zu seiner Wert- und Mehrwerttheorie. Man kann ohne weiteres der abschließenden Feststellung zum ersten Abschnitt zustimmen, daß "das ökonomische Hauptwerk von

<sup>1</sup> Die in Klammern gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch, das durch die römische Zahl wiedergegeben ist.

Adam Smith einen hohen erkenntnistheoretischen Wert besitzt. Zugleich muß seine Theorie als praktisch-ideologische Unterstützung des weiteren Fortschreitens der kapitalistischen Produktionsweise im allgemeinen und speziellen, in strategischer und taktischer Hinsicht aufgefaßt werden, denn sie bestätigte und vermittelte der Bourgeoisie jene Vorstellungen, mit denen sie als herrschende Klasse den Kapitalismus der freien Konkurrenz begreifen und regieren konnte. Sowohl der theoretische als auch der praktische Wert des "Reichtums der Nationen" finden ihren klarsten Ausdruck in der Tatsache, daß in der weiteren historischen Entwicklung der politischen Ökonomie und der kapitalistischen Produktionsweise in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts niemand an Adam Smith vorbeigehen konnte" (I, S. 55).

Von aktueller Bedeutung sind die in dieser Publikation enthaltenen Ausführungen über den ökonomischen Liberalismus von Smith und die gegenwärtige bürgerliche Ökonomie. Denn: "Eines der eigenartigsten Phänomene in der bürgerlichen politischen Ökonomie ist ihr auf den ersten Blick zerstrittenes Verhältnis zum widerspruchsvollen Regulierungsmechanismus der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Dem äußeren Schein nach stehen sich extrem divergente Positionen gegenüber: Verherrlicher der sogenannten Marktwirtschaft bezichtigten Staatsinterventionisten des Verrats an unverzichtbaren Grundwerten der bürgerlichen Ordnung, und Anhänger regulierender Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben belächeln die Laissezfaire-Illusionisten. Der zum Teil mit erbitterter Schärfe geführte Streit zwischen den 'Neoklassikern', wie sich die einen gerne, wenn auch unberechtigterweise nennen, und den Keynesianern, die bestimmte Erfordernisse des staatsmonopolistischen Kapitalismus verhältnismäßig unverblümt in ihrer Theorie reflektieren, ist keineswegs auf den akademischen Bereich beschränkt. Die Wirtschaftspublizistik ebenso wie parteipolitische Polemiken sind voll davon" (I, S. 155).

Wie ist dieser Gegensatz zwischen verschiedenen Gruppierungen zu erklären? Handelt es sich um ein echtes theoretisches Problem, oder ist es primitive Apologetik von einer Seite? Wie ist der Bezug zu Smith?

Viele bürgerliche Ökonomen, vor allem sich liberal gebende, greifen gern auf Smith zur Begründung ihrer Theorien zurück. Zwischen Smith und Milton Friedman beispielsweise bestehen aber grundsätzliche Unterschiede. Angesichts der erfolgreichen Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise und der Krise des Kapitalismus ist es "durch kein wissenschaftlich tragfähiges Argument gerechtfertigt, die Traditionen des ökonomischen Liberalismus zu bewahren. Was für die Frühzeit des Kapitalismus der freien Konkurrenz, der sich noch durchsetzen mußte, wissenschaftlich verständlich ist, der Optimismus sowie die ahistorische, naturgegebene Ableitung der liberalen Prinzipien, kann in der Gegenwart nur noch apologetische Verschleierung und Beschönigung der Herrschaft des Kapitals genannt werden" (I, S. 157).

Von "liberalen" bürgerlichen Ökonomen - zuweilen auch von nichtbürgerlichen Theoretikern - ist in den letzten Jahren oft der Eindruck erweckt worden, als sei mit der Intensivierung der staatsmonopolistischen Regulierungstätigkeit zur Überwindung der zyklischen Krise von 1966/67 - um direkte staatsmonopolistische Maßnahmen handelte es sich zumeist nicht! - das neoliberale Konzept über Bord geworfen worden. In Wirklichkeit wollten die Propagandisten von Globalsteuerung und mittelfristiger Finanzplanung in der BRD und anderswo keineswegs das "marktwirtschaftliche System" untergraben, und die Prinzipien des ökonomischen Liberalismus sind "weder in der heutigen bürgerlichen Wirtschaftstheorie noch in der unmittelbar auf die Bewußtseinsbildung der Massen zugeschnit-

gewenen Publizistik über Bord geworfen" (I, S. 161). Dafür gibt es mehrere wichtige Gründe, von denen zwei grundsätzlicher Natur sind. Der erste wird in der Publikation selbst angeführt, denn es heißt dort: "Doch trotz allem bleibt das Bekenntnis der bürgerlichen Ökonomie zur Marktwirtschaft und zum ökonomischen Liberalismus mehr als reine Demagogie, wenn man es als systemnotwendige Entscheidung für das Privateigentum und seine 'Freiheit der Profitmacherei' (Lenin) interpretiert." Und weiter: "Die prinzipielle Befürwortung der freien Verfügungsgewalt des Kapitals ist genau der Punkt, der bei aller historischen Unzulässigkeit tatsächlich bestimmte Verbindungen zwischen Adam Smith und der heutigen bürgerlichen Ökonomie herstellt. Jede theoretische Strömung der bürgerlichen Ökonomie wird den ökonomischen Liberalismus als eine dem Privateigentum direkt entspringende, seinem Interesse entsprechende und überdies der individualistischen bürgerlichen Denkhaltung auf den Leib geschneiderte Lehre in dieser oder jener Form in sich zu integrieren versuchen" (I, S. 169).

Die Verteidigung des kapitalistischen Eigentums und aller sich aus ihm ergebenden Institutionen, Instrumente und Interessen ist somit die eine Aufgabe des ökonomischen Liberalismus, die solange stets vorhanden ist, wie der Kapitalismus existiert. Daß sich auch der Liberalismus an neue Gegebenheiten anpassen muß, ständig vor unlösbaren Widersprüchen steht, ist ein Charakteristikum bürgerlichen Wirtschaftsdenkens.

Die zweite Aufgabe, in der Publikation nicht genannt, ist der Kampf gegen sozialistische Theorien, Bestrebungen und Aktivitäten. Zuweilen ist dieser Kampf ein Scheingefecht, hat aber auch als solcher eine prophylaktische und auf jeden Fall systemerhaltende Funktion. Denn: Die in Verbindung mit staatlicher Planung, Investitionslenkung und anderen Regulierungsinstrumenten vorgetragene Kritik, zum Beispiel an der SPD, ist von seiten bürgerlicher Politiker insofern ernst gemeint, als zum Ausdruck gebracht werden soll, daß progressive, anti-kapitalistische Kräfte diese Instrumente nicht verwenden dürfen. Die Auseinandersetzung um die Investitionslenkung in der BRD hat das deutlich gezeigt und erneut dokumentiert, daß Regulierungs- und Planungsfragen für das Monopolkapital stets Machtfragen sind.

Im Beitrag von Gunter Kohlmey (I, S. 189 ff.) beeindruckt die konsequente Bezugnahme auf die kapitalistische und sozialistische Arbeitsteilung der Gegenwart. Kohlmey geht davon aus, daß Smith die internationale Arbeitsteilung und den Außenhandel nicht in sich als System dargestellt hat. Selbst die Einordnung in das Gesamtsystem sei Smith nur teilweise gelungen. Marx und Engels brachten einen qualitativen Umschlag in der Geschichte der Theorie von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Sie hinterließen zwar keine fertige Weltmarkt- und Außenhandelstheorie, ordneten aber die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und den Außenhandel in ihre Wert-, Reproduktions-, Mehrwert- und Profittheorie ein. Für Marx, Engels und Lenin waren die Kategorien der internationalen Arbeitsteilung nichts anderes "als Entfaltungen (und damit Modifikationen) der allgemeinen, abstrakten Kategorien der politischen Ökonomie" (I, S. 190).

Ebenso wie Marktpreise und Krisenzyklus gehört für Marx der Weltmarkt zur "wirklichen Bewegung der Konkurrenz" und nicht zur inneren Organisation der kapitalistischen Produktionsweise. Die Untersuchung des Außenhandels oder des äußeren Marktes ist wichtig, um Prozesse in einzelnen Ländern oder Industriezweigen zu verstehen und um die historische Rolle des Kapitalismus bei der Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und der Herausbildung der Weltwirtschaft zu erfassen.

Für Smith "leitet sich die Entwicklung der Arbeitsteilung aus den angeblich natürlichen, ewigen Neigungen des Menschen zum Tausch ab; folglich setzt der Tausch die Grenzen für die Entwicklung der Arbeitsteilung" (I, S. 192).

Kohlmeier führt die These von Smith an, wonach die Arbeitsteilung durch die Ausdehnung des Marktes begrenzt sei, und betont, "daß historisch die Kausalkette umgekehrt verläuft" (ebenda). Teilung der Arbeit setzt nicht den Private Austausch voraus.

"Sehr deutlich zeigt sich die Rückkopplungsfunktion der internationalen Märkte im heutigen Kapitalismus. Während seinerzeit für England der Welthandel eine Exploitations- und Industrialisierungsquelle war, übt der kapitalistische Weltmarkt in der Zeit des Imperialismus gegenüber den Entwicklungsländern in der Haupttendenz eine Funktion aus, die eine Entwicklung von Produktion, Industrialisierung, Infrastruktur und Volkswohlstand in diesen Ländern behindert oder gar verhindert" (ebenda).

Kohlmeier betont, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse zunehmend in Widerspruch zu den Produktivkräften geraten, die eine weltweite Internationalisierung der Produktion verlangen. Mit historischer Notwendigkeit dehnt sich daher im Bündnis mit dem Sozialismus die antiimperialistische Bewegung aus. Die detaillierte Kritik an den Ausplünderungsmethoden und Deformationen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems sowie die Forderung nach einer sozial gerechten internationalen Arbeitsteilung beweisen das (I, S. 193).

Als grundlegend und von weitreichender theoretischer Bedeutung bezeichnet Kohlmeier Smiths antimerkantilistische These von der Ausnutzung internationaler Produktivitätsvorteile durch internationale Arbeitsteilung. Es sei aber naiv von Smith, zu ignorieren, daß Profitmaximierung auf Ausbeutung und nationaler Unterdrückung beruhen, daß die Konkurrenz (auch Weltmarktkonkurrenz) jedem Kapital die Tendenz zu eigen macht, den Konkurrenten auszuschalten. Das gelte bei Freihandel wie bei Protektionismus, auch und gerade unter den Bedingungen staatlich-monopolistischer Regulierung.

Wenn ein Land durch internationale Spezialisierung und damit verbundenen Außenhandel das Nationaleinkommen erhöhen will, braucht es Partner mit entsprechendem Entwicklungsniveau. Reiche und zivilisierte Nationen können nach Smith einen viel größeren Wert miteinander austauschen als mit Wilden.

Dies wird heute auch in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen imperialistischen Ländern sichtbar. Nicht die Völker sind es, die reich sind. Diese Seite der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung ist außerdem verbunden mit der Ausbeutung billiger Bauern- und Lohnarbeit in Entwicklungsländern. Darin besteht ein Wesenszug der internationalen Arbeitsteilung im Kapitalismus.

Smith kannte nur absolute, aber keine komparativen (relativen) Produktivitätsvorteile, die durch internationale Arbeitsteilung und Außenhandel ausgenutzt werden sollten. Später haben Ricardo, Torrens und vor allem Marx nachgewiesen, "daß zwei Länder auch dann im beiderseitigen Interesse miteinander Handel treiben können, wenn Land A in allen Positionen unter dem Produktivitätsniveau von Land B liegt: bei Spezialisierung der Länder auf die jeweils relativ vorteilhafteste bzw. relativ am wenigsten nachhinkende eigene Produktion können alle Partner komparative Vorteile erzielen, wenn auch nicht ohne weiteres gleich große" (I, S. 197).

Wesentlich ist in diesem Zusammenhang Kohlmeiers Bemerkung, daß die genannten und andere Autoren bei Annahme absoluter und komparativer Vorteile



nationale Mobilität und internationale Immobilität von Kapital und Arbeit voraussetzten, was für die damalige Zeit zulässige Abstraktionen waren. Mit der Herausbildung des Imperialismus habe allerdings das Theorem von der internationalen Mobilität einen neuen Stellenwert erhalten.

Auch unter den Bedingungen sozialistischer ökonomischer Integration spielt die Mobilität von Arbeitskräften eine wichtige, wachstumsfördernde Rolle, zumeist in Form des Austausches von Spezialisten und keineswegs zum Zwecke der Ausbeutung. Bedeutsamer ist im Sozialismus die internationale Mobilität von Produktionsfonds mittels Investitionsbeteiligungen, gemeinsamer Betriebe und internationaler Wirtschaftsvereinigungen. "Ebenfalls wichtig ist der internationale Transfer von Wissen. Dieser ist typisch für die wachsende Verflechtung sozialistischer Volkswirtschaften und geht in verschiedenen Formen vor sich: Erfahrungsaustausch, Auslandsstudium, Ausbildung von Fachkräften, Lizenzhandel, Verkauf von Technologien und modernen Geräten, Maschinen und Ausrüstungen; mehr noch wird dieser internationale Transfer von Informationen, Technologien usw. in Form gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durchgeführt ..." (I, S. 197).

Interessant ist auch Kohlmeys Hinweis, daß Smith einerseits die Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung, bei der die Produktivitätsunterschiede mittels Freihandel ausgenutzt werden, begreift, andererseits aber die Behauptung aufstellt, "daß der Außenhandel Überschüsse zu exportieren und dafür Defizitwaren ins Land zu bringen habe" (I, S. 198). In diesem Zusammenhang habe für Smith der Außenhandel nur die Funktion des Ausgleichs von Spitzensalden.

Die Ausführungen Kohlmeys verdeutlichen nicht nur die Haltung von Smith zu internationaler Arbeitsteilung und Außenhandel, sondern zeigen auch die neuesten Entwicklungstendenzen bürgerlicher Außenhandelstheorie und staatsmonopolistischer Außenhandelspolitik. Sie zeigen, wie vielschichtig die Probleme sind, die im Zusammenhang mit der Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung einzuschätzen sind.

Der zweite Band von Fritz Behrens "Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie" enthält fünf Kapitel:

1. Utopien und sozialistische Ökonomie von Marx und Engels (II, S. 13 ff.)
2. Die Kritik der bürgerlichen Ökonomie durch Marx und Engels (II, S. 73 ff.)
3. Die Marxsche Politische Ökonomie (II, S. 107 ff.)
4. Die Ausbreitung der Marxschen Politischen Ökonomie und der Kampf mit dem Revisionismus (II, S. 189 ff.)
5. Die kleinbürgerliche Kritik am Kapitalismus - Der Kleinbürgerliche Sozialismus (II, S. 241).

Dieser Band vermittelt viele interessante Überlegungen zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, vor allem in den ersten beiden Kapiteln. Er ist in der Darstellung sehr konzentriert, auf die Hauptprobleme orientiert und bietet insgesamt eine ausgewogene Einschätzung der behandelten Probleme. Der Autor hat, vor allem im ersten Teil, historisch bedeutende Theoretiker in die Unter-

suchung einbezogen, die bisher selten aus politökonomischer Sicht Aufmerksamkeit gefunden haben. Das gilt insbesondere für Hegel.

Behrens betont, daß die Ursachen für das Auftreten kritischer sozialistischer Gedanken vor der Reife des Kapitalismus einerseits in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte liegen, andererseits in der Unterdrückung und Ausbeutung der großen Mehrheit der Gesellschaft. Die "Möglichkeit und schließlich Notwendigkeit der Aufhebung des Eigentums an den Produktionsmitteln wurde von den sozialistischen Ökonomen vor Marx und Engels geahnt, vorweggenommen, weil das Elend der Massen danach drängte, Wege zu seiner Beseitigung zu suchen" (II, S. 18). Dieser Gedanke durchzieht mit Recht die folgende Darstellung, wie es überhaupt typisch für diesen Band ist, daß in ihm zentrale Probleme immer wieder angeführt werden und in jeweils anderem Zusammenhang, bei anderen Denkern, erneut erörtert werden.

Das Utopieproblem, das heißt die Entwicklung der ökonomischen Auffassungen des utopischen Sozialismus vor Marx, bildet den Kern des ersten Kapitels. Der Autor macht deutlich, daß sozialistische Utopien zumeist von der Kritik bestehender Zustände ausgehen. Er kennzeichnet die Utopie als "Vorwegnahme des Möglichen, aber noch nicht Notwendigen"; sie "will die Wiederherstellung des Gewesenen, des Goldenen Zeitalters" (II, S. 19).

Thomas Morus' "Utopia" gab den Namen für diese Literatur. Morus übte nicht nur scharfe Kritik an den Methoden der ursprünglichen Akkumulation, sondern entwickelte auch das klassische Argument gegen den Kommunismus: "Die Beseitigung des Privateigentums beseitige auch die Initiative und führe zur allgemeinen Trägheit" (II, S. 25).

Behrens bringt eine sehr informative Übersicht über die wichtigsten Ansichten so bedeutender utopischer Denker wie Morus, Campanella, Morelly, Babeuf, Mably, Müntzer, Saint-Simon, Fourier, Owen, Thompson, Blanc, Weitling und Kropotkin. Er bezeichnet Morellys Werk als im wahrsten Sinne des Wortes "erste moderne Theorie eines modernen Kommunismus" (II, S. 32). Saint-Simon wird vor allem als Vorläufer des wissenschaftlichen Sozialismus, aber auch als Mitbegründer des Positivismus charakterisiert. Bei der Einschätzung von Kropotkin ergeben sich einige nennenswerte Unterschiede zur Darstellung in dem weiter unten behandelten Buch "(Bürgerliche und kleinbürgerliche ökonomische Theorien über den Sozialismus 1917 - 1945)" (III, S. 290).

Gewissermaßen zusammenfassend schreibt der Autor gegen Ende des ersten Kapitels: "Der Beitrag der Utopisten im 19. Jahrhundert zur Entwicklung des sozialistischen Gedankens besteht darin, daß sie die künftige Gesellschaftsordnung nicht mehr auf eine 'gerechtere' Verteilung gründen wollen, sondern daß sie die Produktion und ihre Organisation in den Mittelpunkt stellen. Doch konnte der utopische Sozialismus nur so lange theoretischer Ausdruck des Proletariats sein, als er sich noch nicht zur geschichtlichen Selbstbewegung fortentwickelt hatte. In dem Maße, wie dies geschah, mußten aus der klassischen bürgerlichen Ökonomie, als dem höchstentwickelten ideellen Ausdruck der kapitalistischen Produktionsweise vom Standpunkt der Bourgeoisie, die Konsequenzen vom Standpunkt des Proletariats gezogen werden" (II, S. 56 f.).

Im allgemeinen werden vom Autor die Unterschiede zwischen den einzelnen Utopisten deutlich herausgearbeitet. Einige von ihnen propagierten Klassenkampf und Revolution, andere lehnten den Klassenkampf ab und appellierten an die

herrschende Klasse, sie solle die Schwächen der bestehenden Ordnung überwinden. Wiederum andere verfolgten reaktionäre Ideen.

Das zweite Kapitel ist der wichtigste Teil dieses Bandes, denn in ihm wird sichtbar, in welcher Weise progressives vormarxisches Denken seine positive Aufhebung und Weiterentwicklung fand. Der Autor schätzt die wichtigsten Arbeiten von Marx und Engels sehr präzise ein und stellt sie in den Rahmen der Gesamtentwicklung des Marxismus. Besonders hervorzuheben sind die Anknüpfungspunkte bei den bürgerlichen Klassikern und die Darlegung der qualitativen Veränderungen in der Theorie. Im Zusammenhang mit der Überwindung der klassischen bürgerlichen Ökonomie betont Behrens einleitend den Hinweis von Marx, daß Smith und Ricardo an zwei Problemen gescheitert sind: erstens am Austausch toter gegen lebendige Arbeit und zweitens an der Erklärung des Durchschnittsprofits (II, S. 80).

Nicht nur für den Philosophen, sondern ganz besonders auch für den Ökonomen sind die Ausführungen über Hegel von großem Interesse (II, S. 86 f.). Gut gelungen ist die Darstellung der Wertmodifikation, des sogenannten Transformationsproblems, das zum Beispiel in neuerer Zeit von Sraffa eingehend behandelt wurde (I, S. 150-154).

In seiner Auseinandersetzung mit Hilferding würdigt Behrens völlig zu Recht dessen Verdienste bei der Entwicklung einer Theorie des Imperialismus und dessen Kampf gegen die vulgäre Grenznutzentheorie Böhm-Bawerks. Hilferding bemühte sich um eine Analyse der neuen Erscheinungen des Kapitalismus nach der Jahrhundertwende, gleichzeitig aber interpretierte er die Marxsche Krisentheorie "im Sinne einer schrankenlosen Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte" (II, S. 217), was keineswegs mit Marx übereinstimmt. Ebenso abwegig war Hilferdings Geldtheorie, da er sie von der Werttheorie löste. Obwohl Behrens Bankkapital, fiktives Kapital und Kredit als Kernpunkte von Hilferdings Imperialismuskonzeption herausstellt, verwundert es, daß er den Gründergewinn nicht erwähnt. Etwas kurz kommt auch die Theorie vom "organisierten Kapitalismus" als Theorie des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus weg, obwohl gerade diese Theorie in der Arbeiterbewegung eine sehr verhängnisvolle Rolle gespielt hat und bis heute spielt. Fragwürdig ist die Formulierung: "Diese Theorie trug das Ihre dazu bei, die deutsche Arbeiterklasse durch die Lehre vom krisenlosen Kapitalismus wehrlos zu machen" (II, S. 218). Das dürfte sicher nicht auf die deutsche Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit zutreffen, wie die Entwicklung der KPD in dieser Zeit deutlich erkennen läßt.

Zu den wissenschaftlich interessantesten und politisch aktuellsten Passagen gehört die Einschätzung von Rosa Luxemburg, zumal es auch heute noch vielfältige theoretische Interpretationen des Werkes dieser großen Theoretikerin und Revolutionärin gibt. Behrens stellt den politischen Kampf von Luxemburg, ihr Bemühen um die Bildung einer kommunistischen Partei, besonders heraus und ordnet die Luxemburg zugeschriebene Spontaneitätstheorie in den richtigen Zusammenhang ein. Er macht außerdem mit vollem Recht darauf aufmerksam, daß Luxemburg keine mechanistische Zusammenbruchstheorie, wohl aber eine ökonomische Zusammenbruchstheorie vertrat. Der Begriff Zusammenbruchstheorie stammt nach Angaben von Behrens von Eduard Bernstein, der ihn in einer Polemik gegen Baxa verwendet habe (II, S. 221).

Behrens schreibt: "Rosa Luxemburg war weder Theoretikerin eines mechanistischen Zusammenbruchs des Kapitalismus, noch vertrat sie eine Theorie der Spontaneität! Daß sie nicht nur als Zusammenbruchstheoretikerin, ja sogar als Begründer

der Theorie des Zusammenbruchs hingestellt wird, hat seine Ursache allein darin, daß sie als Gegnerin des Revisionismus sich leidenschaftlich zu einer revolutionären Umgestaltung des Kapitalismus bekannte. Eine solche Umgestaltung, eine Revolution, konnten aber selbst Gegner des Revisionismus sich nur als Folge eines katastrophalen Zusammenbruchs vorstellen, als eine Katastrophe, nach der die Arbeiterklasse auf den Trümmern des Kapitalismus nur noch die auf der Straße liegende Macht zu übernehmen hätte. Eine solche Theorie des Zusammenbruchs, wenn man darunter einen Zusammenbruch infolge einer ausweglosen Lage für den Kapitalismus versteht, vertrat Rosa Luxemburg ebensowenig, wie sie die Rolle einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse mißachtete" (II, S. 222).

Behrens verdeutlicht auch Luxemburgs Einschätzungen des Imperialismus und Militarismus und die von ihr entwickelte Akkumulationstheorie, aus der sich tatsächlich eine Zusammenbruchstheorie, eben die ökonomische, ableiten läßt (vgl. II, S. 230 f.).

Dieser zweite Band von Behrens' Grundriß behandelt einen außerordentlich wichtigen Abschnitt der Geschichte der politischen Ökonomie. Er bildet aufgrund seines Informationswertes, der guten Verarbeitung und der klassenmäßigen politischen Orientierung eine nützliche Lektüre für Studenten und alle gesellschaftswissenschaftlich interessierten Leser.

In der Publikation "Bürgerliche und kleinbürgerliche ökonomische Theorien über den Sozialismus (1917 - 1945)" werden die Untersuchungen fortgesetzt, die in der 1976 erschienenen Monographie "Bürgerliche und kleinbürgerliche ökonomische Konzeptionen des Sozialismus (Kritische Beiträge). 1848 - 1917" begonnen wurden. Nicht alle antimarxistischen Sozialismustheorien, die von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Theoretikern zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg aufgestellt wurden, sind enthalten. Analysiert werden "die theoretischen und ideologischen Quellen der neueren und neuesten Konzeptionen von der Wirtschaft des Sozialismus" und ihr enger Zusammenhang mit den entsprechenden Theorien der zwanziger bis vierziger Jahre (III, S. 14).

Diese Arbeit ist bei näherer Betrachtung dennoch sehr komplex angelegt, von hohem informatorischem und theoretischem Wert und konzentriert sich auf politische Grundfragen. Natürlich gibt es Überschneidungen, aber sie fallen kaum auf. Sehr zweckmäßig sind die zahlreichen theoretischen Parallelen und die gelungene Aufhellung des realen Hintergrundes.

Der erste Abschnitt analysiert die "Theorie von der logischen und praktischen Undurchführbarkeit des Sozialismus", Euckens "neoklassische Theorie" von der Wirtschaft des Sozialismus sowie Schumpeters "Modell von der sozialistischen Wirtschaft". Auch Veblens "technokratische Sozialismuskonzeption" und Burnhams "Managermodell" werden kritisch beleuchtet. Der zweite Abschnitt ist der sozialen Demagogie gewidmet, der dritte den Konzeptionen, die in den zwanziger Jahren von russischen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ökonomen ausgearbeitet wurden. Es werden die Anschauungen der Ideologen der konterrevolutionären Bourgeoisie entlarvt, die den unvermeidbaren Untergang der Sowjetmacht prophezeit hatten. Vorgestellt werden zudem Konzeptionen russischer Ökonomen, die zwar nach 1917 in sowjetischen Institutionen und Organisationen tätig waren, die bürgerliche Weltanschauung aber nicht aufgaben und den sozialistischen Aufbau von bürgerlich-liberalen Positionen aus interpretierten.

Die Kritik der ökonomischen Sozialismuskonzeptionen der Sozialreformisten findet sich im vierten Abschnitt. Dieser befaßt sich auch mit revisionistischen Auffassungen über die sozialistische Wirtschaft und mit dem Kampf Lenins, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung gegen die rechts- und "links"revisionistische Ideologie.

Ein kaum zu überschätzender Vorzug der Publikation besteht darin, daß in der Einleitung und im ersten Kapitel der Rahmen der Gesamtarbeit abgesteckt ist und im übergreifenden Sinne die Haupttendenzen und Hauptvertreter der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Sozialismuskritik vorgestellt werden. Diese von der sowjetischen Wissenschaftlerin S. A. Chavina stammenden Teile sind theoretisch gut fundiert und in der Auseinandersetzung sehr ausgewogen. Sie enthalten Bewertungen und Bemerkungen zur Theorie-Praxis-Relation und zur allgemeinen Einschätzung, die über das in der bisherigen marxistischen Literatur Gebotene hinausgehen.

Zu Beginn der Publikation wird mit Recht betont, daß die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Konzeptionen vom Sozialismus vor dem Hintergrund der sich vertiefenden allgemeinen Krise des Kapitalismus und der Krise der bürgerlichen Ökonomie entstanden. Ihr Zentrum war die "Debatte über die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus", die von Ludwig von Mises eingeleitet wurde. Diese Diskussion zog sich bis in die ersten Nachkriegsjahre hin und fand ihren Abschluß in einem Aufsatz des amerikanischen Ökonomen Abram Bergson. Sie war in gewisser Weise die Widerspiegelung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in den bürgerlichen Sozialismustheorien, denn sie drückte die Besorgnis bürgerlicher Ideologen um das Schicksal des Kapitalismus aus.

Bürgerliche Ökonomen publizierten über die sozialistische Wirtschaft, weil der Sozialismus aus einer Theorie zur Wirklichkeit geworden war und sich diese Theoretiker dem Wirken der Gesetze, die die unvermeidliche Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus bewirken, nicht länger verschließen konnten. Mit der Diskussion über Wirtschaftsrechnung begann eine neue Etappe in der Entwicklung bürgerlicher Theorien über die sozialistische Wirtschaft, eine neue Etappe im ideologischen Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Der Streit ging nicht mehr darum, ob der Sozialismus erstrebenswert sei, sondern darum, ob eine rationelle Nutzung der Ressourcen im Sozialismus möglich sei.

In der Auseinandersetzung über die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus gab es zwei Gruppen. Die eine setzte sich aus den Altliberalen zusammen und vertrat die Ansicht, Wirtschaftsrechnung sei im Sozialismus unmöglich. Ihre Vertreter wollten die Dogmen der bürgerlichen politischen Ökonomie aufrechterhalten und suchten die Notwendigkeit der spontanen Marktkonkurrenz und die Unmöglichkeit einer effektiven Verteilung der Ressourcen im Sozialismus nachzuweisen. Sie faßten die sozialistische Planwirtschaft als "zentrale Verwaltungswirtschaft" oder "Befehlswirtschaft" auf.

Die Vertreter der zweiten Gruppe hielten eine Wirtschaftsrechnung im Sozialismus für möglich und konstruierten hypothetische Modelle vom sozialistischen Wirtschaftsmechanismus, wobei sie ihre Vorstellungen dem Kapitalismus der freien Konkurrenz entlehnten. Sie konzipierten eine "neoklassische Theorie von der Wirtschaft des Sozialismus", bei der sie sich von Pareto und Barone leiten ließen. Diese Richtung war Ausdruck des bürgerlich-reformistischen Suchens nach einer Alternative zum realen Sozialismus.

Die Kritik dieses Modells vom "Konkurrenzsozialismus" ist heute besonders aktuell, denn die bürgerlichen Modelle vom "Marktsozialismus" stellen eine

Synthese der "neoklassischen Theorie von der sozialistischen Wirtschaft" mit Elementen des Keynesianismus dar. Ein enger Zusammenhang besteht auch zwischen neueren rechtsrevisionistischen Modellen mit ihrer "Synthese von Plan und Markt" und der "neoklassischen Theorie von der Wirtschaft des Sozialismus" (III, S. 10). Dabei wurden, wie es an einer anderen Stelle heißt, diese Positionen weiterentwickelt. Die heutigen Revisionisten erklären, das entscheidende Instrument für die Entwicklung der Volkswirtschaft müßte nicht der staatliche Plan, sondern der Preis sein. Sie bezeichnen das Wertgesetz als einzigen Regulator der sozialistischen Wirtschaft (III, S. 319).

Im ersten Kapitel dieser Kollektivarbeit wird einleitend betont, daß zu den Begründern und aktivsten Verfechtern der Theorie von der "logischen und praktischen Undurchführbarkeit des Sozialismus" neben Ludwig von Mises auch Friedrich A. Hayek, Lionel Robbins, Wilhelm Röpke, Max Weber sowie andere Theoretiker gehörten. Die anerkannten Führer dieser Gruppe waren Mises und Hayek.

Im Jahre 1936 veröffentlichte Mises ein Buch mit dem Titel "Socialism", in dem er Ideen darlegte, nach denen eine sozialistische Wirtschaft ihre Ressourcen nicht rationell zu nutzen vermöge. Die Vertreter der antikeynesianischen liberalen Richtung erhoben dieses Opus von Mises in den Rang neuzeitlicher Klassik.

Mit dem Erscheinen von Schumpeters Buch "Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie" im Jahre 1946 trat die Diskussion über die wirtschaftliche Effektivität des Sozialismus in eine abschließende Phase. Schumpeter stand dabei auf den Positionen der "neoklassischen ökonomischen Theorie vom Sozialismus". Er kritisierte die Theorie von der "logischen und praktischen Undurchführbarkeit des Sozialismus" und erklärte, der Sozialismus könne funktionieren. Schumpeter versuchte die Grenzen abzustecken, in denen eine Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft dem Bourgeois-Verstand noch erträglich ist. Dieser apologetische Zweck bestimmte auch die Schlußfolgerungen seiner Analyse, die ein Sammelsurium von falschen Schlüssen darstellen.

Angesichts der heutigen Position der sogenannten Neoklassik in der bürgerlichen Ökonomie ist eine Information darüber, welche Auffassungen die Vertreter der "neoklassischen ökonomischen Theorie vom Sozialismus" zwischen den beiden Weltkriegen verbreitet haben, besonders aufschlußreich. In diesem Fall auch deshalb, weil das Kapitel 2 zu den besten des Sammelbandes zählt. In diesem Kapitel wird demonstriert, daß Arthur Pigou und andere Theoretiker des Kleinbürgertums den Kapitalismus von bürgerlich-reformistischen Positionen aus kritisierten. Zur sozialistischen Wirtschaft formuliert Pigou die These, daß die Konsumgüterpreise auf einem Niveau zustande kommen sollten, das ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage herstellt. Dadurch sollten die notwendigen Proportionen in der Produktion von Konsumgütern sowie die optimale Verwendung der Arbeitskräfte automatisch herausgebildet werden. Die Funktionen des Marktes wurden bei Pigou dem zentralen Planungsorgan übertragen. Dabei ging es ihm darum, den Mechanismus der Konkurrenz zu imitieren. Dazu schreibt er: "Doch kann die spontane Marktkonkurrenz die Proportionen der Reproduktion nie so regeln, wie es das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die sozialistische vergesellschaftete Produktion vermag. Konkurrenz bedeutet, daß sich die Proportionalität erst im Ergebnis von einander überlagernden Abweichungen, das heißt post factum ihren Weg durch die Disproportionalität bahnt. Diese, dem Kapitalismus der freien Konkurrenz innewohnende Art der Proportionalitätsregelung ist mit massenhafter Vergeudung von Arbeit und materiellen Ressourcen verbunden. Sie bringt unvermeidlich zyklische

Schwankungen hervor. Deshalb wird sie im Kapitalismus von heute durch ein System der staatlichen Wirtschaftsregulierung ergänzt, das diese Schwankungen mildern soll" (III, S. 75).

Die Beschränktheit in der Aussagekraft der "neoklassischen Theorien von der sozialistischen Wirtschaft" bestand darin, daß ihre Vertreter nicht die Frage nach den Formen aktiver zentraler Einflußnahme auf den Reproduktionsprozeß stellten und sich auch nicht mit den Mitteln und Methoden der indirekten Wirtschaftsrechnung befaßten. Wenn einige ihrer Repräsentanten dem zentralen Planungsorgan eine gewisse Rolle bei der Preisbildung beimaßen, so reduzierte sich dies auf ein passives Fixieren der Preise, wie sie aus dem Schwanken von Angebot und Nachfrage entstehen.

Im Kapitel 5 der Monographie ist Walter Euckens Modell der "zentralgeleiteten Wirtschaft" Gegenstand kritischer Betrachtung. Einleitend heißt es, die sogenannte Freiburger Schule sei aus der Kritik der Theorien der historischen Schule entstanden. Eucken habe bemängelt, daß es dieser Schule an dem notwendigen theoretischen Instrumentarium gefehlt habe. Er habe vor allem an Max Webers These angeknüpft, wonach sich das wirtschaftliche und soziale Verhalten der Menschen mittels apriorischer theoretischer Konstruktionen, sogenannter Idealtypen, beschreiben lasse. Das führte ihn zu dem Begriff der "idealtypischen Wirtschaft". Dabei wurden von ihm die Idealtypen nicht als Abbilder der Realität betrachtet, sondern als gedankliche Modelle.

Euckens "Idealtypen" sind abstrakte Konstruktionen, die er mittels "isolierter Abstraktion", das heißt durch Verabsolutierung von Einzelercheinungen und -vorgängen, gewann. Er wies ausdrücklich auf ihren Unterschied zu den "Realtypen" in den Konzeptionen der historischen Schule hin. Die historische Schule hatte unter "Realtypen" die unterschiedlichsten Erscheinungen, wie "Kapitalismus", "Stadtwirtschaft", "Hauswirtschaft", verstanden.

Der Begriff "idealtypische Wirtschaft" war in Euckens Konzeption das Hauptinstrument der theoretischen Verallgemeinerung. Mit seinen Idealtypen "verbannte" er die ökonomischen Verhältnisse und ihre Gesetze aus dem Gegenstand der Wirtschaftstheorie. Er behauptete, daß nur die "Idealtypen" Gegenstand der theoretischen Analyse sein könnten (III, S. 113).

Eucken unterschied zwei "Idealtypen": die "zentralgeleitete Wirtschaft" und die "Verkehrswirtschaft". Als Grundlage für die Einteilung der "Idealtypen" diente Eucken die Art der Leitung des Wirtschaftsprozesses. In einer "Verkehrswirtschaft" seien die Wirtschaftssubjekte über den Markt miteinander verbunden. In einer "zentralgeleiteten Wirtschaft" erfolge diese Koordinierung von einem Zentrum aus. Die Art jeder Wirtschaftsordnung, so behauptete Eucken, hänge vom vorherrschenden "Idealtyp" ab. Überwiege die "zentralgelenkte Wirtschaft", dann habe man eine "Zentralverwaltungswirtschaft" vor sich. Eucken verlangte, von so "ungenauen" Globalbegriffen wie "Kapitalismus" und "Sozialismus" abzugehen und die marxistische "sozialökonomische Formation" durch den Begriff "Wirtschaftsordnung" zu ersetzen. Da er unter "Wirtschaftsordnung" das Vorherrschen einer der beiden Idealtypen der Wirtschaft verstand, konnte er völlig unterschiedliche sozialökonomische Strukturen miteinander identifizieren: die faschistische Kriegswirtschaft mit dem Sozialismus. Dadurch "verschwand" die grundlegenden Unterschiede zwischen einer auf antagonistischen Klassenverhältnissen beruhenden Gesellschaft und einer Gesellschaft ohne Ausbeutung. Eine derartige Betrachtungsweise machte jede wissenschaftliche Periodisierung der Geschichte unmöglich. Sein vulgärer Evolutionismus führte Eucken zu

einer Betrachtung der ökonomischen Entwicklung als einer einfachen Wiederholung erstarrter Formen, die sich nur in quantitativen Verhältnissen voneinander unterscheiden" (III, S. 115).

Dieses Kapitel enthält die zum Gesamthema gehörenden Elemente, weist aber insofern eine fragwürdige Feststellung auf, als der Begriff "Ordoliberalismus" vom Jahrbuch ORDO abgeleitet wird (III, S. 112). In Wirklichkeit hat Eucken diesen Begriff anders bestimmt. Zunächst ist zu bemerken, daß er ihn in zwei verschiedene Bedeutungen verwendet: erstens als konkrete Gegebenheit, zweitens in Verbindung mit dem Naturrecht. Bei letzterem bedeutet Ordnung natürliche und vernunftsgemäße Gestaltung der Wirtschaft, und nur diesen Sinn des Ordnungsbegriffes bezeichnet Eucken als ORDO.

Im sechsten Kapitel wird Werner Sombarts Modell vom "deutschen Sozialismus" behandelt. Dieses Modell war "ein eklektizistisches Gemisch von ökonomischen, ethischen und religiösen Vorstellungen" (III, S. 129). Sombart wandte sich gegen die marxistische These, daß im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung der Klassenkampf der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter steht, leugnete die Existenz von Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und plädierte für eine evolutionäre Entwicklung (III, S. 130). Ihm ging es um eine reformistische Politik und um partielle Veränderungen des Kapitalismus. Sombarts "deutscher Sozialismus" war kein proletarischer oder kleinbürgerlicher, sondern ein "volkstümlicher Sozialismus" (III, S. 133). Zuweilen sprach Sombart auch von einem "nationalen Sozialismus", verfälschte also den Sozialismusbegriff total, auch deshalb, weil er die Eigentumsfrage völlig realitätswidrig darstellte. Dieses Kapitel orientiert auf einige Grundfragen, ist aber insgesamt zu wenig aufgefächert und vermittelt damit nur skizzenhafte Vorstellungen von Sombarts Antisozialismuskonzeption.

Im siebenten Kapitel, das aus Werner Krauses Feder stammt, werden die soziale Demagogie und die imperialistische Praxis des deutschen Faschismus auf dem Gebiet der politischen Ökonomie kritisch, knapp, aber ausreichend analysiert. Die deutschen Nationalsozialisten verfügten über keine eigenständige, systematische ökonomische Theorie, wie Krause demonstriert. Ihr bedeutendster Ökonom, der in der Frühzeit der faschistischen Bewegung eine führende Rolle spielte, war der Ingenieur Gottfried Feder (III, S. 145).

Feders "Manifest" enthielt bereits wesentliche Züge der Ideologie der später gegründeten NSDAP. Mit seiner Behauptung, die "Nationalisierung in Rußland" habe sich als Fehlschlag erwiesen, betrieb er das Geschäft des Antibolschewismus. Feder trat als Radikaler auf und gab vor, weiter zu gehen als die Marxisten, die den Zins nicht angetastet hätten.

In der Folgezeit wurde Feders Konzeption in die Phraseologie der NSDAP übernommen. Hitler betrachtete sie als geeignete Ergänzung seines Programms gegen den Marxismus, gegen parlamentarische Demokratie, "Judentum", Pazifismus und Versailler Friedensvertrag. Krause schreibt: "Wichtigstes Merkmal des Kommentars zu den ökonomischen Programmforderungen, die Feder schon im September 1923, also noch vor dem Hitlerputsch im November 1923 verfaßte, ist die Betonung, daß die Hitlerpartei das Privateigentum nicht antaste, sondern seine Bedeutung voll und ganz anerkenne. Beeilten sich die Faschisten mit der Versicherung, das Privateigentum nicht anzutasten, so war der Angriff auf das Eigentum bestimmter Bevölkerungsgruppen, so z. B. das der jüdischen, ein ins Auge fallender Widerspruch" (III, S. 149).



Die gesteigerte Ausbeutung der Werktätigen, der Profit- und Machtzuwachs der Monopolbourgeoisie, offener und brutaler Terror, am Ende Massenvernichtung in Konzentrationslagern und die schrecklichen Folgen des von den Hitlerfaschisten entfachten zweiten Weltkrieges haben "bald gründlich alle Illusionen über den Nationalsozialismus zerstört. Das Leben bestätigte die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Analyse des sozialen klassenmäßigen Charakters als offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals und demonstrierte die Unhaltbarkeit der demagogischen Konzeptionen seiner Ideologen" (III, S. 158).

Die Bedeutung dieses Kapitels ist darin zu sehen, daß in ihm die soziale Demagogie des Faschismus einprägsam analysiert und die ganze Armseligkeit faschistischer Wirtschaftstheorie dem Leser vor Augen geführt wird.

Besonders wichtig ist eine komplexe Einschätzung des "Austromarxismus", die im Kapitel 9 versucht wird. Als grundlegender Ausgangspunkt wird formuliert, daß sich nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die revolutionäre Bewegung in Europa verstärkte. "Die Auflösung Österreich-Ungarns gab den Anstoß zu einer breiten Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in allen Teilen dieses ehemaligen Staatengebildes. Das erforderte von der Führung der Sozialdemokratie eine neue Taktik und trug zweifellos zur Evolution der sozialdemokratischen Theorie bei. Die Theoretiker der österreichischen Sozialdemokratie, deren Auffassungen stark vom Einfluß des zentristischen Kerns der deutschen Sozialdemokratie und dessen Patriarchen, Karl Kautsky, geprägt waren, bemühten sich, die Grundsätze ihres Parteiprogramms mit den Postulaten des europäischen Zentrismus und speziell mit den Ansichten Kautskys zu verbinden. Diese Besonderheit des Austromarxismus erklärt sich unter anderem daraus, daß es in Österreich keine starke, geschlossene und an marxistischen Traditionen reiche revolutionäre Strömung gab, wie sie der "Spartakusbund" in Deutschland verkörperte. Die Kommunistische Partei, die sich im Jahre 1918 formiert hatte, war noch zu schwach. Der linke Flügel, der seinerzeit unter der Führung von Friedrich Adler stand, krankte an jenem "Linksradikalismus", wie er dem "linken" Opportunismus eigen ist. Deshalb blieb die führende Rolle in der österreichischen Arbeiterbewegung der zentristischen Führung überlassen." (III, S. 239).

Zu den Austromarxisten gehörten vor allem Karl Kautsky, Rudolf Hilferding, Otto Bauer, Karl Renner sowie Max und Friedrich Adler. Diese Theoretiker hatten jeweils eigene Vorstellungen vom Sozialismus, aber alle traten in die Fußstapfen von Eduard Bernstein im Hinblick auf die Verbreitung revisionistischer Gedanken. Natürlich spielten die Theorien von Karl Kautsky eine besonders große Rolle. Sie werden in diesem Kapitel demgemäß auch besonders ausführlich eingeschätzt. Es heißt: "Die Evolution der Kautskyschen Ideen und der der Theoretiker des Austromarxismus hat verschiedene Phasen durchlaufen. Besonders deutlich wurde ihr Renegatentum gegenüber dem Marxismus in der Stellung, die sie zum Leninismus und zur sozialistischen Revolution in Rußland einnahmen. Kautsky machte Lenin und den Bolschewiki den Vorwurf, daß sie es mit der Lehre von Marx zu genau nahmen, sie "orthodox" auslegten. Aber wenn Kautsky seine Anschuldigungen noch in getarnter Form vorbrachte, tat es Renner ganz unverhohlen. Kautsky minderte die Bewußtheit und Organisiertheit der in der Schule dreier Revolutionen und des Bürgerkrieges gestählten und von der bolschewistischen Partei geführten Arbeiterklasse herab, er glaubte nicht an ihre Kraft und erklärte, das Sowjetvolk sei einer Sozialisierung auf kulturellem Entwicklungsniveau noch nicht fähig" (III, S. 243).

Die Austromarxisten vertraten ebenso wie die Labourtheoretiker die These vom Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus, versuchten nachzuweisen, daß der Übergang zum Sozialismus ohne revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus möglich sei. Sie betrachteten die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft als eine quantitative Vermehrung von Elementen des Sozialismus innerhalb des Kapitalismus, als automatisches Ergebnis des Wirkens der Gesetze des Kapitalismus.

Methodologische Grundlage dieser Theorie war, wie hier betont wird, die These vom Primat der Zirkulationssphäre. In der Zirkulation sahen ihre Verfechter die Sphäre, deren Entwicklungsprozesse zu einer allmählichen "Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus" führen. Renner schrieb, die fortschreitende Vergesellschaftung laufe darauf hinaus, daß im Schoße der alten Gesellschaft alle Elemente einer neuen Gesellschaft heranreifen. Die Hinwendung zu dieser Theorie vom Hineinwachsen in den Sozialismus verlange - so erklärten die Theoretiker der Austromarxisten - "eine neue Interpretation der ökonomischen Theorie von Marx". Sie "behaupteten, daß die Marxsche Analyse des Kapitalismus veraltet und kein Instrument zum Handeln mehr sei. Als Ursachen dafür betrachteten sie die Veränderung des Charakters der Arbeit in den kapitalistischen Unternehmen und der Struktur der Arbeiterklasse sowie die 'Durchgeistigung' der mechanischen und die Mechanisierung der geistigen Arbeit.

Um den Marxismus seines revolutionären Geistes zu berauben und ihn zu einer für das Kleinbürgertum annehmbaren Theorie zu machen, mußte die Scheidewand niedergerissen werden, die den Kapitalismus von dem zur Realität gewordenen Sozialismus trennte. Eben diesem Zweck sollte die Theorie vom Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus dienen. Einerseits wollte sie die Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus verwischen, um andererseits den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR in Verruf zu bringen und Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus zu verleumden" (III, S. 248).

Sicher ist die Konzentration auf die eben genannten Grundfragen prinzipiell richtig. Das Ausmaß des Austromarxismus als Theoriekomplex und als politisch-ideologisch besonders gefährliche Richtung wird damit aber nicht ausreichend erfaßt.

Im Kapitel über den Laboursozialismus, dessen Entwicklung überzeugend und relativ ausführlich in Verbindung mit der ökonomischen Entwicklung Großbritanniens erläutert wird, heißt es, daß sich im Entstehen und Werden der Labour Party die Schwierigkeiten und Besonderheiten der kapitalistischen Entwicklung Englands und des Anwachsens der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus widerspiegeln. "Die Schwierigkeiten, mit denen sich der britische Imperialismus konfrontiert sah, waren vor allem auf seine koloniale Prägung, auf den Kapitalexport sowie auf die Erscheinungsformen von Parasitismus und Fäulnis zurückzuführen, die früher als in anderen Ländern zutage traten. Die britische Bourgeoisie, die über riesigen Kolonialbesitz verfügte, auf dem Weltmarkt eine Monopolstellung innehatte und gewaltige Reichtümer angehäuft hatte, exportierte in großem Ausmaß Kapital. Sowohl am Vorabend des ersten Weltkrieges (1913) als auch vor dem zweiten Weltkrieg (1938) war Großbritannien der führende Kapitalexporteur; seine Auslandsinvestitionen bezifferten sich auf 18 Mrd. bzw. 23 Mrd. Dollar" (III, S. 256).

Die zunehmenden Klassenwidersprüche und das Streben der Arbeiter nach einer unabhängigen Klassenpolitik veranlaßten die britische Bourgeoisie, nach neuen Methoden und Formen des Einflusses auf die Werk tätigen zu suchen. Mit

Unterstützung der Arbeiteraristokratie, reformmüßiger Gewerkschaftsfunktionäre und der Parteispitze gelang es ihr, die bürgerliche Ideologie in die Arbeiterbewegung hineinzutragen. Obgleich die Labour Party auf der Basis der Gewerkschaftsbewegung entstanden war und sich hauptsächlich aus Arbeitern zusammensetzte, war sie aufgrund ihrer in den zwanziger Jahren betriebenen Politik eine bürgerliche Partei, weil sie von Reaktionären geführt wurde, die ganz im Geiste der Bourgeoisie handelten. Erleichtert wurde der bürgerliche Einfluß durch die Struktur der Labour Party. Die Entscheidung über den Beitritt zur Partei wurde von der Gewerkschaftsführung für die gesamte Gewerkschaftsorganisation gefällt. Deshalb bestand und besteht bis heute die Mehrzahl der Parteimitglieder aus Gewerkschaftern, die im Kollektiv ihrer Gewerkschaft in die Partei eintraten. Die 1918 eingeführte Einzelmitgliedschaft verstärkte den bürgerlichen Einfluß, weil sie auch bürgerlichen Kräften den Eintritt in die Partei ermöglichte.

In der Labour Party wurde besonders nachdrücklich die These vom "Hineinwachsen in den Sozialismus durch staatliche Reformen" propagiert. Ihre Theoretiker begründeten diese These von der allmählichen Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus ähnlich wie die Austromarxisten damit, daß der Sozialismus im Schoße des Kapitalismus entstehe. Sie nutzten dazu auch moralisch-ethische Argumente.

"In den zwanziger und dreißiger Jahren gingen die Theoretiker des Labourismus noch davon aus, daß der Sozialismus auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruht" (III, S. 261). Zugleich aber waren sie bemüht, strukturelle Veränderungen in den F o r m e n des kapitalistischen Eigentums (Übergang von der Herrschaft der individuellen Form des kapitalistischen Eigentums zum Vorherrschen der kollektiven Form, der Aktiengesellschaften) als grundlegenden Wandel im Wesen des kapitalistischen Eigentums auszugehen. Sie behaupteten, das Eigentum an den Produktionsmitteln spiele nicht länger die bestimmende Rolle in der Gesellschaft. In der Form des Aktienkapitals verteile sich das Eigentum auf viele Kleineigentümer, so daß Kontrolle und Verwaltung vom Eigentum getrennt und verselbständigt würden. Zugleich verbessere sich die materielle Lage der Werktätigen, und Lohnarbeiter würden zu Kleineigentümern.

Diese Interpretation war realitätsfremd. Natürlich haben die kapitalistischen Großunternehmen heute überwiegend die Form von Aktiengesellschaften, und natürlich übt der Besitzer von eigenen Aktien kaum Einfluß auf die Leitung der Produktion aus. Mit einer "Transformation" der kapitalistischen Produktionsverhältnisse aber hat das nichts zu tun. Die Entwicklung der Aktiengesellschaften schwächt die Herrschaft der Finanzoligarchie nicht, sondern stärkt sie. Die Hauptfragen der Aktivität des kapitalistischen Unternehmens werden von den Großaktionären entschieden (vgl. III, S. 261). Diese Zusammenhänge werden in dem hier besprochenen Kapitel gut herausgearbeitet, und außerdem erfährt der Leser, daß die Labourtheoretiker Gegner der Direktivplanung waren und eine im wesentlichen indikative Planung für zweckmäßig hielten.

Außerordentlich großes Interesse erweckt das zwölfte Kapitel "Über den Zusammenbruch der ökonomischen Konzeptionen des Anarchismus nach dem Siege der sozialistischen Oktoberrevolution". "Viele Jahrzehnte lang hatten Anarchisten verschiedener Strömungen unterschiedliche Varianten ihrer Doktrin gegen den Marxismus vorgebracht. Sie betrachteten den wissenschaftlichen Sozialismus als überholte Spielart des 'Staatssozialismus', den die Geschichte selbst zum Abtreten verurteilt hatte. Die Verkünder des Anarchoindividualismus (Stirner,

Proudhon, Tucker und die Neonihilisten), des gewaltlosen Anarchismus (Tolstoj und die mystischen Anarchisten), des Anarchokommunismus (Bakunin, Kropotkin, die assoziierten Anarchisten und die Maximalisten) sowie des Anarchosyndikalismus erklärten, daß sie ganz besonders prädestiniert seien, in die 'Geheimnisse der Zukunft' einzudringen.

Nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann Rußland den Sozialismus aufzubauen. Viele politische Parteien sahen ihre ökonomischen Konzeptionen härtesten Prüfungen ausgesetzt. Da man auch den Anarchisten die Möglichkeit gegeben hatte, sich an den sozialen Umgestaltungen, an der Lösung der ökonomischen Probleme des sozialistischen Aufbaus zu beteiligen, konnten sie ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen. Trotz ihrer ideologischen Differenzen mit den Bolschewiki arbeiteten Anarchisten in fast allen sowjetischen Institutionen mit, gaben Zeitungen und Zeitschriften heraus; ihre Organisationen konnten Versammlungen und sogar Konferenzen abhalten. Bald aber zeigte sich, daß die anarchistischen Gruppen nicht gewillt waren, sich an der Aufbauarbeit der Revolution zu beteiligen. Sie gaben der Demagogie den Vorzug und zeigten sich gänzlich unfähig, zur Lösung der ökonomischen Probleme des Sozialismus beizutragen" (III, S. 288).

Die Anarchisten erkannten nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Notwendigkeit politischer Tätigkeit und des Aufbaues eines neuen Staates an. Das signalisierte nichts anderes als den völligen Bankrott ihres Programms. Das bedeutete aber keineswegs die Überwindung anarchistischer Theorien, wie das Beispiel des russischen Anarchisten Kropotkin zeigt. Dieser erkannte die Bedeutung der revolutionären Aktionen der Bolschewiki an, änderte aber seine theoretischen Auffassungen nicht.

Kropotkin sah in den Genossenschaften die Grundlage für die ökonomische Entwicklung Rußlands. Er empfahl den Genossenschaftern, für die politische Erziehung des Volkes Sorge zu tragen und es mit den Ideen der Selbstverwaltung und des Föderalismus bekannt zu machen. Ein weites Tätigkeitsfeld wurden den Aktivisten der Genossenschaftsbewegung bei der "Sozialisierung von Austausch und Handel" und beim Aufbau der künftigen sozialistischen Gesellschaft vorgezeichnet, und zwar "nicht mit Dekreten, sondern durch den Aufbau des Lebens". Kropotkin gab die Losung aus, "den Absatz zu organisieren", womit, so meinte er, "die Produktion mit Leichtigkeit in Gang gesetzt und auf die Bedürfnisse des Volkes ausgerichtet werden könnte" (III, S. 296).

Auch für die Organisation der Produktion hielt Kropotkin die Genossenschaften für wesentlich. Er sprach vom Beginn einer Ära der Sozialisierung von Konsumtion und Produktion. Die Genossenschaft bilde den langsamen, aber sicheren Weg zum Sozialismus.

Der Rezensent empfindet die Darlegungen in diesem Kapitel als sehr informativ, theoretisch und politisch nützlich für die Auseinandersetzung mit dem heutigen Anarchismus. Sie ergänzen die Kritik von Behrens an Kropotkin sehr wirkungsvoll, zumal sie teilweise andere Fragen in den Mittelpunkt rücken als Behrens.

Nicht so recht klar wird dem Leser, warum die einzelnen Abschnitte derart unterschiedlichen Umfang aufweisen und nach welchen Kriterien sie zusammengestellt sind. Walter Eucken erscheint am Ende des recht langen ersten Abschnittes; Werner Sombart erst im zweiten. Der dritte Abschnitt enthält nur ein einziges, wenn auch langes Kapitel. Die Fortsetzung der inhaltlichen Probleme erfolgt teilweise erst in einem späteren Abschnitt. Der vierte Abschnitt ist

insoweit sehr heterogen, da in den entsprechenden Kapiteln der Austromarxismus, der Laboursozialismus, Fragen der sozialistischen Wirtschaft in der ungarischen sozialdemokratischen Literatur, der Zusammenbruch der ökonomischen Konzeption des Anarchismus und die Kritik revisionistischer Auffassungen über die sozialistische Wirtschaft behandelt werden.

Abschließend und zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die hier vorgeestellten Publikationen eine Fülle von interessanten Informationen vermitteln und Zusammenhänge deutlich machen, die für den Wirtschaftshistoriker von großem wissenschaftlichem Wert sind.

## Überproduktion und Innovation

### Bemerkungen zu

Stanislaw Gomulka, Inventive Activity, Diffusion, and the Stages of Economic Growth = Skrifter fra Aarhus Universitets Økonomiske Institut, Nr. 24

Aarhus 1971, 82 Seiten

Gerhard Mensch, Das technologische Patt. Innovationen überwinden die Depression

Umschau Verlag Breidenstein KG, Frankfurt (Main) 1975, 287 Seiten

János Kornai, Anti-Äquilibrium. Über die Theorien der Wirtschaftssysteme und die damit verbundenen Forschungsaufgaben

Akadémiai Kiado, Budapest 1975, und Springer Verlag, Berlin(West)/Heidelberg/New York 1975, XVI und 382 Seiten

von Thomas Kuczynski

Wirtschaftsgeschichte ist ein Teil der Wirtschaftswissenschaft. Voraussetzung wie Resultat der Analyse wirtschafts-historischer Entwicklung ist somit die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung als Bestandteil der politischen Ökonomie. Es steht außer Zweifel, daß der Wirtschaftshistoriker sich bei seinen Forschungen auf die politökonomische Theorie stützen muß, aber ebenso müssen wir feststellen, daß er gerade bei Forschungen zur Entwicklung häufig nichts finden wird, worauf er sich stützen kann. Das trifft auf die Frage des technischen Fortschritts und seiner Bestimmungsgründe voll zu. Der technische Fortschritt wird "vorausgesetzt", das heißt: Er fällt wie Manna vom Himmel; oder er fungiert, in ökonometrischen Modellen, als Restkomponente, die im Grunde undefiniert bleibt und auch undefinierbar ist.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Zur Kritik vgl. u. a. Borchardt, Knut, Die sozialökonomische Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaft und ihre Theorie, in: Geschichte und Ökonomie, hg. v. H.-U. Wehler, Köln 1973, S. 274 ff.; Meißner, Herbert, Theorie des Wirtschaftswachstums. Hoffnung und Dilemma der bürgerlichen Ökonomie, Berlin 1972, S. 12 ff.; Vogt, Winfried, Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Frankfurt (Main)/(West-)Berlin 1969, S. 68; Kuczynski, Thomas, Zu einigen neueren Entwicklungen in der bürgerlichen Wirtschaftsgeschichtsschreibung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 4, S. 267.

Ganz in diesem Sinne ist die Dissertation Gomulka geschrieben. Der Autor stellt unter Beweis, daß er die Literatur von Arrow über Phelps und Rostow bis Verdoorn kennt, verbleibt aber ganz im Rahmen der neoklassischen Synthese. Sein Ideal ist "steady growth", was ganz der allgemeinen Gleichgewichtstheorie entspricht, nur leider nicht der Wirklichkeit, die sich im allgemeinen nicht im Gleichgewicht, sondern im Ungleichgewicht befindet. Das Gleichgewicht ist ein höchst seltener Spezialfall des Ungleichgewichts, so wie die Ruhe ein Spezialfall der Bewegung ist.<sup>2</sup> Entwicklung läßt sich schon gar nicht aus Gleichgewichten ableiten, sondern nur aus Ungleichgewichten, so daß die Anpassung gerade der Ausdruck eines Widerspruchs ist.<sup>3</sup> Insofern könnten die Teile, in denen Gomulka den Transfer von Technologie untersucht, nützlicher sein, aber auch dort wird das technologisch höhere Niveau des einen gegenüber dem anderen Land als gegeben vorausgesetzt, Wechselwirkungen bleiben unerwähnt. Alles in allem eine solide Arbeit, die nur den Nachteil hat, den unfruchtbaren Boden der allgemeinen Gleichgewichtstheorie zur Basis zu haben; erwähnenswert sind aber die in ihr enthaltenen Übersichten zum Niveau der Arbeitsproduktivität (gemessen als Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten in Festpreisen - US-Dollar 1958 - pro Kopf der Bevölkerung), die eine sehr ungefähre Vorstellung von den wirklichen Relationen vermitteln können.

Die allgemeine Gleichgewichtstheorie ist das Thema des Buches von Kornai, vielmehr ihre Kritik. Der Verfasser bewegt sich ganz in der Sphäre der von ihm kritisierten Theorie, das heißt vor allem in der Zirkulationssphäre, also auf dem Markt. Dieses Vorgehen hat den unbestreitbaren Vorzug, daß der Kritiker in der Tat seine Kontrahenten auf ihrem eigenen Gebiet schlagen kann, und das tut er denn auch sehr gekonnt, indem er Theorie und Wirklichkeit miteinander konfrontiert. Der ebenso unbestreitbare Nachteil solchen Vorgehens ist, daß die Bedeutung, die die allgemeine Gleichgewichtstheorie den auf dem Markt sich vollziehenden ökonomischen Prozessen beimißt, vom Autor in dem Sinne - und nur in diesem Sinne! - akzeptiert wird, daß er die Vorgänge in der Produktionssphäre kaum analysiert. Wenn er sein Buch als "ein 'Halbfabrikat': eine Kombination aus einer theoretischen Studie und einem Arbeitsplan" (S. V)<sup>4</sup> bezeichnet, so muß doch gefragt werden, ob nicht wenigstens im Arbeitsplan der Produktion mehr Beachtung hätte geschenkt werden können. Unbeschadet dieses Einwandes bleibt festzuhalten, daß das Buch eine ganz wesentliche Bereicherung der marxistischen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur darstellt. Auch im Sinne des von ihm zitierten Heisenberg: "Richtige Fragestellung ist nämlich oft schon die halbe Lösung des Problems" (S. 31), ist sein Buch ein "Halbfabrikat".

2 Vgl. auch Zubarev, D. N., Statistische Thermodynamik des Nichtgleichgewichts, Berlin 1976, Vorwort.

3 Vgl. Stephan, Burkhard, Die Evolution der Sozialstrukturen, Berlin 1977, S. 17.

4 Alle Seitenzahlen im Text beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch.

Wir wollen aus der Vielzahl der von ihm gestellten Fragen eine herausgreifen, die von ganz entscheidender Bedeutung für die Theorie und Geschichte der Produktivkräfte ist, die Frage nach den Ursachen des technischen Fortschritts. Ausgangspunkt der Fragestellung ist die Widerlegung des Sayschen Theorems, das in der allgemeinen Gleichgewichtstheorie Walrasscher Prägung zum Zentraldogma erhoben wird, das Gleichgewicht von Angebot und (zahlungsfähiger) Nachfrage. Gegenüber diesen und anderen "Gemeinplätzen" stellt Kornai fest: "Die Wirtschaft ist nie im Gleichgewicht. Es gibt immer 'Überfluß'. Der Markt ist - zum Glück - nie 'bereinigt'. Der gut funktionierende Markt ist vollgestopft mit Ware, und zwar i m m e r ; morgens und abends, vor und nach der Saison. Man besitzt Vorräte und hat Reserven (z. B. bei Arbeitskräften, Kapazitäten). Und obwohl das Angebot nie der Nachfrage gleich ist, gibt es abgesehen von einigen Ausnahmen keine Produkte mit Preisen gleich Null oder Ressourcen mit einem Ertrag gleich Null. Ein scharfer Gegensatz herrscht zwischen der zum Gemeinplatz gewordenen theoretischen Behauptung und der Realität" (S. 221). Der von Kornai hier geschilderte Fall des Überangebots, von ihm als Druck bezeichnet und mit dem treffenden Bild "Die Verkäufer stehen Schlange" belegt, steht dem Fall des Unterangebots gegenüber, der von ihm als Sog bezeichnet und mit dem Gegenbild "Die Käufer stehen Schlange" belegt wird (vgl. Kapitel 19-22). Die Folgen dieser Desäquilibria auf die Entwicklung von Technik und Produktion sind grundverschieden. Wenn die Käufer Schlange stehen, steigt natürlich das Produktionsvolumen. Aber nach der von Kornai zitierten Devise "Bei der heutigen Marktlage kann man alles verkaufen" - so die Ansicht des Direktors einer der größten ungarischen Möbelfabriken - "wird keine allzugroße Energie für die Qualität und Haltbarkeit aufgewandt" (S. 278). Entscheidende Qualitätsverbesserungen, grundlegend neue Technologien usw., werden durch die Verhältnisse des Drucks erzwungen, wenn nämlich die Verkäufer Schlange stehen. Auch wenn die Verhältnisse des Drucks keinesfalls idealisiert werden dürfen (S. 279), bleibt Kornais "Behauptung 21.4." richtig: "Im Falle des Drucks selektiert der Käufer. Das spornt zur Verbesserung der Qualität und zur Senkung der Ausgaben an. Die Selektion führt zur Differenzierung und Konzentration. Im Falle des Sogs bleiben die positiven Wirkungen der Selektion aus" (S. 286).

Wie entsteht Druck? Für die kapitalistische Produktionsweise ist der Mechanismus bekannt; es ist der Mechanismus, der in regelmäßiger Folge Überproduktionskrisen hervorruft, der also in der Produktionsphäre angesiedelt ist. Genau diese wird aber von Kornai leider nicht untersucht. Dann wäre ihm aufgefallen, daß der Widerspruch zwischen Angebot und Nachfrage nur eine Erscheinungsform des grundlegenden Widerspruchs zwischen Produktion und Konsumtion ist: Nicht der Druck, sondern die den Druck erzeugende Überproduktion erzwingt die Einführung grundlegend neuer Technologien und Produkte. Dann hätte er auch nicht auf die Frage "Was würde geschehen, wenn das im Zustand des Sogs funktionierende System in den Zustand des Drucks überginge?" mit einer "Behauptung" antworten müssen, die er "mangels genügender geschichtlicher Erfahrung" und "hauptsächlich aufgrund der durchdachten Logik des Prozesses" zu formulieren müssen glaubt. Dieser Übergang ist nämlich, auf die kapitalistische Produktionsweise bezogen, als Stadium des "booms" bekannt und auch in durchaus genügender Weise geschichtlich erfahren worden.



Allerdings muß dieser Zusammenhang von Überproduktion und Basisinnovation im Kapitalismus genauer spezifiziert werden: Die Überproduktion muß außerordentlich groß sein und sehr lange andauern; es muß also eine bestimmte Reizschwelle überschritten sein und eine endlich kleine Zeit der Adaption verstreichen, ehe der Innovationsprozeß einsetzt. Beides ergibt sich konsistent aus den Auffassungen Kornais, steht im diametralen Gegensatz zur allgemeinen Gleichgewichtstheorie (S. 196) und kann historisch verifiziert werden.

Einen derartigen Verifikationsversuch hat Mensch zwar nicht unternehmen wollen, tatsächlich aber geliefert. Der Tenor des Buches ist zwar ganz apologetischer Natur, sein Untertitel "Innovationen überwinden die Depression" Programm, undurchführbares Programm, undurchführbar, weil seiner Auffassung nach die großen Überproduktionskrisen und die sich ihnen anschließenden großen Depressionen nicht durch den kapitalistischen Reproduktionsprozess verursacht sind, sondern durch Generationskonflikt (S. 14), Versäumnisse in der Wirtschaftsführung (S. 168) und ähnliche Gründe, undurchführbar, weil er das Heil in "eine(r) starke(n) Verbraucherpartei" (S. 262 f.), in diktatorischer Wirtschaftspolitik (S. 268) oder der "sanfte(n) Gewalt des Qualitätsbewußtseins" (S. 264 f.) sucht. Wer "Stagnation als originäre Kraft ein(führt)" (S. 85), kann sie nicht erklären, und wer den Sturm auf die Bastille mit der "Machtübernahme der Nazis" auf eine Stufe stellt (S. 22), beweist zumindest politische Blindheit lebensgefährlichen Grades. Die Zielsetzung des Buches ist ein reformierter Kapitalismus - "Politiker und Wirtschaftsexperten werden umlernen müssen ... (das Buch) beschönigt nicht die tiefe Krise der Weltwirtschaft, aber ... es zeigt die richtigen Maßnahmen für morgen auf", heißt es in der Ankündigung (Umschlagrückseite)-, insofern Apologetik reinsten Wassers; aber: "Apologie schließt Wahrheit nicht aus, sondern bedingt sie zu einem gewissen Grade."<sup>5</sup> Wer der herrschenden Klasse Führungsinformationen übermitteln will, muß zumindest oberflächliche Kenntnisse haben, und Kenntnis der Oberfläche kann der bürgerlichen Vulgärökonomie nicht abgesprochen werden.<sup>6</sup> Und wer die Oberfläche eines in Vergessenheit geratenen Kontinents beschreibt,<sup>7</sup> dem sollte dies Verdienst nicht abgesprochen werden: den Kontinent wiederentdeckt und (wenn auch nur oberflächlich) beschrieben zu haben.

5 Söder, Günther / Lauterbach, Herbert, Planung - Wissenschaft oder Spekulation? Berlin 1965, S. 15.

6 Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 95.

7 Wiederentdeckt, denn wie der Rezensent inzwischen erfahren hat, ist dieses Thema schon bearbeitet worden: Rainoff, T. I., Wavelike Fluctuations of Creative Productivity in the Development of West-European Physics in the 18th and 19th Centuries, in: Isis, H. 2/1929, S. 287 ff.

Die äußerlich sichtbare, bloß erscheinende Bewegung ist häufig das glatte Gegenteil der inneren wirklichen Bewegung.<sup>8</sup> Scheinbar überwinden im Kapitalismus Basisinnovationen die Depression, in der Wirklichkeit erzeugt die Depression Basisinnovationen. Denn die Depression ist im Kapitalismus Ausdruck der Überproduktion, Überproduktion aber bedeutet, daß die "Verkäufer Schlange stehen", sie, die Kapitalisten müssen sich Gedanken machen, wie sie ihre Produktion absetzen und die Profitrate zumindest halten können. Das aber ist in Zeiten der Depression, sinkende zahlungsfähige Nachfrage vorausgesetzt, nur möglich, wenn man seine Konkurrenten aus dem Felde schlägt, und das beste Mittel hierzu ist die Einführung grundlegend neuer Technologien, die die eigenen Kostpreise senken, und grundlegend neuer Produkte, die die Kostpreise der anderen senken und deshalb absetzbar sind. Die großen Strukturkrisen der kapitalistischen Wirtschaft von 1825, 1873 und 1929, denen langfristige Depressionen folgten, hatten eine ganz außerordentlich verstärkte Innovationstätigkeit zur Folge. Leider hat Mensch nicht versucht, sein "Metamorphose-Modell" (S. 80 ff.) auch von der Produktionsseite her quantitativ zu verifizieren. Nehmen wir seine Daten über Basis-Innovationen und die von J. Kuczynski bzw. aus der UNO-Statistik über die kapitalistische Weltindustrieproduktion zur Grundlage, so erhalten wir als Ergebnis einer spektralanalytischen Untersuchung folgende Aussagen: Es besteht ein recht enger Zusammenhang zwischen der Entwicklung von Produktion und Innovation (Kohärenz nach Trendbereinigung 0,623) innerhalb eines 60-Jahres-Zyklus, aber die Schwankungen in den Zeitreihen sind um 12 bis 13 Jahre im Durchschnitt phasenverschoben.<sup>9</sup> Die Phasenverschiebung deutet auch an, weshalb kurzfristige Überproduktionskrisen keine grundlegend neuen Technologien und Produkte erzeugen: Diese Form des technischen Fortschritts erfordert längerfristige Überproduktion; der Druck muß groß genug sein, um das Kapital zur Basisinnovation zu bewegen - im Gegensatz zur Ausbreitung der neuen Technologien und Produkte, der Diffusion, die gerade in Zeiten langfristiger Aufschwünge stattfindet.<sup>10</sup> Im allgemeinen interpretieren wir die von Marx zitierte Feststellung des englischen Gewerkschafters Dunning: "Das Kapital hat einen horror vor Abwesenheit von Profit,

8 Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 2, in: Marx/Engels, Werke Bd. 24, Berlin 1963, S. 324.

9 Vgl. Kuczynski, Thomas, Kondratieff Cycles - Appearance or Reality? Paper presented at the 7th International Economic History Congress Edinburgh 1978, Section B2.- Ein Metamorphose-Modell kann grob durch einen Satz trigonometrischer Funktionen, die einem Trend aufgelegt sind, approximiert und spektralanalytisch verifiziert werden. Wirtschaftshistorische Adäquanz besäße allerdings ein auf expandierenden Funktionen basierendes Modell, das der Rezensent in Kürze zu veröffentlichen hofft.

0 Vgl. auch Jonas, Wolfgang, Kritische Bemerkungen und Ergänzungen, in: Kuczynski, Jürgen, Vier Revolutionen der Produktivkräfte, Berlin 1975, S. 154 ff., der auf eine frühere Version des Buches von Mensch - "Innovation und Industrielle Evolution, Preprint Series of the International Institute of Management, Juni 1973" - Bezug nimmt.

oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher ..." <sup>11</sup> in der Weise, daß in Zeiten sinkender Profite nicht investiert wird. Kurzfristig trifft das zu, langfristig nicht, denn wenn Preis- und Produktionsrückgang nicht aus der Klemme helfen, wird Kapital in anderer Weise kühn: Der Produktionsprozeß selbst wird revolutioniert, der Einsatz neuer Technologie und neuer Produkte wird gewagt. Solange der Absatz und die Profite sicher sind, nimmt kein Kapitalist dieses Risiko auf sich, der "horror vor Abwesenheit von Profit" treibt ihn zum Risiko, und auch in diesem Sinne ist die Profitrate "der Stachel der kapitalistischen Produktion". <sup>12</sup> Mithin erweist sich auch in diesem konkreten Fall, daß die Produktion das übergreifende Moment im ökonomischen Gesamtprozeß ist, daß weder Konsumtion noch Bedürfnisse diese Rolle spielen können. <sup>13</sup>

Nun ist nicht zu erwarten und auch nicht zu wünschen, daß sich grundlegende technische Neuerungen im Sozialismus in der Weise durchsetzen, daß ihnen langfristige Depressionen vorausgehen. Krise und Depression sind kapitalistische Formen der Überproduktion. Aber: "Ist die kapitalistische Form der Reproduktion einmal beseitigt, so kommt die Sache darauf hinaus, daß die Größe des absterbenden und dahin in natura zu ersetzenden Teils des fixen Kapitals ... in verschiedenen sukzessiven Jahren wechselt. Ist er in einem Jahr sehr groß ..., so im folgenden sicher um so geringer. Die zur jährlichen Produktion der Konsumtionsmittel nötige Masse von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Hilfsstoffen - sonst gleichbleibende Umstände vorausgesetzt - nimmt deswegen nicht ab; die Gesamtproduktion der Produktionsmittel müßte also in einem Fall zunehmen, im anderen abnehmen. Diesem kann nur abgeholfen werden durch fortwährende relative Überproduktion; ... Solche Art Überproduktion ist gleich mit Kontrolle der Gesellschaft über die gegenständlichen Mittel ihrer eignen Reproduktion. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft aber ist sie ein anarchisches Element." <sup>14</sup>

Gehen wir davon aus, daß die Produktion Konsumtion und Bedürfnis determiniert (auch wenn die Rückwirkungen nicht vernachlässigt werden dürfen), und gehen wir weiter davon aus, daß der Widerspruch Quelle aller Bewegung ist, <sup>15</sup> dann dürfen wir sagen, daß die Überproduktion als Ausdruck des Widerspruchs

11 Zit. in Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 788.

12 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3 in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 251.

13 Vgl. derselbe, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Rohentwurf, Berlin 1953, S. 11 ff.

14 Derselbe, Das Kapital, Bd. 2, a. a. O., S. 464 f.

15 Vgl. Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Wissenschaft der Logik, Bd. 2, Berlin 1971 S. 59; Lenin, W.I., Zur Frage der Dialektik, in: Werke, Bd. 38, Berlin 1964, S. 339.

zwischen Produktion und Konsumtion einen Motor des technischen Fortschritts darstellt. <sup>16</sup> Natürlich ist damit nicht eine anarchische, sondern eine planmäßige Überproduktion gemeint, die planmäßige Entwicklung von Widersprüchen, also die planmäßige Entwicklung dessen, was Quelle des gesellschaftlichen Fortschritts ist, mithin planmäßige Entwicklung des gesellschaftlichen Fortschritts. <sup>17</sup>

<sup>16</sup> Wenn der Rezensent früher "gegen die These Bedenken an(meldete), daß Entwicklungsgesetze für mehrere Gesellschaftsformationen Gültigkeit hätten" (vgl. Lärmer, Karl, Jahrbuch-Forum: "Wirtschaftsgeschichte und Entwicklung von Wissenschaft und Technik", in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977. T. 2, S. 95), so muß er jetzt seine Auffassung zumindest modifizieren: So wie in den höheren Bewegungsformen der Materie die niederen aufgehoben sind, so dürften auch die Gesetze der ökonomischen Entwicklung beim Übergang von einer Produktionsweise zur nächsthöheren nicht einfach abgeschafft sein, sondern im dialektischen Sinne aufgehoben sein. Wir sprechen von der Modifikation des Wertgesetzes und auch vom "tendenziellen Fall der Gewinnrate im Sozialismus"; vgl. Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Grundrisse, Berlin 1973, S. 212. - Das von Marx so häufig hervorgehobene Abstreifen der bürgerlichen Form beinhaltet ja gerade nicht, daß der Inhalt beseitigt ist.

<sup>17</sup> Vgl. auch Kuczynski, Jürgen, Gesellschaftliche Widersprüche, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Nr. 1/1972, S. 1270 f.

Zur Entwicklung der Theorie der Warenproduktion und der planmäßigen Preisbildung in der sowjetischen ökonomischen Literatur der letzten sechzig Jahre

G. G. Bogomazov, Marksizm-Leninizm i problemy tovarno-denežnych otnošenij v period stroitel'stva socializma v SSSR. Istoriko-teoretičeskij očerk (im folgenden: I)

Izdatel'stvo leningradskogo universiteta, Leningrad 1974,  
144 Seiten, 72 Kopeken

A. N. Malafeev, Proščloe i nastojaščee teorii tovarnogo proizvodstva pri socializme (im folgenden: II)

Izdatel'stvo političeskoj literatury, Moskau 1975, 191 Seiten,  
61 Kopeken

V. E. Manevič, Razvitie teorii planovogo cenoobrazovanija v sovetskoj èkonomičeskoj literature (im folgenden: III)

Izdatel'stvo "Nauka", Moskau 1975, 183 Seiten, 61 Kopeken

von Manfred Braun

1. Methodologische Grundlagen und Ausgangspunkte der wichtigsten Auffassungen über das Wesen der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus
2. Diskussionen über die Gründe des Wirkens und die Bedeutung der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus
3. Zu den Diskussionen über Wertgesetz und Preisbildung in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren

In der ökonomischen Literatur der Sowjetunion wird seit nunmehr sechs Jahrzehnten ein lebhafter Meinungsstreit über Platz und Charakter der Ware-Geld-Beziehungen im System der sozialistischen Produktionsverhältnisse geführt. Die praktischen Erfahrungen stellten unter Beweis: ohne die Existenz und Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen, ohne die Ausnutzung und Berücksichtigung der Erfordernisse des Wertgesetzes im gesamten Planungsprozeß ist die erfolgreiche Gestaltung der sozialistischen Wirtschaft nicht denkbar. Aus diesem Grunde wurden von der KPdSU und den Sowjetökonomen große Anstrengungen unternommen, den Mechanismus der Ware-Geld-Beziehungen im Wirtschaftsleben des Sozialismus zu untersuchen und ihn im gesamten Planungssystem immer besser zu berücksichtigen. Die hervorragende Stellung, die der Diskussion um die Bedeutung

der Ware-Geld-Beziehungen in den letzten Jahrzehnten in der sowjetischen ökonomischen Literatur zuerkannt wird, ergibt sich daraus, daß sich nur bei richtiger Bestimmung des Inhalts und der Stellung der Ware-Geld-Beziehungen und der durch sie hervorgerufenen Gesetzmäßigkeiten der Inhalt fast aller übrigen politökonomischen Kategorien und Prozesse widerspruchsfrei bestimmen läßt. Alle Versuche, ein logisch einwandfreies und der sozialistischen Wirklichkeit adäquates Kategorien- und Gesetzsystem der politischen Ökonomie des Sozialismus auszuarbeiten, scheiterten bisher unter anderem an dem ungelösten Problem der Bestimmung des konkreten Inhalts der Ware-Geld-Beziehungen und ihrer Dynamik auf der niederen Stufe der kommunistischen Gesellschaftsformation.

Die hier vorzustellenden Arbeiten der drei bekannten sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler stellen sich das Ziel, die Entwicklung der Theorie der Warenproduktion und der Theorie der Preisbildung seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis in die Gegenwart bzw. für die Übergangsperiode aufzuzeigen. - Diesem Anliegen werden die Autoren gerecht, wobei allen drei Arbeiten die starken wirtschaftshistorischen Bezüge gemeinsam sind. Während Bogomazov und Malafeev die Probleme der Warenproduktion und der Ware-Geld-Beziehungen in der sowjetischen ökonomischen Literatur in starkem Maße unter historischem Aspekt darstellen, analysiert Manevič die Probleme der Preisbildung in der sowjetischen ökonomischen Literatur der zwanziger, dreißiger, vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre unter ebendemselben Aspekt. In den letzten beiden Jahrzehnten wurden dann den Problemen der Preisbildung mehrere Dutzend Monographien und viele Hunderte von Artikeln gewidmet, so daß Manevič für die sechziger und siebziger Jahre eine Analyse wissenschaftlicher Probleme und eine wissenschaftliche Betrachtung der Konzeption einzelner Autoren, die eine führende Rolle in der Entwicklung der Theorie der Preisbildung spielten, anfertigt.

Im folgenden soll auf einige inhaltliche Probleme der vorliegenden Bücher eingegangen werden, die unseres Erachtens sowohl für den Theoriehistoriker als auch für den Politökonom und den Wirtschaftshistoriker von besonderem Interesse sind.

## 1. Methodologische Grundlagen und Ausgangspunkte der wichtigsten Auffassungen über das Wesen der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus

Alle drei Autoren wählen als Ausgangspunkt für ihre historische Darstellung der Entwicklung der Theorie von der Warenproduktion bzw. der Preisbildung die Aussagen der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Ausführlich gehen beispielsweise Bogomazov und Malafeev auf Lenins Beitrag über die Ware-Geld-Beziehungen in der sowjetischen Wirtschaft ein und zeigen das Neue, das Lenin zur Klärung der Frage, warum Ware-Geld-Beziehungen in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und in der ersten Phase des Kommunismus notwendig sind, beigetragen hat. Während Lenins Auffassungen von den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus in der Zeit vor der Oktoberrevolution vornehmlich auf den Arbeiten von Marx und Engels basierten, die die These von der Unvereinbarkeit der Ware-Geld-Beziehungen mit der Ökonomik des Sozialismus aufgestellt hatten, gründeten sie sich in den Jahren nach der Oktoberrevolution auch auf eine marxistische Verallgemeinerung des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft.

In der ökonomischen Entwicklung in den ersten Jahren der Sowjetmacht kann man drei Etappen unterscheiden: die Periode bis zum Frühjahr 1918, die Periode des

Kriegskommunismus und die Jahre der Neuen Ökonomischen Politik. Es ist den Autoren zuzustimmen, wenn sie feststellen, daß in jeder dieser Etappen Lenins Einschätzungen der Rolle und Bedeutung der Ware-Geld-Beziehungen ihre Besonderheiten aufwiesen und seine Auffassungen zu diesem Problemkreis aufgrund der realen Wirtschaftspraxis einem Wandel unterlegen waren (I, S. 5-19; II, S. 34 - 47; III, S. 7 - 23)<sup>1</sup>.

In der Periode bis zum Sommer 1918 schenkte Lenin den Fragen der praktischen Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen in der sowjetischen Volkswirtschaft große Aufmerksamkeit. So schrieb er beispielsweise über die Notwendigkeit der Nationalisierung der Banken, der Emission neuer Geldmittel sowie der Rückführung der Gelder in die Staatskasse, und in seinem "Referat auf dem Gesamtrussischen Kongreß von Vertretern der Finanzabteilung der Sowjets (18. Mai 1918)" arbeitete Lenin folgende Hauptaufgaben auf dem Gebiet der Finanzpolitik heraus: Zentralisierung des Finanzwesens, Erhebung von Einkommens- und Vermögenssteuer und Umtausch der alten Geldscheine gegen neue.<sup>2</sup> Bereits diese wenigen Ausführungen zeigen, daß bei Lenin eine neue Behandlung des gesamten Problems der Ware-Geld-Beziehungen festzustellen ist, die von großer methodologischer Bedeutung ist. Lenin beantwortete als erster Marxist die Frage, ob es möglich und notwendig ist, in der Übergangsperiode Warenbeziehungen auszunutzen, und in welcher Form dies zu erfolgen hat.

Bogomazov und Malafeev weisen darauf hin, daß es etwas prinzipiell Neues im Denken war, womit Lenin die Notwendigkeit der Ausnutzung solcher Wertkategorien wie Geld, Kredit, Gewinn für den Aufbau des Sozialismus begründete (I, S. 35 f.; II, S. 13 f.).

Lenin beschränkte sich nicht auf den Hinweis, Ware und Geld seien für die Verbindung der staatlichen sozialistischen Betriebe mit der kleinen Warenwirtschaft notwendig. Er stellte die Frage der Ware-Geld-Beziehungen beim Aufbau des Sozialismus auf eine breitere Grundlage. Er begründete ihre Notwendigkeit für die Entwicklung der staatlichen sozialistischen Betriebe bis zu der Zeit, in der die Gesellschaft solche organisatorischen Errungenschaften auf dem Gebiet der Produktion und Distribution erreicht haben würde, daß sie diese auf kommunistischer Grundlage durchführen kann. Lenin verband also die Notwendigkeit der Ware-Geld-Beziehungen in der Übergangsperiode sowohl mit dem Prozeß der Überleitung der bäuerlichen kleinen Warenwirtschaft zum Sozialismus als auch mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse des Sozialismus selbst bis zu einer bestimmten Reife.

Das Neue, das Lenin zur Klärung der Frage beigetragen hat, warum Ware-Geld-Beziehungen in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus notwendig sind, besteht also in folgenden Hauptthesen:

- der sozialistische Staat muß sich der Ware-Geld-Beziehungen bemächtigen;
- die Ware-Geld-Beziehungen sind die einzig annehmbare Form der ökonomischen Verbindung zwischen der staatlichen sozialistischen Produktion und der kleinen Warenproduktion;
- das Wesen der Kategorie Ware, soweit sie die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse der Übergangsperiode ausdrückt, verändert sich;

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher, die jeweils durch römische Zahlen gekennzeichnet sind.

2 Vgl. Lenin, W. I., Ergänzungsband Oktober 1917 - März 1923, S. 7 ff.

- die Ware-Geld-Beziehungen sind für die staatlichen sozialistischen Betriebe selbst notwendig, da ihre Ökonomik auf der Ausnutzung der materiellen Interessiertheit beruhen muß;
- das Geld ist solange notwendig, bis die sozialistischen Produktionsverhältnisse einen Reifegrad erreicht haben, der es gestattet, eine "völlig kommunistische Produktion und Distribution der Produkte" zu organisieren.

Der ökonomische Kurs der gesamten Periode des Kriegskommunismus (1919 bis 1921) war dann jedoch auf die Beseitigung der Warenbeziehungen und auf die Organisation einer geldlosen Wirtschaft gerichtet. Ein wesentlicher Grund für die Versuche, die Warenbeziehungen auszuschalten, war, und das wird von Bogomazov und Malafeev gut herausgearbeitet, daß die sowjetische ökonomische Wissenschaft in diesen Jahren die Position vertrat, planmäßig proportionale Entwicklung im gesellschaftlichen Maßstab auf der Grundlage der kollektiven schöpferischen Arbeit der Werktätigen und der Leitung eines einheitlichen Zentrums, dem sozialistischen Staat, und Warenproduktion, die ja unter den Bedingungen des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch Anarchie und Konkurrenz gekennzeichnet sind, schlossen sich aus. Für diese Auffassungen gab es objektive und subjektive Ursachen. Von Interesse sind hierbei besonders die subjektiv bedingten Wurzeln für die verschiedenen Ansichten über den Gegenstand der politischen Ökonomie. Dabei muß sorgsam zwischen Irrtümern progressiver Ökonomen, die auf Auffassungen der Klassiker des Marxismus zur Warenproduktion in der sozialistischen Gesellschaft zurückgingen und in der faktischen Identifikation der politischen Ökonomie mit der kapitalistischen Warenproduktion gipfelten, und revisionistischen Konzeptionen opportunistischer Kräfte unterschieden werden. Die Notwendigkeit einer solchen Differenzierung wird deutlich, wenn wir unter diesen Ökonomen zum Beispiel die hervorragende Revolutionärin und Theoretikerin der Arbeiterklasse Rosa Luxemburg, zum anderen jedoch Bogdanov, Hilferding wie auch Bucharin, Preobrazenskij und Rubin finden.<sup>3</sup>

Diese Ansichten resultieren auch aus objektiven Bedingungen. So schreibt Malafeev beispielsweise: "In der Periode des Kriegskommunismus gab es eine Zeit, als z. B. in Moskau fast alle Fabriken stillstanden, während die Maschinen, auf denen die staatlichen Geldzeichen gedruckt wurden, auf Hochtouren liefen. Die Emission von Papiergeld und die damit verbundene starke Geldentwertung trugen nicht nur zur Expropriation der besitzenden Klassen bei, sondern erleichterten auch die Lage der werktätigen Bevölkerungsschichten, denn die Arbeiter und Angestellten erhielten den größten Teil ihres Lohnes in Naturalform, während sie Steuern in Geldform zahlten. Die nationalisierten Betriebe wurden zentral mit Rohstoffen und Material versorgt und lieferten ihre Erzeugnisse auf gleichem Wege, ohne Kauf und Verkauf ab" (II, S. 16).

Während also in den ersten Monaten der Sowjetmacht die Beseitigung des Geldes und anderer Wertkategorien als Aufgabe angesehen wurde, die allmählich gelöst werden müsse, und zwar in dem Maße der Vorwärtsbewegung zum Sozialismus, verfolgten man in der Periode des Kriegskommunismus einen genau festgelegten Kurs, der auf die völlige Ausschaltung der Ware-Geld-Verhältnisse aus dem Wirtschaftsleben des Landes innerhalb kürzester Frist gerichtet war.

<sup>3</sup> Vgl. Zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Von Marx, Engels und Lenin bis zum Sieg des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1978, S. 85.



Die überwiegende Mehrheit der sowjetischen Ökonomen, das belegen sowohl Bogomazov als auch Malafeev mit entsprechenden Zitaten, war so fest von der Unvereinbarkeit der Ware-Geld-Beziehungen mit dem sozialistischen Wirtschaftssystem überzeugt, daß die Frage nach ihrer Weiterentwicklung und Vervollkommnung in diesen Jahren in der Wirtschaftsliteratur überhaupt nicht gestellt wurde. Die sowjetischen Ökonomen richteten ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die Erarbeitung von Methoden der bargeldlosen volkswirtschaftlichen Verrechnung. Von besonderem Interesse sind die hierzu von Bogomazov gemachten Ausführungen. Er zeigt, daß die damals vorgelegten Arbeiten die unterschiedlichsten, zuweilen gegensätzlichen Standpunkte zum Ausdruck brachten. Trotzdem unterbreitete die Mehrheit der sowjetischen Ökonomen den Vorschlag, die unmittelbare Erfassung des Arbeitsaufwandes in Arbeitszeiteinheiten zu organisieren (I, S. 66). Diesen Standpunkt nahmen sowohl marxistische Ökonomen, wie Strumilin und Varga, als auch Vertreter der alten bürgerlichen Schule, die damals noch in sowjetischen Institutionen tätig waren, wie Šmelev, Kacenenbaum und andere ein. Jedoch kam diese Gruppe von Wissenschaftlern zu der Schlußfolgerung, daß die unmittelbare Erfassung der Arbeit auf verschiedenen Wegen organisiert werden mußte (I, S. 66 f.).

Bei seiner Beurteilung und Einordnung dieses Vorschlages für die Organisation einer direkten Erfassung des Aufwandes an gesellschaftlicher Arbeit in Arbeitszeiteinheiten kommt Bogomazov zu dem Schluß, den man durchaus unterstreichen kann, daß dieser Vorschlag nicht zur richtigen Zeit gemacht wurde und daß er praktisch unannehmbar war (I, S. 70 f.). Ferner weist Bogomazov darauf hin, daß alle Wissenschaftler dieser Zeit von der Möglichkeit und der Notwendigkeit ausgingen, die Ware-Geld-Beziehungen in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus zu überwinden. Infolgedessen wurde die Erfassung des Arbeitsaufwandes in Arbeitszeiteinheiten als einzige und allgemeine Form der volkswirtschaftlichen Rechnungsführung angesehen, die nur unter den Bedingungen des Sozialismus möglich ist. Theorie und Praxis der weiteren Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft haben gezeigt, daß sie in dieser Frage nicht recht hatten. Andererseits enthielt ihr Vorschlag auch einen rationellen Kern, denn neben der Geldform der Erfassung des Arbeitsaufwandes ist auch eine Erfassung des Arbeitsaufwandes notwendig. Im Sozialismus erfolgt die Organisation der Produktion bewußt und planmäßig, das verlangt, daß sich die sozialistische Gesellschaft nicht nur auf die Ware-Geld-Beziehungen, auf die Spontaneität des Marktes bei der Erfassung des Aufwandes an gesellschaftlicher Arbeit stützen kann. Vielmehr muß bei der Entwicklung der sozialistischen Produktion gerade die Erfassung der gesellschaftlichen Arbeit in Arbeitszeiteinheiten eine immer größere Rolle spielen (I, S. 71).

Lenins Herangehen an das Problem der Ware-Geld-Beziehungen änderte sich wesentlich im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Neuen Ökonomische Politik, worauf sowohl Bogomazov als auch Malafeev näher eingehen (I, S. 87-98; II, S. 16-23).

Die Neue Ökonomische Politik war darauf gerichtet, die beim Aufbau des Sozialismus stehenden Aufgaben zu lösen. Die konkreten Wege zur Erfüllung dieser Aufgaben waren: "Allseitige Entwicklung der Kooperation, die breite Entfaltung des Handels, die Ausnutzung der materiellen Anreize und der wirtschaftlichen Rechnungsführung."<sup>4</sup>

Malafeev hebt den schöpferischen Beitrag Lenins zum Marxismus hervor, der sich unter den konkreten historischen Bedingungen Sowjetrußlands "in der Neuen Ökonomischen Politik von der veralteten Vorstellung löste, der Handel könne nur dem Kapitalismus von Nutzen sein. Er stellte die Aufgabe, den Handel und das Geld zu meistern, sie für die Organisation der Leitung Rußlands, für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu nutzen. Dabei werden selbstverständlich sowohl der Handel wie auch das Geld und alle anderen Ware-Geld-Beziehungen in der sozialistischen Wirtschaft zu Instrumenten des proletarischen Staates, dienen sie der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, erlangen sie einen neuen Inhalt" (II, S. 18 f.).

Daß trotz dieser Leninschen Aussagen in den zwanziger und dreißiger Jahren vor allem die Konzeption vorherrschte, die die Warenbeziehungen als dem sozialistischen Sektor eigene Beziehungen ablehnte, hatte objektive und subjektive Ursachen. Zum einen hatten die Produktivkräfte ein noch zu geringes Niveau. Zum anderen waren viele Werke der Klassiker noch nicht genügend bekannt. Unrichtige und sogar feindliche Konzeptionen beeinflussten noch das ökonomische Denken. In ihnen werden die Ware-Geld-Beziehungen im sozialistischen Sektor als äußere, ihm fremde Formen betrachtet, die erstens zur Erleichterung des Austausches mit anderen Sektoren und zweitens wegen technischer Schwierigkeiten bei der Einführung der Rechnungsführung ohne Wertbasis angewendet wurden. Dieser Standpunkt war unter anderem durch die schwierige wirtschaftliche Situation in dieser Zeit bedingt, insbesondere durch die Zerrüttung der Ware-Geld-Beziehungen (I, S. 139-145; II, S. 77-90; III, S. 56-59).

Die Versuche, die Wertkategorien nicht auszunutzen und den Kredit und die wirtschaftliche Rechnungsführung als bloße Formen zu betrachten, fügten der sowjetischen Volkswirtschaft großen Schaden zu. In den Jahren von 1930 bis 1933 führte die Partei eine Reihe grundlegender Maßnahmen zur Regulierung und Festigung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, des Sowjethandels und des Geldumlaufs durch. Alle diese Maßnahmen beruhten auf der Erkenntnis der Partei, daß die Ware-Geld-Kategorien - Geld, Kredit, Handel usw. - beim Aufbau des Sozialismus weiterbestehen und ausgenutzt werden müssen.

Als Ursache für die Ware-Geld-Formen betrachteten die meisten sowjetischen Ökonomen die Buchhaltung und die Verteilung. Mit dieser Auffassung setzt sich Malafeev fundiert auseinander (II, S. 95). Diese sich in den dreißiger Jahren durchsetzende Konzeption besagte, daß die in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus weiterbestehenden sozialen Unterschiede in der Arbeit eine direkte Messung der Aufwendungen an geistiger und körperlicher, qualifizierter und unqualifizierter, schwerer und leichter Arbeit unmöglich machen. Aus diesem Grunde würden für die Messung und Abrechnung der Arbeit sowie für die Verteilung nach der Arbeitsleistung Geld, Handel und andere Wertformen weiterhin genutzt. Ihnen wurde jedoch der spezifische Wertinhalt genommen, da die Existenz des Wertes und der\* abstrakten Arbeit im Rahmen der sozialistischen Produktionsweise abgelehnt wurde. Diese Vorstellungen waren nominalistisch, inkonsequent und von inneren Widersprüchen durchsetzt; es wurde die Möglichkeit eines vom entsprechenden Wertinhalt losgelösten Vorhandenseins bestimmter Ware-Geld-Formen angenommen.<sup>5</sup> Dieser methodologische Fehler führte folgerichtig zu an-

<sup>5</sup> Vgl. Manewitsch, V. I., Über die Betrachtung der Theorie der Warenproduktion im Sozialismus in der ökonomischen Literatur der vierziger und fünfziger Jahre, in: Beiträge zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus, hg. v. Herbert Meißner u. Gertraud Wittenburg, Berlin 1975, S. 203 f.

deren unbegründeten Aussagen. So verneinten die sowjetischen Ökonomen, obwohl in die Mitte der dreißiger Jahre das Weiterexistieren des Geldes im Sozialismus anerkannten, lange Zeit die Verbindung des Geldes mit dem Wert und das Wirken des Wertgesetzes im Sozialismus.

Auch die Variante, die die Warenbeziehungen in der Produktion negiert, sie aber im Austauschprozeß gelten läßt, baute auf diesen Prinzipien auf. Hier soll auch angemerkt werden, daß trotz aller theoretischen Unzulänglichkeiten und prinzipiellen Unhaltbarkeit einer solchen Position, die mit darauf zurückzuführen war, daß in dieser Periode viele grundlegende methodologische Probleme der politischen Ökonomie noch nicht geklärt waren, die Frage nach dem Gegenstand der politischen Ökonomie noch nicht gelöst war, das Wirken objektiver ökonomischer Gesetze in der sozialistischen Wirtschaft bestritten wurde und die Frage nach dem Verhältnis von Objektivem und Spontanem, von Objektivem und Subjektivem noch nicht gelöst war.<sup>6</sup> ihre Vertreter wichtige und notwendige Beiträge zur Erforschung des Wesens der Ware-Geld-Beziehungen leisteten. In ihren Arbeiten sind beispielsweise viele Seiten des Prozesses des Absterbens der Ware-Geld-Beziehungen gründlich untersucht worden.

Manevič und Malafeev machen deutlich, daß sich in den vierziger, dann aber vor allem in den fünfziger Jahren eine andere Konzeption durchzusetzen begann und bis in die sechziger Jahre hinein wirkte, die davon ausging, daß Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus reale ökonomische Erscheinungen darstellen, die aber nicht zum Wesen der sozialistischen Produktionsweise gehören, dem Sozialismus fremde Erscheinungen seien. Damit verbunden waren falsche Positionen zum Wertgesetz, die es zu überwinden galt<sup>7</sup>:

- die Überbetonung des Wertgesetzes in dem Sinne, daß es das bestimmende Gesetz für den Wirtschaftsmechanismus sei,
- die Unterschätzung des Wertgesetzes in dem Sinne, daß es im Sozialismus keine oder nur eine untergeordnete, eingeschränkte und ergänzende Rolle spiele.

Mit beiden Auffassungen setzt sich Malafeev auseinander. Diejenigen, die die Rolle des Wertgesetzes überschätzten (wie zum Beispiel Spiridonova und Lisičkin), betrachteten den Sozialismus als eine besondere Art der Warenproduktion. Dabei gingen sie von dem richtigen Postulat aus, daß die Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus einen neuen sozialistischen Inhalt haben. Aus dieser richtigen Prämisse zogen sie aber, wie Malafeev feststellt, falsche Schlüsse. Zum Beispiel den, daß das Wertgesetz der Regulator der sozialistischen Produktion sei. Diese Meinung steht im Zusammenhang mit einer falschen Auffassung vom Charakter der Produktion und der Arbeit im Sozialismus (II, S. 159).

In diesem Zusammenhang setzt sich Malafeev mit den Auffassungen Lisičkins, einem wichtigen Vertreter dieser Konzeption, auseinander. Lisičkin hielt den

6 Vgl. Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Grundrisse, Berlin 1973, S. 157.

7 Vgl. Schließer, Waldfried, Die Ware-Geld-Beziehungen und das Wertgesetz in der sozialistischen Planwirtschaft, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 2/1974, S. 271.

Warencharakter der sozialistischen Produktion für unvereinbar mit ihrem unmittelbar gesellschaftlichen Charakter. Daraus schlußfolgerte er formal-logisch, daß im Sozialismus ein Widerspruch zwischen gesellschaftlicher und privater Arbeit bestehe.<sup>8</sup>

Malafeev weist auf den Mangel an dialektischer Logik bei Lišičkin hin, deren wichtigste Forderung lautet, daß die Logik der Begriffe die Logik der Tatsachen, in diesem Fall also die realen Widersprüche des ökonomischen Prozesses, widerspiegeln muß (II, S. 159 f.).

Malafeev schreibt weiter: "Wahr ist, daß sich der gesellschaftliche Charakter der Arbeit im Sozialismus erst dann endgültig bestätigt, wenn das Produkt der Arbeit beim Verbraucher angelangt ist. Nicht zufällig spielt in unserer Wirtschaftspraxis die Kennziffer 'realisierte Produktion' eine wesentliche Rolle. Dies aber bedeutet, daß die konkrete Arbeit relativ verselbständigte Arbeit, nicht aber Privatarbeit ist. Der unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeit aber besteht darin, daß die Arbeit bei Herrschaft des sozialistischen Eigentums erfolgt und im volkswirtschaftlichen Maßstab geplant wird. Das verändert grundlegend den Charakter der gesellschaftlichen Arbeit im Sozialismus" (II, S. 160).

Mit der Leugnung des unmittelbar gesellschaftlichen Charakters der Arbeit im Sozialismus korrespondiert auch die Ansicht Lišičkins, die sowjetischen Pläne müßten nicht Direktiv-, sondern Empfehlungscharakter haben (II, S. 160).

Obwohl die Vertreter dieser Konzeption die führende Rolle der Planung bei der Leitung der sozialistischen Volkswirtschaft anerkennen, obwohl sie immer von der neuen Qualität der sozialistischen Eigentumsverhältnisse ausgehen, womit sie sich von den bürgerlichen und rechtssozialistischen Vertretern der Theorien vom Marktsozialismus abgrenzen, so gelangen sie doch aufgrund der Überbetonung der Besonderheiten der sozialistischen Entwicklungsstufe der kommunistischen Gesellschaftsformation zu einer Verabsolutierung der Ware-Geld-Beziehungen und damit zu einer falschen Position gegenüber dem planmäßigen Charakter der sozialistischen Volkswirtschaft.

Diese beiden Konzeptionen wurden in den letzten Jahren einer scharfen Kritik unterzogen und überwunden. Auch diesen Entwicklungsprozeß arbeitet Malafeev heraus (II, S. 141-151). Er weist mit Recht darauf hin, daß ein weiteres Festhalten an solchen Positionen die Entwicklung der ökonomischen Theorie hemmt und zu Empfehlungen an die Praxis führen kann, die den Anforderungen des Gesetzes der planmäßig proportionalen Entwicklung widersprechen.

Gegenwärtig wird davon ausgegangen, daß die Ware-Geld-Beziehungen ein notwendiger Bestandteil sozialistischer Produktionsverhältnisse sind. Sie werden ihrem Wesen nach durch den neuen sozialen Inhalt der Produktionsverhältnisse bestimmt. "Die Ware-Geld-Beziehungen stellen im Sozialismus dieser Auffassung zufolge wesentliche Elemente eines planmäßigen Mechanismus dar, der die Wirtschaft regelt. Durch die Ware-Geld-Beziehungen und den damit verbundenen Markt wird eine zusätzliche gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit ausgeführt."<sup>9</sup>

<sup>8</sup> Vgl. Lišičkin, G. S., Plan i rynek, Moskau 1966, S. 64 - 66.

<sup>9</sup> Ökonomische Gesetze in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1975, S. 203.

## 2. Diskussionen über die Gründe des Wirkens und die Bedeutung der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus

Da das tiefere Verständnis für Ware-Geld-Beziehungen in der sozialistischen Wirtschaft wesentlich von der Klärung der Ursachen der Warenproduktion abhängt, gingen alle drei Autoren in ihren theoriehistorischen Untersuchungen auf diesen Problemkreis ein (I, S. 16; II, S. 97-112; III, S. 71 f.).

In seiner Schrift "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", in die die kollektiven Erfahrungen der besten sowjetischen Ökonomen einfließen, vollzog Stalin eine Art Durchbruch in den Ansichten über die Warenproduktion in der sozialistischen Wirtschaft. Malafeev und Manevič gehen sehr ausführlich auf die Entwicklung dieser Fragestellung ein und zeigen, daß Stalin im Prinzip den objektiven Charakter der Ware-Geld-Beziehungen in der sozialistischen Wirtschaft anerkannte, wobei er die entscheidende Ursache für das Vorhandensein solcher Beziehungen in der Existenz von zwei Formen des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln erblickte. Nach dieser Konzeption gibt es im Sozialismus zwei kollektive Eigentümer der produzierten Erzeugnisse - den Staat und die Kolchosen. Die ökonomischen Beziehungen zwischen ihnen müssen mit Notwendigkeit den Charakter des Kaufs und Verkaufs tragen (II, S. 99 f.; III, S. 71). Stalin schrieb: "Andere ökonomische Verbindungen mit der Stadt als Warenbeziehungen, als Austausch durch Kauf und Verkauf sind für die Kollektivwirtschaften gegenwärtig nicht annehmbar."<sup>10</sup> Da in jener Periode die Hauptmasse der landwirtschaftlichen Maschinen und Ausrüstungen an die MTS (das heißt an staatliche Betriebe) geliefert wurde, zog Stalin die Schlußfolgerung, daß die Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus nur auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs beschränkt und die Produktionsmittel keine Waren seien.

Die Ansichten Stalins zur Warenproduktion im Sozialismus lagen der ersten Ausgabe des Lehrbuches der Politischen Ökonomie vom Jahre 1954 zugrunde. Die dritte Auflage dieses Lehrbuches, die 1958 erschien, enthielt eine etwas modifizierte Anschauung. Als Voraussetzung für die Warenproduktion wurde hier neben den zwei Formen des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln auch die gesellschaftliche Arbeitsteilung erwähnt. Auch die Rolle der materiellen Interessiertheit der Werktätigen wurde hervorgehoben. Bei Betonung der Unterschiede zwischen Konsumtionsmitteln und Produktionsmitteln wurde den letzteren jedoch der Warencharakter nicht abgesprochen. Das Wirken des Wertgesetzes zeigt sich sowohl in der Produktionssphäre wie auch in der Zirkulationssphäre.<sup>11</sup>

Man kann Manevič nur zustimmen, wenn er bemerkt, daß diese Standpunkte im Vergleich zur Rechnungs-Verteilungs-Konzeption natürlich ein Fortschritt waren (III, S. 73). Die unmittelbare Ursache für die Existenz der Warenproduktion im Sozialismus sah man allerdings in der Notwendigkeit des Austausches zwischen den staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben, das heißt in einem außerhalb des staatlichen Sektors der Produktion liegenden Grund, der nicht einmal den größten Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts umfaßt. Das brachte notwendigerweise eine Inkonsequenz bei der Erklärung der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus aus dem Charakter der Produktion mit sich.

<sup>10</sup> Stalin, J. W., Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1952, S. 17.

<sup>11</sup> Politische Ökonomie, Lehrbuch, 3. veränd. Ausgabe Berlin 1958.

Manevič zeigt, daß die Überwindung der fehlerhaften Konzeption, wonach Produktionsmittel keinen Warencharakter hätten, bereits Mitte der fünfziger Jahre im Verlauf der Diskussion über das Geld einsetzte. Einige sowjetische Ökonomen, die die Einteilung der Produkte in Waren und "Nicht-Waren" nicht kategorisch ablehnten, traten mit einer neuen Konzeption auf. Sie gingen von der "Warenhülle" der Produktionsmittel aus, die sie als eine den Inhalt ausdrückende, objektive Form der Bewegung des gesellschaftlichen Produkts und nicht als bloßes Instrument der Rechnungsführung auffaßten. Bei einer solchen Betrachtungsweise wurde die "Warenhülle" der Warenform gleichgesetzt, die qualitativen Unterschiede zwischen der Waren- und der Nicht-Waren-Form blieben der Erscheinung nach bestehen, waren aber dem Wesen nach aufgehoben (III, S. 79).

Die Beseitigung der künstlichen Teilung der sozialistischen Produktion in Waren- und "Nicht-Waren"-Produktion erlaubte es, die Frage nach der einheitlichen Geldfunktion in der sozialistischen Wirtschaft und nach der Preisbildung als gesetzmäßige Prozesse, die sich aus der Wirkung des Wertgesetzes ergeben, richtigzustellen. Das heißt, für die sowjetischen Ökonomen war die politökonomische Forschung zur Warenproduktion und zum Wertgesetz im Sozialismus eine außerordentlich praxisbezogene Aufgabe. Sie betrachteten die Theorie von der sozialistischen Warenproduktion als einen wichtigen Bestandteil der politischen Ökonomie des Sozialismus und forderten die bewußte Ausnutzung der Kategorien der sozialistischen Warenproduktion durch die Wirtschaftspolitik der Partei.

In den sechziger Jahren wurde in der Sowjetunion die entwickelte sozialistische Gesellschaft aufgebaut. Sie kennzeichnet eine neue Etappe des Wachstums der Produktivkräfte, der Entwicklung und Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse, ein höheres Niveau in der Kultur und des sozialistischen Bewußtseins der gesamten Gesellschaft. Unter diesen neuen Bedingungen entwickelten sich die Auffassungen über die Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus weiter, ein Prozeß, der aber bereits Ende der fünfziger Jahre einsetzte. An den verschiedensten Stellen der zu rezensierenden Arbeiten wird dadurch deutlich, daß die theoretische Widerspiegelung in Abhängigkeit von der Entwicklung der materiellen Basis erfolgt. Eine davon relativ unabhängige Entwicklung der politökonomischen Theorie, die jedoch immer der Bestätigung durch die Praxis bedarf, kann aber nicht ausgeschlossen werden.

Malafeev geht recht ausführlich auf die Konferenz ein, die in diesem Zeitraum am Institut für Ökonomie bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR zum Thema "Das Wertgesetz und seine Ausnutzung in der Volkswirtschaft der UdSSR" stattfand (II, S. 101-105). Auf dieser Konferenz wurden die unterschiedlichsten Konzeptionen vorgetragen, und sie übte einen nachhaltigen Einfluß auf die Theoriediskussion aus.<sup>12</sup> Entsprechend der Konzeption, die im Vortrag von Ostrovitjanov dargelegt wurde, besteht der Hauptgrund für das Weiterbestehen der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus in der Existenz der zwei Formen des sozialistischen Eigentums - des staatlichen und des genossenschaftlichen -, ein zusätzlicher Grund ist das staatliche Eigentum selbst. Dieser Standpunkt wurde von Paškov, D' jačenko und Kronrod kritisiert. Kronrod stellte die These auf, daß die Besonderheit des Volkseigentums im Sozialismus die Ungleichartigkeit der Werktätigen im Produktionsprozeß, die soziale Verschiedenartigkeit ihrer Arbeit ist. Daraus erwächst

<sup>12</sup> Zakon stoimosti i ego ispol' zovanie v narodnom chozjajstve SSSR, Moskau 1959. Hierin sind alle Beiträge enthalten, die auf dieser Konferenz vorgetragen wurden.

die Notwendigkeit der materiellen Stimulierung der Produktion, das heißt des äquivalenten Ersatzes der Arbeitsaufwendungen jeder Arbeitskraft und jedes Betriebes. Hieraus wiederum ergibt sich die Verselbständigung der sozialistischen Betriebe, die Produktion für den Austausch. Die Verselbständigung der Betriebe und die Produktion für den Austausch bringen spezifische innere Widersprüche der gesellschaftlichen Arbeit hervor; die Arbeit tritt einerseits im Sozialismus als gesellschaftliche Gesamtarbeit auf, andererseits als individuelle und kollektive Arbeit, die in den einzelnen Betrieben verausgabt wird, und schließlich als verschiedene Arbeit. Einer solchen Position näherten sich auch D' jačenko und Batyrev. Zugleich wurden im Verlaufe dieser Diskussion aber auch Meinungen geäußert, die auf der bereits überwundenen Rechnungs-Verteilungs-Konzeption oder auf der Konzeption beruhen, die die Warenbeziehungen im Sozialismus ausschließlich aus den Beziehungen zwischen dem staatlichen und genossenschaftlichen Sektor ableiten und den Warencharakter der Produktion verneinen.

Daneben gab es aber bis Ende der fünfziger Jahre und auch später noch Versuche, - auf die Malafeev ebenfalls eingeht (II, S. 105-110) -, bei der Begründung der Warenproduktion und des Wertgesetzes im Sozialismus auf alte Positionen zurückzukehren und die innere Verbindung der Warenproduktion und des Wertgesetzes mit den Verhältnissen des Sozialismus zu verneinen. Das traf beispielsweise für die im Jahre 1958 an der Moskauer Universität durchgeführte Diskussion über die Warenproduktion und das Wertgesetz zu. Insbesondere versuchten einige Teilnehmer an dieser Diskussion die Thesen zu verteidigen, daß die Produktionsmittel keinen Warencharakter trügen und dem Sozialismus die Warenproduktion fremd sei. Malafeev geht in diesem Zusammenhang auf die Anschauungen von Kozodoev und Chessin näher ein.

Die von den sowjetischen Autoren aufgezeigten unterschiedlichen Konzeptionen sind Ausdruck des schöpferischen wissenschaftlichen Meinungsstreits. Zugleich sind sie aber auch ein Beweis dafür, daß noch eine ganze Reihe grundlegender politökonomischer Probleme ihrer Lösung harren, darunter auch methodologische Fragen. Es ist gerade deswegen von so großer Bedeutung, methodologische und andere politökonomische Diskussionen der zwanziger Jahre und anderer Zeiträume zu studieren, weil eine Reihe von Fragen, zu denen sich damals Diskussionen entspannen, Probleme berühren - wie zum Beispiel die Aktualität der Anwendbarkeit der Logik des "Kapitals" auf die politische Ökonomie des Sozialismus -, die auch heutzutage in der sowjetischen ökonomischen Literatur behandelt werden. Die Geschichte lehrt, "daß theoretische Grundfragen, die das kategoriale System der politischen Ökonomie betreffen, sofort mit Beginn des sozialistischen Aufbaus einzusetzen, Formulierungen erforderten und ihren Lösungsanspruch anmeldeten".<sup>13</sup>

### 3. Zu den Diskussionen über Wertgesetz und Preisbildung in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren

Das Problem der planmäßigen Preisbildung war und ist ein grundlegendes Problem

<sup>13</sup> Vgl. Schilar, Hans, Geschichtsstudium und Geschichtsbewußtsein als Voraussetzungen und Bestandteile der politökonomischen Forschung, in: Forschungsberichte des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR (im Druck).

der ökonomischen Theorie und Praxis des Sozialismus. Solche wichtigen Kennziffern, wie zum Beispiel Gewinn, Selbstkosten, Amortisationen, spiegeln sich unmittelbar im Preis wider. Zugleich sind mit der planmäßigen Preisbildung Probleme des Geldumlaufs, der Stimulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Einflußnahme auf die territoriale Organisation des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, der Messung der Effektivität der Ausnutzung der Produktionsfonds, des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage sowie des Außenhandels verbunden. Letztlich berührt der Preis verschiedene Seiten der Produktionsverhältnisse. Beispielsweise tangiert er die ökonomischen Interessen der einzelnen Beschäftigten, der Betriebskollektive, der Wirtschaftsorganisationen sowie die Interessen der befreundeten Klassen und Schichten.

In der UdSSR wurde in den vergangenen Jahrzehnten ein großer Beitrag zur Vervollkommnung der Preisbildung geleistet, worauf sowohl Malafeev (II, S. 3 f.) als auch Manevič (III, S. 3 f.) verweisen. Die Vervollkommnung der Praxis der Preisbildung ging dabei stets vom erreichten Niveau der theoretischen Ausarbeitung der Frage des Preises und der planmäßigen Preisbildung aus, wie umgekehrt praktische Erfahrungen dabei theoretisch verallgemeinert wurden. Wie sich diese Theorie entwickelt hat, wo es Umschlagspunkte im Denken gab, mit welchen anderen politökonomischen Fragen sie korrespondierte, das zeigt vor allem Manevič in seinem Buch auf.

Der Autor beschränkt seine Analyse der sowjetischen ökonomischen Literatur auf solche politökonomischen Fragen wie zum Beispiel das Problem des Werts als Grundlage der Preise, der Wertmodifikation im Sozialismus, der Gesetzmäßigkeiten der Abweichungen der Preise vom Wert, Preise des optimalen Planes usw. Das umfangreiche und wichtige Gebiet der Methodik der Preisbildung wird in dieser Arbeit nicht behandelt.

Da die Betrachtung des Wesens der Preise in der sozialistischen Wirtschaft untrennbar verbunden ist mit der Enthüllung des Wesens des Geldes, geht Manevič bei der Darstellung der stufenweisen Enthüllung der Preisformen durch die sowjetischen Ökonomen auch auf Fragen des Geldes, des Geldumlaufes und des Kredits näher ein. Das Buch besteht aus drei Kapiteln, die in neun Abschnitte gegliedert sind. Das erste Kapitel gibt einen interessanten Überblick über die Entwicklung der Theorie der Preisbildung in der Übergangsperiode. Im zweiten Kapitel zeichnet Manevič unter Verwendung eines interessanten, in solcher Breite zu dieser Problematik in der marxistisch-leninistischen Literatur erstmalig zu findenden Quellenmaterials ein aufschlußreiches Bild über den Entwicklungsprozeß der Preistheorien in den vierziger und fünfziger Jahren. Dabei stehen zwei Problemkreise im Mittelpunkt seiner Untersuchungen:

1. Auffassungen zum Prozeß der Preisbildung in untrennbarem Zusammenhang mit dem Wertgesetz (III, S. 69-80);
2. Diskussionen über den Produktionspreis in der sozialistischen Wirtschaft (III, S. 80-99).

Im dritten Kapitel geht der Autor ausführlich und überaus gründlich auf die Entwicklung der Theorie der Preisbildung in den sechziger und siebziger Jahren ein.

Will man die Diskussionen unter sowjetischen Ökonomen zum Wertgesetz und zur Preisbildung in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren verstehen, so muß man die wirtschaftshistorischen Hintergründe dieser Jahrzehnte kennen.

Der Große Vaterländische Krieg wirkte sich bekanntlich einschneidend auf die sowjetische Volkswirtschaft aus. Die Produktion mußte eingeschränkt werden,



die Geldemission nahm sprunghaft zu, zur Versorgung der Bevölkerung wurde ein Kartensystem eingeführt, in den arbeitsintensiven Industriezweigen stiegen die Selbstkosten der Erzeugnisse infolge der außerordentlichen Veränderung des Arbeitskräftebestandes und des erheblichen Absinkens der Qualifikation der Beschäftigten bei Erhöhung des Nominallohnes stark an. Die Schwerindustrie arbeitete mit Verlusten, und das System der Subventionen wurde wesentlich ausgebaut. Die Einzelhandelspreise im staatlichen und genossenschaftlichen Handel stiegen in jenen Jahren weiter an.

Nach der Umstellung der sowjetischen Wirtschaft auf Friedensbedingungen normalisierte sich die Geldzirkulation. Das Kartensystem für Lebensmittel und Industriewaren wurde abgeschafft und eine Geldreform durchgeführt. Ende der vierziger Jahre wurden die Großhandelspreise für verschiedene Zweige der Schwerindustrie und die Tarife für den Eisenbahntransport neu gestaltet. Die Preise wurden insgesamt stärker dem gesellschaftlichen Arbeitsaufwand angenähert. Dadurch konnte auch die Differenz zwischen Produktionsmittel- und Konsumtionsmittelpreisen verringert werden,<sup>14</sup>

Manevič, aber auch Malafeev verweisen darauf, daß auf diesem historischen Hintergrund Rolle und Bedeutung des Wertgesetzes sehr unterschiedlich beurteilt wurden (III, S. 69-85; II, S. 151-169). Im Jahre 1941 fand eine Konferenz sowjetischer Ökonomen statt, auf der die Diskussionen zum Wertgesetz einen wichtigen Platz einnahmen. Hier wie auch in einem 1943 publizierten redaktionellen Artikel der Zeitschrift "Unter dem Banner des Marxismus" dominierte die Formel vom Wirken des Wertgesetzes in "modifizierter" Form.<sup>15</sup> In den Nachkriegsjahren stellte dann eine Reihe sowjetischer Ökonomen die These auf, daß in der sozialistischen Gesellschaft die Wertformen der Bewegung des gesellschaftlichen Produkts dienen und der Wert keine formale, sondern eine reale Form der Bewegung der materiellen Werte ist. Die Anerkennung der realen Rolle der Wertformen in der sozialistischen Reproduktion ließ die Fragestellung über die Annäherung der Preise an den Wert, über die mehr oder weniger genaue Widerspiegelung des Wertes der Waren in den Preisen aktuell werden.

Die Autoren der hier besprochenen Bücher zeigen weiter, daß nach der Diskussion zum Entwurf eines Lehrbuches der politischen Ökonomie 1951 die Formel vom "modifizierten" Gesetz aufgegeben und das Wirken des Wertgesetzes anerkannt wurde. Die folgenden Jahre waren dadurch gekennzeichnet, daß der Prozeß der Preisbildung in untrennbarem Zusammenhang mit dem Wirken des Wertgesetzes untersucht wurde.

Die sowjetischen Autoren arbeiten im Anschluß daran heraus, zu welchen Schlußfolgerungen die Wirtschaftswissenschaft in den sechziger und siebziger Jahren im Hinblick auf die ökonomischen Ergebnisse des Wirkens des Wertgesetzes, das heißt der planmäßigen Preisbildung in Übereinstimmung mit dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand, gelangte. Malafeev schreibt in diesem Zusammenhang:

"Erstens spielt diese Methode der Preisbildung eine wichtige Rolle bei der öko-

14 Jakowez, J. W., Die Preise in der Planwirtschaft der UdSSR, Berlin 1976, S. 60 f.; Malafeev, N. A., Istorija cenoobrazovanija v SSSR, Moskau 1964, S. 237.

15 Einige Fragen des Unterrichts in der politischen Ökonomie, redaktioneller Artikel, in: Beiträge zur Geschichte der politischen Ökonomie im Sozialismus, a. a. O., S. 286 - 291.

nomischen Stimulation der Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, der Erhöhung der Effektivität der Produktion. Das erklärt sich folgendermaßen: Der individuelle Wert der Erzeugnisse in Betrieben mit moderner Technik und einer wissenschaftlichen Organisation der Arbeit ist niedriger als der gesellschaftliche Wert, zu dem die Erzeugnisse realisiert werden. Solche Betriebe arbeiten rentabler und effektiver. In der Regel haben sie deshalb mehr Mittel und Möglichkeiten für die Erweiterung der Produktion sowie für die materielle Stimulierung und für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Betriebsangehörigen. ... In einer anderen Lage befinden sich Betriebe, die dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik hinterherhinken. Der individuelle Wert ihrer Erzeugnisse ist höher als der gesellschaftliche Wert, und infolgedessen sind ihre Einnahmen gering. Ihnen sind jedoch im Plan Auflagen für den Umfang der realisierten Produktion, für Arbeitsproduktivität, Gewinn und Rentabilität sowie die Haushaltsabführungen und die Produktionsfondsabgabe vorgegeben. Es bleibt ihnen keine andere Möglichkeit, als ihre Arbeit dadurch zu verbessern, daß sie die Erfahrungen der fortgeschrittenen Betriebe nutzen, konsequent die wirtschaftliche Rechnungsführung anwenden, neue Technik einführen, die vorhandenen Ausrüstungen besser nutzen, daß sie also - mit einem Wort - die Effektivität erhöhen" (II, S. 153).

Malafeev weist ferner auf folgende Konsequenz hin:

"Zweitens dient das Wertgesetz als ein wichtiges Kriterium bei der planmäßigen Verteilung der Investitionen und folglich auch der Arbeit und der Produktionsmittel zwischen den Sphären und Zweigen der Volkswirtschaft. Bei Entscheidungen über die Verteilung der Investitionen lassen sich die Planungsorgane von dem Prinzip leiten, daß der jeweilige Bedarf mit minimalen Aufwendungen für die Produktion zu befriedigen ist" (II, S. 154).

Von besonderem Interesse sowohl für die Weiterentwicklung der Preistheorien als auch für die Weiterentwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus überhaupt sind die in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre geführten Diskussionen zur Frage nach der Übereinstimmung von Preis- und Wertsumme, auf die Manevič näher eingeht.

Er bezieht sich hier besonders auf die Diskussionen, die auf einer vom Wissenschaftlichen Rat für politische Ökonomie des Instituts für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR veranstalteten Konferenz zum Thema "Das Wertgesetz und seine Ausnutzung in der Volkswirtschaft der UdSSR" geführt wurden. Diese Problemkreise - Frage nach der Übereinstimmung von Preis- und Wertsumme, Preisbildungsmethoden - wurden ganz entscheidend aus der Tatsache heraus geboren, daß die Preise für Produktionsmittel deutlich niedriger lagen als die Wertsumme.

Bei seiner gründlichen Analyse der sowjetischen ökonomischen Literatur jener Jahre stellte Manevič fest, daß in Verbindung mit dieser Problematik vor allem zwei Fragen im Mittelpunkt der Erörterungen standen (III, S. 78):

1. Wie wirkt sich das Niveau der Preise für Produktionsmittel auf das Verhältnis von Selbstkosten und Gewinn in den Preisen der Konsumgüter aus?
2. In welchem Verhältnis stehen die Preise der Produktionsmittel zu denen der Konsumtionsmittel?

Große Aufmerksamkeit widmeten die sowjetischen Ökonomen - wie Manevič weiter zeigt - auch der Frage nach den Grundprinzipien der Bestimmung der Rentabilität der Industriebetriebe (III, S. 80). Dabei kamen sie auf die Überprüfung der Preise und die Prinzipien der Preisbildung zu sprechen. In diesem Zusammenhang wurden einige Konzeptionen der Preisbildung formuliert, die eine unter-

schiedliche theoretische Begründung hatten und unterschiedliche Empfehlungen zur Überprüfung der Preise gaben.

Einige sowjetische Ökonomen, wie zum Beispiel Strumilin<sup>16</sup>, waren Anhänger der Wertkonzeption (II, S. 161; III, S. 89). Sie sprachen sich für die Bestimmung der Preise als Summe der zweigdurchschnittlichen Selbstkosten und des Gewinns aus, der proportional zum Arbeitslohn berechnet wird. Der Umfang des Gewinns, der im Preis eingeschlossen ist und sich proportional zum Arbeitslohn verhält, solle - ihrer Meinung nach - mit Hilfe von einheitlichen Koeffizienten bestimmt werden, die für die ganze Volkswirtschaft gelten und die die Beziehungen des Mehrprodukts zum Arbeitslohn der Werktätigen in der Sphäre der materiellen Produktion zum Ausdruck bringen.

Das Hauptanliegen der Wertkonzeption bestand darin, die Preise soweit wie möglich dem Wert anzunähern. Die sowjetischen Ökonomen, die sich gegen die Wertkonzeption in der Preisbildung wandten, zeigten, daß die Bestimmung der Rentabilität proportional zum Arbeitslohn die Zweige mit niedriger organischer Zusammensetzung der Fonds und mit einem großen spezifischen Gewicht der Handarbeit in eine privilegierte Lage versetzen würde.

Die Autoren gehen auch auf eine andere Konzeption, auf die der Preisfestlegung nach dem Durchschnittswert, ein (II, S. 162; III, S. 93).

Ein Hauptvertreter dieser Konzeption, Kondrašev<sup>17</sup>, schlug vor, einen normativen, in Prozenten festgelegten Koeffizienten der Rentabilität zu den Selbstkosten für die ganze Volkswirtschaft einheitlich festzulegen. Seiner Meinung nach kann die Rentabilität der einzelnen Zweige zwar in Abhängigkeit von den konkreten Bedingungen variiert werden, aber sie muß zu einem einheitlichen volkswirtschaftlichen Normativ führen. Die Summe der zweigdurchschnittlichen Selbstkosten und des Gewinns, der proportional zu den Selbstkosten nach einem einheitlichen volkswirtschaftlichen normativen Koeffizienten bestimmt wurde, wird als Durchschnitt bezeichnet, das heißt als durchschnittlich in Abhängigkeit von den angewandten Produktionsmitteln,

Die Verfasser machen deutlich, daß die Verfechter dieser Preisbildungskonzeption vor allem auf zwei Vorteile verweisen können: Zum einen sind die Preise einfach zu berechnen, und zum anderen wird ein subjektivistisches Herangehen an die Preisplanung im wesentlichen vermieden,

So richtig und wichtig diese positiven Seiten auch sind, können sie doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Methode der Preisfestlegung einen grundlegenden Mangel aufwies: Bei Bestimmung des Gewinns proportional zu den Selbstkosten würden materialintensive Zweige in eine vorteilhafte Lage versetzt werden, fonds-

16 Besonders S. G. Strumilin erwarb sich große Verdienste um die Weiterentwicklung der Preistheorie. Er untersuchte erstmals das Problem der Berücksichtigung der Gebrauchseigenschaften gleicher und gegenseitig austauschbarer Erzeugnisse für die Preisbildung und Fragen des Einflusses des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Veränderung der Preise und des Aufwands. Vgl. Strumilin, S. G., Zakon stoimosti i izmenenie obščestvennych izderžek proizvodstva v socialističeskom chozjajstve, in: Planovoe chozjajstvo, Nr. 2/1957.

17 Kondrašev, D. D., Cena i stoimost' v socialističeskom chozjajstve, Moskau 1975, S. 162 f.

und arbeitsintensive Zweige dagegen in eine relativ unvorteilhafte. Eine solche Verteilung des Gewinns würde die effektive Nutzung der Grundfonds, deren Wert in den Selbstkosten nur durch die Amortisationen widerspiegelt wird, nicht unterstützen.

Auf eine weitere Preisbildungskonzeption, die Mitte der fünfziger Jahre auftaucht, verweist Malafeev (II, S. 164). Ihre Hauptthese bestand darin, die Rentabilität der Betriebe mit dem Umfang der ihnen zugeteilten Produktionsgrundfonds zum Zwecke ihrer effektiveren Ausnutzung zu verbinden. Der Vorzug dieser Konzeption lag in der Berücksichtigung der Fondsintensität der Produktion. Aber auch diese Preisbildungskonzeption hatte Nachteile, auf die sowjetische Ökonomen hinwiesen. Die Preise von Betrieben in arbeitsintensiven Zweigen würden diesen nicht die erforderlichen Akkumulationsmittel sichern.

Ende der fünfziger Jahre trat die sowjetische Gesellschaft in eine neue Phase ihrer Entwicklung. In den Vordergrund der ökonomischen Wissenschaft rückten solche Fragen wie die nach der Errichtung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, der effektiven Ausnutzung der Arbeits-, Material- und Naturressourcen und der Beschleunigung des Wachstums des Lebensniveaus. Die Lösung aller dieser Fragen hing auf diese oder jene Weise mit der Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen mit der weiteren Vervollkommnung der Preisbildung zusammen. Die Ausarbeitung einer Theorie der planmäßigen Preisbildung wurde jetzt immer stärker mit Effektivitätsfragen, Fragen der Verteilung und der Bewertung der Ressourcen, Fragen der Stimulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts verbunden.

Im Zusammenhang mit der Schaffung der theoretischen Grundlagen einer optimalen Planung der Volkswirtschaft, an der vor allem die Leninpreisträger Kantorovič, Novožilov und Nemčinov beteiligt waren<sup>18</sup>, entstand Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre eine umfangreiche Literatur zu der Frage, wie der Preis in einem optimalen Plan zu bestimmen sei. Sowohl Malafeev als auch Manevič gehen mehr oder weniger ausführlich auf diese Tatsache ein (II, S. 165; III, S. 100-136).

Der optimale Planpreis soll nach Vorstellungen der Optimalpreistheoretiker auf den gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen basieren und zugleich sowohl die Beschränkungen der vorhandenen Ressourcen als auch Angebot und Nachfrage im volkswirtschaftlichen Maßstab, das heißt die volkswirtschaftlichen Differentialaufwendungen, berücksichtigen. Der Optimalpreis der vom Betrieb hergestellten Erzeugnisse würde sich demzufolge aus den betrieblichen Aufwendungen an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit, aus den Abgaben entsprechend den Normativen für die eingesetzten Ressourcen und dem Nettogewinn zusammensetzen.

Die Möglichkeit, einen optimalen Planpreis zu bilden, wird aus dem Dualprinzip der linearen Optimierung abgeleitet. Diese Dualwerte einer linearen Optimierungsaufgabe, von einigen sowjetischen Ökonomen auch als "Auflösungsmultiplikatoren", "Schattenpreise" oder "objektiv bedingte Bewertungen" bezeichnet, spiegeln wider, wie sich die Begrenztheit der Ressourcen auf den Wert der

<sup>18</sup> Vgl. Kantorovič, L. V., *Ėkonomičeskij rasčet nailuščego ispol' zovaniya resursov*, Moskau 1959; Novožilov, V. V., *Problemy izmerenija zatrat i rezul'tatov pri optimal'nom planirovanii*, Moskau 1972; Nemčinov, V. S., *Obščestvennaja stoimost' i planovaja cena*, Moskau 1970.

Zielfunktion auswirkt.<sup>19</sup> Ressourcen, die verhältnismäßig beschränkt vorhanden sind, erhielten demzufolge einen großen Dualwert, weil die Vergrößerung ihres volkswirtschaftlichen Einsatzes zu einem entsprechend großen Zuwachs des Wertes der Zielfunktion führt.

Novožilov war der Ansicht, daß durch die bei der Preisbildung angewandten Dualwerte Ressourcen besser und vor allem objektiv bewertet werden können.<sup>20</sup> Betriebe, die hocheffektive Ressourcen einsetzten, hatten dadurch den Vorteil der Arbeitersparnis. Sie mußten dafür aber einen höheren Preis zahlen, so daß diese Betriebe im Prinzip unter den gleichen Bedingungen produzierten wie jene Betriebe, die weniger effektive Ressourcen einsetzten, weniger Arbeitersparnis hatten, dafür aber einen geringeren Preis bezahlten. Damit erhielten die einzelnen volkswirtschaftlichen Teilsysteme indirekt Kenntnis von den volkswirtschaftlichen Bedingungen, unter denen sie ihren Beitrag zur Erreichung des volkswirtschaftlichen Optimums zu leisten haben. In engem Zusammenhang damit stand das Problem der Bestimmung der Höhe der Produktionsaufgabe.

Mit ihren Ausführungen verdeutlichen die Autoren, welchen komplizierten Entwicklungsweg die Theorie der planmäßigen Preisbildung in der Sowjetunion zurückgelegt hat. Das Stellen und Lösen von Fragen der Preistheorie und -bildung in den unterschiedlichen historischen Perioden war jeweils eng mit den Besonderheiten der von der Sowjetunion durchlebten Entwicklungsstapen, mit der sozialistischen Wirtschaftspraxis, mit dem Niveau der politischen Ökonomie des Sozialismus im allgemeinen und der Theorie der Warenproduktion im besonderen verbunden.

19 Vgl. Kotow, I. W., Mathematische Methoden in der Ökonomie und politische Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1974, S. 105 ff.

20 Vgl. ebenda, S. 153 ff.

Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte  
des deutschen Faschismus

Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und  
Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936 - 1939 = Schriften des Zentral-  
instituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin,  
Bd. 22

Westdeutscher Verlag, Opladen 1975, 1299 Seiten, Preis: 148. - DM

von Lotte Zumpe

Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des deutschen Faschismus weist noch immer erhebliche Forschungslücken auf. Verglichen mit weiter zurückliegenden Zeitabschnitten, mag das nicht ungewöhnlich sein; gemessen an der politischen Brisanz, die diesem Stück deutscher Geschichte nach wie vor innewohnt und die durch die gegenwärtig wieder hervortretenden faschistischen Kräfte und Bewegungen noch verstärkt wird, kommt diesem Defizit jedoch ein besonderer Stellenwert zu. Die seit Jahren andauernde "Faschismus-Diskussion" wird auf die Dauer ohne eine detaillierte monographische Erforschung auch der ökonomischen und sozialen Tatbestände und Entwicklungsprozesse dieser Jahre nicht weiterkommen können. Zielsetzung und Hauptstoßrichtung des faschistischen Regimes nach innen wie nach außen sind bekannt. Weit weniger konkret hingegen kann die Frage beantwortet werden, wie dieses System im ökonomischen und sozialen Bereich funktioniert hat oder auch nicht, wie es funktionieren sollte und nicht funktionieren konnte, welche Kräfte, Zwänge, Einflüsse, Zusammenhänge, welche objektiven und subjektiven Faktoren dem zugrunde lagen bzw. dies bewirkten. Mason hat mit seiner umfangreichen Arbeit, die hier vorzustellen ist, einen bemerkenswerten Beitrag zur Erforschung der Sozialgeschichte dieser Zeit geleistet. Er hat deutlich gemacht, wie komplex die Zusammenhänge waren, wie widerspruchsvoll die Entwicklung verlief und wie eng die Wechselbeziehungen zwischen allen Bereichen des faschistischen Systems waren. Auf über eintausend Seiten wird dazu eine Fülle von Archivmaterial ausgebreitet.<sup>1</sup> Der Leser erhält so die Möglichkeit, sich selbst ein Bild von der Entwicklung zu machen, die der Verfasser

1 Die Edition wurde vorwiegend aus Dokumenten folgender Archive zusammengestellt:

DDR: Zentrales Staatsarchiv Potsdam; Zentrales Parteiarchiv im Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands; Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat. BRD: Bundesarchiv Koblenz; Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg; Historisches Archiv der Gutehoffnungs-Hütte Sterkrade AG, Oberhausen. West-Berlin: Geheimes Preußisches Staatsarchiv, (West-)Berlin-Dahlem.

in einer "Einleitung" von 173 Seiten, die eigentlich mehr monographischen Charakter besitzt, in ihren vielfältigen Zusammenhängen darzustellen sucht.<sup>2</sup>

Die Dokumente stammen aus den Jahren 1936 bis 1940. Sie sind in 21 Kapiteln nach bestimmten Schwerpunkten zusammengestellt. Acht behandeln die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in bestimmten Zeitabschnitten der Jahre 1937 bis 1939, andere konzentrieren sich auf Themen wie Arbeitskräftemangel und Vierjahresplan 1936, die Metallarbeiteranordnung vom 11. Februar 1937 und ihre Auswirkungen, NSDAP, DAF und die Sozialpolitik im Jahre 1937, den Arbeitskräftemangel in der Bauwirtschaft 1937 bis 1939, die besonderen arbeitspolitischen Probleme des Bergbaus (November 1937 bis Juni 1939), Dienstpflicht und schließlich die Anfänge der staatlichen Lohnpolitik. In vier umfangreichen Kapiteln werden die kriegsvorbereitenden Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet ("Schubladengesetze"), die wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzgebung zu Kriegsbeginn sowie die Durchführung (bzw. Nichtdurchführung oder teilweise Rücknahme) dieser Maßnahmen bis ins Jahr 1940 hinein dokumentiert. Die Art der Dokumente selbst reicht von Gesetzentwürfen, Aktennotizen, Protokollauszügen, Briefwechseln bis zu Berichten der Gestapo, der "Reichstreuhand der Arbeit" und anderen hohen staatlichen Dienststellen. Ein 50 Seiten umfassender Anhang bringt zudem ergänzendes sowie auch dokumentarisches Material zur Lage der Arbeiter zwischen 1933 und 1942. Insgesamt ist es ein umfangreiches Werk, das von Mason vorgelegt wurde und das bei allen kritischen Einwendungen, die anzubringen sind, seinen unbestreitbaren Wert für die Erforschung des deutschen Faschismus besitzt.

Die Auswahl der Dokumente wurde durch das Anliegen Masons bestimmt, das er in seinem Vorwort formuliert: "Es geht also in diesem Band vor allem darum, an Hand einer Untersuchung über die Sozialpolitik die Rolle des Klassenkonflikts in der gesamten Politik des nationalsozialistischen Systems zu untersuchen. Gerade die Vielfalt des amtlichen Quellenmaterials macht deutlich, daß das Regime ständig um die politische Haltung der Arbeiterklasse besorgt war, und diese Sorge blieb, wie im einzelnen nachzuweisen versucht wird, nicht ohne Einfluß auf den gesamten Bereich der Innen-, der Wirtschafts- und der Außenpolitik" (S. XXI)<sup>3</sup>. Dies ist zugleich auch die Konzeption der Einleitung, auf die noch einzugehen ist. Den Klassenkonflikt, die Klassenverhältnisse, betrachtet Mason als "das konstitutive Moment in der Geschichte der kapitalistischen Industriestaaten", bei dessen Nichtbeachtung "die wesentlichen politischen und ideologischen Erscheinungen unbegreifbar bleiben bzw. Fehldeutungen zum Opfer fallen müssen" (S. XIX). Dieser Auffassung, die man nur unterstreichen kann, ist der Wert der Dokumentation zu danken. Zu dieser Einsicht ist Mason ganz offenbar auf empirischem Weg gekommen. Für ihn völlig überraschend, bestätigte

<sup>2</sup> Die Einleitung wurde vom Verfasser in einer überarbeiteten und erweiterten Fassung 1977 unter dem Titel "Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft" als Taschenbuch beim gleichen Verlag veröffentlicht. Vgl. dazu die Annotation der Rezensentin in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 8/1978, S. 762.

<sup>3</sup> Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch,

der Akteninhalt<sup>4</sup> nicht die Vorstellungen, die er zunächst von seiner Arbeit hatte. Sie waren bis dahin von den "gängigen Interpretationen" geprägt und diese, so schreibt Mason, "vermittelten durchweg ein grundverschiedenes Bild sowohl von den Lebensumständen und der Haltung der Arbeiterklasse als auch von der Lohn- und Sozialpolitik des Regimes: Versklavung auf der einen, rücksichtslose Effizienz auf der anderen Seite. Dieses Bild wiederum entstand aus einer allzu begreiflichen Dämonisierung des Herrschaftssystems, wobei die von den Machthabern selbst proklamierten Absichten (Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Proklamationen) so verstanden wurden, als seien sie auch im sozialpolitischen Bereich ebenso buchstabengetreu und reibungslos in die Praxis umgesetzt worden, wie das z. B. bei der Ausrottung der europäischen Juden tatsächlich der Fall war ... Ganz zu Anfang der Beschäftigung mit diesem Thema war auch der Herausgeber von der Gültigkeit dieser Interpretation so überzeugt, daß allein eine Untersuchung über die soziale Ideologie des Nationalsozialismus lohnend erschien, d. h. ein Versuch, die Prinzipien zu klären, die einer scheinbar so konsequenten Sozialpolitik zugrunde lagen. Dieses Konzept für die Forschungsarbeit zerschlug sich jedoch, als es zum erstenmal mit dem Aktenmaterial konfrontiert wurde" (S. XXI).

Was Mason so "vollkommen überrascht" hatte (S. XXI), das war die Tatsache, daß das faschistische Regime mit all seiner politischen und terroristischen Macht nicht in der Lage gewesen war - und dafür bringt er reiches dokumentarisches Material<sup>5</sup> -, die Auswirkungen des Arbeitskräftemangels in der Wirtschaft zu unterdrücken. Tatsächlich ging es um die Auswirkungen der fehlenden industriellen Reservearmee, die Ergebnis und Voraussetzung der kapitalistischen Akkumulation, "eine Lebensbedingung der modernen Industrie" ist.<sup>6</sup> So betrachtet, dokumentiert Mason - und das ist ein Punkt, der nachdrücklich festzuhalten ist -, daß die ökonomischen Zwänge und Gesetzmäßigkeiten stärker waren, als die in den entsprechenden Gesetzen, Anordnungen usw. manifestierte politische Macht: Ab 1936, als die Vollbeschäftigung erreicht war, geriet die gesamte Regulierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsbedingungen, wie Lohnstopp, Freizügigkeitsbeschränkung, buchstäblich ins Schwimmen. Das rief eine Flut staatlicher Gegenmaßnahmen hervor, deren Wirkung jedoch mit der sich ab 1937/38 geradezu überschlagenden Konjunktur entsprechend schnell abflachte, worauf wiederum, als Rückwirkung, neue Regulierungsmaßnahmen des Staates folgten.<sup>7</sup> Die Arbeiter, deren Organisationen zerschlagen waren, reagierten spontan und kämpften mit den

4 Mason betont, daß solche Akteninhalte bisher noch nicht bekannt oder veröffentlicht gewesen wären, da diese Archivbestände erst seit 10 bis 12 Jahren zugänglich seien. Demgegenüber verweist Kurt Pätzold in seiner Rezension in: ZfG, Nr. 7/1978, S. 638, auf die zeitgenössischen Dokumente der KPD.

5 Seine so umfangreiche Dokumentation begründete Mason u. a. damit, daß er gezweifelt habe, ob eine auf den Akten basierende Darstellung "gläubwürdig erscheinen würde" (S. XXI).

6 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 662.

7 Mason schreibt: "Die Schritte zur Militarisierung des Arbeitslebens, um die es in der vorliegenden Dokumentation geht, fallen in drei zeitlich klar voneinander getrennte Phasen: November 1936, Juni 1938 und September 1939" (S. 161).



Mitteln der Fluktuation, mit Lohnforderungen, mit langsamem Arbeiten, ja sogar mit Arbeitsniederlegungen gegen die verschärfte Ausbeutung.<sup>8</sup> Das dazu vorgelegte Dokumentenmaterial ist außerordentlich und hinsichtlich seines Umfangs und seiner Geschlossenheit neu. Es vermittelt ein überzeugendes Bild von der sich zuspitzenden Lage, die sich aus diesen Aktionen ergab, weil es nicht nur auf Einzelbeispielen beruht, sondern weil breite Bewegungen in fast allen Bereichen und Regionen nachgewiesen werden. Sie werden reflektiert in der hektischen und auch hilflosen Betriebsamkeit, die sich in den Dokumenten der zentralen Instanzen widerspiegelt. Die Unternehmen, überfüllt insbesondere mit staatlichen Aufträgen, befanden sich in einem harten Konkurrenzkampf um Arbeitskräfte, der sich in sogenannten "Locklöhnen", im Bieten besserer Arbeitsbedingungen, Lohn- und anderer Zulagen usw. äußerte. Die Unternehmen durchlöchernten selbst das System, das der faschistische Staat zur Unterdrückung und verschärfen Ausbeutung der Arbeiterklasse für sie aufgebaut hatte.<sup>9</sup> Es ist das Verdienst Masons, diese Entwicklung vor allem dokumentarisch nachgewiesen zu haben.

Masons Anliegen ist es, die Rolle des Klassenkonfliktes zu untersuchen, den er zu Recht als das grundlegende Moment der dargestellten Entwicklung und ihrer Widersprüche betrachtet. Nun fällt jedoch in der Dokumentation auf, daß sie vorwiegend nur die Beziehungen zwischen faschistischem Regime und Arbeiterklasse wiedergibt. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, die eigentliche Grundlage des Klassenkonfliktes, des Klassenkampfes, wird auf diese Weise nur zum Teil erfaßt; denn der faschistische Staat war nicht die Ursache dieser Beziehungen, die Mason darlegt.

Eine seiner Hauptfunktionen bestand darin, den Arbeitsmarkt und die Ausbeutungsbedingungen zu regulieren. Bestimmend dafür war das Profitinteresse der Kapitaleigentümer. In der Dokumentation fehlt insofern dieser bestimmende Teil des Gesamtkomplexes, nämlich die Beziehung zwischen Kapital und Staat, wodurch der Klassenkonflikt als "konstitutives Element" der ganzen Entwicklung erst voll sichtbar gemacht werden könnte. Weil diese Beziehung weggelassen wurde, entsteht der Eindruck, als ob es sich allein um einen "Konflikt" zwischen Regime und Arbeiterklasse gehandelt habe, zumal auch in der Einleitung der Gesamtzusammenhang unklar bleibt. Hier erhebt sich natürlich die Frage nach dem Klassenverständnis Masons, das seiner Vorstellung vom Klassenkonflikt notwendig zugrunde liegen muß.

Geht man der Sache nach, so zeigt sich, daß Mason auch in seiner Klassendefinition ungenau bleibt. Zwar spricht er von "Arbeiterklasse" und von "herrschenden Klassen", beschränkt sich dann aber in seiner Ausführung auf eine Definition der Arbeiterklasse, in der er nur Klassenerfahrung, Klassenbewußtsein und Klassenkampf erfaßt, das heißt, nur subjektive, nicht objektive Faktoren. Um dies deut-

<sup>8</sup> Auf diese Entwicklung, die Mason für sich neu entdeckt hat, wies Kuczynski bereits hin und brachte auch dokumentarisches Material dazu. Vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 6: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin 1964, S. 164 - 169, 178 ff., 217 f., 226 ff.

<sup>9</sup> Vgl. dazu ausführlich Zumpe, Lotte, Wirtschaft und Staat in Deutschland von 1933 bis 1945 (=Wirtschaft und Staat in Deutschland, Eine Wirtschaftsgeschichte

lich zu machen, sei auch hier ein Zitat der eigenen Wiedergabe vorgezogen: "In der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des vergangenen Jahrhunderts manifestiert sich die Arbeiterklasse einerseits als Objekt der Entwicklungsgesetze kapitalistischer Produktion und Verteilung; andererseits stellt sie sich dar in Menschen, die aufgrund ihrer Lage bestrebt sind, Interessen (hier im weiteren Sinne zu verstehen) durchzusetzen, die sie als gemeinsame erfahren. Auf dieser zweiten Ebene sozialhistorischer Darstellung handelt es sich beim Klassenbegriff immer um ein erfahrenes Verhältnis des Konfliktes und des Kampfes: die Arbeiterklasse läßt sich nicht anders identifizieren als in ihrem Kampf gegen die herrschenden Klassen" (S. XIX f.). Das reicht aber nicht aus. Wie sollte man dann andere Klassen "identifizieren", wenn subjektive Faktoren, politisches Verhalten allein oder zuerst kennzeichnend sein sollen. Die Arbeiterklasse läßt sich anders identifizieren und muß anders identifiziert werden, und zwar aufgrund objektiver Faktoren, wenn man die Grundbeziehungen der kapitalistischen Produktion und Gesellschaft, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, nicht eliminieren will. Selbstverständlich ist es absolut legitim, in einer historischen Untersuchung diese "zweite Ebene", von der Mason spricht, in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen, aber das kann nicht ohne eine genaue Fixierung der "ersten Ebene" geschehen, nämlich der objektiven Faktoren, die eine Klasse von der anderen unterscheiden, wie Stellung zu den Produktionsmitteln und in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, Anteil am Sozialprodukt und die Art, wie dieser Anteil erworben wird.<sup>10</sup>

Dieser Bezug bleibt bei Mason unklar. Man könnte annehmen, daß er ein von objektiven Kriterien abgeleitetes Klassenverständnis voraussetzt; man könnte aber auch annehmen, daß er die objektiv begründete Stellung der Arbeiterklasse in ihrem "Objekt sein" sieht. Wie unklar und verschwommen ein Klassenverständnis dieser letzteren Art bleibt, wird deutlich, wenn man nun versuchen wollte, die herrschenden Klassen entsprechend zu bestimmen. So wie Mason die Sache darlegt, kann man sich sehr viel - oder auch gar nichts - darüber ausdenken, zwischen welchen Kräften und Schichten der von ihm richtig gesehene Klassenkonflikt konkret bestand (besteht) und welche Rolle der faschistische Staat dabei gespielt hat. Das ist eine grundlegende Schwäche seiner Konzeption: Für den Leser bleibt unklar, wer der eigentliche Klassengegner der Arbeiterklasse ist, weil der Eindruck entsteht, das sei der faschistische Staat gewesen. Für eine solche Auffassung spricht die Anlage der Dokumentation, aber auch diverse Ausführungen, wie zum Beispiel folgender Satz aus der Einleitung: "Es handelt sich hierbei vor allem um das Klassenverhältnis, d. h. um die Beziehung zwischen Regime und arbeitender Bevölkerung" (S. 123). Hier kehrt implizit das "Objekt sein" wieder: Die arbeitende Bevölkerung war Objekt der Sozialpolitik des faschistischen Regimes, die dazu diente, alles aus ihr herauszupressen; indem sie sich dagegen wehrte, identifizierte sie sich als Arbeiterklasse und die Beziehungen

te des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945, Bd. 3), Berlin 1979.

<sup>10</sup> Lenin, W. I., Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 410.

zwischen Regime und Bevölkerung als Klassenbeziehungen. Immer wieder missen sich ungenaue, unscharfe Definitionen in Richtiges und machen das Ganze ungenau und verschwommen. Richtig ist, daß die Beziehungen zwischen Regime und Arbeiterklasse Klassenbeziehungen waren, aber eben doch in dem Sinne, daß dieses Regime bei der Regulierung des Arbeitsmarktes und des sozialpolitischen Bereichs (um bei dem zu bleiben, worum es in Masons Buch geht) Klasseninteressen der Bourgeoisie und der Junker realisierte und Teil oder Organ dieser Klassen war. Es bleibt sehr unklar, ob Mason das so meint, im Grunde muß man es bezweifeln.

Es ist ein wichtiges und gutes Ergebnis, wenn das Buch dem Leser deutlich macht, daß ein faschistisches Regime kein unangreifbarer Monolith ist. Mason zeigt das faschistische deutsche Regime in seiner Schwäche. Er zeigt für den Bereich des Arbeitsmarktes und seiner gesetzlichen Regulierung, daß es möglich war, sich mit Erfolg zur Wehr zu setzen, und wie hilflos das Regime darauf reagierte. Diese Erkenntnis ist ungeheuer wichtig auch für den aktuellen Kampf. Sie bleibt aber eine halbe Sache, wenn nicht deutlich gemacht wird, wer hinter dem Regime stand! Zwar stellt Mason zum Beispiel im Zusammenhang mit dem 1934 erlassenen "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" sehr richtig fest, daß hinter der ideologischen nazistischen Verbrämung "der hartnäckige Anspruch der deutschen Industrie (stand), endlich wieder 'Herr im eigenen Hause' zu sein" (S. 42), doch diese Erkenntnis vertritt er nicht durch das ganze Werk. An anderer Stelle vermerkt er: "Spätestens nach der Gründung der Reichswerke Hermann Göring war die deutsche Industrie auf Gedeih und Verderb mit dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem verbunden und fühlte sich, allem Anschein nach, nicht unwohl dabei" (S. 123). Hier folgt er den "gängigen Interpretationen" der bürgerlichen Historiographie (die er aufgrund des widersprechenden Akteninhaltes für den Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik als falsch erkannt hat) und akzeptiert die These von der Unterdrückung der Industrie durch den faschistischen Staat bzw. von deren Unterordnung unter die politischen Ziele Hitlers.

Mason geht nicht davon aus - das kann man aus den verschiedensten seiner Äußerungen schlußfolgern -, daß das faschistische Regime im engsten Interessenbündnis mit dem deutschen Finanzkapital stand und auch nur so existieren und bestehen konnte. Ebenso unklar wie sein Klassenverständnis bleibt, welche Rolle er dem faschistischen Regime, dem faschistischen Staat beimißt. Wenn Mason zum Beispiel feststellt, daß das "Verhältnis dieser beiden dynamischen Momente (unter denen er die "nationalsozialistische Führung" und die "deutsche Industrie" versteht - L. Z.)<sup>11</sup> zueinander ... noch immer nicht hinreichend geklärt" sei (S. 166 Anm. 309), so muß man annehmen, er hält diese "Momente" zumindest für zwei gleichgeordnete Größen. Vielleicht hält er sie auch für zwei herrschende Klassen! Nach der Logik der Unterdrückungstheorie wäre "die Industrie" dann ab 1936/37, nach der Gründung der Reichswerke Hermann Göring, ebenfalls eine unterdrückte Klasse gewesen! Aber es bleibt, wie gesagt, unklar, ob Mason so weit geht, und diese Unklarheit ist in Anbetracht der wertvollen Dokumentation und der darin enthaltenen Aussage besonders bedauerlich. Mason zeigt, daß die spektakulär verkündete und immer wieder beschworene "Volksgemeinschaft" gar nicht existiert hat, er zeigt, daß die faschistischen Machthaber im tiefsten Grunde

11 Vgl. dazu auch Pätzold, Kurt, [Rezension], in: ZfG, Nr. 7/1978, S. 639.

Angst hatten vor der Arbeiterklasse, aber er zeigt nicht, wer die wirklichen Drahtzieher des ganzen Geschehens waren. Wenn Mason schreibt, die "Arbeitgeber" seien so "zermürbt" gewesen von den Aktionen der Arbeiter, "daß sie für jede sonstige geartete Hilfeleistungen dankbar waren" (S. 172) - wobei er unter "Hilfeleistungen" versteht, daß die Gestapo ab 1938 systematisch für die Sicherung der Arbeitsdisziplin eingesetzt wurde -, so kehrt er die Tatsachen um. Drobisch wies bereits 1965 nach, daß die sicherheitspolizeiliche Bewachung der Betriebe mittels Werkschutzorganisationen schon 1935 von den IG Farben und anderen gefordert worden war.<sup>12</sup> Im Interessenbündnis von Finanzkapital und faschistischem Regime war das Finanzkapital die dominierende Größe. Diese Erkenntnis ergibt sich aus der grundlegenden Beziehung der kapitalistischen Ordnung, aus dem Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapitalisten- und Arbeiterklasse, das durch den Staat, als dem Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse, gewährleistet und gesichert werden muß. Eine andere Funktion hatte auch der faschistische Staat nicht. Im Imperialismus wird die herrschende Klasse immer stärker durch das Finanzkapital (als Bezeichnung der Verflechtung von Industrie- und Bankkapital) repräsentiert, und zwar primär aus objektiven Gründen. Sie resultieren aus dem hohen Konzentrations- oder Vergesellschaftungsgrad der Produktion. Das Finanz- oder Monopolkapital ist nicht nur das stärkste Kapital, wodurch es schon größere Einflußmöglichkeiten erhält, als sie das nichtmonopolisierte Kapital besitzt -, es erfaßt auch immer mehr den ausschlaggebenden, den wachstumsbestimmenden Anteil der gesamten Wirtschaft. Damit konzentriert es großes gesamtgesellschaftliches Interesse auf sich, zu dem es gleichermaßen in zunehmenden Widerspruch gerät durch seine Kapitaleigentumsinteressen und den Expansionsdrang, der ihm von Natur aus innewohnt. Die arbeitsteilige Kooperation zwischen Monopolkapital und Staat,<sup>13</sup> der staatsmonopolistische Kapitalismus, ist ein wesentliches Ergebnis dieser widerspruchsvollen Entwicklung, die hier nur angedeutet werden kann. Es sind die gleichen Widersprüche, die historisch gesetzmäßig zum Sozialismus führen. Unter kapitalistischen Bedingungen erfolgt ihre zeitweilige Anpassung, Lösung oder Dämpfung mit staatsmonopolistischen Mitteln.<sup>14</sup> Das faschistische Regime, das staatsmonopolistische Formen in ganz besonderem Ausmaß ausgebildet hatte, war - auch in besonderem Ausmaß - ein Staat des Finanzkapitals. Die marxistische Geschichtsforschung hat dies hinlänglich bewiesen.

Ein Nachteil grundsätzlicher Erörterungen liegt immer darin, daß dadurch die Dinge vereinfacht erscheinen, was mit der historischen Wirklichkeit dann nicht übereinstimmen will. Aber solche Erörterungen heben nur das allgemeinste Substrat heraus, das in historisch-konkreter Form so nicht zu finden ist, eben weil es sich um eine Abstraktion handelt. Engels, nach dem Wesen der material-

12 Drobisch, Klaus, Der Werkschutz - betriebliches Terrororgan im faschistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 4, S. 219 ff. - Der "Werkschutz" unterstand der sicherheitspolizeilichen Aufsicht Himmlers, festgelegt in der Verordnung v. 14. 12. 1937. (Ebenda, S. 220).

13 Vgl. dazu ausführlich Baudis, Dieter/Nussbaum, Helga, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin 1978, S. 35 ff. = Wirtschaft und Staat in Deutschland, a. a. O., Bd. 1.

14 Ebenda, S. 15.

sich den Geschichtsauffassung befragt, wies auf die vielfältigen Einflüsse hin, die die konkrete Form vorwiegend bestimmen. "Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten ... als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsperiode ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades."<sup>15</sup> Die Grundstruktur dieser notwendigen ökonomischen Bewegung ist, wenn man so will, der Ariadnefaden, der es ermöglicht, den Weg, nämlich die inneren, die übergeordneten Zusammenhänge im Labyrinth der unendlichen Menge von Wechselwirkungen und Zufälligkeiten, zu finden. Mason verzichtete darauf, die Definition der Arbeiterklasse auch nach objektiven Kriterien vorzunehmen. Damit verzichtete er auch auf die Möglichkeit, eine tiefere Analyse des Klassenkonfliktes vornehmen zu können, obwohl dies eigentlich seine Absicht war. Dieser merkwürdige Widerspruch, der immerhin Grundpositionen seiner Konzeption berührt, taucht in seiner Arbeit immer wieder auf. Auf der einen Seite wird nachgewiesen, daß die ökonomischen Zwänge und Gesetze, wie zum Beispiel ab 1936 die fehlende industrielle Reservearmee, in ihren Wirkungen stärker waren als politische Sanktionen (Gesetze, Verordnungen usw.) und sogar politische Machtapparate. Auch Masons spezielle Schlußfolgerung, daß die 1938 immer offener einsetzende ökonomische Krise zum Krieg hingedrängt habe, auf die noch einzugehen ist, widerspricht den "gängigen Interpretationen". Diese Ausführungen, wie immer man sie einschätzt, sind ein Schritt voran in der Erkenntnis, daß es nicht nur ein Kräfteparallelogramm gab (und gibt in der historischen Entwicklung), sondern eine "unendliche Gruppe" sowie "unzählige einander durchkreuzende Kräfte"<sup>16</sup>, die das Resultat mitbestimmen. Andererseits aber vertritt er (wie zum Teil schon erörtert wurde, ohne diesen Begriff zu verwenden) den "Primat der Politik".<sup>17</sup> Das besagt, Mason macht letztendlich den Willen, die Absicht Hitlers allein verantwortlich für die Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Die Industrie, damit auch das Finanzkapital, sei dann - wenn auch nicht so ganz widerwillig, denn sie "fühlte sich, allem Anschein nach, nicht unwohl dabei" (S. 128) - diesem politischen Ziel untergeordnet worden. Diese Auffassung leitet er ganz pragmatisch ab, indem er die "Irrationalität" der deutschen Kriegsabsicht (irrational, gemessen an der eindeutigen Überlegenheit seiner Kriegsgegner, die sich ja auch erwiesen hat) dem "zweckrationalen Denken" der Industrie gegenüberstellt. Er weist auf die "va banque-Politik" hin, deren Ergebnis aus "Trümmern und Asche" bestand, ein Resultat,

15 Engels an Joseph Bloch in Königsberg, 21. September 1890, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 37, Berlin 1967, S. 463.

16 Ebenda, S. 464. - "So", stellte Engels dazu fest, "verläuft die bisherige Geschichte nach der Art eines Naturprozesses". (Ebenda.)

17 Mason, Timothy W., Der Primat der Politik, Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument, Nr. 41, 8. Jg. 1966, H. 6; derselbe, Primat der Industrie? Eine Erwiderung, in: Das Argument, Nr. 47, 10. Jg. 1968, H. 3. - Die in diesen Artikeln vertretene Auffassung hat Mason in seiner großen Arbeit zum Teil ergänzt, zum Teil revidiert (S. 166 Anm. 309).

das vorauszusehen gewesen sei und deshalb - wie er meint - von der Industrie gar nicht angestrebt werden konnte.<sup>18</sup> Daraus schlußfolgert Mason, differenzierter, als es hier dargestellt werden kann, daß Hitler die Schlüsselfigur dieser Entwicklung gewesen sei, nicht "die Industrie" bzw. das Finanzkapital oder die Großindustrie.

Masons Position ist voller Widersprüche, das zeigt sich auch in der hier vorliegenden Arbeit. Ihre Spezifik besteht darin, daß der Verfasser "Klassenkonflikte" untersucht, aber ihre objektiven Kriterien, die zu den Grundbeziehungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung führen, nicht anerkennt oder zumindest in ihrer Bedeutung nicht erkennt. So kommt er einerseits mit seiner Arbeit zu wertvollen Ergebnissen, dringt aber andererseits mit der Analyse nicht zu den inneren Zusammenhängen und Triebkräften vor. Der Klassenkonflikt, den Mason aufzeigen will - und in beachtlichen Teilen aufgezeigt hat -, erschöpfte sich nicht in der Beziehung zwischen der arbeitenden Bevölkerung und dem Staat, bzw. Regime; das war nur eine der vielen möglichen Formen. Eine entsprechende Durchforschung der Konzernarchive hätte mit Sicherheit weiterführende Ergebnisse ermöglicht.

Man kann nicht über Masons Buch sprechen, ohne auf seine "These von dem kausalen Zusammenhang der Krise des nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialsystems, der Aufrüstung und den Angriffskriegen 1938/39" einzugehen.<sup>19</sup> Mason geht von der Tatsache aus, die er in den Akten entdeckt hat, daß die Arbeiterklasse in vieler Hinsicht die Maßnahmen des Regimes beeinflusste und auch durchkreuzte, obwohl sie mit allen Mitteln unterdrückt wurde und keine eigenen Organisationen besaß. Als den springenden Punkt erkennt er den Arbeitskräftemangel, den das Regime nicht beheben konnte, obwohl er die Rüstungsproduktion sowie den Export und damit auch die angespannte Devisenlage, die landwirtschaftliche Produktion, kurz: die gesamte Kriegsvorbereitung beeinträchtigte. Entgegen allen Richtlinien und Gesetzen führte er zu Lohnsteigerungen, damit wieder zu steigender Nachfrage nach Konsumgütern, zu einem Aufschwung der Konsumgüterproduktion gerade in der Zeit (1938), wo Konsumverzicht und Konzentration aller Kräfte und Ressourcen auf die Kriegsvorbereitung im absoluten Interesse des Regimes gelegen hätte. Eine systematische Heranziehung der Frauen zur Arbeit (Dienstpflicht), Konsumeinschränkungen, Schließung unwichtiger Betriebe und ähnliche Maßnahmen, hätten - so Mason - Mittel sein können, den Arbeitskräftemangel zu verringern und so den spontanen Prozeß, der dadurch ausgelöst wurde, zu stoppen oder zu dämpfen. Warum, so fragt Mason, wurde - gemessen an den Auswirkungen - so gut wie nichts getan? Mason sieht die Zusammenhänge in der Angst der Naziführer vor der Arbeiterklasse, die durch die Novemberrevolution eingepreßt worden sei, in der Angst darum auch vor unpopulären Maßnahmen, in der damit begründeten Abhängigkeit der Systemstabilität von der Popularität des Regimes. Hier sieht Mason gewissermaßen eine Schranke, die das Regime nicht überwinden konnte,

18 Derselbe, Primat der Industrie? a. a. O.; dazu Eichholtz, Dietrich/Gossweiler, Kurt, Noch einmal Politik und Wirtschaft 1933 - 1945, in: Das Argument, Nr. 47, 10. Jg. 1968, H. 3.

19 Vgl. dazu Geyer, Michael, Rezension, in: Archiv für Sozialgeschichte, Braunschweig/Bonn, Bd. 17, 1977, S. 729. - Geyer rezensiert dort u. a. den Aufsatz Mason, T. W., Innere Krise und Angriffskrieg 1938/39, in: Wirtschaft

infolgedessen sei es auch nicht in der Lage gewesen, die eigentlich möglichen Mittel einzusetzen. "Die Politik der Reichsregierung drehte sich also im Kreis: Zwangsverpflichtungen waren wegen der mit Grund zu befürchtenden Unpopularität, Lohnangleichungen wegen ihrer inflationären und kaufkraftsteigernden Wirkung ausgeschlossen" (S. 144). Die Flucht nach vorn, in den Krieg, der neuen Spielraum eröffnete, wurde zum Weg aus dieser Situation: "In wirtschafts- und innenpolitischer Hinsicht war Kriegführung zur Voraussetzung weiterer Kriegsvorbereitungen geworden" (S. 163).

Mason muß Mason zugestehen, daß er seine These mit Sorgfalt differenziert (S. 163).<sup>20</sup> Dennoch besteht sie im Kern in dem Dargelegten. Im Grunde geht Mason mit dieser Deutung von seiner alten These (Primat der Politik) ab bzw. relativiert sie, denn er räumt damit ökonomischen Faktoren (Arbeitskräftemangel, inflationäre Entwicklung) eine entscheidende Rolle für den Kriegsbeginn ein. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß er erst aus dieser Situation eine politische Krise des Regimes ableitet, indem er nämlich die Aktionen der Arbeiter politisch deutet (S. 14).

Immerhin, dieser Schritt vom Wege der bürgerlichen Geschichtsbetrachtung für die Zeit des Faschismus rief in den einschlägigen Kreisen entsprechende Reaktionen hervor. Geyer nennt Masons These abwertend "spektakulär", ohne sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen.<sup>21</sup> Winkler ist etwas ausführlicher. Er bestreitet zunächst die Existenz einer politischen Krise dieser Art: "Der politische Widerstand von Arbeitern, vor allem solchen, die in der sozialdemokratischen und kommunistischen Tradition standen, ist eine unbestreitbare Tatsache. Aber Mason differenziert nicht genug, wenn er der sinkenden Arbeitsdisziplin generell ein politisches Motiv zuspricht und sie auf die Ebene des bewußten antifaschistischen Kampfes hebt. In Wirklichkeit war vieles von dem, was sich unter dem Vorzeichen der Vollbeschäftigung in Deutschland abspielte, gar kein spezifisch nationalsozialistisches Phänomen. Auch in England gab es nach Kriegsausbruch, als das Land erstmals eine Phase der Vollbeschäftigung erlebte, zahlreiche Fälle von Leistungsverweigerung."<sup>22</sup> Winkler argumentiert sehr formal, denn "Leistungsverweigerungen" in England und im faschistischen Deutschland sind nicht gleichzusetzen, auch wenn sie aus den gleichen Ursachen (der fehlenden industriellen Reservearmee) resultieren. Das Risiko war für den deutschen Arbeiter ungleich höher. Das aber - dem ist zuzustimmen - reicht nicht aus, daraus generell politische Motive abzuleiten, sie sind aber auch nicht generell abzuspüren! Auf jeden Fall lassen die Aktionen in Deutschland Schlußfolgerungen für das überhohe Maß an Ausbeutung zu, das die Risikobereitschaft der Arbeiter erhöhte. Nicht gleichzusetzen sind auch die möglichen Auswirkungen auf die jeweilige Systemstabilität, um bei dem Beispiel Deutschland und England zu bleiben.

und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Für das Militärgeschichtliche Forschungsamt hg. v. Friedrich Forstmeier u. Hans Erich Volkmann, Düsseldorf 1975, S. 158 - 188.

<sup>20</sup> Noch klarer und konzentrierter findet sich diese These in Mason, T. W., Innere Krise und Angriffskrieg 1938/39, a. a. O.

<sup>21</sup> Geyer, Michael, a. a. O., S. 729.

<sup>22</sup> Winkler, Heinrich August, Vom Mythos der Volksgemeinschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 17, 1977, S. 488.

Winkler schlussfolgert nun weiter: "Wenn aber das nationalsozialistische Herrschaftssystem von den Arbeitern in seiner Existenz nicht unmittelbar bedroht war, dann wird nicht nur Masons Behauptung von der politischen Krise des 'Dritten Reiches' in den Jahren 1936 bis 1939 fragwürdig, sondern auch eine weitere These: Die soziale, wirtschaftliche und politische Krise habe der politischen Führung die Flucht nach vorn, den Entschluß zum Krieg, nahezu aufgezwungen. Gewiß war die Wirtschaftspolitik des nationalsozialistischen Deutschland nicht mehr über längere Zeit aufrechtzuerhalten. War jedoch das System 1939 politisch weniger labil, als Mason meint, so verliert die Auffassung, innere Gründe hätten den Zeitpunkt des Kriegsbeginns diktiert, einiges von ihrer Plausibilität."<sup>23</sup> Die primäre Bedeutung für den Kriegsbeginn räumt Winkler dann der internationalen Konstellation ein: "Ließ sich Deutschland mit dem Krieg Zeit, so mußte sich seine relative militärische Position zunehmend verschlechtern. Die Blitzkriegsstrategie wäre damit von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen."<sup>24</sup>

Es besteht kein Zweifel, die wirtschaftliche Situation 1938/39 war so prekär, daß die Wirtschaftspolitik nicht nur "über längere Zeit", sondern auch über kürzere Zeit nicht mehr aufrechtzuerhalten war.<sup>25</sup> An welchem Punkt immer man die Situation beleuchtet - Arbeitskräftemangel, akute Inflationsgefahr, Rohstoff- und Devisenmangel, die vielfältigen Auswirkungen dieser Faktoren-, die Lage war so angespannt, daß sie entscheidende Maßnahmen erforderte. Daraus nun eine politische Krise abzuleiten, wie es Mason tut, das ist durch seine Arbeit nicht belegt. Aber sie war möglich. Sie war für das Regime eine akute Gefahr, denn sie wäre wahrscheinlich entstanden, wenn der Bevölkerung die für die Fortsetzung des Rüstungstempos und für den weiteren Anstau der Inflation nicht mehr zu umgehenden Maßnahmen auferlegt worden wären, wie stärkerer Konsumverzicht, höhere Steuerlasten, noch schlechtere Arbeitsbedingungen und ähnliches. Dafür waren Kriegsbedingungen erforderlich. Insofern ist auch Winklers Argumentation: keine politische Krise, also auch keine inneren Gründe, die für Masons These sprechen, nicht durchdacht. Sie bleibt oberflächlich. Jedoch, so überzeugend Mason in der Darlegung der ökonomischen Situation von 1938/39 ist, auch hinsichtlich ihres Einflusses auf den Kriegsbeginn, sie bleibt unvollständig, weil auch hier die Beziehung zwischen Kapital bzw. Großindustrie und Regime fehlt. Auch hier sieht er nur die Beziehung zwischen der arbeitenden Bevölkerung und dem Regime, die Großindustrie bleibt völlig am Rande und recht indifferent, auch hinsichtlich der ökonomischen Situation, die sie ja unmittelbar mitbetrifft, während Hitler auf diese Weise zur einzigen ausschlaggebenden agierenden Kraft wird.

Nicht ausreichend für die Charakterisierung der ökonomischen Situation ist Masons einseitige Betonung des Arbeitskräftemangels sowie seine Ableitung: Arbeitskräftemangel, Lohnentwicklung, Inflation. Richtig ist, daß die inflationäre Entwicklung ab 1938 beachtlich zunahm. Es wäre allerdings absurd, diese Entwicklung mit der Lohnentwicklung in besonderen Zusammenhang zu bringen. Hier war die riesige Staatsverschuldung durch die Aufrüstung der eigentliche Krisenherd. Der Geldumlauf, dessen Zunahme von 1933 bis 1937 jährlich zum Teil

23 Ebenda, S. 488 f.

24 Ebenda, S. 489. - Winkler verweist dazu auf die Arbeit von Dülffer, Jost, Der Beginn des Krieges 1939: Hitler, die innere Krise und das Mächtesystem, in: Geschichte und Gesellschaft, 2. Jg. 1976, S. 443 - 470.

25 Vgl. Zumpe, Lotte, Wirtschaft und Staat ..., a. a. O.; vgl. dazu auch



ganz wesentlich unter 10 Prozent gelegen hatte, stieg von 1937 bis 1938 um 39 Prozent und 1938 bis 1939 nochmals um 40 Prozent.<sup>26</sup> Aufgrund dieser Tatsache hätte eine starke Konsumeinschränkung, wie sie für die Fortsetzung des Rüstungstempos erforderlich gewesen wäre, zu einer Explosion der Inflationsentwicklung geführt. Darin lag die eigentliche Gefahr für das Regime und seine Stabilität, denn die große Inflation der Nachkriegszeit lag erst fünfzehn Jahre zurück und war noch frisch im Gedächtnis der großen Masse der Bevölkerung. Ebenso wenig gangbar war der Weg über eine verstärkte Abschöpfung mit Hilfe des Steuersystems. Unzufriedenheit, Leistungsabfall, Empörung, Opposition wären auch hier die Folge gewesen und hätten somit keine Erleichterung für die angespannte Lage gebracht. Es ist kein Zweifel, daß der große Arbeitskräftemangel diesen ganzen Komplex "Inflationsgefahr" noch brisanter machte und auch für sich genommen sehr schwer wog, aber er hat diese Entwicklung nicht ausgelöst. Um über die Gewichtung etwas Genaueres sagen zu können, dazu bedarf es jedoch erst weiterer Untersuchungen. Konsumeinschränkung und Geldabschöpfung, insbesondere auch über die indirekten Steuern, gehörten zu den ersten Maßnahmen der Kriegswirtschaft.

Die wirtschaftliche Situation trieb 1938/39 insgesamt auf ein Chaos zu, und der Zeitpunkt, zu dem diese Entwicklung noch hätte aufgehalten werden können, war längst überschritten. Eine Änderung der Wirtschaftspolitik im Jahre 1938/39 hätte das faschistische Regime möglicherweise tatsächlich in eine politische Krise gebracht, ebenso Maßnahmen, die nur in Anbetracht des Kriegszustandes zumutbar waren. So kompliziert wie die innenpolitische Konstellation, so kompliziert war auch die außenpolitische Konstellation geworden. Die Kriegsabsicht des faschistischen deutschen Imperialismus war in Anbetracht des sich verändernden militärischen Kräfteverhältnisses auf längere Zeit nicht mehr mit Aussicht auf Erfolg zu verwirklichen. Ob der deutsche Rüstungsvorsprung 1939 bereits so stark gefährdet war, daß keine Zeit mehr zu verlieren war, muß dahingestellt bleiben. Ein Zurückschrauben des Rüstungstempos allerdings war in dieser Hinsicht nicht mehr möglich, es beizubehalten auch nicht.

Masons Verdienst ist es, die nicht selten allzu glatte Darstellung der deutschen Kriegsvorbereitung auf die widerspruchsvolle Wirklichkeit zurückgeführt zu haben. Seine zugespitzten Thesen, die er aus seinem Material ableitet, beweisen vor allen Dingen, daß noch viele Fragen offen sind. Die Dokumentation, die er mit seinem Buch vorlegt, ist ein wertvoller Beitrag zur Erforschung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des deutschen Faschismus.

Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Ein Grundriß, Bd. 3, Berlin 1974, S. 323 ff.

<sup>26</sup> Berechnet nach Statistisches Handbuch von Deutschland, München 1949, S. 505.

## Über die Geschichte der Städte Estlands

Bemerkungen zu  
Raimo Pullat, Gorodskoe naselenie Ėstonii s konca XVIII veka  
do 1940 goda. Istoriko-demografičeskoe issledovanie  
Izdatel'stvo "Ėesti raamat", Tallinn 1976, 224 Seiten

von Enn Tarvel

Die hier rezensierte Arbeit ist in der estnischen Historiographie die erste monographische wissenschaftliche Abhandlung über die Geschichte der städtischen Bevölkerung Estlands. Ihr Autor, ein bekannter Fachmann für die Sozialgeschichte der Städte, hat viele Artikel und Bücher zur Geschichte der Bevölkerung Tallinns und anderer Städte Estlands vom Feudalismus bis zum Sozialismus verfaßt. Die Thematik einer verallgemeinernden Studie ist unzweifelhaft aktuell. Die Urbanisierung, ein weltweiter Prozeß, tritt auch in Sowjet-Estland deutlich in Erscheinung. Die marxistisch-leninistische Theorie betrachtet die Bevölkerung als soziale Erscheinung, die den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung unterworfen ist. Der Autor unterstreicht, daß die starke Hinwendung zur Stadt-Thematik in der Wissenschaft und das wachsende allgemeine Interesse an der Stadt als sozial-ökonomischem Organismus ihre objektiven Ursachen haben. Die tiefgreifenden sozialen Veränderungen im Leben der Völker und die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte einerseits sowie das ungewöhnlich rasche Tempo des Bevölkerungswachstums andererseits tragen sowohl zur Entstehung neuer wie auch zur raschen Entwicklung schon bestehender Städte, zur Konzentration bedeutender Teile der Bevölkerung in den Städten bei.

Die hier behandelte Monographie hat große theoretische und praktische Bedeutung. Von allgemeinthoretischem Interesse ist das Problem der Wechselbeziehung zwischen demographischer und sozial-ökonomischer Entwicklung der Gesellschaft. Die Gesetze der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft beeinflussen die Bevölkerungsstruktur und -reproduktion entscheidend. Beispielsweise existiert eine Wechselwirkung zwischen dem Ausmaß der Städte und der Reproduktion ihrer Bevölkerung. Derartige Wechselbeziehungen treten immer konkret in Erscheinung: zur Zeit des Feudalismus anders als im Kapitalismus und auf dem Dorf anders als in der Stadt. Die Betrachtung der verschiedenen Aspekte der unter konkreten Bedingungen wirkenden Bevölkerungsgesetze am Beispiel des feudalen und des kapitalistischen Estlands, durch den Autor ist von großem theoretischen Wert.

Die praktische Bedeutung des Buches ist eine zweifache. Die konkreten Materialien, die speziellen Schlußfolgerungen und Verallgemeinerungen helfen, die Grundlage für ein tieferes Verständnis des Prozesses der Herausbildung der Stadtbevölkerung Sowjet-Estlands und der sich in ihr vollziehenden Veränderungen zu schaffen. Das ist notwendig für die Prognose der Bevölkerungsentwicklung sowie für eine wissenschaftlich begründete Lenkung der heutigen demographischen Prozesse. Und zweitens bietet die vorliegende Abhandlung die Geschichte der Stadtbevölke-

lung über einen langen Zeitabschnitt, über anderthalb Jahrhunderte. Auf diese Weise ist es bedeutend besser möglich, die sozialökonomische Thematik der Periode des Feudalismus und des Kapitalismus breit herauszuarbeiten, die Hauptzüge der demographischen und sozialen Prozesse, die Gesetzmäßigkeiten und Richtungen ihrer Entwicklung darzulegen. Bislang ist die Geschichte der Städte in der Estnischen SSR noch wenig erforscht. Deshalb setzt sich Pullat auch das Ziel, mit dem breiten chronologischen Rahmen seiner Monographie zur Schaffung günstiger Voraussetzungen für die weitere Verstärkung der Städteforschung beizutragen. Dabei benutzte er vielfältiges Quellenmaterial - vor allem Archivmaterialien und statistische Veröffentlichungen.

In der Arbeit lassen sich zwei Untersuchungsrichtungen unterscheiden: die demographische und die Analyse der Sozialstruktur. Die Erforschung der Sozialstruktur ermöglicht, die soziale Zusammensetzung der Gesellschaft in ihrer Dynamik, die horizontale und vertikale Klassenmobilität zu analysieren. Beide Richtungen zeichnen sich deutlich vor dem urbanistischen Hintergrund ab. Im Ergebnis vereinigen sie sich zur historisch-demographischen Erforschung der Städte. So bezieht der Autor eine breite sozialökonomische und urbanistische Analyse in die Untersuchung ein, die es ihm erlaubt, eine Reihe von allgemeinhistorischen Fragestellungen aufzuwerfen und erfolgreich zu lösen. In der Monographie werden ausführlich die Hauptentwicklungszüge der estnischen Städte auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels, des Handwerks und des Städtebaus betrachtet. Detailliert wird das Wachstum der Bevölkerung analysiert (die natürliche und die mechanische Bewegung), wird eine Analyse ihrer nationalen und sozialen Zusammensetzung gegeben.

Pullats wissenschaftliche Abhandlung ist in drei Kapitel untergliedert: die Stadtbevölkerung Estlands bis zum Jahre 1917; die Stadtbevölkerung des bourgeois Estlands; die Sozialstruktur der Stadtbevölkerung des bourgeois Estlands. Seine Hauptaufmerksamkeit widmet der Autor der Dynamik der städtischen Bevölkerung. Er analysiert detailliert ihre natürliche und mechanische Bewegung sowie auch die soziale und nationale Zusammensetzung der Stadtbevölkerung. Im ersten Kapitel wird speziell die Sozialstruktur betrachtet, im zweiten die Zusammensetzung nach Alter und Geschlecht. Im dritten Kapitel werden gesondert die Arbeiterklasse, die Bourgeoisie und die kleinbürgerlichen Mittelschichten behandelt.

Der Autor zeigt das rasche Wachstum der Stadtbevölkerung Estlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1917, als die Stadtbevölkerung in Estland sich vervielfachte. Die Charakteristik der sozialen Zusammensetzung der Stadtbevölkerung Estlands ist besonders vom Gesichtspunkt des Verständnisses der Voraussetzungen und Ereignisse während der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wichtig. Im zweiten Kapitel wird die Vergrößerung der Stadtbevölkerung im bourgeois Estland sowohl als Resultat der bürgerlichen Agrarreform, die die Möglichkeit gab, das Territorium der Städte auf Kosten des Gutsbesitzerlandes zu vergrößern, als auch als Resultat der Vergrößerung der Anzahl der Städte durch die Gewährung des Stadtrechts an Arbeitersiedlungen betrachtet. So wuchs die Zahl der Städte in Estland bis 1938 auf 33 (1913 = 12), von denen 14 nur 700 bis 2500 Einwohner hatten.

Bei der Charakterisierung der Dynamik der Stadtbevölkerung im bürgerlichen Estland weist der Autor darauf hin, daß zu Beginn der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts die Anzahl der städtischen Siedlungen in Estland gegenüber der vorangegangenen Periode um fast 20 Prozent zurückging. Im weiteren Verlauf ging das Wachstum der Stadtbevölkerung sehr langsam vor sich, und erst in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre beschleunigte es sich. Der Zuwachs (bis 1939 um

23, 8 Prozent gegenüber 1922) war hauptsächlich durch eine Vergrößerung der Anzahl der Städte und auf dem Wege der Ausdehnung ihrer Grenzen erreicht worden. Die natürliche Zuwachsrates der Stadtbevölkerung im bürgerlichen Estland zählte zu den geringsten in Europa. In Tallinn, dem Hauptindustrie- und Handelszentrum, war die natürliche Bevölkerungsentwicklung beispielsweise nur in sechs Jahren positiv (1921 bis 1924, 1938, 1939). Der Autor untersucht detailliert das Problem des geringen natürlichen Wachstums und erforscht, auf welche Weise es durch sozialökonomische und psychologische Faktoren beeinflusst wurde. Die Stadtbevölkerung des bürgerlichen Estlands vergrößerte sich in der Hauptsache durch Wanderungsgewinne, durch Übersiedlungen aus dem Dorf in die Stadt.

Pullat gelangt zu der Schlußfolgerung, daß in den Krisenjahren 1930 bis 1934 die Höhe der Geburtenraten maßgeblich von der Stadtbevölkerung bestimmt wurde. Die geringste Geburtenzahl hatten die größten Städte, die höchste gab es in den kleinsten Städten, die weniger von der Krise betroffen waren. In der Abhandlung wird gezeigt, daß die entscheidende Rolle für die Senkung der Geburtenzahl der ökonomische Faktor spielte.

Der Autor analysiert die nationale Zusammensetzung der Stadtbevölkerung und die Veränderungen auf diesem Gebiet. Den größten Einschnitt bildete die starke Verringerung der Anzahl der Städter durch die 1939 und 1940 erfolgte Abwanderung aus den Städten. Ein wichtiges wissenschaftliches Ergebnis der Arbeit ist die Erforschung der sozialen Zusammensetzung der Stadtbevölkerung des bürgerlichen Estlands mit allen daraus resultierenden Schlußfolgerungen. Hier findet man erstmalig eine Analyse der Klassenkräfte dieser Zeit, die auf konkretem Faktenmaterial beruht. Der Autor analysiert die Bewegung des städtischen Proletariats, die Entwicklung der städtischen Bourgeoisie und der Mittelschichten der städtischen Bevölkerung. Letztere bildeten einen ziemlich großen Teil der Bevölkerung. Deshalb muß die Analyse der kleinbürgerlichen Schichten besonders hoch gewertet werden. Nach den Berechnungen des Autors betrug 1922 der Anteil des Stadtproletariats 58, 8 Prozent der Stadtbevölkerung. Gegenüber 1917 hatte sich dieser Anteil als Ergebnis des Rückgangs der Großindustrie stark verringert. Auf die Bourgeoisie entfielen 7, 2 Prozent und auf die Mittelschichten 34 Prozent der Stadtbevölkerung. Im Jahre 1934 betrug dieses Verhältnis entsprechend 57, 8 zu 8, 5 zu 33, 7 Prozent, und 1939 umfaßte die Arbeiterklasse etwa 60 Prozent, die Bourgeoisie 9 bis 10 Prozent. Dieses Verhältnis (60 zu 10 zu 30) betrachtet der Autor als die typische Klassenstruktur Estlands für die Zeit von 1897 bis 1940. Die Untersuchung Pullats ist eine tiefgründige und erschöpfende Arbeit zur historischen Demographie Estlands. Auch in methodischer Hinsicht hat dieses fundamentale Werk weitreichende Bedeutung.

(Übersetzt von Renate Günther)

## Eine neue Schriftenreihe zur Wirtschaftsgeschichte

Handwerksgeschichte in neuer Sicht, hg. v. Wilhelm Abel =  
Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1  
Otto Schwartz & Co., Göttingen 1978, 284 Seiten, Preis: 22,50 DM

Karl Heinrich Kaufhold, Das Gewerbe in Preußen um 1800 =  
Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2  
Otto Schwartz & Co., Göttingen 1978, 557 Seiten, Preis: 36,- DM

Jörg Jeschke, Gewerberecht und Handwerkswirtschaft des König-  
reichs Hannover im Übergang 1815-1866 = Göttinger Beiträge zur  
Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 3  
Otto Schwartz & Co., Göttingen 1978, 530 Seiten, Preis: 39,- DM

von Jürgen Kuczynski

Vor einer Reihe von Jahren begann das Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschich-  
te der Göttinger Universität eine Reihe interessanter Studien zur Handwerksge-  
schichte zu veröffentlichen. Im Laufe der Zeit beschränkten sie sich jedoch mehr  
und mehr auf die Gegenwart, verloren dadurch zwar nicht notwendigerweise an  
Bedeutung, jedoch an Horizont und Tiefe, die man leichter für die Vergangenheit  
gewinnt.

Jetzt haben sich Professor Wilhelm Abel, der die ursprüngliche Reihe initiiert  
hatte, und Professor K. H. Kaufhold, der jetzige Direktor des Instituts, entschlos-  
sen, eine neue Reihe "Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte"  
herauszugeben, in der die Vergangenheit wieder eine größere Rolle spielen soll.  
Von dieser neuen Reihe legen sie gleich drei Bände vor.

Im ersten Band plädiert einleitend Abel für "Neue Wege der handwerksgeschicht-  
lichen Forschung". Er schildert die so berechtigten Forderungen, die J. Conrad  
vor mehr als hundert Jahren an die handwerksgeschichtliche Forschung gestellt  
hatte: "Es ist mir, sagt der Nationalökonom, von geringem Interesse, ob die Hand-  
werke sechs oder zwölf Meister in den Rat schicken durften, ob diese bei der Be-  
ratung saßen oder standen, ob sie bei feierlichen Gelegenheiten eine weiße oder  
gelbe Wachskerze trugen (obwohl das auch für andere Richtungen seinen Wert ha-  
ben kann), aber ich wünsche Zahlen, Daten. Wieviel Meister waren zu den ver-  
schiedenen Zeiten in der Stadt? Woher nähmen sie ihr Rohmaterial? Wieviel hat  
wohl ein jeder geliefert? Um welchen Preis kaufte er die Stoffe ein, und schlug er  
die Produkte los? Wo hat er sie verkauft? Wieviel Steuerlast lag darauf? Wie  
verhielten sich in den verschiedenen Zeiten die Preise der Produkte zu den Lebens-  
mittelpreisen? Wie verhielt sich die Anzahl der Arbeitenden zur Gesamtbevölke-  
rung? Gebt mir nur, sagt der Nationalökonom, den Stoff in der Weise, wie mir  
ihn heutzutage jedes statistische Büro in die Hand gibt, Ich tue schon in usum com-  
munem das Übrige!" (S. 4).<sup>1</sup>

1 Alle Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf das jeweils hier besprochene Buch.

Aber, bemerkt Abel mit Recht, Conrads Forderungen wurden nicht erfüllt: "Die Geschichte der Zünfte und die damit verknüpfte Geschichte der Bemühungen, die vermeintlichen Mißbräuche der Zünfte zu bekämpfen, beherrschten weiterhin das Feld der handwerksgeschichtlichen Literatur. Zwar fiel auch von hier aus auf die Handwerkswirtschaft einiges Licht, doch beleuchtete es nicht die richtigen Seiten. Was sich den Forschern in den Akten darbot, waren Ordnungen und Satzungen, die so wenig (oder so viel) über das Leben in solchen Ordnungen besagten wie etwa eine Verkehrsordnung von heute über den Verkehr auf den Autobahnen. Oder es waren Regelwidrigkeiten, hinter denen das regelhafte Verhalten verschwand - wie hinter den Verkehrssündern von heute der korrekte Autofahrer, wenn nur Gerichts- oder Polizeiakten herangezogen werden. Aber gerade von solchem Blickpunkt her wurde über das Handwerk geschrieben. Man sah und schilderte ausführlich die Mißstände und Mißbräuche und folgerte daraus vorschnell auch, daß das Handwerk den Niedergang, den es in der frühen Neuzeit erlebte, selbst verschuldet habe" (S. 5).

Natürlich bestreitet Abel nicht den Niedergang des Handwerks - aber er sieht ihn als Teil der Gesamtentwicklung und fordert darum: "Darum kann die Frage nach dem Niedergang des Handwerks auch nicht allein vom Handwerk her beantwortet werden. Das Handwerk war Teil eines größeren Ganzen, einer Volks- oder Gesellschaftswirtschaft, die arbeitsteilig gegliedert und durch Verkehrsakte ineinander verflochten war. In sie war das Handwerk, seitdem es sich aus den Bindungen der Fronhofwirtschaft gelöst hatte, eingespannt. Neben dem Handwerk gab es die anderen Wirtschaftszweige, in unserer Zeit noch immer mit weitem Vorrang die Landwirtschaft. Sie war der Engpaß aller vorindustriellen Wirtschaft. An ihr scheiterten die Bemühungen, die Lebensbedingungen der von ihrer Hände (oder Köpfe) Arbeit lebenden Menschen zu verbessern" (S. 24).

Daher verlangt Abel, Handwerksgeschichte als Teil der Gesamtwirtschaftsgeschichte zu schreiben.

Unter den weiteren sieben Aufsätzen des Bandes ist für uns von besonderer Bedeutung der von D. Saalfeld, "Handwerkseinkommen in Deutschland vom ausgehenden 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts - Ein Beitrag zur Bewertung von Handwerkerlöhnen in der Übergangsperiode zum industriellen Zeitalter". Von besonderer Bedeutung für uns deswegen, weil es sich um einen weiteren Beitrag zur Schließung einer Lohnlücke handelt, um die sich das "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" ebenfalls mit der Veröffentlichung zahlreicher Untersuchungen bemüht hat. Was ist das Resultat der bei Saalfeld üblichen gründlichen Materialsuche? Es ist nicht übermäßig groß. Natürlich ist die folgende Tabelle (S. 80) aufregend:

Durchschnittliche jährliche Einkommen der Handwerker und anderer Gewerbetreibender in Wolfenbüttel

Beruf	Reichstaler	
	1825	je Jahr 1855
Handwerksmeister	180	228
Handwerksgesellen	105	94
Fabrikanten	660	655
Fuhrmann	171	122

Dagegen ist doch wohl die nachfolgende Tabelle (S. 80), in der der Jahreslohn der Maurermeister in Göttingen mit 108 Reichstalern für 260 Arbeitstage für 1803/16 und 1817/50 erscheint, recht bedeutungslos. Einmal erscheinen 260 Arbeitstage

im Jahr für Maurer recht hoch als Durchschnitt. Sodann wechselt natürlich die Zahl der Arbeitstage in einem Saisongewerbe wie dem Bauhandwerk sehr stark von Jahr zu Jahr. Und sodann wissen wir nicht, was dem Maurermeister an Naturalien während der Arbeit geliefert wurde - Biergeld?, Frühstück? "Trinkgeld"? usw.

Merkwürdig ist folgende Wertung Saalfelds: "Wenn sich im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts die Relationen zwischen den Löhnen der gelernten Handwerker sowie der besser bezahlten gewerblichen Fachkräfte einerseits und denen der ungelerten Arbeiter auf der anderen Seite verengte<sup>+</sup>, so überwogen in dieser Zeit offenbar die positiven Wirkungen der beginnenden Industrialisierung" (S. 119). Warum soll die Verkleinerung des Unterschiedes von Löhnen der Gelernten und Ungelernten eine positive Wirkung sein? Doch nur, wenn diese Verengung durch Hebung der Löhne der Ungelernten vor sich geht. Das aber war für die Reallöhne der Ungelernten, auch nach den Studien Saalfelds, im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts gerade nicht der Fall (vgl. zum Beispiel S. 68).

Wenn ich eingangs sagte, daß das Resultat der Untersuchungen Saalfelds nicht übermäßig groß ist, liegt das bei einem Forscher wie ihm selbstverständlich am Material, das vorhanden ist. Und da unsere konkreten Detailkenntnisse der Lebenshaltung der Werkstätigen in dieser Zeit an sich nicht groß sind, so ist natürlich jeder Stein, der die Lücke auf dem Wege zur umfassenden Erkenntnis füllt, überaus willkommen.

Auch der zweite Band der neuen Schriftenreihe ist einem Thema gewidmet, das dringend gründlicher Tatsachenerforschung bedarf, obwohl schon eine Reihe Versuche vorliegen, zu einer umfassenderen Darstellung zu kommen. Kaufhold stellt sich zwei Aufgaben:

1. Die wirtschaftliche und soziale Lage des Gewerbes in preußischen Gebieten um 1800 soll beschrieben und erklärt werden, und zwar in Form einer Darstellung der Grundzüge seines inneren Aufbaus (Struktur), zum anderen einer Analyse der wichtigsten, diese Struktur beeinflussenden Größen.

2. Gestützt auf die so gewonnenen Ergebnisse soll die Frage nach dem Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise im Gewerbe und deren Rückwirkungen auf die traditionellen vorkapitalistischen Betriebsformen des Gewerbes untersucht werden" (S. 1).

Von besonderem Interesse ist für uns natürlich die Lösung der zweiten Aufgabe. Zu welchem Schluß kommt Kaufhold hinsichtlich der kapitalistischen Entwicklung um 1800? Zunächst stellt er fest: "Auf den ersten Blick erscheint der Stand der kapitalistischen Entwicklung im Gewerbe des Untersuchungsgebietes um 1800 beachtlich: Die kapitalistischen Betriebsformen (Verlag und Manufaktur) beschäftigten etwa ein Fünftel aller im Gewerbe Tätigen. Sie konzentrierten sich auf den mit Abstand wichtigsten Gewerbebezweig, das Textilgewerbe. Hier beherrschten sie die (wachsenden) Untergruppen Baumwolle und Seide fast ausschließlich; bei der Wolle besaßen sie ein erhebliches Gewicht, beim Leinen nur ein geringes (dieses war allerdings stark vom Handelskapital - mit fließenden Grenzen zum Verlagskapital - abhängig). Wo sie auftraten, hatten sie die vor-kapitalistischen Betriebsformen verdrängt, indem sie deren Träger (Handwerker, Heimgewerbetreibende) in ihren Dienst nahmen. In allen Auseinandersetzungen zwischen ihnen und dem traditionellen Gewerbe waren sie siegreich geblieben" (S. 469).

+ Kuczynski, J.: spricht direkt von einem "Gesetz der abnehmenden Differenzierung der Löhne von Gelernten und Ungelernten".

Doch schränkt Kaufhold auch etwas ein:

"Nähere Betrachtung verdeutlicht freilich die Schatten, die auf diesem scheinbar eindrucksvollen Bilde lagen. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß sich der überwiegende Teil der kapitalistischen Produktion in den 'niederen' kapitalistischen Betriebsformen des Verlages und der dezentralisierten Manufaktur vollzog und zum Teil, besonders bei Heranziehung ländlicher Arbeiter, nicht frei von feudalen Einflüssen war ..." (S. 470).

"Schließlich darf nicht übersehen werden, daß der mit Abstand größte Teil des Gewerbes von der kapitalistischen Entwicklung noch unberührt war und in der traditionellen handwerklichen Produktionsform verharnte ..." (S. 470).

"Insgesamt zeigten damit die Jahre um 1800 im Gewerbe des Untersuchungsgebietes den Charakter einer Übergangszeit, wie in der Einleitung vermutet, und zwar wahrscheinlich ausgeprägter als in anderen Bereichen der Wirtschaft und der Gesellschaft. Das wies in die Zukunft, denn das Gewerbe sollte in den sozial-ökonomischen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts die führende Rolle spielen" (S. 471).

Vielleicht geht der Ausdruck Übergangszeit vor den großen napoleonischen Siegen in Deutschland doch zu weit. Vor allem, da Kaufhold die Manufakturen einfach deswegen für kapitalistisch ansieht, weil die Produktionsmittel nicht mehr in den Händen der Arbeiter waren und diese darauf angewiesen waren, sich als Lohnarbeiter ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Aber das trifft natürlich auch auf die Tagelöhner und einen beachtlichen Teil des Gesindes in der feudalen Landwirtschaft der vorangehenden Jahrhunderte zu, ohne daß wir deswegen von einer kapitalistischen Landwirtschaft sprechen. Um die Lohnarbeiter der Manufakturen kapitalistisch "angewandt" zu nennen, müssen sie doch freie Lohnarbeiter sein. Das aber war bei einem sehr beachtlichen Teil der Arbeiter nicht der Fall. Für die dezentralisierten Manufakturen spielen in der Spinnerei Zuchthäuser, Militäranstalten (ganze Regimenter, sowohl die Soldaten wie ihre Frauen), Irren- und Krankenhäuser, ebenso wie Leibeigene, eine beachtliche Rolle, ja, manche dieser Anstalten wie die Zuchthäuser können als zentralisierte Manufakturen betrachtet werden.

Kaufhold begegnet diesem Argument so:

"Ein anderer Einwand richtet sich gegen den kapitalistischen Charakter der Manufakturen (besonders der dezentralisierten) in Preußen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Während dieser im allgemeinen bejaht wird, zweifelte ihn Jürgen Kuczynski mit dem Hinweis auf die große Zahl feudal gebundener Arbeitskräfte in den Manufakturen an. Diese soll nicht bestritten werden, doch waren in den Textilmanufakturen (um die es in dieser Diskussion hauptsächlich geht) solche Arbeitskräfte lediglich mit Hilfsarbeiten wie Spinnen oder Kratzen beschäftigt. Die wichtigsten Arbeitsgänge, Weben und Fertigmachen der Gewebe, oblagen dagegen Arbeitern, die nicht im Feudalnexus standen. (Es sei denn, man will eine solche Beziehung aus der Zunftzugehörigkeit eines Teiles von ihnen herleiten, die aber für ihre Stellung im Produktionsprozeß im allgemeinen ganz belanglos war.)

Damit trat die Bedeutung feudal gebundener Arbeitskräfte stark zurück. Entsprechend kann man die preußischen Manufakturen um 1800 im Regelfalle als kapitalistisch ansehen, wenn auch in Teilbereichen der Arbeiterschaft mit feudalistischen Elementen durchsetzt" (S. 236).

Wenn Kaufhold und ich auch nicht in der Beurteilung des Grades der Entwicklung übereinstimmen, so ist jedoch, was wissenschaftlich ebenso wichtig, völlig klar gestellt, woran es liegt, daß wir zu einer verschiedenen Einschätzung kommen:



an der verschiedenen Beurteilung des Grades der feudalen Bindung der Arbeiter und der verschiedenen Bewertung dieser, wenn auch im Grad von uns unterschiedlich beurteilten, jedoch von keinem geleugneten, Tatsache. -

J. Jeschkes Band beschäftigt sich wieder speziell mit dem Handwerk, ausgehend von der Gewerbegesetzgebung des 1814 geschaffenen Königreichs Hannover. Das zentrale Problem für ihn ist die Wirksamkeit der teils kapitalistischen, teils antikapitalistischen Gesetzgebung auf die Handwerkswirtschaft nach der Wiederherstellung der Zünfte von 1817. Was die Entwicklung der Rolle der Zünfte für das Handwerk betrifft, so kommt er zu folgendem Schluß: "Die Zunft ihrerseits war für das handwerkliche Selbstverständnis, für Handwerksethos und für das wirtschaftliche Verhalten nur noch von untergeordneter Bedeutung. Auch hierin unterschied sich das Königreich Hannover von den gewerbefreiheitlichen deutschen Staaten nicht mehr" (S. 271). Mit diesem Satz schließt der erste "Die Wirtschafts- und Sozialverfassung des städtischen Handwerks" betitelte Teil des Buches ab.

Der zweite Teil "Die Handwerkswirtschaft von 1815 - 1866" beschäftigt sich mit der konkreten Gestalt der Handwerkswirtschaft. Von besonderer Bedeutung in diesem Teil ist der fast fünfzig Seiten umfassende statistische Anhang, und in diesem wieder sind es die Daten zur Lage der Gesellen. Sie beschränken sich vor allem auf die der Maurergesellen. Wie weit wir noch von der Erfassung der Realität sind, zeigen die Arbeitszeitberechnungen von Jeschke - man spricht besser von formellen Arbeitszeitschätzungen:

"Nach einer Angabe der Stader Maurergesellen aus dem Jahr 1827 betrug die Arbeitspause während der Wintermonate 12 - 14 Wochen - ein mit Sicherheit zu lang angegebener Zeitraum, da die Gesellen im Zusammenhang mit dieser Angabe eine Lohnerhöhung anstrebten. Realistischer ist es, der Berechnung ca. 8 arbeitslose Wochen während der Wintermonate<sup>++</sup> zugrunde zu legen, wie dies ebenfalls anlässlich ähnlicher Berechnungen geschätzt worden ist. Werden ferner die Sonntage und Feiertage in Abrechnung gestellt (52 + 10), wird man annehmen können, daß im Verlauf eines Jahres die Maurergesellen für etwa 257 Arbeitstage ihren Lohn erhalten haben dürften.

Die unterschiedliche Dauer der Tagesarbeitszeiten schließlich, bestimmt durch die lokalen Baureglements, wurde in der Praxis regelmäßig, wie dies den Rechnungsbelegen und auch den Äußerungen der Gesellen zu entnehmen war, durch die Ableistung von Überstunden zwischenörtlich angeglichen. Dies gilt ebenso für die unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Städten hinsichtlich der Jahresdaten, an denen die Sommerlöhne auf die (niedrigen) Winterlöhne - in Osnabrück und Stade galten noch besondere Löhne für die Herbst- und Frühjahrszeit - umgestellt worden sind; auch hier sorgten die Überstunden für eine zwischenlokale Angleichung der Arbeitszeiten und -löhne<sup>+++</sup>" (S. 438).

Vielleicht hat Jeschke für normale Jahre recht. Aber wie viele normale Jahre gibt es in einem Halbjahrhundert? Man müßte überlegen, ob man so, wie man Reallöhne berechnet, die die Schwankungen der Lebenshaltungskosten berücksich-

++ Für die übrigen Jahreszeiten wurde kein Arbeitsausfall, bedingt durch Schlechtwettertage, angenommen, da vermerkt werden kann, daß diese Tage durch Innenarbeiten überbrückt wurden; auch in den Eingaben der Baugesellen fand sich kein Hinweis auf Arbeitsausfall während dieser Monate.

+++ Insofern lassen sich Lohnentwicklungen nur an Hand der Rechnungsbelege ermitteln. Die Bautaxen ausschließlich bieten keine gesicherten Aussagen über den tatsächlich erzielten Lohn. Die beobachteten Verhältnisse in den vier arbeiteten Städten haben gezeigt, daß den Überstunden eine wichtige Bedeutung

tigen, nicht auch für das Baugewerbe Realarbeitszeiten berechnen sollte, die das Wetter berücksichtigen.

Da Jeschke die Tagesverdienste so berechnet:

Jahresverdienst bei 257 Arbeitstagen einschließlich Überstunden

365

spielt die Berechnung der aktuellen Arbeitszeit natürlich eine große Rolle.

Die Reallöhne wurden durch Inbeziehungsetzung der Geldlöhne zu den Preisen von Roggenbrot der billigsten ortsüblichen Sorte berechnet. Jedoch geht Jeschke weiter: Es sind im Grunde nicht Reallöhne, die er gibt, sondern er setzt den Nominallohn zu einem nur aus Roggenbrot bestehenden Nahrungsmittelkorb, dessen Größe durch den Kalorienbedarf bestimmt wird, in Beziehung. So kann er berechnen, wieviel vom Tagesverdienst zur Nahrungsdeckung verwendet werden muß. Und hier sind die Schwankungen ganz außerordentlich groß. So kostete 1816/17 für eine fünfköpfige Familie der Nahrungsmittelbedarf in Hannover 63 Prozent mehr als der Tagesverdienst, 1824/25 aber 42 Prozent weniger. Und zu diesen Schwankungen kommen für die Maurergesellen, auf die sich alle hier gegebenen Zahlen beziehen, noch die Wetterschwankungen, die mildernd oder verschärfend wirken können.

Ich hoffe, daß gerade meine kritischen Bemerkungen zeigen, wie außerordentlich wertvoll und interessant alle drei hier angezeigten Bücher sind.

zukunft: Je kürzer die reglementmäßig bestimmten täglichen Arbeitszeiten festgesetzt worden waren, desto mehr Überstunden wurden abgeleitet. Da diese Überstunden besser entlohnt wurden als die reguläre Arbeitszeit, standen sich im allgemeinen die Gesellen besser, wenn die reguläre Arbeitszeit so bemessen war, daß morgens und abends noch Überstunden abgeleistet werden konnten.

## "Protoindustrialisierung" in der Manufakturperiode

### Der Gegensatz von Theorie und Empirie

Peter Kriedte/Hans Medick/Jürgen Schlumbohm, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus, mit Beiträgen von Herbert Kisch und Franklin F. Mendels = Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 53

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1977, 393 Seiten, Preis: 92,- DM

Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert. Bericht über die 5. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Hermann Kellenbenz = Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Knut Borchardt, Eckart Schremmer, Wolfgang Zorn, Bd. 21

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1975, 237 Seiten, Preis: 84,- DM

von Helga Schultz

Das Buch von Kriedte, Medick und Schlumbohm ist Resultat intensiven Nachdenkens über die Entstehungsweise der kapitalistischen Industrie. Die Autoren setzen sich zum Ziel, das Problem grundsätzlich und global zu lösen. Pate stand nicht nur der Drang nach Erkenntnis des Historischen, sondern offenbar auch das Bemühen, allgemeinere Modelle für den Übergang von "vorindustriellen" Gesellschaften zur "Industriegesellschaft" zu finden. Die Autoren stehen in einer Tradition englischer und US-amerikanischer Wirtschaftsgeschichte, wo schon in den fünfziger Jahren, angeregt durch den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems, diese Forschungsrichtung aufkam. Einleitend wird festgestellt: "Zugleich schärfte sich mit der aktuellen, durch die Probleme der unterentwickelten Welt entfachten Diskussion über wirtschaftliches Wachstum, Entwicklung und Unterentwicklung, Modernisierung und Rückständigkeit der Blick für die Übergangsproblematik in den europäischen Metropolen" (S. 23 f.)<sup>1</sup>. Die Verfasser kommen auf diesen Zusammenhang nicht ausdrücklich zurück, aber es ist eine Konsequenz ihrer Überlegungen, daß die Entwicklungsländer den Weg der europäischen Länder zum Kapitalismus nicht nachvollziehen können, weil ihre Wirtschaft durch die Kolonialmächte deformiert, ihr Gewerbe infolge der Überschwemmung mit industriellen Massenwaren aus den "Mutterländern" vernichtet wurde.

Die Autoren sind der Industriegesellschaftskonzeption verhaftet. "Agrar" - und "Industriegesellschaften" sind für sie die einzige Alternative. Revolutionäre Übergänge zwischen Gesellschaftsformationen werden einseitig kybernetisch als Lö-

1 Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch.

sung von Steuerungsproblemen durch Bereitstellung neuer Steuerungskapazitäten begriffen.

Ungeachtet dieses theoretischen Ausgangspunktes liegt hier eine gedankenreiche, für die weitere Forschung anregende Arbeit vor. Gestützt auf eine sehr umfangreiche Literaturlauswertung, die die marxistische Wirtschaftsgeschichtsschreibung einbezieht, kommen die Autoren zu folgendem Ergebnis:

Der industrielle Kapitalismus des 19. Jahrhunderts hatte seinen Vorläufer und seine Vorbedingungen in dem ländlichen Exportgewerbe des 16. bis 18. Jahrhunderts. Während dieser "Protoindustrialisierung" entstanden die Voraussetzungen für die kapitalistische Fabrikindustrie. Die "handwerklich versierten Gewerbetreibenden" bildeten das Reservoir der Fabrikarbeiter; die Verleger-Kaufleute akkumulierten das Kapital, das die Fabrikengründungen ermöglichte; Agrar- und Gewerberregionen differenzierten sich; lokale, regionale, nationale und internationale Märkte entstanden (S. 287). Sowohl die Arbeiterklasse wie auch die Kapitalistenklasse, ebenso die Bildung des inneren und des nationalen Marktes wären also letztlich Resultate des ländlichen Exportgewerbes in der Übergangsepoche. Der Kapitalismus wurzelte demnach nicht hauptsächlich in den Städten, nicht wesentlich in den Manufakturen, wo kapitalistische Produktionsverhältnisse am deutlichsten ausgeprägt waren, sondern auf dem platten Lande, wo sich unter der Decke feudaler Produktionsverhältnisse die Struktur des Dorfes veränderte. Diese Veränderungen, am greifbarsten in Wachstum und sozialer Differenzierung der Landbevölkerung, mündeten in die Ausbreitung ländlichen Gewerbes, das dann wieder die feudalen Ausbeutungsverhältnisse durchlöcherte und in Frage stellte. Dieser Zusammenhang galt generell während der Übergangsepoche zum Kapitalismus, wie Kriedte/Medick/Schlumbohm feststellen. Er galt also nicht nur für die Gebiete Mittel- und Osteuropas, in denen der Verlauf der Industriellen Revolution verzögert war und sich das ländliche Exportgewerbe daher besonders lange und eindrucksvoll behauptete, sondern auch für Westeuropa, speziell für England. Auch hier folgte der Auflösung der grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisse im Verlaufe der "ursprünglichen Akkumulation" nicht direkt die Konzentration der freigesetzten Arbeitskräfte in zentralisierten kapitalistischen Betrieben, sondern es ging ebenfalls eine Phase extensiver Ausbreitung der Exportgewerbe auf dem Lande in der Form des Verlages voraus.

Neu ist nicht so sehr, daß die Autoren die große Bedeutung des ländlichen Exportgewerbes in der Übergangsepoche zum Kapitalismus nachweisen. Diese Erkenntnis geht schon auf Sombart und andere Vertreter der Historischen Schule der Nationalökonomie zurück, die den historischen Wurzeln des Elends der zeitgenössischen Hausindustrie nachspürten. Neu ist, daß die Autoren die Bedeutung des verdichteten ländlichen Gewerbes für die Entstehung des Kapitalismus als einen allgemeinen, wesentlichen und notwendigen Zusammenhang zeigen, mithin als eine Gesetzmäßigkeit der Übergangsepoche zum Kapitalismus. Relativ neu bei der Behandlung dieses Problems ist auch der Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge, auf die Entstehungsbedingungen im Agrarsektor, auf die Wechselwirkung mit den gutsherrschaftlichen bzw. grundherrschaftlichen spätfudalen Produktionsverhältnissen, auf die demographischen Begleitprozesse.

Eine Ergänzung ist anzumerken: Die Verfasser grenzen den gesetzmäßigen Zusammenhang ein, indem sie ihn auf das Exportgewerbe beschränken. Sie sprechen dem Handwerk, das für den lokalen Markt arbeitete, Entwicklungsbedeutung ausdrücklich ab. Richtig ist, daß in der Epoche der ursprünglichen Akkumulation die äußeren Märkte, vor allem die Kolonialmärkte, eine besondere Bedeutung hatten.

Im Sog des entstehenden Weltmarktes machte der Kaufmann mittels des Verlages die Produzenten von sich abhängig, leitete deren Metamorphose in kapitalistisch ausgebeutete Lohnarbeiter ein. Aber die fortschreitende gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Gewerbe und die Anfänge des inneren Marktes waren nicht nur Ergebnis, sondern auch Voraussetzung des ländlichen Exportgewerbes. Soziale Differenzierung und Bevölkerungswachstum bedeuteten nicht nur Verarmung der Landbevölkerung, die Tätigkeit im Exportgewerbe war nicht der einzige Ausweg. Diese Vorgänge waren ebenso verbunden mit der Steigerung der bäuerlichen Marktproduktion und einer Ausweitung des ländlichen Handwerks. So entstanden unter günstigen Bedingungen, das heißt bei verhältnismäßig lockeren feudalen Bindungen, auch außerhalb der Exportgewerbelandschaften zwei wichtige Voraussetzungen des Kapitalismus: das Reservoir gewerblich geschulter Arbeitskräfte und die Vorstufen des inneren Marktes.<sup>2</sup> Erhebliche Konzentrationen der gewerblichen kleinen Warenproduktion auf dem Lande finden wir beispielsweise in der Magdeburger Börde,<sup>3</sup> in der Markgrafschaft Baden<sup>4</sup> oder auch in Westholland, wo schon in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts der agrarische Sektor nur noch 27 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung auf dem Lande umfaßte.<sup>5</sup>

Die Darstellung ist ganz theoretisch angelegt. Man fragt sich, warum überhaupt durch die Beigabe der Studien von Franklin F. Mendels und Herbert Kisch eine "theoretisch-narrative Mischform" angestrebt wurde, da doch angesichts der gegenwärtigen, durch eine Vielzahl von Einzelarbeiten gekennzeichneten Forschungssituation eine theoretische Grundlegung sehr berechtigt und notwendig ist. Die Autoren bieten jedoch nicht eine geschlossene Theorie, sondern, ausgehend von der dargelegten gemeinsamen Basis, zwei unterschiedliche Konzeptionen.

2 Schultz, Helga, Das Landhandwerk in der Epoche des Übergangs zum Kapitalismus. Vergleichende Studie und regionale Untersuchung; Mecklenburg-Schwerin, phil. Diss., B der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Rostock 1978, S. 21-35.

3 Harnisch, Hartmut, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der Magdeburger Börde von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn des Zuckerrübenanbaus in der Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts, in: Landwirtschaft und Kapitalismus. Zur Entwicklung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der Magdeburger Börde vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges, Halbbd. 1, hg. v. Hans-Jürgen Rach u. Bernhard Weissel, Berlin 1978, S. 67-174.

4 Strobel, Albrecht, Agrarverfassung im Übergang. Studien zur Agrargeschichte des badischen Breisgaus vom Beginn des 16. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, Freiburg/München 1972, S. 205-207 = Forschungen zur oberrheinischen Landesgeschichte, Bd. 23.

5 Van der Woude, A. M., Het Norderkwartier. Een regionaal-historisch onderzoek in de demografische en economische geschiedenis van de westelijk Nederland van de late middeleeuwen tot het begin van de negentiende eeuw (Das "Norderkwartier". Eine regionalhistorische Untersuchung zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte der westlichen Niederlande vom späten Mittelalter bis zum Beginn des 19. Jh.), Wageningen 1972, T. 2, S. 278 = Bejdragen, hg. v. Landbouwhogeschool Wageningen, Afdeling Agrarische Geschiedenis, Bd. 16.

Jürgen Schlumbohm charakterisiert das Verhältnis zwischen ländlichen gewerblichen Produzenten und Handelskapital als ein sich stufenweise intensivierendes Ausbeutungsverhältnis, das vom Kaufsystem über den Verlag und die dezentralisierte Manufaktur schließlich zum kapitalistischen Produktionsverhältnis wird. Der Kaufmann bemächtigt sich auf diesem Wege in wachsendem Maße der Produktionsbedingungen, dringt in die Produktion ein, wird erst Verleger, dann Manufakturunternehmer und industrieller Kapitalist. Die Ablösung des ländlichen Exportgewerbes durch die kapitalistische Fabrikindustrie erscheint damit als Konsequenz der Entwicklung der Produktivkräfte und der Frühstadien kapitalistischer Produktionsverhältnisse während der Übergangsepoche.

Bei Peter Kriedte und Hans Medick erscheint diese Ablösung als Folge des Zusammenbruchs der "Protoindustrialisierung", als Erschöpfung der Steuerungsmechanismen durch zu starke Vermehrung der Produzentenzahl. Sie sehen das ländliche Exportgewerbe einerseits und das Handels- und Verlegerkapital andererseits als zwei getrennte Sektoren der Wirtschaft an, die eine nur äußerliche Verbindung eingehen. Das Exportgewerbe wird also als eigenständiges System betrachtet, das in erster Linie der Selbststeuerung unterliegt: "Der 'marginale Pol' innerhalb der bäuerlichen Gesellschaft wuchs mit der Installierung neuer demographischer Muster durch die Proto-Industrie beschleunigt weiter und erreichte schließlich Dimensionen, welche die Steuerungskapazität des Gesamtsystems überfordern mußten" (S. 88 f.). Hinter dieser Formulierung verbirgt sich der simple Vorwurf an die Weber und Spinner des frühen 19. Jahrhunderts, sie hätten durch zu frühe Heiraten und zu große Kinderzahl ihr Elend selbst verschuldet. Diese Annahme steht im Widerspruch zu dem anhaltend beschleunigten Bevölkerungswachstum während der Industriellen Revolution und der folgenden Periode. Es ist in Zweifel zu ziehen, ob es überhaupt ein spezifisches demographisches Muster des ländlichen Exportgewerbes in der Übergangsepoche gegeben hat. Haben sich hier nicht vielmehr mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen auch die Populationsgesetzmäßigkeiten der ersten Phase des Kapitalismus immer mehr durchgesetzt? Konnte sich der verlegte Weber zu Familiengründung und Familiengröße anders verhalten als der frühe Fabrikarbeiter, da doch in beiden Fällen die Mitarbeit von Frau und Kindern notwendige Existenzbedingung war?

Der Kern dieser Theorie vom System der "Proto-Industrie" ist die These von der "Familienwirtschaft" der ländlichen Produzenten, aus der sich alle Selbststeuerungsmechanismen herleiteten. Diese Theorie geht zurück auf die Arbeiten von A. V. Čajanov, der, auf Untersuchungen zur russischen Bauernwirtschaft vor 1917 fußend, ein Modell vorkapitalistischer Wirtschafts- und Lebensverhältnisse konstruierte.<sup>6</sup> Čajanov, dessen Buch in den sechziger Jahren auch in den USA erschienen ist,<sup>7</sup> gewinnt offenbar an Bedeutung für die Theorie der "Agrargesellschaft". Die nahe Verwandtschaft zu dem von Otto Brunner als Zelle der

<sup>6</sup> Čajanov, A. V., Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft. Versuch einer Theorie der Familienwirtschaft im Landbau, Berlin 1923; derselbe, Zur Frage einer Theorie der nichtkapitalistischen Wirtschaftssysteme, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. 51, 1924, S. 577-613.

<sup>7</sup> Derselbe, On the Theory of the Peasant Economy, hg. v. D. Thorner, B. Kerblay u. R. F. Smith, Homewood (Illinois) 1966.

Feudalgesellschaft postulierte "ganzes Haus"<sup>8</sup> ist unübersehbar. Das Modell der vorindustriellen Familienwirtschaft abstrahiert weitgehend von den Produktionsverhältnissen. Ausbeutung erscheint in erster Linie als "Selbstaussbeutung" der Produzenten im Rahmen der Familienwirtschaft. Die Unterschiede zwischen feudalen und anderen vorkapitalistischen Klassengesellschaften werden ebenso verwischt wie die zwischen feudal gebundenen Bauern und freien Zunfthandwerkern.

Zu gänzlich paradoxen Ergebnissen führt die Anwendung dieses Modells auf das Exportgewerbe der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus. Die Abhängigkeit der Produzenten vom Verleger-Kaufmann war so total, war in solchem Maße Grundbedingung der Produktion geworden, daß dieses Verhältnis die Arbeits- und Lebensweise bestimmte. Nur scheinbar war der Produzent noch selbständig, nur scheinbar beutete er sich und seine Familie bis zur physischen Erschöpfung aus eigenem Antrieb aus, um die Existenz zu sichern. Medick nimmt den Schein für das Wesen, wenn er in der "Selbstaussbeutung" der Produzenten das Regulativ der Exportgewerbe in der Übergangsepoche sieht, anstatt das Ausbeutungsverhältnis zwischen Warenproduzenten und Handelskapital zu begreifen. In dem Maße, wie der Verleger-Kaufmann auch zum Manufakturunternehmer wurde, indem er etwa die Endstufen des Fertigungsprozesses in zentralisierte Betriebe verlegte, tendierte das Ausbeutungsverhältnis zum kapitalistischen Lohnarbeitsverhältnis. In dieser Tendenz wird der kapitalistische Kern des Verhältnisses zwischen den ländlichen Gewerbetreibenden und der Handels- und Manufakturbourgeoisie sichtbar.

Nachdem Medick den abhängigen, ausgebeuteten Produzenten zu einem selbständigen, sich "selbst ausbeutenden" Unternehmer umgedeutet hat, sieht er nun den Fehler des Systems darin, daß die Produzenten sich nicht wie Unternehmer verhielten. Da die "Subsistenz", das heißt die einfache Reproduktion der Arbeitskraft, das Produktionsziel der Produzenten gewesen sei, und nicht das kapitalistische Streben nach einem "Surplus", habe deren Produktivität in der "labour-consumer-balance" eine zu enge Schranke gefunden: "Denn bei steigender Nachfrage nach Arbeitskraft und steigendem Familieneinkommen wirkte sich die 'labour-consumer-balance' des 'ganzes Hauses' in einer Reduzierung der 'produktiven' Arbeitsanspannung und ihrer teilweisen Ersetzung durch Konsum und Muße aus. Sie führte einen 'Rückgang der Arbeitsangebotskurve' (backward declining supply of labour curve) genau in dem Moment herbei, in welchem ein zusätzliches Angebot an Arbeitskraft im Interesse erweiterter Reproduktion und erhöhter Gewinne für den Verleger oder händlerischen Kapitalisten wünschbar gewesen wäre. Dieser Widerspruch war auf die Dauer nicht mit der Reproduktions- und Expansionsdynamik des protoindustriellen Systems zu vereinbaren" (S. 119).

Diese Erklärung dürfte den Verleger-Kaufleuten aus dem Herzen gesprochen gewesen sein. Jürgen Schlumbohm unterzog in seinem Teil des Bandes diese Theorie der "Familienwirtschaft", des "backward bending supply of labour" und der gewerblichen Überbevölkerung einer grundsätzlichen Kritik (S. 206 Anm. 28, S. 214 Anm. 53, S. 216 Anm. 60, S. 218 Anm. 63, S. 223 Anm. 81).

Kriedte und Medick gehen bei ihrem Modell der Familienwirtschaft davon aus, daß die ländlichen Gewerbetreibenden sich auf einen landwirtschaftlichen Nebenbetrieb stützen konnten, der die Ernährung weitgehend sicherte und den Verkauf

<sup>8</sup> Brunner, Otto, Das "ganzes Haus" und die alteuropäische Ökonomik, in: derselbe, Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, 2. Aufl., Göttingen 1968, S. 103-127.

der Gewerbeerzeugnisse unter dem Wert ermöglichte. Diese Annahme ist in der Literatur weit verbreitet; man kann sagen, daß sie geradezu zu einem Axiom in der Forschung über ländliches Gewerbe geworden ist, ohne daß sie jedoch durch Spezialuntersuchungen ausreichend abgesichert wäre. Schon Walter Troeltsch stellte in seiner Arbeit über die Calwer Zeughandlungscompagnie zu dieser Frage fest: "Diese Anschauung, so oft sie vorgetragen wurde, ist doch nur zum Teil berechtigt. Wie die folgende Untersuchung lehrt, hatten die Dorfzeugmacher zwar relativ und absolut mehr landwirtschaftlichen Grundbesitz als die städtischen Meister. Aber dieser Besitz brachte in Wirklichkeit keinen sehr großen Unterschied in der ökonomischen Lage zwischen dem Gewerbe in Dorf und Stadt hervor. Die Funktion des Feldbesitzes in der Hand der ländlichen Weber ist von ihren städtischen Gewerbetreibern bei weitem überschätzt worden."<sup>9</sup>

Im Jahre 1736 hatten hier 28 Prozent der ländlichen Zeugmacher gar keinen Feld- oder Wiesenbesitz. Von den Feldbesitzern verfügten 44 Prozent nur über 4 Morgen Land oder weniger, einen Landbesitz, der zur Ernährung einer Familie keineswegs ausreichte. Nur 7 Prozent der Zeugmacher im Amt Calw hielten Vieh. Die Zeugmacher ließen ihr Land vielfach von den Bauern um Lohn bearbeiten.<sup>10</sup>

Auch Mendels kommt in seiner Studie "Landwirtschaft und bäuerliches Gewerbe in Flandern im 18. Jahrhundert" (S. 325 - 349) nicht zu Ergebnissen, die dieses Bild überzeugend abwandeln. Mendels sieht im Leinengewerbe auf dem Lande in Flandern nur eine Nebenbeschäftigung der im wesentlichen Landwirtschaft treibenden Bevölkerung. Er geht davon aus, daß angesichts der sehr intensiven Landwirtschaft im Innern Flanderns 0,66 Hektar ausreichten, um eine fünfköpfige Familie mit Weizen und Kartoffeln ausreichend zu ernähren, daß man also auch bei so kleinen Flächen von Bauernwirtschaften sprechen kann, und daß in etwa 50 Prozent aller Haushalte ein Webstuhl, in etwa 85 Prozent aller Haushalte ein Spinnrad vorhanden war (S. 328, 344). Zugleich teilt er aber mit, daß die Webstühle durchschnittlich einen Ausstoß von 12 Stück Leinen jährlich hatten; das kam der Arbeitszeit einer fünfköpfigen Familie von 140 bis 200 Tagen gleich (S. 330). Der Anteil der Gewerbetreibenden, die nahezu ausschließlich im Leinengewerbe tätig waren, muß also hoch gewesen sein. Die Weber dürften weitgehend mit den genau 50 Prozent der Landbesitzer in den Dörfern Lede und Sint Gillis identisch gewesen sein, die 0,9 Hektar und weniger bewirtschafteten (S. 338 f.). Um jedoch zu verallgemeinerungsfähigeren Aussagen zu kommen, sind weitere fundierte Spezialuntersuchungen zur Verbindung von landwirtschaftlichem und gewerblichem Betrieb in der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus notwendig.

Der von Hermann Kellenbenz herausgegebene Protokollband "Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert" scheint thematisch eng verwandt. Aber die eigenartige zeitliche Eingrenzung und Einordnung weist schon auf einen wesentlichen Unterschied hin: Während Kriedte/Medick/Schlumbohm das ländliche Gewerbe im konkreten historischen Zusammenhang der Epoche untersuchen, in der es bestimmendes Gewicht für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung hatte, klammerte die Tagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte gerade die Epoche weitgehend aus. Während die Autoren des erstgenannten Bandes zu wichtigen theoretischen Ein-

<sup>9</sup> Troeltsch, Walter, Die Calwer Zeughandlungscompagnie und ihre Arbeiter, Jena 1897, S. 257.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 260-265.



sichtigen gelangen, ist der von Kellenbenz herausgegebene Sammelband recht konzeptionslos. Gewerbliche Warenproduktion im Rahmen ganz unterschiedlicher Gesellschaftsformationen wird unhistorisch nebeneinandergestellt. Nicht zufällig ragt der Beitrag von Raymond van Uytven über "Die ländliche Industrie während des Spätmittelalters in den südlichen Niederlanden" heraus. Aufgrund der lockeren feudalen Abhängigkeiten bildete sich hier sehr früh ein ländliches Exportgewerbe, und entscheidende Entwicklungszusammenhänge wurden schon im 15. Jahrhundert sichtbar. Seine Ergebnisse bestätigen und präzisieren daher entscheidende Aussagen des Bandes von Kriedte/Medick/Schlumbohm: "Man darf die ländliche Industrie des Mittelalters in den südlichen Niederlanden nicht ausschließlich als einen Konkurrenten der städtischen Produkte oder als einen Nebenbetrieb eines verarmten Bauernstandes betrachten. Ihr Anteil am wirtschaftlichen Wachstum ist viel bedeutender gewesen. Es ist kein bloßer Zufall, daß in den Ländern, die in der großen industriellen Revolution die Leitung innehatten - England und Belgien -, vom Mittelalter ab eine starke ländliche Industrie heranwuchs. Mit ihrer Massenproduktion geläufigerer und billigerer Waren trug sie in sich die Keime der kommenden industriellen Umwälzung. Ohne Zweifel, auf dem Lande hat die Produktionserhöhung im 16. Jahrhundert einen wichtigen Schritt vorwärts gemacht" (S. 76).

Methodisch interessant ist der Beitrag von Eckart Schremmer: "Überlegungen zur Bestimmung des gewerblichen und des agrarischen Elements in einer Region. Fragen und Probleme - auch zum Thema der Werturteile" (S. 1 - 23). Ausgehend von der Frage, ob das "gewerbliche Element" in einer bestimmten Region zu einem gegebenen Zeitpunkt zugenommen hat, stellt Schremmer einen recht umfangreichen Merkmalkatalog auf. Unter den Aspekten "Territorialisierung des Gewerbes" (das heißt Zunahme und berufliche Differenzierung des Gewerbes auf dem flachen Land), "Intensivierung des Gewerbes" (das heißt wachsender Beitrag zum Bruttosozialprodukt und Zunahme der Betriebsgröße) und "Einkünfteinmischung" (das heißt Zunahme der Neben- und Zuerwerbsbetriebe) werden durchweg quantitative Merkmale erfaßt. Der Autor setzt realistischerweise voraus, daß auch die Agrar-, Bevölkerungs- und allgemeine Wirtschaftsgeschichte der zur Untersuchung stehenden Region nicht ausreichend erforscht sind, und nimmt entsprechende Merkmale auf, um die Messung des Gewerbesektors zu ermöglichen. Es bleibt jedoch die rein quantitative Ausrichtung des Merkmalkataloge, die schon mit der allzu simplen Frage vorgegeben war. Eine so angelegte Untersuchung muß auf reine Ökonometrie hinauslaufen. Bei einseitig quantifizierender Sicht können Probleme der Wichtung und des Maßstabs kaum gelöst werden. Wie groß müssen die Veränderungen sein, welche Merkmale müssen sich verändern, um im Sinne von Schremmer eine "Territorialisierung des Gewerbes" zu bewirken? Diese Frage läßt sich nicht im luftleeren Raum beantworten, wie das in der Diskussion versucht wurde (S. 24 - 28). Man muß sie im konkreten Zusammenhang einer bestimmten ökonomischen Gesellschaftsformation und ihrer Entwicklungsstadien untersuchen. Wesentliche Veränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Handwerk, in dem Verhältnis zwischen Stadt und Land hatten im Hochfeudalismus andere Größenordnungen und ein anderes Gesicht als in der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus, und diese Dimensionen und die entscheidenden Merkmale waren wieder andere während der industriellen Revolution. Qualitative Merkmale müssen herangezogen werden. Das Unbefriedigende rein quantitativer Fragestellungen und Merkmalkataloge spürte der Autor offenbar selbst, wenn er inmitten etlicher Zusatzfragen zum Aspekt "Territorialisierung" ausführt:

"Wie sah in bezug auf TdG (Territorialisierung des Gewerbes - H, S.) das Aktions-Reaktionsverhältnis aus zwischen Zunft - Dorfgemeinde - Stadtgemeinde; Gerichtsherr - Grundherr - Landesherr? Woher kam der Boden für die klein- und unterbäuerliche Bevölkerungsschicht?" (S. 3).

Der Mangel an theoretischer Fundierung, der die Tagung beherrschte, wird darin deutlich, daß sich die Teilnehmer nicht über den Inhalt der zentralen Begriffe "agrarisches Nebengewerbe" und "Reagrarisierung" verständigen konnten. Das soll an letzterem exemplifiziert werden:

So wertet Hans Conrad Peyer den Vorgang, daß sich das Exportgewerbe in der Stadt Freyburg (Schweiz) entwickelte und sich zugleich in der sie umgebenden Landschaft die Großviehzucht ausweitete, als Ausdruck einer "deutlichen spätmittelalterlichen Reagrarisierung" (S. 83). Hans Hubert Hoffmann sieht in der "Reagrarisierung" auch das Absinken ehemals gewerbereicher Kleinstädte zu Ackerbürgerstädten im 19. Jahrhundert (S. 215), während Pankraz Fried zu dem Schluß kommt, "in Altbayern habe der Schwerpunkt der "Reagrarisierung" erst nach 1945 gelegen (S. 193). Friedrich Wilhelm Henning möchte im Anschluß an Wilhelm Abel die "Reagrarisierung" als Gegenstück zum Wüstungsvorgang fassen und sie als "Wiedereinbeziehung der Produktionsfaktoren Boden oder Arbeit" in die Landwirtschaft definieren (S. 137). Ähnlich ökonomisch beschränkt bestimmt Schremmer die "Reagrarisierung" aus der Sicht des Gewerbesektors als "relative" Abnahme der im Gewerbesektor Beschäftigten, des Anteils der Vollerwerbsbetriebe und des Gewerbebeitrags bei schrumpfender Berufsvielfalt" (S. 15).

Soll der Begriff mit Nutzen verwandt werden, wäre er mit einem historischen konkreten Inhalt zu füllen. Er sollte nicht jeder räumlich und zeitlich begrenzten Verschiebung im Verhältnis von Stadt und Land, Gewerbe- und Agrarsektor beigelegt werden, sondern so umfassenden Veränderungen dieses Verhältnisses vorbehalten sein, wie sie sich in der Periode der Industriellen Revolution vollzogen. Die Entwicklung des industriellen Kapitalismus brachte eine erneute Verlagerung des Schwergewichts der gesellschaftlichen Entwicklung auf die Stadt mit sich, eine bisher nie dagewesene Konzentration der Produktion und der Produzenten in den Städten, deren Kehrseite im allgemeinen der Rückzug des Gewerbes vom Lande, die "Reagrarisierung" des platten Landes, war.

Der Begriff wäre auch anwendbar unter regionalem Aspekt, hätte dann aber einen anderen Sinn. Die gesetzmäßig ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus führte während der Industriellen Revolution dazu, daß nur in einigen Regionen der Übergang vom dichten ländlichen Gewerbe zum industriellen Kapitalismus realisiert wurde (England, Teile Flanderns, Rheinland). Andere Gewerberegionen gerieten an den Rand der kapitalistischen Entwicklung, fielen der "Reagrarisierung" anheim (Bayern, Württemberg, Eichsfeld).

Die Frage, warum die Potenzen des ländlichen Gewerbes beim Übergang zum Kapitalismus in so unterschiedlichem Maße realisiert wurden, muß durch künftige Forschungen genauer beantwortet werden. Die Antwort wird sicher nicht bei begrenzt betrachtetem Agrar- oder bzw. und des Gewerbesektors zu finden sein. Der von Schremmer unterbreitete Merkmalkatalog zur "Bestimmung des gewerblichen und des agrarischen Elements in einer Region" ist dafür unzureichend. Politische Faktoren, vor allem des Klassenbildungsprozesses der Bourgeoisie, sind einzu beziehen. In diese Richtung weist die vergleichende Studie von Herbert Kisch in dem Band von Kriedte/Medick/Schlumbohm: "Die Textilgewerbe in Schlesien und im Rheinland". - Vielleicht bringt gerade die Untersuchung des Übergangsfeldes zwischen vorindustriellen Exportgewerben und industriellem



## Weistumsforschung

### Probleme ländlicher Rechtsquellen im späten Mittelalter

Überlegungen bei der Lektüre von

Deutsche Ländliche Rechtsquellen. Probleme und Wege der Weistumsforschung, hg. v. Peter Blickle

Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1977, 223 Seiten, Preis: 58,- DM

von Siegfried Epperlein

### 1. Probleme ländlicher Rechtsquellen der Feudalpoche in der Geschichtsforschung der BRD

In den letzten fünfundzwanzig Jahren wurden in der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung Probleme der Weistümerforschung im wesentlichen dreimal ausführlicher, teilweise in grundsätzlicher Art und Weise, erörtert und untersucht. In einem 1957 erschienenen Aufsatz skizzierte Karl Kollnig zunächst kurz den bisherigen Gang der Editionstätigkeit und der Forschung seit Jacob Grimm, wandte sich dann Definitionsfragen zu, befaßte sich mit sogenannten Weistumsfamilien und dem Inhalt von Weistümern und beschäftigte sich eingehender mit dem wichtigen Problem, in welcher Beziehung bzw. in welchem Verhältnis herrschaftlicher Anteil und bäuerliche Mitwirkung bei der Entstehung von Weistümern zueinander standen.<sup>1</sup> Fünfzehn Jahre später zog Dieter Werkmüller in einer 1972 erschienenen Monographie Bilanz über das bisher Geleistete.<sup>2</sup> Nach Bemerkungen über die Bedeutung der Weistümer als Quellen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Rechts- und Verfassungsgeschichte, der Volkskunde und der Sprachforschung sowie Hinweisen auf Definitionsversuche zum Begriff Weistum wurden die bis 1972 erschienenen Quellenwerke zusammengestellt. Neben den umfassenden und repräsentativen Editionen aus Österreich und der Schweiz wurden kleinere Sammlungen aus Elsaß-Lothringen, dem oberrheinischen Gebiet (Baden, Kurpfalz), Württemberg (Schwaben), Hessen, Rheinpfalz, Rheinhessen, Luxemburg, Belgien, dem Rheinland, Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen, Franken, Bayern, Böhmen und Mähren vorgeführt. Aufschlußreich sind elf Karten, auf denen für die Zeit von 1249 bis 1650 das in der Grimmschen Sammlung enthaltene Material, begrenzt auf das Gebiet der BRD, in seiner räumlichen Verbreitung dargestellt wird. Jede der jeweils auf fünfzig Jahre berechneten Karten verzeichnet die im ausgewählten Untersuchungsgebiet die für diesen Zeitraum bei Grimm gebotenen Weistümer. Außerdem wird auf zwanzig Zeitdiagrammen für die Einzelgebiete das Ansteigen, Kulminieren und Absinken der Zahl der Weistumsaufzeichnungen dargestellt. Ein Vergleich der

1 Kollnig, Karl Rudolf, Probleme der Weistümerforschung, in: Heidelberger Jahrbuch, Bd. 1, 1957, S. 13 ff.

2 Werkmüller, Dieter, Über Aufkommen und Verbreitung der Weistümer. Nach der Sammlung von Jacob Grimm, Berlin (West) 1972.

Karten und Diagramme zeigt, daß die meisten Weistumsaufzeichnungen zwischen 1450 und 1520 vor allem im Südwesten des Reiches vorgenommen wurden. In diesem Gebiet entstand ja bekanntlich im Zusammenhang mit der spätmittelalterlichen Agrarkrise und einer damit verbundenen Zuspitzung der Klassegegensätze am Vorabend des Bauernkrieges eine Situation, in der in ganz besonderem Maße die Weisung und schriftliche Fixierung von Rechten namentlich für die Bauern ein wichtiges Mittel war, um sich gegen die steigenden Ansprüche und Forderungen ihrer Herren zur Wehr zu setzen.

Vier Jahre nach der Publikation des Buches von Werkmüller veranstaltete Peter Blickle 1976 in Saarbrücken vom 30. September bis 2. Oktober ein Rundgespräch über "Deutsche Ländliche Rechtsquellen."<sup>3</sup> Neben allgemein gehaltenen Beiträgen wurde unter anderem der Aussage- und Erkenntniswert von ländlichen Rechtsquellen für die Ermittlung von Herrschaftsrechten und Herrschaftsstrukturen, für Forschungen zur Sozial- und Verfassungsgeschichte besonders diskutiert. Zusammen mit der Veröffentlichung der entsprechenden Vorträge (12), die vorwiegend mit Schriftzeugnissen aus dem oberdeutschen Raum argumentieren, wurden wichtige Aufsätze der älteren Weistumsforschung wieder abgedruckt (4). Damit wird zweifellos eine willkommene Informationsbreite erzielt. Vorliegender Sammelband verdient außerdem deshalb unser besonderes Interesse, weil der Herausgeber diese Publikation gewissermaßen als ersten Schritt auf dem Wege zu einem größeren Forschungs- und Editionsvorhaben "Deutsche Ländliche Rechtsquellen" betrachtet.

Im folgenden soll zunächst auf zwei zentrale Probleme näher eingegangen werden, die die traditionelle Weistümerforschung immer wieder beschäftigt haben und auch auf dem Saarbrücker Kolloquium mehrfach erörtert wurden: erstens die Definition und Einordnung der Weistümer in die zeitgenössische schriftliche Überlieferung und zweitens die Bewertung der Mitwirkung von feudalen Oberschichten und ländlicher Bevölkerung an der Aufzeichnung von Weistümern.

### 1.1. Weistümer als Gattung ländlicher Rechtsquellen

Versteht man unter Weistümer das in einer Versammlung von Dorfgenossen, etwa in einer Gerichtsgemeinde, in einem Hofesverband, in einer Marktgenossenschaft usw. gewiesene und aufgezeichnete Recht, so wird sofort klar, daß dem Vorgang der Weisung bei der Kennzeichnung von Weistümern, wie dies schon unter philologischem Aspekt gesehen naheliegt, große Bedeutung zukommt.<sup>4</sup> Zweierlei ist allerdings von vornherein zu beachten: Erstens hat die Annahme der "Germanisten" innerhalb der Rechtsgeschichte sicher einiges für sich, daß im Geltungsbereich des germanischen Rechts Weisungen der verschiedensten Art eine besonders wichtige Rolle spielen. Selbst dann, wenn wir solchen Weisungen in der "Romania" begegnen, wie etwa in Nordfrankreich zum Beispiel im Verbreitungsgebiet der

3 Die dort gehaltenen Vorträge wurden zusammen mit wichtigen älteren Beiträgen zur Weistumsforschung in dem hier rezensierten Sammelband veröffentlicht.

4 Vgl. Gehring, Paul, Weistümer und schwäbische Dorfordnungen, in: Deutsche Ländliche Rechtsquellen. Probleme und Wege der Weistumsforschung, hg. v. Peter Blickle, Stuttgart 1977, S. 43.

"Loi de Beaumont"<sup>5</sup>, sind hier ja gerade seit der frühmittelalterlichen fränkischen Landnahme zweifellos Elemente einer germanischen Kontinuität gegeben. Aber es ist doch sehr fragwürdig, die in diesem Raum nachweisbaren Rechtsweisungen nur auf solche doch Jahrhunderte zurückliegenden germanischen Einwirkungen und Einflüsse zurückzuführen. In erster Linie dürften die vorhandenen geschichtlichen Verhältnisse, das Bedürfnis seitens der feudalen Oberschichten oder der ländlichen Bevölkerung an der Fixierung gewohnheitsrechtlicher Normen in eigenständiger Weise, weitgehend unabhängig von ethnischen Faktoren die Anwendung des Weisungsprinzips motiviert haben. Um dessen rechtsgeschichtliche Bedeutung zu umreißen, ist zweitens zu berücksichtigen, daß Weisungen keineswegs nur bei der Regelung der rechtlichen und sozialen Beziehungen zwischen Grundherren und Bauern eine Rolle spielten, sondern auch auf anderen gesellschaftlichen Ebenen in rechtlichen Aufzeichnungen der verschiedensten Art erkennbar sind. Im Bereich der feudalen Oberschichten kam es beispielsweise zwischen den Kurfürsten im sogenannten Kurverein zu Rhens (1338) zur Abfassung eines Weistums über die Königswahl, wonach ein von ihnen bzw. ihrer Mehrheit gewählter König nicht der päpstlichen Bestätigung bedürfe. In der hochmittelalterlichen Stadt ist an die Tätigkeit der Schöffen zu erinnern, deren Erwähnung geradezu als "Leitmotiv für die Erschließung des Weistumsrechts" bezeichnet wurde.<sup>6</sup> Auch bei der Festlegung und schriftlichen Fixierung einzelner Bestimmungen von Stadtrechten, Gildestatuten und Zunftordnungen dürften Weisungen vorgekommen sein. Ihre Auswirkung und Geltung beschränkten sich selbst im ländlichen Bereich keinesfalls nur auf Weistümer, sondern finden sich zum Beispiel auch in Urbaren, in denen zur Feststellung der Höhe der Einkünfte und der Größe des grundherrlichen Landbesitzes auf bäuerliche Weisungen zurückgegriffen wurde.<sup>7</sup>

Generell wird deutlich, daß der Grundsatz der Weisung im gesamten mittelalterlichen Rechtsleben Europas eine weit verbreitete Erscheinung war, die - und das ist stets im Auge zu behalten - je nach den historischen Bedingungen, dem gegebenen geschichtlichen Milieu eine ganz spezifische Funktion haben konnte. Im Weistum als ländlicher Rechtsquelle hat die Weisung von altem Recht und Herkommen, also von Gewohnheitsrecht, kategoriale Bedeutung. Sie ist ein wichtiges, qualifizierendes Kriterium, dem naturgemäß bei künftigen Editionen größte Aufmerksamkeit zu widmen ist. Sollte dabei auf dem von J. Grimm vor rund hundert Jahren eingeschlagenen Weg weiter vorangeschritten werden? Dazu soll folgendes bemerkt werden: Es ist sicher ein unbestreitbarer Vorzug der Grimmschen Sammlung, daß sie eine beträchtliche Zahl solcher Rechtsaltertümer zusammentrug, die für das bäuerliche Leben, namentlich im späten Mittelalter, aufschlußreich sind. Das dabei befolgte Prinzip größtmöglicher Vollständigkeit sollte auch künftig beibehalten werden. Grimm berücksichtigt nicht nur Texte gewiesenen Rechts, sondern auch andere Aufzeichnungen rechtlichen Charakters, wie Satzungen, Verträge, Schiedssprüche, Öffnungen und andere, die das Kriterium

5 Vgl. auch Burmeister, Karl-Heinz, Probleme der Weistumsforschung, in: ebenda, S. 78 f.; Gerlich, Alois, Frühes Weistumsrecht in der Eifel, an Mosel und Rhein, in: ebenda, S. 125 f.

6 Vgl. Gerlich, Alois, a. a. O., S. 132.

7 Vgl. Burmeister, Karl-Heinz, a. a. O., S. 79; derselbe, Genossenschaftliche Rechtsfindung und herrschaftliche Rechtssetzung, in: Historische Zeitschrift, 1975, Beih. 4: Revolte und Revolution in Europa, hg. v. Peter Blickle, S. 173; Ott, Hugo, Das Urbare als Quelle der Weistumsforschung, in: Deutsche Ländliche Rechtsquellen, a. a. O., S. 103 ff.

der Weisung nicht erhalten, Grimm ging also von einem relativ weit gefaßten Weistumsbegriff aus, den später auch so repräsentative Editionen, wie sie aus Österreich<sup>8</sup> und dem Rheingebiet<sup>9</sup> bekannt sind, verwendeten. Das damit gegebene Dilemma, daß die Schriftzeugnisse als Weistümer angesehen wurden, die "sensu strictu" keine sind, wurde bald erkannt. Man schlug nun vor, zwei Weistumsbegriffe zu unterscheiden: erstens einen weiteren, so wie ihn Grimm gebrauchte und spätere Editionen benutzten (sogenannte Editionsweistümer), und zweitens einen engeren, der das Kriterium der Weisung, mithin gewiesenes Recht enthält (sogenannte echte, förmliche Weistümer).<sup>10</sup> Diesem Vorschlag entsprechend, mußte man sich also, wenn von Weistümern gesprochen wird, stets fragen, welche Art von Weistümern gemeint ist. Die Gefahr einer gewissen Begriffsverwirrung ist damit zweifellos gegeben. Um weiter zu kommen, könnte künftig an Editionen angeknüpft werden, wie sie aus der Schweiz und Württemberg<sup>11</sup> seit geraumer Zeit vorliegen. Ausgangspunkt wäre dann der Oberbegriff "Ländliche Rechtsquelle", unter den man neben Weistümern auch Dorfordnungen, Offnungen usw. subsumieren könnte. Alle diese Texte könnten bei klarer formaler und inhaltlicher Kennzeichnung zusammen publiziert werden. Ein solches Einteilungs- und Gliederungsprinzip deutet sich auch in dem von Peter Blickle gewählten Titel für den von ihm herausgegebenen Sammelband an: "Deutsche Ländliche Rechtsquellen, Probleme und Wege der Weistumsforschung". Damit wird genau ein umgekehrtes Herangehen an die Problematik wie bei Grimm erkennbar, der "dem engen Begriff Weistum ländliche Rechtsquellen der verschiedensten Art zuordnete."<sup>12</sup>

Der hier nur skizzierte Fragenkomplex ist naturgemäß für die sachgerechte Inangriffnahme künftiger Publikationsvorhaben - gegebenenfalls unter Zuhilfenahme der elektronischen Datenverarbeitung<sup>13</sup> - von erheblicher Bedeutung, da klare konzeptionelle Vorstellungen über das Wesen der herauszugebenden Quellen sowohl den Editoren als auch den späteren Benutzern die Arbeit beträchtlich erleichtern.

## 1.2. Zur Entstehung und zum Inhalt von Weistümern

Seit Jacob Grimm zwischen 1840 und 1878 seine Sammlungen vorlegte, hat die Forschung immer wieder, praktisch bis heute, die Frage nach Charakter und

8 Vgl. Oesterreichische Weistümer, gesammelt von der Oesterreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien, 17 Bd., Wien 1870-1966.

9 Die Weistümer der Rheinprovinz, Abt. 1 u. 2, Bonn 1900-1914.

10 Vgl. Gehring, Paul, a. a. O., S. 45 f.

11 Sammlung schweizerischer Rechtsquellen, Namens des schweizerischen Juristenvereins hg. von dessen Rechtsquellenkommission, Aarau 1903-1968; vgl. Balte, Hermann, Die oesterreichischen Weistümer. Studien zur Weistumsgeschichte, in: Mitteilungen des Oesterreichischen Instituts für Geschichtsforschung, Bd. 61, 1953, S. 74; Württembergische ländliche Rechtsquellen, hg. v. der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte, Bd. 1-3, Stuttgart 1910-1941.

12 Vgl. Blickle, Peter, Die staatliche Funktion der Gemeinde - Die politische Funktion des Bauern, Bemerkungen aufgrund von oberdeutschen ländlichen Rechtsquellen, in: Deutsche Ländliche Rechtsquellen, a. a. O., S. 205.

13 Ein diesbezüglicher auf dem Kolloquium in Saarbrücken gehaltener Vortrag von Köhler, Hans-Joachim, Der Einsatz der Elektronischen Datenverarbeitung bei der Bearbeitung ländlicher Rechtsquellen, wurde im hier rezensierten Sammelband leider nicht abgedruckt.

Ursprung von Weistümern beschäftigt. In wesentlichen bildeten sich zwei konträre Auffassungen heraus. Die ältere, namentlich von Jacob Grimm und Georg Ludwig von Maurer vertretene Ansicht hob hervor, daß die seit dem 13. Jahrhundert entstandenen Weistümer ausschließlich von freien Bauern autonom gewiesenes Recht enthielten und sich in diesen Zeugnissen ungebrochen und unverfälscht Spureneiner in älteren Zeiten bestehenden bauerlichen Freiheit und Gleichheit widerspiegelten.<sup>14</sup>

Widerspruch erhoben vor allem Alfons Dopsch und seine Schüler (Erna Patzelt, Hermann Wießner), die nachdrücklich den bauerlich-genossenschaftlichen Charakter der Weistümer bestritten. Nicht die ländliche Bevölkerung habe die Aufzeichnung von Weistümern veranlaßt, sondern die Grundherrschaft, die mit der schriftlichen Fixierung ihrer Rechte bauerlichen Ansprüchen Grenzen gesetzt habe. Außerdem, so wurde betont, könnten die Weistümer nicht zur Aufstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse, etwa im frühen Mittelalter, herangezogen werden, da Rechtsinhalt und Geltungsbereich dieser Quellenzeugnisse nicht über die Zeit ihrer Entstehung hinausgegangen seien.<sup>15</sup>

Jüngst hat Karl-Heinz Burmeister in der Auseinandersetzung über den Anteil grundherrlicher und bauerlicher Aktivitäten<sup>16</sup> an der Abfassung von Weistümern darauf hingewiesen, daß "genossenschaftliche Rechtsfindung" und "herrschaftliche Rechtssetzung" nicht zwei Alternativen seien, "die gleichzeitig auf die Entwicklung der Weistümer einwirken. Sie stellen vielmehr zeitlich aufeinanderfol-

14 Vgl. dazu Werkmüller, Dieter, a. a. O., S. 34 ff.

15 Vgl. die Ausführungen von Huppertz, Barthel, Die Verbreitung der Weistümer, in: Deutsche Ländliche Rechtsquellen, a. a. O., S. 33 ff.; Gehring, Paul, a. a. O., S. 41 f.; Müller, Walter, Die Öffnungen der Fürstabtei St. Gallen. Die Ergebnisse im Spiegel der Weistümforschung, in Deutsche Ländliche Rechtsquellen, a. a. O., S. 52 f.; Burmeister, Karl-Heinz, Probleme der Weistümforschung, a. a. O., S. 74 f.; Gerlich, Alois, a. a. O., S. 116 f.; Fried, Pankraz, Die Bedeutung der ländlichen Rechtsquellen für die bayerische Verfassungsgeschichte, in: Deutsche Ländliche Rechtsquellen, a. a. O., S. 198 f. - Die Polemik der Wiener Schule mit Alfons Dopsch als führendem Kopf muß auch auf dem politischen Hintergrund von sich nach dem ersten Weltkrieg in der bürgerlichen Geschichtsschreibung verstärkenden antimarxistischen Tendenzen und Strömungen gesehen werden. Dopsch ging es in seinen Schriften entsprechend seiner Grundauffassung, wonach es historische Gesetzmäßigkeiten nie gegeben habe, vielmehr unveränderliche Konstanten von Anfang an dominiert hätten, u. a. um den Nachweis, daß in der Geschichte schon immer der Freiheit der Herren, die Unfreiheit der Dienenden gegenüberstand. Die ursprüngliche Freiheit und Gleichheit der Bauern sei ein unbewiesenes Axiom "agrarkommunistischer Themen". Vgl. auch Müller - Martens, Eckhard, Karl der Große, Ludwig der Fromme und die Freien, in: Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, Bd. 10, 1963, S. 10 ff.; Münc, Ernst, Strukturveränderungen der Grundherrschaft im Hochfeudalismus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 10/1976, S. 764 f.; Schleier, Hans, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, in: Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 40, 1975, S. 159 f.

16 Die Ausklammerung der zwischen Grundherren und Bauern bestehenden Klassengegensätze bei der Charakterisierung von Weistümern, wie es Bühler - Reimann, Theodor, Warnung vor dem herkömmlichen Weistümbegriff, in:



gende Erscheinungen dar."<sup>17</sup> Der hier anklingende Gedanke einer historisch differenzierenden Sicht von herrschaftlichem Einfluß und bäuerlicher Initiative bei der Entstehung und Aufzeichnung von Weistümern ist meines Erachtens ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Lösung des Problems, wobei zum chronologischen Bezug noch der jeweilige regionale Aspekt zu treten hätte.

Generell wird man bei einer Betrachtung der Entwicklung von gewissem Recht im ländlichen Bereich im Mittelalter davon auszugehen haben, daß bereits Jahrhunderte vor der schriftlichen Fixierung von Weistümern Rechtsweisungen existierten. Sie ergaben sich zwangsläufig aus dem Zusammenleben und dem gemeinsamen Wirtschaften von Bauern, etwa im Zusammenhang mit der Regelung der Nutzungsrechte an der Allmende, also an Wald, Wiese, Weide und Gewässern, der Bestellung der Felder, der Ernte usw. Diese Angelegenheiten wurden im Laufe der Zeit in zunehmendem Maße von dörflichen Genossenschaften wahrgenommen, die seit dem 12. Jahrhundert in Verbindung mit dem sich verstärkenden, erfolgreichen bäuerlichen Klassenkampf (Abwanderungsbewegungen, vor allem in die Stadt, Verweigerung von feudalen Leistungen und andere Formen des Widerstandes) ihre Position in der Feudalgesellschaft stabilisieren und ausbauen konnten. Mit der Ausbildung von Dorfgerichten wurde der Zusammenhalt unter den Dorfbewohnern weiter gefestigt, die nur ein über die Regelung des dörflichen Wirtschaftsbetriebes hinausgehendes politisches Mitspracherecht erlangten. Dieses von den Bauern im Rahmen der entstehenden Dorfgemeinde ausgeübte Recht gewann besondere Bedeutung, als seit dem 12. Jahrhundert die Grundherren auf das selbständigere Auftreten der ländlichen Bevölkerung mit der Aufzeichnung von sogenannten Hofrechten<sup>18</sup> reagierten, in denen vor allem die bäuerlichen Rechte und Pflichten festgelegt wurden. Dabei mußten die feudalen Oberschichten auf Aussagen der Bauern vor allem deshalb zurückgreifen, weil diese sonst das nunmehr schriftlich fixierte Ausmaß feudaler Leistungen nicht anerkannten. Derartige Aufzeichnungen gewannen so seit der Mitte des 13. Jahrhunderts allmählich den Charakter von Weistümern. Sie zeugen davon, daß die bäuerliche Gemeinde vereint auftritt, durch ihre Vertreter das geltende Recht "weisen" läßt und damit aktiven Anteil am politischen Leben des Dorfes nimmt. In diesem Zusammenhang läßt sich beobachten, daß im 13. und 14. Jahrhundert vielfach die Grundherren maßgeblichen Anteil an der Niederschrift von Weistümern hatten.<sup>19</sup> Sie hofften, auf diesem Wege ihre Rechte und Ansprüche sichern und den mit der Auflösung der Villikationsverfassung wachsenden Bestrebungen der Bauern nach größerer Unabhängigkeit einen Riegel vorschieben zu können. Diese Situation änderte sich im späten Mittelalter, als die Feudalgewalten, im Zusammenhang mit der Entstehung und dem Ausbau zentralisierter Territorialstaaten, beispielsweise durch den Erlaß von sogenannten Dorfordnungen, Öffnun-

Deutsche Ländliche Rechtsquellen, a. a. O., S. 87, und von Urbaren, wie sie Ott, Hugo, Das Urbar als Quelle für die Weistümforschung, in: ebenda, S. 103, erkennen lassen, dürfte nicht weiterführen, da sie den historischen Gegebenheiten nicht gerecht wird.

<sup>17</sup> Vgl. Burmeister, Karl-Heinz, Probleme der Weistümforschung, a. a. O., S. 75.

<sup>18</sup> Vgl. auch Töpfer, Bernhard/Engel, Evamaria, Vom staufischen Imperium zum Hausmachtkönigtum, Weimar 1976, S. 103 ff.

<sup>19</sup> Vgl. Gehring, Paul, a. a. O., S. 45 ff.; Endres, Rudolf, Ländliche Rechtsquellen als sozialgeschichtliche Quellen, in: Deutsche Ländliche Rechtsquellen, a. a. O., S. 165 f.

gen<sup>20</sup> eine höhere Belastung der ländlichen Bevölkerung durchzusetzen suchten und die Bauern häufig zu ihren Leibeigenen machen wollten. Gegenüber der vorhergehenden Zeit, als herrschaftliche Initiative mehrfach bei der Abfassung von Weistümern Anteil hatte, waren es nun vor allem die Bauern, die sich mit Hilfe von Weistümern, mit der Berufung auf Herkommen und "altes Recht" gegen eine Verschlechterung ihrer Lage wehrten und ein weiteres Vordringen der Herren verhindern wollten. Wenn gerade am oberen und mittleren Rhein, in Schwaben und Franken solche Weistümer besonders zahlreich verbreitet sind, so zeigt das deutlich, daß die aktive Dorfgemeinde, von der die Weistümer Zeugnis ablegen, ein wichtiger Kraftquell des bäuerlichen Widerstandes gegen feudale Ausbeutung gewesen ist. Im Verlauf des Bauernkrieges verteidigte dann die ländliche Bevölkerung mit großer Entschlossenheit beispielsweise ihre Marktnutzungsrechte, deren Regelung in den Weistümern eine wichtige Rolle spielt. Allerdings wird man sich stets vor Augen halten müssen, daß nicht allenthalben die Entwicklung so gradlinig verlief, wie sie soeben skizziert wurde. Vor allem sind bei der Frage nach der Entstehung von Weistümern regionale Unterschiede, also die Besonderheiten der geschichtlichen Entwicklung des jeweiligen Gebietes, zu beachten, die ganz wesentlich auf Form und Inhalt ländlicher Rechtsquellen einwirkten. Generell gewinnt man den Eindruck, daß bei der Beschäftigung mit Weistümern neben terminologischen Fragen die Auseinandersetzung um die politische und soziale Provenienz einen verhältnismäßig großen - vielleicht allzu großen - Raum eingenommen hat. Ohne die Relevanz der damit zusammenhängenden Probleme verkennen zu wollen, sollte meines Erachtens bei künftigen Forschungen zur bäuerlichen Geschichte, besonders des späten Mittelalters, wieder viel mehr das von den Weistümern bezeugte Geschehen in Hof, Dorf und Gemeinde beachtet werden. Darüber hinaus wird es darauf ankommen, sich nicht nur auf die zweifellos recht aussagekräftigen Weistümer zu beschränken, sondern den Gesamtkomplex der ländlichen Rechtsquellen<sup>21</sup> wieder stärker ins Blickfeld zu rücken, deren überaus reicher Inhalt noch längst nicht für weiterführende Erkenntnisse voll ausgeschöpft und fruchtbar gemacht wurde. Gewiß ist dabei zu berücksichtigen, unter welchem Blickwinkel, von welchem gesellschaftlichen Standort aus bestimmte Fragen des Lebens und Wirkens der ländlichen Bevölkerung gesehen und beurteilt werden. Aber es scheint, als ob der darüber geführte Meinungsstreit von der möglichst vollständigen Erfassung und Auswertung des vorhandenen Quel-

20 Vgl. Müller, Walter, a. a. O., S. 55 f.; Ulbricht, Claudia, Freiheit und Eigenschaft in spätmittelalterlichen ländlichen Rechtsquellen des Oberrheingebiets, in: Deutsche Ländliche Rechtsquellen, a. a. O., S. 187 f.

21 Für Thüringen vgl. jetzt Held, Wieland, Die Tagelohnarbeit in den thüringischen Dörfern im 15. und 16. Jahrhundert im Spiegel der Dorfordinungen und Weistümer, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 2, S. 93 ff. - Bei der Auswertung dieser Schriftzeugnisse dürfte sich die Kombination mit anderen Quellen, etwa Rechnungsbüchern, Steuerregistern, Güterverzeichnissen, als nützlich erweisen, da so quantifizierbare Sachverhalte faßbar werden, die wesentlich zur Kennzeichnung der bäuerlichen Lage in ökonomischer, sozialer und rechtlicher Hinsicht beitragen. Zur Methode vgl. Berthold, Rudolf, Agrarkrisen, Agrarkonjunktur, Bevölkerungsentwicklung, in: ebenda 1971, T. 4, S. 231 ff.; Berthold, Rudolf/Harnisch, Hartmut/Müller, Hans-Heinrich, Der preußische Weg der Landwirtschaft und neuere westdeutsche Forschungen, in: ebenda 1970, T. 4, S. 259 ff.; methodisch aufschlußreich für den städtischen Bereich: Ebeling, D./Irsigler, F., Getreideumsatz, Getreide- und Brotpreise in Köln 1368 - 1997, in: Mitteilungen aus dem Stadtarchiv Köln, hg. v. H. Stehkämper, H. 65, Köln/Wien 1976.

lenmaterial mehr und mehr weggeführt hat. Es ist zu begrüßen, daß der von Blickle vorgelegte Sammelband, dessen Beiträge neben Weistümern auch Dorf-ordnungen, Offnungen, Bauernbriefe, Urbare und andere rechtliche Festlegungen berücksichtigen, die angedeutete, im Laufe der Zeit eingetretene Blickverengung offenbar überwinden und ganz allgemein zu einer stärkeren Beschäftigung mit der bäuerlichen Geschichte im Mittelalter in der Geschichtsschreibung der BRD ermuntern möchte.

## 2. Zur Bewertung der Rolle der ländlichen Bevölkerung in der Feudalgesellschaft durch Karl Bosl und Peter Blickle

Generell wird man sagen können, daß mit der Monographie von Werkmüller (1972) und dem von Blickle herausgegebenen Sammelband die Weistumsforschung in der BRD in Bewegung geraten ist - eine Erscheinung, die mit einer bereits vorher zu beobachtenden, verstärkten Hinwendung zu sozialgeschichtlichen Problemen, zu Fragen der sogenannten "Unterschichten" im Zusammenhang stehen dürfte. Für die Motivierung der damit angesprochenen Modifikationen in der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung ist besonders auf Bosl hinzuweisen, der etwa seit der Mitte der fünfziger Jahre mit seinen Aufsätzen und Büchern in der bürgerlichen deutschen Mediävistik zunehmend Aufsehen erregte.<sup>22</sup>

Für die traditionelle Haltung ihrer maßgeblichen Repräsentanten ist eine Schilderung Bosls der seinerzeit auf dem Ulmer Historikertag 1956 herrschenden "Kongreßatmosphäre" recht aufschlußreich. Vom Jahre 1973 rückblickend, stellt Bosl fest:

"Es wird bald zwanzig Jahre, daß auf dem Ulmer Historikertag 1956 Herbert Grundmann einen interessanten und aufrührenden Vortrag über die Freiheit als menschliches und ideengeschichtliches Problem des Mittelalters hielt und sich dagegen aussprach, daß man gesellschaftliche Aspekte damit in Verbindung brächte. Es war wohl wieder das erstmal seit Karl Lamprecht und nach Alfons Dopsch, daß ich auf dem gleichen Historikertag zu Ulm über das spezielle Thema der Unterschichten und der Leibeigenschaft in der mittelalterlichen Geschichte sprach. Grundmann war wie viele andere der Meinung, daß die Unterschichten nicht geschichtsmächtig und darum auch nicht geschichtswürdig seien. So entsprach es einer auf das historische Individuum eingestellten Geschichtstheorie, für die Politik, Religion, Kunst ... Felder individueller Aktion und Leistung ausschließlich waren ... Hermann Heimpel flüsterte mir vor meinem Vortrag zu, ich solle mich durch H. Grundmann nicht aus dem Konzept bringen lassen, und der für neue Probleme immer aufgeschlossene Percy Ernst Schramm sagte mir nach meinem Referat, das sei ein neuer Ton im Geschichtsbild des Mittelalters."<sup>23</sup>

Die Bemerkung Schramms wirft ein bezeichnendes Licht auf die konservative Grundhaltung vieler Zuhörer Bosls; dessen Vortrag herkömmliche Auffassungen

<sup>22</sup> Vgl. Erbstößer, Martin/Matschke, Klaus-Peter, Von Bayern nach Europa, Geschichtsbild und politischer Standort des Historikers Karl Bosl, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 9, 1973, S. 468 ff. Zur Einschätzung Bosls in der BRD vgl. jetzt auch Kuchenbuch, Ludolf, Bäuerliche Gesellschaft und Klosterherrschaft im 9. Jahrhundert, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beih. 66, Wiesbaden 1978, S. 8 f.

<sup>23</sup> Vgl. Bosl, Karl, Die Unfreiheit im Übergang der archaischen Epoche zur Aufbruchperiode der mittelalterlichen Gesellschaft, in: Sitzungsberichte der bayerischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse, Nr. 1/1973, S. 3 f.

vom Mittelalter sicherlich korrigierte, ihren konzeptionellen Rahmen aber keineswegs sprengte. So widmete zwar Bosl der Behandlung der "Unterschichten" relativ breiten Raum, schränkte aber gleichzeitig deren geschichtlichen Stellenwert gegenüber den feudalen Oberschichten erheblich ein. So heißt es von den Unfreien und Hörigen: "Sie hatten noch keine eigene Geschichte, sie waren nach außen nur indirekt und passiv wirksame historische Kraft, insofern sie das meist schweigende und willenlos scheinende Substrat und Werkzeug einer ... allein aktiven, geschichtsbildenden, herrschafts- und schwertragenden Eliteschicht waren."<sup>24</sup> Offenbar war in der BRD damals allein schon das Vorhaben, die Unterschichten zum Gegenstand eines Vortrages zu machen, selbst wenn dabei die führende Rolle der Aristokratie im Mittelalter nachdrücklich betont wurde, ein ungewöhnliches Wagnis. In der 1970 erschienenen 9. Auflage von Gebhardts "Handbuch der deutschen Geschichte" hob Bosl erneut die Bedeutung der adligen Führungsgruppen hervor: "Nur von ihrem Tun berichten die Quellen, da andere Schichten noch nicht geschichtsbedeutend und staatsmächtig sind."<sup>25</sup> Zwar haben sich in den Ansichten Bosls, vielleicht unter dem Einfluß der Ergebnisse der marxistischen Mediävistik, im Laufe der Zeit einige Wandlungen vollzogen. So schreibt er in dem 1971 erschienenen "Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte": "Doch selbst wenn die servi wie die differenzierten liberi im Windschatten der Gesellschaft standen und noch keine eigene Geschichte hatten, wenn nur Urbare und Traditionsbücher sie registrieren und ihren Arbeiterweg aufzeichnen, sind sie nicht nur eine indirekte und passive Kraft gewesen, wie der Stellungaufstand (841/842) zeigt. Als schweigende und verschwiegene Werkzeuge einer fast allein aktiven und geschichtsbildenden Oberschicht in Waffen, die ihnen Leben, Sicherheit und ein bescheidenes Maß an Ordnung garantierte, hatten sie doch eine gewichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Funktion im Geschichtsprozeß, da die Führungsschicht von ihrer Arbeit und ihrem Arbeitsertrag völlig abhängig war."<sup>26</sup> Zwar bleiben in der Auffassung Bosls weiterhin Gesellschaft, Staat und Kultur vom Beginn an aristokratisch geprägt, doch geht sein Interesse an den Unterschichten beträchtlich über das sonst bei bürgerlichen Historikern zu beobachtende Maß hinaus. Dieser zwischen ihm und seinen Kollegen in der BRD bestehende Diskrepanz ist sich Bosl offenbar selbst bewußt, wenn er auf einer Vortragsreise, die ihn an verschiedene Universitäten in den USA und Kanada führte, unter anderem kritisch bemerkte: "Und da gibt es noch immer vor allem deutsche Universitätsprofessoren, die erklären, daß man in ihren Vorlesungen über Unterschichten nichts zu hören bekömmte, weil sie in der Geschichte nichts bedeutet hätten. Und da gibt es führende Geschichtsinstitute, deren Leiter die Unterschichten im Mittelalter nicht für geschichtswürdig halten." Weiter stellt Bosl fest: "... Die Geschichtsmächtigkeit der Unterschichten des Mittelalters wird noch heute von führenden Althistorikern und Mediävisten geleugnet oder nicht gesehen."<sup>27</sup>

<sup>24</sup> Derselbe, Freiheit und Unfreiheit. Zur Entwicklung der Unterschichten in Deutschland und Frankreich während des Mittelalters, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 44, 1957, S. 193 f.; erneut, leicht verändert abgedruckt in: derselbe, Frühformen der Gesellschaft im mittelalterlichen Europa, München/Wien 1964, S. 193 f.

<sup>25</sup> Derselbe, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neu bearbeitete Aufl., hg. v. Herbert Grundmann, Bd. 1: Frühzeit und Mittelalter, Stuttgart 1970, S. 706.

<sup>26</sup> Derselbe, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Stuttgart 1971, S. 160.

<sup>27</sup> Vgl. derselbe, Mensch und Gesellschaft in der Geschichte Europas, München

Der Forderung Bosls, den "Unterschichten" größere Beachtung zu schenken und auch Probleme der Wirtschafts- und Sozialgeschichte stärker in historischen Untersuchungen zu berücksichtigen, wurde naturgemäß vor allem im Kreise seiner Schüler entsprochen. Hier ist neben Friedrich Prinz, der namentlich der Bedeutung von Kirche und Mönchswesen im frühen Mittelalter weiterführende Aspekte abgewann,<sup>28</sup> und Alfred Haverkamp, der die Beziehungen staufischer Herrscher zu den Städten im 12. Jahrhundert in neuem Lichte erscheinen ließ,<sup>29</sup> besonders Blicke zu nennen. Seine Klage über vielfache Ablehnung und Unverständnis seiner Fachkollegen hinsichtlich Fragen der Geschichte der ländlichen Bevölkerung, "die bis an die Schwelle des Industriezeitalters 80 - 90 % der Gesamtbevölkerung ausmachten",<sup>30</sup> erinnert an die bereits zitierte Attacke Bosls gegen die Weigerung mancher Professoren, das Wirken der "Unterschichten" im Mittelalter zur Kenntnis zu nehmen. Wie Bosl<sup>31</sup> konstatiert Blicke<sup>32</sup>, ähnlich wie auch Rudolf Endres<sup>33</sup> und Pankraz Fried<sup>34</sup>, in der Geschichtsforschung der BRD auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, vor allem gegenüber England, Frankreich und den USA, einen Rückstand, den es aufzuholen gelte. Außerdem würde innerhalb der Wirtschaftsgeschichte die Agrargeschichte im Vergleich zu Untersuchungen über die Stadt, den Handel und das Handwerk vernachlässigt. Es ist also gar nicht zu verkennen, daß Blicke wichtige Anregungen von seinem Lehrer erhielt, von dem er sich indes - und das ist zu beachten - in mancherlei Hinsicht unterscheidet. Seit den sechziger Jahren beschäftigte sich Blicke mit Studien zur Lage der Bauern in oberdeutschen Gebieten, vor allem im 16. und 17. Jahrhundert, wobei er besondere Aufmerksamkeit den verschiedensten Äußerungen politischer Aktivität der ländlichen Bevölkerung in dieser Zeit widmete. Ein Teil der von ihm erzielten Ergebnisse fand Eingang in die erste und zweite Auflage der "Geschichte des deutschen Bauernstandes vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert"<sup>35</sup> von Günther Franz, dessen Assistent Blicke für längere Zeit

1972, S. 86 f., 90; vgl. dazu Epperlein, Siegfried, Das europäische Mittelalter in der Sicht Karl Bosls, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 4, 161 ff.

28 Prinz, Friedrich, Klerus und Krieg im frühen Mittelalter. Untersuchungen zur Rolle der Kirche beim Aufbau der Königsherrschaft, in: Monographien zur Geschichte des Mittelalters, hg. v. Karl Bosl, Bd. 2, Stuttgart 1971; vgl. dazu Töpfer, Bernhard, in: Deutsche Literaturzeitung, Nr. 12/1972, Spalte 1011 f.

29 Haverkamp, Alfred, Herrschaftsformen der Frühstauer in Reichsitalien, in: Monographien zur Geschichte des Mittelalters, hg. v. Karl Bosl, Stuttgart 1971; vgl. dazu Töpfer, Bernhard, in: Deutsche Literaturzeitung, Nr. 1/1972, Spalte 51 f.

30 Vgl. Blicke, Peter, a. a. O., S. 217.

31 Vgl. Bosl, Karl, Das Problem der Armut in der hochmittelalterlichen Gesellschaft, in: Sitzungsberichte der oesterreichischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse, Bd. 294, 5. Abhandlung, Wien 1974, S. 16 Anm. 20.

32 Ebenda, S. 5.

33 Endres, Rudolf, a. a. O., S. 161 f.

34 Fried, Pankraz, a. a. O., S. 197 f.

35 Franz, Günther, Geschichte des deutschen Bauernstandes vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, 1. Aufl. Stuttgart 1970, S. 151 ff.; ebenda, 2. Aufl. Stuttgart 1976, S. 153 ff.; vgl. dazu Heitz, Gerhard, Landwirtschaft - Agrarverfassung - Bauernstand, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 1, S. 183 ff.

war. Einen gewissen Abschluß fanden seine Forschungen in der 1973 publizierten Habilitationsschrift<sup>36</sup>, in der er für das 16. und 17. Jahrhundert als Reaktion auf "Herrschaftsintensivierung" Formen eines teilweise politisch organisierten Widerstandes der Bauern nachweist, die in häufig sehr heftig geführten Auseinandersetzungen ihre wirtschaftliche Existenz und schließlich ihr Leben auf Spiel setzten. Umgekehrt fällt Licht auf Entwicklungen, in deren Verlauf Feudalgewalten eine Konzentration staatlicher Herrschaft anstreben, um der Resistenz der ländlichen Bevölkerung wirkungsvoller begegnen zu können.

Das 450. Jubiläum des deutschen Bauernkrieges 1975 nahm Blickle zum Anlaß, sich eingehend mit diesem wichtigen Ereignis deutscher Geschichte zu beschäftigen. Auf einem in Memmingen vom 24. bis 27. März 1975 veranstalteten internationalen Symposium, an dem auch Historiker aus der DDR teilnahmen (Adolf Laube, Max Steinmetz, Günter Vogler),<sup>37</sup> setzte sich Blickle kritisch mit der von Franz in seiner Bauernkriegsmonographie aufgestellten These von der politischen Entmachtung der Bauern als zentraler Folgeerscheinung ihrer Niederlage auseinander.<sup>38</sup> In diesem Zusammenhang plädierte Blickle dafür, den Bauernkrieg als Revolution zu bezeichnen, weil erstens die sozialpolitischen Bestrebungen durch ihre Verbindung mit dem Evangelium auf eine grundsätzlich neue Gesellschafts- und Herrschaftsordnung ausgerichtet gewesen seien, zweitens die Aufstandsbewegung ("gemeiner Mann" = 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung) eine bis dahin nicht erreichte Breite gewonnen hätte und drittens das Moment der Gewalt gegeben gewesen sei. Durch die wirtschaftliche und politische Entmachtung der Geistlichkeit und die politische Entmündigung des Adels sei die Sozialstruktur grundlegend verändert worden. Mit dem politischen Ziel der "landschaftlichen" Verfassung in den Städtestaaten und der korporativ-ständischen Verfassung in den Kleinstaaten seien grundsätzlich neue politische Verhältnisse anvisiert worden.<sup>39</sup>

Die revolutionäre Komponente in den Ereignissen von 1525 akzentuierte Blickle auch in der 1975 erschienenen Publikation "Die Revolution von 1525". Unter anderem analysiert er hier die 12 Artikel<sup>11</sup>, in denen die Forderung nach Aufhebung der Leibeigenschaft enthalten ist, deren Existenz und Intensivierung zur Zeit des Bauernkrieges in oberdeutschen Gebieten nachgewiesen wird. Herrschaftlicher

36 Blickle, Peter, Landschaften im alten Reich, Die staatliche Funktion des gemeinen Mannes in Oberdeutschland, München 1973.

37 Zum Forschungsstand der marxistischen Feudalismusforschung in der DDR zur frühbürgerlichen Revolution vgl. Probleme der Feudalismusforschung in der DDR (1970-1975), in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 1, 1977/78, bes. S. 36 ff.

38 Vgl. Blickle, Peter, Thesen zum Thema - Der "Bauernkrieg" als Revolution des "Gemeinen Mannes", in: Historische Zeitschrift, 1975, Beih. 4, a. a. O., S. 127 f.; derselbe, Die politische Entmündigung des Bauern, Kritik und Revision einer These, in: ebenda, S. 298 f. - Zur Position von G. Franz und seiner Bauernkriegsmonographie vgl. Steinmetz, Max, Positionen der Forschung. Kritische Bemerkungen zur Bauernkriegsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: ebenda, S. 117 f.

39 Vgl. Blickle, Peter, Thesen zum Thema - "Der Bauernkrieg"..., a. a. O., S. 322 f., 329 f.

Druck stärkte, wie gezeigt wird, das politische Bewußtsein der Bauern, die sich in "Landschaften" organisieren. In seiner Rezension des zitierten Buches weist Günter Vogler<sup>40</sup> darauf hin, daß hier eine "neue Sicht" des Bauernkrieges entwickelt wurde, meint, es bleibe abzuwarten, inwieweit diese sich in der BRD durchsetzen werde, und betont: "Blickle stößt in dieser Richtung bisher am weitesten vor."<sup>41</sup>

1976 wendet sich Blickle erneut gegen den "Topos vom 'unpolitischen Bauern'", gegen Bestrebungen, "das 'Unpolitische' des Bauern zur anthropologischen 'Konstante'" zu erheben,<sup>42</sup> und weist nachdrücklich auf die "staatliche Funktion der Gemeinde" und die politische Funktion der Bauern" in der Zeit vom 16. bis 18. Jahrhundert hin. Durch passiven und aktiven Widerstand gegen feudalen Druck sei es der ländlichen Bevölkerung vielfach gelungen, Anteil an der Gerichtsbarkeit zu erlangen, herrschaftliche Forderungen abzuwehren und Einfluß auf die Gestaltung von Landesordnungen zu nehmen.<sup>43</sup>

Die eben skizzierten Ansichten Blickles lassen meines Erachtens zweierlei deutlich erkennen: Erstens ist die Gegenposition zur traditionellen, von Franz entscheidend geprägten Bauernkriegsauffassung der BRD klar ersichtlich. Zweitens hebt sich Blickle aber auch von den Auffassungen Bosls ab, und zwar einmal im speziellen Fall des Bauernkrieges, den Bosl als "Reformation" bezeichnete, wobei er radikale Forderungen der Bauern kaum berücksichtigte.<sup>44</sup> Blickle unterscheidet sich von Bosl aber noch in einem umfassenderen und prinzipielleren Sinn. Bei aller Würdigung der "Unterschichten" betont Bosl die letztlich

40 Vogler, Günter, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 1/1976, S. 101 f.; vgl. Laube, Adolf, Die Volksbewegungen in Deutschland von 1476-1517. Ursachen und Charakter, in: Historische Zeitschrift, 1975, Beitr. 4, a. a. O., S. 85; derselbe, Bemerkungen zur These von der Revolution des gemeinen Mannes, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 7/1978, S. 607 f.; vgl. allgemein Müller, Hans-Heinrich, Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 4, S. 228 f.

41 Der von Blickle in diesem Buch vertretene Standpunkt unterscheidet sich m. E. auch von der in der Geschichtsschreibung in der BRD anzutreffenden "Integrations"-Konzeption, in deren Rahmen die revolutionären Bauernbewegungen des 15. und 16. Jh. in Deutschland im wesentlichen als Bestrebungen zur Verbesserung der sozialpolitischen Stellung der Bauern gedeutet werden, mit dem Ziel, sie in die spätf feudale Gesellschaftsordnung zu integrieren. Vgl. Laube, Adolf, Der deutsche Bauernkrieg - Höhepunkt der frühbürgerlichen Revolution, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, Bd. 11, 1974, S. 1004; vgl. allgemein Schmidt, Walter, Die reformistische "Integrations"-Konzeption, in: Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, 3. neubearb. erweit. Aufl. Berlin 1977, S. 56 f.

42 Blickle, Peter, Die staatliche Funktion der Gemeinde - Die politische Funktion des Bauern, Bemerkungen aufgrund von oberdeutschen Rechtsquellen, in: Deutsche Ländliche Rechtsquellen, a. a. O., S. 216 f.

43 Ebenda, S. 208 f., 215 f.; Blickle, Peter, Die Funktion der Landtage im "Bauernkrieg", in: Historische Zeitschrift, Bd. 221, 1975, S. 8 ff.

44 Vgl. Bosl, Karl, Mensch und Gesellschaft in der Geschichte Europas, a. a. O. S. 175 ff.

entscheidende Führungsrolle der Eliten und damit den aristokratischen Charakter der Feudalgesellschaft. In einer solchen Geschichtsdeutung sind dem Bewegungsspielraum, der Wirkungsbreite und dem Intensitätsgrad von Aktivitäten der "Unterschichten" relativ enge Grenzen gesetzt. Weiter ist zu berücksichtigen, daß Bosl, um die Bedeutung von "Unterschichten" zu demonstrieren, Institutionen wie "Stadt"<sup>45</sup> oder "Grundherrschaft"<sup>46</sup> bevorzugt untersucht, die ihm geeignet erscheinen, unter Ausklammerung der Sphäre des Klassenkampfes ein bei aller existierender Spannung bestehendes Zusammenwirken von Herrschaft und "Unterschichten" nachzuweisen. Dabei wendet sich Bosl namentlich dem frühen und hohen Mittelalter zu, wo zwar zweifellos erhebliche Potenzen des Klassenkampfes sichtbar werden, aber nicht eine solche Verschärfung in allen Bereichen der Feudalgesellschaft eintritt wie im späten Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit. Gerade diese "Konfliktsituation", in der Vorstellungen von einer Harmonie der Sozialpartner ein völliges Fiasko erleiden, wählt Blickle als spezielles Arbeitsgebiet, um nachdrücklich auf die gegenüber früheren Jahrhunderten nun viel umfassender und wesentlich massierter auftretenden politischen Aktionen und revolutionären Vorstöße der ländlichen Bevölkerung hinzuweisen.

Generell gewinnt man den Eindruck, daß sich bei Blickle hinsichtlich des gewählten Forschungsgegenstandes, der angewandten Untersuchungsführung und der vorgenommenen Wertungen erhebliche Abweichungen von den von Bosl entwickelten konzeptionellen Vorstellungen erkennen lassen. Die von Blickle erreichten Resultate führen zu einer Annäherung an Positionen marxistischer Historiker.

Abschließend sei noch folgende Bemerkung gestattet. Zweifellos hat Blickle recht, wenn er betont, daß bei der Erforschung der Genesis der Territorialstaaten die Rolle der in Gemeinden repräsentierten ländlichen Bevölkerung viel mehr als bisher zu beachten sei und in diesem Zusammenhang auch Weistümer und Dorfordnungen, also ländliche Rechtsquellen in weitestem Wortsinn, herangezogen werden müssen. Die damit angesprochenen politischen Aktivitäten der Bauern treten jedoch nicht erst in dem von Blickle behandelten Zeitraum auf, sondern sind schon lange vorher nachweisbar, stellen einen charakteristischen Zug der bäuerlichen Geschichte dar und sind ganz allgemein ein Wesensmerkmal der verschiedenen Entwicklungsstadien der Feudalgesellschaft. Die marxistische Geschichtswissenschaft in der DDR hat in den verschiedenen, durch den jeweiligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte entscheidend bedingten und geprägten Formen des bäuerlichen Klassenkampfes eine wichtige historische Triebkraft sichtbar machen können.<sup>47</sup> Dabei wurde namentlich in den beiden letzten Jahrzehnten die beträchtliche Bedeutung erkannt, die neben Aufständen<sup>48</sup> vor allem den sogenannten niederen oder täglichen Formen des bäuerlichen Widerstandes gegen feudale Bedrück-

45 Vgl. Töpfer, Bernhard, in: Stadt und Städtebürgertum in der deutschen Geschichte des 13. Jahrhunderts, 1976, S. 8 f. = Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, Bd. 24.

46 Vgl. Müller-Mertens, Eckhard, Fragen der geschichtlichen Triebkräfte an die strukturorientierte Sozialgeschichte, gerichtet an: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 9. Aufl., hg. v. Herbert Grundmann, Bd. 1, Stuttgart 1970, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 2, S. 243 f.

47 Vgl. Probleme der Feudalismusforschung in der DDR (1970-1975), a. a. O., S. 32 ff.

48 Für das frühe Mittelalter vgl. Epperlein, Siegfried, Volksbewegungen im frühmittelalterlichen Europa - eine Skizze, in: Die Rolle der Volksmassen



kung zukommt<sup>49</sup> Fragen, denen sich übrigens seit den sechziger Jahren in zunehmendem Maße auch englische, französische und amerikanische Mediävisten zuzuwenden beginnen.<sup>50</sup> Entsprechende Forschungen stecken freilich noch in den Anfängen, und es bleibt noch viel zu tun übrig, bis wir über ein einigermaßen befriedigendes Bild von den Grundzügen der Entwicklung im agrarischen Bereich der Feudalgesellschaft verfügen.

in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen, hg. von Joachim Hermann u. Irmgard Sellnow, Berlin 1975, S. 211 ff.; für den Spätfeudalismus vgl. Der Bauer im Klassenkampf. Studien zur Geschichte des deutschen Bauernkrieges und des bäuerlichen Klassenkampfes im Spätfeudalismus, hg. v. Gerhard Heitz u. a., Berlin 1975.

<sup>49</sup> Vgl. Epperlein, Siegfried, Herrschaft und Volk im karolingischen Imperium, in: Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, Bd. 14, 1969, S. 15 ff.; derselbe, Bauernbedrückung und Bauernwiderstand im hohen Mittelalter, in: ebenda, Bd. 6, 1960, passim.

<sup>50</sup> Vgl. Gutnova, E. V., Klassovaja bor' ba srednevekovogo krest' janstva (XI-XV vv.) v osveščanii sovremennoj francuzskoj, anglijskoj i amerikanskoj medievistiki, in: Srednie veka, Bd. 42, 1977, S. 203 ff.

Forschungen zu den Anfängen produzierender Wirtschaft in Mitteleuropa

Wolfgang Linke, Frühestes Bauerntum und geographische Umwelt. Eine historisch-geographische Untersuchung des Früh- und Mittelneolithikums westfälischer und nordhessischer Bördenlandschaften = Bochumer Geographische Arbeiten, Nr. 28

Ferdinand Schöningh, Paderborn 1976, VIII und 87 Seiten, 9 Karten, 93 Abbildungen, Preis: 28,- DM

von Eike Gringmuth-Dallmer

Den ersten entscheidenden Umbruch in der Wirtschaftsgeschichte der Menschheit stellt der Übergang von der aneignenden zur produzierenden Wirtschaft an der Wende von der mittleren zur jüngeren Steinzeit dar, der deshalb nicht zu Unrecht auch als "neolithische Revolution" bezeichnet wird. Er brachte neben der Entstehung von Ackerbau und Viehzucht weitere wichtige Neuerungen auf dem Gebiet der Produktivkraftentwicklung, von denen vor allem der Übergang zur sesshaften Lebensweise und die Erfindung der Töpferei genannt seien.

Im Prozeß der genannten Umwälzungen erreichten die Beziehungen des Menschen zu seiner natürlichen Umwelt eine neue Qualität, indem das rein passive Reagieren auf diese Umwelt durch ihre aktive Umgestaltung ergänzt wurde. In diesem Zusammenhang erhebt sich insbesondere die Frage, wieweit die neolithischen Siedler bei der Erschließung ihrer Siedlungs- und Wirtschaftsflächen bewußt Landschaften mit einer bestimmten natürlichen Ausstattung aufsuchten bzw. mieden und wieweit sie in der Lage waren, die günstigsten Physiotope für die Besiedlung herauszufinden.

In Mitteleuropa erfolgte die Neolithisierung seit der zweiten Hälfte des 5. Jahrtausends v. u. Z. im Rahmen einer Einwanderung von Südosteuropa her. Da den Einwanderern Gebiete unterschiedlichster natürlicher Ausstattung offenstanden, versprechen Analysen ihrer ältesten Siedlungsgebiete Einblicke in die Art der Standortwahl.

Mit diesen wenigen Sätzen ist etwa der methodische Ausgangspunkt der Arbeit von Linke umrissen. Sie untersucht die geographischen Bezüge der ältesten neolithischen Kultur, der Bandkeramik, und ihrer mittelnolithischen Nachfolger, der Großgartacher, Rössener und Bischheimer Gruppe, in dem im Untertitel genannten größeren Gebiet, das aufgrund unterschiedlicher geographischer Voraussetzungen Aussagen über eine gezielte Auswahl der Siedlungsplätze zuläßt. Ferner erhebt sich die Frage nach einer Änderung der Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt im Laufe der Entwicklung. Dementsprechend formuliert Linke die Hauptziele seiner Arbeit als "Untersuchung der Abhängigkeit des Besiedlungsvorganges im Früh- und Mittelneolithikum von den geographischen Umweltbedingungen und ... Prüfung der Frage, ob im Verlauf eines Jahrtausends wesentliche Änderungen des

Wirtschaftsverhalten früher bäuerlicher Kulturgruppen auch durch ein unterschiedliches Siedlungsverhalten zu kennzeichnen ist" (S. 6).<sup>1</sup>

Zu diesem Zweck wird die natürliche Ausstattung der archäologisch faßbaren Siedlungsplätze analysiert. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die heutigen Verhältnisse (herangezogen werden Boden, Relief und Gewässernetz) im Prinzip in den Untersuchungszeitraum zurückzutransponieren sind. Nach einer ausführlichen Diskussion dieses Problems, die sich vor allem mit der Bodenerosion auseinandersetzt, kommt Linke zu dem Schluß, daß eine solche Übertragung grundsätzlich möglich ist, wobei beim Boden vor allem das Ausgangsmaterial als am wenigstens veränderliches Merkmal herangezogen wird. Dagegen ist beim Klima mit so starken Verschiebungen zu rechnen, daß sich seine Berücksichtigung verbietet.

Bei der detaillierten naturräumlichen Analyse geht Linke von der Voraussetzung aus, "daß sich in der Regel der Siedlungsplatz in unmittelbarer Nähe der Wirtschaftsfläche befunden haben wird und eine Untersuchung des Nahbereiches eines Siedlungsplatzes als eine Untersuchung eines Teiles der ehemaligen Wirtschaftsfläche zu verstehen ist" (S. 9). Die jeweilige Untersuchungsfläche bildet ein sogenanntes "Siedlungsumfeld" mit einem Radius von 750 Metern um den Siedlungsplatz. Seine Abgrenzung ist willkürlich, da sich für die ursprüngliche Ausdehnung der Wirtschaftsflächen keinerlei Anhaltspunkte ergeben. Die Analyse dieser Umfelder erfolgt für jeden Siedlungsplatz über vier Karten, nämlich eine orohydrographische Karte, eine Hangneigungskarte, eine Bodenkarte, auf der Ausgangsmaterial, Bodenart und Entwicklungsstand berücksichtigt sind, und eine Karte der heutigen Bodengüte. Als Begleittext sind unter den Karten archäologische Angaben zur Fundstelle sowie Statistiken über die Anteile der einzelnen natürlichen Merkmale aufgeführt. Diese auch graphisch sehr gut gelöste Art der Darstellung ermöglicht eine schnelle Übersicht über die Ergebnisse und ihre Überprüfung. Leider fehlt jedoch im laufenden Text der Hinweis auf die Nummer der jeweils behandelten Karte.

Die auf der geschilderten Grundlage vorgenommenen Einzeluntersuchungen haben insgesamt zu recht übereinstimmenden Ergebnissen geführt, wenn auch regionale und zeitliche Unterschiede feststellbar sind.

Die hydrographischen Verhältnisse waren, wie nicht anders zu erwarten, durch eine möglichst große Nähe zum Wasser gekennzeichnet (meist Bäche, sehr wenig Flüsse, sonst Quellen). Daß jedoch Entfernungen zum Wasser bis zu 1 075 Meter die realen Verhältnisse widerspiegeln, muß bei dem doch fast unumschränkt zur Verfügung stehenden Siedlungsraum allerdings bezweifelt werden. Hingewiesen sei hier auf den künstlich ausgehobenen Teich in der bandkeramischen Siedlung Köln-Lindenthal, der oberflächlich nicht erkennbar war.<sup>2</sup> Auch mit Brunnen ist im Gegensatz zu den Auffassungen des Autors bereits zu rechnen, wie die Ausgrabung eines solchen aus der älteren Linienbandkeramik von Mohelnice, Bezirk Šumperk (Mähren) zeigt.<sup>3</sup> Zu diesem Problem dürften also bindende Aussagen nur bei ausgegrabenen Siedlungen möglich sein.

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

2 Buttler, Werner/Haberey, Waldemar, Die bandkeramische Ansiedlung bei Köln-Lindenthal, Berlin/Leipzig 1936, S. 22 f., Tafel 15, 1 = Römisch-Germanische Forschungen, Bd. 11.

3 Tichý, Rudolf, XIII. Grabungssaison in Mohelnice (Bez. Šumperk), in:

Eng mit der Entfernung zum Wasser hängt der Anteil von Fluß- und Bachauen in Nahbereich der Siedlungen zusammen, boten sie doch vermutlich ein wichtiges Areal für die Viehzucht. Wenn auch während des gesamten Untersuchungszeitraumes Siedlungsumfelder mit einem Auenanteil von weniger als 20 Prozent überwogen, so kann doch eindeutig festgestellt werden, daß im Mittelneolithikum "im viel stärkeren Maße Standorte mit großen bis übergroßen Auenanteilen im Umkreis von 750 Metern belegt" sind als im Frühneolithikum (S. 61). Diese Beobachtung stellt eine Bestätigung für die bereits anderweitig geäußerte Auffassung dar, daß sich im mittleren Neolithikum das Gewicht der Viehzucht gegenüber dem des Ackerbaus verstärkt hat.

Hinsichtlich des Bodens konnte Linke die seit langem vertretene Auffassung bestätigen, daß der Löß einen herausragenden Standortfaktor für die bandkeramische Siedlung darstellt. Nur 2,15 Prozent aller Siedlungen haben heute keinen Bezug zum Löß, und nur ein Drittel aller Plätze weist in seinem Umfeld weniger als 70 Prozent Löß auf. Dem entspricht, daß als Bodenart Lehm auf Löß weit überwiegt und sich 80 Prozent aller Standorte in fruchtbaren Bereichen befinden.

Schließlich gilt die Aufmerksamkeit des Verfassers den Beziehungen der Besiedlung zum Relief. Hier ist - bei relativ geringen Differenzen im Laufe der Entwicklung - durchweg eine Bevorzugung ebener bis flach geneigter Flächen festzustellen, wie es bei einer rein agrarisch ausgerichteten Gesellschaft auch nicht anders zu erwarten ist.

Das geschilderte ziemlich einheitliche Bild führt trotz der von Linke dabei angewandten, sehr differenzierten Methoden kaum über das hinaus, was aus der älteren Forschung bereits bekannt war. Anders ist es, wenn man die Gesamtentwicklung ins Auge faßt, für die sich einige bemerkenswerte Tendenzen abzeichnen. Linke versucht, eine mögliche Rangfolge der siedlungsbedingenden Faktoren herauszuarbeiten. Als solche betrachtet er "Lößbedeckung und ein nur schwach geneigtes Relief in einer Entfernung von maximal 500 Metern und ein Wasservorkommen mit einem Abstand unter 250 Metern zum Siedlungsplatz. Der morphologische Standort und größere Feuchtsisotopenanteile können ferner von großer Bedeutung sein und eine modifizierende Abfolge bedingen" (S. 73). Unter diesem Gesichtspunkt haben die frühesten Siedler noch nicht immer die optimalen Bedingungen herausgefunden, wengleich sie ihnen nahe waren. Vielmehr scheint bei ihnen vor allem die unmittelbare Nähe zum Wasser die Platzwahl bedingt zu haben. In den folgenden Phasen der Bandkeramik erfolgte dann eine immer stärkere Bevorzugung der positiven Merkmale Löß und ebenes Relief, während im Bezug zum Wasser zum Teil größere Abstände in Kauf genommen wurden. Am Ende der Bandkeramik und in den Nachfolgekulturen ist schließlich eine größere Unabhängigkeit von den natürlichen Verhältnissen zu beobachten. Sie zeigt sich in einer Tendenz zu größerer Wäusserentfernung, häufigerer Besiedlung stärker reliefierter Landschaften, größerer Auenanteile und größerer Anteile der Nichtlößböden in den Siedlungsumfeldern. Allerdings ist diese Tendenz nirgends so stark, daß sie das bevorzugte Aufsuchen der siedlungsgünstigsten Physiotope in Frage stellen würde.

Das letzte Kapitel untersucht die Siedlungen und die Wirtschaftsweise im Früh- und Mittelneolithikum und ihre Auswirkung auf die Landschaft. Dieser Ansatz ist erfreulich, beschränken sich doch vergleichbare Untersuchungen meistens darauf, einseitig der Abhängigkeit des Menschen von der natürlichen Umwelt nachzugehen. Allerdings vermag Linke nicht, zu diesem Problem aus dem eigenen Material neue

Gesichtspunkte beizusteuern, so daß es bei der Diskussion des gegenwärtigen Forschungsstandes bleibt.

Insgesamt bietet die Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung der Mensch-Umwelt-Problematik in ur- und frühgeschichtlicher Zeit, indem sie diese Beziehungen nicht, wie es meistens geschieht, mehr oder weniger allgemein und intuitiv zu erfassen sucht, sondern bemüht ist, exakt meßbare und definierte Bezüge herzustellen. Es gehört überhaupt zu ihren Vorzügen, daß sie alle wichtigen Begriffe vor ihrer Anwendung definiert. Allerdings fragt es sich, ob dann nicht zum Teil allzu differenziert vorgegangen wird, wenn zum Beispiel bei den Hangneigungen die Berechnungen für den Flächenanteil bis 2 Grad, bis 4 Grad und bis 8 Grad durchgeführt werden und alle praktisch zu dem gleichen Ergebnis führen. Eine "Überinterpretation" unterschiedlicher Werte ist im übrigen deshalb zweifelhaft, da das Siedlungsumfeld mit einem Radius von 750 Metern auch nur definiert ist. Würde ein anderes Siedlungsumfeld den Ermittlungen zugrunde gelegt, so könnte dies zu erheblich veränderten Ergebnissen führen. Hier müßten die Untersuchungen an ausgewählten Beispielen nochmals durch solche von Siedlungsumfeldern mit anderem Radius ergänzt werden, um die Stichhaltigkeit der ermittelten Werte zu überprüfen.

Trotz dieser kritischen Anmerkungen muß die Arbeit als wichtiger Beitrag zur siedlungsarchäologischen und damit wirtschaftshistorischen Forschung gewertet werden, dessen methodische Ansätze bei vergleichbaren Untersuchungen berücksichtigt werden sollten. Wünschenswert wäre jetzt neben einer entsprechenden Bearbeitung des Frühneolithikums anderer Gebiete eine parallele Untersuchung jüngerer Zeiten im gleichen Gebiet, da erst sie Rückschlüsse darüber gestatten würde, wieweit es wirklich Besonderheiten der neolithischen Landnahme gibt oder wieweit es sich hier um allgemeine Gesichtspunkte der Standortwahl handelt, die einer bäuerlichen Wirtschaftsweise immanent sind, wie der Verfasser annimmt.

Norwegen als Beispiel: Zur Vorgeschichte des Feudalismus  
nach

A. Ja. Gurevič, Norvežskoe obščestvo v rannee srednevekov'e  
Verlag "Nauka", Moskau 1977, 327 Seiten, Preis: 2,20 Rubel

von Matthias Springer

Das Buch ist das Ergebnis einer mehr als zwanzigjährigen Forschungstätigkeit. Gurevič war während der fünfziger Jahre mit Arbeiten über das norwegische Hochmittelalter an die Öffentlichkeit getreten. Seine neueren Werke hat der bedeutende Gelehrte der mittelalterlichen Kultur in dem weiten Sinne gewidmet, wie er diesen Begriff versteht. Die vorliegende Darstellung verbindet sein älteres mit seinem jüngeren Arbeitsgebiet, deren innere Einheit dadurch gegeben ist, daß Gurevič hier wie da die Entstehung der feudalen Gesellschaft untersucht hat. Unter Verweis auf Neussychin hebt er hervor, daß eine Entwicklungsgeschichte des Feudalismus mit der Erforschung der Verhältnisse beginnen muß, aus denen diese Gesellschaftsordnung erwachsen ist. Einem solchen Ziel kann Norwegen in besonderem Maße dienen: Als das Land ins Licht der Geschichte trat, hatte es eine hohe Altertümlichkeit bewahrt; seine Quellen reden in der Volks- und nicht in der lateinischen Sprache, die auf dem europäischen Festland die Wirklichkeit oftmals verzerrt widergespiegelt hat.

"Unter der Hand ist die Arbeit, die als Untersuchung über die Voraussetzungen der feudalen Entwicklung geplant war, in die Erforschung eines Gesellschaftsgefüges hinübergewachsen, das kaum mit voller Berechtigung als vorfeudal zu bezeichnen ist. Das Schwergewicht hat sich auf die Herausarbeitung der Besonderheiten dieses Gefüges verlagert - unabhängig davon, was aus ihm in der Folgezeit hervorgehen sollte" (S. 9).<sup>1</sup>

So ist eine Art Handbuch über die norwegische Gesellschaft von ihren faßbaren Anfängen bis ins 12. Jahrhundert entstanden. Die Besprechung des Werkes wird dadurch erschwert, denn die Lieblingsbeschäftigung eines Rezensenten, zu zeigen, daß er besser Bescheid weiß als der Verfasser, wäre hier ein lächerliches Unterfangen. Andererseits verbietet es die Fülle des von Gurevič dargestellten Stoffes, den Leser gründlich über den Inhalt des Buches zu unterrichten. So möchte ich mich damit begnügen, die Punkte herauszugreifen, von denen ich annehme, daß sie für die Vorgeschichte des Feudalismus auch außerhalb Norwegens besondere Aufmerksamkeit beanspruchen können. Ich muß mich ferner darauf beschränken, gewissermaßen von Durchschnittswerten der altnorwegischen Gesellschaft auszugehen. Wer die Berücksichtigung der beträchtlichen landschaftlichen Unterschiede Norwegens und die säuberliche Scheidung der einzelnen Schichten der Rechtsquellen vermißt, muß den Mangel mir und darf ihn auf keinen Fall Gurevič anrechnen, in dessen Buch diese wichtigen Punkte ausführlich behandelt werden.

1 Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Gurevič beginnt mit einem Überblick über seine wichtigsten Quellen, nämlich die Rechtsdenkmäler, die Königssagas, die ältere Edda und die Skaldendichtung, wobei er für deren Nutzung sehr beherzigenswerte methodische Grundsätze entwickelt (S. 36). Übrigens berücksichtigt er auch die Ergebnisse der Archäologie sowie der Ortsnamenforschung und der Runenkunde, wie das Buch überhaupt eine staunenswerte Literaturkenntnis verrät.

In einer Gesellschaft, die vornehmlich von der Viehzucht und dem Ackerbau lebt wie die altnorwegische, haben die Grundbesitzverhältnisse ausschlaggebende Bedeutung. Folglich trägt der erste Abschnitt des Buches die Überschrift: "Archaische Formen des Grundbesitzes und der Familienorganisation" (S. 37 - 149). Die Verknüpfung der beiden Begriffe mag dem Außenstehenden merkwürdig erscheinen. Wir müssen jedoch davon ausgehen, daß in der altnorwegischen Gesellschaft eine unlösbare Verbindung zwischen einer Gruppe von Menschen und dem von ihnen bearbeiteten Grund und Boden bestand. Dieses Verhältnis drückte sich in den Rechtsbestimmungen aus, die um das Odal kreisen. Zum Verständnis der altnorwegischen Eigentumsverhältnisse kommt man über die Untersuchung der Verwandtschaftsorganisation. Die Erforschung des germanischen Verwandtschaftswesens kann aus den norwegischen Rechtsbestimmungen grundlegende Anregungen empfangen. Als germanische Verwandtschaftseinheit wird uns gewöhnlich die Sippe genannt, ein Begriff, der eine Schöpfung der neuzeitlichen Rechtswissenschaft und dazu unklar ist. In ihn haben Vorstellungen von der Verwandtschaft Eingang gefunden, wie sie sich erst seit dem 18. Jahrhundert entwickelt haben. Im Altgermanischen hat es keinen Namen für den Personenverband gegeben, den die neuzeitliche Rechtswissenschaft unter der "Sippe" versteht.

In den Bußbestimmungen, die das Rechtsbuch des Frostathings enthält, wird eine altertümliche Gruppe von Verwandten sichtbar, die "visendr". Die Herkunft des Wortes war bereits nicht mehr klar, als das Rechtsbuch aufgezeichnet wurde. Die Gruppe der "visendr" umfaßte den Sohn und den Vater, die Brüder des Vaters, die Söhne der Brüder, die Söhne der Vaterbrüder und die Söhne der Söhne der Vaterbrüder. Angehörige dieser drei Altersstufen hatten in der norwegischen Frühzeit jeweils eine Hausgenossenschaft und damit die kleinste Zelle der Gesellschaft gebildet.

Ich möchte die Bezeichnung "Großfamilie" für die Hausgenossenschaft vermeiden. Der Begriff der Großfamilie weckt Vorstellungen von römischen Zuständen mit der unumschränkten Gewalt des "pater familias", für die wir unter germanischen Verhältnissen keine Anhaltspunkte finden. Die Hausgenossenschaft war eine Produktionsgemeinschaft. Mit dem, was man heute unter der Familie versteht, dürfte sie wenig gemein gehabt haben.

Die norwegische Hausgenossenschaft hat bis ins 8. oder 9. Jahrhundert bestanden. Dann zerfiel sie in die einzelnen Wirtschaften von "Kleinfamilien" (S. 86). Mit ihrer Auflösung gingen wesentliche Veränderungen in den Grundbesitzverhältnissen einher. Sie lassen sich an den Erbfolgebestimmungen der norwegischen Gesetzbücher gut ablesen. Solange die Hausgenossenschaft bestanden hatte, war es unnötig gewesen, die Erbfolge zu regeln, weil das Land von einer Altersstufe der Hausgenossen auf die andere übergegangen war.

Das Gemeineigentum der Hausgenossenschaft ist offenbar in zwei Stufen zerfallen: In der ersten, dem "hafnskipti", wurde das Ackerland auf ein Jahr einzelnen Besitzern zur Bearbeitung überlassen, ohne daß die Eigentumsrechte davon berührt wurden. (Die Aufteilung erstreckte sich nicht auf das Weideland, den Wald und die Gewässer, deren Nutzung in Norwegen große Bedeutung hatte). Die zweite

Stufe, das "odalsskipti", brachte die endgültige Teilung der Eigentumsrechte. Lange Zeit hielten sich jedoch Überreste des ursprünglichen Gemeineigentums, die sich zum Beispiel im Vorkaufsrecht der Verwandten äußerten. Der Untersuchung des Odals, die zum Verständnis der Grundbesitzverhältnisse besonders wichtig ist, widmet Gurevič dementsprechend einen großen Teil seiner Darstellung (S. 56 ff.).

Der nächste Unterabschnitt beschäftigt sich mit den Beziehungen der Hausgenossenschaften und später der Bauern zueinander, also mit dem Gemeinwesen, besonders der Gemeinde (S. 84 - 115). Die beiden Begriffe sind nicht gleichzusetzen: Die Beziehungen der Mitglieder einer Gemeinde (im engeren Sinne) haben eine wirtschaftliche Grundlage und werden durch gemeinsamen Grundbesitz vermittelt (S. 85). Nun ist in Norwegen die Mehrzahl der sozialen Beziehungen nicht innerhalb der Gemeinde, sondern in anderen Formen des Gemeinwesens geregelt worden, bei denen wir aber nicht verweilen wollen. Die norwegische Gemeinde unterscheidet sich von der festländischen unter anderem dadurch, daß sie bei großer räumlicher Ausdehnung eine geringe Anzahl von Mitgliedern zählte und in der Hauptsache nicht den Ackerbau, sondern die Viehzucht regelte.

Das Gemeindeland tritt in Norwegen in zwei Arten auf: erstens als "almenningr", wozu die Hochweiden, Wälder und Gewässer gehören. Auffälligerweise erscheint der König als Eigentümer dieses Gemeindelandes, während dem Bauern das Nutzungsrecht bleibt. Wer auf diesem Land einen Hof anlegen wollte, brauchte dazu die Erlaubnis des Königs (S. 111). Wir haben hier ein schönes Beispiel dafür, wie das in der vorstaatlichen Gesellschaft gemeinschaftlich Geregelt in der Staatsgesellschaft zum obrigkeitlich Geregelt wird.

Eine zweite Form des Gemeindelandes galt nicht als Eigentum des Königs, sondern gehörte einer Gruppe von Nachbarn. Es wurde von einzelnen Bauern genutzt, wobei die Nachbarn unter bestimmten Umständen das Land mitnutzen konnten. Man darf sich also nicht mit der Feststellung begnügen, daß dieses oder jenes Land Gemeineigentum sei, sondern muß darüber hinaus die Form des Gemeineigentums untersuchen.

Das bisher Dargelegte drängt zu der Frage, ob die norwegische Hausgenossenschaft das Überbleibsel einer früheren Zeit oder eine Neubildung ist. Gurevič setzt sich ausführlich mit diesem Problem auseinander und spricht sich für das erste aus. Ich möchte ihm zustimmen. (Dagegen läßt sich die Dorfgemeinde des Festlandes wahrscheinlich nicht bis in die germanische Urzeit zurückverfolgen. Ich erwähne beiläufig, daß bereits Friedrich Engels im Anschluß an Kowalewski diese Ansicht ausgesprochen hat.<sup>2</sup>) Die Besonderheit Norwegens bestand darin, daß die Hausgenossenschaften hier später zerfallen sind als bei den anderen germanischen Völkern, bei denen sie somit kaum faßbar werden.

Das norwegische Odal erinnert den Betrachter unwillkürlich an das fränkische Allod, unabhängig davon, wie das etymologische Verhältnis zwischen beiden Wörtern ist.<sup>3</sup> Wird man nun darauf aufmerksam, daß das Land, das gekauft und verkauft werden konnte, in Norwegen gerade nicht als vollberechtigtes Eigentum

<sup>2</sup> Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1973, S. 131, 136 f.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Gurevič, A. Ja., Zu Begriffsbildungen in vorkapitalistischen Gemeinwesen und ihrer gesellschaftlichen Motivation; "Hof", "Grund und Boden", "Welt". Anhand mittelalterlicher skandinavischer und angelsächsischer Quellen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979, T. 1, S. 113-124.



(Odal) galt, so neigt man bei der Behauptung, das Allod sei eine Ware gewesen, zur Vorsicht, zumal "Allod" auch im Gegensatz zu "gekauftem Land" gebraucht wird.<sup>4</sup>

Der zweite Abschnitt des Buches behandelt "Die norwegische Gesellschaft im 11. und 12. Jahrhundert" (S. 150-248). Der Zerfall der Hausgenossenschaften brachte den Übergang zu Einzelwirtschaften, an deren Spitze im behandelten Zeitraum ein "Bonde" steht. Die freie Bevölkerung Norwegens bestand im 11. und 12. Jahrhundert hauptsächlich aus Bonden. Bonde heißt jedoch nicht jeder Landbesitzer, sondern gewöhnlich nur der Inhaber eines Hofes. Unter den Bonden herrschte eine erhebliche Ungleichheit des Vermögens und der Rechte.

Wenn wir in den Rechtsbüchern nach Maßstäben für die Vermögenslage suchen, so finden wir bei der norwegischen Wirtschaftslage zuerst die Menge des Viehs berücksichtigt. Ein zweites Kennzeichen von Reichtum oder Armut bildete die Anzahl der Sklaven, über die jeder Bonde mit Ausnahme offensichtlichlicher Habseligkeiten verfügte: Der Bauer, der außer seinen Söhnen keine erwachsenen Arbeitskräfte hatte, war kein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft. Er wurde von öffentlichen Verpflichtungen, der Teilnahme an der Landesverteidigung, auch von Leistungen an die Kirche weitgehend befreit.

Die Verwendung von Sklaven (unfreier Knechte) war während des Frühmittelalters in ganz Europa weiter verbreitet, als man oftmals zu glauben geneigt ist. Norwegen dürfte nur insofern eine Sonderstellung eingenommen haben, als die Sklaverei hier besonders dauerhaft war, weil die Bauern nur langsam in feudale Abhängigkeit gebracht werden konnten. "Möglicherweise ist die Bedeutung der Sklaverei als der ersten und besonders primitiven Form der Abhängigkeit hier sogar gewachsen" (S. 165).

Bei der außerordentlichen Verbreitung unfreier Knechte in den Wirtschaften der Bonden ergibt sich die auch von Gurevič gestellte Frage, wie das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Freien und Unfreien in Norwegen war. Leider läßt sich darüber nichts aussagen. Gurevič möchte jedoch die Ansicht ablehnen, daß die Zahl der in der Produktion tätigen Freien wesentlich größer war als die der Unfreien. Erst seit dem Ende des 11. oder dem Anfang des 12. Jahrhunderts, als die Sklaverei in Norwegen in Verfall zu geraten begann, sollte sich das Bild wandeln. "Von dieser Zeit an gewannen die persönlich freien Bauern in der Produktion ohne Zweifel an Gewicht" (S. 165). Sogleich entstand aber eine neue Art der sozialen Schichtung: Bei der Armut eines großen Teils der Bonden, von der Gurevič ein anschauliches Bild zeichnet, schwebten die wirtschaftlich Schwachen immer in Gefahr, in die Schuldknechtschaft abzusinken. Rechtlich wurden sie dadurch nicht zu Unfreien; aber tatsächlich waren solche Leute kaum in einer anderen Lage als ein Sklave. Neben den ganz armen Bonden hat es eine Schicht von Kleinrentnern gegeben, doch treten sie in den Quellen kaum in Erscheinung: Wenn nämlich die Rechtsbücher auf die Vermögenslage der Bonden eingehen, dann nur deshalb, weil Fälle geregelt werden mußten, in denen die ganz Armen ihre Verpflichtungen nicht erfüllen konnten. Und wenn sich die Königssagas mit den Bonden beschäftigen, lassen sie nur die Angehörigen der Oberschicht auftreten. Es ist somit keine vollständige Übersicht über die Vermögenslage der Bauern zu gewinnen. Fest steht nur, daß der Name "Bonde" die Vertreter ganz verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bezeichnen konnte.

<sup>4</sup> Reallexikon der germanischen Altertumskunde, hg. v. Johannes Hoops, Bd. 1, 1. Aufl. Straßburg 1911, S. 65.

Nun zerfiel der Stand der Bonden nicht nur in Reiche und Arme. Für die Stellung eines Menschen in der mittelalterlichen Gesellschaft sind seine Rechte viel wichtiger als seine Vermögenslage. Das gilt auch für die altnorwegische Gesellschaft, (Hier soll nicht auf den Zustand eingegangen werden, daß Rechte aus Armut nicht mehr zu verwirklichen waren). Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Untersuchung des Standes der "hǫldar": Das Wort "holdr" hat eine Entwicklung durchgemacht, an deren Ende es einen Mann in einer gehobenen Stellung bezeichnet. "In Ostnorwegen bildeten die 'hǫldar' im 11. und zu Beginn des 12. Jahrhunderts jedoch noch keine besondere Schicht, sondern die breite Masse der freien und vollberechtigten Bevölkerung" (S. 183). In den Bruchstücken, die von den Rechtsbüchern dieses Landesteils überliefert sind, kommt eine Einteilung in drei Stände in der Weise zutage, daß an oberster Stelle die "Landherren" (lendir menn), an zweiter die vollberechtigten Bauern (hǫldar) und an dritter verschiedene Arten von Unfreien stehen. Gurevič möchte in dieser Art der Dreiteilung eine Bewahrung vorfeudaler Zustände sehen. Ich glaube, man wird das nur für die Trennung zwischen vollberechtigten Freien und Unfreien annehmen dürfen. Die Stellung der "Landherren" beruht meines Erachtens auf dem Eingriff des Königs. Ihre Würde war nicht erblich, sondern wurde von den Königen verliehen.

Anders als in Ostnorwegen war die Stellung der "hǫldar" in den westlichen Teilen des Landes. Hier bildeten sie nicht die Masse, sondern die Oberschicht der freien Bevölkerung und waren trotzdem die Träger der Rechtsnormen. In den Rechtsbüchern Westnorwegens geben die Bußsätze der "hǫldar" das Richtmaß ab, zu dem die Bußsätze der übrigen Stände ins Verhältnis gesetzt werden. Das Erstaunliche ist nun, daß die "hǫldar" eine ganz geringe Minderzahl der Gesellschaft ausmachten. In manchen Landschaften konnte man mitunter nicht einmal zwölf "hǫldar" aufreiben. Die Masse der freien Bevölkerung in Westnorwegen bestand aus Bonden.

Gurevič lehnt sowohl die Ansicht von Philipp Heck ab, der alle Bonden für Freigelassene halten wollte, als auch die Meinung Konrad v. Maurers, der sie für Vollberechtigte erklärt hatte. "Die Bonden waren nicht vollberechtigt, ohne jedoch ihrer Freiheit beraubt zu sein" (S. 191). Ihre mindere Rechtsstellung kam beispielsweise in geringeren Bußsätzen zum Ausdruck.

Die Grenze der Bonden nach unten war nicht gleichmäßig gezogen: In Nordwestnorwegen stand zwischen ihnen und den Freigelassenen die Schicht der "rekspegn" ("Minderbauern"), die in Südwestnorwegen fehlte. Hier war auch die Scheidung zwischen "hǫldar" und Bonden schärfer gezogen als im Nordwesten. Der Unterschied kommt jedoch nicht daher, daß den "holdar" im Südwesten Vorrechte verliehen worden wären, sondern daß in diesem Landesteil die Rechtsbücher einen jüngeren Zustand erfaßt haben, bei dem es mit den Bonden weiter abwärts gegangen war als unter den Verhältnissen, die sich im Nordwesten in den Quellen widerspiegeln. Der in diesem Zusammenhang deutlich werdende Verlust an Rechten, den die Bonden erlitten haben, ist wesentlich für das Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung im Frühmittelalter: Eines Tages erscheinen Leute als Oberschicht, aber nicht deshalb, weil ihnen Vorrechte zuerkannt worden wären, sondern weil sie Recht behalten haben, die den anderen verlorengegangen sind. So ist es höchst aufschlußreich, daß "hǫldr" war, wer ein Odal oder zumindest ein Recht darauf hatte. (Man hat das Wort "hǫldr" deshalb im Deutschen mit dem Wort "Odalsbonde" wiedergegeben).

Gewiß hat es im Frühmittelalter gesellschaftlichen Aufstieg auch durch Verleihung und Neuerwerb von Rechten gegeben; doch darf man die andere Möglichkeit nicht außer Augen lassen.

Seit wann bestand der Unterschied zwischen Bonden und "hǫldar"? Zur Lösung der Frage hat man das Recht herangezogen, das im 10. Jahrhundert in England für die nordischen Eroberer und Bewohner der Insel erlassen worden ist und das zwar "hǫldar", aber keine Bonden kennt. Gurevič verneint die Möglichkeit, anhand dieses "Rechts der Nordleute" auf den Abstand zwischen den beiden Ständen zu schließen. Ich möchte die Frage anders fassen: Hans Kuhn hat darauf hingewiesen, daß die Eddalieder und die Skalden vor dem Jahre 1000 das Wort "Bonde" (búendr/boendr) nicht gebrauchten.<sup>5</sup> Er bringt die Bildung des Standes der Bonden mit dem nordischen Kriegsflottenwesen zusammen, wie es im 10. Jahrhundert entstand und in den ersten zwei Dritteln des 11. Jahrhunderts seine Blüte erlebte: Bonde war, wer zum Dienst in der Flotte und den damit verbundenen Leistungen verpflichtet war. Demnach wird man nicht fragen dürfen, wie im 10. Jahrhundert das Verhältnis zwischen Bonden und "hǫldar" war, weil es den Stand der ersteren noch gar nicht gab. Man wird sich die Abschichtung der "hǫldar" wohl so vorstellen müssen, daß es für die Leute, die die Rechte eines "hǫldr" verloren hatten, zunächst überhaupt keinen Namen gab und daß ihnen die Gefahr drohte, in eine rechtlose Stellung abzugleiten. Da kam der Eingriff des Königtums. Die Heranziehung zum Dienst in der Kriegsflotte gebot dem rechtlichen Abstieg der "Nicht-hǫldar", der nunmehrigen Bonden, Einhaltung, wie das Waffenrecht seinem Träger stets eine mehr oder weniger gehobene Stellung sichert. Der Gegensatz "hǫldar"-Bonden hat wohl nicht am Anfang der Aufgliederung der Freien gestanden, sondern sich erst im Laufe einer besonderen Entwicklung herausgebildet. Wie oben bemerkt, war der Anteil der "hǫldar" an der Gesamtbevölkerung zu demjenigen Zeitpunkt sehr gering, den die westnordwegischen Rechtsbücher widerspiegeln. Im 10. Jahrhundert dürfte ihre Zahl gewiß beträchtlich größer gewesen sein. Wir stehen wiederum vor der unlösbaren Aufgabe, ein zahlenmäßige Verhältnis zu ermitteln, so wichtig es zum Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse wäre.

Um zum Recht der Nordleute zurückzukehren: Es dürfte einerseits keine Bonden erwähnt haben, weil es diesen Rechtsbegriff noch nicht gab. Andererseits befanden sich die Nordleute in einer gehobenen Stellung gegenüber den Engländern. Sie werden sich alle als "hǫldar" betrachtet haben. Nach Jost Trier war die Grundbedeutung des Wortes "hǫldr" "vollberechtigter Genossen einer Bauernschaft oder einer Kriegerschar".<sup>6</sup>

Als die Vollberechtigten sind die Kriegergenossenschaften der Wikinger den minderberechtigten Einheimischen gegenübergetreten. Die Doppelbedeutung des Wortes "hǫldr" führt in urgesellschaftliche Verhältnisse zurück. So wird die Auffassung, daß die "hǫldar" der nordwegischen Rechtsbücher Inhaber alter Rechte sind, auch von seiten der Wortgeschichte gestützt.

In den Königssagas treten oftmals "mächtige Bonden" auf. Diese Leute sind nicht mit den "hǫldar" und den "besten Bonden" der Rechtsbücher gleichzusetzen, doch bildeten die zuletzt Genannten offenbar eine Schicht der "mächtigen Bonden" der Königssagas, wo sie in einer deutlich gehobenen Stellung erscheinen: "... nichts ist verfehlter, als alle Bonden für Bauern zu halten. Die Oberschicht der Bonden war gewiß nicht bäuerlich. Von einer wirtschaftlichen Tätigkeit kann man bei ihr nur insofern sprechen, als sie die Arbeit auf ihren Höfen organisierte und über die Ausführung wachte" (S. 232). Ähnliches gilt für andere europäische Verhält-

<sup>5</sup> Kuhn, Hans, Das alte Island, Düsseldorf/Köln 1971, S. 270.

<sup>6</sup> Vgl. Vries, Jan de, Altnordisches etymologisches Wörterbuch, 1. Aufl., Leiden 1961, S. 280.

nisse. Wir sind zu oft geneigt, alle Landbewohner im Frühmittelalter für Bauern zu halten. So betrachte ich es zum Beispiel als verfehlt, in dem Personenkreis, mit dem sich die karolingischen Kriegsdienstkapitularen beschäftigten, Bauern zu sehen.

Hier wird erneut ein Sachverhalt sichtbar, der zum Verständnis des Mittelalters von wesentlicher Bedeutung ist: Ich meine den zahlenmäßigen Anteil der Bevölkerungsschicht, der als maßgeblich galt und der demnach am ehesten oder gar allein in den Quellen auftaucht. Wir denken in demokratischen Begriffen; für uns ist maßgeblich, was die Mehrheit bestimmt. Dem Staatsleben des (früheren) Mittelalters war eine solche Denkweise fremd. Wenn der Satz in dieser Form geäußert wird, erscheint er als Binsenwahrheit. Doch sind wir uns seiner nicht immer bewußt. Wenn wir etwa "populus" aus einer frühmittelalterlichen Quelle mit "Volk" übersetzen, unterstellen wir ihrem Verfasser einen Begriff, den er nicht kannte, und vermitteln ein falsches Bild vom geschilderten Sachverhalt. An den norwegischen "høldar" kann man sich gut veranschaulichen, was für kleine Minderheiten im Mittelalter als maßgeblich im wortwörtlichen Sinne betrachtet worden sind.

Die Darstellung des gesellschaftlichen Lebens ist unvollkommen, wenn seine subjektive Seite nicht berücksichtigt wird. Ihr ist der dritte Abschnitt des Buches gewidmet: "Das Weltbild der altskandinavischen Gesellschaft in Mythos und Dichtung" (S. 249 - 304). Während im ersten und zweiten Abschnitt die Grundbesitzverhältnisse und die Gliederung der Gesellschaft behandelt worden sind, wird hier untersucht, wie sie sich in den Köpfen der Zeitgenossen gemalt haben.

Gurevič geht davon aus, daß in allen menschlichen Schöpfungen eines bestimmten Zeitalters ein diesem eigenes System der Weltsicht zum Ausdruck kommt. Folglich können über die Sozialordnung und das Eigentum auch Quellen Auskunft geben, die diese Erscheinungen unmittelbar gar nicht behandeln. Doch geht es Gurevič nicht etwa darum, gleichklingende Äußerungen verschiedenartiger Quellen aneinanderzureihen: Wie er ausführt, müssen zunächst die einzelnen Quellengattungen als Ganzes untersucht werden. Zweitens ist festzustellen, in welcher Weise sie miteinander verflochten sind und ob nicht die eine Licht auf die andere wirft. Erst dann kann man prüfen, inwiefern sich in jeder das Bewußtseinssystem der Gesellschaft fassen läßt.

Unter diesen Gesichtspunkten untersucht Gurevič zwei Lieder der älteren Edda, und zwar das Hyndlalied und das Gedicht von Rig. Seine Bemerkungen über diese Dichtungen sind übrigens auch für die Nordistik von Belang: Gurevič spricht sich für die Einheit des Hyndlaliedes aus, das oftmals nur als Aneinanderreihung inhaltlich nicht zusammengehöriger Bruchstücke betrachtet wird. In diesem Zusammenhang stellt er die sehr berechtigte Frage, ob die Behauptung mehrerer Forscher, der Dichter dieses Eddaliedes hätte die alte Mythologie benutzt, ohne an sie zu glauben, nicht ihrerseits ein gelehrter Mythos ist (S. 254). Das weitere Eingehen auf Gurevičs Ausführungen über das Verhältnis der Nordgermanen zum Grund und Boden möchte ich mir sparen. Der Leser kann sich aus erster Hand in dem oben erwähnten Aufsatz unterrichten.<sup>7</sup>

Der zweite Teil des Abschnitts beschäftigt sich mit der nordischen Ständelehre. Auf dem europäischen Festland häufen sich etwa seit dem Jahre 1000 Lehren von der Dreiteilung der Gesellschaft in Priester, Krieger und Bauern. Das bedeutet nicht, daß diese Auffassung erst in dieser Zeit entstanden wäre. Nun findet sich im Gedicht von Rig ebenfalls eine Lehre von der Dreiteilung der Gesellschaft, die

7 Gurevič, A. Ja., a. a. O.

sich jedoch von der - sagen wir: kirchlichen - des europäischen Festlandes grundlich unterscheidet. "Ich glaube, daß es möglich ist, anhand eines Vergleichs (und einer Gegenüberstellung) dieser zwei 'soziologischen Modelle' den Wandel des europäischen Gesellschaftsgefüges während der Herausbildung des Feudalismus in seiner ganzen Tiefe darzustellen" (S. 276 f.).

Das Gedicht von Rig schildert die Entstehung der Knechte, der Bauern und der Jarle. Es ist in bezug auf seine Entstehungszeit und seine Voraussetzungen das umstrittenste der Eddalieder. Manche Forscher halten es nur für ein gelehrtes Spiel. Wenn das Gedicht von Rig nichts anderes wäre, bliebe doch bedeutsam, daß sein Verfasser die Stände nicht von Adam und Eva oder Noah, sondern von einem nordgermanischen Gott hergeleitet hat. Die Wissenschaftler, die im Gedicht von Rig die Schöpfung eines gelehrten Isländers sehen, müßten klarlegen, was sie unter "Schaffen" im nordischen Mittelalter verstehen. Zu jener Zeit konnte kein Verfasser willkürlich schaffen. Was bedeutet außerdem in der nordischen Gesellschaft "gelehrt"? Gelehrsamkeit zeigte sich doch gerade in der Kenntnis des Mythos. Auch der gelehrteste Isländer konnte keine mythische Erzählung dichten, von der man hätte behaupten können, daß sie erfunden gewesen wäre (S. 287 f.). "Was die Frage betrifft, welche Gesellschaft das Gedicht von Rig widerspiegelt, habe ich keinen Zweifel . . . , daß in diesem Eddalied ein archaisches Gesellschaftsgefüge seine mythologische Begründung findet. Wann sich dieses Bild von einer dreigeteilten Gesellschaft auch entwickelt haben mag, in seinen Hauptzügen entsprach es den wirklichen Verhältnissen der skandinavischen Länder, vor allem Norwegens, nicht nur während der Wikingerzeit, sondern zum Teil auch späterer Jahrhunderte . . . Mit anderen Worten: Das Gedicht von Rig gibt meines Erachtens altertümliche, vorseudale Gesellschaftsverhältnisse wieder, einerlei, in welchem Maße sie sich in alter Form in Skandinavien noch erhalten hatten, als das Gedicht entstanden ist oder seine endgültige Form erhalten hat" (S. 289).

Gurevic möchte die Dreiteilung auf eine germanische Ständegliederung in Unfreie, Freie und Adlige zurückführen, die ihm bereits bei Tacitus belegt zu sein scheint. Ich glaube dagegen, daß sich in der Ständelehre des Gedichts von Rig zwar alt-nordische, aber keine urgermanischen - ich meine Verhältnisse des 1. Jahrhunderts u. Z. - niedergeschlagen haben. In der germanischen Frühzeit hat es meines Erachtens keinen Stand von Adligen gegeben; auch weiß ich aus Tacitus keine Dreiteilung der germanischen Gesellschaft herauszulesen. Wohl bemerkt: Geschlechter, deren Angehörige kraft ihrer Abstammung das Recht auf einen führenden Platz in der Gesellschaft hatten, gab es bereits in der tiefsten Urzeit. Daß die germanischen Könige (ich könnte auch sagen: Häuptlinge) wegen ihrer Vornehmheit erhoben wurden, geht mit völliger Deutlichkeit aus Tacitus hervor. Es ist aber sehr fraglich, ob es innerhalb eines frühgermanischen Gemeinwesens außer den Angehörigen des Königsgeschlechts Männer gegeben hat, die in ähnlich deutlichem Maße von den anderen Freien abgehoben waren. Das soll nicht heißen, daß unter den Freien der germanischen Frühzeit staatsbürgerliche Gleichheit im Sinne der Neuzeit geherrscht hätte, das ebensowenig, wie diese Freien in unserem Sinne frei waren.

Gegen ein allzu hohes Alter der Dreiteilung scheint mir auch der von Gurevič selbst hervorgehobene Umstand zu sprechen, daß durch die Lehre von den drei Ständen eine ältere Zweiteilung hindurchschimmert. Leider wissen wir nicht, in welcher Vorvergangenheit die Zweiteilung durch die Dreiteilung ersetzt worden ist.

Gemeingermanisch dürfte allerdings die Herleitung der königlichen Geschlechter von den Göttern sein: Obwohl der Ase Rig den Jarl, den Karl und den Knecht gezeugt

hat, darf nur "konr", der König (ein Sohn des Jarls) seinen Namen tragen.

Obgleich ich Gurevič nicht darin folgen kann, die Dreiständelehre im Gedicht von Rig auf altgermanische Verhältnisse zurückzuführen, stimme ich ihm doch völlig zu, wenn er in ihr das Bild einer vorfeudalen Gesellschaft gezeichnet sieht, wie sich bei einer Gegenüberstellung mit der kirchlichen Ständelehre zeigt. Ein solcher Vergleich wird allerdings durch die verschiedenen Literaturgattungen erschwert, in denen sie niedergelegt sind; andererseits ist gerade die Verschiedenheit aufschlußreich: Die altnordische Gesellschaft konnte sich noch dichterisch verklären, während unter feudalen Verhältnissen die herrschende Klasse zwar in einem Epos ihre eigenen Ideale besingen konnte, die Masse der Bevölkerung jedoch aus dem Rahmen des von ihr gezeichneten Weltbildes lassen mußte. "Es konnte ein ritterliches Epos geben, aber eine feudale Mythologie, die die Gesellschaft als Ganzes umfaßt hätte, war undenkbar" (S. 290).

Die kirchliche Ständelehre nimmt die Einteilung nach beruflichen Unterschieden vor. Der Übergang von einem Stand zum andern scheint nicht völlig ausgeschlossen. Auch wird die Einheit der Gesellschaft in der Person des Königs verkörpert. Dagegen beruhen die Stände im Gedicht von Rig auf angeborenen, unausweichlichen Unterschieden; von der Einheit der Gesellschaft findet sich hier keine Spur. "Man möchte annehmen, daß die kirchlichen Verfasser es als wichtig erkannt hatten, das wechselseitige Zusammenwirken aller Teile der Gesellschaft zu betonen, weil ihnen die ausgeprägten Klassengegensätze und Widersprüche der Feudalordnung deutlich vor Augen lagen, während in der Stammesgesellschaft kein Bedürfnis entstand, den Gedanken der Interessenharmonie der einzelnen Gruppen in den Vordergrund zu rücken, denn die Scheidung des Adels, der Freien und der Sklaven wurde nicht als Klassengegensatz oder mögliche Quelle sozialer Konflikte erfaßt. Diese 'Kastengliederung' galt als naturgegeben und unausweichlich, so daß sie keinen Protest hervorrufen konnte" (S. 297). Man könnte ferner darauf hinweisen, daß aus dem Gedicht von Rig noch eine hohe Wertschätzung der Arbeit und eine sehr geringe Arbeitsteilung spricht. Sogar der Jarl arbeitet noch körperlich, indem er Pfeile und Bogen herstellt. Wie jüngst hervorgehoben worden ist, haben sich die germanischen Adligen im Frühmittelalter in der Tat noch selber mit der Waffenherstellung beschäftigt.<sup>8</sup>

Gurevič schließt seine Darstellung mit Schlußbemerkungen (S. 304 - 310), aus denen ich hervorheben möchte, daß die Entwicklung des Feudalismus in Norwegen wesentlich an die Einwirkung der Königsmacht gebunden war. In diesem Lande kann man gut erkennen, daß die Entstehung der feudalen Gesellschaftsformation nicht nur ein sozialökonomischer, sondern auch ein sozialpolitischer Vorgang war, von dem alle Seiten untersucht werden müssen. (S. 310).

Der Anteil der Germanen an der Entwicklung der mittelalterlichen Gesellschaft ist hoch. Karl Marx hat sogar den Begriff des Feudalismus mit dem Begriff der germanischen Produktionsweise verbunden.<sup>9</sup> Gewiß haben die Gesellschaftsforscher lange vor Marx das Germanische im Mittelalter aufzuspüren versucht, doch ist man oftmals bei Schlagwörtern stehen geblieben: Treue, Gefolgschaft, Sippe. Zu einer befriedigenden Erfassung dessen, was das Mittelalter von den Germanen übernommen hat, sind wir meines Erachtens noch nicht gekommen. Da auf dem

<sup>8</sup> Russon, Geoffrey R., A Germanic concept of Nobility in the Gifts of Men and Beowulf, in: Speculum, Bd. 53, 1978, S. 7 f.

<sup>9</sup> Sjuzumov, M. Ja., Nekotorye problemy istoričeskogo razvitija Vizantii i Zapada, in: Vizantijskij vremennik, Bd. 35, 1973, S. 4.

Festland die Quellen erst sprechen, nachdem es zur Verschmelzung von Römischem und Germanischem gekommen war, wird man die germanischen Besonderheiten am ehesten im Norden finden können, wo die äußeren Einflüsse gering waren. Allerdings droht hier die auch von Gurevič hervorgehobene Gefahr, daß man für alt hält, was nordische Neubildungen sind; doch wird man ihr mit einer umsichtigen Methode aus dem Wege gehen können. Viele Wissenschaftler stehen der alt-nordischen Geschichtsschreibung sehr kritisch gegenüber. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn dieselbe Kritik auch die lateinischen Quellen träfe. Die nordgermanischen Literaturwerke sind hervorragend geeignet, eine lebendige Anschauung von der Wirklichkeit des Mittelalters zu geben. Wer die Vorgeschichte des Feudalismus von der germanischen Seite erforschen will, muß die Verhältnisse des Nordens kennen. Gurevičs Buch wird ihm die besten Dienste leisten.

FORSCHUNGSBERICHTE

Einige neuere Ergebnisse und Perspektiven der Anwendung mathematischer Methoden in Untersuchungen sowjetischer Historiker

von T. I. Slavko

Die Anwendung mathematischer Methoden in den Gesellschaftswissenschaften im allgemeinen und in der Geschichtswissenschaft im besonderen ist nichts Neues. Sie haben zusammen mit der Statistik und als ihr Bestandteil Eingang in das Arsenal der Methoden und Verfahren gefunden, die heute in Untersuchungen zur gesellschaftlichen Entwicklung genutzt werden. So werden bei der Erforschung sozialökonomischer Prozesse schon seit langem mit Erfolg Tabellen der Gruppenbildung, der Verteilung, der Mittelwerte usw. verwendet.<sup>1</sup>

In den sechziger Jahren begann in der Anwendung der Mathematik durch sowjetische Historiker eine neue Etappe, die ihren eigentlichen Anfang in den allgemeinen Entwicklungstendenzen der Wissenschaft genommen hatte. Wir meinen die Anwendung mathematischer Verfahren und speziell der neuen elektronischen Rechenanlagen bei der Aufbereitung verschiedenartigster Informationen, darunter auch Informationen aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften.

Als erste traten unter anderen V. A. Ustinov und I. D. Koval'čenko dafür ein, in der sowjetischen Historiographie die Methodik der historischen Untersuchung durch die Einbeziehung der Mathematik und der elektronischen Rechenanlagen zu verbessern.<sup>2</sup> Diese Autoren hatten an konkreten Beispielen nachgewiesen, daß sich ohne geeignete Verfahren die gewaltigen Informationsmassive nicht mehr verallgemeinern lassen, so daß die Angaben aus Quellen der Masseninformaton nur teilweise und bruchstückhaft verwertet werden können. Die mathematischen Methoden bieten in diesen Fällen neue Möglichkeiten für die Lösung historischer Aufgaben, in denen große Informationsmassen verarbeitet werden müssen, und sie ermöglichen eine bessere Erfassung der Gesetzmäßigkeiten, die die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen.<sup>3</sup>

1 Cuprov, A., Statistika i statističeskij metod, in: Vvedenie v izučenie social'nych nauk, St. Peterburg 1903; Jastremskij, B. S., Svjaz' mezdu elementami krest' janskogo chozjajstva v 1917 - 1919 godach; in: Vestnik statistiki, Nr. 9-12/1920, u. a.

2 Ustinov, V. A., Primenenie elektronnych matematičeskich mašin v istoričeskoj nauke, in: Voprosy istorii, Nr. 5/1964, S. 97 - 117.

3 Zu allgemeinen Problemen der Anwendung quantitativer Verfahren in der Geschichtswissenschaft sowie einigen speziellen Fragen der Datenerfassung vgl. Koval'čenko, I. D. /Selunskaja, N. B., Sowjetische Erfahrungen bei der Anwendung mathematisch-statistischer Methoden in historischen Untersuchungen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 4, S. 11 - 22.



Inzwischen hat die Anzahl der historischen Arbeiten, die die Mathematik nutzen, rasch zugenommen. Zunächst waren es vereinzelte Beiträge, bis 1972 der erste Sammelband erschien, der speziell der Anwendung mathematischer Verfahren in der Erforschung konkreter historischer Probleme gewidmet war. Diesen Sammelband hatte die Kommission für die Anwendung von Mathematik und elektronischer Datenverarbeitung in historischen Untersuchungen herausgebracht, die bei der Sektion Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR besteht.<sup>4</sup> Kurz darauf erschienen, gewissermaßen als Fortführung des ersten Sammelbandes, zwei weitere Sammelbände zu dieser Thematik.<sup>5</sup> Obwohl erst eine kurze Zeit verstrichen war, unterschieden sich die beiden neuen Bände, sowohl was die theoretischen Problemstellungen als auch die breitere Erfassung historischer Aspekte betraf, doch beträchtlich von ihrem Vorläufer. Dies war ein Beweis dafür, daß solche Untersuchungen eine höhere Qualität erlangt hatten und der Bearbeitung dieser Problematik große Aufmerksamkeit geschenkt worden war. In den letzten Jahren ist eine große Anzahl von Arbeiten veröffentlicht worden, darunter sehr gewichtige, die auf mathematischen Methoden aufbauen, um einmal das Ausgangsmaterial zu bewältigen und zum anderen Wechselbeziehungen und Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der untersuchten Prozesse aufzudecken. Auf diese Arbeiten wollen wir weiter unten etwas näher eingehen.

Die zahlenmäßige Zunahme historischer Untersuchungen, in denen mathematische Methoden eingesetzt werden, hat natürlich das Interesse für Probleme geweckt, die die damit zusammenhängende Methodologie und Methodik betreffen. Hier verdient vor allem die Arbeit von I. D. Koval'čenko unsere Aufmerksamkeit, da hier zum ersten Male gewisse sehr wichtige methodologische Probleme formuliert werden, die in den Grenzbereich zweier Wissenschaften, in unserem Falle der Geschichtswissenschaft und der Mathematik, fallen. Es waren dies die folgenden Fragen: In welchem Umfang war die Hinwendung der Historiker zur Mathematik vom Stand der Geschichtswissenschaft und von ihren weiteren Entwicklungsperspektiven diktiert, welches ist der zulässige Anwendungsbereich der mathematischen Methoden in historischen Untersuchungen, und welches ist ihr Platz und ihre Rolle in diesen Untersuchungen?<sup>6</sup> Heute erfordert jede dieser Fragen ihre gesonderte Beantwortung in Form einer eigenen Monographie.

In allen historischen Arbeiten, in denen Mathematik zur Anwendung kommt, läßt sich bis zu einem gewissen Grade feststellen, daß ungeachtet der wesentlichen Rolle, die die mathematischen Verfahren im Beweis historischer Grundthesen und in der Anhebung des theoretischen Forschungsniveaus spielen können, die Spezifik historischer Erkenntnisse, also die traditionellen historischen Methoden, nicht unterschätzt werden dürfen.<sup>7</sup> Eine Verabsolutierung der mathematischen Methoden ist unzulässig.

4 Matematičeskie metody v istoričeskich issledovanijach, Moskau 1972, - Vgl. auch die Rezension dazu von Kahk, Juhan, Eine Zwischenbilanz der Anwendung mathematischer Methoden in der sowjetischen Geschichtswissenschaft. Bemerkungen zum Forschungsstand in Zusammenhang mit Matematičeskie metody v istoričeskich issledovanijach. Sbornik statej, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 2, S. 223-230.

5 Matematičeskie metody v issledovanijach po social'no-ekonomičeskoj istorii, Moskau 1975; Matematičeskie metody v istoriko-ekonomičeskich i istoriko-kul'turnych issledovanijach, Moskau 1977.

6 Koval'čenko, I. D., O primenenii matematičeskich metodov v istoričeskich issledovanijach, in: Istočnikovedenie. Metodologičeskie i metodičeskie problemy, Moskau 1969, S. 115.

Wie jede andere Methode umfaßt auch das mathematische Herangehen an eine konkrete historische Aufgabe nicht nur eine bestimmte Methodik und Technik, sondern auch eine Methodologie, zumal die Methode auf das engste mit der allgemeinen Theorie einer Frage verbunden ist, nämlich mit der Fragestellung; mit der Auswahl der eine bestimmte Kategorie charakterisierenden Merkmale usw. usf. Aber diese Dinge sind wiederum unmittelbar durch die weltanschauliche und ideologische Position des Wissenschaftlers bestimmt, und das heißt mit anderen Worten, daß die qualitative Analyse des Inhalts im Forschungsprozeß stets oben an steht. "Die theoretisch-methodologischen Ausgangsprinzipien und Grundthesen bestimmen", wie Ju. Ju. Kalk und I. D. Koval'čenko hervorgehoben haben, "die Ziele, Wege und Methoden einer Untersuchung. Sie sind die Grundlage für die Auswahl, Analyse und Verallgemeinerung des Faktenmaterials, das heißt, die Theorie ist die bestimmende Komponente der wissenschaftlichen Forschung."<sup>8</sup>

In der Untersuchung gesellschaftlicher Erscheinungen mit Hilfe der Mathematik gestalten sich die Wechselbeziehungen zwischen der qualitativen und der quantitativen Seite wie folgt: 1. Die qualitative Analyse herrscht in der historischen Problemstellung, in der Auswahl der wesentlichen Merkmale usw. vor. 2. Es besteht Einheit zwischen qualitativen und der quantitativen Analyse in der Wahl der mathematischen Verfahren, und diese Wahl erfolgt in engster Anlehnung an den Charakter der Ausgangsdaten, die Struktur der Quellen und die mathematische Beschaffenheit der Methoden. 3. Es besteht eine relative Selbständigkeit der quantitativen Analyse: Die Berechnungen erfolgen nach mathematischen Formeln. 4. Die qualitative und die quantitative Analyse sind auf das engste ineinander verwoben, was in der inhaltsbezogenen Interpretation der gewonnenen Daten und in den daraus gezogenen theoretischen Schlußfolgerungen seinen Niederschlag findet.

Jede der hier aufgezählten Etappen besitzt ihr eigenes Maß an Bedeutung, aber in der Forschungspraxis werden sie als ein Komplex gesehen. Deshalb bringt unseres Erachtens die Bezeichnung "quantitative Untersuchung", mit der historische Untersuchungen, in denen Mathematik angewandt wird, bedacht werden, den eigentlichen Charakter solcher Untersuchungen nicht immer hinreichend klar zum Ausdruck, zumal eine solche Bezeichnung die dritte Etappe, nämlich die relative Selbständigkeit der quantitativen Analyse, künstlich absondert. Es wäre deshalb angebrachter, von historischen Untersuchungen unter Verwendung mathematischer (kybernetischer) Methoden zu sprechen.

Die moderne Mathematik wird von den Historikern genutzt, wenn sie gesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten aufdecken und darlegen wollen, die nur aus einer Fülle von Erscheinungen herausgeschält werden können und deshalb statistischen Charakter tragen (zum Unterschied von dynamischen Gesetzmäßigkeiten, die in Einzelercheinungen zutage treten und Natur und Technik eigen sind). Deshalb werden aus den unterschiedlichen Zweigen der Mathematik zur Zeit vornehmlich die ausgewählt, die für die Erforschung statistischer Gesetzmäßigkeiten bestimmt sind, das heißt die mathematisch-statistischen Disziplinen. Die Quellen müssen dabei stets Massencharakter tragen.

- 7 Chvostova, K. V., Metodologičeskie problemy primeneniya matematičeskich metodov v istoričeskich issledovanijach, in: Voprosy istorii, Nr. 11/1975, S. 103; Mogiľnickij, B. G., Istoričeskoe i estestvennonaucnoe poznanie, in: Srednie veka, 38. Lieferung, Moskau 1975, S. 3-27; u. a.
- 8 Kalk, Ju. Ju. /Koval'čenko, I. D., Metodologičeskie problemy primeneniya količestvennych metodov v istoričeskich issledovanijach, in: Istorija SSSR, Nr. 5/1974, S. 90.

Wir wollen nun auf jene konkreten methodischen Verfahren eingehen, von denen die Historiker am häufigsten Gebrauch machen. Eine der ersten Etappen in der Aufbereitung von Angaben mit Massencharakter ist ihre Ordnung, das heißt die Zusammenfassung und Gruppierung verschiedener Kennziffern in Form von Tabellen bzw. ihre graphische Darstellung. Das ist die unerläßliche Anfangsetappe einer jeden Untersuchung, wenn es darum geht, Material nach einzelnen Merkmalen zu analysieren, ohne dabei die Klärung der Wechselbeziehungen zwischen diesen Merkmalen ins Auge zu fassen. Mit Hilfe der Gruppenbildung lassen sich qualitative Schlußfolgerungen, die auf der Grundlage anderer Forschungsmethoden gewonnen wurden, quantitativ erhärten.

Mit der Einführung elektronischer Rechenanlagen haben sich die Möglichkeiten der auf der Gruppenbildung beruhenden Methoden beträchtlich erweitert. Die Analyse von Massendaten nach der Methode der Gruppenbildung erfordert zwar umfangreiche, aber doch einfache Berechnungen (die Auswahl der erforderlichen Informationen und ihre Zusammenfassung), die einen gewaltigen Aufwand an unqualifizierter Arbeit mit sich bringen. Der Einsatz elektronischer Rechenanlagen hat diesen für den Historiker arbeitsaufwendigsten Teil der Maschine übertragen. So hat beispielsweise I. D. Koval'čenko für eine seiner Untersuchungen - es handelte sich um ein sehr wichtiges Problem, nämlich die Ermittlung der sozialökonomischen Entwicklungstendenzen des russischen Leibeigenendorfes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter zusätzlicher Einbeziehung des Charakters und der Form der Schichtung der Bauernschaft - Materialien aus hofweise geführten Aufstellungen ausgewertet.<sup>9</sup> Ohne hier im einzelnen auf die Analyse der Prinzipien und Kriterien eingehen zu wollen, nach denen die Höfe gruppiert wurden - schließlich ist diesem Problem in der Untersuchung selbst ein bedeutsamer Platz eingeräumt worden -, sei doch bemerkt, daß allein die Breite des Untersuchungsgegenstandes und die Notwendigkeit, eine Fülle von Kennziffern in unterschiedlichster Kombination verallgemeinern zu müssen, den Autor gezwungen haben, elektronische Rechenanlagen in Anspruch zu nehmen. Das Ergebnis war eine Gruppierung der Höfe nach Wirtschafts- und Besitzcharakteristika, der sich ihre Erfassung nach den einzelnen Aufstellungen anschloß. Zum Beweis für die Effektivität des Einsatzes elektronischer Rechenanlagen in solchen Arbeiten vergleicht I. D. Koval'čenko die Zeit, die erforderlich ist wenn man die Höfe mit den üblichen Mitteln nach den gleichen Merkmalen erfassen will, mit der Zeit, die eine elektronische Rechenanlage dafür benötigt. Um sechs Aufstellungen für das Gut Sosnovskij aufzuarbeiten, hätte es Hunderte von Stunden intensivster Arbeit bedurft. Die Rechenanlage benötigte ganze 54 Minuten.<sup>10</sup>

Ju. Ju. Kahk hat eine seiner Untersuchungen dem wichtigen Problem der Typologie der estnischen Bauernwirtschaften des 19. Jahrhunderts gewidmet.<sup>11</sup> Dies war eine der ersten Arbeiten, in der eine komplizierte und zugleich strittige Frage unter Verwendung von Gruppierungs- und Sortierverfahren auf einer elektroni-

9 Koval'čenko, I. D., Russkoe krepostnoe krest'janstvo v pervoj polovine XIX v., Moskau 1967.

10 Ebenda, S. 50.

11 Kahk, Ju. Ju., K voprosu o tipologii krest'janskich chozjajstv v Estonii v načale XIX v., in: Iz istorii ekonomičeskoj i obščestvennoj žizni Rossii, Moskau 1976, S. 84-92.

schen Rechenanlage gelöst wurde. Auf diese Weise konnten durch die Aufbereitung von Masseninformationen, die seinerzeit nach den Reformen von 1804 gelagert worden waren, die Bauernwirtschaften nach einer großen Anzahl von Merkmalen zu Gruppen und Typen zusammengefaßt und Grenzen für die Gruppierungsmerkmale festgelegt werden.

Der Historiker hat es mit Erscheinungen der Vergangenheit zu tun, und in der Anlage seiner Untersuchungen geht er unter anderem auch von der Gesamtheit der erhaltenen Quellen aus. Zum Unterschied von vielen anderen Wissenschaften fehlt der Geschichte das Experiment insofern, als Mitteilungen, die sich auf weiter zurückliegende Zeiträume beziehen, nicht noch einmal oder erneut reproduziert werden können. In einem solchen Falle läßt sich mit Hilfe der Mathematik das vorhandene Material nach einem umfassenden Programm aufbereiten, was einen höheren Grad an Verallgemeinerung ergibt und neue Zusammenhänge und Beziehungen sichtbar macht. Und zum anderen kann uns die komplexe Aufbereitung einer oder mehrerer Quellen eine neue Quelle mit Informationen an die Hand geben, die vorher nicht verfügbar waren. So ist es uns in Zusammenarbeit mit V. P. Danilov gelungen, durch verschiedene Neugruppierungen der Angaben aus Steueraufstellungen über die vereinheitlichte Landwirtschaftssteuer, die durch Angaben der Zentralverwaltung für Statistik für das Jahr 1924 sowie durch zehn Prozent der Angaben der Landwirtschaftszählung von 1924 ergänzt wurden, eine neue Quelle zu gewinnen, die es uns ermöglichte, die sozialökonomische Geschichte der Bauernwirtschaften, Kolchosen und Sowchosen der zwanziger Jahre nach zahlreichen Gesichtspunkten zu untersuchen, was mit anderen Materialien in diesem Umfange nicht möglich gewesen wäre.<sup>12</sup>

Die nächste Etappe in der mathematischen Aufbereitung von Quellenmaterial besteht oftmals darin, verallgemeinernde Charakteristika in Form von Mittelwerten zu gewinnen oder Streuungsmaße zu ermitteln, das heißt Intervallgrenzen zu setzen, innerhalb derer die einzelnen Merkmalswerte um ihr Mittel schwanken. Eine dieser Größen - die mittlere quadratische Abweichung - hat V. Z. Drobizev mit Erfolg in der Auswertung der Protokolle des Obersten Volkswirtschaftsrates - Untersuchungszeitraum von 1917 bis 1929 - eingesetzt.<sup>13</sup> Der Autor hat das Streuungsmaß für die Werte derjenigen Merkmale berechnet, die für die verschiedenen Fragen der Organisation des zentralen Apparates, der unteren Wirtschaftsglieder, der material-technischen Versorgung usw. ausgewählt worden waren, also für die Probleme, die seinerzeit vom Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates untersucht worden waren. Auf dieser neuen Grundlage ließ sich beurteilen, wieweit das Präsidium den einzelnen Fragen die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt hatte, und es konnte eine Reihe von Schlußfolgerungen bezüglich der Tätigkeit dieses sehr wichtigen Organs formuliert werden.

Obwohl Mittelwertverfahren seit langem zum unabdingbaren Instrument des Historikers geworden sind, hat er von ihnen, obwohl sie einfach zu handhaben sind, niemals im vollen Umfange Gebrauch gemacht. So gibt es beispielsweise nicht allzu viele Arbeiten, in denen das harmonische Mittel, das geometrische Mittel, der Modalwert oder andere Mittelwerte anzutreffen sind. Diese Kennziffern bringen indessen eine wesentliche Vereinfachung in den Untersuchungsablauf,

12 Krest' janskije chozjajstva, kolchozy i sovchozy SSSR v 1924/25 - 1927/28 gg. Po dannym nalogovyh svodok Narkomfina SSSR, T. 1 - 3, Moskau 1977.

13 Drobizhev, V. Z., Metodika statističeskoj obrabotki protokolov VSNCH (1917 - 1929 gody), in: Vestnik Moskovskogo gosudarstvennogo universiteta, Reihe 9: Istorija, Nr. 6/1965, S. 70 - 92.

und sie erweitern den Kreis der historischen Aufgaben, die einer Lösung zugeführt werden können. Kein Mittelwert benötigt allzuviel Rechenaufwand, aber er ist in Anlehnung an die Struktur der Angaben der betreffenden Quelle zu wählen. So läßt sich zum Beispiel mit dem geometrischen Mittel das mittlere Wachstumstempo innerhalb bestimmter Zeitintervalle bestimmen und mit dem Modalwert die häufigste Ausprägung von Merkmalswerten in einer Masse von Erscheinungen.

In der Erörterung der Probleme, die die Methodik der Analyse von Masseninformationen betreffen, wenden die sowjetischen Historiker ihr Hauptaugenmerk auf die Untersuchung von Stichproben und deren Wechselbeziehungen zur Analyse von Totalerhebungen. Solche Untersuchungen sind erforderlich, um einmal bei der Aufbereitung großer Informationsmassive Zeit, Geld und Arbeit einzusparen und zum anderen auch auf der Ebene der Gesetzmäßigkeiten nur teilweise erhaltener Untersuchungsgegenstände, sogenannter "natürlicher" Stichproben, Analysen durchzuführen. Bei der Lösung dieser Frage spielen die Stichprobenverfahren der mathematischen Statistik eine wesentliche Rolle, da sie die Möglichkeit bieten, die Aussagekraft der Stichprobenangaben für eine konkrete Erscheinung zu bewerten und den Fehler in den Endergebnissen zu bestimmen, der möglicherweise gerade deshalb entstanden ist, weil nur ein Teil des Beobachtungsgegenstandes untersucht werden konnte, aber die Schlußfolgerungen auf den Gesamtgegenstand verallgemeinert wurden. Als ein Beispiel dieser Methoden kann die Arbeit von A. K. Sokolov angeführt werden.<sup>14</sup> Sie verbindet das Stichprobenexperiment auf eine sehr interessante Weise mit der tatsächlichen Stichprobenuntersuchung des Ausgangsmaterials, in diesem Falle der Angaben der Berufszählung von 1918. Der Autor liefert dann einen hinreichend vollständigen und überzeugenden Beweis dafür, daß die Stichprobe für sämtliche in den Zählungsformularen enthaltenen Merkmale repräsentativ ist. Ein weiteres Beispiel für die fruchtbringende Anwendung von Stichprobenverfahren ist der Artikel von Ju. P. Bokarev, in welchem, ebenfalls auf der Grundlage von Masseninformationen, Bugdetaufstellungen der Bauernhaushalte aus den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts aufbereitet wurden.<sup>15</sup>

Aber wie steht es in dem Falle, wenn nur vereinzelte, bruchstückhaft erhaltene Angaben vorhanden sind, wie soll dann nachgewiesen werden, bis zu welchem Grade die auf einer solchen Grundlage ermittelten Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten auf den gesamten Untersuchungsgegenstand erweitert werden dürfen? Für die Lösung dieses Problems hat I. D. Koval'čenko ein mathematisches Verfahren, den sogenannten "Vorzeichentest" gewählt, mit dessen Hilfe er beweisen konnte, daß die Angaben aus nur 300 hofweise geführten Aufstellungen, die etwa 200 Gutshöfe erfaßten und dem Zeitraum von 1800 bis 1860 angehörten, durchaus ausreichen, um die insgesamt reichlich 50000 Bauernwirtschaften zu analysieren, die es im 19. Jahrhundert in Rußland gab.<sup>16</sup>

Sehr interessant ist auch die Methode, mit der B. N. Mironov in seiner Untersuchung der russischen Brotpreise für den Zeitraum von 1878 bis 1887 die Zuverlässigkeit

<sup>14</sup> Sokolov, A. K., Metodika vyboročnoj obrabotki pervičnich materialov profesional'noj perepisi 1918 g., in: Istorija SSSR, Nr. 4/1971, S. 76 - 96.

<sup>15</sup> Bokarev, Ju. P., Voprosy metodiki opredelenija reprezentivnosti krest' - koval'skih bždžetov 20-ch godov, in: ebenda, Nr. 4/1974, S. 117-132.

<sup>16</sup> Koval'čenko, I. D., Ob opyte matematiko-statističkoj obrabotki vyborocnych dannyh o krest'janskom chozjajstve v Rossii XIX veka, in: Věstnik Moskovskogo gosudarstvennogo universiteta, Reihe 9: Istorija, Nr. 1/1966, S. 76 - 89.

sigkeit und Repräsentanz natürlicher Stichproben mit Hilfe mathematischer Methoden begründet hat.<sup>17</sup>

Als Grundlage dienten ihm drei Quellen: die Mitteilungen der Intendantur, die Angaben der Gouvernementsverwaltungen und die Angaben des Departements für Landwirtschaft. Leider werden in dieser Arbeit die einzelnen mathematischen Bearbeitungsstufen des historischen Ausgangsmaterials nicht in der erwünschten Vollständigkeit dargeboten.

Die "natürlichen Stichproben" haben immer wieder die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Daß sie zu einem selbständigen Forschungsgebiet geworden sind, ist wohl der Tatsache zuzuschreiben, daß sie im Vergleich zu real gegebenen Massengesamtheiten nicht so genaue Ergebnisse liefern und daß sie einen geringeren Verallgemeinerungsgrad besitzen. Ohne die Aktualität und Kompliziertheit der Probleme dieser "natürlichen Stichproben" herabspielen zu wollen, muß eben auch gesagt werden, daß zahlreiche Fragen auch der allgemeinen Theorie der Beziehungen von Stichprobe und Massenquelle noch der weiteren theoretischen Klärung bedürfen. Die Anzahl der modernen Stichprobenverfahren ist in der Tat sehr groß, aber jedes dieser Verfahren eignet sich nur für ein enges Anwendungsgebiet, das nicht einmal in der Praxis seine uneingeschränkte Bestätigung erfährt. Die richtige und fruchtbringende Ausnutzung der Stichprobentheorie fordert eine genaue und zugleich umfassende Kenntnis dieses Gebietes, wobei ein rein formales Herangehen an den Zuverlässigkeitsbeweis, das heißt mit mathematischen Mitteln allein, unzulässig ist.

Mathematische Verfahren werden heute in Form von Zusammenfassungen und Gruppenbildungen nicht nur bei der Aufbereitung von Informationen verwendet, sondern auch bei der Erforschung komplizierter Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten sozialer Prozesse. So machen die Historiker in der Aufdeckung von Wechselbeziehungen und Zusammenhängen einen breiten Gebrauch von den Methoden der Korrelationsanalyse. Was diese Richtung betrifft, so verdient vor allem die bereits weiter oben zitierte Arbeit von I. D. Koval'čenko über das Gutsdorf Zentralrußlands in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erwähnt zu werden<sup>18</sup>, desgleichen auch sein grundlegendes Werk, das in Zusammenarbeit mit L. V. Milov entstanden ist und den Problemen der Herausbildung eines einheitlichen, gesamtrossischen kapitalistischen Agrarmarktes zwischen dem 18. und dem 20. Jahrhundert gewidmet ist.<sup>19</sup> In der zuerst genannten Monographie wird mit Hilfe des Korrelationskoeffizienten berechnet, bis zu welchem Grade in den vierziger und fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Ertragsleistung der verschiedenen Kategorien von leibeigenen Bauern von der Intensität ihrer Ausbeutung abhängig war. Es konnte die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die Entwicklung der russischen Fronwirtschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem vom Ausmaß der Feudalrente bestimmt war.<sup>20</sup> I. D. Koval'čenko ist der Meinung, daß es ohne mathematische Methoden unmöglich gewesen wäre, eine vergleichende Faktoranalyse zwischen dem Niveau der Landwirtschaft und dem Grad der Wanderarbeit einerseits und der Anzahl der Leibeigenen andererseits durchzuführen.

17 Mironov, B. N., Proverka nadežnosti statističeskich dannych v istoričeskich issledovanijach metodami matematičeskoj statistiki, in: Vspomogatel'nye istoričeskie discipliny, Bd. 6, Leningrad 1974.

18 Koval'čenko, I. D., Russkoe krepostnoe krest'janstvo ..., a. a. O.

19 Koval'čenko, I. D./Milov, L. V., Vserossijskij agrarnyj rynek XVIII - načalo XX veka, Opyt količestvennoho analiza, Moskau 1974.

20 Koval'čenko, I. D., Russkoe krepostnoe krest'janstvo ..., a. a. O., S. 320.

ren. Erst mathematische Verfahren haben hier das Vordringen zu einer Lösung des Problems ermöglicht.

Die vorerwähnte Monographie von I. D. Kovaľčenko und L. V. Milov ist die erste sowjetische historiographische Untersuchung, in der in einem so großen Umfange Korrelationsmodelle eingesetzt werden. Es genügt der Hinweis, daß die Autoren etwa 150 000 unterschiedliche Koeffizienten analysiert haben, die mit den Preisen für landwirtschaftliche Grundprodukte zusammenhängen. Im ersten Teil der Arbeit, im Kapitel über die Methoden, werden die mathematischen Verfahren, die bei der Aufbereitung des Materials zur Anwendung kamen, eingehend charakterisiert, und es wird eine beweiskräftige Begründung gegeben, daß die einzelnen mathematischen Verfahren durch die Spezifik der betreffenden Erscheinungen ihre Rechtfertigung erfuhren, was, wie die Autoren bemerken, bei der Interpretation der erzielten Ergebnisse besonders wichtig war.<sup>21</sup> Die Korrelationskoeffizienten wurden im Verlaufe der Untersuchung durch eine Reihe anderer mathematischer Kennziffern - die Streuung der Preisschwankungen, das Asymmetriemaß usw. - präzisiert und ergänzt, so daß eine gewaltige Menge von Faktenmaterial aussagekräftig bewertet und die Herausbildung des einheitlichen Agrarmarktes allseitig beleuchtet werden konnte.

Es gibt eine verhältnismäßig große Anzahl von Arbeiten, in denen die Zusammenhänge zwischen den Erscheinungen mit Korrelationskoeffizienten analysiert werden und deren Ergebnisse beweisen, wie effektiv und fruchtbar diese Methode in sozialökonomischen Untersuchungen sein kann. Das trifft vor allem für Quellen mit Masseninformationen zu. So haben beispielsweise Ju. Kahk und H. Ligi<sup>22</sup> in einem ihrer Beiträge Probleme der wirtschaftlichen Lage der Bauern und deren Fronleistungen - Gouvernement Estland, Ende des 17. bis Anfang des 19. Jahrhunderts - untersucht und mit Hilfe des linearen Korrelationskoeffizienten den Abhängigkeitsgrad des Fronleistungsniveaus von der wirtschaftlichen Lage der Bauernhöfe berechnet.

Die Ergebnisse, die sich in konkreten Untersuchungen unter Verwendung der Korrelationsanalyse erzielen lassen, werden in einer Reihe von Artikeln der weiter oben erwähnten drei Sammelbände dargelegt. So kommt N. B. Selunskaja in der Aufbereitung von Materialien, die sich auf Gutswirtschaften beziehen und aus der Staatlichen Adligen Landwirtschaftsbank (Gosudarstvennyj dvorjanskij zmel'nyj bank) stammen, zu der Schlußfolgerung, daß in der Analyse dieser Quelle die "Korrelationsanalyse als die effektivste Methode für die Untersuchung des sozialökonomischen Typs einer Gutswirtschaft anzusehen ist".<sup>23</sup> V. P. Puškov hat in seiner Arbeit, in der er anhand von Angaben der zuständigen Gerichtsbehörden die Wirtschaften der flüchtigen Bauern der Landkreise Alatyr' und Arzamas für die Mitte der sechziger Jahre des 17. Jahrhunderts untersucht,

21 Kovaľčenko, I. D. / Milov, L. V., Vserossijskij agrarnyj rynek .., a. a. O., S. 42.

22 Kahk, Ju. / Ligi, H., K voprosu ob èkonomičeskom položenii i feodal'nych povinnostjach krest'jan v Èstljandskoj gubernii XVIII v., in: Èžegodnik po agrarnoj istorii Vostočnoj Evropy. 1962 g., Minsk 1964.

23 Selunskaja, N. B., Modelirovanie social'noj struktury pomeščičego chozjajstva Rossii konca XIX - načala XX v., in: Matematičeskie metody v issledovanijach po social'noj-èkonomičeskoj istorii, Moskau 1975, S. 151-179; vgl. dieselbe, K voprosu ob izucenii opisanij pomeščičich imenij (po materialam Dvorjanskogo zemel'nogo banka), in: Matematičeskie metody v istoričeskich issledovanijach, a. a. O., S. 105-124.

neben den üblichen Verfahren auch den Korrelationskoeffizienten benutzt,<sup>24</sup> V. A. Obožda und N. G. Minjajlo<sup>25</sup> haben bei der von ihnen durchgeführten Aufbereitung der Budgetaufstellungen der Bauernhaushalte, Gouvernement Penza und Voronež Anfang des 20. Jahrhunderts, ebenfalls auf den Korrelationskoeffizienten zurückgegriffen, um die unterschiedlichen Typen von Bauernwirtschaften charakterisieren zu können, usw. usf.

Die Korrelationsanalyse hat auch in der Erforschung der Agrargeschichte der Sowjetperiode recht beachtliche Ergebnisse geliefert. So hat Ju. A. Moskov die Berichte der Kolchosen über die Einkommensverteilung - 50 Rayons des Nordkaukasus 1931 - auf der Grundlage einer Korrelationsanalyse aufbereitet.<sup>26</sup> Wie der Autor bemerkt, "können die früheren logischen Schlußfolgerungen, die Nährungsvergleiche, die unter Historikern üblich sind, in einer Reihe von Fällen durch die Berechnung des Korrelationskoeffizienten ergänzt, bestätigt oder auch verworfen werden, und in vielen Fällen ist dieses Verfahren der einzige und zugleich mathematisch exakte Beweis für die Richtigkeit aufgestellter Behauptungen."<sup>27</sup>

Neben ihren zahlreichen Möglichkeiten unterliegen die Korrelationskoeffizienten allerdings auch einer Reihe von Einschränkungen. So sind sie im wesentlichen speziell für quantitative Merkmale (ausgedrückt durch Zahlen) gedacht, was ihren Anwendungsbereich für Historiker beträchtlich einschränkt, besonders in der politischen Geschichte, die es mit qualitativen Merkmalen zu tun hat. Es ist deshalb nur natürlich, daß zur Zeit in immer größerem Umfange mathematische Methoden herangezogen werden, bei denen die Ersetzung der qualitativen Merkmale (verbal ausgedrückt) durch Zahlenwerte entfällt.

In diesem Zusammenhang sollten wir unsere Aufmerksamkeit den Methoden der Informationstheorie zuwenden, die von sowjetischen Historikern immer häufiger benutzt werden, wenn Wechselbeziehungen zwischen Merkmalen charakterisiert werden sollen, die in Masseninformationen enthalten sind.

So haben O. I. Skaratan und I. I. Taganov, als sie die soziale Struktur der Arbeiterklasse der UdSSR untersuchten<sup>28</sup>, auf ein Verfahren der Informationstheorie, den sogenannten Entropiekoeffizienten, zurückgegriffen. Für die Klassifizierung wählten sie 27 im wesentlichen qualitative Merkmale: die Bildung, die Parteizugehörigkeit, den Beruf, die Qualifizierung usw. usf. Um sich die mit der Umwandlung qualitativer in quantitative Ausdrücke verbundene Mühe zu ersparen, haben die Autoren ein statistisches Verfahren der Informationstheorie gewählt.

24 Puškov, V. P., Chozjajstva beglych krest' jan Alatyrskogo i Arzamasskogo uezdov v seredine 60-ch godov XVII v. (K voprosu o social' nom rassloenii russkogo krest' janstva), in: Matematičeskie metody v issledovanijach po social' no-ekonomičeskoj istorii, a. a. O., S. 87-110.

25 Obožda, V. A., K voprosu o vzajmosvjazi elementov krest' janskogo chozjajstva v načale XX v., in: Matematičeskie metody v issledovanijach..., a. a. O., S. 111-127; Minjajlo, N. G., Opyt primeneniya korreljacionnogo analiza pri obrabotke krest' janskich bjudžetov (Po materialam Voronežskoj gubernii za 1923/25 g.), in: ebenda, S. 128-150.

26 Moškov, Ju. A., Opyt primeneniya korreljacionnogo analiza v izučenii očetov o raspredelenii kolchoznych dochodov v načale massovoj kollektivizacii (Po materialam Severokavkazskogo kraja), in: Istočnikovedenie otečestvennoj istorii, 1. Lieferung, Moskau 1973.

27 Ebenda, S. 385.

28 Škaratan, O. I. /Iganov, I. I., Problemy social' noj struktury rabočego klassa SSSR (Istoriko-sociologičeskoe issledovanie), Moskau 1970, S. 380-390.



Mit einer anderen Methode der Informationstheorie hat eine Gruppe von Wissenschaftlern unter der Leitung von V. Z. Drobižev und V. A. Ustinov einmal die Primärdaten der Angestelltenzählung von 1922 aufbereitet und zum anderen die Berufszählung von 1918 ausgewertet.<sup>29</sup> Nach Abschluß der Gruppenbildung entsprechend den gewählten Merkmalen konnten im ersten Fall die Wechselbeziehungen zwischen den Merkmalen mit Hilfe des Koeffizienten der gegenseitigen Information (koefficient vzaimnoj informacii) bestimmt werden. Auf diese Weise wurden anhand der Primärdaten eine umfassende Charakteristik der Angestellten der Volkskommissariate gegeben und drei Gruppen ausgesondert und vergleichend analysiert: Leitungskader, Spezialisten und einfache Angestellte. Im zweiten Fall, der Analyse der sozialen Struktur der Arbeiterklasse Sowjetrußlands im Jahre 1918, haben die gleichen Autoren, ebenfalls unter Verwendung des Koeffizienten der gegenseitigen Information, eine gewaltige Anzahl von Merkmalen, die in den Zählungsunterlagen enthalten waren, in die Aufbereitung einbezogen. In beiden Arbeiten finden wir eine sehr interessante Begründung dafür, daß dieses Verfahren zu Recht als das einzig mögliche gewählt werden mußte. Die Informationstheorie hat speziell in den Fällen vielversprechende Ergebnisse geliefert, in denen andere Methoden, etwa die Korrelationsanalyse, versagt haben.

Oftmals steht man vor der Aufgabe, innerhalb einer kleineren Gruppe von Faktoren, und nicht im System insgesamt, die Wechselbeziehungen bestimmen zu müssen. Historiker eliminieren dann die sie nicht interessierenden Merkmale gewöhnlich nach eigenem Ermessen, da sie sie als zweitrangig ansehen, und damit wird zwangsläufig auch der Einfluß, den sie auf das Gesamtsystem ausüben können, eliminiert. Bei einem solchen Vorgehen kann natürlich niemand garantieren, daß der Einfluß der eliminierten Merkmale tatsächlich unwesentlich ist. Wir haben in einer unserer Untersuchungen den Versuch unternommen, den Einfluß einmal von Einzelmerkmalen und zum anderen ganzer Merkmalsgruppen mit Hilfe des partiellen Korrelationskoeffizienten zu eliminieren.<sup>30</sup> Dieser Lösungsweg ist gangbar, wenn sich in den zu untersuchenden Wechselbeziehungen der von den ausgesonderten Merkmalen ausgehende Einfluß neu verteilen und den verbliebenen Merkmalen zuordnen läßt.

Will man das Minimum der Faktoren ermitteln, das eine bestimmte Kategorie maximal beeinflußt, so helfen die Methoden der Faktoranalyse. Eine solche Aufgabe liegt dann vor, wenn man es mit einem großen Umfang von Beobachtungen zu tun hat, die eine Fülle noch zu ordnender Merkmale enthalten. Den Methoden der Faktoranalyse haben die Historiker bisher noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt, was offensichtlich damit zu erklären ist, daß ihr mathematischer Apparat sehr kompliziert ist, daß sie noch zahlreiche ungelöste Probleme aufweist und daß sie schließlich nur unzureichend bekannt ist.

Einen Versuch, ein Verfahren der Faktoranalyse, nämlich die sogenannte Zentroidmethode, anzuwenden, stellt die Beschreibung der sozialen Struktur der estnischen Bevölkerung der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts dar, die A. Ruusman anhand

29 Vasjaev, V. I. / Drobižev, V. Z. / Zaks, L. V. / Pivovar, E. I. / Ustinov, V. A. / Ušakov, T. A., *Dannye perepisi služaščich 1922 g. o sostave kadrov narkomatov RSFSR*, Moskau 1972; *Drobižev, V. Z. / Sokolov, A. K. / Ustinov, V. A., Rabočij klass Sovetskoj Rossii v pervyj god proletarskoj diktatury*, Moskau 1975.

30 Slavko, T. I., *Metody matematičeskoj pererabotki massovyh istoričeskich istočnikov*. Avtoreferat kandidatskoj dissertacii, Moskau 1972, S. 11.

der Landwirtschaftszählung von 1939 durchgeführt hat.<sup>31</sup> Eine Voraufbereitung des Materials mit anderen Methoden hatte gezeigt, daß die Hauptfaktoren, die die soziale Stellung der aus den Dörfern Abwandernden bestimmten, die Bildung, das Alter und die soziale Herkunft waren. Die Faktoranalyse ermöglichte nun einen Vergleich der quantitativen Kennziffern dieser Faktoren. Als wichtigstes Merkmal erwies sich die soziale Herkunft, gefolgt vom Alter, und erst an dritter Stelle stand die Bildung.

Jede Untersuchung paarweise geordneter Wechselbeziehungen zwischen Merkmalen vollzieht sich auf dem Wege ihrer Ordnung und Darstellung in einem ganzheitlichen System, das die Erfassung dieses Systems in Form bestimmter Zusammenhänge zwischen sämtlichen Merkmalen erlaubt, die die real existierenden Zusammenhänge adäquat widerspiegeln. In einem solchen System stehen eng miteinander zusammenhängende Merkmale nahe beieinander, während Merkmale mit schwachem Zusammenhang weit voneinander entfernt sind. In der Mathematik gibt es verschiedene Klassifizierungsverfahren, mit denen sich solche Aufgaben lösen lassen. Von einem wurde in den weiter oben angeführten Arbeiten, die unter Leitung von V. Z. Drobizev und V. A. Ustinov entstanden sind, ein breiter Gebrauch gemacht. Ein anderes Systematisierungsverfahren, die sogenannte "Plejadenmethode", liegt der Untersuchung der Aufstellungen zur Berechnung der Arbeiter- und Angestelltenkader zugrunde.<sup>32</sup>

Damit wollen wir diese zwar nicht sehr große, aber dennoch im Grunde breit angelegte Aufzählung der mathematischen Verfahren, die heute in der Aufbereitung historischer Quellen in großem Umfange genutzt werden, abschließen. Um den Rahmen des vorliegenden Beitrages nicht zu sprengen, haben wir nur eine unbedeutende Anzahl von Untersuchungen sowjetischer Wissenschaftler als Beispiele anführen können. Das mathematische Herangehen hat in diesen Arbeiten jedoch vielversprechende Ergebnisse gebracht. Sie haben uns anschaulich vor Augen geführt, daß die historischen Methoden um mathematische Verfahren bereichert werden müssen. Aus diesen Arbeiten können wir folgendes Fazit ziehen: Erstens lassen sich Datensysteme gewinnen, mit denen der Historiker seine Aufgaben unter Verwendung der traditionellen Analyse lösen kann. Zweitens bietet sich die Möglichkeit, neue Lösungen für alte Probleme zu finden und neue Aufgabenstellungen zu formulieren, die sich mit den traditionellen historischen Untersuchungsmethoden nicht mehr lösen lassen.

Selbst ein so flüchtiger historiographischer Überblick zeigt uns, welch große Aufmerksamkeit die sowjetischen Historiker der Verbesserung der traditionellen Methoden schenken. Heute braucht nicht länger darauf hingewiesen zu werden, wie wichtig und notwendig die Mathematik in der Aufbereitung von Masseninformationen ist. Dieser Frage sind zahlreiche Beiträge gewidmet, und eine zusätzliche Bestätigung liefern die Ergebnisse der historischen Untersuchungen,

<sup>31</sup> Ruusman, A., Iz opyta primeneniya faktornogo analiza v istoričeskom issledovanii, in: Vestnik Moskovskogo Gosudarstvennogo Universiteta, Reihe 9: Istorija, Nr. 6/1966, S. 78 - 91.

<sup>32</sup> Kornakovskij, I. L. / Slavko, T. I., K voprosu ob istočnikach po social'noj strukture rabočego klassa, "Stroitel' stvo kommunizma i izmeneniya social'noj struktury sovet'skogo obščestva". Tezisy dokladov i soobščeniya Vtoroj vsesojuznoj konferencii po probleme "Izmeneniya social'noj struktury sovet'skogo obščestva" 5. Lieferung, Moskau 1971.

die auf mathematischen Methoden aufbauen. Die Anzahl spezieller Arbeiten zu dieser Problematik ist jedoch noch immer gering, und es fehlt vor allem an Monographien. Was bisher behandelt wurde, sind im wesentlichen Einzelfragen der Anwendung mathematischer Methoden in der Geschichtswissenschaft.

Somit ist es unerlässlich geworden, eine große Anzahl methodologischer und methodischer Probleme zu bearbeiten, die in den Grenzbereich zweier Wissensgebiete fallen - der Geschichtswissenschaft und der Mathematik. Die Spezifik des historischen Prozesses und insbesondere der historischen Quellen stellt eine Reihe sehr strenger Bedingungen an die mathematischen Methoden. Andererseits hat aber jede einzelne mathematische Methode ihre Besonderheiten und Einschränkungen, so daß erst einmal bewiesen werden muß, ob sie sich auf historisches Material anwenden läßt.

An erster Stelle stehen hier Probleme des Begriffsapparates. Bisher gibt es noch keine einheitlichen Auffassungen darüber, was eigentlich eine Quelle mit statistischer Masseninformation ist. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß sozialen Erscheinungen Gesetzmäßigkeiten mit Massencharakter zugrunde liegen. Aber innerhalb dieser letzteren gibt es besondere Typen, je nachdem, welchem Grad der Einschränkung eine bestimmte Eigenschaft unterworfen ist. Jede mathematische Methode ist für die Beschreibung nur ganz bestimmter Typen von Gesetzmäßigkeiten bestimmt. Deshalb bedingt der Charakter der historischen Gesetzmäßigkeit den Charakter der mathematischen Methoden, die für ihre Untersuchung eingesetzt werden können. Das heißt aber, daß unseres Erachtens die Berührungspunkte zwischen Geschichtswissenschaft und Mathematik in den gemeinsamen Gesetzmäßigkeiten liegen müssen.

Die Anwendung mathematischer Methoden auf Quellen, die keinen Massencharakter haben, wird offensichtlich die nächste Etappe in der Anwendung mathematischer Methoden auf die Sozialwissenschaften bilden. Und das setzt wiederum die Lösung zahlreicher Probleme voraus, die die Neufassung verschiedener Kategorien, wie zum Beispiel "nichtstochastische Quelle", "Wahrscheinlichkeit" usw., betreffen. Auch das Problem der Wechselbeziehung zwischen historischer Quelle und Information auf der Inhaltsebene harrt hier noch der Bearbeitung und Analyse; wir meinen das Problem der Wechselbeziehung zwischen den quantitativen und den inhaltlichen Seiten der historischen Informationen. Die Stellung und Lösung solcher methodologischer Probleme wird zur Präzisierung zahlreicher Fragen beitragen, die mit der Interpretation der historischen und mathematischen Ergebnisse und der wohlbegründeten Anwendung mathematischer Methoden auf Quellen ohne Masseninformation zusammenhängen.

Läßt sich auf dem Gebiete der sozialökonomischen Untersuchungen bereits ein gewisses Fazit auf der Ebene der Effektivität und der Mängel dieser oder jener mathematischen Methode ziehen, so werden in der Erforschung der politischen Geschichte und der Kulturgeschichte, die es weit häufiger mit der Analyse verbaler Informationen zu tun haben, erst die ersten Schritte in der Anwendung der Mathematik getan, was natürlich der sehr komplizierten Formalisierbarkeit solcher Texte zuzuschreiben ist.

Darüber hinaus lassen sich, wie dies erste Experimente gezeigt haben, unseres Erachtens sehr interessante Ergebnisse erzielen, wenn man sich in der Historiographie der sogenannten "Content-Analyse" bedient. Mit diesem Verfahren können Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen in der Herausbildung bestimmter Erscheinungen sichtbar gemacht und die wichtigsten Faktoren ausgesondert werden, die

dies bewirken. Weiterhin sollten wir nicht vergessen, daß wir heute in der mathematischen Aufbereitung von Materialien aus Periodika und Tageszeitungen, die die unterschiedlichsten Seiten des gesellschaftlichen Lebens beleuchten, erst am Anfang stehen.

In der modernen Mathematik gibt es eine große Anzahl unterschiedlicher Methoden, die der Historiker mit Erfolg nutzen kann. So hat zum Beispiel die Spieltheorie die klassische Stichprobentheorie bereichert, indem sie neue Verfahren der nichterwartungstreuen Schätzung und der Minimaxschätzung eingeführt hat, die zu vorsichtigeren, aber zugleich optimalen Charakteristika führen. Historische Arbeiten, die auf solche Verfahren zurückgreifen, gibt es vorläufig nicht.

Die Wechselwirkung zwischen Geschichtswissenschaft und Mathematik erfordert die Lösung zahlreicher, und zwar sowohl historischer als auch mathematischer Probleme. Vorläufig werden aber von den Gesellschaftswissenschaftlern nur Methoden verwendet, die für die Bedürfnisse anderer Wissenschaften entwickelt wurden oder allein im Schoße der Mathematik gewachsen sind. Es wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß man immer wieder auf gewisse Grenzen stößt, wenn mathematische Methoden, die sich bei der Untersuchung der einen Erscheinung durchaus bewährt haben, auf andere Erscheinungen übertragen werden sollen. Es ist daher an der Zeit, die mathematischen Methoden, was die adäquate Widerspiegelung des Wesens sozialer Prozesse betrifft, weiter voranzubringen und neue Methoden zu entwickeln, die die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Erscheinungen besser erfassen können. Das ist aber nur unter der Bedingung möglich, daß sowohl die auf dem Gebiet der Mathematik bisher erzielten Ergebnisse als auch die Kenntnisse von den konkreten Erscheinungen des historischen Prozesses, das heißt die Kenntnisse, die die historische Problematik betreffen, verallgemeinert werden. Beschränkt man die Arbeit nur auf einen dieser Teile, vernachlässigt man also entweder die Mathematik oder die historischen Etappen, so wird sich kaum die erforderliche Wirkung einstellen.

Bei den mathematischen Problemen, die mit der Aufbereitung sozialer Informationen zusammenhängen, handelt es sich um Probleme, die vor allem von den Mitarbeitern der mathematischen Abteilungen untersucht werden müssen, die innerhalb der gesellschaftswissenschaftlichen Institute bestehen. Die mathematischen Verfahren müssen so angelegt sein, daß sie jedem Historiker verständlich sind. Eine wesentliche Hilfe kann dabei die Herausgabe von Standardprogrammen für EDV-Anlagen sein, denen Instruktionen sowohl für den Historiker als auch den Programmierer beigelegt werden. Einen solchen regelmäßigen Programmierdienst gibt es bisher in den Geschichtswissenschaften aber noch nicht. Wir haben also gesehen, daß die Einführung der Mathematik in die Geschichtswissenschaft ein objektiver Prozeß ist, der die Möglichkeiten, historische Quellen auf der Grundlage einer breiter angelegten Methodik aufzubereiten und zu analysieren, vergrößert. Die gegenwärtige Entwicklung der mathematischen Wissenschaften bietet den Historikern große Möglichkeiten für die Stellung und Lösung eines bedeutend weiteren Kreises von Problemen. Deshalb müssen optimale Wege gefunden werden, und die historischen Verfahren sind durch die Einbeziehung neuer Verfahren der angewandten Mathematik zu erweitern. Dabei wird sich nur dann eine echte wissenschaftliche Wirkung einstellen, wenn wir uneingeschränkt an den marxistisch-leninistischen methodologischen Prinzipien wissenschaftlichen Forschens festhalten.

(Übersetzt von I. und K. König)

## BETRIEBSGESCHICHTE

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte  
in der Deutschen Demokratischen Republik

(14. Fortsetzung)

von Renate Günther

### I Zur Methodik der Betriebs- geschichtsschreibung

Betriebsgeschichte in der Volks-  
republik Polen 1972 bis 1978 im  
Spiegel der Zeitschrift "Kwartal-  
nik Historii Ruchu Zawodowego".  
Bibliographie. Hrsg.: Zentralbi-  
bliothek der Gewerkschaften, Zen-  
trales Gewerkschaftsarchiv, -  
(Berlin) 1979. - 12 S. (Ms. ver-  
vielf.) ; 30 cm

Erfahrungen und Ergebnisse bei  
der Erforschung und Propagierung  
der Geschichte der örtlichen Ar-  
beiterbewegung im Kreis Wernige-  
rode. Materialien der Geschichts-  
konferenz der Kreisleitung Werni-  
gerode der SED am 10. Februar  
1978. (Hrsg.: Bezirksleitung Mag-  
deburg der SED - Abt. Agitation/  
Propaganda - Kommission zur  
Erforschung der Geschichte der  
örtlichen Arbeiterbewegung) =  
Für den Parteiarbeiter, Nr. 6/  
1978.

Radandt, Hans: Betriebsgeschichte:  
erforschen, schreiben, propagieren.  
- Berlin: Verlag Tribüne. 1. Aufl.  
1977, 2. Aufl. 1978. - 95 S. ;  
20 cm

Richtlinie zur Erforschung und Pro-  
pagierung der Betriebsgeschichte  
(Beschluß des Sekretariats des ZK  
der SED vom 7. Juni 1977) = Bei-  
lage zu Neuer Weg, Nr. 14/1977,  
S. 649.

Schiffbauer, Hafenarbeiter, Seeleute  
machen Geschichte. Verf.: Hanna Haack  
/u. a. /. Hrsg.: Abteilung Agitation  
und Propaganda der Bezirksleitung Ro-  
stock der SED. - Rostock 1977. - 80 S. :  
Ill. ; 21 cm

### II Einzeldarstellungen

#### Deutsche Reichsbahn

Kramer, Erwin: Die Entwicklung des  
Verkehrswesens in der DDR. - Berlin  
1978. 232 S. : 108 Ill. ; 3 Graph., 8 Kt.,  
14 Tab. 16, 5 x 23 cm

Weisbrod, Manfred/Müller, Hans/Petznik,  
Wolfgang: Dampflokkarchiv. Bd. 2. Bau-  
reihen 41 - 59. - Berlin 1978. - 224 S., :  
Ill. ; 22 cm

#### Deutsche Reichsbahn. Bahnbetriebswerk Neustrelitz

100 /Hundert/ Jahre Bahnbetriebswerk  
Neustrelitz. - (Neustrelitz 1977.) 36 S. :  
Ill. ; 19, 5 x 18, 5 cm

#### Deutsche Reichsbahn. Reichsbahnausbesse- rungswerk "8. Mai" Eberswalde

Reichsbahnausbesserungswerk "8. Mai"  
Eberswalde. Geschichte - von der Arbei-  
terklasse geschrieben. Hrsg. zum 100jäh-  
rigen Bestehen unseres Werkes am 7. 1.  
1978 von der Parteileitung der Betriebs-  
parteiorganisation. - (Eberswalde 1978.)  
- 76 S. : Ill. ; 30 cm

## Deutsche Reichsbahn, Strecken

Bretfeld, Reiner: 100 /Hundert/ Jahre Flöhatalbahn, Strecken Reitzenhain - Flöha, Pockau - Olbernhau, Hrsg.: Deutscher Modelleisenbahnverband der DDR, Arbeitsgemeinschaft 3/42 Marienberg, - (Olbernhau 1977.) - 56 S.: 35 Ill.; 21 cm

Denkmalgeschützte Kleinbahnen im Ostseebereich - Ihre Geschichte und Perspektive. Von einem Autorenkollektiv, - Rostock 1978, - 60 S.: Ill.

Höfler, Siegfried/Haferberger, Werner/Raunitzschke, Karl: Eisenbahn-Historia Riesa - Karl-Marx Stadt 1852 - 1977, Hrsg.: Deutsche Reichsbahn, Bahnhof Mittweida, - (Frankenberg 1977.) - 28 S.: Ill.; 30 cm

Nitschke, Ulrich: Die Harzquer- und Brockenbahn, - Berlin 1978, - 144 S.: Ill.; 16,5 x 16,5 cm = Transpress-Verkehrsgeschichte, Bd. 1

VEB Elektrowärme Sörnewitz  
Schrauber, Erich: EWS: Geschichtliche Wende, eingeleitet durch die Arbeiterklasse, VEB Elektrowärme Sörnewitz, T. 1: Zur Geschichte des VEB Elektrowärme Sörnewitz von 1900 - 1962. Hrsg.: Betriebsparteileitung der SED des VEB Elektrowärme Sörnewitz, - Sörnewitz 1976, - 99 S.: Ill.; 29 cm

### VEB Filmfabrik - Fotochemisches Kombinat - Wolfen

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie, Nr. 11: Register (Firmen- und Institutionenregister, Personenregister, Geographisches Register) und Gesamtinhaltsverzeichnis zu den Heften 1 - 9. Hrsg.: Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat - und dem Zentralen Staatsarchiv Potsdam, Bearb. v. Kurt Metschies, Zentrales Staatsarchiv Potsdam; Willi Zimmermann, VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat -. Als Manuskript gedr., - Wolfen 1978, - 80 S.; 20,5 cm

Erfahrungsaustausch über 2000 /zweitausend/ km, Hrsg.: Parteiorganisation der SED, VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat, - Wolfen 1977, - 27 S.: Ill.; 24 cm

25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Für das sozialistische Vaterland stets wachsam und gefechtsbereit! Berichte und Bilder aus der Arbeit der Kampfgruppen des VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat. Mit Beiträgen von Kämpfern, Unterführern und Kommandeuren unserer Einheiten, Bearb. v. Karl Münstermann, Hrsg.: Parteiorganisation der SED; VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat, - Wolfen 1978, - 44 S.: Ill.; 24 cm = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, Nr. 40

Meurer, Heinz: Sportlerinnen und Sportler der BSG Chemie Wolfen auf bewährtem Kurs. Zum 30. Jahrestag der Gründung der BSG Chemie Wolfen, Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschichte der Zentralen Parteileitung/Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat, - Wolfen 1978, - 101 S.: Ill.; 25 cm = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, Nr. 41

Vom Roten Oktober zur sozialistischen ökonomischen Integration - Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Geschichte der Gegenwart der Filmfabrik Wolfen, Hrsg.: Parteiorganisation der SED des VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat, - Wolfen 1978, - 59 S.: Ill.; 24 cm = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, Nr. 39

Siehe auch  
Zur Methodik der Betriebsgeschichtsschreibung

VEB Harzer Strickwaren Ilsenburg  
20 /Zwanzig/ Jahre Harzer Strickwaren Ilsenburg, Elesina-Modelle, 15. 9. 1958 PGH - 25, 4, 1972 VEB, - (Ilsenburg) 1978, 40 S.: 20 cm

VEB Hochbaukombinat Nordhausen  
Beiträge zur Betriebsgeschichte des VEB  
Hochbaukombinat Nordhausen, (Hrsg. v.  
d. Betriebsparteiorganisation der SED  
und vom Kombinatdirektor des VEB  
Hochbaukombinat Nordhausen.)  
- Nordhausen 1976, - 112 S.; zahlr.  
Ill. (Z. T. farb.); 25 cm

Kernkraftwerk Stendal  
Glade, Heinz: Nachricht aus Nie-  
dergörne: Teil einer Reportage  
und Beginn des Baus des Kern-  
kraftwerkes Stendal, Hrsg.: SED-  
Kreisleitung Stendal, Bildungs-  
stätte, - Stendal 1976, - 14 S.;  
29 cm

VEB Kondensatorenwerk Görlitz  
"Wilhelm Pieck" im Kombinat VEB  
Elektronik Gera  
25 /Fünfundzwanzig/ Jahre VEB  
Kondensatorenwerk Görlitz "Wil-  
helm Pieck", - Görlitz 1977, -  
63 S.; Ill.; 27 cm

Kooperationen Priborn und Kagel,  
Kr. Röbel (Müritz) Bez. Neubrand-  
enburg  
Frick, Ilse-Dore: Zur weiteren Her-  
ausbildung sozialistischer Charak-  
terzüge der Klasse der Genossen-  
schaftsbauern unter dem Einfluß der  
Arbeiterklasse - dargestellt am  
Beispiel der Kooperationen Pri-  
born und Kagel im Agrarkreis Rö-  
bel (Müritz) Bezirk Neubrandenburg.  
- Diss. Rostock 1976, - 149,  
19 Bl.; 29 cm und Thesen (12 Bl.)

MTS "Roter Oktober" Prenzlau  
Eschenbach, Eberhard: Der Prozeß  
der Konzentration der Produktion im  
ehemaligen MTS-Bereich Prenzlau  
von 1952 bis zur Gegenwart, - Dis-  
sertation Humboldt-Universität  
Berlin 1966, - 285, 2, 50 gez. Bl.  
mit Abb. 4<sup>o</sup>

Palast der Republik  
Der Palast der Republik und seine  
Erbauer: 1973 - 1976, Hrsg.: Auf-  
bauleitung Sonderbauvorhaben Ber-  
lin und Bauakademie der DDR, -

Berlin 1976, - 112 S.; zahlr. Ill.  
(z. T. farb.); 24 x 29 cm

PGH "Wartburg" Eisenach  
20 /Zwanzig/ Jahre Produktionsge-  
nossenschaft "Wartburg" des Pol-  
sterer- und Dekorateurhandwerks  
Eisenach, Hrsg.: PGH "Wartburg",  
- Eisenach 1978, - 56 S.; Ill.; 21 cm

VEB Porzellanwerk Colditz  
Seht, das sind wir Porzelliner! Beiträge  
zur Betriebsgeschichte des VEB Porzel-  
lanwerk Colditz, (Hrsg.: Parteileitung  
der Betriebsparteiorganisation der SED  
und der Kombinatleitung des VEB Porzel-  
lanwerk Colditz, ) - Colditz 1976, - 211 S.;  
zahlr. Ill.; 23 cm

VEB Robotron-Elektronik Zella-Mehlis  
In eigener Sache, Beitrag zur Geschichte  
des VEB Robotron-Elektronik Zella-  
Mehlis, Im Auftrag der Betriebspartei-  
organisation der SED des VEB Robotron-  
Elektronik Zella-Mehlis hrsg. v. d.  
Kommission für Betriebsgeschichte unter  
der Leitung von Dagmar Römhild und  
Mitwirkung von Horst Jäger, 1. Aufl.  
- Berlin 1978, - 190 S.; Ill. (z. T. farb.);  
80 cm

"Roter Oktober", MTS, Prenzlau  
siehe MTS

VEB Schrauben- und Normteilewerk  
Hildburghausen  
- "Initiative 40", Warum? Wofür? Wie?  
Wodurch? Hrsg.: SED-Kreisleitung  
Hildburghausen/Betriebsparteiorgani-  
sation des VEB Schrauben- und Normteile-  
werk Hildburghausen, - Hildburghausen  
(1976), - 16 S. quer-8<sup>o</sup>

VEB Stahl- und Walzwerk Gröditz  
Dörr, Hubert: Zum Vorgehen der fa-  
schistischen Betriebsführung des ehma-  
ligen Lauchhammerwerkes Gröditz im  
Flick-Konzern gegenüber Arbeitern und  
anderen Werkträgern sowie zwangsver-  
schleppten ausländischen Arbeitskräften,  
Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen  
während des zweiten Weltkrieges, - Diss.  
A, Pädagogische Hochschule, Fak. für  
Gesellschafts-, Sprach- und Kunstwiss.,  
Dresden 1978, 293 Bl.; 30 cm

VEB Carl Zeiss Jena, Betrieb Eisfeld  
Ausbruch aus Not und Enge. Zur Ge-  
schichte des VEB Carl Zeiss Jena, Be-  
trieb Eisfeld. Hrsg. v. d. Betriebspar-  
teioorganisation der SED. - Berlin 1978.  
166 S. : Ill. ; 25 cm

"Wartburg", PGH, Eisenach  
Siehe PGH "Wartburg"



QUELLEN UND MATERIALIEN •

Die Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, ihrer Haupt- und Wirtschaftsgruppen (I)

Dokumentation über ihre Stellung in Monopolen, monopolistischen Verbänden und bei der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung

von Rainer Eckert

0. Einführung in die Dokumentation
- 0.1. Entwicklung und Aufbau der Reichsgruppe Industrie
- 0.2. Anlage der Dokumentation und Hinweise für den Benutzer
1. Leiter, stellvertretender Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie
2. Leiter der Hauptgruppen der Reichsgruppe Industrie
- 2.1. Hauptgruppe I (Bergbau, Eisen- und Metallgewinnung)
- 2.2. Hauptgruppe II (Maschinenbau, Elektrotechnik, Optik und Feinmechanik)
- 2.3. Hauptgruppe III (Eisen-, Blech-, Metallwarenindustrie)
- 2.4. Hauptgruppe IV (Steine und Erden, Holz-, Bau-, Glas- und Keramikindustrie)
- 2.5. Hauptgruppe V (Chemie, Technische Öle und Fette, Papier und Papierverarbeitung)
- 2.6. Hauptgruppe VI (Leder, Textilien und Bekleidung)
- 2.7. Hauptgruppe VII (Nahrungsmittelindustrie)

Anhang:

- Quellen- und Literaturnachweis
- Abkürzungsverzeichnis

0. Einführung in die Dokumentation

Mit der Übertragung der politischen Macht Anfang 1933 an die NSDAP hatte in Deutschland eine neue Etappe monopolistischer Herrschaft begonnen. Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie als eine Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie wurde durch eine andere Form, die offene unvermittelte Diktatur der reaktionärsten Gruppe des deutschen Monopolkapitals, abgelöst. Das sich in Deutschland etablierende faschistische Herrschaftssystem war wesentlich durch einen hohen Grad staatsmonopolistischer Verflechtung zwischen dem faschistischen Staatsapparat und den Monopolen gekennzeichnet.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Zur Definition des staatsmonopolistischen Kapitalismus siehe Baudis, Dieter/

Die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung der DDR beschäftigt sich seit langem mit einem der wichtigsten Instrumente staatsmonopolistischer Wirtschaftsregulierung im faschistischen Deutschland, mit der Reichsgruppe Industrie.<sup>2</sup>

Nussbaum, Helga, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin 1978, S. 20 = Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in drei Bänden, hg. v. Helga Nussbaum u. Lotte Zumpe, Bd. 1: "Staatsmonopolistischer Kapitalismus ist ein Grundzug des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus. Er ist gekennzeichnet durch die Verschmelzung der zunächst vorwiegend ökonomischen Macht der kapitalistischen Monopole mit der zunächst vorwiegend politischen Macht des Staates. Die Verschmelzung der ökonomischen und staatlich-politischen Machtpositionen äußert sich funktionell, institutionell und in der Eigentumsstruktur..."

2 Von den Arbeiten der DDR-Historiker zu diesem Thema sind besonders zu nennen: Bleyer, Wolfgang, Die Reichsgruppe Industrie - eine wirtschaftliche Kommandostelle des "totalen Krieges", in: Monopole und Staat in Deutschland 1917 - 1945, S. 183 - 192; derselbe, Staat und Monopole im totalen Krieg. Der staatsmonopolistische Machtapparat und die "totale Mobilisierung" im 1. Halbjahr 1943, Berlin 1970 = Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Reihe 1, Nr. 34; Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. 2: Fraktion Augsburgischer Hof-Zentrum, Leipzig 1970, S. 580 - 619; Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, hg. v. einem Autorenkollektiv unter Ltg. v. Wolfgang Schumann u. Gerhart Hass, 2., durchgesehene Aufl., Berlin 1975; Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), hg. v. einem Autorenkollektiv unter Ltg. v. Wolfgang Schumann u. Karl Drechsler, Berlin 1975; Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945, Bd. 1: 1939 - 1941, Berlin 1969; derselbe, Monopole und Staat in Deutschland 1933-1945, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, hg. v. der Deutschen Historiker-Gesellschaft, Berlin 1966, S. 33-59; derselbe, Das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion und die Straßburger Tagung vom 10. August 1944 (Bemerkungen zu offenen Fragen), in: Bulletin des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg", Nr. 3-4/1975, S. 5-21; Gossweiler, Kurt, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre, phil. Diss., Berlin 1963; Günther, Fritz/Ohlsen, Manfred, Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) 1919-1933, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, a. a. O., S. 580-619; Kuczynski, Jürgen, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd. 1: Monopole und Unternehmerverbände, Berlin 1948; Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, a. a. O.; Ohlsen, Manfred, "Ständischer Aufbau" und Monopole 1933/34, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 1/1974, S. 28-46; Zumpe, Lotte, Wirtschaft und Staat in Deutschland in der Zeit des Faschismus = Wirtschaft und Staat in Deutschland, a. a. O., Bd. 3 /im Druck/.

Folgende Dokumentationen sind in erster Linie zu beachten:

Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hg. u. eingel. v. Gerhart Hass u. Wolfgang Schumann, Berlin 1972; Anatomie des Krieges. Neue Doku-

Die bisherigen Forschungen ergaben neben einer grundsätzlichen Einschätzung der Reichsgruppe auch wichtige Teilergebnisse, während die Beantwortung anderer, noch offener Fragen der zukünftigen Forschung vorbehalten ist. Ziel der hier vorliegenden Dokumentation<sup>3</sup> mit den Biographien von 145 zu ermittelnder Leiter und Geschäftsführer aus dem Bereich der Reichsgruppe Industrie (RGI) ist es, tiefer in die personelle Gliederung dieser Reichsgruppe hineinzuführen. Dabei soll gezeigt werden, daß nicht nur die Spitze der Reichsgruppe Industrie, sondern ihr gesamtes System monopolistisch war. Zum besseren Verständnis der Dokumentation ist ihr ein kurzer Abriss mit der Entwicklungsgeschichte der RGI vorangestellt.

Bei den in dieser Dokumentation zusammengestellten Angaben handelt es sich um erste Ergebnisse, die noch einer weiteren Vervollständigung und weiteren Nachdenkens über die Absicherung der erzielten Resultate bedürfen. Um ein umfassendes Bild der personellen Struktur der Reichsgruppe Industrie zu bekommen, muß in einer weiteren Arbeit auch der Kreis der von der Untersuchung erfaßten Personen erweitert werden.

Besonderes Augenmerk wird hierbei der Geschäftsführung der Reichsgruppe Industrie, ihren Ausschüssen, Beiräten und den über die verschiedenen Wirtschaftsgruppen hinausgehenden Wirtschaftsvereinigungen geschenkt werden.

Schon vor der Machtübergabe an den deutschen Faschismus existierten in maßgeblichen Kreisen der deutschen Monopolbourgeoisie Vorstellungen über eine stärkere Konzentration des industriellen Verbandswesens, um noch stärkeren Einfluß auf die staatliche Wirtschaftspolitik und die Staatspolitik überhaupt nehmen zu können.

mente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hg. u. eingel. v. Dietrich Eichholtz u. Wolfgang Schumann, Berlin 1969; Dokumente zur deutschen Geschichte 1936-1939, hg. v. Wolfgang Ruge u; Wolfgang Schumann unter Mitarb. v. Heide-Marie Grünthal, Berlin 1977; Weltherrschaft im Visier Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hg. u. eingel. v. Wolfgang Schumann u. Ludwig Nestler unter Mitarb. v. Willibald Gutsche u. Wolfgang Ruge, Berlin 1975; Schumann, Wolfgang, Nachkriegsplanungen der Reichsgruppe Industrie im Herbst 1944. Eine Dokumentation, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 3, S. 259-296; derselbe, Neue Dokumente der Reichsgruppe Industrie zur "Neuordnung" Europas, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 5, 1971, S. 379-438.

3 Die hier vorgelegte Dokumentation entstand aus einer Diplomarbeit des Verfassers, die 1976 an der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin erarbeitet worden ist. Sie stützt sich u. a. auch auf unveröffentlichte Arbeitsergebnisse von Dr. Hans-Stephan Brather (Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR) und Ingeborg Knaack (Pädagogische Hochschule Potsdam). Den beiden Genannten sowie Dr. Lotte Zumpe vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der AdW der DDR möchte ich für die mir gewährte Unterstützung Dank sagen.

## 0.1. Entwicklung und Aufbau der Reichsgruppe Industrie

Exponent der Forderung nach einer stärkeren "Rationalisierung" des industriellen Verbandswesens war der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI), der diesbezügliche Forderungen besonders während der Weltwirtschaftskrise und nach der Wahl Gustav Krupps von Bohlen und Halbach zum neuen Vorsitzenden des RDI am 25. September 1931 verstärkte.<sup>4</sup> In den letzten Jahren der Weimarer Republik wurde der RDI zu einem immer entschiedeneren Vorkämpfer für die Faschisierungspolitik der deutschen Monopolbourgeoisie.

Auf der Sitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 6. April 1933 wurde Krupp mit der alleinigen Vollmacht ausgestattet, mit Hitler über Fragen der erstrebten "Reorganisation" des industriellen Verbandswesens zu verhandeln. In einem Brief Krupps an Hitler vom 25. April 1933 bekundete er stellvertretend für den RDI die Zustimmung des Verbandes zur Politik der faschistischen Regierung und die Absicht zur "Rationalisierung" der "Selbstverwaltung der Wirtschaft"<sup>5</sup>.

Durch die Einführung des "Führerprinzips" am 3. Mai 1933 erhielt Krupp vom Präsidium des RDI die Vollmachten für den Aufbau einer neuen Unternehmerorganisation, der die schon lange gehegten Vorstellungen und Pläne verwirklichen sollte.

Nach der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften am 2. Mai 1933 und dem damit verbundenen Machtzuwachs der Unternehmerverbände erfolgte am 19. Juni 1933 die Vereinigung des RDI mit der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zum Reichsstand der Deutschen Industrie, der sich einen entscheidenden Einfluß auf die weiteren Veränderungen des industriellen Verbandswesens sichern konnte.

Die Versuche nichtmonopolisierter Teile der deutschen Industrie und des Handwerks, einen "ständischen Aufbau" der neuen Unternehmerorganisation durchzusetzen<sup>6</sup>, konnten den Reichsverband/Reichsstand der Deutschen Industrie nicht daran hindern, das später verwirklichte Organisationschema der Unternehmerorganisation schon 1933 auszuarbeiten.

Nach Beendigung der "ständischen" Experimente durch die faschistische Führung wurde mit dem "Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft"<sup>7</sup> vom 27. Februar 1934 die rechtliche Grundlage für die erwünschte Unternehmerorganisation geschaffen. Es ermächtigte den Reichswirtschaftsminister, Wirtschaftsverbände als alleinige Vertreter ihres Wirtschaftszweiges

4 Zur Strategie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie während der Weltwirtschaftskrise vgl. Günther, Fritz/Ohlsen, Manfred, a. a. O., S. 606-11.

5 Krupp schrieb am 25. 4. 1933 an Hitler u. a. : "Die politische Entwicklung begegnet sich mit Wünschen, die ich selbst und das Präsidium seit langem gehegt habe. ... habe ich bereits seit längerem mich nicht der Notwendigkeit verschlossen, daß auch die Selbstverwaltung der Wirtschaft der Rationalisierung bedarf." (Abgedruckt in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 1945/46, Bd. 35, Nürnberg 1949, Dokument Nr. 157 D, S. 26.)

6 Zu den Auseinandersetzungen um den "ständischen Aufbau" 1933/34 vgl. Ohlsen, Manfred, a. a. O.

7 Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft, in: Reichsgesetzblatt (im folgenden: RGbl.) 1934, T. 1, S. 185 f.

anzuerkennen, Wirtschaftsverbände zu errichten, aufzulösen und zu vereinigen, Satzungen und Gesellschaftsverträge zu ändern und das "Führerprinzip" einzuführen. Außerdem wurde der Grundsatz der Freiwilligkeit des Eintritts in Unternehmerverbände beseitigt, und der Reichswirtschaftsminister erhielt das Recht, Leiter von Wirtschaftsverbänden zu ernennen und abzuberufen und Unternehmer und Unternehmen an Wirtschaftsverbände anzuschließen.

Nach dem vom Reichswirtschaftsminister Schmitt am 13. März 1934 veröffentlichten Strukturplan der neuen Unternehmerorganisation umfaßte sie 12 Hauptgruppen (7 Hauptgruppen der Industrie, je eine Hauptgruppe des Handwerks, des Handels, der Banken, der Versicherungen und des Verkehrs). In diesen Hauptgruppen wurden alle Unternehmen erfaßt. Die gesamte Organisation unterstand dem Reichswirtschaftsminister und dem "Führer der Wirtschaft" (Ph. Keßler), der die Hauptgruppenleiter ernannte. Der "Führer des Reichsstandes der Deutschen Industrie", G. Krupp, wurde "Führer der Gesamtindustrie", ohne Festlegung der Befugnisse dieses Amtes, und Leiter der Hauptgruppe I.

Neben diesen festgelegten Hauptgruppen bestand jedoch das alte Verbandswesen weiter und der Reichsstand der Deutschen Industrie versuchte, sich als Dachorganisation der sieben industriellen Hauptgruppen zu konstituieren.

Der neue Strukturplan, der nur einen Umbau der alten Unternehmerorganisation gebracht hatte, besonders die Aufgliederung der gewerblichen Wirtschaft in 12 Hauptgruppen, stieß bei den verschiedenen Interessengruppen auf Widerstand. Die schwerindustriellen Kreise befürchteten durch die Aufteilung der Industrie in sieben Hauptgruppen einen Einflußverlust; die Industrie- und Handelskammern, die nicht berücksichtigt worden waren, in denen aber gerade die nichtmonopolistische Industrie stark vertreten war, sahen ein Anwachsen des monopolistischen Einflusses in dieser Gesamtorganisation; die Reichswehrführung sah die Wahrnehmung ihrer Interessen bei der Lenkung der Rüstungsindustrie nicht hinreichend geregelt.

Am 27. November 1934 erließ Schacht als amtierender Reichswirtschaftsminister eine Durchführungsverordnung<sup>8</sup> zum Gesetz vom Februar 1934, die zur eigentlichen Grundlage für die neue "Organisation der gewerblichen Wirtschaft" wurde.

Wichtigste Maßnahme war die Zusammenfassung der 7 industriellen Hauptgruppen in einer einheitlichen Reichsgruppe Industrie, in die der Reichsstand der Deutschen Industrie aufging.<sup>9</sup>

Die übrigen Hauptgruppen wurden ebenfalls Reichsgruppen. Als Dachorganisation entstand die Reichswirtschaftskammer. Regionale Organe wurden die in den einzelnen Wirtschaftsbezirken errichteten Wirtschaftskammern, in die die regionalen

8 Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft, in: RGBl. 1934, T. 1, S. 1194-1199. - Inzwischen war durch die Ereignisse um den 30. 6. 1934 auch eine Klärung der Machtverhältnisse zugunsten der am stärksten an der Aufrüstung interessierten Monopole eingetreten. (Vgl. Gossweiler, Kurt, a. a. O.)

9 Da der Reichsstand der Deutschen Industrie die Nachfolgeorganisation des Reichsverbandes der Deutschen Industrie war, ist die Kontinuität also gewahrt geblieben. (Vgl. Anordnung des Reichswirtschaftsministers betreffend die Reichsgruppe Industrie vom 12. Januar 1935, in: Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 12/1935, 15. 1. 1935, S. 1.)

Unternehmervverbände, die Industrie- und Handels- sowie die Handwerkskammern eingegliedert wurden. Das Amt des "Führers der Wirtschaft" fiel weg.

Das Kernstück der Reichswirtschaftskammer, die Reichsgruppe Industrie, war eine staatsmonopolistische Organisation, die sowohl staatliche (Aufgaben des Kammersystems gingen auf die RGI über) wie auch Aufgaben der bisherigen Wirtschaftsverbände zu erfüllen hatte. Durch die Verschmelzung dieser beiden Aufgabenkomplexe auf gesetzlicher Grundlage wurde eine, bisher in dieser ausgeprägten Form nicht vorhandene, halbstaatliche Organisation geschaffen, die trotz aller Veränderungen und Neugründungen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges eine der wichtigsten Zentralen der staatsmonopolistischen Entwicklung in Deutschland blieb.

Der von der Reichsgruppe Industrie repräsentierte Bereich der deutschen Wirtschaft<sup>10</sup> wurde nach fachlichen und territorialen Gesichtspunkten unterteilt und zusammengefaßt.

Als fachliche Gliederung existierten 28 Wirtschaftsgruppen<sup>11</sup> (entsprechend den jeweiligen Industriezweigen), die bis 1938 auf 7 Hauptgruppen (die weitgehend funktionslos blieben) verteilt<sup>12</sup> und in Fachgruppen bzw. auch Fachuntergruppen unterteilt waren, deren Anzahl entsprechend der Spezialisierung der einzelnen Industriezweige (Wirtschaftsgruppen) sehr groß sein konnte.<sup>13</sup>

Jede Gruppe dieser Organisation erhielt einen "ehrenamtlichen" Leiter und einen oder mehrere Geschäftsführer. Die Leiter der Reichsgruppen, der Hauptgruppen sowie - auf Vorschlag der Leiter der Reichsgruppen - auch die Leiter der Wirtschaftsgruppen wurden vom Reichswirtschaftsminister berufen. Sie waren in der Regel durch Personalunion mit den führenden Unternehmen ihrer Branche verbun-

10 Neben der Reichsgruppe Industrie existierten noch die Reichsgruppen Handel, Handwerk, Banken, Versicherungen, Energiewirtschaft und ab 1939 Fremdenverkehr.

11 Im Jahre 1935 existierten 28 Wirtschaftsgruppen (vgl. Reichsgruppe Industrie, hg. v. der Reichsgruppe Industrie, Berlin, 1. Januar 1936, S. 45-47). Weitere Angaben über die sich verändernde Zahl der Wirtschaftsgruppen in Verzeichnis der Mitglieder der Reichswirtschaftskammer und deren Untergliederungen, hg. v. der Reichswirtschaftskammer, Stand: Februar 1936, Berlin 1936, S. 51-164; Gliederung der Reichsgruppe Industrie, hg. v. der Geschäftsführung, Leipzig, Dezember 1936, S. 15-77 = Der Aufbau der gewerblichen Wirtschaft in Einzeldarstellungen; Gliederung der Reichsgruppe Industrie, hg. v. der Geschäftsführung, 2. Ausg., Leipzig, Juni 1939, S. 33-160 = Der Aufbau der gewerblichen Wirtschaft in Einzeldarstellungen; Gliederung der Reichsgruppe Industrie, hg. v. der Geschäftsführung, 3. Ausg., Leipzig/Berlin, April 1941, S. 87-208 = Der Aufbau der gewerblichen Wirtschaft in Einzeldarstellungen.

12 Übersicht über die Hauptgruppen in Esenwein-Rothe, Ingeborg, Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945, Berlin (West) 1965, S. 44 = Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Bd. 37.

13 Für den Stand 1936, 1939 und 1941 vgl. Gliederung der Reichsgruppe Industrie, Februar 1936, a. a. O., S. 19-77, ebenda, Juni 1939, a. a. O., S. 33-160; ebenda, April 1941, a. a. O., S. 87-208.

den. Wie gezeigt wird, wurden diese Positionen in der Regel von den gleichen Personen besetzt, die schon in der Weimarer Republik entscheidende Stellungen in der Wirtschaft und im industriellen Verbandswesen innegehabt hatten. Die Leiter der Fachgruppen und Fachuntergruppen wurden durch die Leiter der Reichsgruppen auf Vorschlag der Wirtschaftsgruppenleiter eingesetzt.

Für die einzelnen Gruppen bestand Zwangsmitgliedschaft, die Unternehmer und Unternehmen wurden Mitglieder derjenigen Gruppe, auf deren Gebiet ihre Haupttätigkeit lag.<sup>14</sup> Diese Zwangsmitgliedschaft war eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung, da sie alle Unternehmen einer Gruppe der direkten Befehlsgewalt der Gruppenleitung unterwarf. Große Konzerne waren in mehreren Gruppen vertreten, konnten ihre Interessen also auch vielfältig wahrnehmen, während kleine Unternehmen auf ihre Gruppe beschränkt blieben. Außerdem kam der Zwangsmitgliedschaft große Bedeutung bei der Frage der Eindeutigkeit der Zuständigkeiten zu.

Jede der gebildeten Gruppen erhielt einen Beirat, der sich aus den Leitern der untergeordneten Einheiten zusammensetzte und beratende Funktion hatte. Diese Beiräte erhielten erheblichen Einfluß dadurch, daß sie vor wichtigen Entscheidungen gehört werden mußten. Andererseits konnte ihr Einfluß aber auch eingeschränkt werden, da der jeweilige Leiter an Beiratsbeschlüsse nicht gebunden war. Gemessen an der personellen Zusammensetzung, wird man jedoch dem Beirat der Reichsgruppe Industrie eine erhebliche Bedeutung zusprechen müssen.<sup>15</sup> Auch die Ausschüsse<sup>16</sup> dieser Reichsgruppe spielten eine wichtige Rolle. Sie waren nach Sachgebieten gegliedert und erarbeiteten die wichtigsten Vorlagen für die Entscheidungen der Reichsgruppe Industrie. Eine ganz entscheidende Bedeutung kam auch den Wirtschaftsgruppen der Reichsgruppe Industrie zu, da sie die eigentlichen Lenkungsorgane bzw. die unmittelbar beherrschenden Einrichtungen für die einzelnen Industriezweige waren.<sup>17</sup>

Sie waren in der Regel die "Nachfolger" der alten, zum Teil allmächtigen Fachverbände der Industrie, wie zum Beispiel dem "Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands", der zur "Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie" wurde.

- 14 Daneben gab es noch bei Teilproduktion Fachmitgliedschaft und bei Randproduktion Listenmitgliedschaft. (Vgl. Barth, Eberhard, Wesen und Aufgaben der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, Hamburg 1939, S. 36 f. = Gesetz und Wirtschaft, Bd. 6.)
- 15 Personelle Zusammensetzung des Beirates der Reichsgruppe Industrie in Reichsgruppe Industrie, 1. Januar 1936, a. a. O., S. 7 f.; Gliederung der Reichsgruppe Industrie, Februar 1936, a. a. O., S. 13 f.; ebenda, Juni 1939, a. a. O., S. 7; ebenda, April 1941, a. a. O., S. 17-20 (Engerer Beirat und Großer Beirat).
- 16 Übersicht über die Ausschüsse der Reichsgruppe Industrie in Reichsgruppe Industrie, 1. Januar 1936, a. a. O., S. 9-38; Gliederung der Reichsgruppe Industrie, Februar 1936, a. a. O., S. 83 f.; ebenda, Juni 1939, a. a. O., S. 8-10; ebenda, April 1941, a. a. O., S. 21-23.
- 17 Diese entscheidende Bedeutung war maßgebend dafür, daß neben den Leitern und Geschäftsführern der Reichsgruppe Industrie sowie ihrer Hauptgruppen auch die Leiter und Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppen erfaßt wurden.

Mit Gründung der Reichsgruppe Industrie waren die alten Fachverbände in die neuen Wirtschaftsgruppen eingegliedert worden.<sup>18</sup>

In vielen Fällen handelte es sich dabei nur um eine Umbenennung, während in anderen Fällen mehrere Verbände zu einer Wirtschaftsgruppe zusammengelegt wurden. So ging aus dem "Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" am 1. April 1935 die "Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie" als alleiniger Vertreter dieses Industriezweiges hervor,<sup>19</sup> während die "Wirtschaftsgruppe Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie" am 24. August 1935 aus dem "Verein der Märkischen Kleineisenindustrie", der "Gesamtvereinigung der Weiß- und Schwarzblechverarbeitenden Industrie", dem "Eisen- und Stahlwaren-Industriebund" und dem "Reichsbund der Deutschen Metallindustrie" entstand.<sup>20</sup> Der entscheidende Einfluß auf die Reproduktionsbedingungen des von der jeweiligen Wirtschaftsgruppe repräsentierten Wirtschaftszweiges lag bei der Leitung eben dieser Wirtschaftsgruppe und bei den hinter ihr stehenden Monopolgruppen, deren Einflußmöglichkeiten sich im Laufe der Entwicklung verändern konnten.

Die Aufgaben der Wirtschaftsgruppenleitungen erstreckten sich auf Fragen der Rohstoff- und Devisenbewirtschaftung, auf die Verteilung von Staats- und Rüstungsaufträgen, auf die Export- und Importlenkung, die Preisgestaltung und die Beratung und Kontrolle der Unternehmen - sie waren berechtigt, in die Betriebsabläufe Einblick zu nehmen - bei betriebswirtschaftlichen Fragen.<sup>21</sup> Obwohl die Wirtschaftsgruppen nicht direkt zur staatlichen Wirtschaftslenkung gehörten, wurden ihnen doch immer mehr Aufgaben übertragen, die im Bereich der staatlichen Wirtschaftslenkung lagen.<sup>22</sup> Dazu zählten Aufgaben bei der Kartellaufsicht und -verwaltung sowie die enge Verbindung mit den Export- und Importeinrichtungen, den Überwachungs- und Prüfungsstellen.<sup>23</sup>

18 Einige Beispiele für die Eingliederung bzw. Umbenennung von "alten" Fachverbänden in Wirtschaftsgruppen bei Guth, Karl, Die Reichsgruppe Industrie. Standort und Aufgaben der industriellen Organisation, Berlin 1941, S. 37 f. = Schriften der Hochschule für Politik, Neue Folge, T. 2: Schriften zum Staatsaufbau, Bd. 55/56, Für den Bereich der Metall-, Fahrzeug- und Elektroindustrie vgl. Sörgel, Werner, Metallindustrie und Nationalsozialismus, Eine Untersuchung über Struktur und Funktion industrieller Organisationen in Deutschland 1929 bis 1939, Frankfurt (Main) 1965, S. 48 f. = Beiträge zur Geschichte und Soziologie der Metallindustrie und ihrer Organisationen; Verzeichnis der veröffentlichten Anordnungen über die Anerkennung von Wirtschafts- und Fachgruppen in Barth, Eberhard, a. a. O., S. 102-105.

19 Sörgel, Werner, a. a. O., S. 48. - Zur Umwandlung des "Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" in die "Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie" äußerte sich ihr Leiter Poensgen folgendermaßen: "Unsere Wirtschaftsgruppe hat an die Tätigkeit des alten Vereins unmittelbar angeknüpft. Es bedurfte kaum einer anderen organisatorischen Änderung als des Neudrucks der Briefköpfe, ein Beweis dafür, daß schon seit Jahrzehnten bei uns im heutigen Geist gearbeitet worden ist." (Bericht über die Mitgliederversammlung der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie in Berlin am 9. Juni 1936, /Berlin/ 1936, S. 6.)

20 Sörgel, Werner, a. a. O., S. 49.

21 Guth, Karl, a. a. O., S. 42-63. Stichwortartige Zusammenfassung der Aufgaben der Reichsgruppe Industrie auch bei Barth, Eberhard, a. a. O., S. 133-136.

22 Erlaß des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers vom 12. November 1936 betreffend Zusammenarbeit mit der Organisation der gewerblichen Wirtschaft und ihr Verhältnis zu marktregelnden Verbänden, in: Ministerialblatt für Wirtschaft, Ausgabe A, Nr. 3, 3. 2. 1937, S. 36-38.

23 Zumpe, Lotte, a. a. O., Kap. 5, Abschn. 4.



Die seit 1935 bestehenden Prüfungsstellen<sup>24</sup> waren Einrichtungen in den Händen der Industrie, die in der Regel von den Geschäftsführern der Wirtschaftsgruppen geleitet wurden.<sup>25</sup> Ihre Aufgabe war die Exportlenkung und -förderung, während die Leitung der seit 1934 bestehenden Überwachungsstellen (ab 1939 Reichsstellen<sup>26</sup>) dagegen Beauftragten des Reichswirtschaftsministers oblag.

Auch die Überwachungsstellen arbeiteten bei der Lösung ihrer Aufgaben auf dem Gebiet der Importlenkung, Devisen- und Rohstoffbewirtschaftung und Preisregulierung für Rohstoffe eng mit den Wirtschafts- und Fachgruppen der Reichsgruppe Industrie zusammen.

Neben den Komplexen Beirat/Ausschüssen und den Wirtschaftsgruppen bildeten die Bezirksgruppen/Industrieabteilungen<sup>27</sup>, in die die regionalen Unternehmerverbände aufgegangen waren, den dritten wichtigen Bereich der Leitungsorgane der Reichsgruppe Industrie. Die Bezirksgruppen wurden 1935 als bezirkliche Gliederung der Reichsgruppe Industrie geschaffen.<sup>28</sup> 1936 wurden sie dann zu Industrieabteilungen der Wirtschaftskammern,<sup>29</sup> Diese 18 Wirtschaftskammern<sup>30</sup> (ab 1942 Gauwirtschaftskammern)<sup>31</sup> bildeten ihrerseits die gemeinsame Vertretung der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Bezirksgruppen (bzw. Industrieabteilungen). Außerdem existierten 1935 als regionale Gliederung der Reichswirtschaftskammer noch 93 Industrie- und Handelskammern<sup>32</sup>, deren Bereich etwa dem eines Regierungspräsidenten entsprach, und Handwerkskammern.

- 24 Übersicht über die Entstehung und die Aufgaben der Prüfungsstellen und der Überwachungs- (Reichs-) stellen in Gliederung der Reichsgruppe Industrie, April 1941, a. a. O., S. 14.
- 25 Übersicht über die Leiter der Prüfungsstellen im November 1935 in: Zentrals Staatsarchiv, Abt. I, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 15212, Bl. 12 f.; Verzeichnis der Prüfungsstellen 1941 in Gliederung der Reichsgruppe Industrie, April 1941, a. a. O., S. 213-219.
- 26 Verzeichnis der Reichsstellen 1941 in: ebenda, S. 220-222.
- 27 Auch der Kreis der Leiter und Geschäftsführer der Bezirksgruppen/Industrieabteilungen bedarf noch einer genaueren Untersuchung. Die Bedeutung dieser Position geht z. B. daraus hervor, daß die Industrieabteilung der Wirtschaftskammer Düsseldorf von E. Poensgen, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke AG, die Industrieabteilung der Wirtschaftskammer Hessen von F. Jähne, Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG, geleitet wurde. (Gliederung der Reichsgruppe Industrie, April 1941, a. a. O., S. 49, 57.)
- 28 Handbuch der Reichs- und Staatsbehörden, a. a. O., S. 165.
- 29 Erlaß des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers vom 7. Juli 1936, betreffend die Reform der Organisation der gewerblichen Wirtschaft (Reform-erlaß), Abschn. B, Ziffer 2, in: Ministerialblatt für Wirtschaft, Ausgabe A, Nr. 3, 3. 2. 1937, S. 31.
- 30 Handbuch der Reichs- und Staatsbehörden, a. a. O., S. 162 f. - 1941 waren es dann 26 Wirtschaftskammern mit entsprechenden Industrieabteilungen (Gliederung der Reichsgruppe Industrie, April 1941, a. a. O., S. 37-84).
- 31 Vgl. Anm. 41.
- 32 Anordnung des Reichswirtschaftsministers betreffend die Reichswirtschaftskammer, vom 12. Januar 1935, in: Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 21/1935, 25. 1. 1935, S. 1. - Die Anzahl der Industrie- und Handelskammern veränderte sich. 1935 waren es 93. (Vgl. Handbuch der Reichs- und Staatsbehörden, Körperschaften und Organisationen, 1935/36, hg. v. Cuno Horckenbach, Berlin 1935, S. 160-162.)

Die Gründung der Reichswirtschaftskammer und in ihr besonders die der Reichsgruppe Industrie bedeutete einen vorläufigen Abschluß bei der Schaffung eines neuen staatsmonopolistischen Regulierungssystems. Die Monopolisten hatten sich eine mit staatlicher Macht ausgerüstete Unternehmerorganisation zur Regelung der gesamten Wirtschaft geschaffen.

Nach Gründung der Reichsgruppe Industrie kam es bis zur grundlegenden Umorganisation des Regulierungssystems der Kriegswirtschaft 1942 im Bereich der Reichsgruppe nur zu kleineren Änderungen. Dazu gehörte, daß der Reichswirtschaftsminister Anfang 1937 die Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppen zu Mobilisierungsbeauftragten<sup>33</sup> für die jeweils entsprechenden Industriezweige ernannte.

Zu den im Zusammenhang mit der Umstellung der Vierjahresplanorganisation im Zuge der Kriegsvorbereitung vorgenommenen Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich der Reichsgruppe Industrie<sup>34</sup> gehörte weiterhin die Auflösung ihrer Hauptgruppen (1938), die Veränderung der Zahl der Wirtschaftsgruppen<sup>35</sup>, die 1939 erfolgte Auflösung und Zusammenlegung von Fachgruppen und die Bildung von Arbeitsgemeinschaften und von Ausschüssen. Ein weiteres Ergebnis der Reorganisation von 1938/39 war die Bildung eines "Engeren Beirats" (aus dem bisherigen Beirat), mit berufenen Mitgliedern, und eines "Großen Beirats", dem die Leiter der Wirtschaftsgruppen, der Industrieabteilungen, der Ausschüsse und die Mitglieder des "Engeren Beirats" angehörten.<sup>36</sup>

1938 erfolgte auch die Einsetzung des positionsstärkeren Wilhelm Zangen statt Gottfried Dierigs als Leiter der Reichsgruppe Industrie; 1940 wurde Rudolf Stahl dann ihr stellvertretender Leiter. Die bezirkliche Gliederung der Reichsgruppe Industrie erfuhr durch die Okkupation von Österreich und Teilen der Tschechoslowakei eine erhebliche Erweiterung. Das für die Reichsgruppe geltende Organisationsrecht wurde auf die sogenannte "Ostmark" am 24. September 1938, auf das "Sudetenland" am 29. Oktober 1938 und auf die "eingegliederten Ostgebiete" am 27. März 1940 ausgedehnt. Es galt aufgrund der Einführung des allgemeinen

<sup>33</sup> Durch einen Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 2. 11. 1937. Vgl. dazu Bremer, Günter, Grundzüge der staatlichen Lenkung der Industrieproduktion in der deutschen Kriegswirtschaft von 1939 bis 1945 (unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der elektrotechnischen Industrie), rechts- und staatswiss. Diss. Bonn 1968, S. 29. - Die Bezeichnung Mobilisierungsbeauftragter wurde mit Beginn des zweiten Weltkrieges in Kriegsbeauftragter umbenannt.

<sup>34</sup> Zu den im Bereich der Reichsgruppe Industrie vollzogenen Veränderungen vgl. Gliederung der Reichsgruppe Industrie, Juni 1939, a. a. O., S. 5 f., u. ebenda, April 1941, a. a. O., S. 9-14.

<sup>35</sup> Schon 1937 erfolgte die Dreiteilung der "Wirtschaftsgruppe Eisen- und Metallindustrie" in die Wirtschaftsgruppen: 1. "Werkstoffverfeinerung und verwandte Eisenindustriezweige", 2. "Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie", 3. "Metallwaren und verwandte Industriezweige". 1939 wurde die "Wirtschaftsgruppe Druck und Papierverarbeitung" in je eine selbständige Wirtschaftsgruppe gespalten. Die "Wirtschaftsgruppe Malzindustrie" und die "Wirtschaftsgruppe Brauerei" wurden 1939 zu einer "Wirtschaftsgruppe Brauerei und Mälzerei" zusammengefaßt. Nach der Gründung der "Wirtschaftsgruppe Schiffbau" im Jahre 1942 erfolgte keine weitere Veränderung in der Anzahl der Wirtschaftsgruppen mehr.

<sup>36</sup> Gliederung der Reichsgruppe Industrie, April 1941, a. a. O., S. 17-20.

Reichsrechts auch im "Memelland" und in "Eupen-Malmedy"; im "Protectorat Böhmen und Mähren" wurde eine entsprechende Organisation aufgebaut.<sup>37</sup> Auch auf andere besetzte Gebiete dehnte die Reichsgruppe Industrie ihren Einfluß aus. Es gelang der deutschen Monopolbourgeoisie mit ihrem Organisationszentrum für die Kriegszielplanung, der Reichsgruppe Industrie, sich ihren erheblichen Einfluß auf die Kriegsvorbereitung, auf die Organisation der Ausplünderung der eroberten Gebiete und auf die Organisation der Kriegswirtschaft zu bewahren.<sup>38</sup>

Die Forderungen führender Vertreter der Reichsgruppe Industrie nach verstärkter Zentralisierung der Lenkung der Rüstungswirtschaft intensivierte sich nach Beginn des zweiten Weltkrieges, besonders aber nach der Niederlage der faschistischen Truppen vor Moskau. Das führte zu einer zunehmenden Zusammenfassung der deutschen Industrie und der staatsmonopolistischen Leitungsorgane. Sowohl bei der Schaffung des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition 1940 wie auch bei seinem Ausbau hat die Reichsgruppe Industrie wesentlich mitgewirkt.<sup>39</sup> Die ständig zunehmende Konzentration in der Leitung der faschistischen Kriegswirtschaft wurde in ständiger Beratung mit den Leitern der Wirtschaftsgruppen und dem "Großen Beirat" der Reichsgruppe Industrie durchgesetzt. Das System der "Selbstverantwortung der Industrie" für die Waffenproduktion wurde unter Leitung der Reichsgruppe Industrie weiter ausgebaut und auf die neuen staatsmonopolistischen Lenkungsorgane übertragen.

Die Reichsgruppe Industrie wuchs immer mehr mit den Einrichtungen des Staates, den Reichsvereinigungen sowie den Einrichtungen des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition bzw. Rüstungs- und Kriegsproduktion zusammen. Die Formen ihrer Einflußnahme und der ihrer führenden Vertreter wurden vielfältiger und unmittelbarer.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>38</sup> Hier sind besonders die "Länderberichte" der Reichsgruppe Industrie und ihrer Wirtschaftsgruppen (vor allem ab Sommer 1940) zu nennen, die ein imperialistisches Programm zur Ausplünderung der besetzten Gebiete und zur Aneignung ihrer wichtigsten Industriebetriebe durch das deutsche Monopolkapital beinhalten. Es entstanden Länderberichte für die Niederlande, Belgien, Dänemark, Frankreich und Norwegen. Vgl. dazu Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1, a. a. O., S. 164-168, 294-364. - Weiterhin waren die Wirtschaftsgruppen an der Gründung von "Ostgesellschaften" beteiligt, die vor allem der Ausplünderung der Sowjetunion dienten. Vgl. dazu Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 2, a. a. O., S. 129. Des weiteren vgl. zur Rolle der Reichsgruppe Industrie Anatomie der Aggression, a. a. O.; Anatomie des Krieges, a. a. O.; Dokumente zur deutschen Geschichte 1936-1939; a. a. O.; Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, hg. v. Reinhard Opitz, Köln 1977; Konzept für die "Neuordnung" der Welt. Die Kriegsziele des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hg. v. einem Autorenkollektiv unter Ltg. v. Wolfgang Schumann, Berlin 1977; Weltherrschaft im Visier, a. a. O.; Schumann, Wolfgang, Neue Dokumente der Reichsgruppe Industrie zur "Neuordnung Europas", a. a. O.

<sup>39</sup> Nähere Angaben bei Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1, a. a. O., bes. S. 122-127.

Eine wichtige Veränderung brachten die ab 1941/42 erfolgten Gründungen von Reichsvereinigungen (besonders Reichsvereinigung Kohle und Reichsvereinigung Eisen), da diese als direkte Organe der Monopole sowohl staatliche wie auch wirtschaftliche Funktionen wahrnahmen. Wichtige Aufgaben der entsprechenden Wirtschaftsgruppen gingen auf die Reichsvereinigungen über. Das bedeutete gleichzeitig eine personelle Verflechtung<sup>40</sup> zwischen beiden Organisationsformen sowie eine enge sachliche Zusammenarbeit.

Eine zunehmend direkte Verflechtung der Reichsgruppe Industrie mit dem Reichsministerium für Bewaffnung und Munition brachte auch der Aufbau von fünf Hauptausschüssen für die Waffenproduktion bis Februar 1942 und der weitere Ausbau dieses Ministeriums (bzw. des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion ab 2. September 1943) mit sich.

Als Ergebnis dieser Entwicklung leiteten dieselben Personen sowohl Strukturteile des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition bzw. Rüstung und Kriegsproduktion als auch die Reichsgruppe Industrie, Wirtschaftsgruppen und Reichsvereinigungen. Darüber hinaus bestand eine Zusammenarbeit bei der Beratung Speers (zum Beispiel durch Zangen), eine institutionelle Verflechtung zwischen Gruppen und Ringen oder Ausschüssen und eine Zusammenarbeit bei der Koordination von "alten" und "neuen" Regulierungsorganen.

Im Prozeß der zunehmenden Rationalisierung und Konzentration der faschistischen Kriegswirtschaft kam es auch im Bereich der Reichsgruppe Industrie selbst zu einigen wichtigen organisatorischen Veränderungen.

Mit der Verordnung vom 20. April 1942 ("Gauwirtschaftskammerverordnung")<sup>41</sup> wurden Gauwirtschaftskammern geschaffen, in die die bisherigen Wirtschaftskammern und bezirklichen Gliederungen eingingen. Des Weiteren konnten ab 30. Januar 1943 Präsidien und Vorstände<sup>42</sup> bei den verschiedenen Gruppen gebildet werden, die die Aufgabe von Beiräten übernahmen.

Mit dem Erlaß Hitlers über die weitere Konzentration der Kriegswirtschaft<sup>43</sup>

<sup>40</sup> Die genaue Anzahl von Leitern und Geschäftsführern der Reichsgruppe Industrie, die in leitenden Stellungen bei Reichsvereinigungen und im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition bzw. Rüstung und Kriegsproduktion arbeiteten, ließ sich anhand des vom Verfasser ausgewerteten Materials nicht exakt feststellen. Von 145 untersuchten Personen bekleideten 7 führende Positionen in einer Reichsvereinigung, 22 eine führende Position im Reichsministerium. Einige Personen hatten Funktionen in beiden staatsmonopolistischen Einrichtungen.

<sup>41</sup> Erste Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, vom 20. April 1942, in: RGBl. 1942, T. 1, S. 189 f.; Verzeichnis der Gauwirtschaftskammern und der Wirtschaftskammern im Bereich der Gauwirtschaftskammern, Stand vom 7. September 1943, in: Deutsche Wirtschaftszeitung. Organ der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in der Reichswirtschaftskammer, Nr. 28/1943, S. 343 f.

<sup>42</sup> Anordnung über die Bildung von Präsidien bzw. Vorständen bei den Gruppen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, vom 30. Januar 1943, in: Reichsanzeiger, Nr. 26/1943, S. 2.

<sup>43</sup> Erlaß des Führers über die weitere Konzentration der Kriegswirtschaft, vom 2. September 1943, in: RGBl. 1943, T. 1, S. 529 f.

vom 2. September 1943 und dem Speer-Erlaß vom 29. Oktober 1943 ("Bandwurmerlaß")<sup>44</sup> wurden die Zusammenarbeit und der Verschmelzungsprozeß zwischen der Reichsgruppe Industrie und dem Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion weiter verstärkt. Damit erreichte der Konzentrationsgrad staatsmonopolistischer Regulierungsfunktionen in den Händen einer kleinen Gruppe des Monopolkapitals einen bisherigen Höhepunkt.

Die weitere Entwicklung brachte zwar noch eine zunehmende Bedeutung der Vollmachten des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, zog aber keine erhebliche Veränderung im Organisationsapparat nach sich.<sup>45</sup>

In der letzten Phase des zweiten Weltkrieges fielen der Reichsgruppe Industrie noch erhebliche Aufgaben bei der Vorbereitung und Planung des deutschen Monopolkapitals für die Nachkriegszeit zu. Im Rahmen der Reichsgruppe wurden "Sandkastenspiele des verlorenen Krieges"<sup>46</sup> durchgeführt; es wurden Fragen der Neugründung und Verlagerung von Werken ins Ausland, der Schaffung von Devisenreserven, der Pflege ausländischer Verbindungen und des Kaufs ausländischer Fabriken beraten, und außerdem diente die Reichsgruppe Industrie als ein Organisationszentrum bei der Vorbereitung auf die Nachkriegszeit.<sup>47</sup>

Die nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus erfolgte Auflösung der Reichswirtschaftskammer und der Reichsgruppe Industrie erfolgte nur in der sowjetischen Besatzungszone mit aller Konsequenz. Ihre Liquidierung vollzog sich in den westlichen Besatzungszonen über Abwicklungsstellen, in denen in vielen Fällen die alten Vertreter dieser Organisationen einen Sitz hatten. Diese Abwicklungsstellen bildeten einen Anknüpfungspunkt für die Entstehung neuer Unternehmerorganisationen. Ihr Neuaufbau erfolgte zuerst im regionalen Maßstab und breitete sich mit der Zeit auf das gesamte Gebiet der BRD aus.

Am 19. Oktober 1949 kam es dann zur Gründung der Vorstufe des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).<sup>48</sup> Mit dem BDI hatte sich die westdeutsche Bourgeoisie eine neue Spitzenorganisation der Unternehmerverbände der BRD geschaffen. Der BDI setzt, obwohl er eine andere Bedeutung hat und mit anderen

44 Erlaß über die Aufgabenverteilung in der Kriegswirtschaft, vom 29. Oktober 1943, in: Beilage der Nachrichten des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion.

45 Die Ernennung Goebbels zum Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz am 25. 7. 1944 änderte daran nichts. Vgl. Erlaß des Führers über den totalen Kriegseinsatz, vom 25. Juli 1944, in: RGBl. 1944, T. 1, S. 161 f.

46 Albrecht, Karl, Das Menschliche hinter dem Wunder, 25 Jahre Mitwirkung am deutschen Wirtschaftsaufbau, Düsseldorf/Wien 1970, S. 1617 f.

47 Zu den Nachkriegsplanungen der Reichsgruppe Industrie vgl. Schumann, Wolfgang, Nachkriegsplanungen der Reichsgruppe Industrie im Herbst 1944, a. a. O.; Herbst, Ludolf, Krisenüberwindung und Wirtschaftsneuordnung. Ludwig Erhards Beteiligung an den Nachkriegsplanungen am Ende des zweiten Weltkrieges, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 3/1977, S. 305-340; Piskol, Joachim, Konzeptionelle Pläne und Maßnahmen der deutschen Monopolbourgeoisie für den Übergang vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden und zur Rettung ihrer Machtgrundlagen aus der faschistischen Niederlage (1943-1945), phil. Diss. Berlin 1972.

48 Unter diesem Namen im Januar 1950 gegründet

Methoden arbeitet, als dies beim Reichsverband der Deutschen Industrie und der Reichsgruppe Industrie der Fall war, deren Traditionen unter den Bedingungen der BRD fort. Er hat sich im Laufe der Zeit eine ausgesprochene Machtposition errungen. Er dient als Vermittler zwischen Staat und Monopolen und nimmt auf unterschiedlichste Weise Einfluß auf die Politik in der BRD.

## 0.2. Anlage der Dokumentation und Hinweise für die Benutzer

In die hier vorgelegte Dokumentation wurden alle (zu ermittelnden) Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie selbst, ihr stellvertretender Leiter, die Leiter ihrer Hauptgruppen und die Leiter und Geschäftsführer ihrer Wirtschaftsgruppen aufgenommen.

Die Gliederung der in der Dokumentation enthaltenen Biographien erfolgte folgendermaßen:

1. Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie (einschließlich G. Krupps als Leiter des Reichsstandes der Deutschen Industrie, der direkten Vorläuferorganisation der Reichsgruppe Industrie),
2. stellvertretender Leiter der Reichsgruppe Industrie.
3. Leiter der Hauptgruppen,
4. Leiter und Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppen.

Dabei wurden die Leiter der Hauptgruppen aufgenommen, obwohl diese nur von 1934 bis 1938 bestanden, da ihre Leiter in der Regel wichtige Positionen in der deutschen Wirtschaft einnahmen und sie ansonsten nicht erfaßt worden wären. Die Reihenfolge ihrer Biographien folgt der Gliederung der Reichsgruppe Industrie<sup>49</sup>, vom Januar 1936, wobei ihre Stellung in der Dokumentation keinen Aufschluß über die Bedeutung ihrer Funktion als Leiter der jeweiligen Hauptgruppe in der Gesamtorganisation der Reichsgruppe Industrie gibt.

Die Gliederung der Biographien der Leiter und Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppen folgt der Gliederung der Reichsgruppe Industrie von 1941.<sup>50</sup>

Dabei wurden die Gruppen "Werkstoffverfeinerung und verwandte Eisenindustriestämme", "Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie" und "Metallwaren und verwandte Industriestämme" der Wirtschaftsgruppe "Eisen- und Metallindustrie" angeschlossen. Die Wirtschaftsgruppe "Druck und Papierverarbeitung" wurde den Wirtschaftsgruppen "Druck" und "Papierverarbeitung" vorangestellt. An die Wirtschaftsgruppen "Brauerei" und "Malzindustrie" wurde die Gruppe "Brauerei und Mälzerei" und an die Wirtschaftsgruppe "Luftfahrtindustrie" die Gruppe "Schiffbau" angegliedert.<sup>51</sup>

Innerhalb der einzelnen Gruppen werden immer zuerst die Leiter, dann die Geschäftsführer der jeweiligen Gruppe aufgeführt. Wenn eine Person in zwei Gruppen eine Funktion als Leiter oder Geschäftsführer bekleidete, wird auf die Stelle verwiesen, an der die entsprechende Person zum ersten Mal auftaucht.

Das Auffinden der einzelnen Personen wird durch ein Personenregister erleichtert.<sup>52</sup>

49 Reichsgruppe Industrie, 1. Januar 1936, a. a. O., S. 7.

50 Gliederung der Reichsgruppe Industrie, April 1941, a. a. O., S. 87-208.

51 Vgl. Anm. 35.

52 Personenregister am Ende der Dokumentation (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1980, T. 1).

Die ermittelten biographischen Daten dieses Personenkreises sind in fünf Gruppen geordnet, <sup>53</sup> Aufgenommen wurden Angaben über führende Positionen der jeweiligen Personen im Staatsapparat, Kapitalfunktionen, <sup>54</sup> Funktionen im Verbandswesen, in staatsmonopolistischen Regulierungsorganen, Angaben über den beruflichen Entwicklungsweg (in der Regel nach Abschluß der Ausbildung), Angaben über Militärlaufbahnen, Zugehörigkeit zu Parteien und sonstigen Organisationen, <sup>55</sup> über Tätigkeiten bei der Verwaltung und Ausplünderung der okkupierten Gebiete und andere wichtige Angaben.

- 53 Gruppe a: Tätigkeit im Bereich der Reichsgruppe Industrie, im Rahmen der Reichswirtschaftskammer (Industrie- und Handelskammern, Handelskammern u. a.), bei der Gruppe der Leiter auch Funktionen im Verbandswesen (soweit es sich nicht um berufliche Hauptfunktionen handelt, sonst unter b); Gruppe b: Kapitalfunktionen, Tätigkeit im Staatsapparat bis 1933, beruflicher Entwicklungsweg (bei Geschäftsführern auch Angaben über ihre Tätigkeit im Verbandswesen, da diese Tätigkeit in der Regel zu ihren beruflichen Funktionen gehörte), Militärlaufbahnen; Gruppe c: Funktionen im Staatsapparat (bes. Reichsministerium für Bewaffnung und Munition bzw. Rüstung und Kriegsproduktion), in staatsmonopolistischen Regulierungsorganen (außerhalb des Bereichs der Reichswirtschaftskammer) ab 1933, Funktionen in Parteien und Organisationen, Kriegsdienst im zweiten Weltkrieg und sonstige wichtige Angaben (z. B. Wehrwirtschaftsführer); Gruppe d: Kriegsverbrecherprozesse, Verfahren vor Spruchkammern u. ä.; Gruppe e: Tätigkeit nach 1945. -

Diese Gliederung in fünf Gruppen erwies sich aus Gründen der Übersichtlichkeit als zweckmässig. Der Nachteil, daß in einigen Fällen Zusammenhänge auseinandergerissen wurden, wiegt diesen Vorteil nicht auf; außerdem gibt es aus diesem Grund einige geringfügige Abweichungen von der Gliederung. Eine Abgrenzung und Auswahl der aufzunehmenden Daten mußte zwangsläufig vorgenommen werden, sie erfolgte aber so, daß die repräsentative Gesamtaussage nicht beeinträchtigt wurde.

- 54 Folgende Kapitalfunktionen wurden aufgenommen: Inhaber, Teilhaber, Generaldirektor, Direktor, Betriebsführer, Präsident, Vizepräsident, Geschäftsführer, Gesellschafter, Vorsitzender des Vorstandes, Mitglied des Vorstandes, Mitglied des Verwaltungsrates, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Syndikus, Prokurist, wichtige Funktionen bei Banken (z. B. Mitglied eines Landesbeirates) und Mitgliedschaft in der Leitung von Bergbau-Gewerkschaften. - In der Regel wurden sämtliche auftretende Funktionen dieser Art, soweit sie zu ermitteln waren, aufgenommen. Bei besonderer Häufung wurde eine Auswahl vorgenommen, auf die jedoch immer hingewiesen wird. Stichjahr ist dann in der Regel 1942. Die Auswahl folgt: Wer leitet? Die Männer der Wirtschaft und der einschlägigen Verwaltung einschließlich Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, 2. Aufl. 1941/42, Berlin 1942. - Angaben über Sitze in Aufsichtsräten wurden nur in Ausnahmefällen aufgenommen, so bei besonderer Bedeutung eines Unternehmens oder um die Kontinuität zur Zeit nach 1945 zu belegen. Weitere Aufsichtsratsposten lassen sich anhand der im Literaturverzeichnis angegebenen Nachschlagewerke leicht ermitteln.
- 55 Angaben über Mitgliedschaft in Parteien und anderen Organisationen konnten nur in Ausnahmefällen ermittelt werden, da sie in dem ausgewerteten Material oft nicht enthalten waren. So dürfte die Zahl der Mitgliedschaften in der NSDAP und in anderen faschistischen Organisationen erheblich höher gewesen sein.

Vernachlässigt wurden dagegen Angaben über Eltern, Schule, Ausbildung, Studium, Militärdienst (außer bei direkter Militärlaufbahn), Auszeichnungen, untergeordnete Funktionen bei Verbänden und Funktionen in unwichtigen Verbänden, in der Regel auch Angaben über Funktionen bei Banken und sonstige Aufsichtsratsposten<sup>56</sup> und einige andere spezielle Angaben, zum Beispiel über die Mitgliedschaft in den Beiräten der Reichsgruppe Industrie<sup>57</sup> und die personelle Zusammensetzung der Präsidien oder Vorstände der Wirtschafts- und Fachgruppen.<sup>58</sup> Angaben über Tätigkeiten in Reichsvereinigungen und im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition bzw. Rüstung und Kriegsproduktion wurden zwar aufgenommen, sind aber, besonders für die letzten Kriegsjahre, aus Mangel an schriftlichen Quellen nicht vollständig.

Es wurden nur biographische Angaben verwendet, die sich auch durch entsprechende Quellen belegen lassen.<sup>59</sup> Bei Angaben über die zeitliche Dauer der Ausübung einer Funktion wurde als Anfangsdatum die erstmalige Erwähnung, als Enddatum die letzte Erwähnung der entsprechenden Person in dieser Funktion genommen.

Gilt für eine Angabe die Einschränkung "mit großer Wahrscheinlichkeit", so wird dies durch ein Fragezeichen gekennzeichnet. Die vermutliche Ausdehnung einer Tätigkeit über den angegebenen Zeitraum hinaus ist durch Punkte (...) bezeichnet. Wenn Zeitangaben fehlen, konnten sie entweder nicht ermittelt werden, erwiesen sie sich als zu ungenau, oder ihre Berücksichtigung hätte bei Tätigkeiten, die sehr rasch wechselten, die Gesamtübersicht gefährdet. So fehlen die zeitlichen Angaben bei Kapitalfunktionen, wenn diese nur für kurze Zeit ausgeübt wurden. Das bedeutet auch, daß die angeführten Funktionen mitunter nicht gleichzeitig bekleidet wurden.

Wenn über Personen für die Zeit nach 1945 keine Angaben vorhanden sind, konnten sie in dem hier ausgewerteten Material nicht ermittelt werden. Auf Zweifel an der Identität einer für die Nachkriegszeit dokumentierten mit einer für die Zeit vor 1945 ermittelten Person wird hingewiesen.

Angaben im Wechsel bei der Leitung und Geschäftsführung innerhalb der Reichsgruppe Industrie ergeben sich teilweise auch aus den Biographien der Personen, die jeweils davor oder danach diese Funktionen bekleideten. Deren Biographien sind also jeweils mit heranzuziehen.

Ein Unsicherheitsfaktor bei den Angaben der vorliegenden Biographien entsteht durch die verwendeten bürgerlichen Nachschlagewerke.<sup>60</sup>

56 Vgl. Anm. 54.

57 Namen einiger Mitglieder des "Großen Beirates" der Reichsgruppe Industrie 1940 in Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, a. a. O., S. 392-394. Vgl. außerdem die Angaben zum Beirat in Anm. 15.

58 Vgl. Deutsche Wirtschaftszeitung, Nr. 26/1943, S. 324 f.

59 Zu den verwendeten Archivalien und der verwendeten Literatur vgl. das Quellen- u. Literaturverzeichnis.

60 Zu bestehenden Unsicherheitsfaktoren, falschen Angaben und Lücken in bürgerlichen Nachschlagewerken vgl. Radandt, Hans, Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte. Hilfsmittel für Strukturuntersuchungen von personellen Beziehungen zwischen kapitalistischen Unternehmen in Deutschland im 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 2, S. 241-257. -

Um die von Radandt aufgezeigten Möglichkeiten für Irrtümer und Ungenauigkeiten in den vorliegenden Biographien weitgehend zu vermeiden, wurden Angaben verschiedener Quellen miteinander verglichen. Trotzdem wäre die Heranzie-



Derartige Handbücher, Nachschlagewerke und ähnliche gedruckte Quellen beruhen oft auf unkritisch übernommenen Selbstangaben der entsprechenden Personen,

So enthalten beispielsweise Handbücher aus der Zeit nach 1945 keine oder nur wenige (nicht kompromittierende) Angaben aus der Zeit der faschistischen Herrschaft. Um die Angaben aus den Handbüchern zu verifizieren und zu erweitern, wurde vom Verfasser auch eine große Anzahl von Quelleneditionen, Dokumentationen, Darstellungen, Aufsätzen, Zeitschriften, Festschriften und Geschäftsberichten ausgewertet.

Die gedruckten Quellen, die zwangsläufig mit ihren Informationen nicht vollständig sein können,<sup>61</sup> wurden durch Archivalien ergänzt.<sup>62</sup>

Die Ergänzung zusätzlicher Materialien im Rahmen der Weiterarbeit an den Biographien wünschenswert, da dies zweifellos dem Genauigkeitsgrad zugute käme.

61 Als weiterführende gedruckte Quellen könnten noch die zahlreichen Festschriften von Unternehmen, Verbänden, Industrie- und Handelskammern, die Zeitschriften der verschiedenen Wirtschaftsbranchen und der Wirtschaftsgruppen sowie Branchen- und regionale Wirtschaftsadreßbücher stärker herangezogen werden.

62 Die archivalische Quellenlage zu diesem speziellen Thema ist nicht befriedigend. Die Gründe für die beträchtlichen Quellenlücken sind vor allem in der bewußten und planmäßigen Aktenvernichtung am Ende des zweiten Weltkrieges durch faschistische Behörden und Institutionen zu suchen. Bei der Auswertung von Archivalien im Zentralen Staatsarchiv wurden bewußt Akten bevorzugt, die eine breite Auswertung in bezug auf verschiedene Industriezweige möglich machten. Das galt besonders für den Bestand Deutsche Arbeitsfront (DAF), Arbeitswissenschaftliches Institut, Zeitungsausschnittsammlung (biographischer Teil der Zeitungsausschnittsammlung, Munzinger Archiv und Zeitungsausschnitte über die Reichswirtschaftskammer). Bei diesen Akten handelt es sich um keine Personalakten, sondern in der Regel um solche, die vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF angelegt wurden, um das "interne" Informationsbedürfnis dieser Institution zu befriedigen. Die Akten setzen sich aus Sammlungen von Zeitungsausschnitten mit biographischen Angaben über die verschiedenen Personen und aus speziellen Biographien, die in der Regel bei besonderen Anlässen (Jubiläen usw.) erarbeitet wurden, zusammen. Die Angaben in diesen Akten beruhen auf Selbstangaben der jeweiligen Personen, sind also oft nicht als vollständig und objektiv anzusehen. Um diese Mängel auszugleichen, wurden die Angaben aus den verschiedenen archivalischen Quellen und aus der Literatur miteinander verglichen und damit der Versuch unternommen, nur verifizierte Angaben in die erarbeiteten Biographien zu übernehmen.

Aus dem Bestand Reichswirtschaftsministerium wurden Akten herangezogen, die Dokumente mit Lebensläufen und ähnlichen Angaben enthalten.

Außerdem wurden Akten des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts und des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages verwendet. Die Auswertung des Personenarchivs des Landbundes (das noch nicht vollkommen erschlossen ist) ergab keine neuen Informationen zu den Biographien des hier bearbeiteten Personenkreises, so daß es nicht berücksichtigt worden ist.

Akten des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition bzw. Rüstung und Kriegsproduktion, des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, einzelner Wirtschaftsgruppen und Akten aus Betriebsarchiven wurden nicht verwendet.

Die Literaturangaben zu den einzelnen Biographien befinden sich am Ende der jeweiligen biographischen Angaben. Sie sind durch Zahlen gekennzeichnet, die sich auf das Quellen- und Literaturverzeichnis beziehen.<sup>63</sup> Ohne Ergebnis ausgewertete Quellen werden nicht angeführt; bei Periodika sind nur diejenigen Bände angegeben, die sachlich neue Angaben enthalten. Viele Angaben werden durch die angegebenen Quellen mehrfach belegt. Bei der Auswertung der hier über die leitenden Personen der Reichsgruppe Industrie zusammengetragenen Fakten lassen sich deutlich zwei Gruppen unterscheiden: Leiter und Geschäftsführer. Die Leiter kommen in der Regel aus Monopolen und anderen Unternehmen. Sie geben während der Zeit ihrer Tätigkeit in der Reichsgruppe Industrie ihre Funktionen in der Wirtschaft nicht auf. Daraus ergeben sich ihr großer Einfluß sowie eine wichtige Möglichkeit der Einflußnahme der Monopole auf dieses Regulierungsorgan.

Die Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie hatten vor dieser Tätigkeit meist eine Funktion als Geschäftsführer eines industriellen Spitzenverbandes oder einer Fachgruppe innerhalb des Reichsverbandes der Deutschen Industrie inne. Bei einer Anzahl von Wirtschaftsgruppen läßt sich feststellen, daß vielfältige Bindungen und persönliche Beziehungen zwischen ihren Leitern und Geschäftsführern bestanden. So kamen Leiter und Geschäftsführer derselben Wirtschaftsgruppe oft auch aus dem gleichen Unternehmen, Verband oder aus der gleichen sonstigen Institution.<sup>64</sup>

Des weiteren ist festzustellen, daß in der Regel, je stärker ein Wirtschaftszweig monopolisiert war, um so weniger Unternehmen sich die Herrschaft in der entsprechenden Wirtschaftsgruppe teilten.<sup>65</sup> Führende Unternehmen eines Wirtschaftszweiges hatten regelmäßig ihre Vertreter in leitenden Positionen der Reichsgruppe Industrie.<sup>66</sup>

Die Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie und ihrer Unterorganisationen bekleideten neben dieser Funktion in der Regel auch noch andere Funktionen oder waren Mitglieder in der faschistischen Partei bzw. in deren Glie-

63 Jede Literaturangabe ist mit der entsprechenden Band- und Seitenzahl versehen. Bei mehrbändigen Werken mit durchgehender Seitenzählung (z. B. Handbuch der Aktiengesellschaften ab 1925) wurde auf die Angabe der jeweiligen Bände verzichtet. Bei nichtdurchgehender Seitenzählung und fehlender Bandangabe beziehen sich die Angaben immer auf den ersten Band (z. B. Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte). So würde (9) 1924, S. 1009 bedeuten: Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, Ausgabe 1924, S. 1009.

64 Besonders stark bei den Wirtschaftsgruppen Eisenschaffende Industrie (Poengen, Reichert), Bauindustrie (E. Vöglér, Ruf), Feinmechanik/Optik (Henrichs, Küppenbender, Albrecht), Kraftstoffindustrie (E. R. Fischer, Bütefisch), Fahrzeugindustrie (Hagemeyer, Hufenbecher, Schirz, Vorwig), Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstofferzeugung (Schoeller, Wussow) und Malzindustrie (Reinicke, Kuckuck).

65 Das gilt besonders für die Bereiche des Bergbaus, der Eisen- und Metallgewinnung und der chemischen/Kraftstoffindustrie.

66 Besonders deutlich für die Bereiche: Elektroindustrie, Feinmechanik/Optik, Textilindustrie, Chemieindustrie und Bergbau.

ungen (besonders in der SS), ferner im Staatsapparat, in der Wirtschaft und im staatsmonopolistischen Regulierungsapparat (hier besonders im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition bzw. Rüstung und Kriegsproduktion). Außerdem beherrschten die führenden Monopolvertreter in der Reichsgruppe Industrie nicht nur ihre zuständige "fachliche" Struktureinheit, sondern in vielen Fällen auch die regionalen Einrichtungen der Reichsgruppe (bzw. die der Reichswirtschaftskammer), besonders die Industrie- und Handelskammern und noch mehr die Wirtschaftskammern bzw. Gauwirtschaftskammern.

Wichtige Aufgaben erfüllte dieser Personenkreis auch bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges. So waren sie Wehrwirtschaftsführer, und die Geschäftsführer waren Mobilisierungs- und Kriegsbeauftragte und Leiter der Prüfungsstellen für den Bereich ihrer jeweiligen Wirtschaftsgruppe. Außerdem arbeiteten einige von ihnen in den Reichsvereinigungen mit, während andere sich in sogenannten "Treuhandgesellschaften", in "Tochtergesellschaften", in geraubten Betrieben und in anderen Formen an der Ausplünderung der okkupierten Gebiete beteiligten.

Die personelle Struktur der Reichsgruppe Industrie zeichnet sich durch relativ große personelle Stabilität aus, wobei allerdings Unterschiede zwischen den einzelnen Struktureinheiten zu beachten sind. Die Anzahl der personellen Veränderungen ist von 1934 bis 1942 etwa konstant. Im Rahmen der Vorbereitung des deutschen Monopolkapitals auf die Nachkriegszeit ist dann festzustellen, daß sehr viele Mitarbeiter der Reichsgruppe Industrie 1943/44 diese Institution verließen. Die Gründe sind in der Regel nicht angegeben. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich ein Teil von ihnen selbständig aus zu kompromittierten Positionen zurückzog, während andere im Rahmen der "totalen Kriegführung" gegen aktivere Parteigänger des faschistischen Systems ausgetauscht wurden. Der Höhepunkt dieser Entwicklung liegt für die Reichsgruppe Industrie im Jahre 1943.<sup>67</sup>

Die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg in den westlichen Besatzungszonen und in der BRD zeigt die Kontinuität der Herrschaft der deutschen Monopolbourgeoisie nicht nur in der Stetigkeit ihres Eigentums an Produktionsmitteln, in der Beherrschung von Machtpositionen in Industrie- und Bankkonzernen sowie in den wiedererstandenen Unternehmerorganisationen, sondern auch in der personellen Kontinuität der Vertreter und Sachwalter des Finanzkapitals. Ein großer Teil ehemaliger Mitarbeiter der Reichsgruppe Industrie<sup>68</sup> hatte nach 1945 wieder wichtige Funktionen bei Monopolen, Banken, im industriellen Verbandswesen, bei bürgerlichen Parteien und im Staat inne.

Die Gründe dafür, daß ehemals führende Personen der Reichsgruppe Industrie wieder führende Positionen bekleideten, können verschiedenartig sein. Dabei sind

67 Von 1933 bis 1942 gab es im Durchschnitt drei bis sechs Umbesetzungen im Jahr innerhalb der Reichsgruppe Industrie. In den Jahren 1943/44 gab es insgesamt ca. 27 Umbenennungen. Die genaue Zahl läßt sich nicht feststellen, da die Quellenlage für diese Jahre zu schlecht ist.

68 Von den 145 hier untersuchten Leitern und Geschäftsführern aus dem Bereich der Reichsgruppe Industrie konnten 1945 und in den folgenden Jahren noch 65 Personen (oft in führenden Positionen) ermittelt werden. Wenn das Ausscheiden aus Altersgründen oder durch Todesfälle in Betracht gezogen wird, läßt sich hier eine deutliche Kontinuität von führenden Positionen in der Reichsgruppe Industrie zu solchen in der BRD erkennen.

in erster Linie das ungebrochene kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln und dann ihre persönlichen Beziehungen und großen Erfahrungen bei der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung zu nennen. Allerdings ist nach dem zweiten Weltkrieg auch ein gewisser Wechsel in der Ausübung bestimmter Funktionen festzustellen. Die Gründe hierfür liegen in der Altersstruktur und in einer zu starken Kompromittierung einzelner Personen in der Zeit der faschistischen Herrschaft.

Personen, deren Betriebe nach 1945 dem Einflußbereich des deutschen Monopolkapitals entzogen waren, da sie auf dem Gebiet der DDR oder eines anderen sozialistischen Staates lagen, hatten in der Wirtschaft der westlichen Besatzungszonen und der BRD trotzdem verschiedene Funktionen.

Von den nach 1945 noch zu ermittelnden Personen aus dem hier untersuchten Kreis waren die meisten in den gleichen Monopolen und sonstigen Betrieben, in den gleichen Unternehmerverbänden oder deren Nachfolgeorganisationen wie vor 1945 tätig. Einige von ihnen nehmen dabei ausgesprochene Spitzenstellungen in der Wirtschaft der BRD und im Verbandswesen ein,<sup>69</sup> während bei anderen auch ein gewisser Einflußverlust festzustellen ist.

Bei den Positionen im industriellen Verbandswesen der BRD handelt es sich weniger um Funktionen beim Bundesverband der Deutschen Industrie, sondern mehr um solche bei Einzelverbänden. Weitere wichtige Positionen werden im System der Industrie- und Handelskammern, im Staatsapparat und in der CDU/CSU<sup>70</sup> bekleidet. Die biographischen Angaben über ehemalige Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie zeigen, daß die gleichen Klassenkräfte und teilweise auch die gleichen Personen wie im faschistischen Deutschland auch wieder in der BRD die Macht ausüben. Besondere Bedeutung kommt hierbei wieder den Unternehmerorganisationen, jetzt besonders dem Bundesverband der Deutschen Industrie, als Interessenvertretern des Monopolkapitals zu.

69 Leitende Funktionen in der Industrie besonders bei:

Blohm, E. R. Fischer, Merker, Schlosser, Schott, Wisselmann und Zangen;  
leitende Funktionen im Verbandswesen besonders bei:

Berg, Lange, Vorwig.

70 Hier besonders Langeheine.

1. Leiter, stellvertretender Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie

1.1. Leiter

Krupp v. Bohlen u. Halbach, Dr. Gustav (bis 1906 Gustav v. Bohlen u. Halbach) (1870 - 1950) /als Leiter d. Reichsstandes d. Dt. Industrie/

- a) 1931 - 1933 Präs. d. RDI; 1933 - 1934 "Führer" d. Reichsstandes d. Dt. Industrie; 1934 Leiter d. HG I d. RGI; 1933 Mitgl. d. Ren. rats d. Dt. Wirtschaft (nur 1933 zusammengetreten)
- b) ab 1906 AR, ab 1909 VdAR Fried. Krupp AG, Essen (bis 15. 12. 1943, dann Umwandlung in Einzelfirma Fried. Krupp - Inh.: Alfred Krupp); Präs. d. AR d. Bank für dt. Industrie-Obligationen, Berlin; VdAR: AG für Unternehmungen d. Eisen- u. Stahlindustrie, Berlin - Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG, Berndorf - Fried. Krupp Germaniawerft AG, Kiel - Fried. Krupp Grusonwerk AG, Magdeburg
- c) bis 1933 Mitgl. d. DVP, schon vor 1933 aktiver Förderer Hitlers; Vors. d. Kuratoriums d. "Adolf-Hitler-Spende d. dt. Wirtschaft", Berlin; Wehrwirtschaftsführer, "Pionier d. Arbeit"
- d) in Nürnberg verurteilt, aber aus "gesundheitlichen Gründen" freigelassen

(9) 1924, S. 1009; 1925, Bd. 2, S. 584; 1928, S. 984; 1931, S. 994; (10) Bd. 1, S. 15, 197, 378; Bd. 2, S. 400, 407, 413, 417, 580, 597, 599, 608 ff., 791; (11) S 261 f.; (13) S. 1263 f.; (15) 1942, S. 6057; 1943, S. 6384; (23) Nr. 111 vom 25. 2. 1950; (25) Bd. 1, S. 1030 f.; (26) S. 254; (29) 1940, S. 485; 1941/42, S. 539; (32) S. 217; (40) S. 189 f.; (44) S. 138.

Hecker, Ewald, (1879 -

- a) Hauptvorst. d. Vereins Dt. Eisen- und Stahlindustrieller, 1934-1935 Leiter d. RGI u. ihrer Bezirksgruppe Niedersachsen, Dez. 1934-1936 Leiter d. RWK; Leiter d. Arbeitsgemeinschaft d. IHK's in d. RWK; Mitgl. d. Präsidiums d. Dt. Industrie- u. Handelstages; ab 1932-1940... Präs. d. IHK Hannover, ...1941... Leiter d. Industrieabt. d. WK Niedersachsen, dann Präs. d. Gauwirtschaftskammer Niedersachsen; Mitgl. d. Präsidiums d. Internationalen HK, Berlin
- b) 1906-1914 aktiver Offizier (1906-1909 Adjutant d. Gouverneurs Dr. Solf in Samoa, ab 1909 stellv. Amtmann in Sawai, 1912-1914 Kriegsakademie, 1914 zum Bezirksamtmann in Samoa ernannt); 1914-1916 Delegierter d. Dt. Roten Kreuz in den USA; 1917-1918 Kriegsteilnahme (1918 Adjutant d. Heeresgruppe F in Palästina); 1918 Dt. Bevollmächtigter im Ententehauptquartier in Konstantinopel; 1918-1919 Führer d. dt. Freicorps Haidar Pascha; 1919-1944/45 bei d. Ilseder Hütte beschäftigt (ab 1921 Verwaltdir., ab 1923 Vorst., ab 1929 VdAR);... 1922-1941... stellv. Repräsentant, Repräsentant, Betr. F. d. Gewerkschaft d. Steinkohlenbergwerks "Friedrich d. Große", Herne/Westf. (= Tochter d. Ilseder Hütte); Mitgl. d. Bezirksausschuß d. Reichsbankhauptstelle Hannover; Geschf. d. Werkhandelsfirma d. Peiner Walzwerks GmbH, Peine; VdAR: Peiner Walzwerk, Peine - Boswau & Knauer AG, Berlin - "Heag" Hannoversche Eisengießerei u. Maschinenfabrik AG, Anderten - Woll-Wäscherei u. Kämmerei in Döhren bei Hannover, Hannover-Döhren
- c) 1920-1930 führend in d. DVP (ab 1920 im Zentralvorst.); 1920-1924 Mitgl. d. preußischen Landtages; 1932 Mitgl. d. Kepplerkreises (im Nov. 1932 Kontaktmann zu Papen betr. Industrielleneingabe); Mitgl. d. "Freundeskreises d. Wirtschaft" bzw. "Freundeskreises Reichsführer SS"; 1939 SS-Oberführer beim Stab d. Reichsführer SS, 1944 SS-Brigadeführer, Mitgl. d. NSDAP;

Vors. d. Außenhandelsstelle für Niedersachsen-Kassel; Wehrwirtschafts-  
führer

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17601, Bl. 51 ff. (Archiv f. publizist. Arbeit  
/Internat. Biogr. Archiv/, Nr. 6403 v. 27. 6. 1935) (9) 1929, S. 670; 1930, S.  
686; 1932, S. 666; 1935, S. 532; 1936, S. 563; 1938, S. 610 f.; 1940, S. 612;  
(11) S. 176; (13) S. 882; (14) Bd. 1, S. 34 f.; Bd. 3, S. 83 f.; (15) 1944, S. 1133;  
(19) S. 195; (20) 1922, S. 147; 1929, S. 115; 1930, S. 111; (26) S. 183; (29) 1940,  
S. 320; 1941/42, S. 353; (36) S. 311; (40) S. 186 f.; (56) Anhang; (61) S. 44.

Trendelenburg, Dr. Ernst (1882-1945, Selbstmord)

- a) ab 1936 stellv. Leiter d. RWK, ... 1941... Vors. d. handelspolitischen Aus-  
schusses; April 1935-Nov. 1936 Leiter d. RGI
- b) 1903-März 1923 im preußischen Verwaltungsdienst, im Reichsjustizamt, im  
Reichsamt d. Innern u. im Reichswirtschaftsamt bzw. -min.; 1923-1932  
Staatssekretär im Reichswirtschaftsmin. (Juni 1930-Okt. 1931 u. Mai 1932  
mit d. Wahrnehmung d. Geschäfte d. Reichswirtschaftsmin. betraut), 1932  
in den einstweiligen Ruhestand versetzt; Nov. 1932 - Okt. 1933 Untergen. se-  
kretär d. Völkerbundes (davor andere Funktionen im Völkerbund); 1934-1945  
VdAR (vorher AR) Vereinigte Industrie Unternehmungen (Viag), Berlin, und  
zahlreiche andere Funktionen in AR; 1942 beispielsweise VdAR in folgenden  
Unternehmen: Alpen-Elektrowerke AG, Wien - AG für dt. Elektrizitätswirt-  
schaft, Berlin - Dt. Industrie-Werke AG, Berlin - Elektrowerke AG, Berlin -  
Ilse-Bergbau-AG, Grube Ilse bei Senftenberg - Innwerke AG, München - Süd-  
deutsche Kalkstickstoff-Werke AG, Trostberg - Vereinigte Aluminiumwerke  
AG, Berlin

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17743, Bl. 65 ff. (Archiv f. publizist. Arbeit  
/Internat. Biogr. Archiv/, Nr. 1995 v. 5. 2. 1942)

(13) S. 2304 f.; (14) Bd. 1, S. 15; Bd. 3, S. 28; (25) Bd. 2, S. 1921; (26) S. 424;  
(29) 1941/42, S. 1020; (40) S. 195; (41) S. 221, 233; (58) Nr. 50/1936, S. 1186

Dierig, Gottfried (1889-1945, Selbstmord)

- a) Dez. 1936 - Okt. 1938 Leiter d. RGI, Leiter d. Bezirksgruppe Schlesien d.  
RGI; März 1934-März 1937 Leiter d. HG VI d. RGI (Leder, Textilien u. Be-  
kleidung); Nov. 1934-Okt. 1938 Leiter d. WG Textilindustrie; Vors. d. Verban-  
des Schlesischer Textilindustrieller e. V., Breslau; ... 1941... Leiter d. In-  
dustrieabt. d. WK Schlesien
- b) 1914-1945 Mitinh. u. Geschf. Vorst. u. danach VdVorst. Christian Dierig AG  
(bis 1928 GmbH), Langenbielau, u. AR-Posten in verschiedenen Unternehmen d.  
Textilindustrie; ... 1930-1940... VR d. Berliner Handels-Gesellschaft KgaA,  
Berlin
- c) ... 1929-1933 (?) Mitgl. d. vorläufigen Reichswirtschaftsrates

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17563, Bl. 3 ff. (Archiv f. publizist. Arbeit /Internat.  
Biogr. Archiv/, Nr. 7460 v. 22. 12. 1938; Berliner Börsenzeitung Nr. 46/1939;  
Textilzeitung Nr. 253/1938

(9) 1930, S. 322; 1940, S. 298; (11) S. 549; (13) S. 455; (14) Bd. 1, S. 20 f.; (29)  
1940, S. 152; 1941/42, S. 165; (40) S. 186; (44) S. 139; (63) S. 72, 89-91.

Zangen, Dr. h. c. Wilhelm (1891-1971)

- a) Okt. 1938-1945 Leiter d. RGI u. ... 1940... stellv. Leiter d. RWK u. VPräs.  
d. IHK Düsseldorf; ... 1931... Vorst. d. Arbeitgeberverbandes für den Bezirk  
d. Nordwestlichen Gruppe d. Vereins dt. Eisen- und Stahlindustrieller, Düssel-

- dorf; Mitgl. d. Kuratoriums d. Mitteleuropäischen Wirtschaftstages
- b) ab 1919 für d. Dt. Maschinenfabrik AG DEMAG tätig; 1924-1925 Ltr. ihrer Berliner Finanzabt. u. Vorst. d. Warentransit AG, Berlin (Holdinggesellschaft d. DEMAG); 1925-1929 Vorst. d. Schiess-Defries AG, Düsseldorf; 1929-1933 Vorst. d. DEMAG AG, Duisburg u. d. Maschinenbau-Unternehmungen AG, Duisburg; 1934-1945 VdVorst., Gen. dir., VdAR d. Mannesmann-Röhren-Werke, Düsseldorf, und zahlreiche andere Funktionen in AR, 1942 beispielsweise VdAR in folgenden Unternehmen: "Kronprinz" AG für Metallindustrie, Solingen-Ohligs - Mannesmannröhren-Werke Komotau AG, Komotau - Mannesmann Stahlblechbau AG, Berlin - Maschinenfabrik Meer AG, M. Gladbach - AR Deutsche Bank, Berlin - Beirat Deutsche Reichsbank, Berlin; ... 1939-1940... VdAR Stahl- u. Walzwerke Großenbau AG, Düsseldorf
- c) Okt. 1942-1945 im Präsidium u. VR d. RVE; ab 1942 Mitgl. d. Rüstungsrates u. d. Industriebeirates d. OKH; ab 1942 Leiter d. Hauptausschusses Wehrmachts- u. allgemeines Gerät d. Reichsmin. Speer; Mitgl. d. NSDAP u. 17 anderer faschistischer Organisationen, förderndes Mitgl. d. SS; Wehrwirtschaftsführer, Mitgl. d. "Kleinen Kreises" Poensgens
- d) stand auf d. offiziellen Kriegsverbrecherliste d. USA, 1945 interniert, vom Düsseldorfer Entnazifizierungsausschuß zum "Minderbelasteten" erklärt
- e) 1948-1968(?) VdAR, 1968(?) - 1971 EhrenVdAR d. Mannesmann AG, Düsseldorf (1945-1957), auch VdVorst. u. Gen. dir., u. zahlreiche andere Funktionen in AR, z. B. VdAR: Schieß AG, Düsseldorf - Kronprinz AG, Solingen-Ohligs-Spinnbau GmbH, Bremen

ZStA, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Nr. 21833, Bl. 3 (Organisation d. Mitteleuropäischen Wirtschaftstages Berlin, Stand Frühjahr 1942)

(1) S. 36, 58, 63; (8) S. 59; (9) 1937, S. 1761; 1939, S. 1921 f.; 1940, S. 1920; (13) S. 2520; (15) 1930, S. 497, 499; 1933, S. 1658, 1662; 1944, S. 341, 3689; 1949, S. 1364; (21) 1951, S. 655; 1953, S. 900; 1955, S. 897; 1957/58, S. 1026; 1962, S. 1017; 1968, S. 1337; 1970, S. 1406; 1971, S. 1471; (25) Bd. 2, S. 2081 f.; (26) S. 457; (28) 1969/70, S. 1483; (29) 1941/42, S. 1121 f.; (31) S. 189-95; (35) Bd. 1, S. 426; (37) S. 32; (42) S. 16(124); (43) S. 6, 25; (47) S. 46; (56) Anhang; (60) Nr. 3, 1942, S. 16, 18; Nr. 5/1942, S. 48.

## 1.2. Stellvertretender Leiter

Stahl, Rudolf (1884-1946)

- a) ab 1940 Stellv. Vors. d. RGI; Mitgl. d. Engeren Beirats d. RGI u. Vors. d. Ausschusses f. Gemeinschaftshilfe d. RGI; ab Jan. 1930 Funktionen in zahlreichen Unternehmerverbänden, u. a. im Vorst. d. RGI; wichtige Funktionen in: Gesamtausschuß für d. Metallwirtschaft, Zentralverband d. Dt. Metallwalzwerks-Industrie, Metallhüttenverband u. Zechenverband; ... 1929... Mitgl. d. Ausschusses d. Vereinigung Dt. Arbeitgeberverbände; ab Aug. 1930 Mitgl. HK Halle; ab Febr. 1933 Mitgl. d. Führerkreises d. IHK Halle; ab 1933 Vors. d. Gesamtausschusses d. Metallwirtschaft; Mitgl. d. Dt. Industrieklubs, Düsseldorf
- b) ab 1911 juristischer Hilfsarbeiter u. Stadtassessor bei d. Kommunalverwaltungen Krefeld u. Köln; 1914-1919 Stadtrat u. Bürgermeister in Herne (bzw. Offizier); dann zur Dt. Maschinenfabrik AG DEMAG, Duisburg; 1923-1929 im Vorst. ab Dez. 1929 VdVorst., Gen. dir. d. Mansfeld AG für Bergbau- u. Hüttenbetrieb, Eisleben; ab Mai 1935 auch Geschf. d. Salzdetfurth-Konzern GmbH; bis 1945 VdVorst. Salzdetfurth-Konzern, Berlin; zahlreiche Funktionen in

Vorst., VR u. AR vor allem in d. Maschinenbauindustrie u. im Bergbau, z. B. in folgenden Unternehmen: Gen. dir., Repräsentant d. Gewerkschaft Sachsen, Heesen bei Hamm; Vorst., VdVorst. Mansfeldische Kupferschieferbergbau AG, Eisleben; Vorst. Warentransit AG, Berlin; Vorst. Dt. Maschinenfabrik AG, Berlin, Duisburg; Grubenvorst. Gewerkschaft Orange, Gelsenkirchen; VR Rybnitzer Maschinenbau GmbH, Rybnitz; VdAR AG für Bergbau, Blei- u. Zinkfabrikation zu Stolberg u. Westfalen, Aachen; ab Juli 1939 Beirat d. Dt. Reichsbank; 1936-1945 AR d. Dt. Bank

c) ab März 1941 Mitgl. d. Präsidiums d. RVK, Leiter d. Ausschusses für Rechtsfragen; ab Juni 1944 Vors. d. Hauptausschusses Munition im Reichsmin. Speer; bis 1945 Mitarbeiter im Rüstungsstab; Wehrwirtschaftsführer; ab Mai 1933 Mitgl. d. NSDAP

(9) 1928, S. 1764; 1930, S. 1825; 1931, S. 1777; 1932, S. 1767 f.; 1933, S. 1676 f.; 1934, S. 1295 f.; 1935, S. 1435; 1936, S. 1514; 1939, S. 1641; 1940, S. 1646;

(13) S. 2186; (25) Bd. 2, S. 1819; (29) 1941/42, S. 961; (35) Bd. 1, S. 394; (37) Bd. 1, S. 133; (47) S. 237, 291, 358 Anm. 43; (52) S. 64 ff., 159, 165, 185, 188 ff.

### 1. 3. Geschäftsführer

Guth, Dr. Karl (1889- )

a) Jan. 1934-Dez. 1934 Geschf. beim Führer d. Wirtschaft; 1934 Geschf. Reichsstand d. Dt. Industrie; Dez. 1934-1945 Geschf. (ab 1942 Hgeschf.) d. RGI; Vorst. d. Dt. HK für Jugoslawien

b) 1923-1924 Geschf. d. Vereinigung Bayerischer Spiel- und Metallwarenfabrikanten; 1924-1927 Prok. in den Bingwerken, Nürnberg; 1927-1934 Geschf. d. Gesamtvereinigung d. Weiß- und Schwarzblechverarbeitenden Industrie, Berlin

c) Berater großer BRD-Konzerne in personalpolitischen Fragen; Schwager v. Ludwig Erhard (d. vor 1945 als Gründer d. Instituts für Industrieforschung an den Nachkriegsplanungen d. RGI beteiligt war)

(14) Bd. 1, S. 22; (53) S. 192, 228.

## 2. Leiter der Hauptgruppen der Reichsgruppe Industrie

### 2.1. Hauptgruppe I (Bergbau, Eisen- und Metallgewinnung)

Krupp v. Bohlen u. Halbach, Dr. Gustav

1934 Leiter d. HG I d. RGI, s. bei Krupp in seiner Funktion als "Führer" d. Reichsstandes d. Dt. Industrie (d. Vorläuferorganisation d. RGI)

Poensgen, Ernst (1871-1949)

a) 1929-1933 Leiter d. FG Eisenschaffende Industrie im RDI; 1929-1934 Vors. d. Vereins Dt. Eisen- u. Stahlindustrieller; 1935-1938 Leiter d. HG I d. RGI;

Okt. 1934-1942 Leiter d. WG Eisenschaffende Industrie u. Leiter d. Bezirksgruppe Nordwest dieser WG; 1914-1932... Leiter d. Arbeitgeberverbandes d. Nordwestlichen Gruppe d. Vereins Dt. Eisen- u. Stahlindustrieller; Mitbegründer, ab 1926 VR (ab 1930 Leiter d. dt. Gruppe) d. Internationalen Rohstahlgemeinschaft; Vors. d. Stahlwerksverbands; Präs. d. Dt. Gruppe d. Internationalen HK; Leiter d. Industrieabt. d. WK Düsseldorf

b) ab 1896 Betriebsingenieur, ab 1905 Vorst. d. Düsseldorfer Röhren- u. Eisenwalzwerk, vorm. Poensgen;...1900... Dir. d. Blechwalz- u. Stahlwerke Lierenfeld; 1907-1908 Studienaufenthalt in den USA; ab 1910 Technischer u. kaufmännischer Dir., Vorst. d. Düsseldorfer Abt. d. Phönix AG (1910 Fusion d.



Familienbesitzes mit Phönix; ab 1916 Vertreter d. Gen.dir. in d. Hauptverwaltung v. Phönix in Hörde, später in Düsseldorf; ltd. Dir. bei Phönix; 1926-1934 erster stellv. Vors., 1934 (oder 1935) - 43 VdVorst. d. Vereinigten Stahlwerke; Vors. d. Grubenvorst. Gewerkschaft Jünkerath/Rheinpr.; VR Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost mbH; VdAR: Gebr. Poensgen AG, Düsseldorf-Rath. - Siegerner Eisenbedarfs AG, Siegen - Stahlwerks-Verband AG, Düsseldorf - Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-AG, Chemische Fabriken, Berlin; AR Reichswerke AG für Erzbergbau u. Eisenhütten "Hermann Göring", Linz

- c) Teilnehmer am Harzburgertreffen; Mitgl. d. "Ruhrlade" u. d. "Kleinen Kreises"; April 1942 Mitgl. d. Reichsrüstungsrates; Mai 1942 Präsidium d. RVE, 1944-1945 Leiter d. RVE; Wehrwirtschaftsführer
- d) Mit Einverständnis d. französischen Militärregierung 1946 in die Schweiz, längerer Krankenhausaufenthalt in Bern

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17699, Bl. 34 ff. (Archiv f. publizist. Arbeit /Internat. Biograph. Archiv/), Nr. 2855 v. 30. 4. 1942; ZStA, DAWI, Nr. 10761, Bl. 4, Bl. 8 (Berichte über d. Geschäftsjahre 1940/41 u. 1941/42 d. Vereinigten Stahlwerke)

(4) S. 175; (9) 1925, Bd. 2, S. 776; 1936, S. 1176 f.; 1939, S. 1272; 1940, S. 1274 f.; (11) S. 358; (13) S. 1719 f.; (14) Bd. 1, S. 17; (15) 1928, S. 2265; 1935, S. 9009; 1943, S. 2305; (23) 2915 vom 22. 12. 1949; (25) Bd. 2, S. 1426; (26) S. 327; (29) 1940, S. 670; 1941/42, S. 749; (33) S. 228; (35) Bd. 2, S. 298; (40) S. 191; (54) S. 116, 154; (58) Nr. 20/1935, S. 472; (60) Nr. 3/1942, S. 16.

## 2. 2. Hauptgruppe II (Maschinenbau, Elektrotechnik, Optik und Feinmechanik)

Blohm, Rudolf (1885-

- a) ab 1928 Vorst. d. Vereins Dt. Schiffswerften; Vorst. d. RDI, 1934 d. Reichsstandes d. Dt. Industrie; 1934-1938 (?) Leiter d. HG II d. RGI; Mai 1942-1943 Leiter d. WG Schiffbau; VPräs. d. IHK Hamburg u. Leiter d. Bezirksgruppe Nordmark d. RGI
- b) 1914-1945 Persh. Ges., Betr. F. d. Blohm & Voß KgaA, Hamburg; Mitgl. d. Bezirksbeirates Hamburg d. Reichsbank u. a. AR-Posten
- c) Teilnehmer am Harzburger Treffen; Wehrwirtschaftsführer; ab 1933 Mitgl. d. Preußischen Staatsrates; 1942-1943 Leiter d. Hauptausschusses Kriegsschiffe (bzw. Schiffbau) d. Reichsmin. Speer
- d) stand auf d. offiziellen Kriegsverbrecherliste d. USA; 1949 Prozeß vor einem britischen Gericht wegen Widerstand gegen Demontagemaßnahmen
- e) 1945-1976... Mitinh., VdAR, Ehren-VdAR Blohm & Voß, Hamburg; Vorst. Steinwerder Industrie AG, Hamburg; AR Dresdner Bank u. a. AR-Posten; Leiter d. Hauptausschusses Kriegsschiffbau in d. Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17533, Bl. 31 ff. (Archiv f. publizist. Arbeit /Internat. Biograph. Archiv/), Nr. 8208 v. 15. 12. 1938

(1) S. 49; (6) S. 163; (13) S. 216; (14) Bd. 1, S. 17; (21) 1951, S. 48; 1953, S. 68; 1957/58, S. 78; 1962, S. 75; 1968, S. 98; (23) 2801 vom 6. 9. 1969; (25) Bd. 1, S. 151; (29) 1941/42, S. 78; (42) S. 16 (124); (43) S. 21; (44) S. 38; (47) S. 43; (50) S. 172; (58) Nr. 11/1935, S. 267; (60) Nr. 3/1942, S. 17; Nr. 7/1942, Anlage; (62) S. 42; (64) Nr. 279/1976.

## 2. 3. Hauptgruppe III (Eisen-, Blech-, Metallwarenindustrie)

Hartkopf, Erich (1903- )

- a) Vors. d. FG Eisen- u. Stahlwarenindustrie im Reichsstand d. Dt. Industrie u. Mitgl. d. Handelspolitischen Ausschusses; 1934-Mai 1935 Leiter d. HG III d. RGI; Juni 1934-Mai 1935 Leiter d. WG Eisen- u. Metallwarenindustrie (aus organisatorischen Gründen abberufen"); ab 1933-1936... Präs.,... 1940-1941... Beirat d. IHK Solingen
- b) 1925-1933 Prok.,... 1940-1945(?) Teilh. Hartkopf & Co., Solingen
- c) 1931 Mitgl. d. NSDAP; Vors. d. Außenhandelsstelle für d. Bergische Land, Wuppertal-Elberfeld
- e) ab 1945(?) -1970 Persh. Ges. Gebrüder Hartkopf KG, Solingen

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17597, Bl. 17 f. (Kurzbiographie);

(14) Bd. 3, S. 370; (15) 1928, S. 4445; (16) 1960, S. 1845; (19) S. 162; (21) 1967, S. 435; 1970, S. 438; (28) 1935, S. 599; (29) 1941/42, S. 342; (44) S. 138; (58) Nr. 16/1936, S. 383.

Thiel, Dr. h. c. Reinhold (1882- )

- a) ...1928-1929... Vors. d. Wirtschaftsverbandes d. dt. Uhrenindustrie; ...1933-1935... Präs. d. Verbandes d. Mitteldt. Industrie; Mai 1935-1938(?) Leiter d. HG III d. RGI; 1937 komm. Leiter d. WG Eisen-, Stahl- u. Blechwarenindustrie; ...1935... Leiter d. Bezirksgruppe Mitteldeutschland d. RGI; ab 1927 Präs. d. Mittelthüringischen IHK Weimar (bzw. Eisenach); ab 1935 Leiter d. WK für den Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland; ab 1943 Präs. d. Gauwirtschaftskammer Thüringen
- b) 1912-1945 (?) Geschf., dann VdVorst. u. Betr. F. d. Gebrüder Thiel GmbH, Ruhla u. d. Gerätebau GmbH, Ruhla; VdVorst. u. Betr. F. d. Gebrüder Thiel Seebach GmbH, Ruhla; VR Thüringische Staatsbank, Weimar, u. a. AR-Posten; Mitgl. d. Landesausschusses für Mitteldeutschland d. Dresdner Bank
- c) Mitgl. d. NSDAP, 1936 Gaustellenleiter Thüringen, Mitarbeiter d. Gauwirtschaftsberaters; Wehrwirtschaftsführer; ab 1935 Mitgl. d. Reichsarbeits- u. Wirtschaftsrates; ab März 1941 Reichswirtschaftsrichter (Beisitzer d. Reichswirtschaftsgerichts)
- e) ...1953... AR, ...1957-1960... stellv. VdAR Gottfried Lindner AG, Nürnberg; ...1967-1968(?) VdAR Gebrüder Thiel GmbH, Emstal

(9) 1935, S. 1503; (13) S. 2273; (14) Bd. 1, S. 17, 19; Bd. 3, S. 113; (15) 1944, Bd. 7, S. 794; (16) 1953, S. n 29; 1956/57, S. n 56; 1960, S. 1588; (18) S. 428; (19) S. 165; (21) 1957/58, S. 920; 1967, S. 1222; 1968, S. 1200; (29) 1941/42, S. 1006; (58) Nr. 39/1937, S. 1181; Nr. 16/1941, S. 330; Nr. 8/1942, S. 106; Nr. 8/1943, S. 82.

## 2. 4. Hauptgruppe IV (Steine und Erden, Holz-, Bau-, Glas- und Keramikindustrie)

Vögler, Dr. h. c. Eugen (1884- )

- a) 1927-1934 Vors. d. Gruppe Rheinland u. Westfalen d. Reichsverbandes d. industriellen Bauunternehmungen; ab 1934 Vors. d. Reichsverbandes Ingenieurbau; Vorst. d. Dt. Beton Verein e. V. u. Funktionen in anderen Verbänden; 1934-1938 Leiter d. HG IV d. RGI u. Vors. d. Bezirksgruppe Westfalen d. RGI; 1934-Okt. 1942 Leiter d. WG Bauindustrie; Beirat u. Vorst. d. Wirtschaftsverbandes d. IHK Essen; ...1943... Präs. d. Gauwirtschaftskammer Essen

b) 1919-1927 Vorst., 1927-1943, ... VdVorst., Gen. dir. d. Hochtief AG für Hoch- u. Tiefbauten, vorm. Gebrüder Helfmann, Essen (bzw. Berlin); VdAR bei folgenden Unternehmen: Glückauf-Bau-AG, Berlin - Nationalbank AG, Essen - Süddt. Eisenbahn-Gesellschaft, Darmstadt - Bauschäfer AG für Bergmännischen Untergrundbahn- u. Tunnelbau, Berlin - Bulgarische AG für Hoch- u. Tiefbauten "Cyklop", Sofia - Gewerkschaft Albert, Bonn

c) Wehrwirtschaftsführer

(9) 1930, S. 1961; 1931, S. 1917; 1932, S. 1905; 1934, S. 1391; 1935, S. 1549 f.; 1940, S. 1776; (11) S. 507; (13) S. 2341; (14) Bd. 1, S. 19; (15) 1927, S. 4129; 1932, S. 1845; 1943, S. 4849; (25) Bd. 2, S. 1954; (28) 1935, S. 1649 f.; (29) 1941/42, S. 1037; (44) S. 139.

## 2. 5. Hauptgruppe V (Chemie, Technische Öle und Fette, Papier und Papierverarbeitung)

Pietzsch, Dr. e. h. Albert (1874- )

a) Vorst. d. Reichsstandes d. Dt. Industrie; bis Aug. 1934 Leiter d. HG V d. RGI; Dez. 1936-Aug. 1944 Leiter d. RWK; ... 1935... stellv. Leiter, ... 1939 ... Leiter d. Arbeitsgemeinschaft d. IHK in d. RWK; Mitgl. d. Hauptausschusses d. Dt. Industrie- u. Handelstages; ab 1934 Präs. d. IHK Oberbayern, München, u. ... 1940... Leiter d. WK Bayern, ab 1943 Präs. d. Gauwirtschaftskammer München-Oberbayern

b) 1910(11?)-1945 Mitbegründer, 1910(11?)-1945 Leiter, Vorst., VdVorst. u. Betr. F. d. Elektrochemischen Werke München, Dr. A. Pietzsch & Co. (ab 1928 AG), Höllriegelskreuth; ab 1941 im AR d. Dt. Bank; im Beirat d. Dt. Reichsbank Berlin u. in ihrem Bezirksbeirat Bayern

c) 1925 Begegnung mit Hitler, Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen; 1925 NSDAP, 1933-1936 Wirtschaftsberater d. "Stellvertreters d. Führers"; Wehrwirtschaftsführer; 1943 wird Pietzsch zusammen mit dem Kunstmaler Ziegler Beteiligung an einer "Friedensvermittlungsaktion" vorgeworfen

e) 1945-1955... Vorst. d. Elektrochemischen Werke München AG, Höllriegelskreuth

(2) S. 287; (14) Bd. 3, S. 27 f.; (15) 1944, S. 2596; 1950/51, S. 4323; (19) S. 118, 159; (21) 1953, S. 598; (28) 1955, S. 905; (29) 1941/42, S. 743; (40) S. 190; (43) S. 40; (44) S. 139; (56) Anhang; (58) Nr. 22/1943, S. 280.

Pfotenhauer, Bernhard (1884- )

a) Aug. 1934-1938 Leiter d. HG V d. RGI; Mai 1934-Aug. 1934 Leiter d. WG Chemische Industrie

b) ab 1919 Leiter d. Filiale Frankfurt/O, 1921 Leiter d. Filiale Kattowitz d. Darmstädter Bank, ab 1922 Leiter d. Darmstädter Bank, Darmstadt; ... 1924-1945 (?) Geschf., Dir. d. E. Merck, Chemische Fabrik, Darmstadt; VR Dt. Dunlop Gummi AG; AR Elektrochemische Werke München AG, Höllriegelskreuth, u. a. AR-Posten, vor allem in d. Chemieindustrie

c) Mitgl. d. NSDAP; ab 1935 Mitgl. d. Reichsarbeits- u. Wirtschaftsrates; Wehrwirtschaftsführer

(14) Bd. 1, S. 20; (15) 1944, Bd. 7, S. 234; (25) Bd. 2, S. 1408; (26) S. 323; (28) 1935, S. 1209; (29) 1941/42, S. 740.

## 2. 6. Hauptgruppe VI (Leder, Textilien und Bekleidung)

### Dierig, Gottfried

März 1934-März 1937 Leiter d. HG VI d. RGI, s. bei Dierig in seiner Funktion als Leiter d. RGI

### Gruber, Dr. Wilhelm (1887- )

- a) März 1937-1938 Leiter d. HG VI d. RGI; ... 1938-1941... Leiter d. FG Bastfaserindustrie u. ... 1941... Leiter d. Bezirksgruppe Nordmark d. WG Textilindustrie, Hamburg
- b) 1922-1942 (?) Vorst., 1942 (?) -1945 stellv. VdVorst., Dir. d. Vereinigten Jutespinnereien u. Webereien AG, Hamburg
- c) von d. Gründung bis 1933 Mitgl. d. Stahlhelm, Mitgl. d. DVP; förderndes Mitgl. d. SS; Wehrwirtschaftsführer; ab 1939 Vors. d. Reichsvereinigung Bastfasern, ab 1924 (?) Reichsbeauftragter für Verpackungswesen
- e) 1945-1959 stellv. VdVorst., VdVorst.; d. Vereinigten Jutespinnereien u. Webereien AG, Hamburg; VdAR Braunschweigische AG für Jute- u. Flachsindustrie, Braunschweig. ... 1951-1960 Vors. d. Verbandes d. Textilindustrie für Hamburg u. Schleswig-Holstein, Hamburg, u. stellv. Vors. d. Fachverbandes Juteindustrie, Frankfurt/M.

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17588, Bl. 11 (Aktennotiz über d. Berufung zum Leiter d. HG VI vom 18. 3. 1937) ZStA, RWM, Nr. 9144, Bl. 40 f. (Politische Beurteilung durch d. Gaupersonalamt Hamburg d. NSDAP vom 26. 2. 1937)

(9) 1936, S. 498; 1940, S. 544; (13) S. 788; (15) 1923/24, Bd. 1, S. 2308; 1943, S. 3323; 1944, S. 1687; 1949, S. 189; (21) 1951, S. 191; 1953, S. 260; 1959, S. 296; 1960, S. 291; (29) 1941/42, S. 310; (43) S. 59; (48) S. 266, 458.

## 2. 7. Hauptgruppe VII (Nahrungsmittelindustrie)

### Schüler, Bruno (1901- )

- a) 1934-1938 Leiter d. HG VII d. RGI; bis Dez. 1934 Leiter d. WG Brauerei; Mitgl. d. geschf. Präsidiums d. Dt. Brauereiverbandes u. ... 1941... Vors. d. Brauwirtschaftsverbandes Westdeutschland, Köln; Vors. d. Verkehrsverbandes Westfalen; ab Mai 1933 Präs. d. IHK Dortmund u. ... 1941... Beirat d. IHK für d. Rhein-Mainische Wirtschaftsgebiet, Frankfurt/M.
- b) 1933-1938 Prok. Vorst., Dir. d. Dortmunder Union Brauerei, Dortmund; ... 1939-1945(?) Vorst. u. Betr. F. d. Schöffnerhof-Bindig Brauerei AG, Frankfurt/M.; VdAR: Brauerei Steinhäusser-Windecker AG, Friedberg/Hessen - Michelsbräu AG, Babenhausen/Hessen
- c) 1923 Mitgl. d. NSDAP, Gauinspekteur Westfalen-Süd d. NSDAP; Freicorpskämpfer; März-Aug. 1933 Staatskommissar für Dortmund, Aug. 1933-1934(?) ehrenamtlicher Oberbürgermeister von Dortmund; Reichswirtschaftsrichter

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17733, Bl. 43 ff. (Archiv f. publizist. Arbeit /Internat. Biograph. Archiv/), Nr. 6346 v. 17. 4. 1941; ZStA, RWM, Nr. 9162, Bl. 64 (Abschrift d. Berufung zum Leiter d. WG Brauerei ab 3. Aug. 1934 durch den Reichswirtschaftsmin.)

(9) 1940, S. 1555; (11) S. 439 f.; (14) Bd. 1, S. 21; (15) 1934, S. 760; 1938, S. 2209; 1939, S. 1409; 1944, S. 1105; (26) S. 398 f.; (29) 1941/42, S. 910; (44) S. 140.

I. Quellen

1. Archivalien

Zentrales Staatsarchiv der DDR (ZStA), Abteilung I,  
Deutsche Arbeitsfront, Arbeitswissenschaftliches Institut,  
Zeitungsausschnittssammlung (DAF, AWI, Ztg.), Nr. 17511-17756; ebenda,  
Reichswirtschaftsministerium (RWM, Nr. 8768, 9080, 9085, 9087, 9100, 9104,  
9106, 9113 f., 9121 f., 9136, 9141 f., 9144, 9156, 9159, 9161-63, 15212, 15219;  
ebenda, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut (DAWI), Nr. 10761; ebenda,  
Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Nr. 21833.

2. Gedruckte Quellen und Dokumentationen

- (1) Braunbuch, Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft, hg. v. Nationalrat der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR, 3. überarbeitete und erweiterte Aufl., Berlin 1968.
- (2) Deutschlands Rüstung im zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942 - 1945, hg. u. eingeleitet v. Willi A. Boelcke, Frankfurt (Main) 1969.
- (3) Dokumente und Dokumentarfotos zur Geschichte der deutschen Luftwaffe. Aus den Geheimakten des Reichswehrministeriums 1919-1933 und des Reichsluftfahrtministeriums 1933-1939, hg. v. Karl-Heinz Völker, Stuttgart 1968 = Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Nr. 9.
- (4) Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses. Mit einer Studie über die "Arisierungen" des Flick-Konzerns, hg. v. Karl-Heinz Thielecke, Berlin 1965.
- (5) Fall 6. Ausgewählte Dokumente und Urteile des IG-Farben-Prozesses, hg. v. Hans Radandt, Berlin 1970.
- (6) Graubuch 1967. Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Hintergründe, Ziele, Methoden, eine Dokumentation, hg. v. Nationalrat der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik, 2., überarbeitete und erweiterte Aufl., Berlin 1967.
- (7) Trials of war-criminals before the Nuernberg Military Tribunal under Control Council Law No. 10, Volume XIV, "The ministries case", Nuernberg Oct. 1946 - April 1949, Washington 1949.
- (8) Die unbewältigte Gegenwart. Eine Dokumentation über Rolle und Einfluß ehemals führender Nationalsozialisten in der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Frankfurt (Main) 1962.

II. Nachschlagewerke

- (9) Adressbuch der Directoren und Aufsichtsraths-Mitglieder der Actien-Gesellschaften, ab 1910 Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte der Aktien-Gesellschaften, ab 1913 Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte (ab 1940 s. bei: Wer leitet?), Jg. 1909, 1918, 1920 f., 1924-1940, Berlin 1909, 1918, 1920 f.,

- (10) Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, hg. v. Dieter Fricke u. a., Bd. 1 u. 2, Leipzig 1968, 1970.
- (11) Das deutsche Führerlexikon, 1934/35, Berlin 1934.
- (12) Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, hg. v. Cuno Horkenbach, Berlin 1931.
- (13) Deutsche Wirtschaftsführer, Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten, Ein Nachschlagewerk über 13 000 Wirtschaftspersönlichkeiten unserer Zeit, bearb. v. Georg Wenzel, Hamburg/Berlin/Leipzig 1929.
- (14) Handbuch des Aufbaus der gewerblichen Wirtschaft, hg. v. Hermann Teschemacher, Bd. 1: Reichsgruppe Industrie, Reichsgruppe Energiewirtschaft, Reichsgruppe Banken, Reichsgruppe Versicherungen, Jg. 1935/36, Leipzig 1936; ebenda, Bd. 3: Reichswirtschaftskammer, Wirtschaftskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Außenhandelsstellen, Deutsche Handelskammern und wirtschaftliche Vereinigungen im Ausland und Deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer, Jg. 1937, Leipzig 1937.
- (15) Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, 48. Jg./1943 u. 49. Jg./1944 unter dem Titel Die Großunternehmer im Deutschen Reich, Ausg. 1918/19 - Ausg. 1931, Berlin/Leipzig 1919-1932, Ausg. 1932 - Ausg. 1944, Berlin 1933 1944, Ausg. 1949-1951/52, Heppenheim 1950-1952, Ausg. 1953/54, Darmstadt 1954, Ausg. 1956/57, Darmstadt/Berlin(West)/Essen 1957.
- (16) Handbuch der Großunternehmer, 3. Aufl. 1953, 5. Aufl. 1956/57, 7. Aufl. 1960, 9. Aufl. 1962, Darmstadt u. a. 1953, 1956, 1959, 1961.
- (17) Handbuch über den Preußischen Staat, hg. v. Preußischen Staatsministerium für das Jahr 1922, 1927, 1928, 1930, 1934, 1938, Berlin 1922-1938.
- (18) Handbuch wirtschaftlicher Verbände und Vereine des Deutschen Reiches sowie der Industrie- u. Handels-, Gewerbe-, Handwerks- u. Landwirtschaftskammern und sonstige wirtschaftliche Interessenvertretungen und Zweckorganisationen, 3. Aufl., Jg. 1928, Berlin/Wien 1928.
- (19) Horkenbach, Cuno, Handbuch der Reichs- und Staatsbehörden, Körperschaften und Organisationen. 1935/36, Berlin 1935.
- (20) Jahrbuch der Deutschen Braunkohlen-, Steinkohlen-, Kali- und Erzindustrie, ab 21. Jg. 1930, unter dem Titel Deutsches Bergbau-Jahrbuch, 15. Jg. 1922 - 23. Jg. 1932, Halle 1922 - 1932.
- (21) Leitende Männer der Wirtschaft und der zugehörigen Verwaltung, Jg. 1951, Heppenheim 1951; Jg. 1953, Berlin (West) /Darmstadt/Essen 1953; Leitende Männer der Wirtschaft, Jg. 1955, 1957/58 u. 1959, Berlin (West) /Darmstadt/Essen 1955, 1957, 1959; Leitende Männer der Wirtschaft, Jg. 1960-1962, Berlin (West) u. a. 1960-1962; Leitende Männer der Wirtschaft (bzw. Männer und Frauen der Wirtschaft), Jg. 1963-1977, Darmstadt u. a. 1963-1977.
- (22) Mitgliederverzeichnis 1935, hg. v. Verein Deutscher Eisenhüttenleute, 1935.
- (23) Munzinger, Internationales Biographisches Archiv, Ravensburg /nach 1945/.

(24) Rathke/Schallehn, Adreßbuch für die Zuckerindustrie und den Zuckerhandel Europas, Betriebsjahr 1942/43, 72. Jg., bearb. v. Fr. Wilhelm Schallehn, Magdeburg 1942.

(25) Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Ein Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Bd. 1 u. 2, Berlin 1930, 1931.

(26) Stockhorst, Erich, Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich?, 1967.

(27) Taschenkalender für Verwaltungsbeamte, hg. v. Kühnert, 37. Jg. 1920, Berlin 1919; Taschenkalender für Verwaltungsbeamte, hg. v. Warnack, 59. Jg. 1942, Berlin 1942.

(28) Wer ist's? Zeitgenossenlexikon, zusammengestellt u. hg. v. Hermann A. L. Degener, 10. Ausg. 1935, Berlin 1935; Wer ist wer? Das Deutsche Who's Who?, hg. v. Walter Habel, 11. Ausg. 1950 - 18. Ausg. 1975, Berlin (West) 1951-1970, Frankfurt (Main) 1973-1975.

(29) Wer leitet? Die Männer der Wirtschaft und der einschlägigen Verwaltung einschließlich Adreßbuch der Direktoren u. Aufsichtsräte (ab 1951 s. bei: Leitende Männer), 1. Aufl. 1940 - 2. Aufl. 1941/42, Berlin 1940, 1942.

### III. Darstellungen und Aufsätze

(30) Albrecht, Karl, Das Menschliche hinter dem Wunder. 25 Jahre Mitwirkung am deutschen Wirtschaftsaufbau, Düsseldorf/Wien 1970.

(31) Baumann, G., Eine Handvoll Konzernherren, Berlin 1953.

(32) Berdrow, Wilhelm, Alfred Krupp und sein Geschlecht. 150 Jahre Krupp-Geschichte 1787-1937 nach den Quellen der Familie und des Werks, Berlin 1937.

(33) Broszat, Martin, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 6. Aufl. München 1976 = dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 9.

(34) Carl Zeiß Jena, einst und jetzt, hg. v. einem Autorenkollektiv unter Ltg. v. Wolfgang Schumann, Berlin 1962.

(35) Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, hg. v. einem Autorenkollektiv unter Ltg. v. Wolfgang Schumann u. Gerhart Hass, Berlin 1974; Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), hg. v. einem Autorenkollektiv unter Ltg. v. Wolfgang Schumann u. Karl Drechsler, Berlin 1975.

(36) Drobisch, Klaus, Der Freundeskreis Himmler. Ein Beispiel für die Unterordnung der Nazipartei und des faschistischen Staatsapparates durch die Finanzoligarchie, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 2/1960, S. 304-328.

(37) Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1: 1939-1941, Berlin 1969.

(38) Derselbe, Das Minette-Revier und die deutsche Montanindustrie. Zur Kriegszielstrategie der deutschen Monopole im zweiten Weltkrieg (1941/42), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 7/1977, S. 816-838.

(39) Derselbe, Das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion und die Straßburger Tagung vom 10. August 1944 (Bemerkungen zu offenen Fragen), in: Bulletin des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg", Nr. 3-4/1975, S. 5 - 21.

(40) Esenwein-Rothe, Ingeborg, Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945, Berlin (West) 1965 = Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften, Neue Folge, Bd. 37.

(41) Facius, Friedrich, Wirtschaft und Staat. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung vom 17. Jahrhundert bis 1945, Boppard am Rhein 1959 = Schriften d. Bundesarchivs, Nr. 6.

(42) Die faschistischen "Wehrwirtschaftsführer" im Bonner Staat, in: Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Nr. 6/1961, S. 15-19.

(43) Die faschistischen Wehrwirtschaftsführer in der westdeutschen Wirtschaft, in: Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Nr. 9-10/1954.

(44) Fritzsche, Rolf, Aufbau der Wirtschaft im Dritten Reich, Berlin 1934.

(45) Groehler, Olaf, Geschichte des Luftkrieges 1910-1970, Berlin 1975.

(46) Hanke, Horst/Thielecke, Karl-Heinz, BDI-Präsident, Thyssen-Generaldirektor Sohl, in: Dokumentation der Zeit, Nr. 18/1971, S. 17-24.

(47) Janssen, Gregor, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Berlin(West)/Frankfurt (Main)/Wien 1968.

(48) Kehrl, Hans, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden - 6 Jahre Krieg. Erinnerungen. Mit kritischen Anmerkungen u. einem Nachwort v. Erwin Vieffhaus, Düsseldorf 1973.

(49) Kuczynski, Jürgen, Die Verflechtung von sicherheitspolizeilichen und wirtschaftlichen Interessen bei der Einrichtung und im Betrieb des KZ Auschwitz und seiner Nebenlager. Gutachten zum Auschwitz-Prozeß vom 19. 3. 1964, in: Dokumentation der Zeit, Nr. 308/1964, S. 36-42.

(50) Pritzkoleit, Kurt, Bosse, Banken, Börsen. Herren über Geld und Wirtschaft, Wien/München/Basel 1954.

(51) Derselbe, Die neuen Herren, Wien/München/Basel 1955.

(52) Radandt, Hans, Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld, Die Rolle des Mansfeld-Konzerns bei der Vorbereitung und während des zweiten Weltkrieges, Berlin 1957.

(53) Simoneit, Ferdinand, Die neuen Bosse, Düsseldorf/Wien 1966.

(54) Turner, jr., Henry Ashby, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972.

(55) Vogel, Walter, Westdeutschland 1945-1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, T. 2, Boppard am Rhein 1964 = Schriften d. Bundesarchivs, Nr. 12.

(56) Zapf, Wolfgang, Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919 - 1961, München 1965 = Studien zur Soziologie, Bd. 2.



- (57) Am 7. April 1843, 125 Jahre Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, hg. v. der Industrie- u. Handelskammer für München und Oberbayern, München ca. 1968.
- (58) Deutsche Wirtschaftszeitung, Organ des Deutschen Industrie- und Handeltages (ab Nr. 2/1935: Organ der Reichswirtschaftskammer; ab Nr. 35/1935: Organ der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in der Reichswirtschaftskammer), Nr. 26/1934 bis 34-35/1943.
- (59) 50 /Fünfzig/ Jahre Hauptverband der Deutschen Holzindustrie und verwandter Industriezweige e. V., Stuttgart 1970.
- (60) Nachrichten des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, Nr. 1/1942 - Nr. 28/1943; Nachrichten des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion, Nr. 28/1943-55/1945.
- (61) Salzdetfuhr AG, Berlin, Bericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1940.
- (62) Verwaltungsbericht der Deutschen Reichsbank für das Jahr 1939, hg. v. der Deutschen Reichsbank, Berlin 1940.
- (63) Das Werk von fünf Generationen, 150 Jahre Dierig, Augsburg 1955.

V. Zeitungen

- (64) Blumenthal, Erik, Familie Blohm - Es wird ein Abenteuer, in: Hamburger Abendblatt, Nr. 279, 30. 11. 1976.

Abkürzungsverzeichnis<sup>+</sup>

Abt., - abt.	Abteilung, -abteilung
AG	Aktiengesellschaft
AR	Aufsichtsrat, Mitglied des Aufsichtsrates
AWI	Arbeitswissenschaftliches Institut
Beirat	Mitglied des Beirates
Betr. F.	Betriebsführer
DAF	Deutsche Arbeitsfront
Dir.	Direktor
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
dt.	deutsch
DVP	Deutsche Volkspartei
eGmbH	eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ERP	European Recovery Programm, Marshallplan
e. V.	eingetragener Verein
Fa.	Firma
FG	Fachgruppe

<sup>+</sup> Ohne Abkürzungen, die Bestandteil eines Firmennamens sind.

FuG	Fachuntergruppe
GDP	Gesamtdeutsche Partei
Gebr.	Gebrüder
Gen.	General-
Gen. dir.	Generaldirektor
Ges.	Gesellschafter
Geschäftsinh.	Geschäftsinhaber
Geschf.	Geschäftsführer, Geschäftsführung
geschf.	geschäftsführend
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HG	Hauptgruppe
Hgeschf.	Hauptgeschäftsführer
HK	Handelskammer
IHK	Industrie- u. Handelskammer
Inh.	Inhaber
Kg	Kommanditgesellschaft
KgaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
komm.	kommissarisch
ltd.	leitend
Ltg., -ltg.	Leitung, -leitung
mbH	mit beschränkter Haftung
MdL	Mitglied des Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
Min., -min.	Minister, -minister, Ministerium, -ministerium
Mitgl., -mitgl	Mitglied, -mitglied
Mitinh.	Mitinhaber
oHG	offene Handelsgesellschaft
OKH	Oberkommando des Heeres
Persh. Ges.	Persönlich haftender Gesellschafter
Präs., -präs.	Präsident, -präsident
Prok.	Prokurist
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
Ref.	Referat
Reichsmin. Speer	Reichsministerium für Bewaffung und Munition, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion
RG	Reichsgruppe
RGI	Reichsgruppe Industrie
RVE	Reichsvereinigung Eisen
RVK	Reichsvereinigung Kohle
RWK	Reichswirtschaftskammer
RWM	Reichswirtschaftsministerium
Stellv., stellv.	Stellvertreter, stellvertretend
Synd.	Syndikus
Teilh.	Teilhhaber
VdAR	Vorsitzender des Aufsichtsrates
VdBeirat	Vorsitzender des Beirates
VdVorstand	Vorsitzender des Vorstandes
VdVR	Vorsitzender des Verwaltungsrates
vorm.	vormals
Vors., -vors.	Vorsitzender, -vorsitzender
Vorst.	Vorstand, Vorstandsmitglied
-vorst.	-vorstand

VPPräs.	Vizepräsident
VR	Verwaltungsrat
WG	Wirtschaftsgruppe
-wiss.	-wissenschaftlich (-er, -e, -es)
WK	Wirtschaftskammer
ZStA	Zentrales Staatsarchiv

(11. bis 12. September 1978 in Neubrandenburg)

Der fünfte Kongress der Association Internationale des Musées d'Agriculture (AIAA), des Internationalen Fachkongresses der UNESCO-Organisation (COM International Council of Museums), fand im Jahre 1978 in der DDR statt. Das Generalthema "Probleme der Entwicklung der Landwirtschaft vorliegend im 19. und 20. Jahrhundert und ihre Darstellung im Agrarmuseum" war vom letzten Kongress 1976 in Reading (Großbritannien) festgelegt worden. Damit wurde bewußt auf die wachsende Bedeutung des Museums als Kommunikations- und Lehrinstitution aufmerksam gemacht. Der Kongress in Neubrandenburg stand unter Leitung des damaligen AIAA-Präsidenten Wolfgang Jacobell und seines Sekretärs Klaus Schreiner. Der Einladung waren etwa 100 Fachwissenschaftler und Museologen aus 20 Ländern der Welt gefolgt. Sie diskutierten das Gesamtthema der Tagung aus den Aspekten der "Agrarmuseologie" (Sektion 1), der "Kultur und Lebensweise der Dorfbevölkerung" (Sektion 2) und der "Entwicklung landwirtschaftlicher Geräte, Maschinen und Arbeitsprozesse und ihre sozialökonomisch-kulturellen Auswirkungen" (Sektion 3). In den drei Sektionen wurden insgesamt 23 vorbereitete Referate gehalten. Die Diskussionsrunden waren lebhaft, engagiert und von Sachkenntnis der Diskussionsleiter bestimmt.

Das gastgebende Land stellte sich zu Beginn des Kongresses mit dem Informationsplakatreferat "Zur Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR seit 1945" von Klaus Schreiner (ALT-Schwartz) vor. Gleichfalls unter dem Gesichtspunkt des Gesamtthemas würdigte Volker Klein (Berlin) "Albrecht Dürer, Agrarreformer und Sozialkritiker", dessen 150. Todestag die DDR im Oktober 1978 feierlich gedenkte.

In einem von Vertretern sozialistischer Agrarmuseen für die Sektion 1 gemeinsam ausgearbeiteten Beitrag sprach Zdeněk Kůrka (Praha) vor dem Plakat über die "Belebung und Funktion agrarhistorischer Museen in der Gegenwart". Abgehend von den Forderungen pragmatischer Museendidaktik hob er die Notwendigkeit der Erarbeitung komplexer Ausstellungen auch in den Agrarmuseen hervor. Unter zusätzlicher Komplexität versteht Kůrka, daß in der Diskussion von erfahrenen Museologen aus mehreren Ländern unterstellt wurde, die Darstellung von sozial-ökonomischen Zusammenhängen wie kulturellen, allgemein-demographischen Aspekten usw., soweit sie einer Ausstellungswelt ausliege und in solchen historisch-gesellschaftlichen Konsequenzen zu interpretieren vertragen. Das Streben nach Komplexität sei vor allem für Landwirtschaftsmuseenstellungen mit Gegenwartproblematik von großer Bedeutung, betonte der Vortragende.

Jacobell, Wolfgang, Der Einfluß der Industrialisierung auf die Landwirtschaft seit 1800 B. bis 10. April 1976 in Reading, Im Jahrbuch für Wirtschaftsge-schichte 1977, 7, 1, S. 242 - 249.

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Probleme der Entwicklung der Landwirtschaft  
und ihre Darstellung im Agrarmuseum

(11. bis 15. September 1978 in Neubrandenburg)

Der fünfte Kongreß der Association Internationale des Musées d' Agriculture (AIMA), des internationalen Fachkomitees der UNESCO-Organisation ICOM (International Council of Museums), fand im Jahre 1978 in der DDR statt. Das Generalthema "Probleme der Entwicklung der Landwirtschaft vorwiegend im 19. und 20. Jahrhundert und ihre Darstellung im Agrarmuseum" war vom vierten Kongreß 1976 in Reading (Großbritannien) festgelegt worden. Damit wurde bewußt auf die wachsende Bedeutung des Museums als Kommunikations- und Lehrinstitution aufmerksam gemacht. Der Kongreß in Neubrandenburg stand unter Leitung des damaligen AIMA-Präsidenten Wolfgang Jacobeit und seines Sekretärs Klaus Schreiner. Der Einladung waren etwa 100 Fachwissenschaftler und Museologen aus 20 Ländern der Welt gefolgt. Sie diskutierten das Generalthema der Tagung unter den Aspekten der "Agrarmuseologie" (Sektion 1), der "Kultur und Lebensweise der Dorfbevölkerung" (Sektion 2) und der "Entwicklung landwirtschaftlicher Geräte, Maschinen und Arbeitsprozesse und ihre sozialökonomisch-kulturellen Auswirkungen" (Sektion 3). In den drei Sektionen wurden insgesamt 33 vorbereitete Referate gehalten. Die Diskussionen waren lebhaft, engagiert und von Sachkenntnis der Diskussionsredner bestimmt.

Das gastgebende Land stellte sich zu Beginn des Kongresses mit dem informativen Plenarreferat "Zur Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR seit 1945" von Klaus Schreiner (Alt-Schwerin) vor. Gleichfalls unter dem Gesichtspunkt des Gastgebers würdigte Volker Klemm (Berlin) "Albrecht Daniel Thaer, Agrarreformer und Sozialpolitiker", dessen 150. Todestag die DDR im Oktober 1978 feierlich gedachte.

In einem von Vertretern sozialistischer Agrarmuseen für die Sektion 1 gemeinsam ausgearbeiteten Beitrag sprach Zdeněk Kuttelvašer (Prag) vor dem Plenum über die "Bedeutung und Funktion agrarhistorischer Museen in der Gegenwart". Ausgehend von den Forderungen progressiver Museumsdidaktik hob er die Notwendigkeit der Erarbeitung komplexer Ausstellungen auch in den Agrarmuseen hervor. Unter musealer Komplexität verstand Kuttelvašer, der in der Diskussion von erfahrenen Museologen aus mehreren Ländern unterstützt wurde, die Darstellung von sozialökonomischen Zusammenhängen wie kulturellen, allgemein demographischen Aspekten usw., soweit sie einen Ausstellungsstoff allseitig und in seinen historisch-gesellschaftlichen Konsequenzen zu interpretieren vermögen. Das Streben nach Komplexität sei vor allem für Landwirtschaftsausstellungen mit Gegenwartsproblematik von großer Bedeutung, betonte der Vortragende,

1 Jacobeit, Wolfgang, Der Einfluß der Industrialisierung auf die Landwirtschaft seit 1800 (5. bis 10. April 1976 in Reading), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 1, S. 243 - 245.

denn komplexe Ausstellungen seien am ehesten in der Lage, Anschauungsbeispiele für die Belange von Entwicklungsländern zu geben.

Die Ausführungen entsprachen der Aufgabenstellung der AIMA, die dazu anregt, die Tätigkeit der Landwirtschaftsmuseen und der Fachwissenschaftler auf Forschung, Sammlung und Darstellung der agrarischen Entwicklung bis zu den Erscheinungen der Gegenwart auszudehnen und so auch - besonders in bisher wenig entwickelten Ländern - aufklärend zu wirken. Damit will der Verband das Ziel von ICOM unterstützen, die Bedeutung der Museen für ein besseres Kennenlernen und gegenseitiges Verstehen der Völker zu propagieren.

Die zweite Sektion gab in diesem Rahmen mit ihrem Diskussionsgegenstand "Kultur und Lebensweise der Dorfbevölkerung" gewissermaßen ihren wissenschaftlichen "Einstand" in die AIMA. Die Vorträge und Diskussionen erweiterten das Programm in erkenntnistmäßiger Sicht wesentlich. Hier hatten sich nicht nur kulturhistorisch engagierte Volkskundler zusammengefunden. Vielmehr waren auch namhafte Agrarhistoriker der DDR eifrige Diskutanten. Agrarsoziologen Indiens, führende Museologen und Neuzeithistoriker der USA beispielsweise stritten über Probleme, die die Dorfbevölkerung vor allem aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg und Fragen der Erweiterung des im Museum veranschaulichten Geschichtsbildes betrafen.

Eines der schwierigsten Themen ("Das Dorf und seine Bevölkerung zwischen 1900 und 1945, Tendenzen der Entwicklung von Kultur und Lebensweise"), weil bisher wenig erforscht, aber für das Anliegen des Kongresses und die Arbeit von AIMA für die nächste Zeit sehr wichtig, hatte Konrad Köstlin (Kiel) übernommen. Vom Standpunkt kulturhistorischer Betrachtungsweise ging er von der Differenzierung, ja Polarisierung der Bauernklasse und der werktätigen Dorfbevölkerung seines Untersuchungszeitraums aus und wies nachdrücklich darauf hin, daß das Dorf nach dem ersten Weltkrieg schon längst nicht mehr bäuerlich geprägt gewesen sei, sondern daß andere Klassen und Sozialschichten das gesellschaftliche Bild auf dem Lande bestimmt hätten. Köstlin ging ausführlich darauf ein, wie ein verfälschtes Vorstellungsbild vom Bauern zur Manipulierung der werktätigen Massen und weiter Teile des Kleinbürgertums mißbraucht und pervertiert worden sei. Er forderte von den Agrarmuseen, die Kultur und Lebensweise des Agrarproduzenten mit in die Ausstellungen einzubringen.

Als weiterer Referent der Sektion 2 berichtete Wolf Dieter Könenkamp (Detmold) über seine Ausstellung vom Bild des Bauern in der Zeit vom 16. bis 20. Jahrhundert, die sichtbar macht, wie sich vor allem seit der Jahrhundertwende im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung Vorstellungen vom Bauern festsetzen konnten, die der Realität keineswegs entsprechen haben. Über diese Realität referierte dann Sigrid Jacobeit (Wandlitz) in ihrem Beitrag "Zur Lebensweise der Frauen in mittelbäuerlichen Betrieben während der Zeit des deutschen Faschismus". Sie legte dar, daß die Frau auf dem Lande gerade in Hitlerdeutschland zu den am meisten ausgebeuteten Werktätigen gehört hat und daß die daraus resultierende Lebensweise im schroffen Gegensatz zur faschistischen Propagierung von der Bäuerin als der "Erhalterin deutscher Art" stand. Die Darlegungen des Kulturhistorikers Martin Scharfe (Tübingen) und des Wirtschaftshistorikers Gareth Allan Shellman (Carolina USA) sind ebenfalls diesem Themenkreis zuzurechnen. Während Scharfe über die "Arbeiterkultur auf dem Dorf 1918 - 1933" am Beispiel des württembergischen Dorfes Mössingen mit einer ausgesprochen kommunistisch orientierten

tierten Bevölkerung sprach, dabei die spezifischen Bedingungen der Herausbildung einer vom Klassenkampf der Weimarer Republik geprägten Arbeiterkultur- bewegung untersuchte und auch die Repressalien der faschistischen Machthaber nach 1933 gegen die Mössinger mit einbezog, stellte Shellman die Machenschaften der deutschen Großagrarien bloß und widmete sich der "Bedeutung der ländlichen Siedlungspolitik für das Schicksal der Weimarer Republik".

Waren diese Beiträge konkret zeitbezogen, beschäftigten sich andere der Sektion 2 vom historischen Standpunkt aus mit allgemeinen Problemen gegenwartsnaher Ausstellungen im Agrarmuseum. So gab Hans - Jürgen R a c h (Berlin) einen Forschungsbericht über die "Wandlungen im ländlichen Bau- und Siedlungs- bild während der letzten 200 Jahre", der vor allem deshalb aufschlußreich war, weil hier die Übergangsperioden zwischen den Gesellschaftsformationen (Feuda- lismus/Kapitalismus, Kapitalismus/Sozialismus) hervorgehoben wurden, beispiel- haft zudem für die museale Darstellung anderer Lebensweisebereiche. Von der musealen Praxis ausgehend und die Bedeutung des "Lernorts" Museum auch in theoretisch-didaktischem Zusammenhang herausstellend, sprach E d u a r d L . H a w e s (Springfield, USA) über "Freilichtmuseen und bäuerlichen All- tag im 19. Jahrhundert in Midwest (USA)". Die hier aufgezeigte Nutzung von Freilichtmuseen mit Simulierung der Arbeit und Lebensweise der Bevölkerung in der Vergangenheit fand verdiente Beachtung bei den Sektionsteilnehmern. Wie hingegen gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen vielfach als Voraus- setzungen für Novationen in weiten Gebieten museal besser darstellbar gemacht werden können, erörterten H a r t m u t H a r n i s c h (Berlin) und G o t t f r i e d K o r r f f (Kommern) in ihren Referaten "Gedanken zur musea- len Darstellung der Umgestaltung von Dorf und Dorfgemarkung aufgrund der Agrarreformen sowie der sozialen Differenzierung im Dorf des 19. Jahrhunderts" bzw. "Dokumentation sozialer und temporaler Strukturen in Freilichtmuseen". Den unmittelbaren Bezug zur Gegenwart stellten S u n i l S e n (Kalkutta) und Y o l a n d a R a m o s (Mexiko-Stadt) her, die sich zum "Sozialen Wandel in indischen Dörfern" bzw. zur "Kultur und Lebensweise der Bevölkerung Mexikos in kleinen Ortschaften" äußerten. F r a n c o i s S i g a u t (Paris) leitete mit seinen Ausführungen über "Möglichkeiten und Grenzen der Erforschung, Dar- stellung und Interpretation landwirtschaftlicher Arbeitsgeräte und Maschinen" die Sitzungen der Sektion 3 ein. Als Agraringenieur und Ethnograph wies er auf die Notwendigkeit von Studien zur Arbeitsweise von Geräten und Maschinen hin, da hierdurch auch hinsichtlich des werktätigen Agrarproduzenten wichtige Schlußfol- gerungen für seinen Alltag gezogen werden könnten. Der Redner betonte ausdrück- lich, daß seine Forderungen nach Geräte- und Arbeitsstudien nichts mit den her- kömmlichen ethnographischen Geräteforschungen zu tun hätten, denen es in der Mehrzahl der Fälle genügt habe, typologische Reihen aufzustellen und an Hand dieser die gewagtesten Vergleiche mit ähnlichen oder gleichen Formvarianten vorzunehmen bzw. daraus nicht immer exakt bewiesene kulturelle Beziehungen zwischen Völkern und Kulturen über Länder und Zeiten hinweg zu konstruieren. In den weiteren Verhandlungen der dritten Sektion standen mehr die Sachvorträge im Mittelpunkt, die für museale Belange von großer Bedeutung waren.

Exkursionen zum Agrarhistorischen Museum Alt-Schwerin, zum Museum der agraren Produktionskräfte Wandlitz und zur Agrarsiedlung Ferdinandshof entspra- chen dem Beratungsstand der Tagung und seinem Anliegen.

Sune Zachrisson lud den Kongreß für 1981 nach Schweden ein und schlug aufgrund von Empfehlungen aus der Sektion 2 als Generalthema "Der Mensch im ländlichen Bereich und seine Darstellung im Agrarmuseum" vor. Dieser Verhandlungsgegenstand wurde akzeptiert.

Der fünfte Kongreß der AIMA verlief erfolgreich und trug zur Stärkung des internationalen Dachverbandes der Agrarmuseen und ähnlicher Einrichtungen bei. Er offenbarte zudem, daß die Beschäftigung mit der Landwirtschaft der neuesten Zeit und der Gegenwart in interdisziplinärer **Forschung** und musealer Praxis von großer Bedeutung ist.

Sigrid Jacobeit

## Die Entwicklung der Produktivkräfte und die gesetzmäßige Abfolge der Gesellschaftsformationen

(14. bis 16. November 1978 in Berlin)

In der vom Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR veranstalteten Tagung trug Wolfgang Eichhorn I, Berlin, eingangs Überlegungen zur "Dialektik zwischen Produktivkraftentwicklung und gesetzmäßiger Abfolge der Gesellschaftsformationen in philosophischer Sicht" vor. Ausgangspunkt war für ihn die Theorie der ökonomischen Gesellschaftsformationen. Die Gesellschaftsformation, so legte er dar, ist eine Abstraktion, die gewonnen wird aus der Geschichte als unendliche Vielfalt von lokalen Formen, aus Modifikationen einer Entwicklungsgeschichte, daraus, daß die Geschichte ein dialektischer Prozeß ist. Die gesonderte Betrachtung der komplexen Begriffe Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte verkenne die nur als Totalität existierende Produktionsweise, den konkrethistorischen Produktions- und Reproduktionsprozeß, daß die zeitliche und räumliche Quantität kein Kriterium für die historische Qualität einer Gesellschaftsformation ist (im Sinne des Prozesses). Die Frage nach bestimmenden gesellschaftlichen Formen liefe evolutionistisch auf eine Konzeption einer, den historischen Prozeß leugnenden vorkapitalistischen Formation hinaus und ist daher abzulehnen.

Die Darlegungen über neue Forschungsergebnisse zu Problemen des dialektischen Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der Urgesellschaft, besonders zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung und zur Rolle des Metalls für die Entwicklung der Produktivkräfte, bezogen sich auf Europa vom Neolithikum bis zur vorrömischen Eisenzeit. Edith Hoffmann, Leipzig, ("Zum Wesen der agrarischen Revolution der Produktivkräfte") setzte sich mit Merkmalen der agrarischen Revolution auseinander. Sie stellte fest, daß dieser Qualitätsumschlag dem Grundtyp der Revolutionen der Produktivkräfte entspreche, daß der Übergang zur Pflanzen- und Tierproduktion in Abgrenzung zum Grundtyp der politisch-sozialen Revolution eine partielle Revolution in einem Teilbereich innerhalb der Urgesellschaft darstelle. Damit wurde zugleich erneut die Frage aufgeworfen, ob die Qualitätsunterschiede der Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte Ausdruck mehrerer eigenständiger Produktionsweisen seien.

Die Bedeutung der Trennung von Pflanzen- und Tierproduzenten stand im Mittelpunkt der Untersuchungen von Heinz Grünert, Berlin, ("Die Interpretation der ersten großen gesellschaftlichen Arbeitsteilung nach Engels"). Er kam zu dem Ergebnis, daß die erste große gesellschaftliche Arbeitsteilung - nach dem ethnographischen Material schon bei Jägern und Sammlern - in verschiedenen Räumen und unter verschiedenen Produktionsbedingungen mit verschiedenen Produkten stattfand und die bisher häufig anders eingestufte Trennung von Pflanzen- und Tierproduzenten erst als eine zweite Kategorie der Arbeitsteilung zu werten ist. Henrieta Todorova, Sofia, ("Die zweite Arbeitsteilung im Äneolithikum Bulgariens") behandelte die sich anschließende Entwicklungsetappe der Produktivkräfte. Wenngleich die Funde nur bis ins Äneolithikum reichen, sei der



Beginn der zweiten Arbeitsteilung am Ende des Neolithikums anzunehmen, da hier die Entwicklung der steinernen Produktionsinstrumente ihr höchstes Entwicklungsniveau und ihren Abschluß erreicht habe und nur neue Materialien, wie Metalle, die erzielte Arbeitsproduktivität sichern und weiter erhöhen konnten. Zentren für Gußtechnik lassen sich beispielsweise in Westbulgarien seit der zweiten Hälfte des 5. Jahrtausends nachweisen, und Edelmetallfunde zeugten von einem organisierten Kupferhandel. Kupferne Werkzeuge seien entsprechend ihrem Wert vor allem bei der Holzbearbeitung angewandt worden. Joachim Preuß, Halle, ("Produktivkräfte und Gesellschaftsstruktur im europäischen Neolithikum") untersuchte zeitlich etwa parallel verlaufende Entwicklungen besonders in Mitteleuropa, die historisch aber zurückgeblieben waren.

Bogusław Gediga, Wrocław, ("Zur Frage der Besiedlungs- und Wirtschaftsumwandlungen in der Bronze- und Hallstattzeit") stellte für die Aunjetitzer Zeit im Verhältnis zum Äneolithikum einen relativ hohen Anteil von verschiedenen Metallzeugnissen, besonders Schmuck, fest. Es war aber nicht zu belegen, daß die Fähigkeit zur Herstellung solcher Gegenstände die Entwicklung der Produktivkräfte im Verhältnis zum Neolithikum wesentlich stimuliert hätte. Erst das eiserne Pflugschar habe die Produktion auf eine höhere Stufe gebracht. Zenon Woźniak, Warschau, ("Der Einfluß der Kelten auf Wirtschaft und soziale Verhältnisse im polnischen Gebiet in der vorrömischen Eisenzeit") kennzeichnete die Vermittlung der Eisenmetallurgie und des Schmiedehandwerks - nach C-14-Datierung im 1./2. Jahrhundert - als grundlegend für die Herstellung von neuen Produktionsinstrumenten wie Sense und Schar am Hakenflug. Im Hinblick auf die erzielte Arbeitsproduktivität müsse jedoch die Stellung des Hakenflugs gegenüber dem Schollenwendepflug relativiert werden, letzterer ermöglichte eine wesentlich bessere Bodenbearbeitung und demzufolge eine höhere Ertragssteigerung. Zbigniew Bukowski und Jan Dąbrowski, beide Warschau, ("Eine demographische Analyse der Ansiedlungen der Lausitzer Kultur und ihre Auswertung in soziologischer Hinsicht") informierten über Forschungen zu Siedlungen und Siedlungsgebieten, über deren Charakterisierung sowie über den Versuch einer Gesamtdarstellung des spätbronze-/früheisenzeitlichen Besiedlungsprozesses im Oder-Weichsel-Gebiet.

Aufgrund des Quellenmaterials war eine Analyse der urgesellschaftlichen Produktionsverhältnisse nur schwer möglich, weshalb die Betrachtung der Produktivkräfte den Vorrang hatte. Die Gewinnung und Verarbeitung der Metalle ist als Beitrag zur Durchsetzung der zweiten großen gesellschaftlichen Arbeitsteilung herausgearbeitet worden, die letztlich zur Auflösung der Urgesellschaft führte.

Die Entwicklung der Produktivkräfte im Alten Orient wurde im wesentlichen hinsichtlich der Rolle des Bewässerungssystems und der Durchsetzung des Eisens bei der gesellschaftlichen Entwicklung behandelt. Hans Neumann, Berlin, sprach zur Organisation des Handwerks in Ur in neumerischer Zeit. Anderen Aspekten zur Entwicklung der Produktivkräfte in der altorientalischen Stadt wurde nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Dadurch war es nicht möglich, beispielsweise die Stadt, insofern sie sich zum Gewerbe- und Handelszentrum entwickelt hatte, mit antiken Städten in Griechenland und Rom vergleichend zu werten.

Robert McAdams, Chicago, ("Die Rolle der Irrigation der Landwirtschaft für die institutionelle Entwicklung in der Klassengesellschaft des alten Mesopotamien") faßte seine Darlegungen in der These zusammen, die Beherrschung der

Wasserwirtschaft sei im Zweistromland wichtiger gewesen als die politische Macht über ein möglichst großes Landgebiet, da das Land wertlos wäre, sobald die Flußregulierung organisatorisch nicht gelang. Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Stadtstaaten seien in erster Linie durch Wasserknappheit verursacht worden, wie auch die Notwendigkeit eines Ausgleichs in der Wasserverteilung schon ursächlich zur Staatsentstehung geführt habe. Die stärksten Stadtstaaten seien jene geworden, die an Hauptströmen und -kanälen lagen.

Eine derartig prononciert vorgetragene These über die Bedeutung der Organisation von Bewässerungsanlagen im Zweistromland vermag zwar die Besonderheiten des geographischen Milieus in diesem Gebiet klar darzustellen, vernachlässigt aber andere, ebenfalls einschneidende Faktoren, etwa der Staatsentstehung und der Notwendigkeit der Entwicklung der Despotie.

Wie in Mesopotamien war auch in Ägypten die Niederschlagsmenge zu gering, so daß die Anlage von Bewässerungssystemen notwendig wurde. Im Unterschied zu der von McAdams offenbar sehr statisch gesehenen Situation in Mesopotamien machte Erika Endesfelder, Berlin, ("Zur Entwicklung der Bewässerungstechnik in Ägypten") auf unterschiedliche Entwicklungsphasen aufmerksam. Als technisch schwierigsten Problem erwies sich die Ableitung des Überschwemmungswassers von ebenen Anbauflächen. Erst seit Mitte des 2. Jahrtausends v. u. Z. sei mittels Schadufs die Bewässerung hochliegender Felder und Gärten nachweisbar. Interessant ist auch ihre These, daß die Bewässerungswirtschaft kein stimulierender Faktor für die Herausbildung einer zentralen Staatsgewalt gewesen sei, da die Bewässerungsanlagen von lokalen Beamten kontrolliert werden konnten und demzufolge zumindest anfangs keine Notwendigkeit für großräumige Organisation bestand.

Dies traf nach Gerhard Schmitt, Berlin, ("Irrigationssysteme größeren Umfangs in China vor der Han-Zeit") in noch stärkerem Maße für China zu. Die ökonomische Grundlage bildete hier der Reisanbau in sumpfigen Gebieten, so daß größere Flüsse nicht zur Bewässerung herangezogen werden mußten. Ähnlich war nach Ram Sharan Sharma, Delhi, ("Die Entwicklung der Produktivkräfte und ihre sozialen Auswirkungen in Indien im 1. Jahrtausend v. u. Z.") die Situation im westlichen Teil von Uttar Pradesh und in den benachbarten Gebieten. Offenbar sei der Reis dort vorwiegend auf Ländereien, die ständig unter Wasser standen, angebaut worden. Ähnlich wie in Ägypten sind für Teile Indiens und Chinas erst in einem späteren Stadium, in China etwa zwischen dem 5. und der Mitte des 3. Jahrhunderts v. u. Z., größere Bewässerungsanlagen nachweisbar. Die für die Errichtung und Instandhaltung der Anlagen notwendigen Kooperationsarbeiten erforderten eine zentrale Leitung und waren also nicht ausschlaggebend für die Entwicklung der Despotie.

Einen Überblick über die Entwicklung der Produktivkräfte gab Pham Huy Thong, Hanoi, ("Das Bronzezeitalter in Vietnam und die Zivilisation des Roten Flusses") über eine Leitkultur, die im 2. Jahrtausend v. u. Z. in hoher Blüte gleichwertig neben ähnlichen, westlicher gelegenen Entwicklungen gestanden habe. Die Irrigationswirtschaft habe hier zur Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Methoden und - neben der hochentwickelten Metallurgie - zur weiteren sozialen Differenzierung beigetragen.

Irmgard Sellnow, Berlin, ("Bewässerungsbodenbau und Wanderfeldbau als wirtschaftliche Grundlage altorientalischer Klassengesellschaften in Afrika") untersuchte anhand der Akan in Ghana und der Tschagga am Kilimandscharo Übergangsformen zur Klassengesellschaft in Afrika, die, bedingt durch verschie-

dene Voraussetzungen, Unterschiede aufzuweisen. Sie stellte fest, daß in beiden Fällen die gestiegene Arbeitsproduktivität (Landwirtschaft) sowie die Beherrschung eines komplizierten Bewässerungsbodenbaues entscheidend die Herausbildung und Festigung der Macht einer herrschenden Klasse begünstigten.

Die These, daß die Bewässerungswirtschaft eine für die gesellschaftliche Entwicklung im Alten Orient zwar unterschiedliche, doch prinzipiell förderliche Rolle spielte, darf ebenso wie die Frage, wieweit die herrschende Klasse dabei eine leitende und organisierende Funktion hatte, die die Entstehung des Staates unmittelbar notwendig machte, nicht verabsolutiert werden. Hier ist noch eingehend zu untersuchen, ob das geographische Milieu zu umfangreichen Bewässerungsarbeiten zwang, deren Durchführung die Möglichkeiten einzelner Gemeinden oder Städte überstieg.

Ebenfalls differenziert sind die mit der Durchsetzung der Verarbeitung des Eisens für produktive Zwecke entstehenden Folgen zu betrachten, denn Eisen setzte sich in Gebieten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Voraussetzungen zu verschiedenen Zeiten durch. Horst Klengel, Berlin, ("Gesellschaftliche Konsequenzen der Eisenverwendung im Alten Vorderasien") und, ergänzend, Ralf Wartke, Berlin, ("Eisengeräte in der Landwirtschaft des 1. Jahrtausends v. u. Z.") zeigten, daß die Ausdehnung der Verarbeitungsmöglichkeiten des Eisens namentlich in seinen Herkunftsgebieten, den Bergländern Vorderasiens, für die Staatsentstehung (Urartu) stimulierend gewesen ist und in geringerem Maße auch auf die Gebiete mit Bewässerungswirtschaft (Mesopotamien) nachgewirkt hat.

Ähnlich ist nach Adelheid Burghardt, Berlin, ("Zur Eisenverarbeitung in Meroe") die Situation in Ägypten zu beurteilen, das erst in hellenistischer Zeit voll in die Eisenzeit eingetreten ist. Wesentlicher hätten die Kenntnisse der Eisenverarbeitung Meroes (seit dem 4. Jahrhundert v. u. Z.) auf die gesellschaftliche Entwicklung Afrikas in der Subsahara ausgestrahlt.

Maria Schetelich, Berlin, ("Der Anteil von Metallgeräten in Nordindien zwischen 1000 und 500 v. u. Z.") betonte die Möglichkeit einer beträchtlich höheren Gewinnung von Mehrprodukt in der Landwirtschaft und die Folgen für die soziale Differenzierung der Gesellschaft.

Die Verwendung des Eisens in der Wirtschaft und für die Bewaffnung war von großem sozialem Gewicht und ließ den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zunehmend schärfer werden, obgleich in den Staaten mit altorientalischer Klassengesellschaft keine grundlegenden Veränderungen bewirkt wurden. Hierauf wies ebenso Pierre Briant, Toulouse, ("Produktivkräfte, Krieg und Gesellschaft im Asien achämenidischer und hellenistischer Zeit") im Zusammenhang mit seinen Überlegungen über die asiatische und die antike Produktionsweise hin.

Auch für die Herausbildung der frühen griechischen Polis war die Durchsetzung der Eisenverarbeitung für Handwerk, Landwirtschaft und Bewaffnung nur ein Moment unter vielen, wie Heinz Geiß, Berlin, ("Die Entwicklung des Eisens und seine Auswirkungen auf die Herausbildung der frühen Polis") nachwies, da die Verwendung von Eisen den Arbeitsgegenständen keine neue Qualität verlieh. Ernst Kluwe, Jena, ("Die Rolle des Handwerks in der Polis") betonte darüber hinaus, daß das Eisen seit dem 8. Jahrhundert v. u. Z. einerseits die Bronze aus vielen Bereichen verdrängt, aber andererseits sich auf andere ausgeweitet habe.

Von Bedeutung für die antike Produktionsweise war die Entwicklung der Produktivkräfte in der Stadt. Sowohl Peter Musiolek, Berlin, ("Entstehung und Entwicklung der Stadt in Griechenland") als auch Kluwe gaben den Höhepunkt für die Entwicklung der Stadt zum wirtschaftlichen Zentrum im 5. Jahrhundert v. u. Z. an. Aus der agrarischen Produktionssphäre hätten sich Handwerk und Handel gelöst, wodurch die ökonomische Entwicklung erst wirklich progressiv werden konnte, was sich unter anderem in einem breiten Berufsspektrum zeigte. Dadurch wären wichtige Veränderungen in der Sozialstruktur der Stadt im 5./4. Jahrhundert v. u. Z. und in den Betriebsgrößen eingetreten. Verstärkt sei die Arbeit von Sklaven und Freigelassenen zur Grundlage der Produktion geworden, ohne daß jedoch der freie Produzent völlig verdrängt werden konnte.

Für Rom datierte Hagen Fischer, Berlin, ("Zur Entwicklung der Produktivkräfte in der italischen Stadt") im 1. Jahrhundert v. u. Z. einen vorläufigen Höhepunkt in der Entwicklung der Produktivkräfte. Nicht nur auf Rom, das als Hauptstadt der Res publica ein zentraler Verkehrs- und Handelsknotenpunkt wurde, hätten sich die ökonomischen Bedingungen, wie sie sich seit den politischen Veränderungen des 3./2. Jahrhunderts v. u. Z. ergaben, stimulierend ausgewirkt, sondern auch auf andere italische Städte (Capua).

Die Stadtentwicklung war untrennbar verbunden mit der Durchsetzung der antiken Warenproduktion in Griechenland und Rom sowie der antiken Sklaverei als Basis der Produktion. Zu Problemen der Abgrenzung zwischen archaischer und antiker Sklaverei sprachen Detlef Lotze, Jena, ("Zur Landwirtschaft im frühen Griechenland") und Gabriele Bockisch, Berlin, ("Zur Bedeutung der Produktionssklaverei in der griechischen Antike"). Lotze wies besonders auf die Tatsache hin, daß Sklaverei und Hörigkeit (im weitesten Sinne gefaßt) im archaischen Griechenland nebeneinander existierten, und stellte die Frage zur Diskussion, ob letztere, die er als "Tributpflichtigkeit" definierte, generell im Altertum zu beobachten sei oder nicht Sklaverei die typische Ausbeutungsform wäre. Da beide austauschbar gewesen seien, könnten sie nicht als einzige Kriterien herangezogen werden zur Charakterisierung einer Gesellschaftsformation. Bockisch zeigte vor allem am Beispiel Korinths, unter welchen Bedingungen die primitive Schuldsklaverei durch die antike Sklaverei ersetzt wurde. Ähnlich wie Musiolek betonte sie hierbei die Rolle des städtischen Handwerks, das für den Austausch produzierte.

Horst Dieter, Potsdam, ("Zur Rolle der Sklaverei in der frühen Republik") bezeichnete die Ablösung der Haussklaverei in Rom durch die "klassische" Sklaverei als Folge der Entwicklung der Produktivkräfte. Die völlige Durchsetzung der antiken Sklaverei datierte er für das 2. Jahrhundert v. u. Z., allerdings zunächst in extensiver Form. Barbara Zuchold, Jena, ("Die Rolle der Sklaverei im Prinzipat") konzentrierte sich bei ihrer Untersuchung der antiken Sklaverei auf die Landwirtschaft. Der Höhepunkt der Sklaverei fiel hier ins 1./2. Jahrhundert, eine intensive Nutzung der Arbeitskraft des Sklaven sei besonders an kleine und mittlere Güter gebunden. Klaus - Peter Johné, Berlin, ("Zur Bedeutung der Kolonen in der ausgehenden Republik und in der frühen Kaiserzeit") untersuchte, unter welchen Voraussetzungen sich der Kolonat zu einer Alternative zur Sklaverei entwickelte. Er stellte fest, daß dieser seit dem Ende der Republik sozialökonomische Bedeutung erlangte und bereits in den Markomannenkriegen Mark Aurels, also nach der Mitte des 2. Jahrhunderts, Kriegsgefangene nicht mehr wie bisher versklavt, sondern als Kolonen zwangsangesiedelt wurden. Danach werde man den Höhepunkt der antiken Sklaverei in Rom, ähnlich wie die davon untrennbare erste Blütezeit der antiken Stadt,

schon mit dem 1. Jahrhundert v. u. Z. ansetzen können. Hier zeigte sich, daß Fragen der Wertung noch mehr als bisher zu berücksichtigen sind.

Ebenso wie Fragen zum Höhepunkt der antiken Sklaverei sind auch die Folgen ihrer Krise von Bedeutung. Rigobert Günther, Leipzig, ("Zur Stagnation der Produktivkräfte in der Spätantike") hob dabei hervor, daß die Krise der Sklaverei als Teil der allgemeinen Krise der Spätantike seit dem 2. Jahrhundert nicht überbewertet werden dürfe. Hier trafen viele Momente zusammen.

Mit Günthers Hinweis, in der Spätantike kämen Erfindungen fast ausschließlich der Kriegführung zugute - wobei die berühmte gallische Mähmaschine als gegen- teilige Ausnahme angemerkt sei -, wurde eines der interessantesten Probleme in der Antike überhaupt, die Entwicklung von Wissenschaft und Technik als Motor der Produktivkräfte, angeschnitten.

Die Ausführungen Burkhard Böttgers, Berlin, zur Entwicklung der Land- wirtschaft in der späten Kaiserzeit bestätigten die Dominanz des Heeres auch auf ökonomischem Sektor in den von ihm behandelten Rhein- und oberen Donau- provinzen. Der wirtschaftliche Aufschwung dieser Gebiete in der Spätzeit, spe- ziell die ökonomische Bedeutung der Landwirtschaft, sei, wie schon ihre Be- triebsweise zeigt, nur im Zusammenhang mit den Bedürfnissen des Heeres zu sehen.

István Hahn, Budapest, ("Das Problem der Arbeitsintensität im ökonomischen Denken und in der Praxis der Antike") wies nach, daß hinsichtlich der Arbeits- intensität sowohl Auftraggeber als auch ausführende Institution beträchtlichen Ein- fluß ausübten und die Zielsetzung ebenfalls von Bedeutung war. Große staatliche Unternehmungen unter Leitung eines Tyrannen oder Monarchen mit vorwiegend militärischer oder repräsentativer Zielsetzung wurden in erster Linie unter dem Blickwinkel eines möglichst kurzfristigen Termins realisiert. Hohe Qualität wurde verlangt (etwa auch bei staatlichen Brücken- oder Städtebauten), Kosten spielten eine sekundäre Rolle. Weitestgehende Arbeitsteilung, -überwachung, "Wettbewerb" und Anwendung der zur Verfügung stehenden Technik sollten diesem Ziel dienen. Ein solcher spezieller Vorgang in der Arbeitsteilung sei, wenn auch nicht einmalig, jedoch nicht zu verallgemeinern. Private Unternehmen, die Tauschwerte produzierten, arbeiteten mit dem Ziel, maximalen Nutzen abzuwerfen. Hier genügten qualifizierte Aufseher über Sklaven, die nach ausgefeilter Arbeitsorganisation primitiv, aber nahezu unbegrenzt lange arbeiten mußten (vil- lae, latifundia, ergasteria). Daneben stand der private Einzelproduzent in Hand- werk und Landwirtschaft mit minimaler Hilfe durch Sklaven oder Freie, bei dem schon aus Rentabilitätsgründen die schwere, lange Arbeit nicht durch technische Hilfsmittel erleichtert werden konnte. Gerda v. Bülow und Reinhard Schumacher, beide Berlin, wiesen auf Probleme in der spätantiken Entwick- lung der gewerblichen Produktion hin. Während v. Bülow, vorwiegend gestützt auf archäologisches Material, namentlich die Verhältnisse im Kastell Iatrus analysierte und sie in die Entwicklung am unteren Donaulimes einordnete, umriß Schumacher vor allem anhand literarischer und epigraphischer Quellen die Stellung der Handwerker in den Städten als Kennzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung Thrakiens und Mösiens. In beiden Beiträgen wurde deutlich, daß aufgrund der besonderen politischen Situation von einem generellen Niedergang seit dem Ende des 3. Jahrhunderts keinesfalls gesprochen werden kann, sondern daß in diesem Gebiet sogar ein relativer Aufschwung zu verzeichnen war.

Speziell zur Entwicklung der Technik äußerte sich Helmut Wilsdorf, Dres- den, ("Zur Entwicklung der Technik in der Antike"), der einige technische Erfin-

dungen und Möglichkeiten der Arbeitsintensivierung in der Antike vorstellte (Schiffskarren, -kran, Hebezeuge usw.), aber auf den allgemeinen Rückstand der Naturwissenschaften aufmerksam machte, dessen Ursache er darin sah, daß die Technik sich insgesamt nur relativ gering entwickeln konnte. Peter Garnsey, Cambridge, ("Die Entwicklung der Landwirtschaft in der römischen Republik bzw. im frühen Kaiserreich") führte im Zusammenhang mit dem von ihm untersuchten Stand der Technologie aus, daß die Quellen nicht zu erkennen gäben (Columella), ob technische Neuerungen in der italischen Landwirtschaft angewandt worden seien.

Ergänzende Vorträge zur Bedeutung der Sklavenarbeit als Basis der Produktion kamen von Fritz Jürß ("Zum Verhältnis von Produktivkraft und Wissenschaft in der Antike"), Reimar Müller ("Die Entwicklung der Technik im Urteil der antiken Philosophie") und Johannes Irmischer, alle Berlin, ("Zur Entwicklung der Produktivkräfte im Spiegel der antiken Sklavenhalterideologie"). In ihnen wurde die schon von Günther bzw. Hahn und Böttger getroffene Feststellung, wichtige Erfindungen seien für militärische Zwecke verwendet worden, bekräftigt. Es wäre simplifizierend, wollte man allein im Desinteresse des Sklaven die Ursachen dafür sehen, daß sie im produktiven Bereich kaum genutzt wurden. Hahns Hinweise zum Verhältnis zwischen Rentabilität der Produktion und zeitlich notwendigem bzw. möglichem Aufwand dürften der weiteren Forschung zu diesem Problem neue Anregungen geben.

In den Darlegungen zur Entwicklung der Produktivkräfte im Feudalismus wurden formationstheoretische Probleme sowie die Bedeutung besonders der Metalle im Hinblick auf bestimmte Produktionsinstrumente, Grundeigentumsverhältnisse und Aspekte handwerklicher Entwicklungen behandelt. Joachim Herrmann, Berlin, ("Tendenzen und Grundlinien der Produktivkraftentwicklung an der Wende von der Antike zum Mittelalter") zeigte - ausgehend von einer Analyse der spätantiken provinzialrömischen und der gentilizischen germanischen und slawischen sozialökonomischen Verhältnisse - mit Hilfe von Synthesezonen Möglichkeiten, den Übergang zum Feudalismus zu kennzeichnen. Der inneren Synthesezone seien die auf römischem Gebiet errichteten Staaten zuzurechnen, die aber bald (ab 6. Jahrhundert) zerfielen, weil es hier nicht zur Entwicklung einer wirklich neuen Gesellschaftsordnung kommen konnte. Die mittlere Synthesezone könne charakterisiert werden durch die den Ausgangspunkt für den westeuropäischen Feudalismus bildende fränkische, vom Allod entscheidend beeinflusste Entwicklung. In der äußeren Synthesezone seien keine oder nur geringe Elemente der antiken Herrschaft feststellbar. Zinaida Udal'cova, Moskau, ("Die Entstehung des Feudalismus in Byzanz und die Entwicklung der Produktivkräfte") lieferte einen wichtigen Beitrag zur typologischen Diskussion um die Feudalistentheorie. Dabei verwies sie auf die herausragende Bedeutung des geographischen Milieus für die ökonomische Entwicklung. In Byzanz herrschte aufgrund der landschaftlichen Strukturierung das kleinere und mittlere Eigentum vor, wodurch das Wirtschaftsgefüge elastischer blieb. Über größere Zeiträume hinweg waren folglich mehr Produktionskenntnisse vorhanden, die tradiert und mit Erfahrungen der wandernden Stämme modifiziert wurden. So fand die entscheidende Krise des Sklavereisystems erst im 7. Jahrhundert ihren Höhepunkt. Dieser entwicklungsgeschichtliche Typ liege auch in Südgallien vor, während in Nordgallien und Südosteuropa gleichermaßen (spät-)antike wie protofeudale Strukturen ausschlaggebend wären. Der dritte Typ sei ohne wesentlichen Einfluß antiker Strukturen zum Beispiel in Skandinavien bzw. Rußland entstanden.

Handelsgeographischen Fragen widmete sich Jerzy Wielowiejski, Warschau, ("Der Bernsteinhandel während der römischen Kaiserzeit in Mitteleuropa").

Im Mittelpunkt standen Erörterungen zu den 860/890 bzw. 950 Kilometer langen sogenannten Bernsteinstraßen mit ihren 40 bzw. 50 Etappenpunkten, zum direkten, aber auch zum indirekten Etappenhandel.

Die dinglichen wie vor allem die technologischen Austauschbeziehungen standen im Mittelpunkt der Darlegungen von Bruno Krüger, Berlin, ("Der Einfluß der römischen Sklavenhalterordnung auf die Entwicklung der Produktivkräfte im freien Germanien"). Er verwies auf die Bedeutung der keltischen Vermittlung metallurgischer und schmiedehandwerklicher Erfahrungen. Die Übernahme der Kenntnisse der Stählung und Damaszierung sei bei den Germanen wohl vor dem 5. Jahrhundert von provinziäl-römischen Produzenten erfolgt. Wenngleich eine Vielzahl gepreßter, gezogener, geschmiedeter und gegossener Metallerezeugnisse sowie sogar einige Gußformen (Modeln) dafür sprechen, daß in dieser Zeit die Anfänge einer Warenproduktion angenommen werden können, so müßten dennoch die Kenntnisse über die Arbeitsprozesse als sehr unzureichend bezeichnet werden. Rudolf Laser, Berlin, belegte anhand von Untersuchungen über die Herstellung der Gläser von Mühlberg, daß die Austauschbeziehungen germanischer mit provinziäl-römischen Produzenten im 3./4. Jahrhundert nachließen. Der Bedarf an derartigem Schmuck hätte nämlich dazu gezwungen, vorhandenes Glas mangels geeigneter Rohstoffe einzuschmelzen und neu zu verarbeiten. Achim Leube, Berlin, ("Entwicklung und Stand der Produktivkräfte vom 2. bis 5. Jahrhundert im Norden Mitteleuropas") zeigte, daß sowohl die quantitative Zunahme als auch die qualitative Verbesserung der Eisenverhüttung durch Kalkzusatz keine wesentliche Veränderung der Produktionsinstrumente zur Folge hatte. Am Beispiel von Feddersen Wierde konnte er nachweisen, daß dieser wichtige Zweig der Produktion sowie das entstehende Handwerk von Herrenhöfen abhängig und auch hier direkt provinziäl-römisch beeinflußt war.

Eike Gringmuth - Dallmer, Berlin, ("Probleme der landwirtschaftlichen Produktion des 1. Jahrtausends u. Z.") machte auf die neue Qualität in der Entwicklung der Produktivkräfte seit Beginn der zweiten Hälfte des 1. Jahrtausends im Zusammenhang mit der Herausbildung feudaler Produktionsverhältnisse aufmerksam. Während im slawischen Bereich der Hakenpflug vorherrschend geblieben sei, wäre im germanischen Bereich der asymmetrische Schollenwendepflug aufgekommen, der eine bessere Bodenbearbeitung ermöglichte. Diese Bodenbearbeitung sowie die Einführung der Winterung von Getreide hätten eine intensive Ertragssteigerung und der verstärkte Landesausbau eine extensive Ertragssteigerung erbracht. Davon zeugen die Funde (Sech, Sichel, Kurzstielsense für die Rodung, Sense) und die Veränderungen in der Flurnutzung, zum Beispiel lokale, bodenabhängige Einführung der Dreifelderwirtschaft). Joachim Henning, Berlin, untersuchte speziell die Entwicklung und Ausbreitung eines Produktionsinstruments, des Schollenwendepflugs. Danach erfuhr der sogenannte griechische Löffelpflug im Laufe der Zeit zwar eine Reihe von Verbesserungen, mußte aber in der Spätantike im 2./3. Jahrhundert dem von römischen Siedlern in Dakien eingeführten Schollenwendepflug weichen. Der Schollenwendepflug, unter slawischem Einfluß verbessert, sei seit dem frühen Mittelalter auch südlich der Donau vorherrschend geworden. Dagegen blieb im slawischen Bereich Mittel- und Osteuropas der alte Hakenpflug bis ins 12. Jahrhundert üblich, wie Peter Donath, Berlin, ("Formen des Bodeneigentums im Feudalismus und deren Einfluß auf die Entwicklung der Produktivkräfte") feststellte. Er führte aus, daß es darüber hinaus kein ausgebildetes Privateigentum gegeben habe, sondern vielmehr ein fürstliches Obereigentum an Grund und Boden, dem ein umfangreiches Abgabensystem entsprach. Erst allmählich habe über die Parzellierung die Bil-

dung von Privateigentum eingesetzt. Weitere Möglichkeiten der Analyse könnten sich eventuell aus einem Vergleich mit ähnlichen altorientalischen Strukturen ergeben.

Thomas Thilo und Doris Heyde, beide Berlin, zeigten am Beispiel Chinas in der Tang-Zeit (um 800), daß aus ökonomischen Gründen neue technische Errungenschaften besonders von Großgrundeigentümern angewandt wurden. Bestimmte Produktionsinstrumente, wie Schöpfrad und -kette oder Wassermühle und -stampfe, seien für das kleinere Eigentum in der Anschaffung wie in der Unterhaltung zu kostspielig gewesen und hätten dem Großgrundeigentümer als Mittel der Repression durch Eingriffe in die Wasserversorgung gedient. Eberhard Serauky, Berlin, ("Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte im Ägypten des 10./11. Jahrhunderts") verwies auf ähnliche Erscheinungen im Zusammenhang mit der Zentralisierung der politischen Macht als Gegenstück zur Konzentration von Handwerk und Handel, Grund und Boden sowie im Steuersystem.

Aspekte handwerklicher Entwicklungen in Europa standen im Mittelpunkt der Darlegungen von Klaus Grebe, Potsdam. Die Deutung der von ihm typologisch ausgewerteten Bodenzeichen auf slawischen keramischen Gefäßen aus dem 9./10. Jahrhundert, es handele sich um Firmen- oder Markenzeichen, macht eine Produktion für ein bestimmtes Absatzgebiet wahrscheinlich. Auf der Grundlage lexikologischer Untersuchungen in mittellateinischen Quellen konnte Teja Erb, Berlin, nachweisen, daß sich in den Berufsbezeichnungen bzw. deren quantitativer und qualitativer Entwicklung die Entfaltung der feudalen Produktionsweise niederschlägt, der größte Teil der Grundberufe seit dem 9. Jahrhundert belegbar ist und die Spezialisierung mit der Blütezeit der Städte im 13. Jahrhundert zusammenfällt.

Während die Kenntnisse über den realen römischen Einfluß nicht ausreichen, nehmen sie für die Zeit seit der zweiten Hälfte des 1. Jahrtausends zu. Belegbar ist für diese Zeit die Erweiterung der Produktion durch bessere Methoden, Geräte und Stoffe, die zu einer raschen Erhöhung des Mehrprodukts und einer entsprechenden gesellschaftlichen Differenzierung bei der Ausbildung feudaler Produktionsverhältnisse führten. Analoge Prozesse setzten im slawischen Bereich relativ spät ein.

Zusammenfassend sei betont, daß auf der Tagung sehr unterschiedliche Aspekte der Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb der vorkapitalistischen Produktionsweisen behandelt wurden. Nur zwei Schwerpunkte aus den Diskussionen sollen hervorgehoben werden: erstens die Bedeutung der Durchsetzung des Eisens als Werkstoff für die Entwicklung der Produktivkräfte. Dabei zeigte sich, daß das Eisen nur ein Faktor in diesem Prozeß ist. In der klassenlosen Gesellschaft besteht seine universalhistorische Bedeutung darin, die Durchsetzung der zweiten großen gesellschaftlichen Arbeitsteilung gefördert zu haben. In den Staaten mit altorientalischer Klassengesellschaft führte die Verwendung von Eisen zu keinen grundlegenden Strukturveränderungen trotz der Zuspitzung der Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Diese Einschätzung trifft prinzipiell auch für die Herausbildung und Entwicklung der antiken und der feudalen Produktionsweise zu.

Zweitens stand das Irrigationssystem als Methode zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion im Mittelpunkt der Diskussion. Am Beispiel der Staatsentstehung wurde deutlich, daß nur eine differenzierte Betrachtungsweise des konkrethistorischen Gegenstandes zu brauchbaren Ergebnissen führt. Hier - und bei ähnlicher Thematik - war es von außerordentlichem Nutzen, daß Spezialisten



verschiedenster Forschungsrichtungen um die Klärung zum Teil übergreifender Probleme bemüht waren, Dadurch wurde einerseits ein Überblick über den neuesten Stand der Forschung geboten, der dem einzelnen kaum mehr möglich ist. Andererseits brachte es die Heterogenität in der Zusammensetzung der Teilnehmer mit sich, daß mitunter Schwierigkeiten im Erfassen von allgemeinen Begriffen und Entwicklungslinien erkennbar waren.

Insgesamt erwies sich die Tagung als ein gelungener Versuch, eine derartig komplexe Thematik wie die Geschichte der Produktivkräfte von verschiedenen Seiten her zu erörtern.

Hagen Fischer/Reinhard Schumacher

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR

15. Lieferung

Theorie und Methodik

2018.

Bechmann, Rudolf: Zu einigen methodologischen Fragen der Beziehungen von materiell-technischer Basis und sozialistischen Produktionsverhältnissen. In: Karl Marx über das Wechselverhältnis von materiell-technischer Basis, wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Entwicklung der Persönlichkeit. Konf. material mit Beitr. v. Harry Maier/u. a. / - Berlin: Akad.-Verl. 1978. S. 103-120. (Forsch.ber. Zentr. Inst. für Wirtschaftswiss. d. Akad. d. Wiss. d. DDR 27.)

2019.

Brentjes, Burchard: Marx zum Privateigentum an Grund und Boden im Orient. Hans Peter Harstick, Karl Marx über Formen vorkapitalist. Produktion. Vergleichende Studien zur Gesch. d. Grundeigentums. (Quellen u. Stud. zur Sozialgesch. 1.) In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 3, S. 183 - 186.

2020.

Fritsch, Heinz; Stier, Günther: Der Typ der Wechselwirkung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaftsformation. In: Dt. Z. Philos., Berlin, 25, 1977, 9, S. 1043-1057.

2021.

Gunst, Péter: Regionen und Subregionen. Ein methodol. Problem bei vergleichenden wirtsch. hist. Untersuchungen. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 3, S. 117-124.

2022.

Kölsch, Hans: War Marx der Auffassung, die kapitalistische Ausbeutung könne in einer bürgerlichen Republik beseitigt werden? In: Dt. Z. Philos., Berlin, 25, 1977, 11, S. 1395-1398.

2023.

Kogan, A. M.: Einige Probleme der Theorie des Produktionspreises von Karl Marx. In: Arb. bl. Marx-Engels-Forsch., Halle (Saale), 3, 1977, S. 57-96.

2024.

Kuczynski, Jürgen: Verlorene Kriege und die deutsche Wirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1977, 4, S. 9-18.

2025.

Laube, Adolf: Bemerkungen zum Zusammenhang von Frühkapitalismus und frühbürgerlicher Revolution. In: Der deutsche Bauernkrieg 1524/25. Geschichte - Traditionen - Lehren. Hrsg. v. Gerhard Brendler u. Adolf Laube. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Akad. d. Wiss. d. DDR. Schriften d. Zentralinst. für Gesch. 57.) S. 57-66.

2026.

Lewin, Günter: Zum Problem der Leibeigenschaft in der früheren Nördlichen Song-Zeit in China. Kritische Bemerkungen zu einem Artikel v. G. Ja. Smolin. In: Asienwissenschaftliche Beiträge. Johannes Schubert in memoriam. Hrsg. v. Eberhardt Richter u. Manfred Taube. - Berlin: Akad.-Verl. 1978. (Veröff. d. Museums für Völkerkd. zu Leipzig 32.) S. 87-105.

2027.

Lungwitz, Kurt: Aufgaben und Probleme der demografischen Forschung bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. In: Wirtschaftswissenschaften, Berlin, 25, 1977, 6, S. 833-849.

2028.

Maier, Harry: Karl-Marx über den Zusammenhang von materiell-technischer Basis, wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Entwicklung der Persönlichkeit. In: Karl-Marx über das Wechselverhältnis von materiell-technischer Basis, wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Entwicklung der Persönlichkeit. Konf. material mit Beitr. v. Harry Maier /u. a. / - Berlin: Akad.-Verl. 1978. S. 8-45. (Forsch. ber. Zentr. Inst. für Wirtschaftswissenschaften d. Akad. d. Wiss. d. DDR 27).

2029.

Maier, Lutz: Neue Internationalisierungstendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: IPW Ber., Berlin, 6, 1977, 8, S. 18-22.

2030.

Marxhausen, Thomas: Der Begriff "ökonomische Wissenschaft" bei Karl-Marx. In: Dt. Z. Philos., Berlin, 26, 1978, 11, S. 1388-1400.

2031.

Mensch - Wissenschaft - Technik. Versuch einer marxistischen Analyse der wissenschaftlich-technischen Revolution. Hrsg. v. M. Buhr u. G. Kröber. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. 345 S.

2032.

Menzel, Siegfried: Marx über Wissenschaft, Maschinerie und große Industrie in den "ökonomisch-philosophischen Manuskripten" 1844. In: Arb. bl. Marx-Engels-Forsch., Halle (Saale), 3, 1977, S. 25-39.

2033.

Meyer, Peter; Laschke, Michael: Der Übergang von Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus und die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 25, 1977, 11, S. 1623-1637.

2034.

Mottek, Hans: Theoretisch-historische Betrachtungen zum Problem der ökonomischen Krisen im Kapitalismus. - Berlin: Akad.-Verl. 1978. 39 S. (Sitzungsber. d. Akad. d. Wiss. d. DDR, G, 1978, 6.)

2035.

Müller, Manfred: Auf dem Wege zum "Kapital". Zur Entw. d. Kapitalbegriffs v. Marx in d. Jahren 1857-1863. - Berlin: Akad.-Verl. 1978, 159 S.

2036.

Nick, Harry: Sozialismus und Wirtschaftswachstum. - Berlin: Dietz 1977, 79 S. (Sozialismus - Erfahrungen, Probleme u. Perspektiven.<sup>1</sup>)

2037.

Nussbaum, Manfred: Eine vergleichende Wirtschaftsgeschichte einer europäischen Region und die Entwicklungsländer. Iván T. Berend/György Ránki; Economic development in East-Central-Europe in the 19th und 20th centuries. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin 1978, 3, S. 143-153.

2038.

Reinhold, Otto; Schulz, Gerhard: Das Erbe der Klassiker und die Merkmale der Wirtschaft der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 26, 1978, 12, S. 1409-1434.

2039.

Richter, Siegfried: Die Wissenschaft als Produktivkraft, Beziehungen zwischen Wissenschaft und Produktion in der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts. In: Arb. bl. Wiss. gesch., Halle/Saale, 1, 1977, S. 46-68.

2040.

Schmidt, Wilhelm: Zu den gesellschaftlichen Grundlagen, dem Charakter und den Funktionen der Warenproduktion im Sozialismus. / Mit russ., engl., franz. Zus. fssg./ In: Wiss. Z. Humboldt- Univ. Berlin, Gesellsch.-wiss. R., Berlin, 26, 1977, 2, S. 151-155.

2041.

Schwank, Karl-Heinz: Probleme der Wirtschaftsregulierung im Imperialismus. In: IPW Ber., Berlin, 6, 1977, 3, S. 24-31.

2042.

Seifert, Helmut; Liebing, Siegfried; Schönfeld, Gerhard: Zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Von Marx, Engels u. Lenin bis zum Sieg d. Soz. in d. UdSSR. - Berlin: Verl. Die Wirtsch. 1978. 125 S.

2043.

Stolz, Rüdiger: Zu einigen wissenschafts-theoretischen Aspekten und historischen Entwicklungslinien der Geschichte der Chemie. In: Arb. bl. Wiss. gesch., Halle/Saale, 1, 1977. S. 69-103.

2044.

Wissenschaftlich-technische Revolution und ideologischer Kampf. Internat. Autorenkollektiv. - Berlin: Verl. Die Wirtschaft 1977. 324 S.

Bibliographien

2045.

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 13. Lief. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 4, S. 271-284.

2046.

Geßner, Dorothee: Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam 1952-1961/62. Lit. verz. Potsdam: Wiss. Allgemeinbibl. 1977. VI, 100 S.

2047.

Günther, Renate: Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (13. Fortsetzung). In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, 1978, 4, S. 253-257.

2048.

Günther, Renate: Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 3, S. 253-277.

2049.

Volz, Ingrid; Brather, Hans-Stephan: Der deutsche Bauernkrieg 1524-1526. Bibliographie d. Veröff. aus d. Jahren

1973 bis 1976. In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 2, 1978, S. 387-428.

Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellennachweise

2050.

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der Chemischen Industrie. 11. Register (Firmen- u. Institutionenreg., Personenreg., Geogr. Reg.) u. Gesamtinhaltsverz. zu d. H. 1-9, Bearb. v. Kurt Metschies u. Willi Zimmermann, Hrsg. v. Betriebsarch. VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochem. Kombinat - u. d. Zentralen Staatsarch. Potsdam. (Als Ms. gedr.) - Wolfen; Potsdam: 1978, 80. S.

2051.

Behm, Erika; Kuczynski, Jürgen: Die Reflektion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse (Rußland). In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 4, S. 259-264.

2052.

Brachmann, Hansjürgen: Neuere marxistische Forschungen zur Frühgeschichte des deutschen Volkes. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 3, S. 173-182.

2053.

Falk, Waltraud: Internationaler Kongreß für Wirtschaftsgeschichte in Edingburgh. In: Beitr. Gesch. Arb. bew., Berlin, 20, 1978, 6, S. 927-928.

2054.

Frohnhöfel, Rudi: Die Verstärkung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern in

den siebziger Jahren - das Konzept des "collective self-reliance". Bericht über eine Tagung d. Arb. gruppe "Ökonomie" d. Zentralen Rates für Asien-, Afrika- u. Lateinamerikawiss. in d. DDR. am 16. Febr. 1978 in Berlin. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 6, 1978, 5, S. 990-993.

2055.

Grienig, Horst: Agrarfrage und die Rolle der Bauernschaft in der gegenwärtigen Etappe der nationalen Befreiungsrevolution. Bericht über eine internat. theoret. Konf. vom 14. bis 16. Juni 1978 in Ulan-Bator. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 6, 1978, 5, S. 979-982.

2056.

Günther, Renate: 6. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte (11. bis 14. April 1978 in Rostock.) In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 4, S. 245-252.

2057.

Jähne, Armin: Probleme der griechischen Kolonisation und der Struktur frühantiker Staaten im nördlichen und östlichen Schwarzmeergebiet (4. bis 11. Mai 1977 in Chaltube/UdSSR). In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 3, S. 245-251.

2058.

Kleinhempel, Jochen; Postier, Dieter: Handelsgeschichte im thüringisch-sächsischen Raum (25. Mai 1977 in Leipzig). In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 3, S. 239, 243.

2059.

Lehmann, Karin: Finanzgeschichte des Imperialismus (16. November 1977 in Berlin). In: Jb. Wirtsch. -gesch., Berlin, 1978, 3, S. 229-230.

2060. Maibaum, Christoph; Flechsig, Steffen: Probleme und Tendenzen der Entwicklung des abhängigen Kapitalismus in den Ländern Lateinamerikas. Bericht über d. internat. Kolloquium d. Sektion d. Lateinamerikawiss. d. Wilhelm-Pieck-Universität Rostock am 12. u. 13. April 1978 in Rostock. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 6, 1978, 4, S. 740-746.
2061. Narweleit, Gerhard: Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland 1870 bis 1917/18. (13. bis 15. Dezember 1977 in Dresden.) In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin 1978, 4, S. 265-269.
2062. Oehmig, Stefan: Handel und Produktion im thüringisch-sächsischen Raum im 16. Jahrhundert. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 26, 1978, 8, S. 734-735.
2063. Reißner, Manfred; Straube, Manfred: Stadt-Land-Beziehungen im hansischen Wirtschaftsraum (13. bis 15. September 1977 in Rostock). In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin 1978, 3, S. 231-238.
2064. Roeske, Ulrich: Die amtliche Statistik des Deutschen Reiches 1872 bis 1939. Historische Entwicklung, Organisationsstruktur, Veröffentlichungen. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 4, S. 85-107.
2065. Schröder, Stefanie: Wissenschaftliche Konferenz zum 25. Jahrestag der Bildung von LPG in der DDR. In: Beitr. Gesch. Arb. bewegung, Berlin, 19, 1977, 5, S. 889-890.
2066. Simon, Hans-Peter; Symandl, Paul: Probleme des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft. In: IPW Ber., Berlin, 7, 1978, S. 43-45.
2067. Straube, Manfred: Quellen der Geschichte der Hanse. Ein Überblick unter wirtschafts-historischen Gesichtspunkten (Bergen - Handelszentrum des beginnenden Spätmittelalters; Rolf Sprandel, Das Hamburger Pfundzollbuch von 1418; Ursula Hauschild, Studien zu Löhnen und Preisen in Rostock im Spätmittelalter; Hansische Geschichtsblätter). In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 3, S. 161 - 172.
2068. Straube, Manfred: Strafgeldregister, Türkensteuerregister und Amtserbücher als Quellen über Teilnehmer und Folgen des Bauernkrieges in Thüringen. In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 2, 1978, S. 269-284.
- Mehrere Zeitabschnitte umfassend
2069. In Eigener Sache. Beiträge zur Gesch. d. VEB Robotron-Elektronik Zella-Mehlis. Im Auftr. d. Betriebsparteiorg. d. SED d. VEB Robotron-Elektronik Zella Mehli's hrsg. v. d. Komm. für Betriebsgesch. unter Leitung v. Dagmar Römhild u. Mitw. v. Horst Jäger. - Berlin: Verl. Tribüne 1977. 190 S., Abb.
2070. 150 /Einhundertfünfzig/ Jahre Physik an der Bergakademie Freiberg. Ferdinand-Reich-Traditionskolloquium d. Sekt.

Physik anlässlich d. 150. Wiederkehr d. Gründung d. selbständigen Lehr- u. Wiss. gebietes Physik an d. Bergakad. Freiberg. Von einemAutorenkollektiv . - Leipzig: Dt. Verl. für Grundstoffindustrie 1978. 89 S., Abb. (Beitr. zur Gesch. d. Produktivkräfte 13. Freiburger Forschungsh. D 115.)

2071.

Eschenburg, Gernot: 75 Jahre Warne-  
münde - Gedser. Geschichte u. Technik  
einer Eisenbahnfahrverbindung. In: Jb.  
d. Schifffahrt, Berlin, 1978, S. 139-  
147, Abb.

2072.

Folkens, Klaus: Die alte bergmännische  
Wasserwirtschaft im Freiburger Berg-  
baurevier aus heutiger Sicht. In: Neue  
Bergbautechnik, Leipzig, 8, 1978, 4,  
S. 231-236, Abb.

2073.

Geschichte der politischen Ökonomie.  
Grundriß. Hrsg. v. Herbert Meißner. -  
Berlin: Dietz 1978. 682 S.

2074.

Hesse, Dieter: 100 Jahre Eisenbahn  
1877 - 1977: Dürröhrsdorf - Neustadt  
(Sachs.) - Sebnitz (Sachs.) - Bad Schandau  
u. Bautzen/Sohland - Wilthen - Neukirch  
(Lausitz) - Neustadt (Sachs.) - Neustadt  
(Sachs.): Dt. Reichsbahn, Betriebs- u.  
Verkehrsdienststelle Neustadt (Sachs.)  
1977, 48 S., Abb.

2075.

Hoffmann, Rudolf: Zur sozialen Lage  
der Werktätigen in der Lauschaer  
Glasindustrie unter den Bedingungen  
kapitalistischer Produktionsverhält-  
nisse. - Lauscha: Museum für Glas-  
kunst 1977. 100 S., Abb.

2076.

Müller, Erhard: Wein- und Hopfenbau

im Kreis Heiligenstadt im Lichte der  
Flurnamen. In: Eichsfelder Heimath.,  
Heiligenstadt, 18, 1978, 2, S. 119-127.

2077.

Scholz, Dieter: Die industrielle  
Agglomeration im Raum Halle-Leipzig  
zwischen 1850 und 1945 und die Ent-  
stehung des Ballungsgebietes. In:  
Hallesches Jahrbuch für Geowissen-  
schaften, Gotha; Leipzig, 2, 1977,  
S. 87-116, Abb.

2078.

Schrauber, Erich: EWS. Geschichtliche  
Wende, eingel. durch d. Arb. kl. T. 1.  
Zur Geschichte des VEB Elektrowärme  
Sörnwitz von 1900 bis 1962. - Sörnwitz  
Betriebsparteileitung d. SED d. VEB  
Elektrowärme Sörnwitz 1978. 99 S.,  
Abb.

2079.

Weisbrod, Manfred; Müller, Hans;  
Petznick, Wolfgang: Dampflock-Archiv.  
Bd. 2. Baureihen 41 bis 59. - Berlin:  
Transpress 1978. 224 S., Abb.

2080.

Wendt, Ralf: Mecklenburgisches Glas.  
In: Neue Museumskd., Berlin, 20, 1977,  
3, S. 213-222, Abb.

2081.

Wer-Was-Wann? Entdeckungen u. Er-  
findungen in Naturwiss. u. Technik.  
Autorenkollektiv Leitung Walter Conrad. -  
Leipzig: Fachbuchverl. 1977. 416 S.

2082.

Wirtschaftsgeschichte des deutschen Impe-  
rialismus. Von Helga Nussbaum /u. a. /  
Weitere Bemerkungen zu: Hans Mottek,  
Walter Becker, Alfred Schröter, Wirtsch.  
gesch. Deutschlands, Bd. 3, in: Jb.  
Wirtsch.-gesch., Berlin, 1978, 4,  
S. 179-207.

2083.

Baumann, Willfried: Slawische Siedlungs- und Grabfunde in Schirmentz, Kr. Oschatz. In: Arbeits- u. Forschungsber. sächs. Bodendenkmalpflege, Berlin, 22, 1977, S. 75-95, Abb.

2084.

Grünert, Heinz: Unfreie bei den germanischen Stämmen zu Beginn unserer Zeitrechnung. Methodische Bemerkungen zur Vereinigung d. Aussagen archäol. u. schriftl. Quellen in d. Frühgesch. Forsch. In: Archäologie als Geschichtswissenschaft. Studien u. Untersuchungen. Hrsg. v. Joachim Herrmann. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Schr. zur Ur-Frühgesch. 30.) S. 235-249.

2085.

Kluwe, Ernst: Handwerk und Produktion in der frühgriechischen Polis. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 4, S. 109-133.

2086.

Kreißig, Heinz: Zur Sklaverei im Altertum. Eine Zwischenbilanz der internationalen Colloques sur l'esclavage. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 3, S. 125-138.

2087.

Kreißig, Heinz: Wirtschaft und Gesellschaft im Seleukidenreich. Die Eigentums- u. d. Abhängigkeitsverhältnisse. - Berlin: Akad.-Verl. 1978. 133 S. (Schriften zur Gesch. u. Kultur d. Antike 16.)

2088.

Njammasch, Marlene: Zum Verhältnis von Stand und Kaste in vorkapitalisti-

schen Klassengesellschaften. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 4, S. 135-151.

500-1789

2089.

Ansong, Harry: Der Bergbau und die Eisenerzverarbeitung von Zella-Mehlis. In: Urgesch. u. Heimatforsch., Weimar, 15, 1978, S. 37-47.

2090.

Donnert, Erich: Johann Georg Eisen (1717-1779). Ein Vorkämpfer d. Bauernbefreiung in Rußland. - Leipzig: Koehler & Amelang 1978. 199 S., Abb.

2091.

Die Geldlehre des Nicolaus Copernicus. Texte, Übersetzungen, Kommentare. Hrsg. v. Erich Sommerfeld. - Berlin: Akad.-Verl. 1978. 167 S., Abb.

2092.

Godehardt, Helmut: Aus der Geschichte des Dorfes Breitenholz von 1544 bis 1648. In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 18, 1978, 2, S. 128-135.

2093.

Harnisch, Hartmut: Landgemeinde, feudalherrlich-bäuerliche Klassenkämpfe und Agrarverfassung im Spätfeudalismus. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 26, 1978, 10, S. 887-897.

2094.

Held, Wieland: Der Einsatz von Tagelöhnern im Doppelamt Jena-Burgau zu Beginn des 16. Jahrhunderts. In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 2, 1978, S. 207-224.



2095. Held, Wieland: Zur Forschungsproblematik der spätmittelalterlichen Stadt-Land-Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung von: Konrad Fritze, Bürger und Bauern zur Hansezeit. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 4, S. 233-244.
2096. Henkel, Hubert: Der Cembalobau der Bach-Zeit im sächsisch-thüringischen und im Berliner Raum. In: Bericht über die wissenschaftliche Konferenz zum III. internationalen Bachfest der DDR. Leipzig, 18./19. Sept. 1975. Im Auftr. d. Johann-Sebastian-Bach-Komitees der DDR herausg. v. Werner Felix, Winfried Hoffmann u. Arnim Schneiderheinze. - Leipzig: Dt. Verl. für Musik 1977, S. 361-374.
2097. Henkel, Jens: Beiträge zur Jagd- und Forstgeschichte in Schwarzburg-Rudolstadt. In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 23, 1977, 9/10, S. 211-212; 11/12, S. 259-263.
2098. Kasper, Hanns-Heinz: Die Gründung und die Anfänge der Saigerhütte und des Kupferhammers in Grünthal. In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 24, 1978, 4, S. 155-164.
2099. Laube, Adolf: Der Aufstand der Schwazer Bergarbeiter 1525 und ihre Haltung im Tiroler Bauernkrieg. Mit einem Quellenanhang. In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 2, 1978, S. 225-258.
2100. Laube, Adolf: Bemerkungen zur These von der "Revolution des gemeinen Mannes". In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 26, 1978, 7, S. 607-614.
2101. Müller, Hans-Heinrich: Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk, Illustrierte Gesch. d. frühbürgerl. Rev.; Flugschriften d. Bauernkriegszeit; Manfred Kobuch, Ernst Müller, Der deutsche Bauernkrieg in Dokumenten; Dokumente aus d. deutschen Bauernkrieg; Der arm man 1525; Günther Vogler, Die Gewalt soll gegeben werden d. gemeinen Volk; Der Bauer im Klassenkampf; Der deutsche Bauernkrieg 1524/25; Reformation oder frühbürgerl. Rev.; Der Bauernkrieg 1524-26; Revolte oder Rev. in Europa; Der deutsche Bauernkrieg 1524-1526; Peter Blickle; Die Rev. v. 1525. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 4, S. 209-231.
2102. Münch, Ernst: Probleme der Entwicklung des Fronhofsystems in Bayern zu Beginn des voll entfalteten Feudalismus. In: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und Kapitalismus. T. 7. Hrg. v. d. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Abt. Wiss. publizistik. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock 1977. S. 7-32.
2103. Njammasch, Marlene: Zur Entwicklung feudaler Produktionsverhältnisse in Indien vom 3. bis zum 10. Jahrhundert. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 26, 1978, 10, S. 898-915.
2104. Oelke, Eckhard: Die Silbergewinnung im ehemals stolbergischen Harz. In: Hallesches Jahrbuch für Geowissenschaften, Gotha; Leipzig, 3, 1978, S. 57-80.
2105. Samsonowicz, Henryk: Soziale und wirtschaftliche Funktionen der Kleinstadt im Polen des 15. Jahrhunderts. In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 2, 1978, 2, S. 191-205.

2106.

Schneider, Annerose: Arnold Fesser. Supplikation an Kaiser, Fürsten und Adel - eine Predigt aus der Endphase des Bauernkrieges, In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 2, 1978, S. 259-268.

2107.

Schoknecht, Ulrich: Menzlin. Ein frühgesch. Handelsplatz an d. Peene. Mit einem Beitr. v. Franz-Joachim Ernst. - Berlin: Dt. Verl. d. Wiss. 1977, 215 S., Abb. (Beitr. zur Ur- u. Frühgesch. d. Bezirke Rostock, Schwerin u. Neubrandenburg 10.)

2108.

Stam, Solomon Moisejevič: Die ökonomischen Grundlagen der Herausbildung und Entwicklung der mittelalterlichen Stadt in West- und Mitteleuropa. In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 2, 1978, S. 73-100.

2109.

Zientara, Benedykt: Der Ursprung des "deutschen Rechts" (ius Theutonicum) auf dem Hintergrund der Siedlungsbewegung in West- und Mitteleuropa während des 11. und 12. Jahrhunderts. In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 2, 1978, S. 119-148.

1789 - 1917

2110.

Atzrodt, Hans: Der Anbau und die Verbreitung der verschiedenen Kulturen und ihre Erträge auf dem Eichsfeld bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 18, 1978, 2, S. 146-153.

2111.

Ballwanz, Ilona: Der Zusammenhang zwischen der Produktionsentwicklung und der Betriebsgröße in der deutschen Landwirtschaft von 1871 bis 1914. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1978, 3, S. 77-99.

2112.

Bleiber, Helmut: Frühgeschichte der Arbeiterbewegung und bürgerliche Apologetik. Ernst Schraepfer, Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830-1853. Die polit. Tätigkeit dt. Sozialisten v. Wilhelm Weitling bis Karl Marx. Wilhelm Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter im Vormärz. Sozialgesch. Untersuchung d. Bauarbeiter d. Köln-Mindener Eisenbahn in Minden-Ravensberg 1844-1847. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1978, 3, S. 155-160.

2113.

Đalchow, Irmtraud: Entwicklung der Wegelin & Hübner AG von den Anfängen bis zum Jahre 1918. Betriebsgesch. d. VEB Maschinenfabrik Halle, T. 3. Hrsg. v. d. Stadtlg. Halle d. SED, Bildungsstätte. Komm. zur Erforsch. d. Gesch. d. örtl. Arb.bew. - Halle: Stadtlg. Halle der SED 1977. 258 S. (Aus d. Gesch. d. halleschen Arb.bew. 7.2.)

2114.

Eccarius, Wolfgang: Das "Journal" für die Baukunst" als Beispiel für die Rezeption technischer Erfahrungen in Deutschland des zweiten Viertels des 19. Jahrhunderts. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1978, 3, S. 221-227.

2115.

Eichler, Helga: Die Leipziger Ökonomische Sozietät im 18. Jahrhundert. In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 2, 1978, S. 357-386.

2116.

Ennenbach, Wilhelm: Agrarwissenschaftliche Sammlungen und Museen in Deutschland bis zum Ende des 19. Jh. In: Neue Museumskd., Berlin, 21, 1978, 2, S. 116-124, Abb.

2117.

Geiger, Walter: Neue Erkenntnisse über die Bevölkerungsbewegung in den Kreisen Worbis und Heiligenstadt zu Beginn der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 18, 1978, 2, S. 170-175.

2118.

Handke, Horst: Einige Probleme der Sozialstruktur im imperialistischen Deutschland vor 1914. In: Jb. Gesch. Berlin, 15, 1977, S. 261-288.

2119.

Jatzlauk, Manfred: Betriebsgruppen und Eigentümergruppen während der Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse in der Landwirtschaft der preußischen Provinz Sachsen (1816-1882). In: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und Kapitalismus. T. 7. Hrsg. v. d. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Abt. Wiss. publizistik. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock 1977. S. 33-57.

2120.

Kossok, Manfred: Agrarfrage und bürgerlicher Revolutionszyklus in Spanien. In: Der deutsche Bauernkrieg 1524/25. Geschichte - Traditionen - Lehren. Hrsg. v. Gerhard Brendler u. Adolf Laube. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Akad. d. Wiss. d. DDR. Schriften d. Zentralinst. für Gesch. 57.) S. 253-64.

2121.

Landwirtschaft und Kapitalismus. Zur Entw. d. ökonom. u. sozialen Verhältnisse in d. Magdeburger Börde vom Ausgang d. 18. Jh. bis zum Ende d. 1. Weltkrieges. Hrsg. v. Hans-Jürgen Rach u. Bernhard Weissel, Red.: Günter Groß u. Margit Schulze. Halbbd. 1. - Berlin: Akad.-Verl. 1978. 338 S., Abb., Kt. (Veröff. zur Volkskd. u. Kulturgesch. 66.)

2122.

Mewes, Klaus: Zur Bauernpolitik der Braunschweiger Sozialdemokratie von 1869-1875. In: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und Kapitalismus. T. 7. Hrsg. v. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Abt. Wiss. publizistik. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock 1977. S. 59-82.

2123.

Nussbaum, Helga: Außenhandelsverpflichtung europäischer Länder und imperialistische deutsche Mitteleuropapläne 1899 bis 1914. In: Jb. Gesch. Berlin, 15, 1977, S. 32-66.

2124.

Rehbein, Elfriede: Erfindungen und Erfinder für die Eisenbahn. Die Heißdampflokomotive von Wilhelm Schmidt (1858-1924). In: Eisenbahn-Jb., Berlin, 1978, S. 170-174, Abb.

2125.

Sandig, Hans-Ullrich: Die Windbergbahn - Zu ihrem 120jährigen Bestehen. In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 24, 1978, 4, S. 145-153.

Schade, Günter: Berliner Porzellan. Zur Kunst- u. Kulturgesch. d. Berliner Porzellanmanufakturen im 18. u. 19. Jh. - Leipzig: Koehler & Amelang 1978. 200 S., Abb.

2127.

Schmidt, Peter: Ferdinand Reich (1799-1882) und das Interesse des sächsischen Bergbaus an der Erdbenenforschung während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 8, 1978, S. 471-476, Abb.

2128.

Wehner, Heinz: Johann Andreas Schubert. Sein Wirken für d. Elbedampfschiffahrt. In: Jb. d. Schifffahrt, Berlin, 1978, S. 132-138, Abb.

2129.

Zeise, Roland: Die Rolle des Zollvereins in den politischen Konzeptionen der deutschen Bourgeoisie von 1859-1866. In: Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789-1871. Hrsg. v. Helmut Bleiber unter Mitwirkung v. Günther Hildebrandt u. Rolf Weber. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Akad. d. Wiss. d. DDR. Schriften d. Zentralinst. für Gesch. 50.) S. 433-455.

2130.

Zwahr, Hartmut: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung d. Leipziger Proletariats während d. industriellen Revolution. - Berlin: Akad.-Verl. 1978. 364 S. (Schriften d. Zentralinst. für Gesch. 56.)

2131.

Nicolai, Wolfgang: Ausbau der ökonomischen Zusammenarbeit in Europa. In: Dt. Außenhandelspolitik, Berlin, 22, 1977, 5, S. 5-20.

2132.

Nitz, Jürgen: Probleme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus. - Berlin: Staatsverl. d. DDR 1977. 141 S. (IPW-Forsch. h. 12, 1977, 2.)

1917 - Gegenwart, sozialistische Länder

2133.

Biebig, Peter; Lüsch, Jürgen: Der Riese an der Warnow. Schüttgutumschlag im Wandel. In: Jb. d. Schifffahrt, Berlin 1978, S. 12-18, Abb.

2134.

Bräutigam, Helma: Der internationale Erfahrungsaustausch von Werktätigen der DDR und der UdSSR im Bereich der materiellen Produktion - ein Beitrag zur weiteren Annäherung unserer Staaten und Nationen. In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Dr. Theodor Neubauer" Erfurt/Mühlhausen, Gesellsch.-wiss. R., Erfurt, 15, 1978, 1, S. 29-39.

2135.  
Braun, Manfred; Dittmann, Gabriele: Politische Ökonomie des Sozialismus in der UdSSR. (Širokorad, L. D.: Die politische Ökonomie des Sozialismus in der UdSSR während der Übergangsperiode.) In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 4, S. 165-178.
2136.  
Brendel, Gerhard; Dubrowsky, Hans-Joachim: Zusammenarbeit - ökonomische Integration - Annäherung sozialistischer Staaten. Zu aktuellen Publikationen über d. Prozeß d. sozialist. ökon. Integration. In: Einheit, Berlin, 33, 1978, 7/8, S. 749-755.
2137.  
 Die chemische Industrie in der DDR. Beiträge d. erweiterten Sektions-sitzung am 11. März 1977 "Die chem. Industrie d. DDR" d. Sekt. beim Präsidium der Urania. - Berlin: Urania, Gesellsch. zur Verbreitung Wiss. Kenntnisse, Präsidium, Sekt. Chemie 1977, 73, /6/ S., Kt. (Urania, Gesellsch. zur Verbreitung Wiss. Kenntnisse, Schriftenreihe für d. Referenten 1977, 14.)
2138.  
Donda, Arno: Unsere Volkswirtschaft. In: Einheit, Berlin, 33, 1978, 7/8, S. 845-848.
2139.  
Feil, Bernd-Rüdiger; Gehlauf, Karl-Heinz: Allgemeines und Besonderes in der Klassen- und Sozialstruktur der Länder der sozialistischen Gemeinschaft. In: Dt. Z. Philos., Berlin, 26, 1978, 11, S. 1423-1426.
2140.  
 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden. Hrsg. v. d. Gruppe Öffentlichkeitsarbeit u. Inf. d. Hochsch. für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden. - Dresden: Gruppe Öffentlichkeitsarbeit u. Inf. d. Hochsch. für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden 1977. 25. S., Abb.
2141.  
Graffunder, Siegfried: Zur Kontinuität der Agrarpolitik der SED. In: Der deutsche Bauernkrieg 1524/25. Geschichte - Traditionen - Lehren. Hrsg. v. Gerhard Brendler u. Adolf Laube. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Akad. d. Wiss. d. DDR. Schriften d. Zentralinst. für Gesch. 57.) S. 449-453.
2142.  
Graichen, Günter: Die Geldzeichen der DDR. - Berlin: Transpress 1977. 168 S., Abb.
2143.  
Hille, Manfred; Schröfel, Edmund: Probleme der Entwicklung der Siedlungsstruktur im Kreis Quedlinburg. In: Hallesches Jahrbuch für Geowissenschaften, Gotha; Leipzig, 3, 1978, S. 33-42, Abb.
2144.  
Hoell, Ingrid: Die UdSSR - Hauptkraft der sozialistischen ökonomischen Integration. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 22, 1977, 10, S. 60-77.
2145.  
Holzschuh, Walter; Heun, Walter: Die Vertiefung der Bündnisbeziehungen zwischen der führenden Arbeiterklasse und der Klasse der Genos-

senschaftsbauern beim Übergang zu industriemäßiger Produktion. In: Der deutsche Bauernkrieg 1524/25. Geschichte - Traditionen - Lehren. Hrsg. v. Gerhard Brendler u. Adolf Laube. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Akad. d. Wiss. d. DDR. Schriften d. Zentralinst. für Gesch. 57.) S. 425-434.

2146.

Kirste, Peter: Die internationalistische Hilfe der SMAD für die antifaschistisch-demokratischen Kräfte beim Wiederaufbau der Wirtschaft 1945. In: Der Rote Oktober und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Im Auftr. d. Karl-Marx-Univ. Leipzig hrsg. v. E. Kalbe. - Leipzig: Selbstverl. d. Hrsg. 1977. S. 347-361.

2147.

Klemm, Volker; Berthold, Rudolf; Scholz, Hans: Von der bürgerlichen Agrarreform zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR. - Berlin: Dt. Landwirtsch. verl. 1978. 219 S. (Agrargesch.)

2148.

Koppelman, Günter: Zur Bedeutung der SAG-Betriebe für die Formierung und das Wachstum der Arbeiterklasse in der DDR in den ersten Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. In: Der Rote Oktober und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Im Auftr. d. Karl-Marx-Univ. Leipzig hrsg. v. E. Kalbe. - Leipzig: Selbstverl. d. Hrsg. 1977. S. 362-76.

2149.

Das Kotikow-Programm zur Verbesserung der rechtlichen und materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten Berlins 1947-1948. Eingeleitet v. Sigurd-H. Schmidt. In: Beitr., Doku-

mente, Informationen d. Arch. d. Hauptstadt d. DDR, Berlin, 14, 1977, 1, S. 1-72, Abb.

2150.

Koziolik, Helmut: Probleme der Intensivierung der sozialistischen Produktion unter den Bedingungen ökonomischer Integration der Mitgliedsländer des RGW (Hauptreferat d. DDR-Seite). In: Probleme der Intensivierung d. sozialist. erw. Reproduktion u. d. Erhöhung ihrer Effektivität unter den Bedingungen d. sozialist. ökonom. Integration. 2. Tagung d. Gemeinsamen Komm. d. Ökonomen d. UdSSR u. d. DDR. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Abh. d. Akad. d. Wiss. d. DDR. Abt. Veröff. d. Wiss. Räte, 1977, W 6.) S. 11-32.

2151.

Kraft, Gerhard: Die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW auf dem Gebiet der Investitionen. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. 116 S. (Forsch.ber. Zentralinst. für Wirtsch.-wiss. d. Akad. d. Wiss. d. DDR 20.)

2152.

Kühne, Lutz: Die Wirtschaftspolitik der SED zur Vorbereitung der zentralen Wirtschaftsplanung. (Anfang bis Mitte 1948). In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 3, S. 9-30.

2153.

Morgenstern, Karl: Internationale Spezialisierung und Kooperation im RGW. Ein Beitr. zu aktuellen Fragen. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. 178 S. (Sozialismus - Erfahrungen, Probleme u. Perspektiven.)

2154.

Mrosek, Bernd: Die neue Qualität bei der schöpferischen Anwendung sowjetischer Produktionserfahrungen in der DDR und der Übergang zum multilate-

- ralen Erfahrungsaustausch (1961-1965). In: Der Rote Oktober und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Im Auftr. d. Karl-Marx-Univ. Leipzig hrsg. v. E. Kalbe. - Leipzig: Selbstverl. d. Hrsg. 1977. S. 387-399.
2155.  
Roesler, Jörg: Lösungswege bei der Inangriffnahme der Wirtschaftsreformen in den sechziger Jahren. In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, 1978, 3, S. 107-115.
2156.  
Roesler, Jörg: Periodisierungsprobleme der DDR-Wirtschaftsgeschichte (Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; Heinz-Dieter Hausteil, Messung der volkswirtschaftlichen Intensivierung; Zur Entwicklung der Verteilungsstrukturen der Investitionen auf die Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft). In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, 1978, 4, S. 153-164.
2157.  
Roesler, Jörg: Wiederherstellungsperiode und Wirtschaftspläne (1945-1949/50). In: Jb. Gesch. soz. Länder Europas, Berlin, 21, 1977, 1, S. 103-120.
2158.  
Schmidt, Peter; Schwanengel, Thomas: Die Konzeption von KPD und SED zur Umgestaltung des monopolistischen Bankwesens in ein Machtinstrument der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in den Jahren von 1945 bis zur Gründung der DDR. /Mit russ., engl., franz. Zus. fssg./ In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellsch. wiss. R., Berlin, 26, 1977, 2, S. 267-271.
2159.  
Schwärzel, Renate: Zur Bedeutung der Steckenpferdbewegung im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs im VEB
- Berliner Glühlampenwerk 1959/60. In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, 1978, 3, S. 207-211.
2160.  
Schwärzel, Renate: Jahrbuch-Forum. "Fragen der sozialistischen Industrialisierung". In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, 1978, 3, S. 101-105.
2161.  
Siedt, Veronika: Die Einführung der Schnellfrequenz-Bohrmaschine in den Kaligruben der DDR 1957 bis 1962. In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, 1978, 3, S. 213-219.
2162.  
Die sozialistische Intensivierung und der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft. Autorenkollektiv. d. Inst. für Ökonomie d. Landwirtsch. u. Nahrungsgüterwirtsch. beim Ministerium für Land-, Forst- u. Nahrungsgüterwirtsch. - Berlin: Dt. Landwirtsch. verl. 1978. 128 S. (Probleme u. Beitr. Agrarpol., Agrarökon., sozialist. Betriebswirtsch.)
2163.  
Wilsdorf, Helmut: Altenberg - Neugestaltung eines Museums für den Zinnbergbau in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Neue Museumskd., Berlin, 21, 1978, 1, S. 9-20, Abb.
- 1917-Gegenwart, kapitalistische Länder
2164.  
Anikeev, A. A.: Die Marxistische Historiographie über die Agrarpolitik des deutschen Faschismus im zweiten Weltkrieg. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 26, 1978, 7, S. 629-634.

2165.

Brendel, Gerhard; Ziermann, Frank: Entwicklungstendenzen kapitalistischer Weltmarktpreise. In: Dt. Außenpolit., Berlin, 23, 1978, 10, S. 67-78.

2166.

Hemberger, Horst; Krappe, Eckbert: Die Krise der Staatsfinanzen in den Ländern des Kapitals. In: Einheit, Berlin, 32, 1977, 6, S. 737-745, Abb.

2167.

Klank, Wilfried; Mader, Julius: Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis der BRD. In: IPW Ber., Berlin, 7, 1978, 9, S. 68-71.

2168.

Kofman, Jan: Das polnische Großkapital und die allgemeinen Grundsätze der staatlichen Wirtschaftspolitik in den Jahren 1929 bis 1939. Konvergenzen u. Divergenzen. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1978, 3, S. 49-76.

2169.

Kuczynski, Jürgen: Eine interessante Materialsammlung zur Lage der Arbeiter. Household income and expenditure statistics 1960-1972. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin 1978, 3, S. 139-142.

2170.

Lehmann, Joachim: Maßnahmen der faschistischen Führung zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Produktion in der deutschen Landwirtschaft während des zweiten Weltkrieges (unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1942-1945). In: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und Kapitalismus. T. 7. Hrsg. v. d. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Abt. Wiss. publizistik. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock 1977. S. 83-105.

2171.

Mette, Thomas: Deutsche Reichsbahn und Monopolinteressen. Bestrebungen deutscher Monopole zur Verstärkung ihres Einflusses auf die neu geschaffene Deutsche Reichsbahn. (Herbst 1920 bis Frühj. 1923.) In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1978, 3, S. 187-206.

2172.

Murata, Takeschi: Aktuelle Probleme der Landwirtschaft in Japan aus historischer Sicht. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1978, 3, S. 31-49.

2173.

Preusse, Alfred: Militarisierung der Wirtschaft und allgemeine Krise des Kapitalismus. Genesis u. Entw. d. Militarismus. In: Militärgesch., Berlin, 16, 1977, 3, S. 334-338.

2174.

Rechtziegler, Emil: Entwicklungsprobleme der kapitalistischen Energie- und Rohstoffwirtschaft. In: IPW Ber., Berlin, 7, 1978, 10, S. 9-16.

2175.

Rehbein, Elfriede: Staatliche Regulierungsmaßnahmen im binnenländischen Verkehr Frankreichs. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1978, 4, S. 73-83.

2176.

Römer, Klaus: "Vermittlungsstelle "W". Zur Rolle der IG Farbenind. AG bei der Vorbereitung u. Durchführung d. 2. Weltkrieges. Hrsg. v. Betriebsarch. d. VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochem. Kombinat, (Als Ms. gedr.) - Wolfen: 1977. 64 S. (Studie zur Gesch. d. Chem. Industrie 10.)

2177.

"Vom Roten Oktober zur sozialistischen ökonomischen Integration - Auswirkungen der Großen Sozialistischen



Oktoberrevolution auf Geschichte und Gegenwart der Filmfabrik Wolfen". Hrsg. v. d. Parteiorg. d. SED d. VEB Filmfabrik Wolfen. - Wolfen 1978, 59 S., Abb. (Aus d. Gesch. d. Filmfabrik Wolfen 39.)

2178.

Schirmeister, Caspar: Inflation - chronisches Gebrechen des heutigen Kapitalismus. In: Einheit, Berlin, 32, 1977, 1, S. 94-104.

2179.

Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtsch. gesch. d. staatsmonopolist. Kapitalismus in Dtl. vom Ende d. 19. Jh. bis 1945 in 3 Bd. Inst. für Wirtsch. gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR. Hrsg. v. Helga Nussbaum u. Lotte Zumpfe, Bd. 2. Nussbaum, Manfred: Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik. - Berlin: Akad.-Verl. 1978. VII, 423 S.

1917-Gegenwart, Entwicklungsländer

2180.

Barthel, Günter: Der Rote Oktober und der Kampf um ökonomische Unabhängigkeit in den Erdöl produzierenden Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 5, 1977, 6, S. 1007-1014.

2181.

Bleckert, Heinz: Aktuelle Entwicklungsprobleme der subregionalen Integrationsgruppe des Andenblocks. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 6, 1978, 3, S. 521-532.

2182.

Faulwetter, Helmut; Scharschmidt, Gerhard: Zur Auslandsverschuldung von Entwicklungsländern. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 6, 1978, 6, S. 1066-1077.

2183.

Fessen, Helmut: Strategie und Bilanz der thailändischen Agrarpolitik 1945 bis 1977. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 6, 1978, 4, S. 678-688.

2184.

Göthner, Karl-Christian: Staat und Wirtschaft in Peru 1968 bis 1975. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 6, 1978, 5, S. 903-920.

2185.

Jacob, Eleonore; Wolf, Bernd: Zum Zusammenhang von Auslandskapital und Ausdehnung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in Entwicklungsländern. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 6, 1978, 6, S. 1078-1098.

2186.

Michalski, Klaus-Joachim: Agrarwirtschaftliche Entwicklungstendenzen in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, Berlin, 6, 1978, 5, S. 785-809.

2187.

Mirskij, G. I.: Weltkapitalismus und "Dritte Welt". In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 6, 1978, 6, S. 1058-65.

2188.

Petrow, Alexander: Das Ende des brasilianischen "Wirtschaftswunders". In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 22, 1977, 4, S. 39-51.

2189.

Scheel, Petra: Die Rolle der untersten

Schichten der Dorfbevölkerung in der sozialökonomischen und politischen Entwicklung Indiens in den siebziger Jahren. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 6, 1978, 4, S. 689-709.

2190.

Schmidt, Waldtraut: Wege zur Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit in heutigen Entwicklungsländern Asiens und Afrikas. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 4, S. 57-71.

2191.

Varencov, K.; Ivanov, Ju.: Besonderheiten der kapitalistischen Entwicklung des Dorfes in den Ländern Asiens und Afrikas. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 5, 1977, 6, S. 1039-1047.

2192.

Voigt, Arnold: Die Agrarreform der chilenischen Christdemokratie und ihr Einfluß auf die Entwicklung der revolutionären Situation in Chile bis zum Jahre 1970. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 4, S. 19-38.

2193.

Weinberger, Gerda: Rassendiskriminierung und Entwicklung der Produktivkräfte. Einige Aspekte, unter besonderer Berücksichtigung Südafrikas. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1978, 4, S. 39-55.

## Autorenverzeichnis

- Arendt, Hans - Jürgen, Dr. sc. phil., stellvertretender Direktor der Sektion Geschichte und Leiter des Wissenschaftsbereichs Deutsche Geschichte, Pädagogische Hochschule "Clara Zetkin" Leipzig.
- Audring, Gert, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Benelli, Giorgio, Dr. rer. oec., Sektor-Verantwortlicher, Rappresentanza Estere - Italiane, Milano.
- Bönisch, Alfred, Prof. Dr. oec. habil., wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Bereich Kritik der bürgerlichen Ökonomie und Geschichte der Politischen Ökonomie, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Braun, Manfred, Dr. oec., wissenschaftlicher Oberassistent, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Eckert, Rainer, Diplomarchivar, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Epperlein, Siegfried, Dr. phil. habil., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Fischer, Hagen, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Gringmuth - Dallmer, Eike, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bereich Ur- und Frühgeschichte, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Jacobeit, Sigrid, Dipl.-agr., Direktorin des Museums der agraren Produktivkräfte Wandlitz.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Thomas, Dr. rer. oec., Leiter der Abteilung mathematische Methoden, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Mittenzwei, Ingrid, Dr. phil., stellvertretender Abteilungsleiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Roesler, Jörg, Dr. sc. rer. oec., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Schumacher, Reinhard, Dipl. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Scholze, Renate, Dipl. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Schultz, Helga, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Wissenschaftsbereich Feudalismus, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Slavko, T. I., Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Sprache, Literatur und Geschichte, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Außenstelle Kazan', "G. Ibragimov".

Springer, Matthias, Diplomhistoriker, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Armeemuseum der DDR, Dresden.

Strube, Wilhelm, Dr. phil. habil., freischaffend.

Tarvel, Enn, Dr. der Geschichtswissenschaften, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Geschichtswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der Estnischen SSR, Tallinn.

Zumpe, Lotte, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

- Йорг Рёслер, Основы и методы для сравнения народнохозяйственного планирования в социалистических странах.
- Ханс-Юрген Арендт, Женская организация в ГДР и победа социалистических производственных отношений в деревне.
- Георгио Бенелли, Хозяйственная деятельность государства и государственный сектор экономики в развивающихся странах, ориентирующихся на капитализм.
- Вильгельм Струбе, Естественнонаучные общества в Германии с 1800 по 1870 год. К их предистории, развитию и значению.
- Герт Аудринг, Размышления о социально-экономической теории и эмпиризме Аристотеля.
- Ренате Шольце, Форум ежегодника: "К росту роли использования энергии в процессе труда".
- Ингрид Миттенцвай, Камералистика и буржуазные противники камералистики. К работе Петера Таля "Замечания к некоторым тезисам книги Основные черты экономической мысли в Германии".
- Альфред Бёниш, Экономические теории при капитализме и социализме. Томас Кучинский, Перепроизводство и нововведение.
- Манфред Браун, К развитию теории товарного производства и планомерного ценообразования в советской экономической литературе последних шестидесяти лет.
- Лотте Цумпе, Статья по экономической и социальной истории немецкого фашизма.
- Энн Тарвель, Об истории городов Эстонии.
- Юрген Кучинский, Новая серия работ по экономической истории.
- Хельга Шульц, "Протоиндустриализация" в мануфактурный период. Противоположность теории и эмпиризма.
- Зигфрид Епперлайн, Исследования по проблемам "Вейстумов". Проблемы сельских источников права в позднем средневековье.
- Айке Грингмут-Далльмер, Исследование начал производственных хозяйств в Средней Европе.
- Маттиас Шпрингер, Норвегия в качестве примера: К предистории феодализма.
- Т.И.Славко, Некоторые новые результаты и перспективы применения математических методов в исследованиях советских историков.
- Библиография самостоятельных работ по истории предприятия в Германской Демократической Республике (14-ое продолжение) (Ренате Гюнтер)
- Райнер Экерт, Руководители и коммерческие директора рейхсгруппы промышленности, ее главных и экономических групп (I). Документация к их месту в монополиях, монополистических союзах и в государственно-монополистическом регулировании экономики.
- Зигрид Якобайт, Проблемы развития сельского хозяйства и их представление в аграрном музее (с II-ого по 15-ое сентября 1978 года, в Нойбранденбурге).
- Хаген Фишер/Райнхард Шумахер, Развитие производительных сил и закономерная очередность общественных формаций (с 14-ого по 16-ое ноября 1978 года в Берлине).
- Библиография литературы ГДР об истории экономики. 15-ый выпуск.

- Jörg Roesler, Bases and methods for a comparison of planning of the national-economy in the socialist countries
- Hans-Jürgen Arendt, The womens organisation of the GDR and the victory of socialist relations of production in the rural districts
- Giorgio Benelli, The economic activity of the state and the state sector of the economy in capitalist-orientated developing countries
- Wilhelm Strube, Natural-scientific societies in Germany from 1800 to 1870. On their pre-history, development and significance
- Gert Audring, Some ideas on the social-economic theory and the empiricism of Aristoteles
- Renate Scholze, Forum of the yearbook: "On the development of the role of use of energy in the process of labour"
- Ingrid Mittenzwei, Cameralism and bourgeois enemies of Cameralism
- Alfred Bönisch, Economic theories in capitalism and socialism.
- Thomas Kuczynski, Overproduction and innovation
- Manfred Braun, On the development of the theory of the production of goods and the planned formation of prices in the Soviet economic literature during the last sixty years
- Lotte Zumpe, A contribution on the economic and social history of German fascism
- Enn Tarvel, On the history of the towns of Estonia
- Jürgen Kuczynski, A new series of writings on economic history
- Helga Schultz, "Protoindustrialisation" during the period of manufactures. The contrast of theory and empiricism
- Siegfried Epperlein, "Weistum"-research. Problems of rural sources of law during the late middle-ages
- Eike Gringmuth-Dallmer, Research on the beginnings of producing economy in Middle-Europe
- Matthias Springer, Norway as an example: On the pre-history of Feudalism
- T. I. Slavko, Some newer results and prospects of the use of mathematical methods in analyses of Soviet historians
- Bibliography of independent publications on works history in the GDR (14th delivery) (Renate Günther)
- Rainer Eckert, The leaders and managers of the Reichsgruppe Industrie, of its maingroups and its economical groups (I). Documentation on their position in monopolies, and monopolistic associations and concerning state-monopolistic regulation of the economy
- Sigrid Jacobeit, Problems of the development of agriculture and its representation at the Museum of Agriculture (Sept. 11th to Sept. 15th 1978 at Neubrandenburg)
- Hagen Fischer/ Reinhard Schumacher, The development of productive forces and the regularity of social formations (November 14th to November 16th in Berlin)
- Bibliography of economic-historical literature in the GDR 15th delivery

- Jörg Roesler, Bases et méthodes pour une comparaison de la planification de l'économie dans les pays socialistes
- Hans-Jürgen Arendt, L'organisation de femmes en R. D. A. et la victoire des relations de production socialistes à la campagne
- Giorgio Benelli, L'activité économique de l'État et le secteur d'État en pays en voie de développement orientés en sens capitaliste
- Wilhelm Strube, Sociétés de sciences naturelles en Allemagne de 1800 à 1870. Quelques mots sur leurs antécédents, leur développement et leur importance
- Gert Audring, Réflexions sur la théorie socio-économique et l'empirisme d'Aristote
- Renate Scholze, Forum d'annuaire: "Sur le développement du rôle de l'application de l'énergie au procès de travail"
- Ingrid Mittenzwei, Caméralisme et adversaires bourgeois du caméralisme
- Alfred Bönisch, Théories économiques au capitalisme et au socialisme
- Thomas Kuczynski, Surproduction et innovation
- Manfred Braun, Réflexions sur le développement de la production de marchandises et de la formation des prix conformes au plan dans la littérature économique soviétique des derniers soixante ans
- Lotte Zumpe, Une contribution à l'histoire économique et sociale du fascisme allemand
- Enn Tarvel, L'histoire des villes d'Estonie
- Jürgen Kuczynski, Une nouvelle série de traités concernant l'histoire économique
- Helga Schultz, "Protoindustrialisation" dans la période de manufacture. Le contraste de théorie et d'empirisme
- Siegfried Epperlein, Recherches de "Weistum". Des problèmes de sources campastres de droit vers la fin du Moyen Age
- Eike Gringmuth-Dallmer, Recherches sur les commencement de l'économie productrice en Europe centrale
- Matthias Springer, La Norvège comme exemple pour les antécédents du féodalisme
- T. I. Slavko, Quelques résultats récents et perspectives de l'application de méthodes mathématiques dans les recherches d'historiens soviétiques
- Bibliographie de traités indépendents sur l'histoire d'entreprise en R. D. A. Suite 14 (Renate Günther)
- Rainer Eckert, Les directeurs et gérants d'affaire du Reichsgruppe Industrie de ses groupes principaux et groupes économiques (I). Documentation sur leurs positions en monopoles, sociétés monopolistiques et à la regulation de l'économie monopoliste d'Etat
- Sigrid Jacobeit, Problèmes du développement de l'agriculture et leur présentation au musée de l'agriculture (11 à 15 septembre à Neubrandenburg)
- Hagen Fischer/Reinhard Schumacher, Le développement des forces productives et le déroulement légitime des formations de la société (du 14 au 16 novembre 1978 à Berlin)
- Bibliographie de littérature d'histoire économique en R. D. A. fascicule 15

- Jörg Roesler, Fundamentos y métodos para una comparación de la planificación de la economía nacional en los países socialistas
- Hans-Jürgen Arendt, La Organización de las Mujeres en la R. D. A. y la victoria de las condiciones de producción socialistas en el campo
- Giorgio Benelli, La actividad económica del Estado y el sector estatal de la economía en países en vía de desarrollo capitalista
- Wilhelm Strube, Sociedades en ciencias naturales en Alemania desde 1800 hasta 1870. Acerca de sus antecedentes, su desarrollo e importancia
- Gert Audring, Reflexiones acerca de la teoría y el empirismo social-económico de Aristóteles
- Renate Scholze, Foro del Anuario: "Acerca del desarrollo del papel del uso de la energía dentro del proceso de trabajo"
- Ingrid Mittenzwei, Cameralismo y adversarios burgueses del cameralismo. Acerca de las "Observaciones sobre algunas tesis del libro lineamientos básicos del pensamiento económico en Alemania" de Peter Thal
- Alfred Bönisch, Teorías económicas en el capitalismo y en el socialismo
- Thomas Kuczynski, Sobreproducción e innovación
- Manfred Braun, Acerca del desarrollo de la teoría de la producción de mercancías y la formación de precios planificada en la literatura económica soviética de los últimos sesenta años
- Lotte Zumpe, Un artículo acerca de la historia económica y social del fascismo alemán
- Enn Tarvel, Acerca de la historia de las ciudades de Estonia
- Jürgen Kuczynski, Una serie de tratados nueva acerca de la historia económica
- Helga Schultz, "Protoindustrialización" en la época de las manufacturas. La contradicción de la teoría y el empirismo
- Siegfried Epperlein, La investigación sobre los derechos usuales fijados. Problemas de fuentes jurídicas rurales en la edad media tardía
- Eike Gringmuth-Dallmer, Investigaciones acerca de los comienzos de la economía productora en Europa Central
- Matthias Springer, El ejemplo de Noruega: Acerca de la prehistoria del feudalismo
- T. I. Slavko, Unos resultados y perspectivas más recientes del uso métodos matemáticos en investigaciones de historiadores soviéticos
- Bibliografía de tratados independientes acerca de la historia de fábricas en la República Democrática Alemana. Continuación decimocuarta (Renate Günther)
- Rainer Eckert, Los dirigentes y gerentes del grupo industrial del Reich, de sus grupos principales y económicos (I.) Documentación acerca de su posición en monopolios, asociaciones monopolistas y a la regulación estatal del capitalismo monopolio
- Sigrid Jacobeit, Problemas del desarrollo de la agricultura y su exposición en el museo agrario (desde el 11 hasta el 15 de septiembre de 1978 en la ciudad de Nuevo Brandeburgo)
- Hagen Fischer/Reinhard Schumacher, El desarrollo de las fuerzas productivas y el seguido de las formaciones sociales según las leyes sociales (desde el 14 hasta el 16 de noviembre de 1978 en Berlin)
- Bibliografía de literatura en historia económica de la R. D. A., suministro decimoquinto



In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

J. Kuczynski

Das Verhältnis von Arbeit und Freizeit. Überlegungen zur Entwicklung vor-marxsscher Vorstellungen

A. Toepel

Cournots mathematische Theorie des Preises

M. Laschke

Investitions- und Rohstoffprobleme während der sozialistischen Industrialisierung europäischer RGW-Länder in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre

R. Zilch

Grundzüge der finanziellen Besatzungspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg

H. Brodowska

Der Einfluß der kapitalistischen Industrialisierung auf die Sozial- und Berufsstruktur sowie das Bewußtsein der Landbevölkerung in Kongreßpolen

V. I. Buganov

Sozialstruktur und Klassenkampf der Bauern im feudalen Rußland (9. bis 16. Jahrhundert)

J. Roesler

DDR-Kritik im Taschenbuchformat

L. Zumpe

Kohle-Eisen-Stahl 1936/37. Unterdrückung oder Interessenprofilierung?

H. Handke

Eine marxistische Strukturanalyse

B. Töpfer

Strukturen, Wirtschaft und Gesellschaft im frühmittelalterlichen Europa

L. Jeleček

Die Tätigkeit der tschechoslowakischen Kommission für Wirtschaftsgeschichte

R. Eckert

Die Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, ihrer Haupt- und Wirtschaftsgruppen (II). Dokumentation über ihre Stellung in Monopolen, monopolistischen Verbänden und bei der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)